

Mord im Orientexpress

vom Papst-Attentat zur Nachrustung S. 48

C 21734 E

Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr. 229 10.1.83

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM Förderpr. DM 5

Jura Soyfer

dieser Name steht für einen österreichischen Juden, Kommunisten, Antifaschisten, Schriftsteller, Kabarettisten und Subkulturler. Einiges aus seinem Leben und seinen Arbeiten auf S. 44

1983: Jahr des Kampfes gegen Raketen-Stationierung



1000 Leute demonstrieren am 12.12.82 gegen die US-Rhein-Main-Airbase. — Gis stellen sich ihnen mit MP's, Hundern und aufgesteckten Bajonetten entgegen.
Foto Burckhard Kretschmann

Am dritten Jahrestag des NATO-,,Nach''rüstungsbeschlusses und ein Jahr vor der Stationierung der Mittelstreckenraketen in den mitteleuropäischen NATO-Staaten haben an vielen Orten Aktionen stattgefunden. Sie waren Auftakt für ein Aktionsjahr gegen die ,,Nach''rüstung. Der unbedingte Wille der CDU/FDP-Regierung (aber auch einer möglichen SPD-Regierung), die Stationierung in jedem Falle durchzuführen, erfordert von der Friedensbewegung zwei Aufgaben: den Widerstand entschiedener vorzutragen und ihn gleichzeitig massenhafter zu organisieren. Darüber ist in der Friedensbewegung eine Perspektivdebatte ausgebrochen. Auf einer Konferenz der BAF (Bundeskonferenz autonomer Friedensinitiativen) wurde über direkte gewaltfreie Blockadeaktionen diskutiert, auch die DFG-VK denkt über symbolische Blockadeaktionen nach, aus dem Spektrum der KOFAZ wird eine Verstärkung der Anstrengungen mit dem Krefelder Appell angekündigt. Zu diesem Thema in diesem AK:

- **Berichte über die Aktionen am 12.12.**
- **Gewaltfreie Widerstandsaktionen Die Perspektive der Friedensbewegung? Ein Interview S. 8, 9**

Bundestagswahlen:

Ein grünes Kreuz für die weiße Taube!

Am 6. März wird es Neuwahlen zum Bundestag geben. Daß es dazu kommt, ist nicht das Verdienst der Bonner Parteien. Helmut Kohl hat keine Lust, die endlich erreichte Kanzlerschaft schon wieder verteidigen zu müssen. Strauß befürchtet eine Niederlage. Die FDP hat ihre Zustimmung mit knirschenden Zähnen und flatternden Herzen gegeben, und die SPD würde die Vorteile der Oppositionsrolle lieber noch länger in Anspruch nehmen. Die Entscheidung, Neuwahlen herbeizuführen, war vielmehr nicht zu umgehen, da die Bundesbürger zu 70 oder mehr Prozent beharrlich bei der Auffassung blieben, der Regierungswechsel sei undemokratisch zustandegekommen und nicht legitimiert. Dies hat die Nachwahl in Hamburg erneut unterstrichen. Sie hat auch gezeigt, daß es ein offenes Rennen wird. So groß die Vorteile sind, mit denen die CDU/CSU als Regierungsparteien antreten, und so klein die Chance ist, daß dies wirklich nur eine kurze Übergangsperiode bleibt, so handelt es sich doch um eine meßbare Chance, etwas Machbares.

Es wird eine Wahl, die objektiv in einer explosiven Situation stattfindet. Nach beinahe vier Jahrzehnten relativer Stabilität, politisch wie ökonomisch, gerät nun alles in Bewegung. Die traditionelle Fuktionsweise der Parlamente ist erschüttert. Wegen des Ausscheidens der FDP müssen andere, ungewohnte Formen der Regierungsbildung gefunden werden. Eine Weltwirtschaftskrise wie seit 1929 nicht mehr gekannt, sucht die westlichen Gesellschaften heim. In das scheinbar so stabile Netz sozialer ,,Sicherheit'' werden große Löcher gerissen. Die gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen sind einem tiefgreifenden Wandel unterworfen, ohne daß erkennbar wäre, welche Richtung das Umdenken einschlägt.

Vor allem aber ist er Frieden in höchster Gefahr. Noch in diesem Jahrhundert suchen die Vereinigten Staaten die Entscheidung im Ringen mit der Sowjetunion. Sie soll mit kriegerischen Mitteln herbeigeführt werden und in Europa fallen. So wollen und planen es diejenigen, die in den USA an den Schalthebeln der Macht sitzen. Ob ein globaler Atomkrieg und die Vernichtung der menschlichen Gattung bevorstehen ... — dies bleibt eine, freilich nicht aus der Luft gegriffene Spekulation. Keine Spekulation ist es aber festzuhalten: Wenn ein Krieg in Europa ausbricht, so bedeutet das zu 100% das Ende der Deutschen, ganz gleich ob er sich begrenzen ließe oder nicht.

Bevor das Verhängnis mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen — Auftakt für eine fieberhafte Aufrüstungswelle in allen militärischen Sektoren — seinen Lauf nimmt, sind die Bürger noch einmal zu Wahlen aufgerufen. Wenn überhaupt, können sie nur einen geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse nehmen, da unsere Staatsform im Gegensatz zum Wortlaut der Verfassung das Parlament keineswegs als den Ort vorsieht, wo Lebensfragen entschieden werden.

Trotzdem: Ein Ergebnis, das der CDU/CSU die Mehrheit der Mandate im Bundestag beschert, wird — zu Recht oder Unrecht — so verstanden werden, daß die Westdeutschen für Aufrüstung, Raketenstationierung und — zum dritten Mal in diesem Jahrhundert — für Krieg votieren. Eine Wahl, die wenigstens rechnerisch eine Mehrheit für SPD und Grüne zusammengenommen ergibt, kann so jedenfalls nicht interpretiert werden — auch wenn an der Unterstützung der SPD-Führung für die NATO-,,Nachrüstung'' ernsthaft nicht gezweifelt werden kann.

Man kann sagen: Wahlen in einer bürgerlichen Demokratie zeigen alles andere als ein unverfälschtes Bild dessen, was die Mehrheit der Bevölkerung in den entscheidenden gesellschaftlichen Fragen denkt. Das beste Beispiel hierfür gibt die SPD ab. Viele, ungeheuer viele Menschen werden erneut SPD wählen, obwohl sie wissen, daß diese Partei eine verheerende Rolle beim Zustandekommen des NATO-Doppelbeschlusses gespielt hat. Sie wählen sie nicht wegen der Politik, die die SPD tatsächlich praktiziert. Sie wählen sie, weil sie sich eine andere Politik von ihr erhoffen, weil sie die SPD prinzipiell für veränderbar halten. Diese Logik reicht bis ins Lager der organisierten Linken hinein. Sie erlaubt es den Führern der Sozialdemokratie, bei ihrer alten Politik zu bleiben, sofern sie nur den geringsten Anschein auf Veränderbarkeit der Partei aufrechterhalten. Dies gelingt ihnen in der augenblicklichen Oppositionsrolle naturgemäß besonders gut.

Man kann ferner sagen: Der Kampf gegen die Stationierung amerikanischer

Fortsetzung S. 2

Keine „Hamburger Verhältnisse" mehr

Überrascht waren alle vom Hamburger Wahlergebnis: Sieger, Verlierer und insbesondere die 'Demoskopen'. Von letzteren hatten die Hausmeinungsmacher der CDU (Noelle-Neumann) ein Kopf-an-Kopf-Rennen beschworen, die der SPD (Infas) eine deutliche Mehrheit für diese vorausgesagt, nur von der absoluten Mehrheit für die SPD waren sie alle weit entfernt. Doch so kam es: Die SPD kann in Hamburg wieder allein regieren, der kurze Traum der CDU als stärkste Partei ist ausgeträumt. Von Kieps Wunsch, ein Volksparkstadion voll zusätzlicher Stimmen für die absolute Mehrheit zu mobilisieren, gibt es nur noch christdemokratische Alpträume. Hamburg ist wieder SPD-regierbar. Die vielzitierten ,,Hamburger Verhältnisse'', die ,,Unregierbarkeit'' der Hansestadt, gehören der Vergangenheit an.

Fortsetzung S. 32

Demonstrationen und Kundgebungen zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtübernahme

Hamburg

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr, U-Bahn Feldstr.

Veranstalter: DGB Hamburg
Der Hamburger Vorbereitungskreis ruft zu einer eigenen Auftaktkundgebung auf. Beginn: 10.30, U-Bahn Feldstr. (am Bunker)

Hannover

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr an der Marktkirche

Köln

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Friedrich-Ebert-Platz

München

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Geschwister-Scholl-Platz

Frankfurt

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Frankfurt-Sachsenhausen, Brücken-/Textorstraße

Mössingen

(Baden-Württemberg)
Kundgebung und Demonstration
Beginn: 15 Uhr Turnhalle Lichtensteinstr./Lange Straße

Schleswig-Holstein

Ort und Zeit waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Auf jeden Fall wird aber eine eigene Kundgebung und Demonstration stattfinden.

Artikel zu diesem Thema:

(Nähere Informationen zu allen Demonstrationen sind bei örtlichen antifa-Komitees, VVN-Büros zu erfragen.)

Fortsetzung von S. 1

Mittelstreckenraketen wird nicht in einer Wahl entschieden. Die Friedensbewegung muß sogar ausdrücklich vor der Illusion gewarnt werden, eine Entsendung einiger ihrer Repräsentanten in den Bundestag könne etwas bewirken. Wenn dieser Illusion nicht entschieden entgegengetreten wird, wird sie die Demobilisierung außerparlamentarischer Aktivitäten zur Folge haben und damit das genaue Gegenteil dessen, was in den nächsten Monaten dringend erfordelrich ist.

„Am 6. März wird es ja nur so aussehen: Entweder kommen die Grünen rein, dann wird es keine absolute Mehrheit der CDU geben — daß die CDU d a n n stärker wird als Grüne und SPD, ist in höchstem Maße unwahrscheinlich, ebenso wie die absolute Mehrheit der SPD aus eigener Kraft —,oder die Grünen fallen raus, kommen unter 5%, dann wird natürlich die CDU die Mehrheit haben. Und dann wird diese brutale Politik beginnen. Deshalb ist mein Kalkül, alles daran zu setzen, daß die Grünen in den Bundestag kommen und daß auch der parlamentarische Weg ausgenutzt wird, um eine weitere Rechtsentwicklung zu verhindern" (Alexander Schubart, Interview in „Szene Hamburg", Nr. 1/83).

Trotz all dieser (richtigen) Einwände ist eine Wahl, die inmitten von Kriegsvorbereitungen abgehalten wird, ein historischer Wendepunkt. Eine solche Wahl mag an der Politik der Bundesregierung, in welcher Besetzung sie auch immer nach dem 6. März weitergehen wird, kaum etwas ändern können. Diese Erfahrung wird auch außerhalb unserer Grenzen gemacht — siehe Frankreich als besonders schmerzliches Beispiel. **Im Angesicht von Krieg und Frieden ist aber in Deutschland unausweichlich die Frage gestellt, ob die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt w i l l e n s ist, aus einer verbrecherischen Geschichte zu lernen.**

Die Prüfung der Lern f ä h i g k e i t wird bestimmt nicht an einer Wahlurne abgehalten werden. Sie erfordert weit mehr als das Anfertigen eines Kreuzchens.

Am 6. März wird aber abgefragt werden, ob die Mehrheit der Westdeutschen im allerweitesten Sinn wenigstens den guten Willen, die subjektive Bereitschaft zeigt, Korrekturen an der bisherigen Richtung der eigenen Geschichte anzubringen, oder ob sie sich dem von vornherein verschließt. Wer heute aus dem Schatten Hitlers heraustreten will, um unbefangen von dieser wirklichen Erblast wieder an kriegerischen Abenteuern teilzunehmen, der muß damit rechnen, daß sein Schatten einmal wie

teuern teilzunehmen, der muß damit rechnen, daß sein Schatten einmal wie

in Hiroshima auf Trümmern eingebrannt wird. Wer CDU/CSU wählt, gibt sein Ja-Wort mindestens zum Spiel mit dem Dritten Weltkrieg. Wenn das die Mehrheit will, dann werden die Deutschen freilich nicht bis ins vierte Glied wie für den Nationalsozialismus zu büßen haben. Dann werden sie weg sein, bevor das vierte Glied gezeugt ist.

50 Jahre und ein Tag

Solange wird es am Wahltag genau her sein, seit Hitler am 5. März 1933 eine Mehrheit für seine gerade erst fünf Wochen alte Regierungskoalition bekam. Es war die letzte Reichstagswahl vor dem Zweiten Weltkrieg. Postwendend folgte das Ermächtigungsgesetz, mit dem die Nazis ihrer Diktatur einen „legalen" Anstrich gaben

Ist es Zufall, daß die Kohl/Genscher/Strauß-Koalition gerade dieses Datum aussuchte? Oder steckt dahinter das gleiche „Geschichtsbewußtsein", das CDU/CSU-Politiker etwa dazu treibt, polizeiliche Giftgas-Waffen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau zu testen? Nun ist CS nicht gleich Blausäure, Bonn nicht Weimar, und Gemeinsamkeiten zwischen Helmut Kohl und Adolf Hitler wären eher im Pathologischen als im Politischen zu finden. Unübersehbar ist jedoch das ungeduldige Drängen der Herrschenden nach einer Regierung, die eine weit schärfere Gangart gegen die gesellschaftliche Opposition einschlägt, die sich daranmacht, soziale Protestbewegungen einzudämmen, niederzuhalten, auseinanderzutreiben, und für die Kriegsvorbereitungen günstige Bedingungen schafft.

Mit noch so triefliger Moral, noch so abgedroschenen Schlagworten und noch so intensiver Werbung wird das alleine kaum zu machen sein, selbst wenn der Union dafür nahezu unbegrenzte Geldsummen zur Verfügung stehen. Eine kriegerische Außenpolitik — nicht nur im Nahen Osten oder in Mittelamerika, sondern im Zentrum Europas — erfordert ein innenpolitisches Klima der Verhetzung, des um sich greifenden Irrationalismus, der Massenhysterie. Die Nazis organisierten 1933 den Reichstagsbrand, um ihrer Kriegs- und Rassendemagogie den Boden zu bereiten. Etwas Vergleichbares ist in der bundesrepublikanischen Demokratie natürlich unvorstellbar, zumal ein Innenminister Zimmermann kein Göring ist. Bekanntlich wurde das Münchner Oktoberfestattentat im September 1980, eine Woche vor der letzte Bundestagswahl, von einem unpolitischen, verrückten Einzelgänger verübt und nicht etwa, weil die Wehrsportgruppe Hoffmann dem Kandidaten Strauß Wählerstimmen zutreiben wollte.

Vielleicht ist antifaschistische Wachsamkeit gerade deshalb vonnöten, w e i l dergleichen für die bundesrepublikanische Öffentlichkeit so völlig unvorstellbar ist.

Bringt die Grünen über 5%!

Ein Abschneiden der Grünen über 5% ist unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die Union die Mehrheit im Bundestag verfehlt. Man müßte schon ziemlich unterbelichtet sein, wollte man der Argumentation Vogels folgen, die SPD habe Aussicht, stärkste Partei zu werden. So ist Vogel denn auch weniger ein gläubiger Mensch als vielmehr ein ebenso treuer Diener der Bourgeoisie wie Schmidt, wenn er es als sein Hauptziel betrachtet, den Grünen den Weg in den Bundestag zu verwehren.

Diese allerdings haben manches getan, um sich den Sprung über die parlamentarische Sperrklausel selbst zu erschweren. Sie haben arrogant darauf verzichtet, andere alternative und linke Gruppen in ein Wahlbündnis einzubeziehen. Ihr Bahro-Flügel ignoriert mit provokatorischer Massenfeindlichkeit alle sozialen Probleme, zuallererst die Arbeitslosigkeit, und liefert der SPD zugkräftige antigrüne Parolen frei Haus. Die Grünen leisten es sich sogar, 8 Wochen vor der Entscheidung immer noch auf einen Wahlkampf warten zu lassen, der Frieden und Abrüstung eindeutig und unmißverständlich ins Zentrum rückt.

Und doch sind sie im Unterschied zu den Etablierten keine Raketen-, keine Unternehmer- und keine Atompartei. Sie sind keine Repressions-, keine ausländerfeindliche und keine Spendenpartei, kurzum: Sie sind 1983 für diesen Staat kein brauchbares Instrument. Umso mehr brauchen wir sie im Bundestag. Jetzt und sofort. Wer immer in der westdeutschen Linken gegen die Selbstauflösung in die grüne Bewegung hinein gekämpft hat, wird heute genügend sozialistische Einsicht und genügend sozialistisches Selbstbewußtsein aufbringen, um bei dieser Bundestagswahl — nicht kritiklos, aber mit aller Entschiedenheit — für die Grünen einzutreten.

Jetzt heißt es wirklich, das „linke Ghetto" einmal zu verlassen: Überzeugt eure Kollegen, eure Nachbarn, eure Familien, bringt eure BI's auf Trab, eure Frauengruppen, eure gewerkschaftlichen Kreise, vergewissert euch der Stimmen eurer Wohngemeinschaften, diskutiert im Schulunterricht, agitiert in euren Vorlesungen und schleppt die Oma von nebenan zur Wahlurne. Vornehme Zurückhaltung bei den Linken ist jetzt ebensowenig am Platz wie Selbstzufriedenheit bei den Grünen, man werde aufgrund der guten Landtagswahl-Ergebnisse problemlos in den Bundestag kommen.

Es ist charakteristisch für die Etablierten, daß sie das Gespenst „Hamburger" Verhältnisse im Bundestag als zentrales, beinahe einziges Wahlkampfargument benutzen und in den grellsten Farben an die Wand malen („Handlungs- und Regierungsunfähigkeit"). Denn diese Argumentation besagt nichts anderes als das: **Es ist in diesem Land einfach und normal, Vorbereitungen für einen Krieg zu treffen. Alles kann dabei ordentlich und in gewohnten Bahnen verlaufen. Kompliziert, chaotisch und ungewohnt ist es hingegen, einen Krieg zu verhindern.**

de

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Erklärung der AL Hamburg zur Bundestagswahl

I.

Die letzten vier Monate Bundespolitik haben deutlich gemacht, daß die Umverteilungspolitik und Krisenabwälzung zu Lasten der Bevölkerung unter der CDU/CSU/FDP-Regierung erheblich verschärft worden ist:

— die Mietgesetze sind rabiat auf Kosten der Mieter verändert worden,
— das BafÖG ist drastisch zusammengestrichen worden,
— vor dem Hintergrund der erwarteten 2,5 Mio. Arbeitslosen im Jahr 83 fordert Blüm eine Lohnpause, die die Arbeitnehmer-Haushalte zusätzlich belastet,
— ein forcierter Ausbau der Atomindustrie, der Raketenstationierung und der Großprojekte wie Startbahn-West und Rhein-Main-Donau-Kanal gehören unverzichtbar zum Regierungsprogramm.

Die Nominierung Zimmermanns ist als Kampfansage an alle Demokraten zu verstehen.

Diese von der CDU/CSU/FDP beschlossenen Maßnahmen der „Übergangszeit" bis zur Wahl am 6. März geben einen Vorgeschmack auf weitere vier Jahre CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik.

Eine undifferenzierte Gleichsetzung von CDU/CSU/FDP und SPD lehnen wir deswegen ab; sie vernachläßigt u.E. das k o n k r e t e Ausmaß und die k o n k r e t e n Folgen einer brutalen und beschleunigten Verschlechterung der Lage für die sozial schwachen Teile der Gesellschaft durch die CDU/CSU/FDP.

Wir verkennen jedoch nicht, daß die sozial-liberale Koalition wegbereitend für diese Rechtsentwicklung gewesen ist und z.B. durch Beschneidung des sozialen Netzes, des Abbaus demokratischer Rechte und der Militarisierung, den Ausbau der Atomenergie, die Abwälzung der Krisenlasten auf Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose eingeleitet hat, für den NATO-Doppelbeschluß maßgeblich verantwortlich ist u.s.w. und nach wie vor zu diesr Politik steht.

Durch das Mißtrauensvotum vom Oktober von der Regierungsverantwortung befreit, wartet die SPD nun mit verbal-radikalem Geklingel auf und dient sich mit Vogel an der Spitze als d i e oppositionelle Kraft an; obwohl sie nach wie vor an der Krisenlösung durch Umverteilungspolitik festhält; sie verspricht lediglich — und das wird auch von ihr erwartet — eine „soziale-gerechtere" Umverteilung, deren Hauptlast jedoch weiterhin von den einkommensschwachen Bevölkerungsteilen getragen werden soll.

Ohne die geringsten Zugeständnisse an die während der sozial-liberalen Koalition entstandene grün-alternative Bewegung zu machen, hofft die SPD angesichts der drohenden CDU/CSU/FDP-Mehrheit die Protestwähler zurückzugewinnen und den in den letzten Jahren gewachsenen Zustrom zu grün-alternativen Listen zu stoppen.

Die überraschenden Wahlergebnisse von Hessen und Hamburg zeigen, daß die grün-alternative Wahlbewegung mit der Bundes-SPD in Opposition vor stärkere Probleme gestellt ist, als es bisher der Fall war.

II.

Diese veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen verlangen der Wahlbewegung insbesondere Anstrengungen in programmatischer Hinsicht ab; Arbeitslosikeit und Sozialabbau, Mietrechtverschärfung, die Friedensfrage und Ökologie werden wichtige Themen im Wahlkampf und für die nächsten Jahre sein.

Die Unterstützung und Propagierung gewerkschaftlicher Fragen (35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich), die Unterstützung betrieblicher und sozialer Kämpfe sind damit ebenso eng verknüpft wie die Unterstützung der zu erwartenden Aktionen an den 'Nach'-Rüstungsstandorten, AKW-Bauplätzen etc. sowie die enge Zusammenarbeit mit möglichst vielen Aktiven dieser Basisbewegungen.

Dies sind auch wesentliche Grundlagen, um erstens einen soliden Unterbau für eine Parlamentsfraktion im Bundestag zu erhalten, zweites ein Korrektiv zu den parlamentarischen Sachzwängen zu schaffen und drittens der sozialen Demagogie der SPD etwas entgegenzusetzen.

Aus diesen Überlegungen speist sich u.a. der Gedanke, daß alle Teile der Wahlbewegung gleichberechtigt an der Kandidatur zum Bundestag beteiligt sein sollten. Gleichzeitig sollte damit die Voraussetzung geschaffen werden, den mit den verschiedenen Teilen der Wahlbewegung (Grüne, AL's, Bunte, DS u.a.) sympathisierenden Kräften eine optimale Entfaltungsmöglichkeit und Identifizierung mit einer möglichen Parlamentsvertretung zu schaffen, die zu einem massiven Engagement gegen die Rechtsentwicklung und für eine gemeinsam getragene Alternative zur etablierten Politik reizt.

Die letzlich von den Bundes-GRÜNEN installierte „grün-offene-Liste" kommt diesem Anspruch nicht nach.

Die letzlich von den Bundes-GRÜNEN installierte „grün-offene-Liste" kommt diesem Anspruch nicht nach.

Das Verhalten der GRÜNEN auf Bundesebene gegenüber dem Ansinnen der anderen Teile der Wahlbewegung ist mehr als dürftig, obwohl insbesondere die Hamburger GAL-Erfahrungen für ein breites Bündnis zur Bundestagswahl sprechen.

Wir kritisieren und bedauern das Vorgehen der Bundes-GRÜNEN und halten es nach wie vor für sinnvoll, daß AL's etc. in anderen Bundesländern, auf regionaler und lokaler Ebene weiterarbeiten, solidarisch mit den GRÜNEN die Anforderungen der nächsten Zeit angehen, Bündnisse und Beteiligungen — auch mit Kandidaten — eingehen, wo es ihrer Ansicht nach möglich ist.

Trotz dieser Kritik und unserer Ablehnung von wichtigen politischen Strömungen bei den Bundes-GRÜNEN wird die AL zur Wahl der GRÜNEN aufrufen und sich aktiv am Wahlkampf beteiligen.

Ungeachtet einer Vielzahl weiterer inhaltlicher Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten ist allein die Tatsache, daß einzig die GRÜNEN unmißverständlich gegen AKW's und NATO-Nachrüstung eintreten, Grund genug, für eine möglichst starke Präsenz der GRÜNEN im Bundestag einzutreten. Darüber hinaus ist für diese Entscheidung wesentlich, daß die GRÜNEN (trotz ihrer faktischen Alleinkandidatur) stärker von den außerparlamentarischen Bewegungen getragen werden und somit beeinflußbarer sind als alle anderen Parteien. Deswegen unterstützen wir die Kandidatur der GRÜNEN zum Bundestag und beteiligen uns mit eigenen Kandidaten als GAL daran.

III.

Der für den 15./16.1.83 in Sindelfingen geplante Bundeskongreß der GRÜNEN sieht die Verabschiedung eines Wirtschaftspapiers und eines Wahlaufrufes vor. Damit wird klar werden, mit welchen Positionen der Wahlkampf bundesweit bestritten wird und wie in nächster Zeit programmatisch möglicherweise im Parlament agiert wird.

Die GAL sollte in jedem Fall einen eigenen Wahlaufruf herausgeben, wobei es sich von selbst versteht, daß die Beschlußfassung in Sindelfingen dabei nicht ohne Bedeutung ist und Auswirkungen auf die Art und Weise des AL-Engagement und damit der GAL hat.

Wie gegen jedoch davon aus, daß sich wesentliches gegenüber den Papieren von Hagen nicht verändern wird.

Unter diesen Voraussetzungen beschließt die AL:

1. Die AL beteiligt sich am Kongreß in Sindelfingen mit Gastdelegierten
2. Die AL schlägt vor, einen GAL-Wahlaufruf zur Unterstützung der GRÜNEN bei ihrer Kandidatur zum Bundestag herauszugeben, der unter Berücksichtigung der Ergebnesse von Sindelfingen erstellt wird und ggfs. eigene Positionen bezieht.
3. Die AL wählt Kandidaten für den Bundestag (*bei vier Gegenstimmen angenommen*). Die Hamburger Kandidatenliste wird nach dem Reißverschlußprinzip paritätisch besetzt.
4. Die GAL-Kandidaten sind der Hamburger GAL-Mitgliederversammlung verpflichtet.
5. Finanzielle Regelungen: wie bei der HH-Wahl gehabt.

Als starke Minderheitsposition wurde festgehalten: „Die programmatische Grundlage der GAL-Kandidaten ist das GAL-Progamm".

Hamburg, 8. Januar 1983

Gorleben-Hannover: 10, 100, 1000 ... aus: TAZ

Herr Albrecht kriegt Besuch

Hannover (taz). Die Atomgegner des Kreises Lüchow-Dannenberg gehen wieder nach Hannover. Sie wollen dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zeigen, daß die „Akzeptanz für Atomanlagen in der Bevölkerung" keineswegs gestiegen ist.

Die Protestaktionen werden vom 9.1. bis 29.1.1983 in drei Stufen ablaufen.

Stufe 1, 9.1.83: Von der Zwischenlagerbaustelle bei Gorleben werden sich um 9 Uhr nach einer kurzen Kundgebung 10 Leute aus dem Kreis zu Fuß auf den Weg nach Hannover machen. Ein Teilnehmer wird den ganzen Weg hungern.

1. Etappe; Zwischenlager - Gedelitz - Seerau/Lucie - Dannenberg - Prisser - Thunpadel - Dragahn, bei der Ankunft findet eine Pressekonferenz statt. Am Abend eine Info-Veranstaltung in Karwitz.
2. Etappe/10.1. Pudripp - Bellahn - Gülden - Oldenstadt - Uelzen/Abendveranstaltung
3. Etappe/11.1. Uelzen - Klein Süstedt - Unterlüß
4. Etappe/12.1. Unterlüß - Hermannsburg/Infoveranstaltung
5. Etappe/13.1. Hermannsburg - Celle/Infoveranstaltung
6. Etappe/14.1. Celle - Isernhagen
7. Etappe/15.1. Ankunft in Hannover, wo die Gruppe von AKW-Gegnern aus dem Wendland, aber auch aus Uelzen, Lüneburg und Hannover erwartet werden. Gemeinsam geht es über die Podbielskistraße in die Innenstadt zum DWK-Haus.

An geeigneter Stelle wird dann der Grundstein für die „Arche Wendland", ein Fachwerkhaus, gesetzt.

15.-21.1.83 Mahnwache am Grundstein
21.1. das Fachwerk wird errichtet.

Das Fachwerkhaus wurde von einer Firma in Gartow zur Verfügung gestellt. Die „Arche Wendland" wird mit einer Solaranlage ausgerüstet.

Stufe 2, 22.1.: 100 Menschen aus der betroffenen Region reisen nach Hannover und veranstalten einen Markt an der Arche-Baustelle. Verkauft werden Produkte aus dem Wendland. Protestchor und Posaunenchor sollen auftreten, eventuell auch Theater und Volkstanz.

Nachmittags Richtfest mit Essen und Trinken. Abends Infoveranstaltung: Atomkreis Lüchow-Dannenberg 1979 bis heute, Einschüchterung, Kriminalisierung, Prozesse usw.

23.-28.1.1983. Im Wendlandhaus wird eine Ausstellung über den Atomwahn gezeigt. In dieser Woche wird eine Gruppe dauernd im Haus wohnen. In Hannover finden Informationsveranstaltungen statt.

Stufe 3, 29.1.83: 1000 Menschen aus der betroffenen Region kommen nach Hannover. Sie werden mitbringen, was sie erhalten wollen (z.B. Tiere), aber auch was sie nicht wollen (z.B. DWK-Infomaterial).

Das ist nur der Rahmen für die drei Stufen, die Leute werden viele Ideen und Überraschungen mitbringen, um einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Vorstellbar ist auch noch eine 4. Stufe, für die dann bundesweit mobilisiert werden könnte.

Kontakt: BI-Büro Lüchow 05841/4684
Mo - Fr 16.00 - 18.30 Uhr

Gorleben-Nachrichtendienst

„Als Zeichen der Solidarität werden einzelne Pastoren auf Teilstrecken des Marsches dabeisein," erklärte ein Sprecher der Dannenberger Pfarrkonferenz im Anschluß an eine Sitzung dieses Gremiums am Dienstag im Dannenberger Gemeindehaus.

DGB-Führung:

Lieber mit der CDU als »Hamburger Verhältnisse«

Einer Neuauflage der 1976 vom DGB formell aufgekündigten „Konzertierten Aktion" steht offenbar nicht mehr viel im Wege. Gleich im ersten Gespräch nach dem Regierungswechsel baute der Vorsitzende Breit seitens des DGBs goldene Gesprächsbrücken: Zum Sturz der Regierung werde der DGB seine Mitglieder nicht mobilisieren, man habe sich schon immer parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen gebeugt und schließlich habe keine der großen Parteien (sprich: die SPD) die Gewerkschaften für sich gepachtet. Außerdem — so versucht Breit die Differenzen glattzubügeln — sei das allerwichtigste, „daß wir über das Ziel einig sind."

Ende Oktober erklärte die neue Regierung noch einmal, daß auch sie an einem von „Fairneß und Objektivität" bestimmten Verhältnis zum DGB interessiert sei und forderte diesen zum „konstruktiv kritischen Dialog" auf.

Noch während der letzten Demonstrationen gegen die Sparpolitik teilte Regierungssprecher Stolze am 8.11.82 mit, Kohl habe „ein großes Interesse, diese Gespräche so schnell wie möglich zu beginnen"; die DGB-Aktionen seien „keine Vorbelastung" dafür, da sie schon vorher geplant worden waren.

Mitte Dezember schließlich plädierte Arbeitsminister Blüm dafür, daß Gewerkschaften, „Arbeitgeber" und Regierung sich „endlich an einen Tisch setzen". Vorausgegangen war ein „Konjunkturgespräch" der Deutschen

werkschaften, „Arbeitgeber" und Regierung sich „endlich an einen Tisch setzen". Vorausgegangen war ein „Konjunkturgespräch" der Deutschen

Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Köln, in dem Vertreter „der Sozialpartner", der Regierung und der Wissenschaft zu der gemeinsamen Einschätzung gelangen, daß die Neuauflage der „Konzertierten Aktion" im „Bereich des Möglichen" läge. Die Kapitalisten können es kaum noch abwarten, endlich mit der „wirtschafts- und sozialpolitischen Gesprächsrunde" (Esser, Arbeitgeber-Präsident), unter welchem Firmenschild auch immer, zu beginnen.

Während DGB-Vertreter wie der Breit-Stellvertreter Fehrenbach (CDU) schon jetzt öffentlich über Einladungsmodalitäten (er fordert, daß besser nicht Blüm oder Lambsdorff, sondern Kohl einladen sollte, da er derzeit an der Basis nicht so verschrien sei...) sinnieren, bremst Breit noch etwas ab. Der Grund dafür liegt in der provokatorischen Haltung der Kapitalisten, die sich bislang geweigert haben, Themen wie Arbeitszeitverkürzung und Mitbestimmung innerhalb dieses Kreises überhaupt zu besprechen. Weiterhin will Breit vorher geklärt wissen, daß die Bundesregierung eine neue „Konzertierte Aktion" nicht als Mittel zur Durchsetzung von Lohnleitlinien benutzt. Der DGB-Führer spielt damit offensichtlich auf Erfahrungen zu Gründungszeiten der „Konzertierten Aktion" 1966/67 an, die faktisch die ständige Intervention des Staates in die Tarifauseinandersetzung verankerte. Die Bundesregierung gab jährliche „Orientierungsdaten" — u.a. auch für die Lohnentwicklung — heraus, und die Einrichtung der „Konzertierten Aktion" sollte gewährleisten, daß die Lohnerhöhungen auf ein sog. „kostenneutrales" Niveau begrenzt und den Erfordernissen der Konjunkturpolitik angepaßt wurden. Durch dieses Konzept einer staatlichen Einkommenspolitik auf freiwilliger Grundlage ist eine „aktive Lohnpolitik" und Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Lohnabhängigen weitgehend verhindert und mithin die „Tarifautonomie" erheblich eingeschränkt worden.

Warum sollte das Kalkül einer konservativen Regierung ein wesentlich anderes sein, als das einer Großen Koalition in einer noch wesentlich krisenärmeren Zeit vor über 15 Jahren? Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Bourgeoisie über die Neuauflage einer „Konzertierten Aktion" anstrebt, den DGB noch erheblich mehr als bisher in sein kapitalistisches Krisenmanagement einzubinden, um ihn noch stärker als Pufferzone zwischen Kapital und Arbeit einsetzen zu können. Daß dieses ganz vorzüglich klappen kann, zeigte sich erst kürzlich bei einer kleineren „Konzertierten Aktion": Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, der IG-Bergbau und des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbau institutionalisierten eine sog. „Kohlerunde", deren erster Beschluß darin bestand, mit staatlicher Finanzspritze die Kohlezeche Erin mit ihren 3.800 Beschäftigten dichtzumachen. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die dieser trauten Runde angeschlossen sind, stimmten allesamt dafür, zu „Störungen" ist es bislang nicht gekommen.

Nach diesem Vorbild sollen sich jetzt — so ein Neujahrsvorschlag von Blüm — auch die Stahlkapitalisten im Ruhrgebiets mit den Gewerkschaften und der Bundes- sowie Landesregierung zu einem sog. „Stahlpakt Ruhr" zusammenfinden. Eine kleine „Konzertierte Aktion" scheint auch in diesem Fall als der zweckmäßigste Weg angesehen zu werden, die bis zu 100.000 Beschäftigten, die dieser „Kapazitätsanpassung" zum Opfer fallen werden, möglichst lautlos in das Heer der Arbeitslosen einzureihen.

Es gehört nicht allzuviel Phantasie dazu zu erkennen, wer die eigentlich Leidtragenden einer „Konzertierten Aktion" sein werden.

DGB für eine Große Koalition?

DGB für eine Große Koalition?

Konsequenterweise wird im Zusammenhang mit Überlegungen zur Neuauflage der „Konzertierten Aktion" innerhalb des DGB auch die Frage einer großen Koalition nach den nächsten Bundestagswahlen diskutiert. Bislang haben sich überwiegend DGB-Funktionäre aus der CDU positiv dazu geäußert. Nach einer Umfrage der „Welt der Arbeit" ist die Mehrheit der CDU-DGB-Gewerkschafter dafür. DGB-Vizechef Fehrenbach und andere namhafte Freunde halten eine „zeitlich begrenzte" Große Koalition für die beste Möglichkeit in der Krise.

Auf der anderen Seite hat sich bislang Eugen Loderer (SPD) als prominenter und mächtiger Vertreter des „mittleren" Flügels des DGBs positiv dazu geäußert. Andere DGB-Repräsentanten, namentlich die Vertreter des rechten Kanalarbeiterspektrums der SPD, glänzen noch durch vornehme Zurückhaltung. Hier wird sich sicherlich in den nächsten Wochen noch einiges bewegen.

Natürlich erhofft sich Loderer durch eine Hereinnahme von SPD-Politikern im Falle eines knappen CDU-Sieges eine Stärkung gewerkschaftlicher Positionen. Er plädiert bei „unsicheren Mehrheitsverhältnissen", also auch im Fall einer knappen SPD-Mehrheit, für eine Große Koalition. In diesem Punkt trifft er sich wohl mit den Überlegungen der meisten DGB-Kader: Bei knappen Wahlausgang (und wer zweifelt daran?) würden sich zwei nahezu gleichgroße gesellschaftliche Blöcke mehr oder minder gegenüberstehen. Die Grünen als neuer Mehrheitsbeschaffer mal für die CDU, mal für die SPD (ein „Rot-Grünes Bündnis" wird es ja sowieso nicht geben) würden zusätzliche Unruhe schaffen. Keiner der Blöcke könnte es sich erlauben, ohne erhebliche Reibungsverluste gegen den anderen auf Dauer Politik aufgrund formeller Mehrheitsverhältnisse im Bundestag durchzudrücken. Der „soziale Friede" könne nur in gemeinsamer Anstrengung und im weitestgehenden Konsens beider „Blöcke" gesichert werden.

Ob die „gesamtgesellschaftliche Verabredung", wie der neue IG-Chemiechef Rappe (SPD) sie fordert, nun in Form einer „Großen Koalition" oder „Konzertierten Aktion" oder beidem stattfinden wird, hängt nicht allein und noch nicht einmal maßgeblich vom DGB ab. Er hat die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Blüms Lohnpause:

Kein Lohnstop, aber Anpassung nach unten

Ganz auf der Linie des Lambsdorff-Papiers, das zum Anlaß formeller Aufkündigung der alten Regierungskoalition durch die SPD genommen wurde, war der Lohnpausenvorschlag Blüms kurz nach seiner Amtsübernahme. Daß er mit seinem Vorstoß eher mehr Schaden als politischen Nutzen erreicht hat, mag man heute, nachdem die Sache wieder fallengelassen wurde, seinen eigenen Äußerungen entnehmen. Besonders sauer ist Blüm über die Kritik von F.J. Strauß, der eine Lohnpause für *„ordnungspolitisch falsch und im Ergebnis (als) wirkungslos"* (zitiert nach „Hamburger Abendblatt", 2.11.82) bezeichnet hatte, nachdem sich sowohl sämtliche Wirtschaftsinstitute und — nach einigem Zögern — auch die Kapitalistenverbände dagegen gewandt hatte.

Ein Eingeständnis der Stärke ist seine Äußerung, mit der er den Fall „Lohnpause" für ein halbes Jahr in die Akten packte, in der Tat nicht: *„Es gibt keinen Papst in der Politik, ich bin keiner, Strauß ist auch keiner"* (s.o.). Interessant an diesem Kapitel sind die Ablehnungsgründe aus dem eigenen Lager, die von Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall in einem „Zeit"-Interview vom 31.12.82 wie folgt auf den Punkt gebracht wurden: *„....wir sind uns darin einig, daß es nichts nützt, einen Kraftakt sondergleichen zu proben, wenn dies letztlich zum Pyrrhus-Sieg würde. Denn würden wir uns durchsetzen, müßte dies zum einen mit einem Arbeitskampf bezahlt werden und zum zweiten mit einer Revanchestimmung bei den Gewerkschaften, das heißt, alsbald stünden Nachforderungen ins Haus. Eine Lohnerhöhungspause kann nur dann eine optimale Strategie sein, wenn sie von beiden Seiten akzeptiert und mitgetragen wird* (vielleicht zukünftig in einer „Konzertierten Aktion"? Anm. AK).

ZEIT: Sie geben also diesmal einer Sicherung des sozialen Konsenses Vorrang?

Kirchner: ja, allerdings nicht erneut um den Preis eines faulen Kompromisses willen. Wir wollen einen Mittelweg einschlagen zwischen einem Tarifergebnis, das nicht mehr finanzierbar ist und dem völligen Verzicht auf jede Lohnerhöhung.

(...)

Wenn wir Lohnzugeständnisse machen, dann sollen sie eigentlich nur eine Kontinuität in der Entwicklung fortführen, die 1981 begonnen hat, nämlich eine allmähliche Gewöhnung an schmalere Zuwachsraten beim Lohn."

Die Rechnung dieser für manch gestandenen Gewerkschafter überraschend anmutenden Fähigkeit der Kapitalisten zu einer differenzierten und äußerst feinfühligen Politik hat schnell Früchte getragen: Die IGM als traditionelle Lohnführerin verzichtete in diesem Jahr erstmalig auf eine Forderungsaufstellung in drei ihrer Bezirke und bekundet damit ihr Interesse an einem „ruhigen" Verlauf der Tarifrunde. Ohne das übliche Ritual öffentlicher Polemiken und Drohgebärden will die IGM direkt mit den Kapitalisten zu einem friedlichen Abschluß kommen.

Im letzten Jahr mußten sich noch die IG Chemie und die NGG innerhalb des DGB und insbesondere von der IGM bitterböse Vorwürfe dafür einhandeln.

Neu ist in diesem Jahr ebenso die Revision mehrheitlich gefaßter Forderungshöhen regionaler Tarifkommissionen durch das statutmäßig verankerte Vetorecht des IGM-Vorstands. Ausgerechnet in Baden-Württemberg, wo zuvor gerade eine recht erfolgreiche Kampagne unter dem Motto: Lohnverzicht sichert die Arbeitsplätze nicht! angelaufen war, dürfte sehr viel Unverständnis darüber bestehen, weshalb die IGM-Führung ihre eigene Kaufkrafttheorie und innergewerkschaftliche Demokratie selbst ad absurdum führt.

Der Erfolg, der sich in der diesjährigen Lohnrunde mit einem Abschluß von ca. 3,4 Prozent für Kapital und Regierung abzeichnet, gibt Kirchners Taktik recht. Ähnliche Argumente ließen sich auch anführen gegen die „harte Linie" Lambsdorffs bei Arbeid-Saarstahl. In beiden Fällen ging es darum, bestehende Tarifverträge der Gewerkschaft auszuhöhlen und damit gleichzeitig die reale Schwäche und Anfälligkeit des DGBs in der jetzigen Krise öffentlich bloßzustellen.

Derzeit scheint es im herrschenden Lager eine Mehrheit zu geben, die gegen eine Politik der totalen Konfrontation gegen die Gewerkschaften ist und sich von einem schrittweisen Vorgehen letztlich mehr Stabilität verspricht. Das soll natürlich nicht heißen, daß der DGB in den kommenden Monaten nicht wieder mit ähnlichen Attacken à la Blüm oder Lambsdorff überrascht werden könnte.

Möglicherweise stellt sich die Politik der Nadelstiche auch als eine zusätzliche Variante einer Regierungspolitik mit vertauschten Rollen heraus, um eine Differenzierung im gewerkschaftlichen Lager zu ermöglichen. Eine solche, allerdings natürlich mit insgesamt deutlich nach rechts verschobenen Akzenten, deutet sich schon an. Als ein Prügelknabe steht wiederum der Graf auf der Liste des DGB, wobei die CDU sich in der Rolle eines partiellen neuen „kleineren Übels" gar nicht mal so unwohl fühlen dürfte.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Neue Heimat:

Neue Heimat:

Erfolgreiche Plünderung der Gewerkschaften

Wäre es nach dem Willen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder gegangen, so hätte die skandalumwitterte „Neue Heimat Städtebau" keinen roten Heller aus Gewerkschaftsbeiträgen zur Sanierung ihrer Bilanzen erhalten.

Es ist kennzeichnend für die Struktur der Einzelgewerkschaften des DGB, daß die geforderte Zahlung von 400 Mio. DM (350 Mio. verlorener Zuschuß, 50 Mio. Kapitalerhöhung) relativ problemlos über die Bühne ging.

Lediglich die Gewerkschaften Holz und Kunststoff und die IG Druck und Papier zahlten nicht die ihnen nach dem Gesellschafteranteil zukommende Summe. Die DruPa stellte statt der geforderten 11,6 Mio. DM nur 3,6 Mio. DM zur Verfügung. Ihr Hauptvorstand erklärte die Ablehnung weiterer Zahlungen: *„Aus Gründen der Erhaltung ihrer Kampfbereitschaft und der Sicherung ihrer eigenen gewerkschaftlichen Aufgaben kann die IG Druck und Papier weder jetzt noch künftig eine Kapitalerhöhung, weitere Darlehnsleistungen oder Verlustzuweisungen mitvollziehen".* Angesichts der prekären finanziellen Situation der DruPa scheint die DGB-Führung die verringerte Zahlung akzeptiert zu haben. Die restlichen 8 Mio. DM werden von der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft getragen.

Anders ist hingegen die Situation bei der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Schon bei der Ende 1981 beschlossenen Kapitalaufstockung hatte sich die GHK quergestellt. Sie forderte eine Überprüfung der gemeinwirtschaftlichen Ziele der „Neuen Heimat". Bevor man Zahlungen leiste, müsse erst im Konzern etwas passieren. Dies war noch im April 1982 Beschlußlage im GHK-Vorstand. Bis zum Gewerkschaftstag im Mai wurde die GHK dann allerdings weichgeklopft, ihren Anteil zu zahlen. Von den jetzt geforderten 15,9 Mio. DM hat die GHK nur 7,4 Mio. überwiesen, was von der DGB-Führung (intern) außerordentlich scharf kritisiert wurde und wohl noch Gegenstand einer DGB-Bundesvorstandssitzung sein wird. Die ausstehenden 8,5 Mio. DM werden von der Vermögens- und Treuhandgesellschaft des DGB ausgelegt, die der GHK dafür Schuldscheine ausstellt und auf Rückzahlung der Summe plus Zinsen drängt. Über diese Zwangsverschuldung der GHK wurden die Gewerkschaftsmitglieder noch nicht einmal informiert. In der GHK-Mitgliederzeitung „Holzarbeiter-Zeitung" 1/83 heißt es lediglich: *„Eine mehr als doppelt höhere Summe, wie sie eine Quotenregelung vorsah, konnte für die GHK wegen der außergewöhnlich hohen finanziellen Belastung nicht in Betracht kommen. Der Anteil, den die GHK in diese Aktion einbringt, entspricht der Stärke unserer Gewerkschaft im DGB und kann von uns aufgebracht werden, ohne unsere eigene Finanzkraft zu schwächen."*



aus: Hamburger Lehrerzeitung

Von der GEW, die nur einen vergleichsweise bescheidenen Anteil von 868.000 DM an die NH zu zahlen hat, hätte man etwas mehr Widerstand gegen diese Zumutung erwartet. Immerhin hatte noch der GEW-Bundeskongreß im Oktober 1981 der NH vorgeworfen, sie betreibe eine Wohnungspolitik, *„deren wesentliche Nutznießer Spekulanten, Großverdiener und das Finanzkapital sind".* Dieser Beschluß war damals vom DGB-Bundesvorstand offiziell gerügt worden — ein Novum in der westdeutschen Gewerkschaftsgeschichte. Als der Hauptvorstand der GEW nun am 11.9.82 die geforderten Gelder bewilligte, führte er einen wahren Eiertanz auf: *„Der Hauptvorstand sieht es als unerträglich an, daß der GEW nichts anderes übrig bleibt, als ihren Beitrag zur Sanierung der Neuen Heimat Städtebau aus angelegten Mitgliedsbeiträgen zu leisten. Der Hauptvorstand ist dazu nur bereit, weil er sich dem Appell des Bundesvorstandes des DGB an alle Gewerkschaften nicht entziehen kann* (!) *und will. Für den Hauptvorstand ist damit allerdings die Grenze des Zumutbaren erreicht"* („Berliner Lehrerzeitung" 11/82).

Der sofortigen Zahlung der Gelder ohne Rücksprache in den Landesverbänden widersprachen lediglich die Vertreter der Landesverbände Bremen und Westberlin. Die Westberliner kündigten sogleich an, sie wollten den Beschluß auf der Sitzung des Hauptausschusses (dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) revidieren lassen. Als der Hauptausschuß der GEW dann am 9.10. zusammentrat, mußte man feststellen, daß der GEW-Anteil zur NH-Sanierung bereits überwiesen war.

Dies führte unter den Westberliner GEW-Mitgliedern zu erheblicher Unzufriedenheit, die sich u. a. in einem Beschluß der Mitgliederversammlung Kreuzberg ausdrückte, bis zur Revision der GEW-Zahlungen an die NH nur noch 64 % des Gewerkschaftsbeitrages (also keine Beiträge für die GEW-Bund und den DGB) zu entrichten. Inzwischen sollen ca. 500 Westberliner GEW-Kollegen eine entsprechende Erklärung unterzeichnet haben. Auf der Vertreterversammlung der GEW-Berlin am 16.12. konnte sich diese Position allerdings nicht durchsetzen. Stattdessen wurde beschlossen, einen Antrag an den Gewerkschaftstag der GEW im Oktober zu richten, in dem die Bereitstellung von GEW-Geldern für die NH mißbilligt und ein Ausstieg der GEW aus der Beteiligung an der Neuen Heimat Städtebau gefordert wird.

Die Vertreterversammlung der Hamburger GEW mißbilligt derweil das Verhalten ihres Vorsitzenden, der der NH-Sanierung mit GEW-Geldern zugestimmt hatte.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Mord im Orient-Expreß

Vom Papst-Attentat zur Nachrüstung

Große Sensibilität für politische Zusammenhänge bewies ein Kommentator in Springers „Welt", als er eine historische Parallele zog von den Schüssen des türkischen Faschisten Ali Agca auf den Papst 1981 zu den Schüssen in Sarajewo 1914 (Anm. 1). Denn wieder einmal geht es um Balkan, wirre Zusammenhänge — und um Vorbereitungen zum Krieg.

Dabei schien doch anfangs noch alles klar zu sein, nachdem Agca am 13. Mai 1981 den Stellvertreter Gottes beinahe auf die lange Reise zu seinem Chef geschickt hatte: Der Attentäter ist Mitglied der türkischen Faschisten-Partei MHP, mit vielfältigen Bekanntschaften und Komplizenschaften im Milieu der „Grauen Wölfe". Bekanntschaften beispielsweise in der BRD, einem Naturschutzgebiet für die türkische Mafia und den türkischen Rechtsterrorismus. „Mordspur führt nach Deutschland" (Anm. 2) und „Auftraggeber des Attentäters flieht durch Deutschland" (Anm. 3) schreibt in jenen Tagen sogar die Springer-Presse. Ausführlich wird berichtet, daß Agca wiederholt und längere Zeit in der BRD war, daß er in diesem Land möglicherweise zwei politische Morde ausgeführt hat, daß er kurz vor dem Attentat von seinem Hotel in Rom aus ein führendes Mitglied der „Grauen Wölfe" in Sarstedt (bei Hannover) angerufen habe. — Konsequent weiterverfolgt hätten diese Spuren nur zu Peinlichkeiten und Ärgerlichkeiten führen können. Was für ein Glück also, daß die verwirrend verworrene Geschichte sich inzwischen in eine ganz andere Richtung geklärt hat: Agca's Auftrag kam vom bulgarischen Geheimdienst, der seinerseits selbstverständlich nur eine Filiale des allmächtigen sowjetischen KGB ist. Nun endlich ist b e w i e s e n , was kluge Menschen sowieso seit langem wußten: „Der Terrorismus kommt aus dem Osten" (Anm. 4), „Buchstäblich jeder im Westen, bis ganz oben, kommt als Objekt einer Mordaktion östlicher Geheimdienste in Betracht" (Anm. 5) und vor allem: „....was sind dann alle Versicherungen Moskaus wert, man werde den Westen militärisch nicht angreifen...!" (Anm. 6). Umstritten ist unter den Fachleuten des Konservativismus und der psychologischen Kriegführung nur noch, ob das Papst-Attentat ein „Meisterwerk" der Regie war (Anm. 7), oder ob die östlichen Drahtzieher nicht ganz im Gegenteil „einen Mißgriff an den anderen gereiht" haben (Anm. 8).

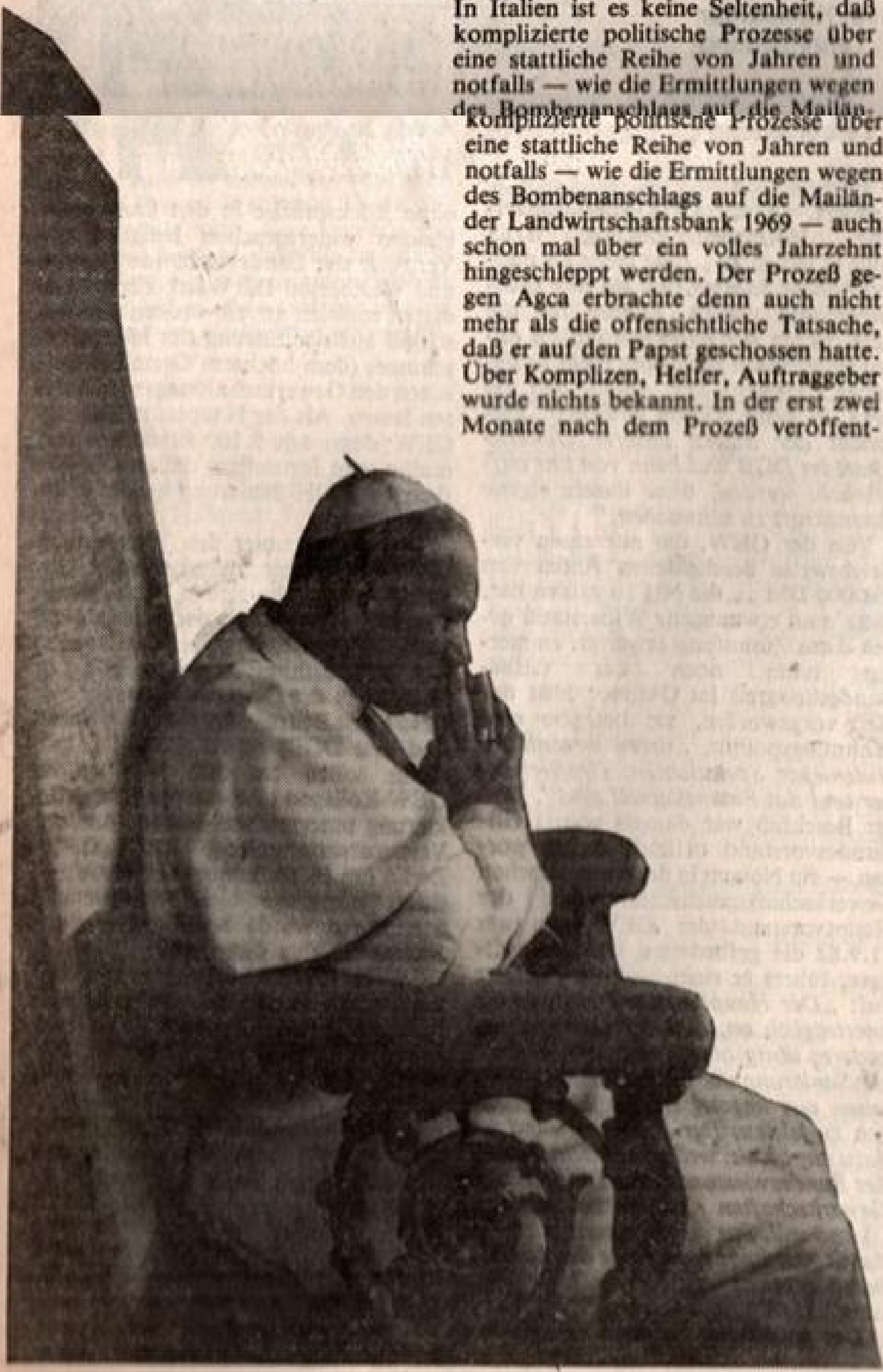
Wie wär's denn mal mit Libyen?

Daß Agca „ein bezahlter Killer" ist und daß hinter dem Attentat eine „internationale Terroristenbande", wenn nicht gar ein „internationales Komplott" steht, wußte man selbstverständlich sofort. Daß die Spuren ebenso selbstverständlich keineswegs nach rechts, sondern eindeutig nach links führen würden, wurde sehr schnell klar: Gleich in den ersten Verhören bekannte sich Agca als Gefolgsmann der radikalen Palästinenserorganisation PFLP (Anm. 9). Die PFLP dementierte sofort, und man kam auf diese Version bis heute nicht wieder zurück. Ebenfalls in den ersten Verhören erklärte Agca, er sei zwar Mitglied der MHP gewesen, habe sich aber von ihr getrennt und sei jetzt ein Linksradikaler (Anm. 10). Damit ließ sich etwas anfangen, und schon kursierte in Italien das Gerücht, Agca sei *„auf verschlungenen Pfaden von orthodoxen Kommunisten zu seiner Tat angestiftet worden"* (Anm. 11).

Eine weitere Spur wurde ins Spiel gebracht, für die sich inzwischen kein Mensch mehr interessiert: Libyens unheimlicher Staatschef Ghaddafi, in der Hitparade der politischen Kinderschrecks seit Jahren auf den Spitzenplätzen, habe das Attentat in Auftrag gegeben. Nur vier Tage nach den Schüssen auf den Papst konnte man diese Version in der Springer-Presse lesen — unter Berufung auf den marokkanischen König Hassan, der sehr viele Gründe hat, Ghaddafi immer wieder ins rechte Licht zu rücken (Anm. 12). Eine Woche später war der „Bild am Sonntag" sogar noch Genaueres zu entnehmen: Agca sei von Libyen über ein Konto in Palermo (Sizilien) bezahlt worden, und zwar über eine libysche Schein-Firma, die auch größere Geldbeträge an italienische Rechtsextremisten überwiesen habe. Auf Agcas Konto seien mindestens 18.000 DM eingezahlt worden (Anm. 13). Seltsam nur, daß dieses Konto und Libyen überhaupt in den aktuellen Ermittlungen und Versionen nicht wieder aufgetaucht sind.

Natürlich war's der KGB!

Höchste Zeit, endlich mal den KGB ins Spiel zu bringen. Den Anfang machten die türkischen Faschisten selb st: Am 22.5.81 behauptete ihre Zeitung „Tercüman", daß Agca ein KGB-Agent sei. „Tercüman" berief sich dabei auf eine Wiener Zeitung und auf „westliche Geheimdienste". Bereits am 21.5.81 vertrat der Faschist Celebi — jetzt als mutmaßlicher Komplize Agcas in Haft! — diese Version auf einer Pressekonferenz (nach FIDEF-Türkei-Informationen 4/5 1981).



Internationales Niveau bekam die KGB-Version im Juni durch die sowjetischen Rechtsdissidenten Wladimir Maximow und Alexander Ginsburg. In einem Interview mit der italienischen Zeitung „il tempo" behaupteten sie, **„es bestehe kein Zweifel, daß das Attentat vom KGB organisiert wurde"** (Anm. 14). Der KGB revanchierte sich, indem er über die sowjetische Nachrichtenagentur „Nowosti" die These verbreiten ließ, hinter dem Attentat könne der CIA der USA stehen. Motiv: Der Papst habe einen Vertreter der Befreiungsfront von El Salvador empfangen, habe Kontakte zur PLO aufgenommen und habe sich gegen die Annektion Jerusalems ausgesprochen (Anm. 15).

Im Juli 1981, gerade zwei Monate nach dem Attentat, fand der Prozeß gegen Agca statt, der in nur 72 Stunden über die Bühne gebracht wurde. Der Vorgang verdient eine spezielle Hervorhebung im Guiness-Buch der Rekorde: In Italien ist es keine Seltenheit, daß komplizierte politische Prozesse über eine stattliche Reihe von Jahren und notfalls — wie die Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Mailän-

komplizierte politische Prozesse über eine stattliche Reihe von Jahren und notfalls — wie die Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Mailän-

der Landwirtschaftsbank 1969 — auch schon mal über ein volles Jahrzehnt hingeschleppt werden. Der Prozeß gegen Agca erbrachte denn auch nicht mehr als die offensichtliche Tatsache, daß er auf den Papst geschossen hatte. Über Komplizen, Helfer, Auftraggeber wurde nichts bekannt. In der erst zwei Monate nach dem Prozeß veröffentlichten Urteilsbegründung heißt es, das Attentat sei auf ein „internationales Komplott" zurückzuführen; **jedoch habe das Material es „nicht ermöglicht, die Hintermänner ausfindig zu machen".**

Anfang September — die Urteilsbegründung war noch nicht veröffentlicht — wurde erstmals ausdrücklich der bulgarische Geheimdienst ins Spiel gebracht. Es war ein britischer Journalist, der in einem privaten TV-Sender behauptete, das Attentat sei möglicherweise vom bulgarischen Geheimdienst und vom KGB geplant worden (Anm. 16). Gleichzeitig wußte ein hoher italienischer Funktionär schon zu berichten, Agca habe sich in Sofia mit einem Mann getroffen, *„der möglicherweise seine Kontaktperson innerhalb des bulgarischen Geheimdienstes"* gewesen sei (Anm. 17). Der Vatikan mußte britische Presseberichte dementieren, in denen behauptet worden war, der Vatikan vermute den KGB als Auftraggeber des Papst-Attentats (Anm. 18).

„Der Westen kann das alles nur mit Schaudern zur Kenntnis nehmen. Wenn die östliche Supermacht bereit ist, den unbewaffneten Papst erschießen zu lassen — was sind dann alle Versicherungen Moskaus wert, man werde den Westen militärisch nicht angreifen und auch keine Atomwaffen auf Länder richten, die selber keine Atomwaffen führen? Sobald das östliche Regime sich in seinen Grundfesten bedroht fühlt, ist es offenbar zu jedem Verbrechen bereit. Nicht zu vergessen: Der Chef des KGB hieß zu jener Zeit, als das Papst-Attentat geplant und ausgeführt wurde, Juri Andropow".

(„Welt", 17.12.82)

Es vergingen mehrere Monate, ohne daß die „bulgarische Spur" wieder in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Erst mehrere Monate später erfuhr man, daß inzwischen anscheinend die Ermittlungen eine neue Stufe erreicht hatten: Am 29.12.81 soll Agca im „Supergefängnis" Ascoli Piceno begonnen haben, ein erstes Geständnis abzulegen, mit dem vor allem Bulgarien schwer belastet wurde. Die Öffentlichkeit erfuhr damals absolut nichts darüber. Stattdessen reiste der Direktor der italienischen 'Gegenspionage' höchstpersönlich zum Gedankenaustausch mit seinen türkischen Kollegen nach Ankara. Man einigte sich, daß Fachleute des türkischen Geheimdienstes nach Italien kommen sollten, um mit Agca zu sprechen. Schon hatte, so will es jedenfalls heute die Legende, der italienische Justizminister seine Zustimmung gegeben, da machte ein tapferes Schneiderlein aus dem Mittelbau der Justiz einen Strich durch die Rechnung, indem er ein Verhör Agcas durch die Türken verbot (Anm. 20). Schön klingt das Lied vom mutigen kleinen Mann mit der großen Zivilcourage, aber naheliegend ist der Verdacht, daß man Mittel und Wege gefunden hat, um den Faschisten Agca und die Abgesandten der türkischen Junta trotzdem zusammenzubringen.

Intermezzo
Auftritt der Reumütigen

Die Früchte des ersten Geständnisses von Agca und der regen Kommunikation zwischen Italien und der Türkei wurden der staunenden Öffentlichkeit erst im August 1982 päsentiert. Bevor wir zu diesem Kabinettstückchen kommen, muß jedoch ein Intermezzo eingeschaltet werden, das ein gutes Stück weiter auf der „bulgarischen Spur" brachte.

In der politischen Justiz Italiens sind in den letzten Jahren die sogenannten Reumütigen zu einer festen Institution geworden. Fast jeder politische Prozeß kann mindestens einen Reumütigen

in den letzten Jahren die sogenannten Reumütigen zu einer festen Institution geworden. Fast jeder politische Prozeß kann mindestens einen Reumütigen

vorweisen, der nach Kräften seine Leute beschuldigt, der für die Öffentlichkeit eine Figur zwischen Jämmerlichkeit und Widerwärtigkeit bietet, und der im übrigen nötigenfalls a l l e s bestätigen wird, was die Behörden von ihm hören wollen, sofern er sich davon einen Nutzen verspricht. Als eine solche Figur tritt seit Februar 1982 Antonio Savasta auf, der beschuldigt wird, bei der Entführung des US-Generals Dozier (Dezember 81 - Februar 1982) eine führende Rolle gespielt zu haben. Unter anderem bestätigte Savasta wunschgemäß die Waffenlieferungen der PLO an Italiens Brigate Rosse (Anm. 21), die schon häufig Gegenstand von Gerüchten gewesen waren. — Savasta nun beschuldigte den hochrangigen Funktionär der sozialdemokratischen Gewerkschaft UIL, Luigi Scricciolo, im Auftrag des bulgarischen Geheimdienstes an die Brigate Rosse herangetreten zu sein. Er habe ihnen im Austausch gegen die Verhörprotokolle Doziers Waffen, Unterschlupf und andere Formen der Unterstützung angeboten. Aus der Kontakt-Anbahnung entstand allerdings nichts Praktisches, was vor allem mit der Abneigung der Brigate Rosse gegen den „Sozialimperialismus" zu tun zu haben scheint.

Scricciolo, daraufhin ebenfalls inhaftiert, verwandelte sich in einen weiteren Reumütigen: Er behauptet, seit 1976 für den bulgarischen Geheimdienst als Spion tätig gewesen zu sein. Unter anderem seien seine Auftraggeber an Informationen über die polnische Solidarnosc interessiert gewesen; als Auslandsverantwortlicher der UIL hatte er darüber zweifellos einiges zu erzählen. Als seine Kontaktleute benannte Scricciolo mehrere Diplomaten und Angestellte der bulgarischen Botschaft in Rom.

Man darf vermutlich den Kontakt-Vorstoß der östlichen Geheimdienste in Sachen Dozier als wirklich unterstellen. Daß sie an Informationen über die militärischen Planungen und Absichten der NATO höchst interessiert sind, liegt auf der Hand. Gerade wenn man dies als wahr unterstellt, widerspricht es allen Spekulationen über eine Steuerung und Kontrolle des westlichen Linksterrorismus durch den KGB, denn andernfalls wäre der Kontakt-Versuch über Scricciolo überflüssig gewesen. Das hindert die westlichen Medien selbstverständlich nicht, aus dem (erfolglosen) Kontakt-Versuch in Sachen Dozier eine enge Zusammenarbeit zwischen bulgarischem Geheimdienst und Brigate Rosse zu machen (Anm. 22). Einige Monate später, im Dezember 1982, folgten auch noch Spekulationen, der bulgarische Geheimdienst habe die Ermordung von Lech Walesa geplant, als dieser im Januar 1981 Italien besuchte (Anm. 23).

Salto Mortale ins „internationale Terror-Netz"

Zurück in den August 1982: Die US-Journalistin C l a i r e S t e r l i n g hat ihren großen Auftritt! Man kennt sie bereits in den einschlägigen Kreisen. Sie ist gern zu Diensten, wenn Geheimdienste und Polizeien westlicher Staaten Unwahrscheinliches und Phantastisches über die Verbindungen zwischen dem internationalen Terrorismus und dem Osten ans Publikum bringen möchten. Im Frühjahr 1981 erschien ihr Meisterwerk „Das internationale Terror-Netz" („The Terror Network") auf dem Markt, in dem alle Figuren vorkommen, die man von einem Meisterwerk erwartet: Ghadafi, Arafat, Feltrinelli, Castro — und als Spinne im Netz immer wieder der KGB. Studentenproteste und Demonstrationen gegen Springer sind geschickt ins Netz geflochten. Die Springer-Presse applaudiert stehend (Anm. 24).

Inzwischen hatten die Geheimdienste Frau Sterling auf eine Rundreise geschickt, die mehrere Monate dauerte. Man hat ihr die Aufzeichnung von Agca's Erzählungen vom Dezember 81 zur Verfügung gestellt, man hat sie bei den Polizeien und Diensten mehrerer Länder herumgereicht, und man hat sie vor allem bei der türkischen Junta mit größter Gastfreundlichkeit und Redseligkeit aufgenommen. Im August 1982 publiziert sie ihr Produkt in „Reader's Digest" (Anm. 25). Das internationale Echo ist enorm: *„Sensationelle Enthüllung: Papst-Attentat/ Kreml schickte den Killer"* (Anm. 27). Essenz des Artikels: Schon seit Mitte der 60er Jahre sei die Türkei das „Objekt sowjetischer Zersetzungsarbeit". Linke wie rechte türkische Terroristen seien von der Sowjetunion bezahlt, bewaffnet und ausgebildet worden. Agca selbst sei eigentlich gar kein Faschist, sondern habe enge Verbindungen zu verschiedenen Linksextremisten gehabt; konkret genannt werden Dev-Sol, die THKO, Emegen Birligi und Halkin Kurtulusu.

Linksextremisten gehabt; konkret genannt werden Dev-Sol, die THKO, Emegen Birligi und Halkin Kurtulusu.

Seit spätestens 1977 sei Agca von östlichen Geheimdiensten betreut und bezahlt worden. Die Ermordung des „Milliyet"-Chefredakteurs Ipekci durch Agca und Agca's erstaunliche Flucht aus dem Gefängnis 1979 werden bereits in diesen Zusammenhang gebracht. Am Tage nach seiner Flucht aus dem Gefängnis kündigte Agca in einem Brief an „Milliyet" an, den Papst ermorden zu wollen, dessen Türkei-Reise unmittelbar bevorstand.

Agca sei dann im Sommer 1980 für runde 50 Tage in Bulgarien aufgetaucht, in Sofia habe er im Luxushotel „Witoscha" gewohnt. Bulgarien, so merkt Frau Sterling an, unterstütze schon seit Anfang der 70er Jahre die Terroristengruppen Westeuropas. Vor allem sei es der wichtigste Umschlagplatz für die Riesenmengen an Waffen, die der KGB mit vollen Händen an linke und rechte Terroristen austeilt, um die Destabilisierung der Türkei, Grie-

Fortsetzung nächste Seite

Hellseher: Neues Attentat auf den Papst?

● Die Vereinigung der italienischen Hellseher, Magier und Astrologen prophezeiten bei ihrem Jahrestreffen in Rom Schreckliches: Attentat am englischen Königshof, neues Attentat auf den Papst – und Präsident Reagan wird zum Rücktritt gezwungen.

(aus „Bild", 18.12.82)

chenlands, Italiens u.a. herbeizuführen. Von einem Syrer unbekannten Namens habe Agca im „Witoscha" die später für das Papst-Attentat verwendete Waffe erhalten. (Frau Sterling beruft sich auf das Geständnis Agca's vom Dezember 81. Ein Jahr später behauptet Agca, er habe die Waffe von dem türkischen Faschisten Ömer Bagci wenige Tage vor dem Attentat in Mailand bekommen. Aber auf solche Kleinigkeiten kommt es bekanntlich nicht an.) Ebenfalls im „Witoscha" habe Agca damals die Bekanntschaft von Ömer Marsan (Mersan) gemacht. Mersan sei ein in München lebender Türke, der mit Schmuggelgeschäften, darunter gelegentlich auch Waffen, zu tun habe. Mersan habe Agca für 3000 DM einen falschen Paß beschafft. Außerdem habe Mersan ihn mit einem Bulgaren namens Mustafaeoff bekannt gemacht.

Die italienische Polizei habe das BKA der BRD am 22.5.81 (also wenige Tage nach dem Attentat!) auf Mersan aufmerksam gemacht, schreibt Frau Sterling weiter. Mersan sei daraufhin festgenommen und verhört, aber vor Ablauf von 24 Stunden wieder freigelassen worden. Seither sei er untergetaucht. — Eine etwas peinliche Geschichte, und mit gutem Grund taucht Mersan's Name in den neueren Versionen über die Tat nirgendwo mehr auf. Übrigens soll Mersan, so ebenfalls der Bericht der Frau Sterling, ein Verbindungsmann zu Abuzer Ugurlu gewesen sein, dem „Chef eines bedeutenden Waffenschmuggelrings mit Sitz in Sofia". Ugurlu arbeite mit dem bulgarischen Geheimdienst zusammen und sei u.a. zuständig für die Waffenlieferungen an die türkischen Terroristen von Rechts und Links. (Anm. 28).

„Die italienischen Justizbehörden sind in Beweisnot. Ihre Anschuldigungen, bulgarische Staatsdiener seien in das Attentat auf Papst Johannes Paul II verwickelt, besitzen, das läßt sich jetzt absehen, nicht jenes Fundament der Eindeutigkeit, vor dem jeder Zweifel von jeder Seite verstummen muß... Über Beweise, wie sie für die Verurteilung in einem Zivilprozeß beizubringen wären, verfügen die italienischen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte offenbar nicht. (...) Deshalb darf auch Italien von seinen Verbündeten in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft nicht im Stich gelassen werden. Dabei stehen nun nicht mehr die Spurensicherung nach Sherlock Holmes und die Beweiskraft richterlicher Anschuldigungen im Vordergrund, sondern die politische Auseinandersetzung zwischen West und Ost..."

(„Frankf. Allgemeine", 22.12.82).

(„Frankf. Allgemeine", 22.12.82).

Zurück zu Agca: Er habe Bulgarien Richtung Jugoslawien verlassen und sei kreuz und quer durch 12 Länder Europas gereist. In Tunesien habe sich Agca auf Anweisung Mersan's mit Mustafaeoff wiedergetroffen.

Soweit die Substanz des Artikels in „Reader's Digest". Gegenüber der aktuellen Version ist die damalige Darstellung nicht nur um einiges knapper, sondern steht teilweise dazu im Widerspruch. Im wesentlichen stimmen nur der Aufenthalt im „Witoscha" und der Grundzug der Argumentation (Zusammenarbeit von bulgarischem Geheimdienst und türkischer Mafia) überein.

Das Eis ist gebrochen

Jedenfalls war mit dem Artikel der Frau Sterling der endgültige Durchbruch geschafft. Von nun an konnte die Rolle der östlichen Geheimdienste beim Papst-Attentat als Gewißheit gelten. Die Zeitschrift „Time" schob nach, das Motiv des Mordplanes sei eine geheime Botschaft gewesen, die der Papst im August 1980 an die sowjetische Führung geschickt haben soll. In diesem Schreiben habe der Papst gedroht, abzudanken und sich an die Spitze des polnischen Volkes zu stellen, falls mit Gewalt gegen die Gewerkschaftsbewegung vorgegangen würde (Anm. 29). Deshalb habe der KGB ihn ausschalten wollen. Ärgerlich ist bloß, daß der Vatikan mehrfach und kategorisch dementiert hat, daß es einen solchen Brief gegeben habe (Anm. 30).

Nimmt man die Fakten zusammen, so geben sie für einen Mordplan des KGB eigentlich herzlich wenig her: Agca soll im Juli 1980 nach Bulgarien gekommen sein, als die Streiks in Polen gerade erst begannen, und er verließ es spätestens Anfang September 1980, als die späteren Zuspitzungen auch noch nicht deutlich waren. Für einen Mordauftrag gab es damals keinen akuten Grund.

Das scheint auch Frau Sterling gesehen zu haben: In ihrem Artikel behauptet sie keineswegs, daß Agca schon bei seinem Aufenthalt in Sofia im Sommer 1980 mit dem Attentat beauftragt worden sei. Eben dies behauptet aber die derzeit aktuelle Version, die nunmehr vorgestellt werden soll.

Diese Version wurde zwischen Ende November und Mitte Dezember in Portionsstücken an die Öffentlichkeit gebracht. Im wesentlichen besagt sie: Ein für den bulgarischen Geheimdienst arbeitender Türke namens Oral Celik habe Agca 1979 zur Flucht aus dem Gefängnis verholfen. Später habe Agca 6 Wochen lang in der bulgarischen Hauptstadt Sofia unter der Protektion des einflußreichen Türken Bekir Celenk (andere Namensversion: Beschir Selenik) gelebt. Celenk soll eine Top-Figur der türkischen Mafia sein, wobei es schwerpunktmäßig um Tauschgeschäfte in Milliardenhöhe (Waffen gegen Heroin) gehen soll. Türkische Zeitungen behaupten, daß Celenk in engem Kontakt zu östlichen Geheimdiensten, vor allem zu dem Bulgariens, stehe. Er habe u.a. einen großangelegten Waffenschmuggel aus dem Ostblock in die Türkei organisiert, um vor dem Militärputsch die rechten und linken Terroristen auszurüsten. Celenk habe Agca 3 Millionen Mark für die Ermordung des Papstes versprochen. Alle Einzelheiten des Planes seien in Sofia besprochen worden. Danach sei Agca auf eine Kreuz-und-Quer-Tour durch ganz Europa geschickt worden, „um spätere Ermittlungen zu erschweren" (indem er überall seine Spuren hinterließ und durch verschwenderisches Geldausgeben auffiel?!).

Anfang Mai 1981 habe Agca ein verabredetes Signal erhalten. Daraufhin sei er nach Mailand gefahren und habe dort von Ömer Bagci die Tatwaffe erhalten. Außerdem habe er für Kontakte in Rom fünf Telefonnummern bekommen: zwei Anschlüsse der bulgarischen Botschaft, die Nummern des bulgarischen Konsulats und der Fluggesellschaft Balkan Air, sowie die Privatnummer des Botschaftsangestellten Ayvazoff. (Die Schreibweise der bulgarischen Namen variiert in den westlichen Medien.) In Rom soll Agca über die Telefonnummern Kontakt zu mehreren Bulgaren, vor allem zu Ayvazoff und zum Balkan Air-Angestellten Antonoff, bekommen haben. In den Wohnungen von Ayvazoff und Antonoff — die Agca den italienischen Ermittlern jetzt genau beschrieben haben soll— seien die letzten Details des Plans besprochen worden. Außerdem sollen zwei Platz-Besichtigungen gemeinsam mit den beiden Bulgaren stattgefunden haben. Am Tag des Attentats will sich Agca mit den beiden Bulgaren in der Nähe des Hauptbahnhofs getroffen haben. Mit dem Auto sei man gemeinsam zur Wohnung von Ayvazoff gefahren, um dort mehrere Waffen abzuholen. Davon soll Agca eine Pistole und eine ‚Schreckbombe' erhalten haben, wäh-

ben. Mit dem Auto sei man gemeinsam zur Wohnung von Ayvazoff gefahren, um dort mehrere Waffen abzuholen. Davon soll Agca eine Pistole und eine ‚Schreckbombe' erhalten haben, wäh-

rend die beiden Bulgaren ebenfalls Schußwaffen einsteckten. Man habe das Auto dicht in der Nähe des Petersplatzes abgestellt und vereinbart, sich nach vollbrachter Tat wieder an dem Auto zu treffen. Die beiden Bulgaren seien mit Agca auf den Petersplatz gegangen; angeblich hätten sie seine Flucht decken wollen.

Auf Grund der Aussagen Agca's wurde Antonoff in Rom verhaftet. Ayvazoff und andere früher in Rom tätige Bulgaren (die zum Teil nicht wegen des Papst-Attentats, sondern wegen der Zusammenarbeit mit Scricciolo beschuldigt werden) haben sich rechtzeitig in die Heimat abgesetzt. Auf einer Pressekonferenz in Sofia erklärten sie sich bereit, sich gegen Zusicherung von freiem Geleit den italienischen Ermittlungsbehörden zu stellen. Daran besteht jedoch in Italien anscheinend kein Interesse.

Und das soll die Wahrheit sein?!

Einige kleinere Widersprüche gibt es schon in der Geschichte: Beispielsweise sagen die Angestellten der Balkan Air aus, daß Antonoff während der Tatzeit — als er nach Angaben Agca's auf dem Petersplatz war — im Büro gewesen sei. Auch bestätigen sie, daß Antonoff, den Agca als Mann mit einem Vollbart beschreibt, damals keinerlei Bart trug. (Anm. 31). Und Ayvazoff, dessen Telefonnummer Agca angeblich kannte, behauptete auf der Pressekonferenz in Sofia, in seiner Wohnung in Rom habe er überhaupt kein Telefon gehabt (Anm. 32).

Schwerer als solche Zweifel und Widersprüche im Detail wiegt jedoch ein anderer Punkt: Die innere Logik des Vorgangs. Daß die sowjetische Führung zu einem bestimmten Zeitpunkt daran interessiert war, den Papst we-





Gratis! 3. Extra-Blatt. Gratis!

Vossische Zeitung

Der österreichische Thronfolger und seine Gattin ermordet.

gen seines symbolischen Werts für die polnische Oppositionsbewegung auszuschalten, mag immerhin als möglich unterstellt werden. Daß ein solches Geschäft einfach an die bulgarischen Kollegen wegdelegiert worden wäre, ist schon unwahrscheinlicher — immerhin hätte vom Ausgang des Unternehmens sehr viel abgehangen. Daß sich die Geheimdienste bezahlter Killer bedienen, gehört im Freien Westen zu den demokratischen Grundwerten und darf auch für den KGB und andere östliche Dienste als möglich unterstellt werden. Agca scheint ein idealer Typ für einen solchen Auftrag gewesen zu sein. Ssoweit wäre der Ablauf noch allenfalls nachvollziehbar. An diesem Punkt angekommen, hätte jeder Teilnehmer des fünfstündigen Lehrgangs „James Bond für Anfänger" jedoch auf ein großes Problem hingewiesen: Agca ist ein Faschist oder zumindest ein früherer Faschist, dessen heutige politische Vorstellungen höchst wirr und abenteuerlich sind. Daß er einen Auftrag aus Sympathie für den ‚realen Sozialismus' ausführt und anschließend in der Haft aus noch grösserer Sympathie seine Auftraggeber verschweigt, ist absolut unwahrscheinlich. **Also ist vom ersten Moment an wichtig, daß eine solche Figur über die Auftraggeber des Unternehmens im Unklaren gelassen oder sogar bewußt verwirrt wird.** Es bestand so gesehen keinerlei Anlaß, Agca wochenlang in einem bulgarischen Luxushotel einzuquartieren, um ihn für das Attentat anzuheuern. Es bestand noch weniger Grund, ihm für die Kontaktaufnahme in Rom fünf Telefonnummern zu geben, die alle schnurgerade auf den bulgarischen Geheimdienst hinzuweisen scheinen. In jedem Fall

weniger Grund, ihm für die Kontaktaufnahme in Rom fünf Telefonnummern zu geben, die alle schnurgerade auf den bulgarischen Geheimdienst hinzuweisen scheinen. In jedem Fall

wäre eine Telefonnummer schon mehr als genug gewesen, und die hätte sicher nicht gerade einem exponierten bulgarischen Funktionär gehören dürfen. Absolut unwahrscheinlich ist auch, daß ein Geheimdienst das Risiko eingehen würde, die Planung eines Attentats dieser enormen politischen Größenordnung in den Privatwohnungen offizieller Funktionäre zu besprechen, eine Figur wie Agca überhaupt in eine solche Wohnung zu bringen und sich dann auch noch einem Abhör-Risiko auszusetzen.

Zur Abrundung der Geschichte hätte nur noch gefehlt, daß Agca zur Erteilung des Mordauftrags direkt in den Kreml gebeten worden wäre — und daß dann irgendein Foto vom Tatort das Gesicht Antonoff's in der Menge auf dem Petersplatz zeigt — am besten mit gerade erhobener Pistole.

Noch ein paar Kleinigkeiten kommen hinzu: welchen Sinn sollte beispielsweise das wilde Herumgereise Agca's quer durch Westeuropa machen? Angeblich sollte es die Ermittlungen erschweren. Aber gegen Agca bestand seit 1979 ein internationaler Haftbefehl, und selbst bei der bekannten Tendenz westlicher Polizeien, den Grauen Wölfen und anderen Rechtsterroristen eine ganzjährige Schonzeit einzuräumen, vergrösserte Agca's Herumgereise doch das Risiko, daß Agca irgendwo versehentlich von der Polizei gegriffen worden wäre und dann vielleicht ausgepackt hätte. Immerhin gab es damals mehrfach konkrete Hinweise auf Aufenthalte Agca's beispielsweise in der BRD. **Wer immer Agca's Kreuzfahrt durch ganz Westeuropa organisierte und finanzierte — er muß sich sehr sicher gewesen sein, daß Agca entweder gegen Festnahmen absolut gefeit war oder daß er notfalls schnell und garantiert wieder freikommen würde.** Auch dieser Umstand deutet nicht gerade auf den KGB hin, falls man sich nicht der Superverschwörungsthese anschließt, daß die Polizeien und Geheimdienste Westeuropas fest in der Hand des KGB sind.

Dichtung und Wahrheit

Als Tatsache bleibt vermutlich festzuhalten, daß Agca im Sommer 1980 in Bulgarien war, daß er dort im Hotel „Witoscha" wohnte und daß er sich dort ziemlich lange (ungefähr 6 Wochen) aufgehalten hat. Allen diesen Angaben haben die bulgarischen Behörden nicht widersprochen. Sicher wäre es interessant, wenn von bulgarischer Seite offengelegt würde, in welcher Eigenschaft Agca sich in ihrem Land aufgehalten hat. Noch interessanter wäre es, wenn die bulgarischen Behörden Auskunft geben würden, zu welchen Zwecken sich Herr Celenk in ihrem Land aufhält und dort — nach nicht dementierten Angaben westlicher Medien — über eine Villa verfügt. (Anm. 34). Es wäre nicht völlig verwunderlich, wenn die Geschäfte des Herrn Celenk ebenso wie der Aufenthalt Agca's in Sofia mit illegalen Verwicklungen bulgarischer Behörden zu tun gehabt hätten.

„Heute ist fast die gesamte öffentliche Meinung im Westen und nicht minder die stille Volksmeinung im Osten davon überzeugt, daß das sowjetische KGB und damit sein damaliger Chef Andropow hinter dem Papst-Attentat stand... Die Amerikaner aber — vor al-

von überzeugt, daß das sowjetische KGB und damit sein damaliger Chef Andropow hinter dem Papst-Attentat stand... Die Amerikaner aber — vor al-

lem der als Kommunistenfresser verschriene Reagan — stoßen keineswegs in die offene Flanke Andropows. Im Gegenteil: Washington übt große Zurückhaltung. Es gab sogar amerikanische Versuche, die ‚Sofia Connection' herunterzuspielen. Offenbar ist Reagan daran interessiert, Andropow im Amt zu halten. Washington verspricht sich vom gegenwärtigen sowjetischen Generalsekretär größere Konzessionsbereitschaft ...".

(„Welt", 3.1.83)

Aber gerade, wenn man als wahr unterstellt, daß Agca wochenlang im Nobel-Hotel „Witoscha" einquartiert war, wird es umso unwahrscheinlicher, daß man ihm bei dieser Gelegenheit „vorbeugend" den Auftrag erteilt hat, zu irgendeinem später zu bestimmenden Zeitpunkt den Papst zu ermorden. Es sei denn, man hätte es förmlich darauf abgesehen gehabt, eine meterdicke Leuchtspur vom Petersplatz nach Sofia zu legen. Außerdem gab es im Sommer 1980 keinen ersichtlichen Grund für den KGB, einen Blanko-Mordauftrag gegen den Papst zu erteilen. Ein Motiv dafür soll mit der angeblichen Geheimbotschaft des Papstes vom August 1980 konstruiert werden, aber diese Botschaft hat es offenbar gar nicht gegeben. Ansonsten wird man — wenn man sich etwas näher mit der Entwicklung in Polen beschäftigt — bald feststellen, daß im Spätsommer und Herbst 1980 die katholische Kirche damit beschäftigt war, einen stark mäßigenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung auszuüben, so daß östlicherseits überhaupt kein Motiv gegeben war, Mordpläne gegen den Papst zu schmieden.

Aber auch andere mögliche Versionen über die Hintergründe des Papst-Attentats machen wenig Sinn. Beispielsweise läßt sich der Mordplan gegen den Papst in die Praxis und Politik der türkischen Faschisten nicht schlüssig einordnen. Nimmt man andererseits an, daß Agca von westlichen Geheimdiensten ausgewählt wurde, um mit seiner Hilfe den KGB zu diskreditieren, so erscheint auch diese Deutung letztlich nicht logisch: Erstens wäre dafür ein (scheinbar) Linker besser geeignet gewesen als ein notorischer Faschist, und zweitens wäre es nicht sehr sinnvoll gewesen, 18 Monate zwischen dem Attentat und der beabsichtigten ‚Entlarvung' der angeblichen östlichen Auftraggeber verstreichen zu lassen.

Es bleibt ein besonders rätselhafter Punkt in der an Rätseln reichen Geschichte, daß Agca nachgewiesenermaßen seine Mordabsicht gegen den Papst schon am 26.11.79 in einem Brief an die türkische Zeitung „Milliyet" mitteilte, als zumindest über die logische Schiene ‚Polen' noch keinerlei Motiv — für welche Seite auch immer — konstruierbar war.

Es dürfte vermutlich endgültig nicht möglich sein, eine einigermaßen schlüssige und belegte Version über die Motive und Hintergründe des Attentats zu konstruieren. Gerade daraus speist sich aber auch die Sicherheit der interessierten westlichen Stellen, daß jedenfalls die östliche Seite die KGB-Version auch nicht überzeugend widerlegen kann und daß am Ende auf jeden Fall etwas hängen bleiben wird.

„Eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten"

„Eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten"

Von der massiven Ausnutzung der Spekulationen um das Papst-Attentat in Italien bieten die hiesigen Medien nur einen schwachen Abglanz. Der Papst, auch wenn's momentan bloß ein Pole ist, bleibt eine uritalienische Institution. Damit lassen sich Emotionen hochkochen. Und das rein zufällig genau zum Zeitpunkt, wo in Italien die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf Sizilien (Comiso) in Gang kommt.

Es bietet sich das nur scheinbar erstaunliche Bild, daß an der Spitze der Hysterie-Produktion die Repräsentanten der Sozialdemokratischen (PSDI) und der Sozialistischen Partei (PSI) stehen, während die Christdemokraten (DC) zu einer vergleichsweise gemäßigten und abwartenden Haltung neigen. Das geht immerhin so weit, daß die PSI den Christdemokraten vorwirft, sie wollten tatsächlich erst das Ergebnis der Ermittlungen abwarten, statt sofort „die nötigen Konsequenzen zu ziehen", d.h. eine drastische Verschlechterung der Beziehungen zum Ostblock zu veranlassen. Die PSI-Parteizeitung „Avanti" verstieg sich sogar dazu, der DC-Parteizeitung „Il Popolo" vorzuwerfen, sie schreibe in Sachen Papst-Attentat schon genauso wie die Ostblock-Presse.

Um diese erstaunlichen Polemiken zu verstehen, muß man wissen, daß die PSDI trotz ihres irreführenden Namens stets eine fanatisch pro-amerikanische und antikommunistische Partei gewesen ist, die ihren Standort eindeutig rechts von der DC hat und die ohne weiteres als Filiale der diversen US-Dienststellen gelten kann. — Die PSI hat ihre Politik oft geändert und stand zeitweise der PCI ziemlich nahe. Inzwischen ist sie auf totalen Konfrontationskurs gegen die PCI und auf engen Kontakt zur PSDI umgeschwenkt. Der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

zur PSI gehörende Verteidigungsminister Lelio Lagorio ist in der derzeitigen Kampagne am weitesten vorgeprescht, als er das Papst-Attentat als *„eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten"* bezeichnete. Daß man eigentlich dem heimtückischen Aggressor zeigen müßte, was eine Harke ist, versteht sich von selbst. So überbieten diese Kreise sich mit Vorschlägen bis hin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zum Ausstieg aus dem Erdöl-Geschäft. Nur eine Kriegserklärung an Bulgarien und die Sowjetunion war bisher noch nicht in der Palette der Vorschläge und Forderungen.

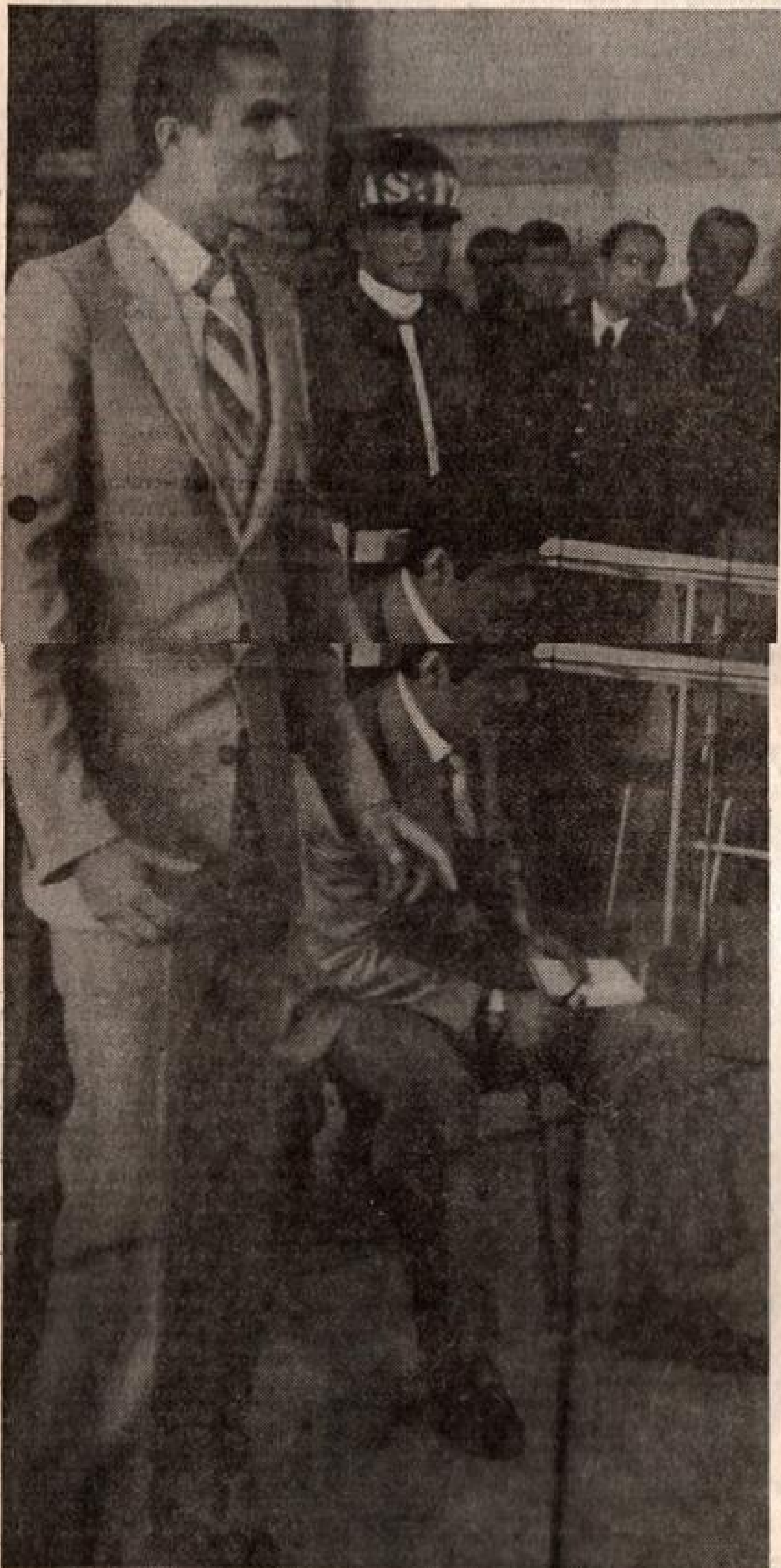
Das Leitmotiv „Moskau als Drahtzieher des internationalen Terrorismus von rechts und links" ist weltweit seit Jahren bekannt (Anm. 35). Neben der entsetzlichen sowjetischen Überrüstung gehört dieses Motiv zu den Hauptposten der westlichen Rüstungs- und Kriegspropaganda. In einer ziemlich heiklen Phase, in der der NATO-„Nachrüstungsbeschluß" demnächst politisch durchgesetzt werden muß, wird man diese Leitmotive in den nächsten Monaten vermutlich noch sehr oft und sehr laut vorgespielt bekommen. Im Fall der „Enthüllungen" um das Papst-Attentat und die „bulgarische Spur" kommt allerdings noch ein spezielles Element hinzu: Die Medien-Kommentare weisen oft und gern darauf hin, daß das Papst-Attentat zu einer Zeit geplant und ausgeführt wurde, als die heutige Nr. 1 in Moskau, Jurij Andropow, noch Chef des KGB war. Andropow also als direkter Auftraggeber des Attentats? Darüber spekuliert hierzulande vor allem die Springerpresse gern und reichlich. Einschlägig bekannte NATO-Politiker geben die Stichworte. So hat beispielsweise der frühere US-Sicherheitsberater Brzezinski *„keinen Zweifel", „daß die UdSSR das Kommando dieser Operation hatte"*. Der frühere US-Außenminister Kissinger, für seine Beteiligung an den Kriegsverbrechen gegen Vietnam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, hält es für „ziemlich schlüssig", daß Andropow in das Papst-Attentat „verwickelt" war. (Anm. 36). Und Reagans Berater Pipes meint, *„die ‚beinahe sichere' Beteiligung bulgarischer Behörden an dem Attentat könne nicht ohne Genehmigung"* Andropows geschehen sein (Anm. 37). **Hier angekommen, stoßen wir auf ein außerordentlich bemerkenswertes Zusammentreffen: Die Verhaftung Antonoff's in Rom und damit der Beginn des Lärms um die „bulgarische Spur" erfolgte knapp zwei Wochen, nachdem Andropow als Nachfolger Breschnews eingesetzt worden war. Zufall oder cleveres politisches Timing?!**

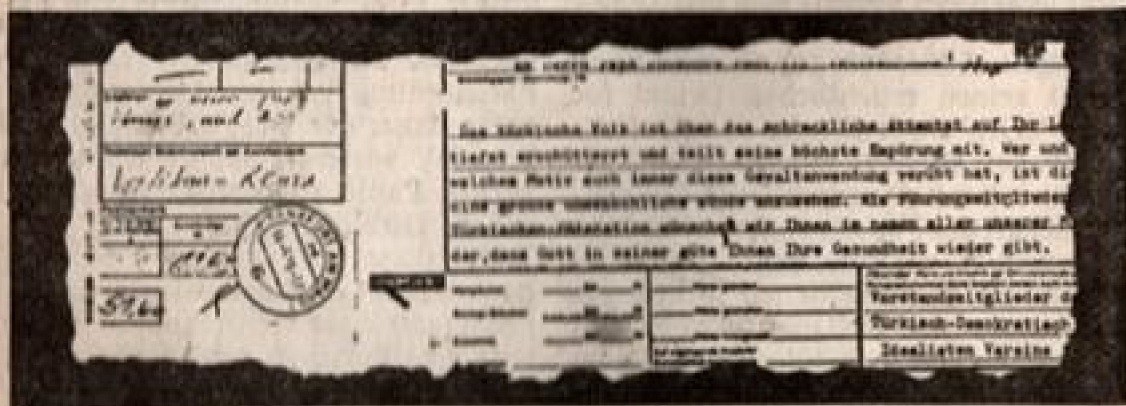
So oder so ist das Interesse bestimmter Kreise an einer Spezial-Kampagne gegen den neuen sowjetischen Parteichef offensichtlich: Bisher streiten immer noch zwei Richtungen der Kreml-Astrologie über die korrekte Einordnung Andropows: Ist er eher ein Gemäßigter, den es zu inneren Reformen und zu Zugeständnissen an den Westen (Abzug aus Afghanistan, Vorleistungen in der Abrüstung usw.) drängt? Oder ist er ein ganz Abgebrühter, der sich im Westen jahrelang ein liberales Image hat aufbauen lassen, um den Westen zu übertölpeln und eine knallharte Aggressionspolitik zu betreiben? — Wenn es gelingt, Andropow in direkte Verbindung zum Papst-Attentat zu setzen, dürfte der Streit um die Einschätzung seiner Person und der künftigen sowjetischen Politik erledigt sein. Und das wiederum ist ganz und gar nicht unwesentlich, wenn es beispielsweise um die Frage geht, wie auf die neuen Abrüstungsvorschläge der sowjetischen Regierung reagiert werden soll und wie die Verhandlungen um die „Nachrüstung" weiter gehandhabt werden sollen.

Anmerkungen

1) Welt, 14.12.82. Das Attentat serbischer Nationalisten auf den österreichischen Kronprinzen und seine Frau in Sarajewo lieferte den Vorwand zur Auslösung des 1. Weltkriegs, auf den die Großmächte seit Jahren hingearbeitet hatten.
2) Welt, 16.5.81
3) Bild, 16.5.81. Gemeint war der türkische Faschist Mehmed Sener.
4) Craxi, Chef der Sozialistischen Partei Italiens, laut taz, 14.12.82
5) Frankf. Allgemeine (FAZ), 14.12.82
6) Welt, 17.12.82
7) FAZ, 14.12.82
8) Welt, 13.12.82
9) Die PFLP, Volksbefreiungsfront, gehört zum linken Flügel in der PLO. Anfang der 70er Jahre machte sie durch spektakuläre Flugzeugentführungen weltweit von sich reden. Zumindest in dieser Zeit gab es eine enge Zusammenarbeit mit türkischen Linksterroristen, insbesondere der THKO.
10) Welt, 19.5.81, unter Berufung auf den ital. Innenminister Rognoni
11) Welt, 16.5.81, unter Berufung auf die ital. Tageszeitung „Corriere della Sera"
12) Bild am Sonntag (BamS), 17.5.81. König Hassan tritt, ebenso wie früher sein inzwischen abgeschossener Kollege Sadat, gewohnheitsmäßig mit Horrormeldungen über die Schurkereien Ghaddafi's in den westlichen Medien auf.
13) BamS, 24.5.81
14) Nach Welt, 27.6.81. Maximow galoppiert seit Jahren für den Stall Löwenthal/Springer. Seine Spezialität sind Warnungen vor der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion und vor dem allmächtigen KGB, der hinter sämtlichen Vorgängen zu vermuten ist.
15) Nach Welt, 27.8.81
16) Julian Manyon, in Thames TV; nach Welt, 5.9.81
17) Der frühere ital. Unterstaatssekretär für Sicherheitsfragen, Francisco Mazzola; nach Welt, 5.9.81. Bis heute wurde nicht erklärt, aufgrund welcher konkreten Anhaltspunkte man damals schon die ‚bulgarische Spur' ins Spiel bringen konnte.
18) Welt, 8.9.81
19) entfällt
20) Corriere della Sera, 21.12.82. Im übrigen meldete die Presse schon wenige Tage nach dem Attentat: „Agca wurde von der italienischen Polizei mit Unterstützung zweier türkischer Kriminalpolizisten und eines Beamten aus der Bundesrepublik weiterhin verhört" (Hamb. Abendblatt, 16.5.82). Daß westliche Polizeien und ‚Dienste' freien Zugang zu Agca hatten, wird man nach allem, was bisher von ähnlichen Fällen bekannt wurde, sowieso unterstellen müssen; zu den schon Erwähnten wird man vermutlich noch US-Amerikaner und Israelis zurechnen müssen. Gelegenheit, Agca wunschgemäß zu ‚präparieren', dürfte also ausreichend bestanden haben.
21) Welt, 18.5.82. Schon früher hatten Reumütige Erzählungen über eine angebliche Zusammenarbeit mit der PLO abgeliefert; vgl. dazu z.B. Welt und Tagesspiegel, 17.4.80
22) Beispiele: Die Welt vom 13.12.82 schrieb, Bulgarien habe die Brigate Rosse unterstützt. In der Welt vom 14.12.82 war gar von einer Beteiligung Bulgariens an der Dozier-Entführung die Rede.
23) Welt, 13.12.82: Bulgarische Agenten sollen versucht haben, Walesa's Ermordung zu organisieren. Angeblich habe Agca gestanden, einen entsprechenden Auftrag erhalten zu haben (Hamb. Abendblatt, 16.12.). Einen bulgarischen Mordauftrag gegen Walesa sollen auch die Brigate Rosse gehabt haben (Hamb. Abendblatt, 18.12.).
24) Welt, 31.7.81 und 28.4.82.
25) Reader's Digest ist nicht gerade eine seriöse und angesehene Quelle. Die Zeitschrift ist dafür bekannt, daß sie beim Abdruck von religiösen Blödheiten, Wunder- und Bekehrungserzählungen sowie antikommunistischen Horrorgeschichten wesentlich hem-

Fortsetzung nächste Seite




dar, dass Gott in seiner Güte Ihnen Ihre Gesundheit wieder gibt.
Idealisten Vereine

Makaber: Die Türk-Föderation sandte dem Papst ein Telegramm mit Genesungswünschen und einer Verdammung der Attentäter. Ihr Vorsitzender Celebi beschuldigte auf einer Pressekonferenz am 21.5.81 den KGB, das Attentat angestiftet zu haben. Nun sitzt Celebi selber in Auslieferungshaft wegen Planung dieses Attentats.
Das Verfahren hat Tradition: A. Türkes, der Führer der Grauen Wölfe, schickte 1980 Beileidsschreiben an die Familie des ermordeten linken Gewerkschaftsführers Kemal Türkler. Inzwischen hat der MHP-Prozeß aufgedeckt, daß Türkes selber den Befehl zu Türklers Ermordung gegeben hatte.

Agcas faschistische Kom

Die Ermittlungen nach dem Papst-Attentat sind ein gutes Beispiel der fürsorglichen Behandlung, die die westdeutsche Polizei (und ihre westeuropäischen Kollegen) den Grauen Wölfen zukommen lassen. Es läßt sich, bei allem, was bisher bekannt wurde, nicht im Ernst behaupten, daß die westdeutschen Behörden den türkischen Faschisten gegenüber lediglich „zu nachlässig" oder „gutgläubig" wären. Vielmehr nimmt der westdeutsche Staat mit seinen Behörden a k t i v die Grauen Wölfe in Schutz und sorgt selbst mit für die Vertuschungen, anhand derer dann behauptet wird, den Grauen Wölfen und ihrer Türk-Föderation sei nichts Kriminelles nachzuweisen. Nicht anders sind die verharmlosenden Berichte des Verfassungsschutzes und Polizeiverlautbarungen zu verstehen. Dies soll im folgenden anhand der wichtigsten Beweise und Spuren, die den Attentäter Agca in Verbindung mit den Grauen Wölfen bringen, nachgewiesen werden.

AGCA — Ein militanter Grauer Wolf

AGCA — Ein militanter Grauer Wolf

Am 1.2.1979 wurde in Istanbul auf offener Straße der Chefredakteur der liberalen Zeitung Milliyet, **Abdi Ipekci**, von Agca erschossen. Dieser Mord hatte große politische Bedeutung. Einen Monat nach Ausrufung des Kriegsrechtes in der Türkei lieferte er einen Vorwand für eine weitere Rechtswende der herrschenden Kreise in der Türkei. Der ermordete Ipekci war ein Befürworter der Großen Koalition von Ecevits Sozialdemokraten (CHP) mit der rechten Gerechtigkeitspartei von Demirel gewesen. Nach seiner Ermordung wurden die Rufe der Faschisten nach „Ruhe und Ordnung" noch lauter. Der Chef der faschistischen MHP und ehemalige stellvertretende Ministerpräsident, A. Türkes, erklärte, Ipekci sei von Linken ermordet worden, und drückte sein Beileid aus (Anm. 1).

Durchgeführt wurde dieser Mord jedoch von **Agca** zusammen mit zwei weiteren Grauen Wölfen, **Yavuz Caylan** und **Mehmet Sener**, im Auftrag der MHP. Sie holten die Tatwaffe aus einem MHP-Büro in Istanbul und brachten sie auch wieder dorthin zurück. Auf Agcas Konten wurden von „Unbekannten" ca. 40.000 DM als Prämie gezahlt. Mehmet Sener reist nach der Tat in die BRD ein und stellte am 14.2.79 — 2 Wochen nach dem Mord — in Ludwigsburg einen Asylantrag. Dies war den deutschen Behörden spätestens seit November 1980 bekannt. Verhaftet wurde Sener freilich erst im Februar 1982 in Zürich.

Agca war damals schon längere Zeit MHP-Anhänger und verkehrte in dem Café „Marmara", einem Treffpunkt der Faschisten, wo er im Juli 1979 auch verhaftet wurde.

Flucht mit Hilfe von Faschisten im Militär

Am 25.11.79, wenige Tage nach der Bildung einer neuen Regierung unter Demirel, wurde Agca aus dem schwerbewachten Militärgefängnis Kartal bei Istanbul befreit. Er gelangte immerhin durch 4 Stahlgitter und floh in einer Militäruniform, die ihm zur Verfügung gestellt wurde. Der Militärstaatsanwalt erklärte dazu — sinnentsprechend auch der ehemalige CHP-Innenminister Günes —, die Befreiung sei das Werk einer weitverzweigten Geheimorganisation, die tief in den Staatsapparat hineinreiche. Dies ist eine feine Umschreibung dafür, daß schon damals ganze Armee-

weitverzweigten Geheimorganisation, die tief in den Staatsapparat hineinreiche. Dies ist eine feine Umschreibung dafür, daß schon damals ganze Armee-

einheiten gemeinsame Sache mit den Faschisten machten. Wegen Agcas Flucht wurden später 6 Offiziereund 3 Zivilisten, allesamt Anhänger der Grauen Wölfe, angeklagt (Anm. 2).

Nach neueren Angaben Agcas hat an der Flucht ein Türke namens **Oral Celik** mitgewirkt, der Agca dann nach Bulgarien begleitet und ihn mit dem dortigen Geheimdienst in Verbindung gebracht habe. Beweise für diese Version fehlen (Anm. 3).

Agca tauchte nach der Flucht unter. Zwei weitere Morde in dem Stadtviertel Sisli in Istanbul, wo auch Ipekci erschossen wurde, werden Agca zur Last gelegt. Ein Opfer ist **Ramazan Gündüz**. Gündüz war Grauer Wolf und verkehrte ebenfalls in dem Faschisten-Café „Marmara". Er erkannte dort am 3.2.1980 Agca und benachrichtigte die Polizei.

Die dann stattfindende Durchsuchung wurde Agca aber vorzeitig bekannt, so daß er verschwinden konnte. Nach der Durchsuchung kehrte er mit drei weiteren Grauen Wölfen zurück und verschleppte Ramazan Gündüz, der ihm aus Kreisen der Polizei verraten worden ist. Gündüz' Leiche wurde am gleichen Tag am Istanbuler Stadtrand gefunden.

Ebenfalls im Auftrag der MHP wurde Agcas Flucht ins Ausland ermöglicht. Ein Mitglied der Grauen Wölfe in der osttürkischen Stadt Erzurum, Timur Selcuk, erhielt 5.000 DM von der MHP dafür, daß er Agca in den Iran schmuggelte. Er hat inzwischen eine Strafe von 2 1/2 Jahren dafür abgesessen.

Agca in der BRD / Staatschutz leugnet — weiß von nichts

Die BRD ist ein Tummelplatz für türkische Faschisten. Seit Jahren von Polizei, Verfassungsschutz und Gerichten ungehindert hat die MHP unter dem Tarnnamen „Türk-Föderation" mit Sitz in Frankfurt eine straff organisierte Auslandsorganisation aufgebaut, die weit über 100 „Idealistenvereine" etc. in fast allen Städten der BRD und in anderen westeuropäischen Staaten kontrolliert.

Mehrere Komplizen und Gesinnungsfreunde Agcas sind in der BRD gewesen oder halten sich noch hier auf. Auch am Papst-Attentat sind wahrscheinlich in der BRD lebende Türken beteiligt gewesen. Alles spricht dafür, daß Agca, der sich 1980/81 in zahlreichen westeuropäischen Ländern aufgehalten hat, auch in der BRD gewesen ist.

An konkreten Hinweisen hat es nicht gemangelt: Seit Anfang 1980 war über Interpol die Fahndung nach Agca ausgeschrieben. Im Herbst 1980 häuften sich die Hinweise auf den Aufenthalt Agcas in der BRD. „Hürriyet" schrieb im Herbst 1980, Agca sei in Berlin, Ulm, Frankfurt und Bad Wurzach in Schwaben gesehen worden. Der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Hannover berichtete, daß mehrere Arbeiter Agca in Peine (Salzgitter) erkannt hätten. Die türkische Botschaft

Hannover berichtete, daß mehrere Arbeiter Agca in Peine (Salzgitter) erkannt hätten. Die türkische Botschaft

nannte der Bundesregierung zwei Adressen in Berlin und eine in Bad Wurzach. Es gibt sogar Hinweise, Agca hätte eine deutsche Frau geheiratet. Nach Ermittlungen der österreichischen Polizei soll Agca aus der BRD nach Österreich eingereist sein (Anm. 4). Die italienischen Behörden berichteten nach dem Attentat sogar, in einem Paß von Agca sei der Stempel einer deutschen Grenzbehörde (Anm. 5). Nach einem Blitzbesuch des damaligen Bundesinnenminsters Baum bei seinem italienischen Kollegen Rognoni wurde dies aber vom Bundesinnenministerium dementiert (Anm. 6). Möglicherweise konnte Baum seinen Kollegen dazu bewegen, diese Information fallen zu lassen.

Im Herbst 1980 reiste eine Delegation türkischer Kripo-Leute in die BRD, um nach Agca sowie weiteren in der Türkei gesuchten Personen zu fahnden. Der politische Hintergrund dafür ist, daß die Militärjunta, die am 12.9.80 die Macht ergriffen hatte, zu iher eigenen Legitimation den „Kampf gegen den Terror" benutzt und gerne die Schuld an dem Untertauchen von Gesuchten dem Ausland zuschieben will. Jedenfalls kam diese Kripo-Kommission zu keinem offiziellen Ergebnis. Sie beschuldigte allerdings die deutschen Behörden der mangelnden Zusammenarbeit: Informationen seien vorenthalten und Unterstützung verweigert worden.

Es muß also bezweifelt werden, daß die Polizei Agca ernsthaft gesucht hat. Hinweise der FIDEF z.B. wurden vom BKA mit dem Hinweis abgetan, daß dies ja linksgerichtete Türken seien, die auf diese Weise ihre Auseinandersetzung mit den Rechten fortsetzen wollten (Anm. 5).

Zwei Morde in Süddeutschland

Besonders stark ist der Verdacht, daß Agca in Zusammenhang mit zwei Morden steht, die 1980 an zwei ehemaligen Funktionären der MHP begangen wurden, daß ermöglicherweise sogar selber der Mörder ist.

— **Am 3.5.1980 wurde in Reutlingen der Türke Halil Tireli durch Messerstiche ermordet.** Er war nicht irgendein Anhänger der Grauen Wölfe, sondern einer der führenden Faschisten, die zu

mungsloser als normale bürgerliche Medien ist. Es spricht für sich, daß Frau Sterling, die sonst immerhin in renommierten Zeitungen wie der Neuen Zürcher schreibt, ihre Agca-Story ausgerechnet in Reader's Digest unterbrachte.
26) Bild, 18.8.82
27) Welt, 3.9., 4.9. und 6.9.82
28) Abgesehen von sonstigen Interessen macht sich in der Story der Frau Sterling sehr laut und deutlich die Stimme ihrer türkischen Gesprächspartner — Polizisten, Geheimdienstler und Folterer der Militärjunta! — bemerkbar. Bekanntermaßen legitimiert sich die Junta mit der Legende, sie habe gleichermaßen mit dem rechten wie mit dem linken Terror aufgeräumt. Ihre Leute sind daher in besonderer Weise daran interessiert, einen gemeinsamen Ursprung von linkem und rechtem Terrorismus zu behaupten, in letzter Instanz alles auf die Subversion der Sowjetunion zu schieben (um sich selbst die volle Sympathie des Freien Westens zu sichern) und am Rande womöglich noch die vom Militär gestürzte Regierung Ecevit (sozialdemokratisch) anzuschwärzen. Insbesondere beschuldigten die türkischen Gesprächspartner der Frau Sterling den früheren Innenminister Günes, er habe mit den Drahtziehern des Terrorismus zusammengearbeitet, d.h. natürlich mit der radikalen Linken und mit der Sowjetunion.
29) Time, 27.9.82
30) Welt, 13.12.82. Falls man sich nicht die Version zu eigen machen will, der Vatikan dementiere fälschlich aus Angst vor'm KGB, dann stellt sich die Frage, welche Geheimdienststelle die Lüge von dem angeblichen Papst-Brief produziert hat. Sehr viel leichter ist die Frage nach dem ‚Warum' zu beantworten.
31) Welt, 9.12.82
32) Unsere Zeit (UZ), 20.12.82
33) entfällt
34) Nach dem Skandal um Agca's neues ‚Geständnis' haben die bulgarischen Behörden Anfang Dezember erklärt, sie hätten Bekir Celenk bis zur Klärung der Vorwürfe festgesetzt. Er trat auf der erwähnten Pressekonferenz gemeinsam mit den beschuldigten bulgarischen Diplomaten auf.
35) Speziell in Italien gibt es dazu eine lange Vorgeschichte: Staatspräsident Pertini versetzte bereits Ende Januar 1981 die internationale Öffentlichkeit in Aufregung mit der Behauptung, die Sowjetunion sei der Drahtzieher des internationalen Terrorismus, wobei er namentlich die Türkei und Italien als bevorzugte Objekte nannte. Die Sozialdemokratische und die Sozialistische Partei setzten mit wilden Angriffen gegen die italienische KP (PCI) nach. Im übrigen gab Pertini ebenso wie gleich nach ihm der damalige Regierungschef Forlani unumwunden zu, daß es für die ‚sowjetische Hypothese' keinerlei B e w e i s e gebe. — Um dieses Spektakel richtig einzuordnen, ist daran zu erinnern, daß wenige Tage vor Pertini der frischgebackene US-Präsident Reagan auf einer Pressekonferenz die Sowjetunion als „Hort des internationalen Terrorismus" hart angegangen hatte. Ein Jahr später — wenige Tage nach der Befreiung des entführten Generals Dozier — trat der BKA-Mann G. Boeden (Chef der Sicherungsgruppe Bonn) während eines Aufenthalts in Rom in Pertinis Fußspuren: „Der gemeinsame Ziehvater der Extremisten auf dem rechten und linken Flügel des politischen Spektrums sitzt in Moskau." „Viele Anzeichen" würden darauf hindeuten, daß sowjetische Geheimdienste hinter der RAF, hinter dem Rechtsterrorismus und hinter der Friedensbewegung in der BRD stünden. — Die Medien nahmen den Ball zunächst gern auf, in der Annahme, Boeden werde vielleicht über irgendwelche ihm von den italienischen Kollegen vorgelegten Anhaltspunkte verfügen. Sehr peinlich: Boeden mußte wenig später bekennen, daß er seine „These" lediglich auf allgemein bekannte Presseberichte gestützt hatte. Und es kam noch die Peinlichkeit hinzu, daß zunächst Generalbundesanwalt Rebmann und einige Tag später auch Innenminister Baum a u s d r ü c k l i c h den Spekulationen Boedens widersprachen. Auch das BKA bekundete, es habe keine Erkenntnisse, die die Aussagen Boedens belegen könnten. (Hamb. Abendblatt, 1.3.82; Frankf. Rundschau, 5.3.82; Welt, 27.2.82).
36) Welt, 3.1.83
37) AP, 19.12.82

AK-Redaktion, mit Unterstützung von M. (AG Ausländer)



Wojtyla-Comic

plizen — in der BRD gehegt und gepflegt

Beginn der 70er Jahre die damals offizielle Auslandsvertretung der MHP in Deutschland aufbauten. Er gründete 1974 den Reutlinger Graue-Wölfe-Verein und war zwei Jahre lang dessen Vorsitzender. Darüber hinaus galt er als ein Koordinator der Grauen Wölfe im süddeutschen Raum. Später wurde er **Dolmetscher bei Reutlingens Polizei** und Korrespondent der Zeitung „Hürriyet".

„Hürriyet" behauptete dann auch, daß Tireli seit 1978 von den Grauen Wölfen Abstand genommen habe. Das wäre immerhin ein Motiv gewesen, weswegen er ermordet wurde, nämlich von der MHP selbst, die abtrünnige Funktionäre bis aufs Messer bekämpft. Möglich wäre aber auch, daß Tireli nur zur Tarnung aus der MHP ausgetreten ist, um für den Polizeijob und die Korrespondententätigkeit „sauber" zu sein. Dann wäre er aus anderen Motiven ermordet worden. Die Münchener Boulevard-Zeitung „tz" erhielt von einem ungenannten Informanten den Hinweis, daß Agca den Mørd an Tireli begangen habe. Agca sei nach dem Mord mit einem weiteren Komplizen in einem Ford Consul nach München gefahren und dort bei Türken untergetaucht (Anm. 2).

— Am 4.12.1980 (nach anderen Quellen am 25.11.80) wurde in der bayrischen Stadt Kempten, 120 km von Reutlingen entfernt, der türkische Lebensmittelhändler Necati Uygur erschossen.

Auch Uygur war nicht ein einfacher Anhänger der Grauen Wölfe, sondern der Ortsvorsitzende der MHP und war mit dem Reutlinger Mordopfer Tireli befreundet (Anm. 7); auch Uygur war einer der ersten MHP-Aktivisten in der BRD gewesen. Zweimal hatte er für die MHP bei türkischen Parlamentswahlen kandidiert und 1973 als Vorsitzender der westdeutschen Sektion die MHP als Verein in Kempten angemeldet. Nach Angabe der Frankfurter Rundschau (18.5.81) fühlte sich Uygur bedroht, weil er sich aus der MHP zurückziehen wollte. **Vor seinem Tod im Krankenhaus nannte Uygur der Polizei noch den Namen von Agca.** (Es wurde unterschiedlich berichtet, daß Agca selber der Mörder gewesen sei, während die „Welt" und die „FAZ" die Nachricht verbreiteten, daß Uygur von dem Mörder nach dem Aufenthaltsort von Agca gefragt worden sei.)

Die deutsche Polizei selber berichtete wenige Tage nach dem Papst-Attentat, es gebe „frappierende Ähnlichkeiten" zwischen den Phantombildern und Täterbeschreibungen aus Kempten und Reutlingen mit Agca (Anm. 8). Über die weiteren Ermittlungen herrscht seitdem absolutes Stillschweigen von Seiten der Polizei. Auch der angekündigte Vergleich der Fingerabdrücke Agcas mit denen der (des) Täter(s) in Reutlingen und Kempten wurde nie veröffentlicht. Es wurden lediglich vollkommen allgemein gehaltene Erklärungen abgegeben, daß es keine stichhaltigen Hinweise für den Aufenthalt Agcas in der BRD gebe.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Meldungen über einen Aufenthalt Agcas sich gerade im südwestdeutschen Raum häuften. Die Städte Ulm und Bad Wurzach, die dabei immer wieder genannt wurden, liegen zwischen Reutlingen und Kempten. **In Bad Wurzach wurde sogar ein junger Türke festgenommen, der behauptete, Agca in seiner Wohnung mehrfach aufgenommen zu haben** (Anm. 8). Auch hierzu hat sich die Polizei nie mehr geäußert. Es ist nicht bekannt, was weiter mit diesem Türken geschah und ob sich seine Aussage als falsch herausgestellt hat.

Kontakt mit Bossen der Türk-Föderation

— Agca hatte erwiesenermaßen Kontakt zu dem damals bei Hannover lebenden Grauen Wolf Hasan Taskin. Beide hatten mehrfach zwischen Rom und Hannover telefoniert. Taskin hatte zuletzt am Tag des Attentats vergeblich versucht, Agca in seinem Hotel in Rom zu erreichen (Anm. 10).

Auch Hasan Taskin ist nicht ein kleiner Fisch, sondern war 1980/81 **Vorstandsmitglied der Türk-Föderation** (Anm. 9) und zwei Jahre lang Vorsitzender des Hannoveraner Graue-Wölfe-Vereins. Agca und Taskin kannten sich mindestens seit 1979, als sie gemeinsam in einem Istanbuler Gefängnis gesessen hatten, wie ein türkischer Polizist berichtete, der 1979 gegen Taskin ermittelt hatte (Anm. 10).

Taskin wurde am 20.5.81 vorübergehend festgenommen, aber nach einem Verhör am gleichen Tag wieder freigelassen; er soll seitdem untergetaucht sein. Ein Polizeisprecher begründete dieses ungeheuerliche Vorgehen damit, daß „nach unserer Rechtslage nichts nachzuweisen war, was für eine Verhaftung ausgericht hätte.

— Ein weiterer Komplize Agcas und hochkarätiger Faschist ist Ömer Ay.

Ay war 1979 — wie Agca — wegen eines Mordes in Istanbul zum Tode verurteilt worden, konnte aber — wie Agca — ebenfalls 1979 aus dem Gefängnis ausbrechen. In der Zeit bis zum Militärputsch (12.9.80) war er als ein wichtiger Anführer der Grauen Wölfe in der Provinz Nevsehir tätig. In dieser Zeit wurde Nevsehir von Faschisten der MHP und ihren Verbündeten bei Polizei und Militär beherrscht. Ömer Ay wird beschuldigt, u.a. den Auftrag zur Beseitigung von Zeki Tekiner, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in Nevsehir, gegeben zu haben. Tekiner wurde im Juni 1980 ermordet. Bei seiner Beerdigung in Nevsehir wurde sogar der Vorsitzende der CHP und ehemalige Ministerpräsident Ecevit beschossen. Am folgenden Tag ließ der faschistische Provinzgouverneur sämtliche Verdächtigen dieses Attentats wieder auf freien Fuß setzen.

Ömer Ay und Ali Agca wurden von der MHP mit falschen, in Nevsehir im August 1980 ausgestellten Pässen mit aufeinander folgenden Nummern ausgestattet, um damit in Westeuropa unterzutauchen. (Agca erhielt einen Paß auf den Namen eines anderen Grauen Wolfs aus Nevsehir — Faruk Özgün.) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Ay und Agca diese Pässe erhielten, weil sie für Aufgaben der MHP ins Ausland geschickt wurden. Agca erhielt sogar noch einen weiteren Paß auf den Namen des Grauen Wolfs Burhan Özer (Anm. 11).

Kurz nach dem Prozeß in Rom gegen Agca wurden bis dahin unter Verschluß gehaltene Fotos veröffentlicht, auf denen vermutlich ein Komplize Agcas zu sehen ist, der mit einem Revolver in der Hand fortläuft. Türkische Polizisten identifizierten ihn als Ömer Ay. Am 4.9.81 wurde über Interpol Haftbefehl ausgeschrieben.

Zu diesem Zeitpunkt lebte Ay schon lange in Hamburg-St. Pauli; er hatte 14 Tage nach dem Papst-Attentat dort einen Asylantrag gestellt (Anm. 12). Die Hamburger Polizei bemühte sich auf skandalöse Weise, Agcas Komplizen zu schonen: Ay wurde erst am 16.2.82 in St. Pauli — angeblich zufällig bei einer Verkehrskontrolle — festgenommen, weil er keine Papiere mit sich geführt haben soll.

Andererseits aber weiß die Hamburger Polizei, Ay habe *„auch in Hamburg intensiven Kontakt zu den Grauen Wölfen gepflegt. Unter anderem verkaufte er ihr Fleisch"* (Anm. 12). Es ist also eher anzunehmen, daß Ay observiert und im geeigneten Moment verhaftet wurde.

Die italienischen Behörden schienen aber weiter keinen Wert auf faschistische Komplizen des Papst-Attentäters zu legen. Es fanden keine Gegenüberstellungen mit Zeugen des Attentates statt, Ay wurde nicht verhört, ein Auslieferungsantrag wurde nicht gestellt.

Auch die Hamburger Behörden bemühten sich, Ays Bedeutung herunterzuspielen: Im März 82 heißt es schon, daß Ay bloß „möglicherweise" zu einer „kriminellen Bande" in Nevsehir gehört habe, und die türkischen Behörden würden sich nicht festlegen, ob Ay „Mittäter, Anstifter oder Gehilfe" bei Morden gewesen sein soll. (Zur Erinnerung: Ay war in der Türkei schon 1979 wegen Mordes zum Tode verurteilt worden!). Möglicherweise müsse Ay wieder frei gelassen werden. War gegen Ay also gar nichts anhängig? Kein Paßvergehen? Keine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wo er seinen Asylantrag doch damit begründete, er sei „Sozialdemokrat"?

Ende Oktober 82 wird Ay schließlich in die Türkei abgeschoben (Anm. 13). Für Ömer Ay hat dies immerhin den Gewinn, daß die türkische Regierung der Bundesregierung zusagen muß, kein Todesurteil an ihm zu vollstrecken. Vor Ermittlungen wegen des Papst-Attentats dürfte er jetzt auch sicher sein.

— Am 23.5.1981 wurde in München der Speditionsangestellte Ömer Mersan festgenommen, der von Agca belastet wurde, er habe ihm einen falschen Paß bei einem Treffen in Sofia verkauft.

Mersan gab dieses Treffen zu, behauptete aber, es sei zufällig gewesen und er habe keinen Paß verkauft. In die Ermittlungen war auch das BKA eingeschaltet. Mersan wurde jedoch bald wieder freigelassen mit der fadenscheinigen Begründung, ihm seinichts nachzuweisen. Aber selbst wenn er den Paß verkauft habe, wäre dies ja im Ausland erfolgt und ginge daher die deutschen Behörden nichts an.

Ebenfalls in München wurde in er vergangenen Woche am 4.1.83 der Türke **Atalai Saral** auf Wunsch der italienischen Behörden verhört. Sarel sollte Aussagen über die Vorbereitung des Attentats und über die Beschaffung der Prämie, 3 Mio. DM in deutscher Währung, machen (SZ, 5.1.83). Er soll ein Verbindungsmann zu dem inzwischen in Blugarien inhaftierten Bekir Celenk sein (taz, 5.1.83).

Auch dies ist eine verharmlosende Behandlung, denn eigentlich sollte jemand, der Aussagen über die Vorbereitung dieses Attentats machen kann, nicht als Zeuge vernommen werden, sondern in den Verdacht geraten, ein Tatbeteiligter zu sein. Als „Zeuge" jedoch ist Saral womöglich besser geeignet, Belastendes über Bulgarien auszusagen.

Türk-Föderation: Die Spinne im Netz

Der wichtigste Funktionär der MHP, der der Beteiligung an der Planung des Papst-Attentates beschuldigt wird, ist Serdar Celebi. Er soll Agca in Mailand die Waffe für das Papst-Attentat übergeben haben.

Celebi ist seit dem 4.2.1979 **Bundesvorsitzender der Türk-Föderation.** Er war erst kurz zuvor aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Er genoß mit Sicherheit das Vertrauen des MHP-Führers Türkes und gilt als einer der gerissensten und skrupellosesten Faschisten. Celebi wird seit 1981 in der Türkei im Rahmen des Prozesses gegen die MHP mit Haftbefehl gesucht und gehört zu den Angeklagten. Wieso er nicht ausgeliefert worden ist, gehört mit zu den Geheimnissen der bundesdeutschen Sicherheitspolitik.

Der ehemalige hessische Innenminister Gries sprach lediglich am 22.9.81 ein politisches Betätigungsverbot gegen Celebi aus. Das hinderte allerdings nicht, sich im Mai 1982 erneut vom Vorsitzenden der Türk-Föderation wählen zu lassen. Bis Anfang 1979 war Celebi im Vorstand der MHP im Istanbuler Bezirk Sisli. Sie galt als wichtige Zentrale des Terrors der Grauen Wölfe (Anm. 4). In Sisli ermordete auch Agca den Redakteur Ipekci (s.o.) sowie nach Vermutungen den Schüler Haydar Serangah am 23.11.1979. Möglicherweise trafen sich Celebi und Agca also schon in Sisli und nicht in Mailand zum ersten Mal.

Celebis Aufenthalt in der BRD wurde dadurch möglich, daß Dr. Kannapin, ein CDU-Stadtverordneter in Schwalmstadt, Celebi und weitere führende Graue Wölfe in seinem frei erfundenen „Türkei-Institut" als „wissenschaftlichen Mitarbeiter" einstellte und so Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beschaffte. Kannapin machte Celebi auch mit Beamten des BND bekannt (Anm. 14).

Celebi wurde am 1.11.1982 bei Frankfurt verhaftet. Er wurde von Aussagen von Agca schwer belastet, die dieser schon im Mai 82 gemacht haben soll. Agca sagte aus, er habe sich in Mailand und in Zürich mit Celebi getroffen. Celebi habe ihm den Auftrag, den Papst zu ermorden, übermittelt, und ihm auch einen Teil der dafür versprochenen 3 Mio. DM weitergeleitet. Außerdem habe Agca mit Celebi mehrere Telefongespräche geführt. Diese Telefongespräche konnten durch Ermittlungen der italienischen Polizei inzwischen bestätigt werden. Auch konnte das Mailänder Treffen durch einen in der Schweiz lebenden Zeugen — Erdal Ünal — bestätigt werden. Celebi streitet inzwischen nicht diese Treffen ab, behauptet aber, sie seien zufällig gewesen, er wisse nichts von dem Attentat und Agca hätte sich ihm unter falschem Namen vorgestellt... (Anm. 15). Nach anderen Meldungen soll sich Celebi mit Agca auf Mallorca getroffen haben.

Nach Agcas Aussagen hat der Auftrag, den Celebi vermittelte, von dem inzwischen in Bulgarien verhafteten Türken **Bekir Celenk** gestammt. Zu Celenk, der seit einigen Jahren international als Drogen- und Waffenhändler gesucht wurde, hatten vermutlich auch die beiden Münchener Spediteure und Exportkaufleute Ömer Mersan und Atalai Saral Beziehungen. Es ergibt sich also über das Attentat hinaus der Verdacht, daß sowohl der Faschist Celebi als auch die von der Polizei geschonten Mersan und Saral Geschäfte mit einem wichtigen Drogen- und Waffenhändler abwickelten.

Celebi wird durch Beschluß der Bundesregierung im Januar nach Italien ausgeliefert. „Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hatte im Rahmen eines Strafverfahrens gegen einen ehemaligen Vorsitzenden 1981 die Frage geprüft, ob die Türk-Föderation als kriminelle Vereinigung zu bezeichnen sei. Das Ergebnis war negativ." (Anm. 16).

Bisher taten die deutsche Polizei, Geheimdienste und Regierung alles, um es bei diesem Ergebnis zu belassen. Man darf also bezweifeln, daß ein Gerichtsverfahren gegen Celebi — sollte es in Italien überhaupt zustande kommen, mehr hervorbringen wird als die Behauptung, Celebi habe als „Einzeltäter" gehandelt.

Anmerkungen

(1) Türkei-Information Nr. 9, 7/81
(2) FR, 18.5.81
(3) FAZ, 1.12.82, Hamburger Abendblatt, 9.12.82
(4) Türkei-Informationen Sonderheft 6/81
(5) Die Welt, 17.5.81
(6) SZ, 19.5.81
(7) FAZ, 16. u. 18.5.81
(8) FR, 16.5.81
(9) Broschüre des Westberliner Initiativkomitees gegen türkische Faschisten
(10) MoPo, 22.5.81
(11) FAZ u. SZ, 13.6.81
(12) HAB, 9.3.82
(13) HAB, 11.11.81
(14) Broschüre des Westberliner Türkenzentrums, „MHP u. Graue Wölfe"
(15) Die Aussagen Agcas über Celebi und dessen Ausflüchte lt. „Milliyet", 12.12.82
(16) FR, 5.11.82

AG Ausländer

Gewaltfreie Widerstandsaktionen

Interview über die Perspektive der Friedensbewegung



Vorbild für viele Gewaltfreie: Friedensdemo im englischen Greenham Common

Anläßlich des Aufrufs zu direkten gewaltfreien Aktionen Ostern '83 (s. Abdruck im letzten AK) und der Diskussion darum im Rahmen des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen (BAF) bzw. überall in der Friedensbewegung sprachen wir mit Manfred über die umstrittenen Punkte dieses Konzeptes: Manfred gehört als Mitglied der „Graswurzel-Revolution" und der Hamburger Friedenskoordination zu den Mitinitiatoren solcher Aktivitäten, denen für 1983 in dieser Konzeption eine entscheidende Rolle zukommt. Wir wollten wissen, ob gewaltfreie Aktionen mehr als symbolische Aktionen sein können. Wird durch die Festlegung auf Gewaltfreiheit und solche Aktionen die Gefahr der Spaltung der Friedensbewegung verhindert oder heraufbeschworen? Kann die Stationierung der Mittelstreckenwaffen überhaupt so oder anders verhindert werden?

AK-Redaktion

AK: Für 1983 werden gewaltfreie Widerstandsaktionen an Militärstandorten propagiert und vorbereitet. Auf dem letzten BAF-Treffen war ein Aufruf dazu verabschiedet worden, an dem auch von Dir mitgearbeitet wurde. Dieser BAF-Aufruf fordert dazu auf, daß solche Aktivitäten ausdrücklich über symbolische Aktionen hinausgehen sollen, d.h. im Ansatz wird die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen propagiert. Für wie realistisch hältst Du diesen Ansatz ?

Manfred: Symbolische gewaltfreie Aktionen sollen ja einen problematischen Zustand, einen Unrechtszustand dramatisieren und damit andere Menschen darauf aufmerksam machen, daß hier etwas geändert werden muß. Bei sog. verhindernden gewaltfreien Aktionen geht es darum, Situationen herbeizuführen, wo dem Gegner keine andere Wahl gelassen wird, als seine Entscheidung zu revidieren. Ob solche gewaltfreien verhindernden Widerstandsaktionen in der Frage der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Erfolg haben können, ist nicht zuletzt die Frage, ob die „Nachrüstung" überhaupt noch durch die Friedensbewegung verhinderbar ist. Es ist in der Tat so, daß die „Nachrüstung" für die NATO eine beschlossene Sache ist. Nur ein ungeheurer Druck wäre in der Lage, diese Entscheidung zu kippen. Im Grunde müßte man hier eine grundsätzliche, globale Debatte führen, welche Momente in der internationalen Politik solche Entscheidungen noch beeinflussen könnten. In der Tat würde ich sagen, daß gewaltfreie Widerstandsaktionen dazu beitragen können, ein Klima zu erzeugen, das die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen unmöglich macht, z.B. indem für die Perspektive der NATO langfristig noch ein größerer Schaden entsteht, wenn durch die „Nachrüstung" in Westeuropa zuviel Porzellan zerschlagen wird, und die sog. Partnerschaft in der NATO gefährdet wäre.

AK : Stoßen solche Be- und Verhinderungsaktionen nicht ganz praktisch schnell an eine Grenze ? Der Staat dürfte eine wirkliche Behinderung und Beeinträchtigung des Militärapparates nicht hinnehmen und wird eingreifen, sobald diese Grenze erreicht ist.

Manfred : Das ist mit Sicherheit so, daß der Staat darauf reagieren wird und reagieren muß. Nur bin ich davon überzeugt, daß wir von der Gefahrensituation her in der Lage sind, unseren Widerstand begreifbar zu machen und damit die Antwort und Reaktion der Herrschenden ins Unrecht zu setzen. Damit tragen wir dazu bei, daß noch wesentlich mehr Leute von unseren Positionen überzeugt werden und vor allem sich noch wesentlich mehr Leute an diesem Widerstand beteiligen werden.

AK : D.h. aber auch, daß Du bei der Entwicklung solcher Widerstandsaktionen sehr viel drastischere Maßnahmen des Staatsapparates einkalkulierst, als sie bei bisherigen Aktionen und Blockaden (Abräumen und Leistungsbescheide) angewendet worden sind ?

Manfred : Dann wird es gerade darauf ankommen, ob es möglich ist, den Zweck dieser Reaktionen des Staates zu durchkreuzen, nämlich den Versuch, die handelnde Friedensbewegung zu isolieren. Es wird darauf ankommen, ob breite Kreise der demokraktischen Öffentlichkeit dazu bereit sind, solche Aktionen politisch und moralisch mit zu verteidigen, darauf, wie wichtige gesellschaftliche Institutionen zu diesen Aktionen stehen. Da hat die Friedensbewegung jetzt die Aufgabe, zu erklären, warum solche Aktionen zur Erreichung ihrer Ziele notwendig sind.

AK : Wie weit muß Deiner Meinung nach bei solchen Widerstandsaktionen

AK : Wie weit muß Deiner Meinung nach bei solchen Widerstandsaktionen

die Gewaltfreiheit garantiert werden? Hälst Du eine solche Linie überhaupt für durchsetzbar? Wenn ja — wie?

Manfred : Der gewaltfreie Widerstand hat in der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit - so glaube ich - eine Akzeptanz erreicht. Das bietet gerade in solchen Situationen, wo es den Herrschenden darauf ankommt, die Bewegung zu isolieren, die Möglichkeit, diese Isolation zu vermeiden. Von daher würde ein Durchbrechen des Prinzips des gewaltfreien Widerstands zur Folge haben, daß die Friedensbewegung erheblich geschwächt wird, auch wenn es aufgrund der Reaktionen der Polizei verständlich wäre, daß dieses Prinzip mit Anwendung von Gegengewalt durchbrochen würde. Es ist meiner Meinung nach unbedingt notwendig, daß sich die aktive Friedensbewegung bei ihren notwendigerweise „illegalen" Aktionen für absehbare Zeit auf ein gewaltfreies Prinzip festlegt. Ich glaube, daß bei denjenigen, die eigentlich andere Widerstandsformen im Kopf haben, dieses Bewußtsein aufgrund der Erfahrungen der Ökologiebewegung gewachsen ist, wie auch bei denjenigen, die gewaltfreie Widerstandsaktionen bereits in der Ökologiebewegung propagiert haben. Verschiedene Widerstandsformen behindern sich, wenn sie im Rahmen der gleichen Aktion angewendet werden. Im wesentlichen kommt es darauf an, daß sich diejenigen zusammenfinden, die es von der Lage her für notwendig halten, gewaltfreien Widerstand und Aktionen des zivilen Ungehorsams zu entwickeln und durchzuführen. Es geht nicht darum, von vorneherein große und von der Zielsetzung her unbestimmte Aktionen zu planen. Das würde dazu führen, daß schon im Vorab alle möglichen Distanzierungserklärungen abgegeben werden, die dann in der Tat von der rechten Presse und den Herrschenden aufgegriffen werden können, um die Friedensbewegung zu spalten, ohne daß diese in der Lage wäre, ihre Kraft zu entwickeln.



... und die Antwort der Ordnungshüter, die gar nichts von Gewaltfreiheit halten

AK : Wie stehst Du dabei zur Gewalt gegen Sachen, bzw. Einrichtungen. Wie siehst Du das mit dem Schutz vor Polizeimaßnahmen, altbekannt sind Diskussionen um Helme - ja oder nein.

Manfred : Diese Frage sollte nicht abstrakt entschieden werden, auch wenn ich dazu etwas vorweg sagen möchte : Bei den Widerstandsaktionen der Friedensbewegung geht es doch darum, daß immer mehr Leute erkennen, daß sie ihre Unterstützung für ein System aufgeben müssen, das uns in die heutige prekäre Lage der Kriegsgefahr gebracht hat und uns in noch viel ernstere Situationen bringen wird. Von daher kann man keine generelle Aussage dazu treffen, ob z.B. Sabotage-Aktionen sinnvoll sind oder nicht. Wichtig ist, daß a l l e Aktionen verständlich gemacht werden und erklärt werden können. Ich erinnere dazu an die Aktionen der Gebrüder Berrigan, die zwei Kugelspitzen von Atomwaffen zerstört haben und sich anschließend dazu bekannt haben, festgenommen und zu mehreren Jahren Knast verurteilt wurden. Ich glaube, sie haben mit dieser Aktion gerade im Bereich der katholi-

den. Ich glaube, sie haben mit dieser Aktion gerade im Bereich der katholi-

schen Kirche in den USA deutlich machen können, worum es geht. Ich würde sogar die Behauptung wagen, daß gerade solche Aktionen mit dazu beigetragen haben, daß so eine entschiedene Erklärung von seiten der katholischen Bischöfe in den USA gegen die Atomwaffen abgegeben werden konnte. Auf der anderen Seite muß man aber auch klar sagen, daß bestimmte Aktionen, die im Moment laufen, gegen US-Einrichtungen und US-Soldaten, die dabei verletzt wurden, mit Sicherheit die Friedensbewegung nicht voran bringen werden. Die Weihnachtserklärung von Bundeskanzler Kohl hat gezeigt, wer damit Politik macht, wer damit Punkte sammeln kann.

AK : Kannst Du etwas zu den bisherigen Erfahrungen mit solchen gewaltfreien Widerstands- und Blockade-Aktionen sagen. Woher kommt diese Idee ?

Manfred : Bei allen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik haben gewaltfreie Aktionen eine große Rolle gespielt; insbesondere in der Ökologie-Bewegung standen gewaltfreie Aktionen am Anfang des Widerstandes : so in Whyl, Brokdorf und Gorleben und auch bei der Startbahn-West. Schwächen in der Weiterentwicklung solcher Aktionen wurden eigentlich immer dann offenbar, wenn keine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen mehr erzielt werden konnte. Das hat sich insbesondere im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf niedergeschlagen, später auch in Grohnde. Unsere Aufgabe heute ist es, aus diesen Erfahrungen und auch aus der Stadtbahn-Bewegung zu lernen.

Direkte gewaltfreie Aktionen sind in der Friedensbewegung zuerst von radikalen Pazifisten durchgeführt worden. Ihr Protest richtet sich nicht nur gegen die „Nachrüstung" als einen Teil der Aufrüstung, sondern gegen das gesamte Militärpotential und insbesondere gegen die heute bereits vorhandenen Atomwaffen. Insofern fanden diese ersten Aktionen auch an Atomwaffenlagern und Bunkern statt. Solche Aktionen fanden z.B. im Rahmen des internationalen gewaltfreien Marsches statt, die Blockade in Großengstingen im letzten Jahr ist dann besonders bekanntgeworden. Der Sinn dieser Aktionen war immer, daß sie einen Beispiel-Charakter haben sollten, daß sie auch von anderen und von mehr Leuten umgesetzt werden können.

AK : Bei der Blockadeaktion vor dem Atomwaffenlager Großengstingen im letzten Jahr und auch bei den gewaltfreien Aktionen am Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses hat es sehr heftige Auseinandersetzungen um die Bezugsgruppen und um die Trainings gegeben, die teilweise zur Voraussetzung der Teilnahme an der Blockade gemacht wurden. Besteht dabei nicht die Gefahr, daß solche Aktionen in einem sehr kleinem Rahmen bleiben?

Manfred : Die Geschichte von gewaltfreien Aktionen ist wesentlich auch eine Geschichte von Lernprozessen gewesen. D.h. gemachte Erfahrungen sind, von anderen ausgewertet worden und haben dann zu neuen Aktionsformen geführt: z.B. sind die gewaltfreien Aktionen in Whyl, die von sehr vielen Menschen getragen worden sind von der Anti-AKW-Bewegung in den USA aufgegriffen worden. Dort ist die Idee entstanden, solche Aktionen durch Bezugsgruppen zu strukturieren. Diese Bezugsgruppen haben einen ganz bestimmten Sinn. Das will ich hier jetzt nicht im einzelnen aufführen, das kann man ggf. nachlesen. Wichtig sind zweierlei Dinge: Einmal, daß während einer Aktion möglichst alle Teilnehmer einen Einfluß darauf haben, was während einer solchen Aktion geschieht. Klar ist, daß sie dabei nur einen sehr beschränkten Einfluß z.B. auf die Polizei haben können. Trotzdem können sie einen gewissen Einfluß nehmen, und es ist in der Tat ein Unterschied, ob alle Teil-

---

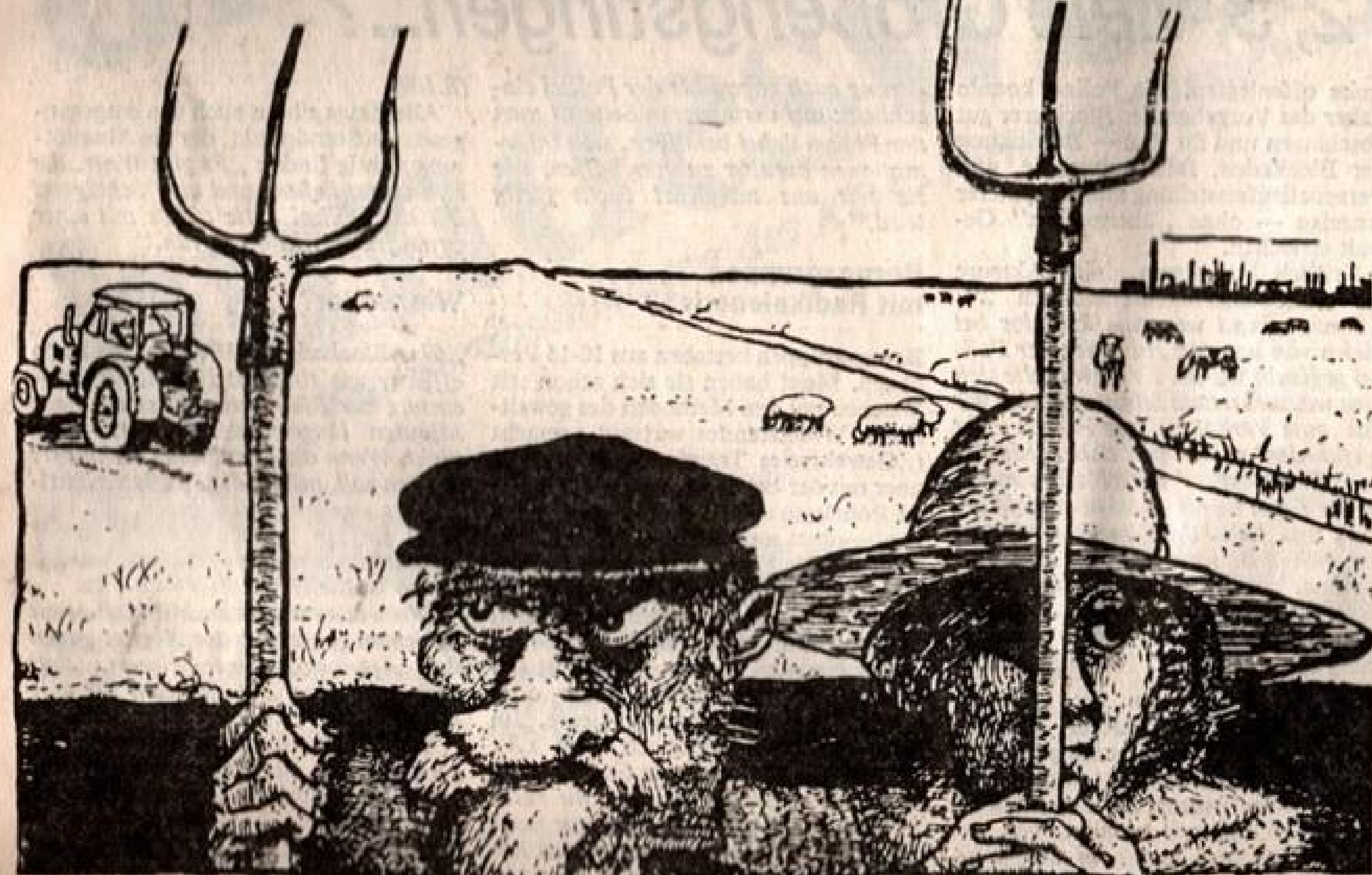
Mit diesem Interview soll ein aktiver Vertreter gewaltfreier Widerstandsaktionen im Arbeiterkampf zu Wort kommen. Manfred arbeitet in der

terkampf zu Wort kommen. Manfred arbeitet in der

Graswurzel-Bewegung seit einer Reihe von Jahren mit und hat aktiv nach Whyl in der Ökologie-Bewegung beim Widerstand gegen das AKW Brokdorf mitgearbeitet. Er arbeitet in der Hamburger Friedenskoordination mit, die einen Aufruf für gewaltfreie Widerstandsaktionen zu Ostern 1983 in das BAF-Spektrum hineingetragen hat. Für die Hamburger Region ist eine Aktion am Atomwaffenlager in Kellinghusen geplant.

---

nehmer ihren Einfluß an eine Demonstrationsleitung delegieren, oder es sogar völlig von irgendwelchen Situationen abhängig machen, oder aber der Versuch gemacht wird, eine breite Einflußnahme zu gewährleisten. Der zweite Punkt, weshalb unserer Ansicht nach bei solchen Aktionen Bezugsgruppen notwendig sind, ist die Tatsache, daß wir bei einer solchen Aktion ziemlich großen Risiken ausgesetzt sind. Es muß deshalb ein festerer Zusammenhalt unter den Teilnehmern vorhanden sein. Solche Bezugsgruppen führen allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu, daß solche Aktionen noch nicht von sehr vielen Menschen durchgeführt werden, es ist aber absehbar, daß solche Erfahrungen an immer mehr Menschen weitergegeben werden. Das Erstaunliche ist, daß derzeit ein sehr großes Interesse daran besteht, Aktionen gerade in dieser Form durchzuführen.



Regionalisierung des Widerstands ... **(Karikatur aus: Delmenhorster Rundschau 1/83)**

Regionalisierung des Widerstands ... **(Karikatur aus: Delmenhorster Rundschau 1/83)**

Mit den Trainings ist das so eine Sache. Man mag darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Konfrontationssituationen, nachzuspielen. Für viele Leute ist das ein Bedürfnis, weil sie selber noch nicht in einer solchen Konfrontation mit der Polizei gestanden haben. Für sie bedeutet es eine Sicherheit, so etwas in einer zugegebenermaßen Laborsituation durchspielen zu können. Mit Sicherheit ist Vorübung notwendig, umin sehr kritischen Situationen Entscheidungen treffen zu können und möglichst vorher unter allen Teilnehmern abzuklären, wie in bestimmten Situationen reagiert werden soll

. Weil die Geschichte gewaltfreier Aktionen eine Geschichte von Lernprozessen ist, werden wir in den nächsten Monaten Möglichkeiten finden können, und die müssen wir finden, wie solche Aktionen von sehr vielen Menschen mitgetragen werden können. Für die geplante Oster-Aktion überlegen wir in Hamburg, wie sich daran mehrere Tausend Menschen beteiligen können.

AK : Ohne Übertreibung kann man heute schon sagen, daß große Teile des Spektrums der Friedensbewegung, das im letzten Jahr die Demonstration am 10.6. anläßlich des Reagan-Besuches organisiert hat, für 1983 gewaltfreie Widerstandsaktionen propagiert. Auch Pax Christi hat dazu aufgerufen, symbolische gewaltfreie Widerstandsaktionen 1983 durchzuführen. Große Teile dieses Spektrums denken dabei aber nur an rein symbolische Aktionen. Nicht nur militante Aktionen rufen dort Distanzierungen hervor, sondern auch bei der Bonn-Aktion wurde ein großes Theater veranstaltet, weil einige Demonstranten in Bonn in Richtung Regierungsviertel in die Bannmeile abbiegen wollten.

Manfred : In Bonn ist ja gerade unser Vorschlag gewesen, dort eine große symbolische Aktion zu machen, nämlich allesamt um das Regierungsviertel herumzudemonstrieren, um zu zeigen, daß wir uns nicht einfach an die vorgegebenen institutionellen Spielregeln halten können, gerade weil wir wissen, daß die „Nachrüstung" im Prinzip eine beschlossene Sache ist. Die Haltung vieler, die heute sagen, unser Widerstand kann nur symbolhaft sein, wird sich auf Grund politischer Einsicht verändern. Entweder man nimmt die Forderung, die „Nachrüstung" zu verhindern, ernst, dann guckt man sich auch die politische Landschaft an. Dabei kommt man zumindest zu dem Ergebnis, daß sich unser Widerstand erheblich verstärken muß. Oder man nimmt diese Frage nicht ernst, aber dann können wir auch ebensogut zuhause bleiben. Hier kommt es auf uns an, in der nächsten Zeit eine Überzeugungsarbeit unter den Friedensinitiativen zu leisten, die bisher geglaubt haben, daß allein schon eine sich breit artikulierende Friedensbewegung einen entscheidenden Einfluß ausüben könnte.

Zur Frage der Distanzierungen : Ich glaube, daß schon allein dadurch Unterschiede in der Friedensbewegung gegeben sind, daß bestimmte Teile solche Aktionen und andere solche machen. Wenn Distanzierungen ausgesprochen werden, steht dahinter oft die Angst bzw. die Meinung, man müsse dem Druck der Medienöffentlichkeit nachgeben. Beides ist in jedem Fall Ausdruck von Schwäche. Ich bin der Meinung, daß Distanzierungen nur dann einen Sinn haben, wenn es sich um Aktionen handelt, die einer begründbaren Perspektive der Friedensbewegung diametral entgegenstehen. Wenn z.B. wenige Tage vor einer geplanten gewaltfreien Blockadeaktion dort eine Bombe hochgeht, dann kann man nur davon ausgehen, daß es sich dabei um eine Provokateursaktion handelt, und so muß sie dann auch behandelt werden.

AK : Kannst Du Dir vorstellen, daß es in diesem oder im nächsten Jahr an einem Stationierungsort oder einem anderen Atomwaffenlager zu einer Großaktion kommt?

Manfred : Jetzt ist es wichtig, daß wir lernen, (wie wir es jetzt auch in Hamburg praktizieren,) mit anderen Gruppen regional zusammenzuarbeiten, um dort direkte gewaltfreie Aktionen mit beschränkten Zielsetzungen erfolgreich durchführen zu können. Ob dann aus den regionalen Strukturen heraus bundesweite Aktionen z.B. an den für die neue Mittelstreckenraketen vorgesehenen Standorten laufen können, hängt gerade von dieser regionalen Entwicklung ab und natürlich von der politischen Situation. Wenn im Herbst eine definitive Entscheidung für die Stationierung gefallen ist, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß dann die Zeit gekommen ist, solche bundesweiten Aktionen zu organisieren.

AK: Sollte eine solche Aktion Deiner Meinung nach erst als Reaktion auf den offiziellen Stationierungsbeschluß geplant werden? Oder sollte dies nicht bereits Thema bei den nächsten Konferenzen der Friedensbewegung sein, also bei der Aktionskonferenz im März oder der „Europäischen Konferenz" im Mai?
im April in Westberlin geplanten „Europäischen Friedenskonferenz" darüber geredet werden sollte ?

Manfred : Mit der Planung solcher Aktionen sollten wir uns soviel Zeit wie möglich lassen. Es wird ja gerade von den USA der Versuch unternommen, den Stationierungsbeginn möglichst vorzuverlegen; nachdem dies in der Bundesrepublik gescheitert ist, versucht man es jetzt in Großbritannien.

Diese Strategie ergibt keinen anderen Sinn und verfolgt keinen anderen Zweck,als den Widerstand der Friedensbewegung so früh wie möglich zu eskalieren. Ich glaube aber, daß aufgrund der politischen Verhältnisse in den Stationierungsländern dieses Vorziehen nicht möglich sein wird. Heute sollten je nach Kräften möglichst regional größere Aktionen durchgeführt werden, um damit anzudeuten, daß wir im Falle einer Stationierung sehr weitgehenden Widerstand leisten werden. Auch vor dem direkten und formellen Stationierungsbeginn können bundesweite Aktionen diese Warnung unterstreichen. Wegen der notwendigen Breite und Radikalität solcher Aktionen sollten wir das allerdings nicht überstürzen. Die Diskussion darüber müßte aber schon jetzt eigentlich laufen, dafür müssen natürlich die kommenden Konferenzen genutzt werden. Es ist m.E. die vorrangige Aufgabe solcher Konferenzen, die Diskussion darüber zu ermöglichen. Weil du die Berliner Europäische Friedenskonferenz angesprochen hast : Das beste, was dieser Konferenz passieren kann, ist, wenn sie der Koordination eines europäisehen Widerstandes gegen die „Nachrüstung" dienen würde.

AK : Wie schätzt Du das Verhältnis der DKP, bzw. ihrer Bündnisorganisationen, zu gewaltfreien Widerstandsaktionen ein? Dieses Spektrum hat sich auf der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Herbst in Köln zwar nicht ausdrücklich von solchen Aktionen distanziert, aber sie buchstäblich totzureden versucht. In dem vorher verabschiedeten Katalog des ‚Komitees für Frieden Abrüstung und Zusammenarbeit' (KOFAZ) hieß es zu Standorten lediglich, daß man dort versuchen solle, die örtliche Bevölkerung zu agitieren und nicht stellvertretend für sie zu handeln. Immerhin hat jetzt die DFG-VK solche Aktionen in ihren Aktionskatalog aufgenommen, und Ende Januar wird vom KOFAZ in Frankfurt ein zentrales Seminar auch mit dem Thema gewaltfreier Widerstandsaktionen veranstaltet.

Manfred : Auf die Bevölkerung vor Ort vorrangig Rücksicht zu nehmen, ist gerade für weitergehende Widerstandsaktionen unerläßlich. Das Problem entsteht nur dann, wenn dies als Begründung herhalten soll, um der Notwendigkeit eines weitergehenden Widerstandes entgegenzuwirken. Das wurde in letzter Zeit von einigen versucht, es ist aber heute absehbar, daß dieser Versuch gescheitert ist. Gerade dort, wo heute gewaltfreie direkte Aktionen gelaufen sind, hat sich gezeigt, daß vor Ort eine sinnvolle Integration dieser verschiedenen Ansätze möglich ist, z.B. zwingt gerade die Forderung nach atomwaffenfreien Gemeinden an solchen Orten dazu, sich auch Gedanken über weitergehende Widerstandsmaßnahmen von seiten der örtlichen Friedensinitiativen zu machen, statt nur den Kreisrat zu Beschlüssen zu veranlassen, denn mit solchen Beschlüssen sind die dort gelagerten Atomwaffen mit Sicherheit nicht wegzuschaffen. In der DFG-VK gibt es ein ganze Reihe radikaler Pazifisten, die die Auseinandersetzung um die Fragen seit Jahren führen. Ihr habt das im AK ja auch häufiger dokumentiert. Das ist ein Grund dafür, daß es sich die DFG-VK als Or-

ren. Ihr habt das im AK ja auch häufiger dokumentiert. Das ist ein Grund dafür, daß es sich die DFG-VK als Or-

ganiation von Pazifisten nicht leisten kann, sich gegen den gewaltfreien Widerstand auszusprechen, zumal einzelne Landesverbände — z.B. in Baden-Württemberg — direkt an der Planung der dortigen Aktion beteiligt waren.Im KOFAZ-Spektrum kann die DFG-VK sicherlich ein Bindeglied zum gewaltfreien Widerstand darstellen. An dieser positiven Funktion kann man allerdings auch Zweifel bekommen, wenn man sich anguckt, wie auf dem letzten Bundeskongreß der DFG-VK mit der inneren Opposition umgegangen worden ist. Ihr wurden weder inhaltlich, noch organisatorisch irgendwelche Zugeständnisse gemacht. Man kann sich auch vorstellen, daß solche Mittler-Position genutzt wird, um notwendige Entwicklungsschritte zu verhindern. Insgesamt würde ich aber es eher so einschätzen, daß aufgrund der politischen Situation, und weil praktisch in allen Friedensinitiativen der Stellenwert von gewaltfreien Widerstandsaktionen diskutiert wird, auch das KOFAZ diese Entwicklung tolerieren muß — zumal der bisher entscheidende Vorbehalt, daß erst einmal eine Mehrheit gegen die geplante „Nachrüstung" zustandegebracht werden müsse, den letzten Umfragen zufolge offenbar gegenstandslos geworden ist.

AK : Inwieweit ruft die Entwicklung solcher Widerstandsaktionen in der Friedensbewegung Gefahr einer Spaltung hervor, sogar die Gefahr n e u e r Spaltungslinien? Grob kann man 3 Richtungen ausmachen : Einmal die Richtung, die unbedingt bei symbolischen Aktionen bleiben will, zum zweiten andere Teile, die gewaltfreie Widerstandsaktionen ernsthaft leisten wollen, und der dritten Richtung ist diese Eingrenzung auf gewaltfreie Widerstandsaktionen insgesamt zu eng.

Manfred : Ich kann nur sagen, wenn eine Chance bestehen soll, die Stationierung zu verhindern, sind alle Kräfte aufgefordert, möglichen Spaltungstendenzen entgegenzuwirken; eine solche Spaltung muß verhindert werden. Ich bin überzeugt, daß der gewaltfreie Widerstand gerade in beide Richtungen ausstrahlt und von daher ein bindendes Glied zwischen diesen Tendenzen darstellt : Erstens weil gewaltfreier Widerstand auf die Herrschenden zwingend wirken kann und zweitens weil die Praktizierung dieses Widerstandes eine Isolation von der Bevölkerung vermeiden hilft und auch neue Kreise in den Widerstand gegen die „Nachrüstung" einbeziehen kann. Das sind ja eigentlich die zwei Pole, die zwei unterschiedlichen Interessensansätze, die miteinander in Verbindung gebracht werden müssen, um eine Spaltung zu verhindern.

AK: Wenn sich in diesem Jahr solche gewaltfreien Widerstandsaktionen sehr breit entwickeln, wird dies der Hoffnung Auftrieb geben, die „Nachrüstung" tatsächlich verhindern zu können. Wenn diese Hoffnungen dann enttäuscht werden, könnte daraus die Konsequenz folgen, jetzt zu anderen Mitteln zu greifen.

Manfred : Wenn die „Nachrüstung" durch massive gewaltfreie Widerstandsaktionen, die auch in der Bevölkerung sehr weit verankert sind, nicht verhindert werden kann, dann kann man auch davon ausgehen, daß andere Mittel unter den gegenwärtigen Umständen nichts ausrichten können. Weil ich nicht behaupten will, die „Nachrüstung" kann garantiert mit diesen Mitteln verhindert werden, kommt es m.E.

ich nicht behaupten will, die „Nachrüstung" kann garantiert mit diesen Mitteln verhindert werden, kommt es m.E.

auch darauf an, in der Friedensbewegung über eine eventuelle Stationierung hinausgehende Perspektive zu schaffen. Sollten nämlich die Pershing II und Cruise missiles stationiert werden, so wird dies einen enormen Beitrag dazu geleistet haben, die USA und die NATO in die Lage zu versetzen, in Verbindung mit z.B. der zu erwartenden enormen konventionellen Aufrüstung in Europa, mit der Stationierung von MX-Raketen, mit einer hochtechnisierten U-Boot-Abwehr, mit Weltraumwaffen eine Erstschlagsfähigkeit zu erlangen. Wenn diese Fähigkeit absehbar oder möglich ist, ist die Frage des Einsatzes nur noch eine Zeitfrage, eine Frage der politischen Bedingungen.

AK : Es ist in der Friedensbewegung ja unbestritten, daß die „Nachrüstung" ein erheblicherer Schritt für die NATO bedeutet, „kriegsfähig" zu sein, besser gesagt, sich dafür zu halten. Für die konventionelle Aufrüstung ist es vielfach hingegen überhaupt nicht klar, daß dies noch mal, vielleicht ein sogar noch entscheidenderer Schritt in Richtung Krieg sein wird. Gerade weil vielen die „Nachrüstung" als d e r Schritt in Richtung Krieg erscheint, kann dies dazu führen, daß viele an sich selbst (und nicht unbedingt an eine Perspektive einer möglichen gesellschaftlichen Veränderung) die Anforderung stellen, jetzt selbst alles zur Verhinderung dieser „Nachrüstung" einzusetzen.

Manfred : Ich hatte ja schon gesagt, daß die „Nachrüstung", unter den derzeitigen Bedingungen selbst nicht mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes verhinderbar wäre, davon bin ich überzeugt. Ich glaube, man muß klarmachen, daß selbst wenn die „Nachrüstung" durchgezogen worden ist, noch kein Krieg ausbricht. Wenn die Dinger stehen, heißt es noch nicht, daß dann ein Krieg ausbricht. Krieg ist natürlich auch eine Frage von Waffensystemen, aber erstens nicht nur von einem und zweitens hängt das auch noch von anderen politischen Faktoren abhängig. Ich bin mit dir der Meinung, wenn die Entwicklung einer Erstschlagfähigkeit absehbar ist, und wenn eine Kriegsplanung real wird, daß dann persönliche Konsequenzen in noch ganz anderer Weise gefragt sein werden, als in den nächsten ein, zwei Jahren. Wobei ich dann immer noch davon ausgehen würde, daß bewaffnete Auseinandersetzungen in Bezug auf eine Verhinderung eines globalen Krieges zumindest in Westeuropa und den USA keine Perspektive haben würden.



Aktion gegen das A-Waffenlager bei Großengstingen

Berichte von Standort-Aktionen

Opherdicke/Dortmund
Am 12.12. wurde die Nike-Herkules-Raketenstellung in Opherdicke an der Südostgrenze von Dortmund für 2 Stunden ‚blockiert'. 650 Menschen aus rund 20 Initiativen (aus Dortmund, Bochum, Castrop-Rauxel, Witten, Hagen, Schwerte, Unna und Kamen) hatten dazu mitaufgerufen. Der Staatsapparat hielt sich während der Aktion demonstrativ im Hintergrund. 30 Beamte und 2 Hundeführer waren sichtbar aufgebaut, eine weitere Hundertschaft hielt sich im Hintergrund. NRW-Innenminister Schnoor hatte einige Tage vorher anläßlich der Diskussion um die Blockade-Gebühren in Baden-Württemberg erklärt, daß Teilnehmer/innen an gewaltfreien Aktionen für ihn keine strafbaren Handlungen begingen.

In Opherdicke hätte es allerdings eine 3-wöchige polizeiliche Überwachung gegeben, wie der Polizeichef aus Unna auf eine Anfrage hin bekannt gab. Eine Wohngemeinschaft wurde dabei Tag und Nacht observiert.

Die Initiativen wollten bei ihrer Blockade möglichst jeder Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat aus dem Wege gehen, deshalb der Terminus „gewaltfrei'', deshalb nur eine kurze Blockade und die Bereitschaft, die Aktion bei einem sich abzeichnenden Polizeieinsatz abzubrechen. Erst kurz vorher waren dann noch zahlreiche Initiativen dazugestoßen.

Seitens der DKP wurde das Projekt entweder totgeschwiegen oder verleumdet. Auf Dortmunder Ebene wurde am 10.12. ein Fackelzug durchgeführt, an dem 1000 Leute teilnahmen, die Veranstalter zählten allerdings 2.500. Auf Initiativ-Treffen verbreitete die DKP das Gerücht, es handle sich um eine KB- und KBW-Aktion, bei der Gewalttätigkeiten eingeplant seien. Nach der Aktion hieß es, der KB habe wohl regional dazu mobilisiert. In Anbetracht dessen, daß überhaupt nur ein KBler beteiligt war, könnte man dies fast als ganz „nette'' Überbewertung ansehen.

Münster/Schierlheide
Am 10.12. fand in Münster eine Demonstration statt, an der wie im letzten Jahr 4.000 Leute teilnahmen. Das gesamte Spektrum der Friedensbewegung, von der DGB-Jugend bis zu den Mittelamerikagruppen war vertreten und konnte auch Redner stellen. Wenn auch die örtliche Friedensinitiative (FIM), die von DKP und sozialdemokratischen Kräften dominiert wird, es als „Anmaßung'' bezeichnete, daß die GAL schon Ende September zu Gesprächen um eine Blockade-Aktion eingeladen hatte, wurde schließlich nicht mehr gegen die Aktion gearbeitet und keine Konkurrenzveranstaltung aufgezogen. Auf dem zweiten Vorbereitungstreffen kam dann der Vorschlag einer ‚gewaltfreien Blockade' am Atomwaffenlager Schierlheide (bei Telgte) von dem ansonsten als militant verschrieenen AKU (Anti-AKW-BI).
verschrieenen AKU (Anti-AKW-BI). In der folgenden langwierigen Diskussion stiegen dann Pax Christi, der Versöhnungsbund, GAL/Grüne und eine gewaltfreie Gruppe aus, weil diese nur Menschen an Blockaden beteiligen wollten, die sich vorher aktiv in Bezugsgruppen und gewaltfreien Trainings vorbereitet hätten, anderenfalls — so ihre Argumentation — sei nicht zu gewährleisten, daß sich alle an einen vereinbarten Konsens hielten, bzw. daß nicht eventuell doch einzelne „Gewalt'' anwendeten. Pax Christi und der Versöhnungsbund führten dann immerhin eine eigene Mahnwache vor dem Atomwaffenlager sowie Aktionen vor Kirchen durch.

Sehr zur Überraschung der aktiven Träger der Aktion kamen dann am 12.12. 600 Leute in Telgte (15 km von Münster entfernt) zusammen, die dann zum 7 km entfernten Atomwaffenlager demonstrierten. Begleitet wurden die Demonstranten von 2 Streifenwagen der Polizei. Am A-Waffenlager waren auch nicht mehr zu finden, obwohl das Gerücht aufkam, daß sich eine Hundertschaft im Wald versteckt halte (das stellte sich als falsch heraus). Am Lager selbst wurde die Demonstration dann für beendet erklärt und 200 Leute blockierten dann vier Stunden lang den Eingang.

Das Spektrum, das sich erstmals gemeinsam bei dieser Aktion zusammengefunden hat, will (auch außerhalb der FIM) weiter zusammenarbeiten. Ein nächster Schwerpunkt dürfte die Diskussion um den Ostermarsch werden. Die DKP-nahen Gruppen planen eine Münsterland-Konferenz, um die Planung eines langen Marsches in eine Ruhrgebietsstadt absegnen zu lassen. Unterwegs soll es eine „symbolische Blockade'' am A-Waffenlager Dülmen geben. Andere denken da an eine dreitägige Aktion.

Göttingen/Treysa
Am 11.12. gab es einen Aktionstag in der Innenstadt. Im laufenden Weihnachtsmarkt und der Einkaufshektik unübersehbar waren die Mahnwachen und Info-Stände, eine symbolische Raketenstationierung und „Probeexerzieren'' der Reservistengruppe in blutverschmierten Bundeswehrklamotten.

Am 12.12. ging es dann im Autobahnkonvoi zum 60 km entfernten Atomwaffendepot in Treysa. Aufgerufen hatten der Arbeitskreis gegen Atomenergie, Gewaltfreie Gruppen, das Friedensbündnis, der KB und einige Gruppen aus Treysa und Umgebung. Die 70-80 PKW hatten eine große Polizeieskorte; Hubschrauber, Zivile, Fototrupps, Wasserwerfer und auch ein Räumfahrzeug fehlten nicht. Dennoch gelangte der Konvoi reibungslos zum A-Waffenlager.

Zunächst begannen Aktionen örtlicher Gruppen und einiger Gewaltfreier (Schweigen, Zuweben des Tores, Aufstellen von Holzkreuzen bzw. Behängen des Zaunes). Es folgte eine Kundgebung mit einer Raketenverbrennung. Anschließend gab es ein gemeinsamses Kaffeetrinken mit den örtlichen Initiativen. Insgesamt waren 500 Menschen beteiligt, was als gutes Ergebnis eingeschätzt wird.

Bremerhaven/Bramel
Nach schwierigen Verhandlungen wurde ein gemeinsamer Marsch von Schiffdorf (das an Bremerhaven angrenzt) zur Hawk-Raketenstellung im 6 km entfernten Bramel vereinbart. AL, Gewaltfreie Aktion, Grüne (die dann aber später nicht mehr gesichtet wurden) und die DFG-VK wollten bis zur Raketenstellung, was allerdings die Initiativen aus dem Landkreis, insbesondere aber die DKP nicht mittragen mochten. Rund 80 Leute zogen dann die 6 km über Felder und Wiesen nach Bramel (Anm. des Berichterstatters: „Meinem Hund hat es gefallen!''). Die Hälfte zog nach der Abschlußkundgebung zur Raketenstellung, eine kurze Kundgebung, die Aufstellung von Kreuzen als Mahnmalen beendeten die Aktion.

(Nach Berichten von Genossen aus Bremerhaven, Göttingen, Münster und Dortmund)

Schafft 2, 3, viele Großengstingen...?

Wenn der großbürgerlichen FAZ der Schrecken in die Glieder fährt, ist das meist ein Grund zur Freude und zum Aufmerken. Dies war am 8.12.82 der Fall, als sie sich an einer Zielbestimmung für die Blockadeaktionen hochzog, die der gewaltfreie Cheftheoretiker Ebert veröffentlicht hatte: „*Gesucht sind Aktionsformen, die zwischen legalem Protest und direkter Konfrontation mit Polizei und Militär liegen, aber sich bei günstigem Verlauf auch in andere Widerstandsformen überleiten lassen*'', hatte er in der Zeitschrift „Mediatus'' (Herausgeber: Mechtersheimer) vom November '82 geschrieben.

Was die FAZ sicherlich beruhigt hätte: Ein anderer Cheftheoretiker der Gewaltfreien, Wolfgang Sternstein (BBU), warnt etwa zur gleichen Zeit vor „*Einzelnen und Gruppen, die die Blockade allenfalls als taktisches Übergangsstadium auf dem Weg zu ‚harten' oder ‚militanten' Aktionen mit dem Ziel der Sabotage militärischer Einrichtungen sehen wollen.*'' (Ohne Rüstung Leben- Informationen November '82).

Dieser Widerspruch um die Frage: wie stark sollen diese „gewaltfreien Aktionen'' radikalisiert werden, läßt sich am Beispiel der Blockade im August in Großengstingen nachzeichnen. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Das Verhältnis zur Polizei und die Abschottung der Aktionen durch „Bezugsgruppen''.

Wie lieb sind wir zur Polizei?

In Großengstingen auf der Schwäbischen Alb hatten Anfang August ca. 700-800 Kriegsgegner abwechselnd in kleinen Gruppen ein Atomwaffendepot blockiert. Die Aktion dauerte eine Woche und führte zu mehreren hundert kurzzeitigen Festnahmen und Personalienfeststellungen. Schon im Vorfeld hatte es ein Treffen der Initiatoren mit dem Einsatzleiter der Polizei und anderen Bullenoffizieren gegeben, wo beide die Grundsätze ihrer Handlungsweise offenlegten. Die Polizei konnte daher das Vorgehen der Blockierer gut abschätzen und ihr Ziel — Beseitigung der Blockaden, falls notwendig, und Personalienfeststellung zwecks späterer Anzeige — ohne „übermäßige'' Gewalt erreichen.

Kritisch bilanzieren einige Akteure im „Großengstingen-Handbuch 2'': „*Erschreckend war, wie kritiklos bei vielen von uns den Aussagen der Polizei geglaubt wurde. Es entwickelte sich eine weitverbreitete Stimmung, daß wir das ‚gute Verhältnis' zur Polizei nicht ‚gefährden' sollten und daher jede Art von ‚Provokation' unterbleiben sollte. In der Regel wurde dabei aber nicht gesagt, was ‚Eskalation' heißt. Gruppen, die sich z.B. anseilen oder anketten wollten, wurden durch Einspruch anderer Gruppen daran gehindert, dies zu tun, obwohl Ankettung von der Planung der Aktion her nicht ausgeschlossen war.*'' (S.103)

Ein anderer Blockierer kritisiert ebenfalls „die Verwischung unserer Gegnerschaft zur Polizei'' und ergänzt: „*Von vielen wurden die Polizisten als Menschen, wie alle anderen auch, begriffen. Diese Vorstellung wurde geschürt durch die mehrheitlich akzeptierte Formel: Die Polizei wird, wenn sie ins Lager kommt, genauso behandelt, wie jeder andere Besucher auch, sie kann dort auch Informationen sammeln, unsere Protokolle einsehen. Dies war nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis; die Polizei kam ins Lager und schrieb offen und ungeniert den Blockadeplan ab, um so ihre Einsatzpläne frühzeitig auf die ‚härteren' Gruppen einstellen zu können. Um sich vor aufdringlichen Fragen der Polizei zu schützen, wurden sie sogar ausdrücklich auf das Protokoll verwiesen, wo sie sich ja die nötigen Informationen besorgen könnten.*

Wer so vorgeht, verwickelt sich in einen Widerspruch: Auf der einen Seite soll es Ziel der Aktion sein, das Militär zu behindern, was natürlich ein möglichst starkes Festhalten an der Behinderung auch gegenüber der Polizei einschließt; auf der anderen Seite ist man der Polizei dabei behilflich, sich Informationen darüber zu verschaffen, wie sie mit uns möglichst leicht fertig wird.'' (S.109)

Allerdings gibt es auch den entgegengesetzten Standpunkt, der die Abschottung richtig findet: „*Es gibt Wege, die sich ausschließen, und eine Schlägerei mit der Polizei hätte nichts mit einer gewaltfreien Aktion zu tun.*''

Bezugsgruppen mit Radikalenerlaß?

Bezugsgruppen bestehen aus 10-15 Personen. Meist haben sie sich schon seit Wochen mit den Methoden des gewaltfreien Widerstandes vertraut gemacht („Gewaltfreies Training''), vor allem aber mit der betreffenden Psychologie: im Polizisten auch den Menschen zu sehen, selbst wenn einen zusammenknüppelt. Die Bezugsgruppen entsenden Delegierte in einen Sprecherrat, der die Aktion koordiniert und im allgemeinen nur einstimmige Beschlüsse faßt.

Der Nachteil an dem System ist natürlich die Ausgrenzung neuer oder spontan hinzukommender Leute. Im Großengstingen-Handbuch wird z.B. kritisiert: „*Es besteht die Gefahr, daß, wenn wir so weiter machen, wir elitär werden. Es fühlen sich dann nur noch Gruppen angesprochen, die einen höheren Bildungsstand besitzen oder viel Zeit zur Verfügung haben.*'' (...) *Wir müssen aus diesem Grund auch bereit sein, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die nicht prinzipiell für Gewaltfreiheit und für Basisdemokratie sind. Man muß sich auf einen Minimalkonsens einigen.'' (S. 108)*

„*Wir haben falsche Prioritäten gesetzt. Wir sind einerseits bereit, eine Sisyphusarbeit zu leisten, um die Polizisten aus ihrer Rolle herauszuholen (ebenso die Soldaten), aber andererseits bemühen wir uns kaum um Leute, die schon einen Draht zu dieser Aktionsform haben.'' (S.108)*

„*Dieses Sicherheitsbedürfnis, dieser Besitzindividualismus: ‚das ist unsere Aktion, die darf kein Unangemeldeter stören', sollte man/frau so schnell wie möglich aufheben, sonst schaffen wir uns unseren eigenen Radikalenerlaß.*''

Wie weiter?

„*Eine Blockade mit 30 Menschen ist so effektiv wie eine mit 100, der Polizeieinsatz zur Räumung dauert ein paar Minuten länger oder kürzer, mehr nicht. Wenn die Durchfahrt verhindert werden soll, müßte die Straße verbarrikadiert werden, mit Dingen, die sich nicht einfach beiseite räumen lassen: die Barrikade müßte ‚gesichert' werden — wo ist die Grenze?*

Das wollen wir nicht. Mittel, die sich für einen Aufstand der Region gegen das Atomwaffenlager eignen, sind nicht unbedingt die richtigen für eine Minderheit.'' (S.41)

Wendet man diesen Satz ins Positive, so ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Verbreiterung dieser Aktionsformen und ihrer Radikalisierung. Entschlossenere, militante Aktionen werden eher möglich, wenn eine massenhafte Beteiligung („Aufstand der Region'') geplant wird. Umgekehrt ist eine Einbeziehung von vielen Leuten unmöglich, wenn die Gewaltfreiheit als Freibrief für die Polizei gesehen wird, sich an wehrlosen Demonstranten nach Belieben auszutoben bzw. nachher ihre Opfer zur Kasse zu bitten.

Die obigen Beispiele zeigen, daß wir auch innerhalb des gewaltfreien Lagers für diese Strategie — „Verbreitern und Radikalisieren'' — Verbündete haben. Bei den Blockadeaktionen am 12.12. war davon allerdings erst wenig zu spüren (s. nebenstehender Artikel). Das kann allerdings erst anders werden, wenn wir selber bei der Vorbereitung von den Osterblockaden nicht länger abseits stehen.

Jürgen/Stuttgart

Blockieren geht über demonstrieren

Was im Sommer in Großengstingen Genralprobe hatte, wurde jetzt bundesweit uraufgeführt: „Gewaltfreie Blockadeaktionen'' an Atomwaffenlagern und anderen militärischen Einrichtungen. Ein Akteur von Großengstingen hatte prophezeit: „Wenn sich solche Blockaden ausweiten, sowohl örtlich als auch von den Teilnehmerzahlen her, und die Blockaden am 12.12. werden dies vermutlich verwirklichen, dann können leicht die Grenzen der Belastbarkeit von Polizei, Militär und Justiz erreicht werden.''(1). Wieder einmal wurde aber längst nicht so heiß gegessen wie gekocht.

Kein Wunder: Bundesweit beteiligten sich ca. 3.500 Menschen direkt an Blockadeaktionen vor über 20 Stützpunkten, an begleitenden Demonstrationen in 50 Orten nahmen mehr als 10.000 teil — da ist die Bullizei schon massiver gefordert worden ... Die größten Manifestationen gab es in Baden-Württemberg, wo vor 5 Kasernen und Raketendepots insgesamt 3.000 Leute engagiert waren (Die zwei spektakulärsten werden unten beispielhaft untersucht). Zu Auseinandersetzungen zwischen Blockierern und Staatsmacht kam es lediglich an drei Militäreinrichtungen:

— In Würzburg wurden 13 Anketter zur Personenfeststellung für drei Stunden festgenommen.

— In Essen bildeten 30 Leute auf einer Bundeswehrausstellung einen Menschenteppich und wurden nach fünf Minuten von Feldjägern weggeschafft.

— In Stuttgart-Vaihingen wurden 293 Leute arretiert.

Kein Pardon für Atomkriegstote

Das letzte Beispiel verdient eine etwas ausführlichere Betrachtung: Die 293 Kriegsgegner hatten sich nämlich just vor jene US-Kommandozentrale EUCOM gesetzt, die wenige Tage zuvor Schlagzeilen gemacht hatte: Dieses Headquarter für Europa soll nämlich nach Großbritannien verlegt werden, weil Stuttgart im Kriegsfall zu nahe an der Front liegt und daher vernichtenden Gegenschlägen ausgesetzt wäre...

Offensichtlich ist es kein Zufall, daß gerade an diesem skandalträchtigen Ort der Widerstand am massivsten kriminalisiert wurde. Da nützte es auch nichts, daß die Bezugsgruppen die ohnehin symbolische Blockade noch symbolischer machten, in dem sie nur die ersten 12 Minuten jeder angefangenen Stunde blockierten. Da nützte es auch nichts, daß Erhard Eppler und Pfarrer Jörg Zink (GRÜNE) als Beobachter da waren. Und da konnten auch zwei SPD-Landtagsabgeordnete und eine grüne Landtagsabgeordnete unter den Blockierern sein. Wie hatte der oben schon zitierte Aktivist seine Großengstinger Erfahrungen resümiert? Durch gewaltfreies Vorgehen und Übernahme von persönlichem Risiko merken „*Polizisten und Soldaten, daß wir nicht irgendwelche Chaoten oder aufsässige Protestierer sind, sondern Menschen, die etwas anstreben, was sie eigentlich auch selbst ganz gut finden. Dieser persönliche Respekt macht es wiederum der Gegenseite schwer, gegen uns hart vorzugehen, die Prozesse sind ihnen peinlich, und sie würden sie am liebsten einstellen.*''(1). —

Offensichtlich doch nicht. Der Widerstand der nuklearen Opferlämmer findet hierzulande keinen „persönlichen Respekt''. Und ihre strafrechtliche Verfolgung ist dem Staat nicht „peinlich'', sondern ein lukratives Geschäft: Jeder der 293 Festgenommenen muß mit einer Strafe von 110 DM rechnen (als „Aufwandsentschädigung'' für die Polizei).

Großengstingen II

An einem weiteren potentiellen Kristallisationspunkt des Widerstandes hatte die Polizei eine andere Gegenstrategie: Das Blockadeobjekt vom August, ein Atomraketendepot, wurde mit NATO-Draht eingezäunt. Der Sprecherrat der Blockierer lehnte es ab, die Stacheldrahtrollen zu übersteigen und in die Sperrzone hineinzugehen. Ersatzweise wurde eine nahegelegene Kaserne blockiert. Mit von der Partie: Wolf-Dieter Hasenclever. *Er machte schon frühzeitig klar: jede Konfliktstrategie mit der Polizei ohne mich. Also auch nicht ein Überschreiten der Stacheldrahtrolle, mit der die Polizei hinter der Kaserne die Zufahrtstraße zum Raketendepot gesperrt hatte.*'' (3). Zusätzlich hatte die Polizei noch sämtliche Zufahrtstraßen gesperrt, so daß die Demonstranten nur die Wahl hatten zwischen einem 6 km-Fußmarsch in eisiger Kälte und einer Polizeieskorte für ihren Autokonvoi (sie entschieden sich fürs erste). Der Kommentator des „Schwäbischen Tagblatt'' resümmiert: „*Als reinen Erfolg werden wohl nichtallzuviele der Demonstranten den Sonntag bei Großengstingen verbuchen. Viel zufriedener kann da schon die Polizei sein, die mit ihrer Taktik weitgehend den äußeren Ablauf der Demonstration bestimmte. Blockiert wurde dort, wo es die Polizei erlaubte: Vor dem Haupttor der Großengstinger Kaserne, die durch den Seiteneingang noch zugänglich blieb. So konnte die Polizei darauf verzichten, mehr als statische Staatsgewalt anzuwenden und dafür nach der neuen Gebührenordnung für unbotmäßige Demonstrierer auch noch zu kassieren. Das Hocken im Pappschnee vor der Kaserne und der Marsch entlang am Absperrdraht hatte nicht allzuviel von zivilem Ungehorsam an sich.*''

Auf der anderen Seite resümierte ein Vertreter der bundesweiten „Koordination 12.12.'' am Abend der Aktionen: „*Ich glaube schon, daß dieser Tag ein großartiger Erfolg ist*''. Genaueres wird sich auf den Auswertungstreffen ergeben: Für den Süden am 8./9. Januar in Nürnberg, für den Norden am 15./16. Januar in Hannover.

Jürgen/Stuttgart

1 Großengstingen-Handbuch 2, S. 118
2 dito, S. 119
3 aus: Schwäbisches Tagblatt, 13.12.82

Zivil-dienststreik bundesweit!

Zur Verabschiedung des KDV-Verhinderungsgesetzes



In rasanter Eile, gerade noch rechtzeitig bevor Helmut Kohl programmgemäß das Mißtrauen ausgesprochen wurde, hat die Bundesregierung das neue Zivildienst-Gesetz über die Rampe gebracht — trotz einer unerwartet breiten Ablehnung auch bei bürgerlichen Verbänden und Experten. Damit hat zumindest die Absicht, diese drastische Einschränkung des KDV-Rechts als „Liberalisierung" zu verkaufen, keinen Erfolg gehabt. Der geplante bundesweite Zivildienst-Streik soll zeigen, daß der Widerstand gegen diesen Schritt der inneren Militarisierung nicht mit der Verabschiedung des Gesetzes vom Tisch ist.



tz, München

„Was läßt Sie daran zweifeln, daß wir Ihre Probleme verstehen?"



„Da ist ein stadtbekannter Schläger..."

Die Kernpunkte des neuen Gesetzes:
— Verlängerung der Zivildienstzeit von derzeit 16 auf 20 Monate;
— von der mündlichen Gewissensprüfung kann abgesehen werden, wenn dem Bundesamt für Zivildienst der eingereichte schriftliche Antrag mit ausführlicher Begründung glaubwürdig erscheint. Ansonsten, insbesondere bei Soldaten und Reservisten (etwa 17 % der Antragsteller) bleibt alles beim Alten.

— Wegfall einer Instanz; ein vom Bundesamt abgelehnter Verweigerer muß gleich den Gang zum Verwaltungsgericht antreten.

— Der vom Verteidigungsministerium eingesetzte Vorsitzende der Prüfungskommission erhält volles Stimmrecht, dafür entfällt in Zukunft einer der bisher drei stimmberechtigten Beisitzer.

— Angekündigt ist eine verstärkte heimatferne Einberufung der ZDLer und zunehmende Kasernierung.

— Streichung der sogenannten „Sonnenscheinplätze" in Verwaltungsstellen, dafür Ausdehnung der Einsatzgebiete auf sogenannten Umwelt- und Naturschutz, also weitere Ausgestaltung des ZD zum Arbeitsdienst;

— Verschärfung des Disziplinarrechts für ZDLer.

Hintergrund dieser Verschärfungen sind die ständig gestiegenen Verweige-

Naturschutz, also weitere Ausgestaltung des ZD zum Arbeitsdienst;

— Verschärfung des Disziplinarrechts für ZDLer.

Hintergrund dieser Verschärfungen sind die ständig gestiegenen Verweige-

rerzahlen (zuletzt über 60.000 im Jahr) und die zunehmende Wehrunwilligkeit großer Teile der Jugendlichen, gegen die ein erster Damm errichtet werden soll. Heiner Geißler ließ denn auch keine Gelegenheit aus zu betonen, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung keineswegs mit der Wehrdienstpflicht auf eine Stufe gestellt werden könne und die Grenzen dieses Ausnahmerechts spätestens da erreicht seien, wo die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in irgendeiner Art gefährdet werden könnte.

Der Trick, das neue Gesetz als „Liberalisierung" zu verkaufen, verfing bei den Adressaten allerdings kaum. Fast alle betroffenen Gruppen und Verbände wiesen darauf hin, daß von Abschaffung der Gewissensprüfung keine Rede sein könne. Der Gewissens-TÜV bleibe bestehen, zunächst in schriftlicher Form (begründeter Antrag), danach wird in allen „Zweifelsfällen" weiter mündlich geprüft. Generell erhalten bleibt das mündliche Verhör allen Soldaten, Reservisten und Verweigerern, die bereits einmal abgelehnt wurden. Die Möglichkeit auf Seiten des Staates, auf die mündliche Inquisition zu verzichten, dient im wesentlichen der Beschleunigung der Verfahren und dem Abbau des gegenwärtig bestehenden Bergs von fast 100.000 unerledigten Anträgen. Diese flexiblere Regelung bringt in jedem Fall „mehr Dienst für's Vaterland", da mehr ZDLer eingezogen werden können. (Wegen der schleppenden Verfahren stehen zur Zeit etwa 17.000 von 50.000 ZD-Stellen leer.) Die Geltungsdauer des Gesetzes — bis zum Juni 1986 — trägt diesen Zielen Rechnung; bis dahin soll der Überhang abgebaut und die Zahl der Anträge drastisch reduziert sein.

Scharfe Kritik von Experten

Auf unerwartet massive Ablehnung stieß die Gesetzesnovelle auf einem Expertenhearing, das die Unionsparteien — vermutlich, um dem Ganzen noch einen Hauch von demokratischer Legitimation zu erpassen — genau eine Woche vor der endgültigen Verabschiedung veranstalteten: *„Selten hat in Bonn ein Gesetzesentwurf eine so vernichtende Kritik geerntet"* („Göttinger Tageblatt", 10.12.). Im Mittelpunkt der Kritik standen die Verlängerung, die Nichtabschaffung des Gewissens-TÜV, die Eile, in der das Gesetz durchgepeitscht wurde und last not least Herr Geißler selbst: Er zog es passenderweise vor, an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Verteidigungsausschusses teilzunehmen, auf der der Gesetzentwurf bereits abschließend beraten wurde. Gegen diese Farce protestierten auf dem Hearing mehrere ZDLer mit T-Shirts mit der Aufschrift: „Hearing = Alibi".

Die geladenen Verbände lehnten den Gesetzesentwurf nahezu einhellig ab: *„... daß am Ende nur insgesamt zwei Organisation (der Christliche Gewerkschaftsbund und der Bundeswehrverband) als Befürworter übrigbleiben würden, kam doch etwas überraschend. Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften — alle waren sich einig: So bitte nicht"* („Göttinger Tageblatt", 10.12.).

Ähnlichen Kalibers war die Kritik der geladenen Juristen: Dabei ging es vor allem um die Frage, ob die Gewissensprüfung nun tatsächlich abgeschafft wurde. *„Fast übereinstimmend antworteten die Sachverständigen mit nein"* („Göttinger Tageblatt", 10.12.).

Auf diesen Umfang der Kritik reagierten die Parteien mit einigen rhetorischen Glättungen des Entwurfs, ohne an der Substanz irgendetwas zu ändern.

Schnüffler für Boxvereine gesucht

Eine mündliche Prüfung soll stattfinden, wenn das „Gesamtvorbringen und die dem Bundesamt bekannten Tatsachen Zweifel an der Wahrheit der Angaben des Antragstellers begründen" — als Beispiel führte der CDU-Abgeordnete Hermann Kroll-Schlüter an, ein mit tiefer Religiosität begründeter Antrag müsse dann angezweifelt werden, wenn der Antragsteller gleichzeitig angebe, er betreibe Boxsport („Frankfurter Rundschau" — „FR", 11.12.). Zu der interessanten Frage, woher der Ausschuß denn nun solche Details erfahren solle, wenn der Antragsteller sie wohlweislich verschweige und das in Zukunft obligatorische polizeiliche Führungszeugnis keinerlei Angaben dieses Kalibers enthalte, hören wir Geißler im „Spiegel"-Gespräch: *„Nehmen wir einmal an: Da ist ein stadtbekannter Schläger, und ausgerechnet der verweigert mit der Begründung, daß er seit Jahren im CVJM ist. Der Pfarrer hört das und sagt: Jedesmal, wenn der kam, hat der mir die Einrichtung demoliert. Der könnte dann möglicherweise an as Bundesamt für Zivildienst schreiben. —*
Spiegel: Also Denunziantentum. —
Geißler: Nein, sondern Schutz des echten Kriegsdienstverweigerers." („Spiegel", 20.12.).

schwarzer

Anzeige

Dokumentation:

Es kommt noch doller

Auszüge aus dem Bericht der Bundeswehrlangzeitkommission

Wir dokumentieren im folgenden einige Auszüge aus dem Bericht der Langzeitkommission der Bundeswehr, die sich mit der Deckung des personellen Bedarfs in den kommenden Jahren befassen. Diese Auszüge zeigen, daß das neue KDV-Gesetz ein erstes Ergebnis dieser Militärplanungen ist (z.B. die jetzt fallengelassenen Überlegungen über den Einsatz von ZDL im Zivilschutz), daß damit die Grenze noch längst nicht erreicht ist. Die nächste Zivildienstverlängerung steht also an, wenn ab 1985 der Grundwehrdienst auf zunächst 18 Monate verlängert wird, die Zivildienstdauer beträgt dann bereits 24 Monate! Für die 90er Jahre wird eine weitere Verlängerung bereits ins Auge gefaßt.

Zwei Überlegungen der Langzeitplaner sind auffallend: die Einbeziehung von Ausländern, die in der BRD leben und der waffenlose Dienst von Verweigerern in der Bundeswehr. Beide Pläne sind zur Zeit vor allem aus ideologischen Gründen zurückgestellt: Sie passen nicht zu der Abschiebungswelle gegen Ausländer, bzw. zu der Dauerpropaganda gegen die entsprechende „Bausoldatenpraxis" in der DDR. Es gehört aber nur wenig Phantasie dazu vorauszusagen, daß diese Pläne in wenigen Jahren erneut aus der Schublade gezogen werden.

Antimil-Kommission, KB/Göttingen

Langfristige Sicherstellung des personellen Bedarfs

402. Im Hinblick auf die 90er Jahre muß es die Hauptsorge sein, den personellen Bedarf der Streitkräfte sicherzustellen. Bedingt durch die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sinkt das jährliche Aufkommen an wehrpflichtigen Männern von 1984 an. Im Jahre 1995 würde — gemessen am jährlichen Gesamtbedarf — ein Fehl von 104.000 Wehrdienstfähigen bestehen. Schon in den nächsten Jahren sind Maßnahmen erforderlich, den Bedarf anders als bisher zu decken. Ergreift man keine Maßnahmen oder führen diese nicht zum gewünschten Erfolg, würde der Friedensumfang der Streitkräfte letztlich von derzeit 495.000 auf letztlich etwa 290.000 Soldaten absinken. (...)

405. Keine der aufgeführten Maßnahmen zur Deckung des Personalbedarfs kann das Problem allein lösen. Es wird notwendig, das volle Spektrum der Maßnahmen auszuschöpfen.

Wird eine der Maßnahmen nicht oder in nicht ausreichendem Maße verwirklicht oder führt nicht zum gewünschten Erfolg, müssen andere mit umso größerer Intensität verfolgt werden, weil sonst der derzeitige Friedensumfang der Streitkräfte nicht erreicht werden kann. (...)

503. Es werden Maßnahmen zu prüfen sein, die den jährlichen Ergänzungsbedarf an Grundwehrdienstleistenden senken:
— Erhöhung des Längerdieneranteils,
— Verlängerung des Grundwehrdienstes,
— Reduzierung des bundeswehrexternen Bedarfs,
— Erhöhung der Wechsel- und Zivilbedienstetenstellen,
— Verlagerung von Aufgaben in Industrie und Wirtschaft,
— Ersatz von aktiven Soldaten durch Wehrübende,
— Ersatz von Personal durch Technik.

504. Darüber hinaus sind Maßnahmen denkbar, die darauf abzielen, bisher nicht genutzte personelle Potentiale heranzuziehen:
— Reduzierung der Wehrdienstausnahmen und sonstiger Einberufungshindernisse,
— die Erweiterung des Freiwilligenstatus für Frauen,
— vorrangiges Einberufen von Angehörigen älterer Geburtsjahrgänge,
— Dienst von Ausländern.

Nur theoretisch denkbar erscheint der Kommission der waffenlose Dienst von Kriegsdienstverweigerern in der Bundeswehr. (...)

Verlängerung des Grundwehrdienstes

511. Der Bedarf an Grundwehrdienstpflichtigen wird wesentlich durch die Dauer des Grundwehrdienstes beeinflußt. Je länger der Grundwehrdienst ist, desto geringer ist der jährliche Bedarf an Grundwehrdienstpflichtigen. So würde zum Beispiel eine Verlängerung des Grundwehrdienstes den jährlichen Bedarf an deutschen Wehrpflichtigen wie folgt senken:
— Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate, Senkung des Bedarfs um rund 32.000 Mann,
— Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 21 Monate, Senkung des Bedarfs um rund 56.000 Mann,
— Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 24 Monate, Senkung des Bedarfs um rund 73.000 Mann.

Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 24 Monate könnte allein bereits einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Personalbedarfs leisten.

Neben dem Halten eines hohen Längerdieneranteils **ist daher eine Verlängerung des Grundwehrdienstes unumgänglich**, wenn ein aufgabengerechter Friedensumfang der Streitkräfte erreicht werden soll.

Die Verwirklichung dieser Maßnahme bringt für die Streitkräfte überwiegend Vorteile: Die Ausbildung wird kostenwirksamer, der einzelne Mann kann intensiver ausgebildet werden, die Einsatzbereitschaft wird erhöht.

Über die Verlängerung des Grundwehrdienstes **auf 18 Monate** müßte unter derzeitigen Gegebenheiten wegen des erforderlichen Zeitvorlaufs für die Änderung der Ausbildungsorganisation und Ausbildungspläne **1985 entschieden werden;** dieser Zeitpunkt kann durch vorrangiges Einberufen von Angehörigen älterer Geburtsjahrgänge hinausgeschoben werden. **In den 90er Jahren dürfte eine weitere Verlängerung erforderlich werden.** Hieraus dürften sich **auch Konsequenzen für die Dauer des Zivildienstes** ergeben.

Reduzierung des bundeswehrexternen Bedarfs

512. Das Gesamtaufkommen an wehrdienstfähigen Männern deckt nicht nur den Bedarf der Bundeswehr, sondern auch den
— der Polizei,
— des Bundesgrenzschutzes
— des Entwicklungsdienstes sowie
— des Katastrophen- und Zivilschutzes.

Insgesamt stehen den Streitkräften damit etwa 27.000 Wehrdienstfähige weniger zur Verfügung.

In allen angesprochenen Diensten werden wesentliche Aufgaben für das Gemeinwohl wahrgenommen, die zumindest zum Teil als gleichgewichtig zur Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit anzusehen sind. Es sollten daher Reduzierungen nur dort angestrebt werden, wo entsprechende Ausgleiche geschaffen werden können.

Beim Katastrophen- und Zivilschutz könnten zum Beispiel als Ausgleich Reservisten oder anerkannte Kriegsdienstverweigerer herangezogen werden.

Insgesamt könnte der bundeswehrexterne Bedarf um etwa 17.000 Wehrdienstfähige reduziert werden, die dann den Streitkräften zur Verfügung stünden. (...)

Heranziehung bisher nicht genutzter personeller Potentiale

517. Reduzierung von Wehrdienstausnahmen und sonstigen Einberufungshindernissen

Die Musterung der Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1959 bis 1961 ergab im Durchschnitt 73,9 % Wehrdienstfähige.

Bei Änderung der Tauglichkeitsbestimmungen könnte eine höhere Ausnutzung des Wehrpflichtigenpotentials erzielt werden, da bisher nicht verwendbare Wehrpflichtige der Tauglichkeitskategorie 4 zukünftig als eingeschränkt verwendungsfähig eingeordnet werden könnten. Dies setzt allerdings eine Prüfung der Frage voraus, ob für diesen Personenkreis eine modifizierte Grundausbildung eingeführt werden muß. Würde ein Drittel der bisher als vorübergehend nicht wehrdienstfähig eingeordneten Wehrpflichtigen für eine eingeschränkte Verwendung als Soldaten gewonnen, ständen 1995 etwa 6.000 Soldaten zusätzlich zur Verfügung. Weitere Aufkommenserweiterungen wären durch eine strengere Handhabung der Unabkömmlichkeitsstellung sowie durch Einberufung von Verheirateten und Vätern zu erwarten.

Durch beide Maßnahmen könnte das verfügbare Aufkommen insgesamt um etwa 10 % vergrößert werden. Dies entspricht im Jahre 1995 einem Zugewinn von etwa 15.000 Soldaten. (...)

Freiwilligenstatus für Frauen

518. (...) Die rechtlichen Gegebenheiten setzen der möglichen Zahl weiblicher Soldaten Grenzen. Sie wird auch dadurch bestimmt, daß für weibliche Soldaten im Rahmen der Personalstruktur aller Berufs- und Zeitsoldaten vergleichbare Laufbahnchancen geschaffen werden müßten. Freiwillige weibliche Soldaten könnten im Sanitäts- und Fernmeldedienst, im Stabsdienst bei Ämtern und Kommandobehörden sowie in der Logistik, auch im Transportwesen und bei der Instandsetzung, eingesetzt werden. Die Kommission schlägt eine weitere, eingehende Untersuchung vor.

Waffenloser Dienst von Kriegsdienstverweigerern

519. Die Kommission ist der Auffassung, daß man einen waffenlosen Dienst von Kriegsdienstverweigerern in der Bundeswehr nicht vorsehen sollte. Stattdessen sollten andere Möglichkeiten — wie zum Beispiel ihre verstärkte Anwerbung für den Katastrophen- und Zivilschutz, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr und dergleichen — erwogen werden, um auf diesem Weg den bundeswehrexternen Bedarf zugunsten der Streitkräfte zu senken. (...)

Dienst von Ausländern

521. Ein erhebliches Reservoir an wehrdienstfähigen jungen Männern ist unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern zu finden.

Wenn sie sich einbürgern lassen, unterliegen sie als Deutsche der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch der Wehrerfassung. Die bisherigen Erkenntnisse und Prognosen des Bundesministers des Inneren deuten jedoch darauf hin, daß die Einbürgerungswilligkeit keinen Umfang annehmen wird, der für die Lösung der personellen Bedarfsdeckungsprobleme von gewichtiger Bedeutung sein wird.

Daher müßte noch untersucht werden, ob die ständig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und nicht einbürgerungswilligen Ausländer Dienst in der Bundeswehr leisten könnten.

Mit Robe und Schaftstiefeln

Der Aufbau von Kriegsgerichten ist in vollem Gang

Mit Robe und Schaftstiefeln

Der Aufbau von Kriegsgerichten ist in vollem Gang

Antimil-Kommission,
KB Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Die neue Generation der fürchterlichen Juristen wird in der BRD bereits herangezogen, bevor die alte abgetreten ist. Harte Richter, die anhand eines umfassenden Strafkatalogs schnell und gnadenlos zuschlagen können, sind im Kriegsfall für die Aufrechterhaltung von Disziplin und Ruhe unverzichtbar — nicht zuletzt, damit auch „alle hingehen". Die Militarisierung anderer Zivilbereiche wie des Gesundheitswesens bietet den zeitgemäßen Rahmen für den Aufbau von Kriegsgerichten.

„Im Krieg wurden insgesamt rund 16.000 Todesurteile verhängt, von denen mehr als 10.000 vollstreckt wurden ... 16.000 Todesurteile gegen deutsche Soldaten und Offiziere in diesen 2072 Tagen (Dauer des 2. WK, d. Verf.), das sind fast acht Todesurteile pro Tag.

10.000 vollstreckte Todesurteile in diesen 2072 Tagen, das heißt, daß an jedem Tag, den der Krieg dauerte, die Militärgerichte der deutschen Wehrmacht 5 ‚eigene' Soldaten erschießen ließen". („die tat", 15.8.80)

Dieses fürchterliche Wirken deutscher Juristen im zweiten Weltkrieg (unter ihnen bekanntlich auch der ehemalige Ministerpräsident Filbinger, CDU) war einer der Gründe, bei der Schaffung des Grundgesetzes 1949 zunächst auf die Wiedereinführung einer Militärgerichtsbarkeit zu verzichten. Nach Artikel 96 a können Wehrstrafgerichte nur im Kriege tätig werden, eine Einschränkung, die einigen weitsichtigen Politikern aller Parteien schon länger ein Dorn im Auge zu sein scheint.

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden entsprechende Pläne, als im August 1980 ‚der' **Wehrpolitische Kongress der CSU** das Thema aufgriff. CSU-Sprecher Franz-Xaver Dick forderte, „*diese Gerichte müßten schon in Friedenszeiten installiert werden. Im Verteidigungsfall sei es nicht mehr möglich, solche Sonderinstanzen für Straftaten wie Fahnenflucht oder unerlaubte Entfernung von der Truppe aus dem Boden zu stampfen, zumal die gesetzliche Grundlage dazu trotz 24jähriger Wartezeit immer noch nicht geschaffen sei.*"(„Frankfurter Rundschau", 8.7.80)

Bekannt wurde, daß ein Entwurf hierzu schon länger vorliegt: „*Die Konzeption des Entwurfs stimme seit 1962 — damals waren W. Stammberger (FDP) Justiz- und Franz-Josef Strauß (CSU) Verteidigungsminister — bis heute in allen Kernpunkten überein.*" (FR, 8.7.80) Bereits 1969 hatten sich die sozialliberalen Verteidigungs- und Justizministerien über ein gemeinsames Konzept verständigt, dessen Verabschiedung allerdings erst für 1988 geplant war (nach „Spiegel", 7.7.80).

Erneut aufgebracht wurde der Vorschlag im April 1981 vom **Niedersächsischen Justizminister Schwindt**, seines Zeichens Major der Reserve und ehem. Vorsitzender des Bundesverbandes der Reservistengruppen an den Hochschulen, der das Problem gleich viel gründlicher anging: Die Wehrstrafgerichte sollten bereits in Friedenszeiten für Strafangelegenheiten innerhalb der Bundeswehr zuständig sein: „*Die gegenwärtige Rechtslage, wonach die ordentlichen Gerichte über Verstöße von Soldaten gegen das Wehrstrafgesetz urteilen, führt nach Schwindt's Ansicht 'oft zu wenig befriedigenden Ergebnissen'. Die Richter, von denen mancher nicht selbst Soldat gewesen sei, hätten keine ausreichenden Kenntnisse vom 'Innenleben' der Bundeswehr*" (FR, 10.4.81). Als Fachmann auf diesem Sektor — seine Dissertationsarbeit verfaßte er zum Thema „Wehrstrafgerichtsbarkeit" — schlug er gleich eine Verfassungsänderung vor: Aufhebung des Art. 96 a. Sei dies nicht opportun, so bleibe seines Erachtens immer noch die Möglichkeit, Kammern, Senate und besondere Abteilungen für Wehrstrafsachen bei den ordentlichen Gerichten einzurichten.

Im Februar 1982 verkündete der Sprecher des Justizministeriums de With, der Referentenentwurf für ein Gesetz über die Wehrgerichte sei fast fertiggestellt (FR, 4.11.82).

Im Bundeswehr-Depot ist die Gerichtsbarkeit eingelagert

Die Vorbereitungen sind inzwischen aber schon lange über das herumdoktern an Gesetzentwürfen hinaus in ein sehr praktisches Stadium getreten: Im Januar 1982 enthüllte der „Stern", daß das Justizministerium **die ersten 68 Dienstroben für die voraussichtlich rund 800 zukünftigen Kriegsrichter beschafft hatte, natürlich alle versehen mit der unvermeidlichen Waage am Revers. Die Prachtstücke wurden erst einmal in einem Bundeswehr-Depot eingemottet. Kommentar eines Sprechers des Justizministeriums:** „*Richter in Uniform würden zu sehr an die Militärjustiz des Dritten Reiches erinnern*" („Stern", 21.1.82).

Nach Aussage der Juristen-Fachgruppe der ÖTV in Hannover werden „*schon seit geraumer Zeit (...) von Aktentaschen, Diktiergeräten, Schreibmaschinen bis zu den künftigen Kriegsrichter-Amtsroben alles, was ein Kriegsgericht brauche, in Wehrdepots eingelagert.*" (NWZ, 28.8.82)

Damit nicht genug: Wie der Verband niedersächsischer Strafverteidiger feststellte, waren alleine im Gesamthaushaltsplan für 1982 12.000 DM für Robenkäufe eingeplant. Und dies nicht erst seit '82: „*Jahr für Jahr seit 1972 (in Pauschaltiteln versteckt schon seit ca. 1962) sind Mittel für den Aufbau einer Wehrstrafgerichtsbarkeit ausgewiesen (insbes. Titel 427 01 und 511 01). Der erste Robenankauf - ohne Wissen des Parlaments - muß übrigens schon viele Jahre zurückliegen. Denn die Beschaffungsmaßnahme von 1981 diente nur dem Ersatz von ‚unbrauchbar gewordenen Roben'. Auch die Ausstattung für Richterbüros ist längst vorhanden, mit Lehrbüchern, Kommentaren (30 Buchtitel je Wehrgericht, 52 je Oberwehrgericht), Aktentaschen, Stahlkassetten, Diktiergeräten, Schreibmaschinen, Fotokopiergeräten (allein eine Viertelmillion für unbenutzt in einem Bundeswehrdepot herumstehende Fotokopiergeräte) und Feldschreibtische - das alles samt Roben sorgfältig in Kisten eingelagert bei den Bundeswehrbehörden, denen die künftigen 39 Wehrstrafgerichte bzw. die entsprechenden Wehranwaltschaften sowie die übergeordneten acht Oberwehrgerichte angegliedert sind. Insgesamt belaufen sich die Haushaltsansätze für die Wehrstrafgerichtsbarkeit seit 1972 auf jährlich mehrere hunderttausend DM und sind von DM 345.000 im Jahre 1978 auf DM 478.000 im Jahre 1981 (1982: DM 452.000) angestiegen.*"

Mit fliegenden Roben ins Manöver

„Auch ohne sichere Rechtsgrundlage fanden jedoch ständig in Kasernen freiwillige Übungen mit Richtern und Staatsanwälten statt, die Wehrgerichtsverhandlungen simulierten," berichtete der Spiegel bereits 1980. Den Versuch Hans Apels, dies zu stoppen, konterte Parteifreund und Justizminister Vogel: Wenn Richter und Staatsanwälte nicht mehr üben dürften, werde ihre Einsatzbereitschaft herabgesetzt. (Spiegel 7.7.80) Selbstverständlich wurde dieses Gerücht auf die handelsübliche Art sogleich dementiert: „*Im Justizministerium weist man darauf hin, daß solche juristischen Planspiele nur in kleinem Rahmen stattfänden, vor allem bei Übungen wie 'Fallex' oder 'Wintex'. Ohne 'Tuchfühlung' zwischen Justiz und Militär könnten Erfahrungen für ein Gesetz zur Errichtung von Wehrstrafgerichten nicht gesammelt werden.*" (FR, 8.7.80) Dazu schreiben die niedersächsischen Strafverteidiger: „*Auch die künftigen Kriegsrichter gibt es schon: Für ihre Ausbildung sind im Haushaltsplan des BMJ (Justiz) seit 1970 (1962) Mittel u.a. für jährlich rund 12 'Informationstagungen' ausgewiesen, zum Beispiel für 1981 und 1982 Beiträge von je DM 285.000 (das entspricht dem gesamten Richterfortbildungsetat eines mittelgroßen Bundeslandes). Sodann: Wie kommt die Auswahl der Teilnehmer an den erwähnten Tagungen zustande? Dazu hat der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Dewith, nicht in Zweifel gezogen, daß die Teilnehmer eben dieser Tagungen die künftigen Kriegsrichter sein werden. (...) Das niedersächsische Justizministerium bestreitet das Vorliegen eines Mitbestimmungsfalles mit der Begründung: „Diese Informationstagungen für zukünftiges Personal der Wehrstrafgerichtsbarkeit sind keine allgemeinen Fortbildungsveranstaltungen, sondern gezielte Einweisungen des Personals in ein zukünftiges Spezialarbeitsgebiet.*" Solche Begriffsakrobatik bedarf keines Kommentars.

Die Frage der Beteiligung an solchen Fortbildungen/Einweisungen sei vermutlich gegenstandslos, „*weil bei regem Bewerbungsinteresse längst eine gezielte Auswahl stattgefunden hat, übrigens unter Bevorzugung von Kollegen im Reserveoffiziers-Status. Auch gibt es schon jetzt eine Warteliste.*"

Selbstverständlich ist weder die Einführung der Todesstrafe noch des Standrechtes vorgesehen, die Bundesregierung „orientiere sich dabei am Geist des Grundgesetzes". (FR, 4.2.82)

Antimil-Kommission/KB Göttingen

RWE finanziert französischen Atombombenbau

Der Abrüstungsvorschlag Andropows hat auch einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß sowohl Frankreich als auch England über eine stattliche Atommacht verfügen. Aus bundesdeutscher Sicht ist besonders interessant, daß Frankreich den Bedarf an Bombenplutonium für sein ehrgeiziges militärisches Atomprogramm in Zukunft durch „zivile" Atommeiler vom Typ Schneller Brüter decken will. An den Baukosten des „Super-Phènix" beteiligt sich auch das größte bundesdeutsche Energieversorgungsunternehmen RWE mit etwa 16 %. Im Oktober 82 veröffentlichte die französische Wissenschaftszeitschrift „Science & Vie" eine Untersuchung, die den überwiegend militärischen Charakter des „Super-Phenix" belegt. Dieser Artikel hat schon Wellen bis in den deutschen Bundestag geschlagen, so daß selbst bei manchen Bundestagsabgeordneten die Einsicht gereift ist, daß die Trennung zwischen militärischer und „ziviler" Nutzung der Atomenergie nur eine künstliche ist und daß „unser Land kein Atomwaffenstaat werden soll und darf" (SPD-MdB Catenhusen, laut „Spiegel" vom 22.11.82).

Die wesentlichen Aussagen des besagten Artikels sowie die bundesdeutsche Reaktion auf deren Veröffentlichung sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

Das französische Atomprogramm

Das geplante französische Atompotential (1) umfaßt mittlerweile fast 1000 atomare Sprengladungen. Es sind dies:
— 600 Sprengladungen für die M4-Raketen der strategischen Atomstreitkraft der Marine (6 U-Boote mit je 16 Raketen und 6 Sprengköpfe pro Rakete)
— 200 Sprengladungen für die zukünftige Rakete vom Typ Hadès
— etwa 150 Sprengladungen zur Erprobung und Weiterentwicklung von Kleinbomben und Neutronenbomben.

Die Zahl erhöht sich natürlich noch, wenn die Neutronenbombe in Serienproduktion ginge und die Landstreitkräfte sowie die Kampfflugzeuge der Luftwaffe damit ausgerüstet würden. Dazu wären dann etwa 2.000 Sprengladungen mit jeweils etwa 5 kg Plutonium — also insgesamt 10.000 kg — erforderlich (2). Da die entsprechenden Waffensysteme bis 1990 einsatzbereit sein sollen, ergibt sich natürlich die Frage, woher die riesigen Mengen an Plutonium genommen werden sollen.

Woher kommt das Plutonium?

Frankreich verfügt über eine Reihe von Reaktoren (3), die bombenfähiges Plutonium erzeugen können:
— den grafitmoderierten Reaktor in Marcoule (40 kg/Jahr)
— die grafitmoderierten Reaktoren Chinon 2 und 3, die mit speziellen Be- und Entladeeinrichtungen ausgestattet sind, die den bei der Erzeugung von militärisch nutzbarem Plutonium in raschem Rhythmus ablaufenden Zyklen angepaßt sind (60 kg/Jahr) (4)
— der Schnelle Brüter „Phènix" (115 kg/Jahr)
— sowie ein Lager mit höchstens 3.000 kg Plutonium (5).

Es bleibt etwa ein „Restbedarf" von 200 bis 250 kg Bombenplutonium pro Jahr. Diese „Lücke" wird von dem Superphènix mit einer Jahresproduktion von ca. 330 kg gedeckt. Ohne den schnellen Brüter wäre das französische Atomprramm gar nicht zu realisieren.

Die Militärs selbst haben auch nie einen Hehl aus der militärischen Verwendung des Brüter-Plutoniums gemacht: *„Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeden Typs und jeder Leistung herzustellen. Diese Waffen können, sobald die Schnellen Brüter das notwendige Plutonium im Überfluß liefern, mit relativ geringen Kosten in sehr großen Mengen hergestellt werden."* (Der Geschäftsführer des Kommissariats für Atomenergie, General Thiry, in: „Le Monde" vom 19.1.78, zitiert nach (1)).

Noch deutlicher wird der Geschäftsbericht des Kommissariats für Atomenergie aus dem Jahre 1973. Im Kapitel militärische Anwendungen ist da zu lesen: *„Angesichts eines festumrissenen Haushaltsplanes und streng begrenzter Bestände muß das CEA*
— die Zahl der hergestellten Waffen, sowohl strategische als auch taktische, kontinuierlich und in erheblichem Maße steigern.
— die Produktion militärischen Kernmaterials dem stark steigenden Bedarf anpassen, wobei die Fortschritte der zivilen Technik und ziviler Programme zu nutzen sind (die ihrerseits erheblich von militärischen Programmen profitiert haben), um die dabei anfallenden Ausgaben zu beschränken."

Im Klartext also: Die Stromverbraucher sollen die Brütertechnologie teuer bezahlen, um den französischen Militärs das notwendige Plutonium zu einem günstigen Preis zu Verfügung zu stellen. Über die Beteiligung an dem Brüterprojekt mit rund 1 Milliarde DM finanzieren bundesdeutsche Stromverbraucher einen Teil der französischen Atombomben.

So ist auch verständlich, warum das Plutonium aus den Schnellen Brütern für die Militärs 12 bis 25 mal billiger ist als Plutonium aus Druckwasserreaktoren (6).

„Zusammenfassend kann man den Schnellen Brüter als eine Art Doppelagent bezeichnen, der in ziviler Aufmachung und von zivilen Stellen bezahlt unter der Hand für die Militärs arbeitet und das zu einem Preis, der gegen alle Regeln des freien Wettbewerbs verstößt. (...) Phènix und Superhpènix sind also keine Schnellen Brüter, sondern Isotopenkonverter zu zivilen und militärischen Zwecken. Das muß ein für alle Mal klargestellt werden" (1). Und was den Schnellen Brütern in Frankreich recht ist, das ist dem bundesdeutschen schon lange billig.

Die bundesdeutsche Reaktion

Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Catenhusen kam ob dieser Fakten die Erleuchtung, daß *„beim Schnellbrüterprogramm (...) die Trennung zwischen militärischer und ziviler Nutzung nur künstlich ist."*

4 SPD-Abgeordnete starteten eine Anfrage im Bundestag. Heraus kam dabei, daß der Superphènix mit fast einer Tonne Plutonium aus westdeutschen Reaktoren, die in La Hague aufgearbeitet wurde, ausgestattet wird. Über die enge finanzielle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen RWE und EdF ist strengste Geheimhaltung vereinbart. *„350 Treffen zwischen Brüterexperten beider Nationen gab es seit 1976"* und 1.400 interne Dokumente wurden ausgetauscht („taz", 23.11.82). Daß es dabei wohl nicht nur um „zivile" Fragen ging, gab der CDU-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, indirekt zu. Auf die Frage, ob der BRD direkte oder indirekte Mitwirkung am Atombombenbau durch den Atomwaffensperrvertrag nicht untersagt sei, stellt er fest: *„Die Mitwirkung am Atomwaffenprogramm ist nach Art. II des Nichtverbreitungsvertrages der BRD nicht gestattet, wenn diese Mitwirkung eine Verfügungsgewalt über solche Waffen begründen würde"* („taz" 23.11.82).

Mit anderen Worten, die BRD darf sehr wohl an der Entwicklung und der Produktion von Atomwaffen mitwirken — und viele Indizien deuten ja auch darauf hin, daß dies fleißig geschieht — nur auf den berühmten roten Knopf sollen halt formal die anderen drücken dürfen. Fragt sich nur, wie lange noch?

Anmerkungen

1) Alle nicht näher benannten Zitate stammen aus dem Artikel „Einige (nicht unbedingt angenehme) Wahrheiten über die Schnellen Brüter" aus dem Oktober Heft von „Science & Vie"

2) Atombomben werden heute kaum noch aus Uran-235 hergestellt, da die kritische Masse des Urans bei etwa 20 kg gegenüber 5 kg des Plutoniums liegt. Kompakte Waffen sind heute gefragt, um die Raketen noch „effektiver" zu machen und mit Mehrfachsprengköpfen ausrüsten zu können. Dafür eignet sich das leichte Plutonium besser als das schwere Uran.

3) Da Plutonium nicht natürlich vorkommt, muß es in Reaktoren aus Uran-238 hergestellt werden (durchEinfang von Neutronen). Für den Atombombenbau besonders geeignet ist das Plutonium 239. Für militärische Zwecke ungeeignet sich Plutonium 240 und 242. Sie entstehen aber auch, wenn das Uran lange und stark bestrahlt wird. Dies ist in „zivilen" Reaktoren der Fall, die ja vornehmlich Strom erzeugen sollen. Will man z.B. aus Druckwasserreaktoren gut geeignetes Bombenplutonium erzeugen, so muß man den Reaktor in kurzen Abständen abschalten und die Brennelemente herausnehmen und aufarbeiten.

Man kann also mit Druckwasserreaktoren entweder „optimal" Strom erzeugen oder aber „optimal" Bombenplutonium. Beides kann man nicht gleichzeitig optimieren.

4) Da die Brennelemente der grafitmoderierten Reaktoren noch aufgearbeitet werden müssen, ist die Kapazität der für diese Art von Brennelementen zur Verfügung stehenden Wiederaufarbeitungsanlage der limitierende Faktor.

5) Die Berechnung dieses Vorrates ist unsicher, da nicht klar ist, ob das gelagerte Plutonium überhaupt zur Waffenproduktion geeignet ist.

6) Die Autoren führen einen ausführlichen Preisvergleich zwischen aus Brütern und aus Druckwasserreaktoren erzeugtem Plutonium durch und kommen zu dem Ergebnis, daß selbst für militärische Zwecke Druckwasserreaktoren die „billigste" Lösung wären. Dieser Weg ist jedoch heute aus technischen Gründen nicht mehr gangbar, da die entsprechenden Anreicherungsanlagen nicht mit einer ausreichenden Kapazität vorhanden sind. Als Ende der 60er Jahre die Weichen über den einzuschlagenden Weg gestellt wurden, wäre dieser Weg durchaus auch gangbar gewesen. Das hätte aber bedeutet, die Nutzung der betreffenden Reaktoren und der Wiederaufarbeitungsanlage allein den Militärs zu unterstellen, was der Militäretat nicht verkraftet hätte. Billiger ist es da schon, auch noch die Geldbörse der Stomkunden anzuzapfen.

»Gelber Regen« dritter Akt

Neue Beweise für den sowjetischen Einsatz biologischer Waffen?

Auch im dritten Anlauf kann die US-Regierung keine schlüssigen Beweise vorlegen für ihre seit drei Jahren massiv verbreitete Behauptung, die Sowjetunion setze in Afghanistan und in Südostasien biologische Kampfstoffe ein. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen konnte in zweijähriger Untersuchungsarbeit nicht feststellen, ob die gefundenen Giftstoffe künstlicher oder natürlicher Herkunft sind.

Bereits in ihrem ersten Bericht „Yellow Rain" im November 1981 hatte die Untersuchungskommission keine stichhaltigen Beweise für den B-Waffen-Einsatz nennen können. Selbst in thailändischen Flüchtlingslagern, wo sich laut US-Propaganda immer „Augenzeugen" sowjetisch-vietnamesischer Greueltaten aufzuhalten pflegten, konnte die Expertengruppe kein einziges Opfer auftreiben. Dabei sollte es angeblich zehntausende von Toten gegeben haben durch das Versprühen von Pilzgiften (Myko-Toxinen). Diese Pilzgifte füllten als „Gelber Regen aus sowjetischen Flugzeugen" immer wieder die Spalten der Weltpresse, doch sie haben einen Haken: Diese Gifte werden auf **natürliche** Weise von bestimmten Pilzarten ausgeschieden und können beim Menschen Hautekzeme und Erbrechen hervorrufen.

Ob diese Gifte als Kampfstoffe überhaupt geeignet sind, ist selbst unter Militär-Experten umstritten; tödlich sind sie nur in sehr hohen Dosen, etwa als Injektion. (1) Amerikanische Wissenschaftler bezeichneten die unbelegte Behauptung der US-Regierung, daß die Pilzgifte militärischer Herkunft seien, als *„wissenschaftlich ungeheuerlich"*. (2)

Aufgrund der Dürftigkeit des 1. Berichts verlängerten die Vereinten Nationen das Mandat der Expertenkommission für weitere Untersuchungen. Der US-Regierung dauerte diese Prozedur zu lange: Kurz nachdem Regan im Februar 1982 die Wiederaufnahme der Giftgas-Produktion angekündigt hatte, legte die Regierung der UNO selber einen Bericht zur propagandistischen Untermauerung der Aufrüstung vor, gespickt mit „tausenden" anonymen Flüchtlingsberichten und einigen verrosteten Kanistern sowjetischer Bauart ...

Der vergleichsweise seriöse Bericht der UN-Kommission kommt nun in seiner neuesten Fassung zu dem gleichen Schluß, den kritische Wissenschaftler schon zu Beginn der Kampagne „Gelber Regen" gezogen hatten: *„Die von den ‚angeblichen Opfern' genannten Symptome deuteten darauf hin, daß diese durch hochgiftige Mycotoxine (Pilzgifte) hervorgerufen worden seien. Es habe jedoch nicht bewiesen werden können, daß diese Wirkungen von einem Angriff mit chemischen Waffen stammten ..."* (3)

Dessen ungeachtet jubelte US-Außenminister Shultz vor Kongress und UNO über *„schlüssige Beweise"* und führte eine sowjetische Gasmaske mit angeblichen Giftspuren vor, die man im September 1981 (!) einem toten Soldaten in Kabul abgenommen hätte. Auf die Frage, wie man derartige Beweise erhalten habe, hüllten sich die Vertreter der US-Nachrichtenabteilung in Schweigen. (4) Aber: *„Washington hofft, daß der neue amerikanische Bericht seinen Zweck erfüllt"*, und die FAZ hofft mit.

ch., Hamburg

Anmerkungen:

(1) FAZ v. 30.9.81
Zur US-Propaganda und zur chemischen Aufrüstung siehe ausführlich in AK 225, S. 11
(2) Spiegel v. 11.1.82
(3) nach FR v. 8.12.82
(4) FAZ v. 1.12.82

Eine Überlegung, eine gewagte These und eine Frage zur Atomkriegsstrategie in Europa

Mit seinem jüngsten Vorschlag, die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen seines Landes auf die Zahl von 162 zu beschränken, hat der Vorsitzende der KPdSU, Andropov, die Diskussion um die Rolle der französischen und britischen Mittelstreckenraketen neu belebt. Die von der SU vorgeschlagene Selbstbeschränkung auf 162 Trägersysteme entspricht dem derzeitigen Stand der französischen (5 U-Boote mit je 16 Raketen und 18 landgestützten Raketen in der Provence) und der britischen (4 U-Boote mit je 16 Raketen) eurostrategischen Nuklearrüstung. Die „forward-based-systems" der USA, bestehend aus diversen atomwaffentragenden Flugzeugen und 4 bis 5 dem Nato-Oberbefehlshaber unterstellten amerikanischen Polaris-U-Booten werden von der SU nicht mehr in Rechnung gstellt!

Schon im Dezember des Jahres 1982 vertrat der General a. D. Bastian auf einer Veranstaltung der SPD-nahen BIFIAS (Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit) die These, daß ein überaus enger Zusammenhang zwischen der Nuklearrüstung Frankreichs, Großbritanniens und der SU bestünde. Anläßlich der Vermutungen um die Verlegung des EUCOM (die Bestätigung über die Verlegung war zum Zeitpunkt der Veranstaltung noch nicht bekannt; vergl. hierzu den letzten AK) bezeichnete es Bastian als logisch, das EUCOM aus der direkten Schußlinie eines möglichen europäischen Krieges hinauszuverlegen. Doch das eigentlich entscheidene ist, daß sowohl Großbritannien als auch Frankreich ein erhebliches nukleares Drohpotential gegen die Sowjetunion besitzen. Diese Waffen unterstehen nicht der NATO, sondern sie sind dem Kommando der jeweiligen britischen bzw. französischen Regierung unterstellt. Bricht nun in Europa ein Krieg aus, in dem Atomwaffen eingesetzt werden oder in dem mit ihrem Einsatz gedroht wird, so bedeutet das in dem Kalkül der jeweiligen Entscheidungsträger keineswegs, jetzt mit dem Untergang des Abendlandes oder gar der Welt zu drohen. Vielmehr wird jede Seite, auch die SU, ihren derzeit immer wiederkehrenden Ankündigungen sofortiger massiver nuklearer Vergeltung zum Trotz, bemüht sein, den Kampf mit möglichst wenig Schaden für das eigene Territorium zu überstehen und möglichst viel gegnerisches Potential durch bloße Drohung auszuschalten. Dieser Logik folgend werden, so Bastian, die SU einerseits und Großbritannien mit Frankreich andererseits gezwungenermaßen „unter der Hand" ein Agreement treffen, daß keines der genannten Territorien vom jeweiligen Gegner mit Atomwaffen beschossen wird.

Zwei Wochen nach diesem Gedanken von Bastian macht nun die SU den o. g. Abrüstungsvorschlag, der auf quantitativer Ebene Bastians These bestätigt! Doch augenscheinlich hat die SU die Rechnung ohne den Wirt gemacht (oder geht auch sie davon aus, daß die NATO-Reaketen s o w i e s o stationiert werden?). Denn Frankreich und Großbritannien werden ihr nukleares Potential erheblich steigern: Frankreich wird die Zahl seiner U-Boote von derzeit 6 bis spätestens 1994 auf 7 (je 16 Raketen) erhöhen; die neuen Raketen dieser Boote werden statt einem Sprengkopf 6 Sprengköpfe tragen. Außerdem sollen die Atombomber vom Typ Mirage IV durch neue Raketen ersetzt werden. Großbritannien hält nach wie vor an dem Plan fest, seine 4 Polaris-U-Boote (je 16 Raketen à 3 MRV-Sprengköpfe) mit den amerikanischen Trident C-4 Raketen (je 8 Sprengköpfe) auszurüsten. In Planung sind ferner 4 U-Boote (16 Raketen) für die modernere Trident D-5 Rakete (je 14 Sprengköpfe — Reichweite 14.000 km), die zusätzlich beschafft werden sollen.

Jetzt noch eine gewagte These hinterher: Ohne konkrete Belege für Bastians These, die ohnehin nicht zugänglich sein dürften, knüpfe ich daran an. Teile der nahezu ausschließlich antinuklear ausgerichteten englischen Friedensbewegung scheinen mir lediglich eine Umkehrung der atomaren Logik anzustreben. Durch vollständige Abwesenheit nuklearer Waffen (einschließlich der amerikanischen) soll ebenfalls eine Zusicherung der SU, nämlich auf einen nuklearen Schlag gegen Großbritannien zu verzichten, erreicht werden. Entsprechende Angebote hat die SU ja durchaus an westeuropäische Länder gerichtet. Eine konsequente antiimperialistische Haltung geht der englischen Friedensbewegung ab, wie wir es ja an den jämmerlichen Protesten gegen den Falklandfeldzug der Thatcher-Regierung gesehen haben.

Zu den geplanten Cruise Missile- und Pershing II-Stationierungen in der BRD bleibt mir noch eine Frage an die örtlichen Aktivisten. Bei den 96 in der BRD zu stationierenden CMs (ich gehe mal von den offiziellen Zahlen aus) scheinen mir die in Umlauf gesetzten Informationen über die Stationierungsstandorte darauf hinzuweisen, daß „mehr als nötig" gebaut wird. Die 96 CMs werden in 4er Packs auf 24 Sattelschlepper verteilt. An infrastrukturellen Maßnahmen wären folgende nötig: Unterstellplätze für die Startgeräte (Sattelschlepper), Wartungseinrichtungen für Fahrzeuge und die CMs (jeweils Mechanik und Elektronik), Lager (Ersatzteile, Kreislaufreserve), Kommunikations- und Kommandoeinrichtungen, vermessene Abschußstandorte, befestigte Straßen und Wohnmöglichkeiten für das Personal. Bei so wenigen Startgeräten kann das insgesamt gar nicht so viel sein. Wir sollten da ein genaues Auge drauf haben!

Be., Westberlin, 4.1.83

Berichtigung: Knochenvermesser nicht in Bochum — im Taunus

Die rassistische Veranstaltung des „Freien Deutschen Autorenverbandes" vom 23.7.82 - u.a. mit Stargast H.J. Eysenck - fand nicht, wie in AK 228 (S. 15) irrtümlich gemeldet, in B o c h u m, sondern tatsächlich in K r o n b e r g/Taunus statt. Pardon, was den Fehler angeht; der Rest stimmt. Zu ergänzen ist, weil ja vielleicht nicht ganz uninteressant, daß der Ort des Geschehens das Evangelische Gemeindezentrum war.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

CDU-Bildungspolitik

Fleiß, Ordnung und leere Kassen

Die CDU meint von der Jugend heute, sie wäre verwöhnt, politisch uninteressiert, sehe Leistungsfixierung als gerecht an und wäre mit dem politischen und sozio-ökonomischen System der BRD zufrieden. Alle Unzufriedenheit der Jugendlichen erscheinen in diesem Bild im Grunde als natürliche Pubertätsstörungen. Für die CDU gibt es allein Jugendproteste einer linken Minderheit, gegen die es die Mehrheit staatstreuer Jugendlicher zu mobilisieren gelte. Diese zusammengebastelte Einschätzung der CDU und die damit verbundene Legitimation ihrer Jugendpolitik wurden in AK 227 ausführlich aufgezeigt. Wir wollen im folgenden darauf eingehen, wie die CDU versucht, in Richtung dieser Einschätzung schrittweise ihre Vorstellungen und Interessen durchzusetzen, was sie praktisch schon dazu unternommen hat und noch vorhat.

Die CDU macht sich daran, die Landschaft des bestehenden Bildungssystems zu verändern. Dazu gehört für sie vor allem die straffere Handhabung der Erziehung. Meyer-Vorfelder, baden-württembergischer Kultusminister (CDU): Eine ,,Tendenzwende'' sei zu schaffen, indem mach sich ,,auf die Werte der Erziehung besinnen'' oder eine ,,Rückbesinnung'' auf diese Werte wieder einleiten solle. *,,In dieser Landesverfassung steht, wie die Jugend zu erziehen ist: In der Ehrfurcht vor Gott, im Geist christlicher Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen, zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, in sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlich-demokratischer Gesinnung''* (FR, *Heimat, in sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlich-demokratischer Gesinnung''* (FR, 2.9.81).

,,...dort, wo früher einmal die Hand ausrutschte, das war auch nicht angenehm, aber das war nach einer Stunde vergessen. Jetzt wird das penibel nachgetragen, aktenkundig gemacht'' (Helmut Kohl, Juni 1982).

Wer nicht so ,,penibel'' sein und diese Werte vermitteln soll, verrät die CDU in ihrem Hamburger Parteiprogramm von 1982: Lehrer sollen die jungen Menschen so erziehen, daß die *,,den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten.''*

Also müssen die Lehrer selbst von Demokratie und Freiheit in diesem Staat überzeugt sein. Was schon Willy Brandt seinerzeit dazu in die Wege geleitet hatte, gerät nun zur vollen Blüte. Nur ein paar aktuelle Beispiele: Nicht etwa eine Musiklehrerin in Salzhemmendorf (Niedersachsen), die ihren Schülern nationalsozialistische Idole nahezubringen versuchte, das (volle) Deutschlandlied mit ihnen sang und sie die Hand zum Hitlergruß heben ließ, bekam ein Disziplinarverfahren, sondern zwei Grüne, die ein Flugblatt über diese Unterrichtsmethoden verteilten (FR, 1.9.1982). Staatssekretär Klaus Schaede aus dem niedersächsischen Kultusministerium meinte dazu, Berichte über rechtsradikale Tendenzen an einer Schule in Salzhemmendorf könnten nicht bestätigt werden (FR, 27.11.82).

Doch wir wissen von noch anderen Fällen aus Niedersachsen. Das Verwaltungsgericht Braunschweig und der niedersächsische Kultusminister Oschatz (CDU) können sich noch immer nicht einig werden, ob ein Lehrer in Hannover durch nationalsozialistische Propaganda an der Schule die Verfassungstreue verletzt hat oder nicht (FAZ, 10.11.82).

Viel schneller dagegen bekamen 160 Lehrer die Androhung von Disziplinarmaßnahmen, als sie aufgrund einer Unterrichtsempfehlung der Kultusminister von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über ,,Friedenssicherung und Bundeswehr'' in einer Zeitungsanzeige bekanntgaben, daß sie sich psychologischen Kriegsvorbereitungen an Schulen widersetzen würden.

Meyer Vorfelder meinte, die Lehrer hätten ihre ,,Dienstpflicht als Beamte verletzt'', da sie den Eindruck erweckt hätten, daß sich staatliche Instanzen der Bundesrepublik an psychologischen Kriegsvorbereitungen beteiligten (FR, 29.10.82).

Denn Meyer-Vorfelder weiß ganz genau, was er von Lehrern verlangt: Sie sollen wieder ,,Vorbilder'' werden und im Dienst nicht so auftreten, *,,als ob sie gerade aus dem Busch kommen, mit ausgefransten Jeans und Turnschuhen''*. Es sei albern, Schülern das ,,DU'' anzubieten, und eine seltsame Vorstellung zu glauben, mit solchen Mitteln das natürliche (!) Spannungsverhältnis zwischen Lehrern und Schülern auflösen zu können. Im Deutschunterricht sei die Lektüre von ,,Schiller, Goethe und Uhland'' vorzuziehen. Überhaupt sollten an Schulen wieder Ideale wie Fleiß, Ordnung und Disziplin zu ihrem Recht kommen. Entsprechend diesen Anforderungen sollen Lehrer ausgebildet werden (FR, 30.8.82).

Der niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz (CDU) setzt sich für die Kürzung der Lehrergehälter bei gleichzeitiger Senkung der Pflichtstundenzahl ein. Angeblich sollen mehr Lehrerplanstellen geschaffen werden. Die GEW mißtraut diesen Versprechungen, denn die freigewordenen Gelder bei der Umstellung früher vollzeitbeschäftigter Lehrer auf Teilzeitbeschäftigung wurden nicht in vollem Umfang für neue Stellen verwendet, sondern für die Sanierung des Haushalts (FR, 27.9.82). Die GEW schätzte im Oktober, daß die Zahl arbeitsloser Lehrer von derzeit 30.000 in fünf Jahren auf mehr als 150.000 steigen wird (FR, 11.10.82). Oschatz hat den nächsten Einstellungstermin (1. Feb. 1983) in Niedersachsen für Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen ,,ersatzlos'' gestrichen. Nur noch Gymnasiallehrer sollen neu eingestellt werden. Diese Maßnahmen begründet er mit sinkenden Schülerzahlen (FAZ, 4.10.82). In Frankfurt aber fallen z.B. 20 % des Unterrichts wegen Lehrermangels aus. Mit der Argumentation der ,,geburtenschwachen Jahrgänge'' und dem daraus abgeleiteten Einstellungsstopp wird die zu geringe Anzahl von Lehrern ge- Mit der Argumentation der ,,geburtenschwachen Jahrgänge'' und dem daraus abgeleiteten Einstellungsstopp wird die zu geringe Anzahl von Lehrern geleugnet und der Unterrichtsausfall beibehalten. Ein Trend zu größeren Klassen ist zu verzeichnen, da die Klassen einfach zusammengelegt werden. Sind mehr Schüler/innen in einer Klasse, kann der/die Lehrer/in weniger auf den einzelnen Schüler eingehen.

Betroffen sind gerade diejenigen, die sowieso schlecht mitkommen. Doch genauso wie ihren Kollegen geht es auch Dorothee Wilms (Bundesbildungsministerin, CDU) bei ihren politischen Bemühungen darum, *,,ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und auch an personaler Entfaltung des einzelnen jungen Menschen zu erreichen''*. Jedoch: *,,Die öffentlichen Kassen sind leer...''*. Und so sollen Jugendliche akzeptieren, daß sie zukünftig vielleicht auf Bildung verzichten müssen. Denn im Aug. 1983 wird das BAFöG nach einer halbjährigen Übergangsregelung für sogenannte ,,Härtefälle'' (Nettoeinkommen der Familie bis 1.100 DM, bei alleinstehendem Elternteil bis 750 DM), in der 70 % weniger Schüler als heute BAFöG erhalten werden, völlig gestrichen. Finanzielle Einschnitte gibt es ebenso bei Arbeitsmaterialien. Für die Schüler der zweiten, dritten und vierten Klasse sollen in Niedersachsen künftig die Eltern die Schulbücher aufgrund einer Änderung des Lernmittelhilfe-Gesetzes selbst bezahlen (FR, 14.10.82).

Um den Jugendlichen diese Maßnahmen als ,,soziale Gerechtigkeit'' und ,,personale Entfaltung'' verkaufen zu können, braucht die CDU gehorsame, disziplinierte, staatstreue und vaterlandsliebende Untertanen. Jugendliche sollten sich mit der nachkommenden Generation ,,solidarisieren'', wie Dorothee Wilms sagt, denn wenn jetzt das Geld nicht eingezogen werde, dann müßten die nach uns Kommenden einen noch größeren Schuldenberg abzahlen. *,,Ich meine, man muß es eben den junger Menschen heute auch zumuten, daß sie vielleicht selber ein Stück zurückstecken, damit die Zukunftsbelastungen für die, die nach ihnen kommen, nicht allzu groß sind. Sie sind schon groß genug — wir haben alle schon zu viel auf Kosten der Zukunft gelebt, und ich meine, wir müssen hier alle ein Stück zurückstecken. Auch junge Menschen''* (,,betrifft erziehung'', Nov. 82). Wo haben wir das bloß schon mal gehört? Wer hier ,,zurückstecken'' muß, ist klar. Es sind nicht diejenigen, die wirklich auf ,,Kosten der Zukunft'' leben, sondern diejenigen, auf deren Kosten gelebt wird. Die Zukunftsbelastungen mildern heißt für Dorothee Wilms, noch mehr auf Kosten dieser Menschen zu leben. Doch sie hat bei den BAFöG-Streichungen auch an eine erzieherische Wirkung gedacht. Diese — Umstellung auf Selbsthilfe — sei dabei wichtiger als mögliche finanzielle Einsparungen (FAZ, 9.11.82). Die ,,erzieherische Wirkung'' soll sich ergeben, wenn Schüler nicht mehr wie bisher mit Hilfe des BAFöGs eher von zu Hause ausziehen können, sondern in den meisten Fällen zu Hause wohnen bleiben müssen. Damit soll die ,,Stärkung der Familie'', was das erklärte Ziel der CDU ist, vorangetrieben werden, da — wie die Marburger Hochschul-Union der CDU sagt — das Schüler-BAFöG eine Prämie vor der elterlichen Gewalt darstellt.

Für die Schüler des zweiten Bildungsweges wird das BAFöG nur noch als Darlehen ausgezahlt und dies auch nur 11 Monate im Jahr (in dieser Zeit dürfen sie offiziell zusätzlich kein Geld verdienen), da ein Ferienmonat eingeführt wird. Auch das Studenten-BAFöG wird im Herbst 83 auf Darlehen umgestellt und die Fahrkostenrückerstattung gestrichen.

Da 305.000 Empfänger des Schüer-BAFöGs aus berufsbildenden Schulen sind, aus Gymnasien 170.000 und aus Abendgymnasien/Kolllegs 15.000 Schüler, haben die BAFöG-Streichungen nicht ,,nur'' zur Folge, daß viele Schüler die Oberstufe und die Hochschule nicht besuchen werden, sondern auch daß sie auf die Berufsausbildung verzichten müssen.

Um den Leistungsdruck zu steigern, sollen die Studenten von ihren 40.000 DM Schulden, die sie durchschnittlich nach der Aufnahme eines Darlehens haben werden, einen Teil erlassen bekommen, falls sie ihr Abschlußexamen 4 Monate vor der Beendigung der Förderungshöchstdauer machen und besondere Leistungen vorweisen können.

Alfred Dregger sagte 1981 im Hessen-Kurier: *,,Wir brauchen Eliteuniversitäten oder zumindest an den Massenuniversitäten Fachbereiche für Hochbegabte, Fachbereiche, die nicht durch eine falsch verstandene Demokratisierung, durch Politisierung und Bürokratisierung erstickt werden.''*

Außer der geplanten Ausweitung des Numerus Clausus soll ein Leistungsnachweis nach dem sechsten Semester eingeführt werden. Mit der Streichung von Geldern und höherer Leistungsanforderung will die CDU gegen sogenannte ,,Dauerbesetzer'' an den Universitäten angehen. Dabei tritt durch diese Maßnahmen genau das Gegenteil ein, die Studienzeit wird sich verlängern, da mehr Studenten arbeiten gehen müssen. Der Eingriff an den Hochschulen soll über die finanzielle Ebene hinausgehen. Die Spitze bildet die von der niedersächsischen CDU geäußerte Absicht, die Studentenparlamente und -ausschüsse abzuschaffen.

Besonders für ausländische Schüler und Studenten wird sich die Situation an Schulen und Hochschulen verschlechtern. Ausländische Studenten beispielsweise müssen nachweisen, daß sie sich in ihrem Herkunftsland um einen Studienplatz bemüht haben.

Auch an Schulen soll künftig die Zahl ausländischer Schüler ,,kontrolliert'' werden. Durch demagogische Hetze wie von der Berliner Schulsenatorin und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Hanna Renate Laurien, an deutschen Schulen solle die Umgangssprache Deutsch bleiben und nicht Türkisch werden, werden Schulgesetzänderungen legitimiert. Geplant ist in Westberlin die Begrenzung ausländischer Schüler pro Klasse auf 30 % bis maximal 50 % (FNP, 13.8.82). Die CDU kann es besonders heute nicht gebrauchen, daß ausländische und deutsche Jugendliche zusammenhalten. Werden aufgrund der Herausbildung eines Bildungsmonopols der Privilegierten, wie es die CDU betreibt, mehr Jugendliche versuchen, den Weg in berufsbildende Schulen einzuschlagen, so haben sie heute auch dort wenig Aussicht auf Erfolg. 80.000 Jugendliche sind ohne einen Ausbildungsplatz. 14 % mehr Jugendliche suchen einen solchen, 11 % weniger Ausbildungsstellen gibt es jedoch. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt:

1979 — 71.000	arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren
1980 — 72.800	
1981 — 111.600	
1982 — 149.200	

Dabei handelt es sich ,,nur'' um die offiziellen Statistiken. Während die CDU die Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche durch finanzielle Kürzungen verschlechtert, hält sie am dreigliedrigen Schulsystem und der Abschaffung von Gesamtschulen fest, was die Spaltung Jugendlicher vorantreibt.

Zwei Schülerinnen
KB/Gruppe Frankfurt

Bafög-Demonstration:

Endlich das breite Bündnis mit der SPD?

70.000 Studenten und Schüler protestierten am 4.12. in Bonn gegen die geplanten (und jetzt beschlossenen) Bafög-Kahlschläge der neuen Rechtskoalition. Es war damit die seit dem Antritt der sozialliberalen Koalition vor 13 Jahren größte Studenten- und Schüler-Demonstration. Diese massenhafte Beteiligung ist sicherlich zuallererst auf die Auswirkungen der Bafög-Novelle zurückzuführen, aber ebenso dürfte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, daß dies die erste zentrale Aktion seit dem Antritt der Rechtskoalition gewesen ist. Und nicht zuletzt dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß sich diesmal die SPD nicht in der Anklagerolle befand, sondern sich bei den Fordernden einreihte.

Neben Vertretern der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften), der KdSLV (Konferenz der Landesschülervertretungen) und der Basisgruppen in den VDS sprachen auf der Hauptkundgebung Gerd Weißkirchen (bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) und Klaus von Dohnany (SPD, Hamburger Bürgermeister).

Um den Auftritt der beiden letztgenannten hat es innerhalb der VDS heftige Kontroversen gegeben. Auf der Kundgebung wurden Weißkirchen und Dohnanyi von einem Teil der Demonstranten, wesentlich der Basisgruppen, heftig ausgepfiffen. Die anderen Verbände innerhalb der VDS (MSB(Studentenverband der DKP), SHB(Sozialistischer Studentenverband) und Jusos) beschuldigten die Basisgruppen daraufhin in altbekannter Manier, sie betrieben das Geschäft der Reaktion, weil sie genauso wie die CDU gegen ein Bündnis der Studentenschaftsvertretungen mit der SPD seien.

Nun hatten die Basisgruppen aber gar nicht kritisiert, daß dort auch SPD'ler reden sollten. Dies ist schon immer Praxis der VDS-Kundgebungen gewesen. Nur hatte es sich bis jetzt immer um Vertreter aus der SPD gehandelt, die in Opposition zu dem herrschenden Kurs der SPD standen, so z.B. Coppik, Hansen, Thüsing. Diesmal waren es Vertreter, die noch vor gar nicht so langer Zeit selbst verantwortlich für Kürzungen der Bafög-Sätze waren (zunächst war beim VDS sogar an einen Auftritt des ehemaligen Bildungsministers Engholm gedacht worden, der jedoch von der SPD durch Dohnanyi ersetzt wurde, wohl weil dieser diesen Auftritt ganz gut für den Wahlkampf gebrauchen konnte). So waren z.B. allein 1980 mit der 7. Novelle des Bafög insgesamt 1 Mrd DM eingespart worden. In einer Stellungnahme schrieben die Basisgruppen deshalb: *''Die opportunistische Haltung der VDS und ihre indirekte Wahlkampfhilfe gegenüber der SPD lehnen wir ab. Sicherlich geht die CDU härter und konsequenter bei den Streichungen und Repressionen vor als vorher die SPD. Dennoch hat die SPD, unter dem Druck der berühmten 'Sachzwänge' natürlich, nicht grundlegend eine andere Linie vertreten, wovon z.B. die von ihr verantworteten Einschnitte ins Bafög in den letzten Jahren zeugen. Neue Perspektiven mit der SPD oder mit Teilen der SPD können nur gewonnen werden, wenn die SPD sich selber auch bewegt. Wir müssen also die SPD kritisieren, statt uns - wie die VDS - aus taktischen Bündniserwägungen selber auf die SPD-Positionen zurückzuziehen und uns nur noch auf die Verteidigung des miserablen Ist-Zustandes zu beschränken.''*



Die Mehrheit der VDS (MSB, SHB, Jusos) heben dagegen hervor, daß durch den Auftritt dieser führenden Sozialdemokraten das Bündnis enorm verbreitert worden sei und damit die Erfolgsaussichten dieses Kampfes gestiegen seien. Dazu zunächst einige Stimmen aus diesem Lager. Der MSB schreibt in seiner Auswertung der Demo: *''Schon dies allein* (die Tatsache, daß führende Sozialdemokraten als Sprecher gewonnen werden konnten, Anm. AK) *ist für die Studenten- und Schülerbewegung eine bedeutsame Tatsache, die auch das gegeseitige Verständnis mit der arbeitenden Bevölkerung erleichtert und die Möglichkeiten, tatsächlich die Pläne der Reaktion zu verhindern, erhöht.''*(''rote blätter'', Extraausgabe). Der Hamburger AStA (MSB, SHB, Jusos) schreibt: *''Wir halten diese Demo für eine der wichtigsten Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung der letzten Jahre, besonders aber der Zeit nach dem Regierungswechsel. Sie hat sozusagen Weichen gestellt für die Studentenbewegung selber ... und darüberhinaus gestellt: die CDU ist erstmals seit dem Regierungsantritt richtig unter Druck geraten.* **Die Bafög-Demo hat nachgewiesen, daß es eine reale politische Mehrheit (nicht quantitativ) links von der CDU/FDP geben kann!** *... Wenn also Vogel, Brandt und Dohnanyi unsere*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Forderungen, z.B. nach Erhalt des Bafögs, übernehmen und sogar bereit sind, auf Demos aufzutreten, trägt das dazu bei, unsere Forderungen in der Bevölkerung populärer zu machen und ihnen so mehr Druck zu verleihen. Besonders in den Gewerkschaften.

Wir behaupten, daß ohne ein Engagement der SPD für uns das Bafög gar nicht zu verteidigen ist."(Flugblatt vom 5.12.) Und schließlich der SHB: **"Wir werden in diesem Land unsere Forderungen nicht gegen die Sozialdemokratie durchsetzen können.** *Darum muß es durch außerparlamentarische Aktivitäten unser Ziel sein, die Sozialdemokraten auf unsere Positionen zu zwingen - und zwar nicht durch verbalradikale Annäherung, sondern durch Beteiligung an unseren Aktivitäten, durch das unmißverständliche Dahinterstellen hinter unseren Forderungen.*"(Flugblatt des SHB-Hamburg, 5.12.)

Kernpunkt all dieser Ausführungen ist, daß ohne die SPD nichts läuft, daß somit alle bündnispolitischen Überlegungen auf die SPD konzentriert werden müßten und daß die außerparlamentarischen Aktivitäten ihren Sinn allein darin haben, die SPD zu ändern. Dies ist das uralte, bisher immer erfolglose Konzept von Jusos und DKP.

Die Behauptung, nur mit einem Engagement der SPD sei die Abschaffung des Bafög zu verhindern, widerspricht krass den Erfahrungen der vergangenen 10 Jahre. Voraussetzung dafür wäre, daß die SPD tatsächlich eine grundsätzliche Umkehr in ihrer Politik betreiben würde. Nun weiß aber jeder, daß sich die SPD-Regierungspolitik eng an den "Sachzwängen" orientiert, und wenn gespart werden muß, dann nicht bei den Ausgaben für den staatlichen Gewaltapparat sondern bei den Sozialleistungen. Ohne grundsätzliche Wende in der SPD-Politik ist von keiner SPD-Regierung zu erwarten, daß diese Richtung aufgehoben wird. Insofern ist zwar denkbar, daß ein Kanzler Vogel die jetzigen Beschlüsse zwar rückgängig macht, aber nur, um im nächsten Momet beispielsweise den Darlehensanteil (ein Teil des Bafög wird auch bisher schon als Darlehen gezahlt) zu erhöhen. Dies würde dann auch noch als Erfolg ausgegeben werden.

Die zweite Behauptung ist, es gäbe in dieser Frage ein Bündnis aller Kräfte links von CDU/FDP. Dies ist gelinde gesagt blanker Unsinn, grob gesagt eine Verdummung. Ein Bündnis würde voraussetzen, daß alle daran beteiligten Kräfte bewußt zusammenarbeiten und eine Zusammenarbeit wollen. Nun ist es zwar so, daß auch Klaus von Dohnanyi auf der Kundgebung von einem Bündnis sprach, *"das Bündnis derjenigen, die die sozialen Reformen in unserer Gesellschaft von den Kohl, Zimmermann und Genscher nicht brechen lassen wollen, dieses Bündnis ist das richtige Bündnis für unsere Gesellschaft und für dieses Bündnis werden wir gemeinsam kämpfen...*"(aus seiner Rede, zitiert nach "rote blätter"-Extra). Aber selbstverständlich ist die SPD kein Bündnis eingegangen. Sie hat lediglich das Angebot angenommen, auf einer Kundgebung zu Zehntausenden zu sprechen, ohne selbst einen Finger für die Mobilisierung gerührt zu haben und ohne auch nur im leisesten daran zu denken, etwa mit einem der Hauptträger, dem MSB, ernsthaft ein Bündnis einzugehen. Und für diesen Auftritt ist nicht einmal ein Preis verlangt worden.

So wie hier die SPD hofiert wird (ohne sie läuft nichts), braucht sie sich nicht einmal an die Spitze solcher Bewegungen zu drängeln, sondern sie wird dazu geradezu eingeladen. Der alte Traum von Jusos und DKP, ein Bündnis mit der SPD an der Spitze zu erreichen, wird damit neu aufgelegt. Dies erinnert fatal an die Erfahrungen von 1969, als die SPD, gerade aus dem Pakt mit der CDU (Große Koalition) ausgetreten, von großen Teilen der APO auf das Schild der führenden fortschrittlichen Kraft gehoben wurde. Daß dies auch diesmal wieder mit allen Mitteln durchgesetzt werden soll, zeigen die Erfahrungen dieser Demonstration: Den Basisgruppen wurde von der Mehrheit der VDS zur Bedingung für einen Redner auf der Kundgebung gemacht, daß sie 1. die Teilnahme der führenden Sozialdemokraten öffentlich befürworten müßten und 2. keinerlei Angriffe gegen diese starten dürften. Klar war denn auch, daß es für die VDS-Mehrheit dann nur noch ein Ärgernis war, als Dohnanyi von einem Teil der Demonstranten (sicherlich einer Minderheit) ausgepfiffen wurde. Diese hätten damit deutlich gemacht, *"daß sie keinerlei Verständnis für die neue politische Lage haben*"("rote blätter", Extraausgabe) Die neue Lage erfordert: **Augen zu, alles vergessen und wieder einmal auf die SPD setzen!**

Lernziel Verteidigungsbereitschaft

Eine ganz alltägliche Meldung in der ARD-Tagesschau: Unser Bundeskanzler hat Besuch vom kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau und dessen Sohn Justin (11) erhalten. Ganz familiär sitzt Onkel Birne mit Justin auf der Regierungscouch, den Arm um des Jungen Schulter gelegt, der — „ganz zum Vergnügen seines Vaters und Helmut Kohls — die „große Luftwaffenuniform" trägt. Unbeabsichtigtes Sinnbild für die „friedenspoltischen" Vorstellungen der Rechtskoalition, die kaum im Amte, sich vehement daran macht, schon an den Schulen die vielbeklagte Wehrunwilligkeit der Jugend zugunsten eines Ehrendienstes fürs Vaterland zurückzudrängen. Kriegsminister Wörner hat in seiner kurzen Amtszeit bereits mehrfach Initiativen in Richtung Schule gestartet, um die Vorstellungen der CDU/CSU zur Einführung der Wehrkunde durchzusetzen. Er werde „nicht nachlassen, die Kultusminister zu drängen", die Richtlinien nun endlich zu verabschieden.

Wer macht die besten Soldaten im ganzen Land

Noch unter Apel wurden in einer vertraulichen Studie Zensuren über die Zusammenarbeit der Kultusministerien mit der Bundeswehr verteilt . Diese Studie wurde für das „Zentrum der Inneren Führung, Bereich 3" in Koblenz angefertigt, eine der wichtigsten Ideologie- und Propaganda-Stellen der Bundeswehr im Zusammenhang mit Wehrkunde an den Schulen. Hier werden „Jugendoffiziere" ausgebildet. In einem zweiwöchigen Lehrgang finden Seminare, Tagungen, Fortbildungskurse für Pädagogen, Lehrer, Wissenschaftler, Erzieher in Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren statt. In der Geheimstudie werden die einzelnen Bundesländer auf die Kooperationswilligkeit und -fähigkeit der Kultusbehörden mit der Bundeswehr bewertet. In Hessen werden deutliche Schritte vorwärts vermerkt. Niedersachsens Lehrer seien ganz schön auf Zack, auch Schleswig-Holsteins Lehrer seien zunehmend an sicherheitspolitischer Unterrichtung interessiert. In Rheinland-Pfalz seien viele gute Ansätze in den Lehrplänen zu verzeichnen, das Kultusministerium sei immer gerne behilflich. Bayern machte sogar die Sicherheitspolitik zu einem Abiturthema im Leistungskurs Sozialkunde. Und im Saarland sollen Schüler *„vor der gezielten Beeinflussung von Kräften"* geschützt werden, die *„die Verteidigungswürdigkeit unseres freiheitlich-demokratischen Staates verneinen"*. Hamburg habe allerdings starke Vorbehalte *„gegenüber den sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundeswehr ... Besonders in der Oberstufe werde die Sicherheitspolitik ‚betont kontrovers' behandelt. Hilfreich seien da ‚ganztägige Info-Tage für Studienräte und Lehrer'"* (alles aus „Spiegel", 38/82).

> Siehe hierzu auch die Artikelserie „Wehrkundekonzeption im Bildungsbereich der Schule: Aufbau und Umsetzung", Teil 1 in ARBEITERKAMPF 221 und „Der Jugendoffizier — Reisender in Sachen Sicherheit — Auftrag, Ausbildung, Praxis", Teil 2 in ARBEITERKAMPF 222. Die Artikelserie gibt ausführliche Fakten über die Bedeutung der Wehrkunde-Konzeption an den Schulen, historische Entstehung des Amtes des Jugendoffiziers usw.

Wörners Pläne

Wörner kündigte noch vor Übernahme des Kriegsministeriums an, er werde *„unverzüglich nach Amtsantritt mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer und deren Kultusminister Kontakt aufnehmen ... um an unseren Schulen den Auftrag unserer Streitkräfte zu verdeutlichen und für die Friedenspolitik der Bundesregierung und unseres Staates um Verständnis werben"*.

Anläßlich seines Antrittsbesuches auf der Rüstungswerft Blohm & Voss in Hamburg verkündete Wörner: *„Überall wird es als selbstv erständlich angesehen, daß im Unterricht über Verteidigung aufgeklärt wird. Wir wollen weder Wehrkundeunterricht noch Wehrertüchtigung, wir brauchen kein künstliches Feindbild und keine Erziehung zum Haß"* Aber er könne es nicht *„hinnehmen, daß an den Schulen über die Fragen der Landesverteidigung nicht oder nur negativ gesprochen wird"* („Welt", 10.12.82). Nach dem Willen Wörners soll die *„Verteidigungsbereitschaft als wesentliches Lernziel"* von den Kultusministern in den Schulen definiert werden („Hamburger Abendblatt", 27.11.82).



aus: Hamburger Abendblatt v. 13.14.11.82

Eine Woche später beklagte Wörner „Mängel in Schulen" und lobte die Jugendoffiziere: Sie leisten *„ganz hervorragende Arbeit — und dies, obwohl sie an vielen Schulen angegriffen werden und sich häufig Vorurteilen und einer emotional manchmal überspannten Kritik gegenübersehen"*. An den Schulen gebe es einen *„erstaunlichen Mangel ... der notwendigen Information und Unterrichtung über die Grundlagen der Landesverteidigung und aktiven Friedenssicherung und außer den Jugendoffizieren nur eine Minderheit von Lehrern, die sich aktiv um die Information der Schüler kümmern"*. Das liege an den „immer noch fehlenden Richtlinien" der Kultusminister. Falls die Kultusministerkonferenz als ganzes nicht in der Lage sei, einheitliche Beschlüsse zu fassen, werde er den CDU-regierten Bundesländern empfehlen, „im Alleingang entsprechende Richtlinien zu erlassen."

... grundgesetzlich bedenklich?

In einer Presseerklärung — 3 Wochen vor der Bürgerschaftswahl — erklärte der Hamburger Schulsenator Grolle, daß die Vorschläge der CDU-regierten Länder und Wörners Empfehlungen an die Kultusministerkonferenz „in bedenklicher Form" gegen den im Grundgesetz festgelegten Erziehungsauftrag der Schule verstoßen. Die CDU konterte, bei Grolle müsse *„einseitige Erziehung ... befürchtet werden ... Wenn sich in Hamburg ganze Abiturjahrgänge vom Wehrdienst abmelden, läge ein Defizit in der Erziehung vor"* („Hamburger Abendblatt", 27.11.82). Gleichzeitig legte Grolle einen eigenen Vorschlag für die Kultusministerkonferenz vor. Diesem Entwurf schlossen sich die Kultusminister Nordrhein-Westfalens, Hessens und Bremens an.

„Nicht Sache der Schule"

„Die Schule", so Grolle, **„hat die Verpflichtung, sich mit den kritischen Fragen auseinanderzusetzen, die junge Menschen angesichts weltweit wachsender Rüstung und Kriegsgefahr stellen: Wie friedlich ist ein Friede, dessen Preis ständiger Krieg ist? Welche Sicherheit bietet eine Sicherheitspolitik, die darin besteht, Overkill-Potentiale zu steigern?"** (Presseerklärung vom 26.11.82). Diese Fragen könnten zwar nicht aus der Bindung mit dem Grundgesetz herausgelöst werden und diesem Auftrag habe auch die Schule zu dienen; aber die Entscheidung über den Dienst mit der Waffe sei an das Gewissen des Einzelnen gebunden, und **„es könne daher nicht Sache der Schule sein, für oder gegen die Bereitschaft zur Verteidigung mit der Waffe zu erziehen"**. Die Schule solle Argumente, Zusammenhänge und Informationen für die Diskussion liefern. Sie solle die Möglichkeit bieten, Zweifel, Ängste und Hoffnungen, die Menschen zum Krieg oder Frieden haben, aussprechen und austragen zu können. Grolle stellt den bisherigen Diskussionsverlauf in der Kultusministerkonferenz in Frage: *„Ist nicht Zweifel geboten, ob es wirklich zum pädagogisch begründbaren Erziehungsauftrag der Schule gehört, für Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit zu sorgen?"*

Daß die Bundeswehr „den Frieden" zu sichern habe, sei richtig, aber zugleich gebe es keine *„Armee, die nicht zugleich das Vernichtungspotential der Menschheit erhöht"*. Und: *„Ist es redlich, in einer Empfehlung zur Friedenserziehung zu verschweigen, daß es weltweit eine Friedensbewegung gibt, die die Grundlagen bisheriger Sicherheits- und Abschreckungspolitik in Frage stellt?"*

Man wolle es nicht *„zulassen, daß die Schule zum Lückenbüßer gemacht wird, wenn die Verteidigungspolitiker Argumentationsschwierigkeiten haben. Unser Entwurf beschränkt sich bewußt auf wenige, am Grundgesetz orientierte Aussagen. Jeder darüber hinausgehende Versuch überfordert nicht nur die Kultusministerkonferenz, sondern verkennt auch den Erziehungsauftrag der Schule"*.

In den Schul- und Lehrbüchern sei darauf zu dringen, daß der Aspekt „Friedenserziehung" angemessene Berücksichtigung findet. „Vorurteilsfrei" sollen sowohl Vertreter der Bundeswehr als auch der Zivildienstorganisationen für den Unterricht eingeladen werden.

Im Gegensatz zu den Vorstellungen der CDU hebt sich Grolles Vorschlag wohltuend ab, indem er dem Konzept: Schule als Ort zur „Wehrertüchtigung" der Jugend ausdrücklich widerspricht und sich zumindest verbal zur Kritikfähigkeit und Entscheidungsfreiheit der Schüler bekennt. In diesem Sinne dürfte er vielen linken und fortschrittlichen Pädagogen entgegenkommen. Die Frage allerdings dürfte sein, ob dieser Vorschlag überhaupt Chancen zur Verabschiedung in der Kultusministerkonferenz haben wird, was kaum zu erwarten ist.

Angemerkt werden sollte auch, daß dieser Vorschlag kurz vor der Hamburg-Wahl veröffentlicht wurde sicherlich nicht ohne Wahlkalkül. Und sicherlich ist dieses Konzept auch zugeschnitten auf die bundespolitische Diskussion innerhalb der SPD, der Rückgewinnung der Jugend, Eindringen in die Friedensbewegung usw.

Repressionen gegen Antimilitaristen an den Schulen

Die GEW beklagt zunehmende Angst vor Repressionen an den Schulen gegen Lehrer, die friedenspolitisch aktiv sind. Viele Lehrer meiden das Thema aus Furcht vor Konflikten mit Eltern und andersdenkenden Kollegen. Von manchen Schulleitern werde Friedenserziehung schlicht verboten. So der Leiter der Frankfurter Goethe-Schule, der einen zum 1. September geplanten Anti-Kriegstag untersagte. In der Stadt Haiger wurde die Vorführung eines Vietnam-Films vom Schuldezernenten verboten. Und die Kultusminister wagten kaum noch, Unterrichtsmaterialien zu diesem Thema ohne Mitwirken der Bundeswehr zu gestalten. Das baden-württembergische Kabinett hatte gar 203 Lehrerinnen und Lehrern wegen einer Erklärung zur Friedenserziehung den Vorwurf gemacht, die „Mäßigungspflicht" verletzt zu haben. Beamtenrechtliche Maßnahmen seien beschlossen worden.

Kinderkommission, KB/Hamburg



aus: „Über Friedenssicherung"

Dienen und Dienen — Deutschland Ost und Deutschland West. Wer ist hier der Feind?

Eine als „schulische Unterrichtseinheit" getarnte Broschüre mit dem Titel „Über Friedenssicherung" kam den Lehrern auf den Tisch geflattert: Bisher wurden über 500.000 Exemplare verteilt. Diese Broschüre, herausgegeben von der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugend e.V." — einer Einrichtung, die sich sonst um die Sicherheit im Straßenverkehr bemüht — wurde gemeinsam von Offizieren und Beamten aus den Kultusministerien zusammengestellt. Ziel dieser Broschüre ist es, „die Bewegung zum Pazifismus hin durch Information in Bahnen zu halten", so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bruno Prändl, der Ministerialrat im badenwürttembergischen Kultusministerium ist.

(nach „Spiegel", 38/82)



Interview mit den beiden Sprechern der Bürgerinitiative 5. März

»Das Kapitel KOMM-Prozeß ist für uns keineswegs abgeschlossen«

Noch kurz vor Weihnachten hat Richter Manger das Verfahren gegen 17 Betroffene der Nürnberger Massenverhaftung eingestellt. Betrachtet ihr diesen Ausgang wohl eines der spektakulärsten Verfahren der letzten Jahre als Erfolg?

Juristisch gesehen ist die Einstellung des Verfahrens sicherlich als Erfolg zu bewerten. Es ist das erste Mal in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte, daß ein Gericht im Nachhinein seinen eigenen Eröffnungsbeschluß revidiert hat. Politisch betrachtet liegt besonders in der Art und Weise, wie die Einstellun erfolgt ist, auch eine Gefahr. Deutlich wird das an den Verlautbarungen der CDU/CSU, in denen versucht wird, aus der juristischen Niederlage eine politische Offensive zu machen. Immer wieder wurde betont, daß das bestehende Demonstrationsrecht nicht ausreicht und deshalb verschärft werden müsse, z.B. durch die Festschreibung des § 125 auf den alten Stand. Da wird noch einiges auf uns zukommen.

Ist der Prozeß eigentlich wirklich wegen des obskuren V-Mannes eingestellt worden oder worin liegt eurer Meinung nach der Grund?

Also die V-Mann-Story war wohl mehr der für das Gericht günstigste Anlaß auszusteigen, weil es den Schwarzen Peter an das Innenministerium zurückgeben konnte. Wir meinen, daß die Einstellung für das Gericht die letzte Gelegenheit war, sozusagen den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Hätte es den Prozeß fortgesetzt, wäre das in einem totalen Fiasko für die gesamte Justiz geendet.

Die Beweislage war eigentlich von Anfang an so, daß eine Verurteilung gemäß der Anklage nicht möglich gewesen wäre.

Heißt das, daß von Anfang an klar war, daß der Prozeß eingestellt werden würde?

Das kann man so nicht sagen. Aber die Tatsache, daß zu keinem Zeitpunkt konkrete Beschuldigungen gegen einzelne Personen vorgelegen haben, wie der § 125 vorschreibt, machte eine wacklige juristische Konstruktion notwendig, um das p o l i t i s c h e Ziel der ganzen Aktion zu erreichen. Die CSU wollte ja erklärtermaßen ein Exempel statuieren, das Problem war dabei nur, daß die rechtlichen Mittel dazu nicht ausreichten. Um dieses Manko auszugleichen, waren einige juristische Tricks notwendig. Zum einen war das die Konstruktion der sogenannnten ,,psychischen Mittäterschaft'', zum zweiten die immer wieder erwähnte ,,Pulk-Theorie''. Zusätzlich kamen dann noch die Aktenmanipulationen und -unterdrückung. Der dritte tönerne Fuß, auf dem das Verfahren ruhte, waren die beiden V-Leute, wovon der eine — wie sich später herausstellte — nicht einmal bei der Demon-
ruhte, waren die beiden V-Leute, wovon der eine — wie sich später herausstellte — nicht einmal bei der Demon-
stration anwesend gewesen war und seine Wahrnehmungen nur vom Hörensagen hatte. Der zweite, ersatzweise für den ersten ins Feld geschickt, hatte den bedauerlichen Fehler, daß er die Pulk-Theorie nicht bestätigt hat.

Man darf aber jetzt nachträglich nicht den Fehler machen und den massiven Verfolgungs- und Bestrafungswillen der Justiz unterschätzen. Diese ganzen Hintergründe sind ja nicht etwa zufällig herausgekommen, sondern nur durch das beharrliche Nachbohren der Verteidiger. Grundlage dafür war eine mühsame und zum Teil wirklich nervige Kleinarbeit, die in der guten Zusammenarbeit zwischen Rechtsanwälten, Ermittlungsausschuß und Elterninitiative geleistet worden ist. Wir haben ja durch Aktenstudium, eigene Nachforschungen usw. die eigentliche Arbeit der Justiz geleistet. Es hat sich eben herausgestellt, wie wichtig es ist, politisch engagierte Verteidiger in solch einem Verfahren zu haben und parallel dazu eine gut funktionierende Bürgerinitiative, die zu einer massiven Öffentlichkeitsarbeit in der Lage ist.



Eine von vielen Demonstrationen in Nürnberg 1981

Eine von vielen Demonstrationen in Nürnberg 1981

Ist damit für euch das Kapitel KOMM-Prozeß abgeschlossen? Viele werden jetzt sagen, der Rechtsstaat hat sich schließlich doch durchgesetzt, also wunderbar!

Für uns — und das gilt für die ganze BI — ist die ganze Geschichte keineswegs vorüber. Einmal werden wir jetzt mit Nachdruck auf juristischem Wege gegen die Verantwortlichen vorgehen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um drei Strafverfahren: Erstens die Strafanzeige gegen die fünf Ermittlungsrichter, die damals im Rekordverfahren 141 Haftbefehle ausgestellt haben ohne jegliche Rechtsgrundlage — das hat sich ja nun bewahrheitet. Dieses Stafverfahren ist zwar im letzten Sommer eingestellt worden, wir haben daraufhin Beschwerde eingelegt, diese Beschwerde liegt seit einem halben Jahr bei der Generalstaatsanwaltschaft auf Eis. Wenn diese abgelehnt wird, werden wir ein Klageerzwingungsverfahren einleiten. Ebenso werden wir die Anzeigen gegen die Staatsanwälte wegen Aktenunterdrückung weiterverfolgen. Zum dritten läuft ein Strafverfahren gegen den Staatsschutzbeamten, der seinerzeit den ersten V-Mann vernommen hat und damals durch die Formulierung des Aussageprotokolls den Eindruck der unmittelbaren Teilnahme des V-Mannes an der Demonstration erweckt hatte. Da damals das bayrische Innenministerium das ausdrücklich bestätigt hatte, werden wir dort etwas unternehmen. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der allerdings von der SPD beantragt werden müßte, was wir auch von ihr fordern. Zum anderen werden wir von der BI aus auf der politischen Ebene einiges unternehmen, wir haben einige Veranstaltungen geplant, eine neue Dokumentation ist im Gepräch usw.

Könnt ihr noch etwas mehr zur Arbeit der BI sagen, zu ihrer Entwicklung, und was ihr euch so für die nächste Zeit vorgenonnen habt?

Die Bürgerinitiative 5. März hat sich etwa ein halbes Jahr nach der Massenverhaftung gegründet, die eigene Betroffenheit war dabei der entscheidende Motor. Sie setzt sich zusammen aus der Elterninitiative, Inhaftierten, Rechtsanwälten und Mitgliedern des Ermittlungsausschusses. Finanziert wurden — und werden — das Büro sowie zwei Kräfte, die sämtliche Büroarbeiten erledigen, von Beiträgen der Eltern und teilweise auch von Spenden. Heute besteht der aktive Kern vorwiegend aus Eltern. Die Arbeit unserer BI ist z.B. in Berlin mit Interesse verfolgt worden, wo sich auch eine Initiative von Eltern gegründet hat, deren Kinder wegen Hausbesetzungen und ähnlichen Dingen von staatlicher Repression betroffen sind. Inzwischen hat sich die BI ,,5. März'' über das KOMM-Verfahren hinaus weitere Aufgaben gestellt. Das ist die Folge der Erkenntnis, daß die Nürnberger Massenverhaftungen nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden können. Schlagartig deutlich wurde das in dem Moment, wo die BI selbst Zielscheibe staatlicher Angriffe wurde. So hat z.B. Hillermeier angedroht, den Verantwortlichen für den sogenannten Meinugsterror gegen die Justiz — und damit meinte er uns — ein Verfahren wegen versuchter Nötigung anzuhängen. Einer der aktiven Väter in der BI sollte mit einem völlig willkürlichen Beleidungsverfahren — das inzwischen übrigens auch eingestellt ist — eingeschüchtert werden. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, daß in dem gesamten Bereich von dem aktiven Kern der Eltern weitergearbeitet werden soll.

Konkret führen wir demnächst eine Veranstaltung mit Rolf Gößner und Uwe Herzog, den Autoren des Buchs ,,Der Apparat'', durch. Eventuell wird die BI als politische Konsequenz daraus eine ähnliche Arbeit, wie sie die Bremer Initiative ,,Bürger kontrollieren die Polizei'' bereits leistet, als weiterführende Perspektive anstreben. Weiter planen wir eine Veranstaltung allgemein zum Demonstrationsrecht mit Alexander Schubart und anderen. Grundsätzlich sehen wir es als unsere Aufgabe, den laufenden und zu erwartenden Vorstößen der CDU/CSU in Sachen Demo-
laufenden und zu erwartenden Vorstößen der CDU/CSU in Sachen Demo-
recht und allgemein staatlicher Repression unseren Widerstand entgegenzusetzen. In der BI haben wir deshalb vereinbart, im Frühjahr ein Seminar zum gesamten Komplex ,,Innere Sicherheit'' durchzuführen, wo wir unsere Kenntnisse auf dem gesamten Gebiet vertiefen wollen, gerade auch was die Entwicklung in den letzten 15 Jahren angeht, die ja gewissermaßen das Instrumentarium für die jetztige Rechtsregierung geliefert hat.

Wir danken euch für das Gespräch (das geführt wurde von der KB/Gruppe Nürnberg).

Ein teurer Spaß für die Staatskasse: Das KOMM-Verfahren im Überblick

5.3.81
Im Anschluß an eine Hausbesetzer-Veranstaltung im Nürnberger KOMM findet eine spontane Demonstration statt, bei der ein paar Scheiben zu Bruch gehen. Ein großer Teil der Demonstranten zieht sich anschließend wieder ins KOMM zurück. Nürnberger Polizei, Münchner Bereitschaftspolizei und SEK umstellen das KOMM. Obwohl angeblich nur die Personalien festgestellt werden sollen, werden 172 Personen festgenommen.

6.3.81
Im Laufe des Freitags stellen die fünf Ermittlungsrichter 141 fotokopierte und gleichlautende Haftbefehle aus. Haftgründe: Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Die Betroffenen werden beschuldigt, schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Zu dem Zeitpunkt der Ausstellung der Haftbefehle gab es für die Ermittlungsrichter im besten Fall nur zwei Informationsquellen, die überhaupt als Grundlage für die Inhaftierungen dienen konnten:

- den polizeilichen Schlußvermerk über die Demo, der weder konkrete Beschuldigungen noch irgendeine Person als Beschuldigten aufweist,
- oder die ersten Vernehmungsprotokolle von 10 Beamten, die den Demonstrationszug begleitet hatten. Diese Protokolle enthalten ebenfalls keinerlei konkrete Beschuldigungen. Kein einziger Demonstrationsteilnehmer war zu diesem Zeitpunkt identifiziert, der Demonstrationszug wurde ausdrücklich n i c h t als Pulk oder geschlossener Umzug bezeichnet.

Bezeichnenderweise gehören diese Protokolle auch zu den Akten, die im Prozeß nicht mehr auftauchen. Obwohl ein Bote der Polizei später bezeugt, einen braunen Umschlag, der die zehn Protokolle enthalten haben muß, den Staatsanwälten Schmidt und Grandpair überreicht zu haben, können die beiden sich an nichts erinnern.

18.3.81
Eltern und Angehörige erstatten Anzeige gegen die fünf Ermittlungsrichter wegen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung und Verfolgung Unschuldiger.

26.3.81
Vernehmung eines V-Mannes im Polizeipräsidium Nürnberg durch den Staatsschutzbeamten Pfister.
In dieser Aussage wird zum ersten Mal behauptet:
- der Demonstrationszug sei ein geschlossener Pulk gewesen
- Gewalttätigkeiten seien vorher von der Mehrheit der Demoteilnehmer billigend in Kauf genommen worden
- Gewalttätigkeiten seien durch Johlen und Schreien der Menge unterstützt worden.

30.3.81 bis 6.4.81
Erneute staatsanwaltliche Vernehmungen der Polizeibeamten, die den Demonstrationszug begleitet hatten. Hier entstehen die manipulierten, auf die V-Mann-Aussage und später teilweise wortgleiche Anklageschrift getrimmten Aussagen der Beamten. Diese Vernehmungsprotokolle werden dann auch — im Gegensatz zu den bisherigen — zu den Akten genommen.

Mai 81
Meineidsverfahren gegen eine Zeugin vom 5.3.81
Nach sechswöchiger U-Haft wird Angela G. zu eineinhalb Jahren auf bewährung verurteilt. Mitherangezogen wurde die Aussage des V-Mannes vom 26.3.81. Auch in diesem Verfahren wurde die unmittelbare Teilnahme des V-Mannes an der Demo vom 5.3. behauptet, was sich dann später (s.u.) als Lüge herausstellte.

Juli 81
Anklageschrift gegen 66 der Inhaftierten vom 5. März.
Kernpunkt der Anklage ist der Vorwurf der psychischen Mittäterschaft beim schweren Landfriedensbruch (§ 125/125a). Diese Konstruktion war der Versuch, den 1970 reformierten Landfriedensbruch-Paragraphen zu umgehen, denn der beinhaltete, daß nicht jeder teilnehmer einer gewalttätigen demonstration per se strafbar ist, sondern daß ihm konkret Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden müssen. Um diese Konstruktion durch die Verhandlung durchhalten zu können war die Behauptung eines geschlossenen Pulks notwendig. Hierfür leisteten die Aussagen des V-Mannes und die dritten, manipulierten Vernehmungen der Beamten gute Dienste. Hingegen mußten die ersten Aussagen der Beamten verschwinden — wie dann auch geschehen — da diese der Pulktheorie widersprachen und damit die gesamte Anklage ins Wanken gebracht hätte.

1.9.81
Eröffnungsbeschluß für das KOMM-Verfahren, der Termin für das Hauptverfahren wird auf den 3. November 81 festgelegt, d.h.

Fortsetzung von voriger Seite

drei Wochen nach den Oberbürgermeister-Wahlen in Nürnberg.

3.11.81 bis 24.11.81
KOMM-Verfahren

Der Verteidigung gelingt es, der Staatsanwaltschaft ein unglaubliches Ausmaß an Aktenunterdrückung nachzuweisen. So fehlen die Aussageprotokolle der 56 Beamten, die den Demonstrationszug begleitet hatten. Im Verfahren tauchten einige dieser Vernehmungsniederschriften auf, allerdings bilden sie nur die Spitze des Eisbergs. Ein Vergleich der Aussagen legt die Manipulationen offen zutage, mit der der Anklagevorwurf entscheidend gestützt werden sollte.

Konsequenz: Das Gericht muß das Verfahren aussetzen und damit dem Antrag der Verteidigung entsprechen. Das Fiasko für die Staatsanwaltschaft und das bayerische Innenministerium ist perfekt.

Ende Nov. 81
Strafanzeige gegen die verantwortlichen Staatsanwälte

Die Verteidiger des KOMM-Verfahrens werfen den Staatsanwälten Verwahrungsbruch gem. § 133 StGB vor, da sie verfahrenserhebliche Akten weder dem Gericht noch der Verteidigung vorgelegt hatten. Kurze Zeit später werden die verantwortlichen Staatsanwälte Hubmann und Horn abgelöst, das weitere Verfahren wird dem Regensburger Staatsanwalt Fischer übertragen, der gerade mit Bravour das Chopper-Problem zum Abschluß gebracht hatte.

Anfang Dez. 81
Nachermittlungsauftrag des Gerichts.

Die 13. Strafkammer beauftragt die neu eingesetzten Staatsanwälte u.a. sämtliche Polizei-Beamte und den V-Mann nochmal vernehmen. Die Fragen werden sen. differenziert gestellt. Offensichtlich ist das Gericht bemüht, eine weitere Schlappe von vorneherein zu verhindern.

Juni 82
Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen
— die Ermittlungsrichter

hindern.
Juni 82
Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen
— die Ermittlungsrichter

— die Staatsanwälte

Begründung bzgl. der Ermittlungsrichter:

Die Haftbefehle seien rechtmäßig, da der Tatverdacht begründet gewesen sei, denn die Polizei habe die Identifikation der 141 angeblichen Demoteilnehmer angekündigt. Die Ermittlungsrichter hätten nicht vorsätzlich gehandelt.

Begründung bzgl. der Staatsanwälte:

die Staatsanwälte hätten die Protokolle der ersten Vernehmungen angeblich nie zu Gesicht bekommen. Ferner sei es ihnen überlassen, was zu den gerichtlichen Akten genommen wird und was nicht. Vorsätzliches Handeln sei nicht gegeben.

Die Frage ist dabei nur, wie es möglich ist, s e c h s Aktenordner verschwinden zu lassen o h n e vorsätzliches Handeln ...

1.10.81
Nachermittlungsergebnis:

Der Aktenberg wird um weitere 2000 Seiten ergänzt, aus denen sich hauptsächlich ergibt:

— der V-Mann, der am 26.3.81 eine so zweckdienliche Aussage über den Verlauf der Kraaker-Veranstaltung und der Demonstration machen konnte, war selbst überhaupt kein Teilnehmer der Demonstration und damit überhaupt kein Augenzeuge. Die angeblich unmittelbare Teilnahme dieses V-Mannes hatte u.a. das bayerische Innenministerium in einem Telex explizit behauptet und damit gelogen.

— ein neuer V-Mann, als Mitteiler bezeichnet, macht am 28.2.82 eine Aussage, die die Funktion des unglaubwürdig gewordenen ersten V-Mannes übernehmen soll. Allerdings kann er weder die Theorie des geschlossenen Pulks bestätigen, noch die Behauptung, die Mehrheit habe vorher im KOMM Gewalttätigkeiten befürwortet.

— 4 Polizeibeamte geben an, daß die Demonstrationsteilnehmer gehindert werden sollten und wurden, den Demonstrationszug zu verlassen. Dies steht im Widerspruch zur Behauptung der Staatsanwaltschaft, die Demonstraten hätten jederzeit den Zug verlassen können.

15.10.82
Strafanzeige gegen den Staatsschutzbeamten Pfister, der den ersten V-Mann vernommen hatte.

Ihm wird vorgeworfen, durch die Formulierung der Aussage des V-Mannes den Eindruck der unmittelbaren Teilnahme desselben an der Demonstration erweckt zu haben.

21.12.82
Einstellung des ersten KOMM-Verfahrens.

Die 13. Strafkammer beschließt den Eröffnungsbeschluß vom 1.9.81 aufzuheben und die erneute Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen. Begründet wird dieser Beschluß folgendermaßen:

— da dem Gericht durch das bayerische Innenministerium eine richterliche Vernehmung des zweiten V-Mannes verweigert wurde, sei es ihm nicht möglich gewesen, sich einen persönlichen Eindruck von dessen Glaubwürdigkeit zu machen. Nur die Angaben eines Mitteilers reichten dem Gericht jedoch nicht aus, da weitere Sachbeweise wie z.B. Filme nicht vorhanden seien.

— aufgrund der — durch die Nachermittlungen ergänzten — neuen Aktenlage sei den 17 Angeklagten die Beteiligung an einer konkreten Gewalttätigkeit nicht nachzuweisen, auch wenn das Gericht von der Teilnahme der Angeklagten an der Demonstration überzeugt sei.

— aufgrund der neuen Beweislage sei mit einer Verurteilung nicht mehr zu rechnen.

— schon in „prozeß-ökonomischer" Hinsicht sei eine Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen

— quasi bedauernd festgehalten wird zuguterletzt, daß der Nachweis strafbaren Verhaltens nach der geltenden Fassung des § 125 nur dann gelingen wird, wenn neben Zeugenaussagen weitere Sachbeweise zur Verfügung stehen.

Ergebnis:

Nach Auskunft des bayerischen Justizministeriums werden sich die Kosten des Verfahrens vermutlich auf Millionenhöhe summieren.

Rudolf Raabe freigesprochen

Am 19.11.82 wurde der Ende der 70er Jahre zum TOP-TERRORISTEN aufgebaute Rudolf Raabe vom Tatverdacht des § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) freigesprochen.

Mittels Raabe wollten BAW und Generalstaatsanwaltschaft schon vor mehr als 3 1/2 Jahren die „Revolutionären Zellen" juristisch faßbar machen. Da sich noch keine Person offen zu den RZ bekannt hat, gings der Justiz in diesem Verfahren hauptsächlich um „typische Verhaltens-/Lebensweisen von RZ Mitgliedern".

Als „RZ-typische-Strukturen" galten die in einer Ausgabe des „Revolutionären Zorns" abgedruckten Organisationsprinzipien, sowie die von H. Feiling rausgepressten Aussagen.

Zum Verfahren

Die Anklage gegen Rudolf lautete ursprünglich Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Rädelsführerschaft, Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag und Urkundenfälschung. Im Zuge der Liberalisierungsdiskussion war die Justiz zunächst bemüht, Rudolf als Kronzeugen zu gewinnen. Da Rudolf nicht durch den Baum'schen Tunnel kroch, kam es zur Anklage seitens der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz. Wider alle Erwartung lehnte der Staatsschutzsenat Koblenz am 26.1.82 die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. In einer 12seitigen Begründung machte der Senat deutlich, daß die von der Staatsanwaltschaft angeführten Beweise einer juristischen Prüfung nicht standhalten würden, und hob darüber hinaus den noch bestehenden Haftbefehl insgesamt auf. Mit Hilfe der BAW legte die Staatsanwaltschaft daraufhin Beschwerde beim BGH ein.

Beschluß vom 2.6.82: Das BGH eröffnete das Hauptverfahren auf den Verdacht der Mitgliedschaft ... und Urkundenfälschung.

Am 20.9.82 begann der Prozeß vor dem OLG Koblenz. Ziel der Staatsanwaltschaft war es mittels zahlreicher Indizien an Rudolf exemplarisch den bewaffneten Kampf in der BRD, der nicht „aus dem Untergrund" geführt

waltschaft war es mittels zahlreicher Indizien an Rudolf exemplarisch den bewaffneten Kampf in der BRD, der nicht „aus dem Untergrund" geführt

wird, nachzuweisen und abzuurteilen, indem ein erstes Urteil gegen die RZ geschaffen werden sollte.

Das Gericht befaßte sich eingehend mit Rudolfs politischer Identität und seiner Lebensweise. Die Zeugenvernehmung bestand fast ausnahmslos aus Verhören von Freund/inn/en, Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen, die Aussagen zu seiner politischen Einstellung, seinen Verhaltensweisen und Lebensweisen machen sollten.

Als Indizien für die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" führte die Staatsanwaltschaft u.a. Kontakte zu angeblichen INLA-Mitgliedern sowie die Teilnahme an der Beerdigung von Ulrike Meinhof an. Hauptsächliche Beweisgrundlage sollten die aus Herrmann Feiling, unter menschenunwürdigsten Bedingungen rausgepressten „Aussagen" sein. Ein Beweis für die Mitgliedschaft in den RZ konnte letztendlich nicht erbracht werden.

Trotz des klaren Auftretens des Genossen Raabe, d.h. sein sich nicht distanzieren vom militanten Widerstand in der BRD, mußte der 2. Strafsenat des OLG Koblenz Rudolf freisprechen vom § 129a-Verdacht. Das Strafmaß für die Urkundenfälschung beträgt 90 Tagessätze zu 10 DM.

Den Freispruch vom § 129a-Verdacht nutzte der Senat für ein widerliches Gelaber vom Rechtsstaat. So äußerte der Vorsitzende Richter Schuth: Rudolf habe durchaus die „Gesinnung" und „Ideologie" eines „Terroristen", aber die Beweise für eine Organisation würden fehlen; dieser Staat könne es sich leisten, einen „mutmaßlichen Terroristen" straffrei ausgehen zu lassen.

Ob die Staatsanwaltschaft nicht doch noch die Möglichkeit sieht, mittels Raabe endlich ein Grundsatzurteil gegen die RZ schustern zu können und folglich Berufung vor dem BGH einlegt, bleibt abzuwarten.

U., Trier

Teure Anti-Strauß-Plakate

Vor ca. eineinhalb Jahren wurden zwei Bremer Studenten wegen Beleidigung des Kanzlerkandidaten Strauß verurteilt. Sie hatten im Bundestagswahlkampf 1980 Plakate verklebt, auf denen Strauß einmal als Schlachter und einmal mit seinem Freund Pinochet dargestellt war. Der Prozeß fand viel (öffentliche) Aufmerksamkeit und die beiden Verurteilten bekamen Aufmunterung und Solidarität zu spüren.

Heute, die Auseinandersetzungen um Strauß' Kanzlerkandidatur und der Prozeß sind so gut wie vergessen, liegen die endgültigen Rechnungen auf dem Tisch. Und die stürzen die Verurteilten in ein finanzielles Desaster und jahrelange Verschuldung.

Folgende Summen sollen die beiden aufbringen:

		DM
1.	Geldstrafe à DM 300,-	600,00
2.	Gerichtskosten à DM 91,20	182,40
3.	Strauß als Nebenkläger ließ sich an allen drei Prozeßtagen durch einen Münchner Anwalt vertreten, der zwar beim Prozeß allein durch Verschlafenheit auffiel, aber Hotel-und Tagegelder für sechs Tage berechnen darf ...	2.484,00
4.	Bei seiner Gebührenberechnung durfte Strauß' Anwalt an die obere Grenze gehen, weil es sich um „eine gröbliche öffentliche Beleidigung eines prominenten Politikers, des Führers einer demokratischen Partei" handelte. Zuzüglich der Fotokopierkosten beträgt dieser Posten	2.555,95
5.	Zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer	297,83
6.	Auf Kosten der beiden Studenten durfte Strauß das Urteil im Weser-Kurier und den Bremer Nachrichten veröffentlichen lassen ...	1.785,59
7.	Gegen einen der Verurteilten wurde ein Zwangseintreibungsverfahren eingeleitet, das mit berechnet wird. Die eingeforderten fünfeinhalbtausend Mark mußte er in einem Tag zusammenleihen, um der Pfändung zu entgehen.	726,22
8.	Wenn dann für die eigenen Anwälte, die auf Teile ihrer Forderungen verzichteten, und für Öffentlichkeitsarbeit ein sehr niedriger Betrag von	3.500,00
	zu rechnen ist, so stehen die Verurteilten vor einem Kostenberg von insgesamt	12.131,99

Hinter der Anwendung der finanziellen Peitsche steckt Methode, denn während Prozesse gegen Demokraten und Linke oft Öffentlichkeit finden, kann der Staat hoffen, daß das Interesse nach einer Verurteilung bald verebbt und durch finanzielle Repression Kritiker mundtot gemacht werden.

Die bisherigen Spendenbeträge ermöglichen den Verurteilten eine Anzahlung für die eigenen Rechtsanwälte. Vielen Dank!

Jetzt müssen wir aber noch einmal um Solidarität und Spenden bitten.

Bankverbindung: Prozeß-Spendenkonto, Sparkasse Bremen, Kto.-Nr. 1164 2931, Bankleitzahl 290 501 01

visdp: F.O. Pirschel, A. Neugebohrn, Wendtstr. 4, 28 Bremen 1

Der Fall Strippel

Der Fall Strippel

Vor einigen Wochen, im Oktober, erinnerten französische Juden an die Existenz des ehemaligen SS-Obersturmführers Arnold Strippel. Sie „besuchten" ihn an seinem Wohnort, im hessischen Kalbach (bei Frankfurt), in der Talstraße Nummer 10. Dort schreiben sie an die Wände: „Strippel — freier SS-Kinderhenker". Zuvor hatten sie in Kalbach Flugblätter zur Karriere Strippels verteilt.

Strippel diente seinem Führer in den KZs Sachsenhausen, Buchenwald, Neuengamme, Natzweiler (Elsaß), Majdanek, Ravensbrück und Vught (Holland). Die Geschichte Strippels: Mengele, Arzt von Beruf und heute wie viele andere Nazis in Lateinamerika lebend, wählte im KZ Auschwitz zwanzig jüdische Kinder aus, die er seinem Kollegen Heissmeyer, ebenfalls Arzt, nach Neuengamme (bei Hamburg) zuwies. Der Arzt Heissmeyer benutzte die Kinder für Experimente, die die größere Anfälligkeit „minderwertiger Rassen" gegenüber dem Tuberkulose-Bazillus nachweisen sollten.

Mit sowjetischen Gefangenen hatte Heissmeyer bereits ähnliche Versuche getätigt.

Im April 1945 sollte Neuengamme geräumt werden, Spuren und Zeugen der verbrecherischen Versuche sollten beseitigt werden. Obersturmführer Strippel ließ die Kinder aufhängen, und ebenso 28 ältere Gefangene, die mit den Kindern an der Schule am Bullenhuser Damm in Hamburg zu tun gehabt hatten. Anschließend ließ er die Körper verbrennen.

In dieser Angelegenheit wurden 1946 einige SSler verhaftet und verurteilt. Während dieses Prozesses — des sogenannten Curiohaus-Prozesses — wurde die Rolle Strippels klar herausgestellt. Er hatte die Befehle gegeben und sich an den Ermordungen eindeutig persönlich beteiligt. Erst 1948 wurde aber Strippel entdeckt, und zwar durch einen ehemaligen KZ-Häftling aus Buchenwald in Frankfurt am Main.

Strippel wurde zunächst zu lebenslänglicher Haft verurteilt wegen Mordes in 21 Fällen im KZ-Buchenwald. 1964 wurde aufgrund einer Klage ehemaliger KZ-Häftlinge aus Neuengamme ein neues Ermittlungsverfahren gegen Strippel eröffnet. Der Staatsanwalt Münzberg (Hamburg) ließ das Verfahren einstellen, denn: *„Den Kindern ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden".*

1969 profitiert Strippel von seinem Revisionsverfahren in dem Buchenwaldprozeß. Er wird freigelassen — denn für 21 Morde seien 6 Jahre Knast das adäquate Maß, so die Begründung der Justiz.

Nicht nur das: Der Kerl erhält eine Entschädigung von 121.500 DM ... 1980 im Majdanek-Prozeß in Düsseldorf kommt Strippel wieder in den Genuß der deutschen Justiz: Für Mord in 42 Fällen erhält er 3 1/2 Jahre ... mit Bewährung! Es liegen heute noch zwei Klagen gegen Strippel vor:

— Eine Klage, die der Journalist Schwarberg 1979 gegenüber der Hamburger Staatsanwaltschaft stellte. Schwarberg hat mehrere Angehörige der ermordeten Kinder ausfindig machen können, die ebenfalls eine Klage eingereicht haben;

— eine zweite Klage wurde bereits 1946 in Holland gestellt und dem Gericht von Frankenthal (Rheinland-Pfalz) übergeben. Klägerin ist eine Frau, die Zeugin von Strippels Grausamkeiten im holländischen KZ Vught gewesen ist. Dort ließ Strippel 100 Frauen auf einer Fläche von 10 qm aufeinanderstapeln. 10 Frauen fanden dabei den Tod.

Strippel ist nach wie vor ein freier Mann — während andere Menschen allein wegen einer Rede mit einem Fuß im Knast stehen (z.B. Alexander Schubart). In Strippelschen Angelegenheiten mahlen die Mühlen der Justiz extrem langsam: Was die erstgenannte Klage betrifft, ließ der Hamburger Staatsanwalt Duhn eine Liste von 1.503 zu verhörenden Menschen aufstellen. Das sind: 997 ehemalige sowjetische Gefangene, 225 ehemalige Polizisten, 174 ehemalige Matrosen, 77 weitere eventuelle Zeugen (KZ-Häftlinge, SSler, Angeklagte in anderen SS-Verfahren). Innerhalb von drei Jahren konnte erst 1/10 der eventuellen Zeugen verhört werden.Mensch kann sich also ausrechnen, daß mit ein bißchen Glück (und weniger Kriegsgefahr) eine Meinungsbildung der westdeutschen Justiz so circa für das Jahr 3000 zu erwarten ist.

Frankreich-Kommission

(Informationen u.a. aus „Le Monde", 10.7.82, und „FR", 22.10.82).



Hans Grundig, Sterben — Zeit des Faschismus, 1937, aus: Widerstand statt Anpassung

Übergangsregierungen — der Weg zur Nazi-»Machtergreifung« 1933

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Kanzler; der Faschismus war an der Macht. 50 Jahre später befindet sich die BRD in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Zu ökonomischen Problemen kommt eine Veränderung politischer Strukturen, die das gesamte Parteien- und Parlaments-System in Bewegung gebracht hat. Die Ablösung der SPD/FDP-Regierung in Bonn signalisiert die Möglichkeit einer ,,Wende''. Wohin? Die Regierung Kohl/Genscher gilt von vornherein als Übergangsregierung. Übergang wohin?
Allenthalben taucht das Stichwort ,,Weimar'' auf — und in der Tat begann die Auflösung der Weimarer Republik im Verlauf einer Wirtschaftskrise, die in Deutschland und weltweit Ende der 20er Jahre den Kapitalismus erschütterte. Innerhalb von drei Jahren wurde die bürgerliche Demokratie durch den Faschismus abgelöst. Ausgangspunkt war 1930 der Übergang von einer SPD-geführten bürgerlichen Koalition zu einem halb-parlamentarischen Regime unter dem Zentrums-Politiker Brüning. Bis in viele Einzelheiten der Brüningschen Krisenpolitik drängen sich Parallelen zu Kohls Regierungsantritt auf. Brüning mußte nach zwei Jahren die Segel streichen; einige Monate später war Hitler Kanzler.
Geschichte aber wiederholt sich — bekanntlich — nicht so einfach; und ein Kohl 1982 ist kein Brüning 1930. Dennoch lohnt es sich, 50 Jahre nach der Auflösung der Weimarer Republik, die damaligen Ereignisse zu betrachten. Sie stellen — insgesamt — das konkreteste, aber keineswegs simple Modell eines Übergangs von bürgerlicher Demokratie zu bürgerlicher Diktatur dar, das für ,,dieses unser Land'' relevant ist.

Die Krise SPD-Regierung tritt ab

Die Weltwirtschaftskrise — mit Startschuß am ,,Schwarzen Freitag'' an der New Yorker Börse 1929 — traf Deutschland in einer ,,normalen'' zyklischen Krise. Innenpolitisch war die Lage zwar relativ ruhig, die steigende Arbeitslosigkeit verhieß jedoch nichts Gutes. Der Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft nach den Nachkriegs- und Inflationsjahren genommen hatte, basierte außerdem wesentlich auf geliehenem, vor allem US-amerikanischem Kapital. Außenminister Stresemann (Deutsche Volkspartei, DVP), Koalitionspartner des SPD-Kanzlers Müller seit 1928, stöhnte im gleichen Jahr: *,,Wir sind nicht nur militärisch entwaffnet, wir sind auch finanziell entwaffnet. Wir haben keine eigenen Mittel mehr''* (Rosenberg, S. 164). Einerseits war also Ruhe im Inneren erwünscht — was die SPD im Verbund mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zu garantieren versprach. Andererseits war die Befreiung aus der internationalen ökonomischen und politischen Abhängigkeit erwünscht, die die Folge des verlorenen Weltkriegs war. 10 Jahre nach Kriegsende sollten Reparationslasten in Milliardenhöhe, Teilbesetzung, Beschränkung der Reichswehr auf (offiziell) 100.000 Mann, sollte ,,Versailles'' endlich beseitigt werden. Die Große Koalition unter Müller und Stresemann — mit Ausschluß lediglich der radikalen Rechten (DNVP und NSDAP) sowie der KPD — sollte deshalb den sog. Young-Plan unter Dach und Fach bringen, d.h. die langfristige Regelung (auf möglichst niedrigem Niveau) der Reparationen bzw. deren Beendigung. Dies sollte das ,,chancengleiche'' Wiedereintreten Deutschlands in den imperialistischen ,,Wettkampf'' ermöglichen. Kurz nach Abschluß entscheidender Verhandlungen starb Stresemann; seine Partei, die DVP, kündigte die Koalition auf. Zugleich wuchsen die Spannungen innerhalb der SPD und des ADGB soweit an, daß eine Fortführung der von der Müller/Stresemann-Regierung begonnenen Krisenpolitik (Sparmaßnahmen, Kürzungen etc.) von der SPD nicht mehr für möglich gehalten wurde. Die SPD-geführte Regierung Müller trat zurück.

Brünings ,,Notverordnungspolitik''

Das Kapital mit seinen Parteien brachte folgende Forderungen auf den Tisch:
— Aufhebung des staatlichen Schlichtungswesens in Tarifauseinandersetzungen; dahinter: Aufhebung des gewerkschaftlichen Tarifwesens überhaupt.
— Kürzungen, Streichungen etc. bei Sozialausgaben, z.B. der Arbeitslosenversicherung, dem Krankengeld etc.
— Steuerstreichungen, -nachlässe usw. sowie staatliche Subventionen für Großindustrie und Großgrundbesitz bzw. Landwirtschaft.

In Ermangelung einer regierungsfähigen Mehrheit wurde von Reichspräsident Hindenburg Ende März 1930 der Zentrums-Politiker Brüning zum Kanzler ernannt. (Das Zentrum ist die Vorläuferpartei der CDU). Seine Minderheitsregierung trat mit einem finanziellen Krisenprogramm an, das u.a. drastische Kürzungen der Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst vorsah. Die allgemeinen politischen Vorstellungen des Zentrums zielten auf den Abbau demokratischer Rechte bis hin zur Beseitigung des parlamentarischen Systems.

Abgesehen von Teilen der Industrie (besonders die Schwerindustrie mit ihrer Partei, den Deutschnationalen) war Brüning sich deshalb des Beifalls der Kapitalistenklasse sicher. Sein Regierungsprogramm scheiterte im Parlament jedoch im September 1930, da sich keine Mehrheit zu seiner Unterstützung fand. Wie zuvor angekündigt — und mindestens seit 1929 in Kapitalistenkreisen verschiedentlich vorgeschlagen —, ging Brüning daraufhin über diese Parlamentsablehnung hinweg und setzte seine Politik statt auf dem versperrten Gesetzesweg mittels ,,Notverordnungen'' durch, die der Reichspräsident erließ. Damit war einer, wenn nicht d e r Schritt auf dem Weg zur Entmachtung des Parlaments — und des demokratischen Systems überhaupt — getan. Wäre das planmäßige Übergehen des Parlaments an sich schon Skandal genug gewesen, so war die ,,Notverordnungspolitik'' überdies
schon Skandal genug gewesen, so war die ,,Notverordnungspolitik'' überdies
eine Politik des kalkulierten Verfassungsbruchs. Zwar gab die Weimarer Verfassung (nach Artikel 48) dem Reichspräsidenten das Recht, Notverordnungen zu erlassen, dies jedoch ausdrücklich nur im Fall inneren oder äußeren Staats-Notstands. Brüning hatte bereits einkalkuliert, daß durch parlamentarische Mehrheiten solche Notverordnungen wieder aufgehoben werden konnten — was auch geschah. Wie vorher angekündigt, löste Brüning daraufhin das widerspenstige Parlament auf und ließ Neuwahlen ansetzen.

Statt neue, günstigere Mehrheiten zu erhalten, sah sich Brüning nach den September-Wahlen 1930 jedoch geschwächt. Gewinne erzielte die SPD, erhebliche auch die KPD, rechtsaußen blieb die DNVP stark und die NSDAP wuchs sensationell von 2,6 % (1928) auf 18,3 % an. Damit war klar, daß auch das zweite Kabinett Brüning ohne Parlamentsmehrheit, d.h. mehr als zuvor mit dem Mittel der Notverordnungen regieren würde. Die folgenden Monate führten — bis Anfang 1932 — auf den Gipfel der ökonomischen und sozialen Krise. Sie *,,hatte ... inzwischen alle Schichten und Stände in Mitleidenschaft gezogen. Auch die großkapitalistischen Unternehmer standen vor schwerer Bedrohung und großen Verlusten; die Großgrundbesitzer waren trotz einschneidender Schutzzollmaßnahmen von der landwirtschaftlichen Absatz- und Investitionskrise erfaßt und verlangten Staatshilfe; schlimmer noch stand es um die verschuldeten Bauern, um die kleinen Unternehmer, Handwerker, Ladenbesitzer, die sozial besonders vernachlässigt waren. Selbst die Beamten seufzten unter mehreren Gehaltskürzungen, während die Masse der Erwerbslosen von der Arbeitslosenversicherung zunächst auf die öffentliche Krisenfürsorge zurücksanken, um schließlich vor dem Nichts zu stehen. Vor allem aber die Jugendlichen wuchsen von Anbeginn in eine dauernde Arbeitslosigkeit hinein, die sie der Verzweiflung und ann allen revolutionär-demagogischen Versprechungen auslieferte''* (So die Lageschilderung des durchaus nicht linken Historikers Bracher — S. 356).

Brünings Sparpolitik verhinderte diese Situation (mit der Spitze von über 6 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser Anfang 1932) ebensowenig, wie er die weitergehenden Forderungen des Kapitals befriedigte. So formulierte etwa der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) schon Ende 1930, Brünings Programm könne lediglich ein erster Anfang sein: *,,Wir denken gar nicht daran, das schon als Endprogramm der neuen Entwicklung zu sehen''* (Hörster-Philipps, S. 78). Teile der Industrie und der Banken traten zunehmend mit der Forderung auf, die DNVP und die NSDAP an der Regierung zu beteiligen; so auch der 1929 aus dem Amt geschiedene, 1933 von Hitler wieder berufene Reichsbankpräsident und Bankier Schacht. Die NSDAP ihrerseits bemühte sich seit Mitte 1931 verstärkt um ein betont Kapital-freundliches Programm.

Am 11. Oktober 1931 demonstrierte in Harzburg die — sich ansonsten gern gegenseitig befehdende — ,,Nationale Opposition'', nämlich NSDAP und DNVP, mit ihren angeschlossenen bzw. gleichgesinnten Massenorganisationen wie SA, ,,Stahlhelm'' u.a. ihren Machtanspruch (,,Harzburger Front''). Anwesend bei dem Aufmarsch waren u.a. Schacht, Vertreter der Deutschen Bank, der Commerz- und Discontobank, der Norddeutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft, verschiedene Privatbankiers, Schwerindu-
Bank- und Disconto-Gesellschaft, verschiedene Privatbankiers, Schwerindu-
strielle wie Thyssen, Poensgen u.a., Kali-Industrielle, Reeder (u.a. Blohm) und Vertreter der Großagrarier. Einige Tage zuvor waren Brüning ultimative Forderungen der ,,führenden deutschen Unternehmerverbände'' (Bracher) übergeben worden, worin Lohnsenkungen, weitere Reduktion der Sozialversicherung sowie Steuervergünstigungen für das Kapital verlangt wurden. Verlangt wurde auch die Einsetzung eines ,,Wirtschaftsbeirats'' aus Industriellen und Bankiers. Brüning kam dem nur bedingt nach. Für die Schwerindustrie betrieb er die geforderte Aufrüstung zu langsam; seine Partei, das Zentrum — und, so der Vorwurf der Rechten, auch seine Politik — war noch immer an die SPD gebunden, die Brünings Regierung im Reichstag tolerierte und in Preußen, dem größten Teilstaat des Reiches, mit dem Zentrum eine Koalitionsregierung führte. Als Brüning schließlich, in Absprache mit den Ländern und vor allem Preußens SPD-Innenminister Severing, ein Verbot der zunehmend terroristisch auftretenden und Putschpläne ausheckenden SA verfügte, war der Anlaß für seinen Sturz da.

Papens ,,Präsidialregime''

Anstelle der noch immer parlamentarischen und die extreme Rechte ausschließenden Brüning-Politik traten jetzt die Forderungen nach endgültigem Demokratie-Abbau, forcierter Rüstung und radikalem Abbau der Sozialpolitik. Diese Politik des sog. ,,Neuen Staats'' war rechtsextrem nationalistisch und militaristisch ausgerichtet, spekulierte also auf die Beteiligung bzw. Tolerierung der ,,Nationalen Opposition'', v.a. der NSDAP. Franz v. Papen — vom rechten Flügel des Zentrums (das ihn aber nicht unterstützte) — wurde von der ,,grauen Eminenz'' der Reichswehr, General v. Schleicher, als neuer Reichskanzler gewonnen.

V. Papen erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art umgehend. Am gleichen Tag, an dem der RDI einen neuen Forderungskatalog überreichte (14. Juni 32), erließ Papen Notverordnungen, nach denen die Arbeitslosenunterstützung weiter um ein Viertel gekürzt, die Wohlfahrtsunterstützung und die Renten um 15 bis 25 % gesenkt, neue Steuern auf Löhne und Gehälter erhoben und die indirekten Steuern angehoben wurden.

Entsprechend der Ideologie vom ,,Neuen Staat'' war Papen nicht einmal mehr dem Anschein nach bemüht, eine parlamentarische Absicherung bzw. Tolerierung zu erreichen. Von vornherein definierte er seine Regierung als ,,parteipolitisch frei'', d.h. unabhängig von Parteien, und den Staat als ,,präsidialautoritär''. Der Reichspräsident ernannte nunmehr seine Regierung (auch dafür übrigens fand sich ein Verfassungsartikel als Scheinlegitimation — Art. 54). Der somit eher lästige Reichstag wurde am 4. Juni 1932 aufgelöst; Neuwahlen fanden am 31. Juli statt.

Die entscheidende Tat der Regierung Papen blieb zuvor noch zu tun. Was Brüning nicht bewerkstelligt hatte, längst aber auf der Wunschliste von Kapitalistenlobbys und rechten Parteien gestanden hatte, die ,,Neugliederung von Reich und Ländern'' wurde nunmehr durchgeführt. Dahinter verbarg sich die Forderung, das Land Preußen als sozialdemokratisches — mit einer erheblichen Machtbasis in seinem Polizeikorps — zu liquidieren. Am 20. Juli 32 wurde die preußische Regierung — unter Bruch der Verfassung — abgesetzt — unter Gewaltandrohung, aber ohne Widerstand der SPD. Die sozialdemokratische Polizei- und Regierungsspitze wurde sofort beseitigt und Preußen direkt dem Reich unterstellt (,,Preußenschlag'').

Elf Tage später wurde gewählt: Alle bürgerlichen Parteien (außer Zentrum und Bayernpartei, die sich hielten) — auch die SPD — verloren; die KPD gewann zwei Millionen Stimmen. Die NSDAP aber machte einen Sprung von 18,3 % (1930) auf 37,4 % und war damit die stärkste Partei. Papens Politik des brutalen Kapitalismus verlor also noch das, was vorher an Massenbasis dagewesen sein mochte. Hitler trat jetzt nicht mehr nur mit der Forderung auf Regierungsbeteiligung, sondern mit dem Anspruch auf Kanzlerschaft auf.
Regierungsbeteiligung, sondern mit dem Anspruch auf Kanzlerschaft auf.
Papen bot nur eine Regierungsbeteiligung an (13.8.32). In Kapitalistenkreisen wurde mit verschiedenen Regierungsmodellen jongliert, einschließlich der ,,offenen Diktatur'' (so die Kapitalistenzeitschrift ,,Veltenbriefe'' am 15.8.32). Vorbehalte bestanden sowohl gegenüber Hitler (der immerhin schon seit Jahren und zumal seit Mitte 1932 von erheblichen Teilen des Kapitals politisch und finanziell unterstützt wurde), als auch gegenüber v. Papen (für dessen Unterstützung ein Spenden-Fonds eingerichtet wurde). Zur fortdauernden Krise, den rechtsextrem mobilisierten Massen und den Tendenzen zu einer Radikalisierung innerhalb der Linken kam die Einschätzung der Reichswehr, d.h. v. Schleichers, hinzu, die in dieser Situation notwendige Politik — verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung, eindeutiger Aufrüstungskurs — sei, entgegen den Vorstellungen v. Papens, entweder nur mit irgendeiner Art Massenbasis oder nur ,,mit dem Maschinengewehr'' durchzusetzen.

Die daraufhin erneut angesetzten Wahlen am 6. November brachten jedoch nicht die gewünschte Entlastung. Im bürgerlich-konservativen Parteienspektrum ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen; bei den Arbeiterparteien SPD und KPD setzte sich der Trend zugunsten der KPD (Jetzt: 16,9 % — nahezu 6 Millionen Wähler) fort. Auffallend war der R ü c k g a n g der NSPAP. Ihr Prozentanteil fiel von 37,4 auf 33,1 (statt 230 Sitzen im Reichstag nur noch 196). V. Papens politisches Schicksal war damit (vorerst) besiegelt. Er wurde am 19. November entlassen, sechs Monate nach Brünings Sturz. Bis die Nachfolgeregierung stand, dauerte es zwei weitere Wochen — Ausdruck der Unsicherheit, was nun zu geschehen hätte.

Schleichers Militärdiktatur Auf der Suche nach der Massenbasis

Nachdem die Papen-Lösung gescheitert war, schwenkte nahezu die gesamte Industrie- und Bankenwelt (übrigens auch das Zentrum!) nunmehr auf die

Die SPD und der Übergang zum Faschismus

Nach Einsetzen der Krise begann die SPD/Zentrum-Regierung mit Sparmaßnahmen, die einerseits die Lage der Bevölkerung verschlechterten, andererseits weder der Krise Herr wurden noch das Kapital zufriedenstellten. Als, nach langem Zögern, auf Druck des ADGB und linker SPD-Teile — auch aufgrund des Drucks von der KPD —, also wegen der Gefahr des schwindenden Masseneinflusses, die Regierung Müller 1930 aufgab, war das für die SPD-Führung mit der Perspektive des Sich-Einrichtens in der Opposition verbunden. Die kommende konservativ-reaktionäre Politik sollte also toleriert werden. SPD-Führer Otto Braun (u.a. preußischer Ministerpräsident): *''...so mußte sie* (=die SPD) *der neuen Regierung eine Chance geben, durfte nicht bereits am ersten Tag auf ihren Sturz hinarbeiten. Ihre Opposition konnte später in sachlicher Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung hinreichend zum Ausdruck kommen.''* (Bracher, S.271). Das war der Anfang der Tolerierungspolitik. Mit diesem Kurs der eisernen Verfassungstreue und fortwährender Unterstützung des 'kleineren Übels' (nämlich Zustimmung zu a l l e m, was die KPD einerseits, die NSDAP andererseits von der Macht fernhielt) garantierte sie Brüning Ruhe im Parlament. Als erstmals 1930 die Notverordnungspolitik einsetzte, stimmte die SPD sie zwar nieder, duldete sie seit der September-Wahl 1930 jedoch 'stillschweigend'.

Im März/April 1932 unterstützte die SPD — unter Verzicht auf einen eigenen Kandidaten — die Wiederwahl des Kandidaten der Rechten, Hindenburg, des Garanten der Notverordnungspolitik, Gegner der SPD und des demokratischen Systems überhaupt, zum Reichspräsidenten. Drei Monate später segnete eben dieser Hindenburg den Preußen-Putsch seines Lieblingskanzlers v. Papen ab. Die Umsturz-Pläne waren der SPD-Führung zuvor bekanntgemacht worden; sie hatte, für den gegebenen Fall, als Massenparole den Generalstreik angekündigt. Als es soweit war, trat die SPD-Regierung zurück und gab gleichzeitig die Losung aus: kein Generalstreik, sondern ''legaler Widerstand'', sprich: ''Kampf mit dem Stimmzettel''.

— Der Reichsgerichtshof, vor den die SPD zog, billigte Papens Putsch nachträglich. — Als Papen Ende 1932 durch General Schleicher abgelöst wurde, begrüßte die sozialdemokratische ADGB-Führung dessen Kurs nahezu begeistert als ''Wirtschaftsdemokratie''. Als schließlich Hitler und Papen im Januar 33 antraten, verzichtete die SPD auf jede Aktion (die KPD rief zum Generalstreik auf) und erklärte am 31.1.:*''Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung.''* Am 23.3. erklärte die SPD während der letzten Sitzung des Reichstages vor dem Verbot aller Parteien außer der NSDAP, sie sei gegen das ''Ermächtigungsgesetz'' für die Nazis, sie stehe ''zu den Grundsätzen des Rechtsstaates''. Am 22.6.33 wurde die SPD verboten. (Dokumente in: Kühml, Reinhard, ''Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten'', Köln 1980, 5. Aufl.).

Kampf dem Faschismus

Linie ein, Hitlers NSDAP an die Macht zu hieven. Zwei Tage nach Papens Entlassung lag dem Reichspräsidenten Hindenburg eine entsprechende Unterschriftenliste zugunsten Hitlers vor, wobei zugleich vor Neuwahlen gewarnt wurde. Nach den Stimmenverlusten der NSDAP stand nämlich zu erwarten — oder schien zumindest (realistischerweise!) möglich —, daß der NSDAP, bei weiterem Zuwarten und weiterem Fernhalten von der Regierungsmacht, ihre Anhänger davonlaufen würden. Zugleich deuteten die KPD-Gewinne auf eine Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft, und Ansätze zu einer „Einheitsfront" zwischen SPD und KPD zeigten sich.

Noch aber war weder die gesamte Industrie (plus Banken) noch die Reichswehr (mit dem entsprechenden Einfluß auf Hindenburg) — davon überzeugt, daß Hitler die einzige und richtige Lösung wäre. So stellte General v. Schleicher am 3. Dezember 32 erneut ein „überparteiliches" Präsidialkabinett vor. Schleicher stand für eine Politik der Aufrüstung und Militarisierung, die nicht allein staatlich gefördert, sondern technokratisch-staatskapitalistisch durchgeführt und abgesichert sein sollte. Seine „Überparteilichkeit" war mit dem Konzept verbunden, für seine Regierungspolitik eine Massenbasis zu gewinnen — quer zu den bestehenden Parteien und Organisationen. Damit sollten zugleich das Regime populistisch abgesichert und die Organisationen der Linken (SPD, KPD, ADGB) — aber auch die NSDAP — gebrochen werden. Schleicher nahm einige der schärfsten Papen'schen Notverordnungen teilweise zurück, verkündete Verstaatlichungspläne und begann Verhandlungen bzw. Absprachen mit dem „Stahlhelm" und der ADGB-Führung (die Schleichers Programm als „Wirtschaftsdemokratie" begrüßte!) sowie mit dem („linken") Strasser-Flügel der NSDAP. Bevor das Bündnis mit Strasser, der offenbar nicht abgeneigt war, spruchreif wurde, wurde er aber von der NSDAP-Führung entmachtet. Die populistische „Querachse" Schleichers war zerbrochen, bevor sie überhaupt zustande gekommen war. Parallel betriebene Verhandlungen zwischen NS-Industriellen („Keppler-Kreis") und v. Papen brachten eine Verständigung über eine Regierung Hitler/Papen. Auch die IG Farben, größter Trust Deutschlands und bis zu diesem Zeitpunkt eher gegen die Machtübergabe an die Nazis votierend, stellte sich jetzt nicht mehr gegen Hitler.

Schleicher wollte das alte Spiel weitertreiben und den Reichstag auflösen (zum 26. Januar 1933), um Neuwahlen zu veranstalten. Das lehnte Hindenburg ab. Schleicher wurde entlassen; am 30. Januar war Hitler Kanzler.

Das Problem der „Varianten"

Über die generellen Zielvorstellungen für Wirtschaft und Politik gab es seit dem Aufstieg des deutschen Imperialismus in der Bourgeoisie — sei es des Kaiserreiches, der Weimarer Republik oder des Faschismus — keine Differenzen. Die Hauptpunkte nach dem 1. Weltkrieg waren nach innen: Entdemokratisierung von Staat und Gesellschaft, insbesondere Zerschlagung der Linken (organisatorisch, rechtlich, sozial); nach außen: wirtschaftliche Expansion, auch mit militärischen Mitteln. Im Zentrum stand das Konzept eines deutsch dominierten europäischen Großraums.

· Diese generelle Linie schloß jedoch Differenzen nicht aus, was unterschiedliche Präferenzen für Varianten des Vorgehens zur Folge hatte. Ein Hauptpunkt, an dem sich solche Differenzen zeigten, war die Taktik gegenüber der Linken. Nicht die gesamte Finanz- und Industriewelt war — überhaupt oder auch nur lange Zeit — für die Beteiligung der radikalen Rechten (DNVP, NSDAP) an der Macht oder gar die Übergabe der Regierung an sie. Insbesondere die sog. „Neuen Industrien" (v.a. IG Farben) favorisierten eine Politik der Integration von SPD plus ADGB, d.h. eine Schwächung der Linken auf diesem Wege — eine Linie, die noch bis zur Regierung v. Schleicher durchgezogen wurde. Damit verbunden war das ökonomisch fundierte Interesse am Ausgleich mit dem Ausland, statt des radikalen Chauvinismus der „Nationalen Opposition" — d.h. der Schwerindustrie und Großagrarier. Aber auch innerhalb der Bandbreite rein bürgerlicher Regierungsmodelle (d.h. unter Ausschluß der SPD) reichte das Spektrum von rechtsbürgerlich-parlamentarischen Mehrheitsregierungen (eine Vorstellung, die Brüning nie ganz aufgab) über Koalitionen mit den Rechtsradikalen der „Nationalen Opposition" und/oder technokratischen Präsidialkabinetten ohne Parteienbasis (so Papens Regierung) — also auch ohne DNVP/NSDAP — bis hin zur reinen Militärdiktatur und schließlich zum Antritt der Faschisten. Die faschistische Lösung war, mindestens seit 1930, immer mit im Spiel; die e i n z i g e Lösung aber, auf die notwendigerweise und zielstrebig alles hingelaufen wäre, war sie noch nicht.

Das Durchspielen verschiedener Varianten bürgerlicher Herrschaft prägt die gesamte Zeit des Übergangs seit Beginn der Krise. (Bezeichnend, daß gleichzeitig — bis Mitte 32 — das bürgerliche Präsidialregime Brünings im Reich, die parlamentarisch-demokratische SPD/Zentrum-Regierung in Preußen u n d , ab 1930, eine DNVP/NSDAP-Regierung in Thüringen existierten).

Das Problem der „Notwendigkeit" des Faschismus

Obwohl ein Spektrum verschiedener Varianten der Krisenlösung vorhanden war, habe die konkrete Entwicklung der Krise mit ihren ökonomischen, politischen und sozialen Auswirkungen „zwangsläufig" auf den Faschismus hingeführt. Diese These ist — auch in der Linken — nicht neu. Als Beleg für diese Art Notwendigkeit werden vor allem drei Thesen aufgestellt:

a) Die Krise habe sich derart verschärft und zugespitzt, daß alle anderen Lösungsversuche nicht gegriffen hätten; zur Überwindung der Krise seien die extremen Mittel des Faschismus notwendig gewesen.

b) Der Aufstieg der NSDAP ab 1930 habe ihre schließliche Einbeziehung in die Regierung schlichtweg unumgänglich gemacht.

c) Die Kombination beider Faktoren habe zu einer Radikalisierung der Arbeiterklasse geführt, so daß die Bourgeoisie zum letzten Mittel Faschismus als „präventive Konterrevolution" habe greifen müssen.

Zu (a): Die Daten der Krise zeigen eine interessante Entwicklung: Mitte 1932 war ihr Höhepunkt erreicht, und *„ein neuer Konjunkturzyklus zeichnete sich ab"* (Hörster-Philipps, S. 109). So war der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit — soweit die offiziellen Zahlen das ausweisen — bereits im Februar 1932 erreicht; im Jahresdurchschnitt 1933 ging sie auf offizielle 4,8 Millionen zurück — was weder als bloße statistische Manipulation der Nazis, noch als schneller Erfolg der Maßnahmen der NS-Regierung gesehen werden kann (siehe Mason, S. 124 ff.).

Im November 1932 — die Papen-Lösung war gescheitert, Schleicher und Hitler boten sich an — kam das Kapitalisten-Blatt „Deutsche Führerbriefe" zu der Einsichätzung: *„Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? Und hat man in der Wirtschaft wirklich den Willen zu dieser Änderung, zu einer neuen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit? Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Ablauf des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der 'Systemzeit' wird ... Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System ... los zu werden ... In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr loswerden. Auch die jüngste Heraufsetzung der Sozialleistungen deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklungen schon an, wie der Apparat der Konjunktur wieder funktionieren wird"* (Hörster-Philipps, S. 108).

Nach dem erwarteten Abklingen der Krise — wie es in a l l e n Ländern eintraf, also unabhängig von der Nazi-Politik — hätte demnach der Weg zurück zu „normalen" bürgerlich-demokratischen Verhältnissen angestanden („Systemzeit"). Stattdessen aber entschloß sich das Kapital — gegen den Trend — die einmalige Chance zu nutzen.

Zu (b): Wie auf ökonomischer Ebene die Rückkehr zu „normalen" Verhältnissen sichtbar (oder zumindest möglich) erschien, so zeitgte sich auf der Ebene von Wahlen, daß Ende 1932 der Aufstieg der NSDAP gestoppt war, daß ihr Masseneinfluß, soweit in Wählerstimmen ausgedrückt, innerhalb von 5 Monaten um zwei Millionen zurückgegangen war. Nicht umsonst waren seitdem alle Vorstöße von Kapitalistengruppierungen zugunsten Hitlers mit der Warnung vor Neuwahlen verbunden. In den Worten eines Bankiers, der eine Schlüsselstellung bei den damaligen Ereignissen innehatte — Kurt von Schröder: *„Das allgemeine Ziel der Industriellen war damals, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden konnte, die lange an der Macht bleiben konnte. Als am 6. November 1932 die NSDAP ihren ersten Rückschlag erlitt und so ihren Gipfelpunkt überschritten hatte, wurde die Unterstützung der deutschen Schwerindustrie eine Sache von besonderer Dringlichkeit"* (Hörster-Philipps, S. 108).

Auch hier also: Statt durch die Entwicklung gezwungen worden zu sein, stützte die Bourgeoisie die Nazis gegen den Trend.

Zu (c): War dann also die Einsetzung der Nazis eine vorweggenommene Verteidigung gegen die anstehende sozialistische Revolution? — Die Chancen der Linken, d.h. SPD und KPD, auf parlamentarischer Ebene waren zu der Zeit, als die SPD noch als Bündnispartner für bürgerliche Parteien in Erwägung war (bis 1930), deshalb gleich Null, weil ein Zusammengehen von SPD und KPD nicht zur Frage stand. Gegenseitig grenzten sich beide Parteien voneinander radikal ab. Eine parlamentarische Mehrheit der Linken (mit oder ohne bürgerliche Koalitionsartner) war demnach niemals möglich; nach 1930 wäre eine „Einheitsfront" rein rechnerisch nie mehrheitsfähig gewesen.

Tendenzen der Basis von SDP und KPD zu einer praktischen „Antifaschistischen Front" blieben defensiv-ökonomistisch. In der Frage der konkreten Macht, die bekanntlich aus Gewehrläufen kommt, gab es keine Koordination zwischen SPD/Eiserner Front und KPD/Rotfrontkämpferbund. Die SPD-Führung pfiff überdies ihre Basis immer wieder dann zurück, wenn Aktionen — wie Generalstreiks — am Platz gewesen wären. — Die KPD allein war im übrigen nie in der Lage, mehr als rund 15 Prozent der W ä h l e r für sich zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu ihrer Propaganda ging die Bourgeoisie in der Frage der konkreten Macht tatsächlich auch bis zuletzt nicht von einer drohenden Revolution aus. Als Ende 32 die Errichtung einer offenen Militärdiktatur erwogen wurde, wurde eigens zum Zweck der Lagebeurteilung ein Planspiel von Reichswehr und verschiedenen „Ordnungs"-Behörden durchgeführt. Ergebnis war: eine Militärdiktatur sei zu risikoreich im Sinne der Herrschaftserhaltung. Ausgangspunkt des Planspiels war aber nicht eine sozialistische Revolution — sondern eine allgemeine soziale Krise, bei der — im Fall eines rechten Putsches — von den Arbeiterorganisationen l o k a l und r e g i o n a l reagiert werden würde (Streiks, Sabotageakte, Auseinandersetzungen mit den Nazis u.ä.) (Siehe Müller, S. 169 ff).

Das Problem der „Wiederholbarkeit"

So unbestreitbar das gesellschaftliche System der Weimarer Republik in dem der BRD fortgeschrieben wird, so unbestreitbar ist andererseits auch, daß eine direkte Übertragung der Entwicklung seit 1918 und insbesondere seit 1929 auf die heutigen Verhältnisse in der BRD ausgeschlossen ist.

Eine Reihe wesentlicher Faktoren für die Ereignisse vor 1933 lassen sich — ohne Systematik und Anspruch auf Vollständigkeit — ohne weiteres als Beleg der Unterschiede zwischen Weimar und Bonn nennen:

— So findet die Zersplitterung des Parteiensystems — mit allen impliziten Möglichkeiten zu taktischen Finessen — in der BRD keine Entsprechung. Die Vertretung der Bourgeoisie findet in der Form großer Blockparteien statt; im Gegensatz zu der Weimarer Situation ist der Verfall oder das Entstehen einer Kleinpartei daher andererseits wesentlich folgenreicher.

— Im bürgerlichen/konservativen Parteienspektrum fehlt vor allem eine Entsprechung zur DNVP, deren Rolle im Hin-und-Her bzw. Gegeneinander-Ausspielen von Antiparlamentarismus und Koalitionsbereitschaft bestand. Die taktischen Möglichkeiten einer solchen Rechtsopposition innerhalb des bürgerlich-konservativen Lagers ist derzeit v.a. auf Differenzen zwischen CDU und CSU beschränkt.

— Hauptunterschied bleibt das derzeitige Fehlen einer parlamentarisch-außerparlamentarischen rechtsradikalen Partei mit Masseneinfluß, wie damals die NSDAP.

— Auf der anderen Seite fehlt eine Partei, die — trotz aller Einschränkungen, siehe oben — gestützt auf eine organisierte Massenbasis — einen nicht integrierbaren Machtfaktor darstellt wie die KPD vor 1933.

— Auf der Ebene parlamentarischer/verfassungsmäßiger Institutionen fehlt eine Entsprechung zu dem Willkür-Artikel 48 der Weimarer Verfassung, ebenso wie die politischen/rechtlichen Kompetenzen des Präsidenten bei weitem nicht mit denen des Weimarer Reichspräsidenten gleichzusetzen sind.

— Die Funktion und Rolle der Reichswehr als "Staat im Staat" bzw. ihrer Führung als eigenständiges politisches Zentrum wird von der Bundeswehr nicht erfüllt bzw. wiederholt.

Dennoch läuft dieser Vergleich nicht auf die platte Beschönigung "Bonn ist nicht Weimar" hinaus.

Zwar gibt es in der BRD keinen Artikel 48, aber es gibt die Notstandsgesetze seit 1968. Zwar hat der Bundespräsident nicht die Möglichkeiten Hindenburgs, aber offenbar lassen sich mit seinem politischen Ermessen die Konsequenzen aus Mißtrauensvoten, d.h. Sturz einer Regierung plus nachfolgende Neuwahlen, immer noch ziemlich beliebig steuern. Zwar gibt es keine DNVP und kein Verwirrspiel einer Vielzahl von bürgerlichen Parteien — aber es gibt die CSU und es gibt Strauß' nie aufgegebene Pläne zu einer Vierten Partei. Zwar scheint die Bundeswehr unter fester ziviler (d.h. politischer) Kontrolle, aber Bürgerkriegssituationen wie in der BRD-Geschichte auch noch nicht gegeben. (Zudem stehen für die polizeilich/militärische Kontrolle der Bevölkerung heute andere Mittel zur Verfügung.)

Zwar gibt es heute keine rechtsradikale Partei, die Bevölkerungsmassen mobilisieren könnte wie die NSDAP. Daß aber genau dies — die Gewinnung einer Massenbasis für eine rechte Politik — zu den zentralen Zielsetzungen der verkündeten "konservativen Wende" gehört, ist mehr als eine flüchtige Überlegung wert.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zitate aus/Hinweise auf:

Bracher, Karl Dietrich, "Die Auflösung der Weimarer Republik", Königstein/Düsseldorf 1978) — Hörster-Philipps, Ulrike, "Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus", in: Kühnl/Hardach (Hrsg.), "Die Zerstörung der Weimarer Republik", Köln 1977, S. 38ff. — Mason, Timothy W., "Sozialpolitik im Dritten Reich", Opladen 1977 — Müller, Frank, "Zum Anteil der Reichswehr an der Vorbereitung des Faschismus", in Kühnl/Hardach (s.o.), S. 142 ff. — Rosenberg, Arthur, "Geschichte der Weimarer Republik", Frankfurt 1961.

Die Reichstagswahlen von 1928 bis 1933

	4. Reichstag 20. Mai 1928			5. Reichstag 14. Sept. 1930			6. Reichstag 31. Juli 1932			7. Reichstag 6. Nov. 1932			8. Reichstag 5. März 1933		
a) Wahlberechtigte b) Abgeg. Stimmen in Millionen c) Wahlbeteiligung	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c
			v.H.			v.H.			v.H.			v.H.			v.H.
	41,2	31,2	75,6	43,0	35,2	82,0	44,2	37,2	84,0	44,4	35,7	80,6	44,7	39,7	88,7
a) Stimmenzahl b) Stimmenanteil c) Mandate	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c
	Millionen	v.H.		Millionen	v.H.		Millionen	v.H.		Millionen	v.H.		Millionen	v.H.	
1. NSDAP	0,810	2,6	12	6,410	18,3	107	13,746	37,4	230	11,737	33,1	196	17,277	43,9	288
2. DNVP	4,382	14,2	73	2,458	7,0	41	2,177	5,9	37	2,959	8,8	52	3,137	8,0	52
3. Kons. Volkspartei	–	–	–	0,291	0,8	4	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4. Christl.-soz. VD	–	–	–	0,869	2,5	14	0,364	0,9	3	0,413	1,2	5	0,384	1,0	4
5. Landbund	0,200	0,7	3	0,194	0,6	3	0,097	0,3	2	0,105	0,3	2	0,084	0,2	1
6. Landvolkpartei	0,582	1,9	10	1,108	3,2	19	0,091	0,2	1	0,046	0,1	–	–	–	–
7. Bauernpartei	0,481	1,6	8	0,340	1,0	6	0,137	0,4	2	0,149	0,4	3	0,114	0,3	2
8. Volksrechtspartei	0,483	1,6	2	0,271	0,8	–	0,041	0,1	1	–	–	–	–	–	–
9. DVP	2,680	8,7	45	1,578	4,5	30	0,436	1,2	7	0,662	1,9	11	0,432	1,1	2
10. Wirtschaftspartei	1,397	4,5	23	1,362	3,9	23	0,147	0,4	2	0,110	0,3	1	–	–	–
11. Deutsch-hann. P.	0,196	0,6	3	0,144	0,5	3	0,047	0,1	–	0,064	0,2	1	0,048	0,1	–
12. BVP	0,946	3,1	16	1,059	3,0	19	1,193	3,2	22	1,095	3,1	20	1,074	2,7	18
13. Zentrum	3,712	12,1	62	4,128	11,8	68	4,589	12,5	75	4,231	11,9	70	4,425	11,2	74
14. DDP	1,506	4,9	25	1,322	3,8	20	0,372	1,0	4	0,337	1,0	2	0,334	0,9	5
15. SPD	9,153	29,8	153	8,578	24,5	143	7,960	21,6	133	7,248	20,4	121	7,182	18,3	120
16. USPD	0,021	0,1	–	0,012											
17. KPD	3,265	10,6	54	4,592	13,1	77	5,283	14,6	89	5,980	16,9	100	4,848	12,3	81
18. Sonstige	0,941	3,0	2	0,257	0,7	–	0,203	0,2	–	0,336	1,0	–	0,005	–	–
Insgesamt	30,753	100	491	34,571	100	577	36,882	100	608	35,471	100	584	39,343	100	647

Aus: E. R. Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 606f.

Arie Goral:

Vom 30. Januar 1933

Kein deutsches Wintermärchen

Kai Ehlers fragte mich in diesen Tagen, ob ich Lust hätte, an einer Veranstaltung zum Gedenken an den 30. Januar 1933 teilzunehmen und einen Bericht für den „Arbeiterkampf" zu schreiben, welche Erinnerungen ich an jene Zeit bewahrte. Von „Lust" kann nicht groß die Rede sein, aber ich sagte zu. Aus einer nur schwer zu beschreibenden Verpflichtung gegenüber dem eigenen gelebten Leben gehört es nun einmal dazu, da mitzumachen. Nenne man es: Ideale, Treue, Tradition, wie dem auch sein mag, gewiß ist viel vom „trotz allem" Bewahrten und unvergänglich Gehüteten darin. — Andererseits überkommt einen eine schier unüberwindliche Anwandlung von „unendlicher Zeiten Verlorenheit und Entfremdung", will man sich nun, guten Glaubens nach bestem Wissen und Gewissen, an das Wagnis machen, nicht nur von einer beliebigen Zeitspanne seines Lebens zu berichten, nein, sondern einen Brennpunkt seines Daseins, vielleicht DEN entscheidenden Zeitraum, der alles Weitere entschied, nun im späten Nachhinein so aufzuzeichnen, daß der Leser — vor allem der junge — empfindet: „So war's wohl, daß es mich selbst nicht viel anders beträfe".

Aber die Zeit drängt, mir bleibt nicht viel Überlegungsraum für eine Disposition; zudem soll ich an einer Ausstellung in Berlin zum gleichen Thema mitarbeiten. Dort aber lautet das Leitmotto: „1932 — Das Jahr der Entscheidung". Ich werde also den Genossen vom „Arbeiterkampf" die Mühsal aufladen, sich an der Spurensuche zurück in eine Zeit zu beteiligen, die, soweit sie von ihr Kenntnis nahmen, sie doch allein nur wie durch einen historisch-literarischen Kalender kennen, nun aber aufgefordert werden, mitanzupacken aus persönlichem Dabeisein und Dazutun bei der Aufdeckung Schicht um Schicht: „Wie war der 30. Januar 1933 — und wie kam es zu ihm". (Wobei die Zusatzfrage der Hauptfrage eine zusätzliche Dimension gibt.)

Der 30. Januar 1933 — damals und heute

Ich sprach vorhin davon, daß von „Lust" nicht groß die Rede sein könnte, das Thema anzugehen. Denn zwischen heute und dem „damals" liegen Äonen — und alles ist dennoch nah, nicht unbedingt wie von gestern, aber zeitnah angesichts des Geschehens heute rundum. Nicht, daß es deckungsgleich wäre, nicht einmal wesensverwandt, aber doch in der Disposition und tendenziell oft unheimlich analog. Verdammt, sagt man sich, das sind doch nun fünfzig Jahre her, Himmel, ein halbes Jahrhundert, das kann und darf doch nicht wahr sein: Irgendwie,
wandt, aber doch in der Disposition und tendenziell oft unheimlich analog. Verdammt, sagt man sich, das sind doch nun fünfzig Jahre her, Himmel, ein halbes Jahrhundert, das kann und darf doch nicht wahr sein: Irgendwie,
jedenfalls so ähnlich war das doch schon „damals" so. So ähnlich fing es doch schon einmal an. Gewiß, es war ganz anders, zudem gilt (?) immer noch der Lehrsatz: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Andererseits gilt: solange die Grundstrukturen erhalten blieben, die das zeitigten, was damals das „damals" dann wurde, ist im Prinzip alles wiederholbar, in welcher Form und mit welchen Varianten auch immer, d.h. Dramaturgie und Regie sind austauschbar, ebenso die Inszenierung; als Konstante bleibt „die Moral der Geschichte" — und die widerspricht zumeist jeder gesellschaftlichen Moral.

Denke ich also an das „damals", so denke ich an heute, nämlich an die Gegenwart, die das „damals" als Teil des Kontinuums der Geschichte in die Präsenz unseres gesellschaftlichen, politischen und sozialen Gefüges als Teil des Ganzen impliziert. Anders gesagt: mögen auch Geschehnisse von damals in ihrer Zeitgebundenheit vergleichsweise variabel und austauschbar sein — „das Prinzip 30. Janaur 1933" ist eine Konstante. Noch anders gesagt: der 30. Januar 1933 liegt nicht weit zurück wie die Eiszeit, sondern steht mitten im kalendarischen Gesellschaftssystem unserer Zeitordnung bzw. -unordnung. Diese Logik zwingt zum Fazit: ein „30. Januar 1933" ist jederzeit wieder machbar. Auch der 18. Brumaire des Louis Bonaparte blieb kein einmaliges Geschehen. Je nach Bedarf schafft sich jede Zeit ihre „Ermächtigungsgesetze", die zwecks Stabilisierung der herrschenden Interessen auch als „Notstandsgesetze" in schönster Legalität und „im Namen des Volkes" beschlossen und verfügt werden können.

Wäre es nicht so legalistisch banal, so klänge es wie eine Provokation: der 30. Januar 1933 war weder ein Staatsstreich, noch war er antidemokratisch illegal, nicht einmal um einen nicht vorauszusehenden Betriebsumfall — der Setzer wird gebeten, auf „Betriebsumfall" zu achten! — handelte es sich. Er folgte auf den 29. Januar mit Glanz und Gloria und Glockengeläute wie das Amen in der Kirche. Ich spreche jetzt allein vom formallegalistischen Geschehen. Das ist doch aber allemal so: Was hinter den Kulissen vor sich geht, das merkt ja das verehrte Wählerpublikum vulgo die Öffentlichkeit nicht. Was aber auf der politischen Bühne seit Jahr und Tag vor dem 30. Januar 1933 gespielt wurde und zwar nicht nur als volksbelustigendes Possenspiel à la „Panem et Circensis", sondern als wahrer, tagtäglich — im wahren Sinne des Wortes! — blutiger Ernst, das war doch für jedermann ersichtlich. Fazit: aus dem lange genug erprobten und unter voller Besetzung aller beteiligten Hauptdarsteller, Chargen und Massenszenen darstellenden Statisten, dazu aus den öffentlich ausliegenden Parteiprogrammen war eindeutig ersichtlich, wer da mitmischte und woher der Wind wehte — und wohin die Reise ging.

Die Judenhatz und der 30. Januar

Es stimmt einfach nicht, daß man „danach immer schlauer" ist. Man gestatte mir hier eine selbstironische Glosse: Vielleicht ist man als Jude, nämlich als Teil einer insbesondere in Deutschland seit eh und je bedrohten und diffamierten, wenn auch zweitweilig mehr oder weniger geduldeten Minderheit angesichts möglicher Gefahren wachsamer, denn man traut dem Frieden nicht so recht, ist mißtrauisch gegenüber dem beschwichtigenden „Das wird alles nur halb so heiß gegessen, wie es gekocht wird". Zugegeben: das Judesein an sich ist für nichts ein Indiz, allemal nicht für politisch geschärften Instinkt. Aber selbst dieser oft abgestumpfte, kreatürlich rudimentär nur noch vorhandene Instinkt, selbst in der Verkümmerung übertriebener Ängstlichkeit — wie sie ja beim kleinbürgerlichen Juden oft bis zur karikierenden Verzerrung und Selbstaufgabe ausartete — selbst diese apolitische Mimikry angesichts politischer und konkret bedrohlicher Realitäten ist ein Zeichen für das unverlierbare Gespür, daß „Gefahr droht".

Wenn überhaupt eine Gesellschaftsgruppe in ihrer repräsentativen Ganzheit sich der Gefahren bewußt war, die vom Nazismus ausgingen, so war es die deutsche Judenheit, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß sie, diese Judenheit, diese Minderheit von einer Viertelmillion, ja auch der Hauptadressat
heit sich der Gefahren bewußt war, die vom Nazismus ausgingen, so war es die deutsche Judenheit, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß sie, diese Judenheit, diese Minderheit von einer Viertelmillion, ja auch der Hauptadressat
des millionenfachen Aggressors war. Es wäre aber zu vereinfacht, wollte man nun dieser Judenheit, die ohnehin politisch und soziologisch keinen monolithischen Block darstellte und keine homogene Struktur aufwies, eine politische Qualität zuschreiben, die sie, allein schon aus der Vielzahl materieller und weltanschaulicher Antagonismen, nicht hatte und nicht haben konnte. Aber die Frage stellt sich auch nicht, wie sich die Judenheit verhalten hätte, wenn der Nazismus nicht prononciert antisemitisch gewesen wäre. Er war seinem historischen Herkommen und seiner ideologischen Disposition nach nun einmal rassistisch, völkisch und antisemitisch au fonds präfixiert. Die Gegnerschaft des repräsentativen Teils der deutschen Judenheit gegenüber dem Nazismus war also prädestiniert und exemplarisch.

Es hieße, nur der halben Wahrheit die Ehre zu geben, wollte man verschweigen, daß es teutschtümelnde Juden gab, die partout an ein Arrangement mit den Nazis und Hitler glaubten. Es wurde schon gesagt, daß das Judesein an sich letztlich kein Indiz für politisch völlig intakten Instinkt sei — ebensowenig wie das Protestant- oder Katholik- oder Atheistsein. Es lohnt sich hier nicht, sich mit diesen extravagant banalen Eskapisten, die im übrigen allesamt schmählich Schiffbruch erlitten, näher zu befassen. Sie spielten vor dem 30. Januar 1933 und danach, soweit überhaupt, nur eine verhängnisvoll peinliche Rolle. Interessantere und wichtigere Beiträge zum Zeitgeschehen lieferten schon jene Gruppierungen des jüdischen Mittel- und Großbürgertums, die, insbesondere unter der Last der Verantwortung für die terrorisierten und diffamierten, der nichtjüdischen Öffentlichkeit gegenüber denunzierten und kriminalisierten, diskriminierend exponierten und dementsprechend mörderisch isolierten, dem deutschen Gesamtpöbel preisgegebenen, materiell und menschlich schutz- und hilflosen, also jene aus Gemeindeverpflichtungen und Gemeinschaftsbindungen verpflichteten, sich der eigenen Konflikte bewußten, führenden Persönlichkeiten und Gruppierungen nach Auswegen aus der Not — selbst unter Hinnahme von auferzwungenen Kompromissen — suchten. Das aber ist ein sehr weites Kapitel, das zu überschauen und zu beurteilen nur dem gegeben ist, der die Totalität der Not- und Zwangslage der Masse der Juden kennt. Diese Not- und Zwangslage der Judenheit — also der aufgrund glaubens- oder/und traditionsmäßiger, wie lose auch immer sich verbunden fühlender Schicksalsgemeinschaft — datierte nicht erst vom 30. Januar 1933 her, sondern trug das Stigma einer schon seit langher tradierten, schon vor Einsatz der NS-Aggressionen vom Ungeist der nationalistisch- völkischen, rassistisch antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung auf breitester Basis.

Eine längst nicht überzeugend genug eindeutige Entlarvung der Heuchelei deutscher Geschichtsschreibung jüngster Vergangenheit versäumte bisher, die Behauptung zu widerlegen, die Juden hätten sich nicht rechtzeitig und genügend, soweit überhaupt, gewehrt. Dieser Behauptung liegt ein Verdrängungsmechanismus zugrunde seitens jener, die faktisch eine gesellschaftlich und sozial nicht in sich geschlossene und über keine ausschlaggebenden Machtpositionen verfügende Minderheit im Stich ließen, um sie aus Eigeninteresse der Unterdrückung und Verfolgung des NS-Gewaltregimes vor und nach 1933 auszuliefern. Es muß einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß sowohl das deutsche Bürgertum als auch die Arbeiterschaft der Zielausrichtung des speziell gegen die Juden gerichteten Antisemitismus nur eine untergeordnete Bedeutung und dementsprechend eine nur beiläufige Abwehr beimaßen. Der Antisemitismus betraf für sie „ja nur" die Juden; seine gesamtgesellschaftliche Bedrohung wurde nie anerkannt, von wenigen „humanen Ausnahmen" abgesehen.

Es wird hier nicht behauptet, daß das für den dann einzutreffenden 30. Januar 1933 entscheidende Hauptkriterium einzig und allein der auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens für jedermann sichtbare Antisemitismus war, sondern es wird gesagt, daß an ihm ablesbar war, wie die auf einen 30. Januar 1933 hinführenden Mechanismen und Tendenzen nahezu naht- und widerstandslos in die Anpassungsgewöhnung des öffentlichen Lebens und deren Alltagszwänge übergingen. Die Apathie
lesbar war, wie die auf einen 30. Januar 1933 hinführenden Mechanismen und Tendenzen nahezu naht- und widerstandslos in die Anpassungsgewöhnung des öffentlichen Lebens und deren Alltagszwänge übergingen. Die Apathie
selbst der fortschrittlichen Öffentlichkeit gegenüber dem Antisemitismus war wie ein seismographisches Zeichen hinsichtlich der allgemeinen Indifferenz gegenüber elementaren Infragestellungen — und eine solche war und ist der Antisemitismus! — der Prinzipien der Demokratie, zu denen die unteilbare und unabdingbare Inschutznahme einer Minderheit gehört hätte, wie sie die Judenheit darstellte. Gerade der Verrat gegenüber dieser Minderheit, die in der Folge der ihr vor noch nicht einem Jahrhundert gewährten Emanzipation bis zur Selbstaufgabe der Assimilation an die Integration glaubte, dieser längst vor dem 30. Januar 1933 verbal verkündete und aktiv betriebene Verrat am Grundgesetz der Gleichheit aller Bürger wurde zum Menetekel der Weimarer Republik, die, wie Carl von Ossietzky einmal es nannte, eine Republik ohne Republikaner war!

Es stellt sich die Frage, ob der Bundesrepublik Deutschland ein ähnliches Schicksal angesichts der Mißachtung anderer Minderheiten gegenüber einmal beschieden sein könnte.

Dem einen oder anderen Leser und so mancher Genossin mag mißfallen, daß und wie hier an der „Judenfrage" der unaufhaltsame Niedergang der Weimarer Republik demonstriert wird. Gerade in Linkskreisen, denen anzugehören ich mir zumute, grassiert aber eine gewisse Allergie, die sich bis zur hysterischen Idiosynkrasie steigert, kommt man einmal auf solche und verwandte jüdische Existenz- und Identitätsfragen zu sprechen. Nicht ohne provokatorische Absicht, die ich mir als unbezahlter Autor als Gratiszugabe herausnehme, spreche ich sogar von einem „linken Antijudaismus", der historisch, sozioökonomisch und ethnoideologisch bedingte „Judaismen" ebenso arrogant ignoriert wie unsolidarisch denunziert. Was man sich gegenüber keinem Sinti und Araber erdreisten würde, sich nämlich Urteile über kulturelle Fundamentalfragen anzumaßen, erlaubt man sich gegenüber jüdischen Kulturfragen, ohne auch nur die geringste Ahnung von dem zu haben, was in Frage zu stellen, man ein Recht zu haben sich zuschreibt. Wenn nachfolgend ein simples Beispiel, das eher in den Bereich der menschlichen Borniertheit gehört, genannt wird, so hat das eminent mit unserem Thema „30. Januar zu jeder Zeit" zu tun:

In ebenso wohldosierter wie -temperierter Weise gehört meine politische Sympathie, wenn auch nicht frei von abwägender, doch wohlwollender Kritik, der GAL und den Alternativen. Es ist das ein Bonus, den ich meiner eigenen Jugend schuldig bin. Unlängst erfuhr ich aber von einem Votum der GAL, das mir, ich übertreibe nicht, die Schamröte für und die Wut auf die GAL hochtrieb. Ich meine deren Veto gegen die Finanzierung von Einladungen ehemaliger jüdischer Bürger Hamburgs. (Der Rohrkrepierer erbrachte, daß man dann selbst gegen die eigene Eingabe stimmte.) Ich meine, auch ein solches Mißverhalten hat sehr viel mit dem „30. Januar zu allen Zeiten" zu tun. Ich meine damit das Seelenkrüppeltum im Bereich des Politischen. Da gibt es nun einige alte Juden, die von ihrem leidigen Heimweh nicht loskommen, denen die Stadt aber ermöglicht, sich noch einmal einige gute Tage in ihrer Heimatstadt, aus der sie vertrieben wurden, zu machen — und da stimmen jene dagegen, die vielleicht die Enkel derer sind, die „damals" — also nach dem 30. Januar 1933 — dazu beitrugen, daß diese jetzt alten Leute, unsere jüdischen Mitbrüder, verjagt wurden...

Und die Moral der Geschichte?

Es ist Aufgabe vom „Arbeiterkampf" und seiner Leserinnen und Leser, wie sie meinen Bericht zur Kenntnis nehmen und sich mit ihm auseinandersetzen. Bereits zu anderen Gelegenheiten habe ich deutlichst zu verstehen gegeben, daß ich mich nicht zum „linken Alibijuden" eigene, dem man Solidarität abverlangt, ohne ihm das Recht einzuräumen, das kritisch anzumerken, was ihm aussagenswert erscheint. Wenn er nun davon berichtet, wie es am 30. Januar 1933 war und wie dieser Tag auf ihn zukam und in ihm nachwirkte, so ist er sich völlig darüber im klaren, daß die Vielfalt der Geschehen, die die „objektiven Verhältnisse" ausmachten, keineswegs sich allein auf das Schicksal der Juden konzentrierten. Dennoch aber kommt er nicht umhin, unter Einbeziehung seines eigenen Judeseins, auszusprechen, daß dieser Tag der Kulminationspunkt der sich auftürmenden jüdischen Katastrophe war. Es liegen genügend Zeitberichte vor, aus denen der Interessierte sich die in Frage kommenden Daten aus der Vorzeit der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zusammensuchen kann. Was er aber in all diesen Berichten nicht findet, das ist die nicht aus der deutschen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung zu löschende bzw. „auszumerzende" Schandtatsache, daß man die Juden als diffamierte und schon über Jahre diskriminierte Minderheit nahezu total im Stich ließ, sie faktisch ihrem Schicksal überließ und jenen auslieferte, die diese Minderheit zunächst diskriminierte, sie mehr und mehr isolierte, um sie schließlich zu liquidieren. Man zerrede mir jetzt nicht das von mir Behauptete und mit Fakten zu Belegende: den Verrat von rechts bis links an der jüdischen Minderheit. Die einen oder anderen mögen sich wohl insgeheim des Verrats geschämt haben, aber sie überließen die jüdische Minderheit — ob nun jüdische Kleinbürger, jüdische Handwerker, jüdische Jungsozialisten, jüdische Kapitalisten (absichtlich reihe ich derart) — ihrem Schicksal.

Dieses Schicksal aber war absehbar! Vor allem in der angeblich „noch normalen Zeit", also in den Jahren vor 1933. Was war damals eigentlich noch „normal"? Der Faschismus und Nazismus etablierten sich in allen nur möglichen Varianten in Behörden, Ämtern und Staatsapparaten. Faschisten und Nazis marschierten in unübersehbaren Massenformationen durch die Straßen. Die faschistischen Formationen des „Stahlhelm" und der SA terrorisierten unter Polizeischutz die Öffentlichkeit. Wer aufmuckte, der wurde zusammengeschlagen. Der Chronist wurde am



Plakat des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu den Reichstagswahlen am 14. September 1930

Kampf dem Faschismus

hellichten Tag im Jahre 1932 (am 20. Juli) in den Collonaden in Hamburg blutig von einer SA-Gruppe zusammengeschlagen, weil er sich weigerte, ein SA-Flugblatt anzunehmen (an dem Tag sprach Hitler auf dem Victoria-Sportplatz). Auf der gegenüberliegenden Straßenseite — vor dem Schaufenster von Steinway — stand ein Polizist und sah geflissentlich weg. Die Passanten gingen ruhig ihres Weges... (Vielleicht rettete mir diese Erfahrung das Leben, indem ich rechtzeitig Deutschland verließ.) Ich war damals mehr oder weniger bekannt als Leiter einer jüdisch-sozialistischen Jugendbewegung. Um die Gegend am Dammtor hatten SA-Gruppen in Lokalen ihre Hauptquartiere, die zu passieren gefährlich war. Ohne Übertreibung sei festgestellt, daß wir linksorganisierten jungen Juden uns über das Kommende keinerlei Illusionen machten. Natürlich ahnten auch wir nichts von einem AUSCHWITZ, hatten keine Vorstellungen von den Formen der Konzentrationslager, aber wir wußten, daß Nazis und SA potentiell und faktisch eine Mörderbande waren. Wir hatten politisch erfahren und erfaßt, was die verschiedenen Gruppierungen der Reaktion und Restauration darstellten, wußten von den Fememorden der Freikorps, waren nicht blind gegenüber der Flut des aufkommenden völkischen Rassismus, erlebten tagtäglich die Hetzflut der Erich und Mathilde Ludendorff und ihres Tannenbergbundes. In Hamburg sprießten ungehemmt Nazismus und Faschismus; nicht zufällig war der „Deutschnationale Handlungs- und Gehilfen-Verband", eine der radikalsten Rechtsorganisationen, so besonders stark in Hamburg.

Hamburg, seine demokratischen und liberalen Gartenzwerge mögen euch noch so schöne Ammenmärchen vom ach so liberalen Hamburg, von der Oase, in der „es nicht so schlimm zuging", erzählen, mein intaktes Erinnerungsvermögen und meine geistige Netzhaut wissen es besser. Es mag auch daran liegen, daß man als Jude ein besonders ausgeprägtes Erinnerungsvermögen an das einmal und immer wieder Gejagtsein mit für den weiteren Lebensweg bewahrt. Aber es ging nicht einmal um das Gejagtsein allein. Man leistete Widerstand, wo und wie man nur konnte.

Freunde, Kameradinnen, Genossen und Genossinnen, hört doch endlich auf mit dem Gefasel vom Juden und von den Juden, die sich widerstandslos zusammenschlagen und deportieren ließen. Das ist doch auch nur eine der Schutzbehauptungen, mit denen ihr verdrängen wollt, daß ihr nicht radikal erbarmungslos eure Eltern und Großeltern fragtet, wie es denn dazu kam, daß Juden so gehetzt wurden, daß man es geschehen ließ, daß sie vertrieben wurden. Ich weiß, ich weiß, auch eure lieben Eltern haben von all dem nie etwas gesehen, kannten auch nur „sympathische Juden", mit denen sie verkehrten und Skat spielten usw.

Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands

Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands

Solange Widerstand, in welcher Form auch immer, möglich war, leisteten Juden Widerstand. Viele hofften zwar, daß das Unheil sie verschonen werde — wer hofft das nicht? — aber sie waren vor den Realitäten nicht blind. Selbst das bürgerlich konservative, ebenso wie das bürgerlich liberale Judentum leisteten auf ihre Weise Widerstand, ganz besonders entschieden gegen den Antisemitismus und Nazismus. Sie veranstalteten Versammlungen, druckten Broschüren, verteilten in Millionenauflagen Flugblätter. Was sollte sie sonst tun? Die deutsche Obrigkeit sorgte ja angeblich für „Ruhe und Ordnung". Was tat das nichtjüdische Bürgertum denn anderes und mehr? Bewaffnete es sich etwa? Wie denn, es wählte Hindenburg zum Schützer der Republik, der sie dann Hitler anvertraute. Was, verdammt, sollten eigentlich die Juden machen? Was tat denn die millionenstarke Arbeiterschaft?

Der hier Berichtende lebte in jener Zeit in Hamburg und in Berlin. Er machte in Hamburg die berühmten Aufmärsche des Reichsbanners und der Eisernen Front mit und erlebte (mit heilen Knochen) die berühmt-berüchtigten Saalschlachten in den Pharus-Sälen in Berlin. Er diskutierte mit Kommunisten und Sozialdemokraten, mit Genossen vom ISK und von der SAP. Er und viele seiner Freunde machten eine schmerzliche Erfahrung: daß man mehr und mehr gegeneinander — statt miteinander stritt. Aus sehr subtilen ideologischen Unterscheidungen wurden mehr und mehr pauschalisierende Dogmen und Demagogien.

Noch etwas muß hervorgehoben werden: wir waren jung, waren junge Menschen mit Idealen, menschheits-





Arie Goral 1933 und 1983

und gesellschaftsverändernden Ideen. Wir waren — man werte es je nach Belieben bzw. Hochmut — sehr belesen. Wir lasen auch die Literatur unserer geistig-politischen Gegner, ohne sie zu „Feinden" oder gar zu „Sozialfaschisten" zu denunzieren. Man sprach „trotz allem" sehr viel miteinander, half sich auch in Notlagen. Aber die Zerspaltenheit der Linken wurde immer spürbarer auswegslos. Besonders für uns junge linke Juden.

Blutige Mai-Demonstrationen in Berlin; der Altonaer Blutsonntag; das Arbeitslosenheer der Millionen. Der Kaiser war längst gegangen, Hindenburg und die Generäle waren geblieben. Eine Regierungskrise nach der anderen. Und der unaufhaltsame Aufstieg ds Heeres der Hakenkreuzler. Gewiß, da demonstrierten auch Reichsbanner und Eiserne Front und der Rot-Front-Kämpferbund, soweit er nicht verboten war. Aber alles überwog diese irre Lust der Deutschen am Hakenkreuz. Übrigens gab es damals viel jugendbewegtes „Zurück zur Natur", heim zur Radieschenplantage, mit viel Guitarre und Mandolinen und Zupfgeigenhansl, Heimgestricktem und Handgewebtem. Man wußte oft nicht so recht, ob die saftgrün oder knallrot waren. Wie die „Tendenzwende" oder die Farbenphysik es aber erbrachten — mischt man grün mit rot, so wird daraus braun —: man fand diese Leutchen nach 1933 zumeist auf der Rechten, bei den Nazis.

Ich will hier keine 30. Januar-Retrospektive-Show abziehen, sondern versuche allein die Vielschichtigkeit des Geschehens so lebendig zu schildern, daß den Lesern auch die Simultanität damals und das Synoptische der politischen Turbulenzen nachvollziehbar werden in einer Zeit, die sich wiederum geradenwegs auf ein Chaos zubewegt. Alöle Analogien jedoch, die man zur heutigen Zeit ziehen mag, sind mehr oder weniger theoretisch, nachkonstruiert, ohne das gesamtgesellschaftliche Panorama politnaturgetreu wiederzugeben. Nachdenkanstöße sollten aber nicht ausbleiben...

Meine Freunde und Genossen unse-
che Panorama politnaturgetreu wieder-
zugeben. Nachdenkanstöße sollten
aber nicht ausbleiben...

Meine Freunde und Genossen unserer jüdisch-sozialistisch-zionistischen Bewegung zogen Konsequenzen: Wir sahen weder in den Reihen des Bürgertums noch des Proletariats sinnvolle Perspektiven. Wir erlernten handwerkliche Berufe. Pathetisch gesagt: wir proletarisierten uns selbst. Schlosser, Elektriker, Gärtner und landwirtschaftliche Arbeiter. (Der Chronist hat immerhin rund fünfzehn Jahre seines Lebens als Arbeiter in den verschiedenen Sparten der Landwirtschaft zugebracht: Ackerbauwirtschaft, Milchwirtschaft, Weinbau und Maschinenbedienung. Es wird mit besonderem Behagen insbesondere gegenüber so manchem Schili-Papierproleten auf Zeit hier vermerkt...) (Schili = schicke Linke).

Widmen wir einige Zeilen dem „anstößigen" Fall „jüdisch-sozialistisch-zionistische Bewegung". Machen wir uns nichts vor, es wird da keine Verständigung zwischen uns geben. Optimal eine Annäherung dahin, daß wir uns darin einig sind, daß wir uns nicht einig sind.

Für uns sozialistisch-zionistische Juden war der damalige Gang und Stand der Dinge „nur" eine Bestätigung unserer gesamtgesellschaftlichen Analyse. Wir wußten aus unserer Geschichtskenntnis, daß die Juden als Minderheit besonders bei sozioökonomischen Gesamtkrisen besonders gefährdet sein würden. Wer nur etwas jüdische Geschichte kennt — aber wer von euch, Genossen, kennt sie schon? — weiß, daß nahezu alle wirtschaftlichen und politischen Krisen der „Wirtsvölker" in Verfolgungen und Pogromen endeten. Die Aggressionen richteten sich immer gegen die Juden an sich und als Ganzes, nicht etwa „nur" gegen eine Klasse — was nicht minder schlimm wäre. Aber selbst die sozialistisch orientierte Judenheit bekam in Varianten den Antisemitismus der eigenen nichtjüdischen Klasse irgendwann zu spüren. So beispielsweise in den Krisenjahren Ende der zwanziger Jahre die aus Osteuropa eingewanderten ostjüdischen Arbeiter oder Handwerker. Er wurde zum „Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt" deklariert. (Ähnliches geschieht heute mit türkischen Arbeitern.)

Um es in aller Radikalität zu sagen: Wir wurden durch die Verhältnisse zu Zionisten! Die deutsche bzw. europäische Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte machte uns zu Zionisten — weil der Zionismus — und für uns der sozialistische! — die einzige Alternative war, uns unsere jüdische Identität und gleichzeitig unsere gesellschaftliche Integrität zu bewahren. Eine andere Frage ist, daß der sozialistische Zionismus seit geraumer Zeit in einer großen Krise steht, aber, mit Verlaub, der Sozialismus generell steht ebenfalls in einer Fundamentalkrise. Nennt mir doch einen lupenreinen Sozialismus in gesamtgesellschaftlicher Verwirklichung!

Ich erlebte den 30. Januar und die Tage danach hautnah hier in Hamburg. Meine Freunde und ich, wir wußten, daß etwas Irreparables geschehen war. Wer das Hochgehen der riesigen Hakenkreuzfahne am Mast auf dem Rathausplatz am 8. März erlebte, der erlitt einen Schock für alle Zeiten. Das Gefürchtete war Realität geworden. Aber wie man es sich auch ausgemalt hatte, die Wirklichkeit war grauenhafter. Am 7. März war es wohl, daß der neue NS-Senat eingesetzt wurde. Die Nazifahne ging unter dem frenetischen Jubel einer Hunderttausende zählenden Masse, die Rathausmarkt und Mönckebergstraße füllte, hoch. (Es ist übrigens der Fahnenmast, neben dem jetzt das Heine-Denkmal steht! Die Geschichte hat ihre eigenen Pointen...). Ich stand zu Füßen des Barlach-Denkmals. Für mich zerbrach eine (ohnehin schon nicht mehr intakte) Welt. Ich sah hier keinen Weg mehr. Einige Wochen später verließ ich Deutschland. Als Landarbeiter fand ich zunächst in Frankreich bald Arbeit.

Denkmals. Für mich zerbrach eine (oh-
nehin schon nicht mehr intakte) Welt.
Ich sah hier keinen Weg mehr. Einige
Wochen später verließ ich Deutsch-

Der noch immer wartende runde Tisch

Rekapitulieren wir noch einmal: Die Gefahr besteht, daß man den 30. Januar 1933 als ein einmaliges und in sich beschlossenes Datum und dementsprechend am 30. Januar 1983 komprimiert, sozusagen ihn als „den Orgelpunkt", um den sich alles drehte, begreift und in Sonntagsreden darzustellen sich bemüht. Im Grunde war der 30. Januar nicht mehr und nicht weniger als eine Datenbagatelle, deren Banalität in ihrer geschichts- und verwaltungsverbrieften deutschen Gründlichkeit besteht. Man bedenke: der Kapp-Putsch, der angesichts des Aufstands der Massen zusammenbrach, der enthob sich doch noch den ansonsten gewohnten deutschen biedermännischen Maßstäben. Aber der 30. Januar? Die wildgewordenen braunen Spießerhorden, die seit Jahr und Tag mit Hilfe der Großindustrie den Untergang der Demokratie betrieben, feierten am 30. Januar „nur" öffentlich rechtlich legal Urständ. Daß der Tag kommen würde, das war doch vorauszusehen! Die Wegbereiter in Justiz, Heer und Polizei warteten doch nur ihrer Stunde. Man lese doch einmal nach, was sich „damals" alles sammelte, um mit von der Partie und der Partei zu sein. Was die Hitler-Presse nicht ganz erreichte, vollendete die Hugenberg-Presse. Was der Industrie-Klub nicht bewirkte, besorgte die Harzburger Front. Was die SA nicht bewältigte, schaffte der STAHLHELM. „Hakenkreuz am Stahlhelm" dröhnte es doch über Stadt und Land! Es sei nochmals festgestellt: das geschah nicht bei Nacht und Nebel, sondern seit Jahr und Tag im ganzen deutschen Reich. — Und die mächtigen Gewerkschaften? Und die millionenstarken antifaschistischen Parteien? Und REICHSBANNER und EISERNE FRONT? Und die Linksgruppen und die Kommunisten? Damals schrieb Carl von Ossietzky seinen berühmten Aufsatz „Ein runder Tisch wartet". Der blieb leer und wartete nicht nur damals und seitdem vergeblich. Daß dem so ist, daran tragen ALLE die Mitschuld!

Man verarge mir nicht, wenn ich mir noch die Bemerkung erlaube, daß Sozialismus und die Verwirklichung des Sozialismus sehr viel mit Demokratieverständnis und, so schwer es oft ist, mit Toleranz und nicht zuletzt MIT DEM MENSCHEN zu tun hat. Gustav Landauer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und noch so manche haben dazu einiges Buchens- und Merkenswertes gesagt. Was aber nicht hinderte, daß sie Opfer ihres Glaubens und Wirkens wurden.

Wer behauptet, wir lebten in einem Polizeistaat mit Faschismusmethoden, redet Unsinn. Wer aber behauptet, solche Zeiten seien nicht mehr möglich, ist ein Dummkopf oder ein Agent provocateur. Wie auch immer: Wir gehen bösen Zeiten entgegen — nicht nur „Krisenzeiten". Als demokratischer Sozialist probe ich unentwegt den Widerstand — auch mit einem solchen Text.

Aber die besten Texte helfen nichts, wenn aus ihnen keine Schlußfolgerungen gezogen werden, die die Theorie in Praxis umwandeln. Das wiederum besagt aber nicht, daß allein eine totale Übereinstimmung von Theorie und Praxis die Rettung sei. Aller Theoriendogmatismus der GAL hilft ihr und uns nicht weiter, wenn es nicht gelingt, den Konsens zu jener breiten Öffentlichkeit übergreifend herzustellen, die erst die Realisierung ermöglicht. Hätte beispielsweise der Theorienkatalog der Linken vor und um 1933 gestimmt, wäre er deckungsgleich mit der direkt betroffenen und angesprochenen Öffentlichkeit gewesen, wäre es nie zu einem 30. Januar 1933 gekommen. Wir müssen uns endlich eingestehen, daß das Hoffen und „die Sehnsucht" der Massen — auch der proletarischen! — nach einer Befreiung von Nöten durch Verwirklichung, daß erst dieses (irregeführte und mißbrauchte) Verlangen der sonst schweigenden und zumeist immer anonym bleibenden Masse den 30. Januar ermöglichte.

Linken vor und um 1933 gestimmt, wä-
re er deckungsgleich mit der direkt be-
troffenen und angesprochenen Öffent-
lichkeit gewesen, wäre es nie zu einem

Ich kann und will es dem Leser vom „Arbeiterkampf" aber nicht ersparen, ihn nochmals mit der „Judenfrage" im gegebenen Zusammenhang zu konfrontieren, weil sie, ungeachtet persönlicher Sympathien oder Aversionen, geradezu modellhaft für alle Zukunft ist. Ich möchte es so nennen: „Sage und zeige mir, wie du mit DEINEN JUDEN umgehst — und ich sage dir, wie es dir selbst ergehen wird!" Das Verbrechen an den Juden unter stillschweigender Duldung der Öffentlichkeit — auch seitens der Arbeiterschaft! — ist jederzeit an „Ersatzjuden" wiederholbar! Abgesehen davon, daß selbst ein „neuer Judenhaß ohne Juden" jederzeit produzierbar ist, wenn es die „Verhältnisse" wünschenswert machen. Der notwendige Widerstand liegt nicht allein in der Verweigerung, sondern in der steten Selbstkonfrontation mit den einmal gemachten Erfahrungen aus der Geschichte. Eine der größten Gefahren unserer Gegenwart ist das mehr oder weniger unbewußte Leben in einem Zustand der Geschichtslosigkeit! „Auschwitz liegt wie die Eiszeit so weit zurück, es geht mich direkt nichts an". Tatsächlich reagierten zur Zeit vor dem 30. Januar 1933 und des späteren Auschwitz die meisten ebenso: ES GING SIE PERSÖNLICH NICHTS AN, sie waren direkt nicht betroffen. Man lese aber einmal nach, was es alles schon an Verboten, Geboten, Gesetzen, Androhungen vor dem 30. Januar 1933 — von der Zeit danach ganz zu schweigen! — gab, die die Juden betrafen und sich gegen sie richteten. Da war das „Prinzip Vernichtung" vorausschaubar! Diese Vergangenheit kann jederzeit DURCH UNS und MIT ERSATZ-JUDEN wieder Gegenwart werden!

Auch ich und meine Kameraden sangen „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" und „Wann wir schreiten Seit' an Seit' " — aber da war keine Freiheit mehr, und Seit' an Seit' schritten mit uns Juden immer weniger. Es ist eine sehr banale Wahrheit: soweit wir nicht Ausgestoßene waren, wurden wir Gemiedene. — So erlebte ich auch noch den Juden-Boykottag, den 1. April. Das muß man erlebt haben, wie da plötzlich Männer, mit denen man noch am Tag vorher ahnungslos ein Glas Bier trank oder über Thomas Mann sprach, plötzlich in vollem SA-Dreß — mit Sturmmütze, Hakenkreuzbinde und Schaftstiefeln — in Erscheinung traten und grölten: „Juda verrecke! Juden raus!" Hamburgs Studenten machten da ürigens keine Ausnahme, im Gegenteil, sie taten sich besonders hervor!

Wer sich jetzt auf den 30. Januar 1933 sozusagen als Gedenktag bei gedämpftem Trommelschlag fixiert, begeht einen großen Fehler. Er sollte sich hellwach umtun und abmessen, ob er für sich alles tut, um nicht blindlings in einen neuen 30. Januar zu tappen. Solidarität ist eine erhabene Wahrheit, aber eine sehr harte und unbequeme Praxis. Im übrigen: Hätte man in den fünfzig Jahren, die nun seit dem 30. Januar 1933 vergangen sind, an Gedenken, Beschwörungen, Bekenntnissen und Gelöbnissen das an Schulen, in Bünden, an Universitäten, in Podiumsdiskussionen und Artikeln über den Zeitraum der fünfzig Jahre lehrend und lernend verteilt, was man jetzt anläßlich des „Jubiläums" als Ehrenschuld einlöst, hätte man fruchtbarer mehr alltägliche, mühsam nüchterne, anonyme Kleinarbeit geleistet, man würde den überall „real existierenden 30. Januar" und seine jederzeit konkret potentielle Auferstehung wirklichkeitsnäher und geschichtsträchtiger begreifen als stete Verpflichtung zum Widerstand — und nicht als eines der Daten zur Kenntnis nehmen, die anzumerken zu unseren Pflichtübungen gehört — um sie dann wieder zu vergessen.

Zeitraum der fünfzig Jahre lehrend
und lernend verteilt, was man jetzt an-
läßlich des „Jubiläums" als Ehren-
schuld einlöst, hätte man fruchtbarer

23./24. Dezember 1982 — arie goral

An Arie Goral

Recht hat er, der Arie Goral. Schamröte der Wut wäre angebracht, wenn die GAL ehemaligen jüdischen Bürgern Hamburgs diese kleine Möglichkeit zur Erinnerung nehmen will. Er irrt aber, wenn er dies als Absicht unterstellt. Vielmehr ist der GAL im Eifer ihrer Parlamentstätigkeit ein peinlicher Fehler unterlaufen. Auf der Suche nach Einspar-Möglichkeiten im Hamburger Haushalt haben eifrige GALier die Tausenden verschiedenen Haushaltstitel durchstöbert. Ergebnis dieses Stöberns war, daß im GAL-Beschluß zur zukünftigen Arbeit im Parlament auch ein Abschnitt „Wer soll das alles bezahlen?" auftaucht. Dort heißt es unter anderem, daß Einsparungen möglich seien durch Streichung *„verschiedener Luxus- und Prestigetitel im Haushalt wie 'Pflege der Beziehungen zu ehemaligen Mitbürgern Hamburgs', 'Ehrungen aus Anlaß von Ehejubiläen u. dgl.' "*.

Hinter der Aufnahme dieses Vorschlags verbarg sich keine genaue Kenntnis vom Inhalt des Haushaltstitels, geschweige denn, daß alte Juden hiermit gemeint sein könnten. Absicht der GAL-Autoren war es, dem Staat konkrete Verschwendung anzulasten, Verschwendung von Geldern, während andernorts nicht mal mehr Geld für das bißchen Sozialhilfe da ist. Arie Goral möge den Verfassern abnehmen, daß Unkenntnis und Übereifer beim 'alternativen Sparen' die Feder der Autoren führten. Die GAL hat in einer Pressestellungnahme sich zu diesem Fehler bekannt.

Hr.





Vor 50 Jahren:

Die große Weltwirtschaftskrise — Vorgeschichte und Folgen —

Ein Schreckgespenst geht durch die kapitalistische Welt, das Gespenst einer neuen Weltwirtschaftskrise: Millionen von Arbeitslosen, wachsende Armut selbst in den imperialistischen Metropolen, eine Unzahl von Konkursen, selbst soche Gigangen wie die AEG stehen vor dem Zusammenbruch. Es wird immer klarer, daß das kapitalistische Weltsystem vor seiner größten ökonomischen Krise seit Anfang der dreißiger Jahren steht. Angst macht sich breit, es könne heute wieder so weit kommen, wie zum Ende der Weimarer Republik. Auch wenn die meisten Menschen die Weltwirtschaftskrise nicht am eigenen Leib erfahren haben, so ist sie für viele noch heute Symbol des gnadenlosen Klassenkampfes von oben, des massenhaften Elends. Sie markiert aber auch den Anfang vom Ende der Weimarer Republik, den Aufstieg des deutschen Faschismus.

Es gibt also Gründe genug, 50 Jahre nach der Machtergreifung der Faschisten und angesichts der aktuellen ökonomischen Krise, die damalige Weltwirtschaftskrise etwas genauer zu betrachten. Noch ist für uns kaum vorstellbar, welche Ausmaße die damalige Krise hatte. Das gesamte kapitalistische System war betroffen. Ob Chikago, Hamburg, Wien, Izmir, Tokio oder Rio de Janeiro, überall die ähnlichen Phänomene: Arbeitslosigkeit, Konkurse, Zusammenbruch, Hunger und Deklassierung der arbeitenden Menschen. Alle imperialistischen Länder waren erfaßt, alle relevanten Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen: Produktionsmittel-, Lebensmittel- und Rohstoffproduktion, Innen- und Außenhandel, Börse und Kreditsystem.

Am schlimmsten aber, wie sollte es anders sein, waren die Konsequenzen für die Arbeiterklasse. 9 Millionen Menschen waren in Deutschland arbeitslos oder mußten kurzarbeiten, 3 Mio mußten ohne staatliche Unterstützung ihr Leben fristen. Die Tagesration, die ein Unterstützungsempfänger für sich und seine Familie erhielt, bestand aus sechs kleinen Kartoffeln, fünf Scheiben Brot, einem faustgroßen Kohl und einem Stückchen Margarine. Dreimal im Monat konnte sich ein Erwachsener einen Hering leisten (Die Zeit, 27.8.82).

Welches die Ursachen dieser bis heute einschneidendsten und konsequenzenreichsten ökonomischen Krise waren, welche Politik die Bourgeoisie zur Bewältigung der Krise entwickelte und welche Auswirkungen dies für die arbeitenden Menschen hatte, wollen wir im folgenden Artikel untersuchen.

Um die Krise wirklich begreifen zu können, wird es notwendig sein, einige Aspekte der Geschichte des deutschen Imperialismus vom Ende des 1. Weltkriegs bis zum Ausbruch der Krise etwas genauer zu betrachten.

Die Situation nach dem ersten Weltkrieg

Das Gefüge der kapitalistischen Welt hatte sich durch den ersten Weltkrieg tiefgreifend verändert. Die USA waren zur führenden Macht aufgestiegen, ihre ökonomischen Potenzen gewaltig, der Dollar trat seinen blutigen Siegeszug um die Welt an.

Die imperialistischen Konkurrenten Deutschland, England und Frankreich waren durch den Krieg bedeutend geschwächt, ihre Wirtschaft deformiert: Die Millionen von Kriegstoten und Kriegsverletzten hatte die Zahl der arbeitsfühigen Menschen erheblich reduziert, die Arbeitskraft der Überlebenden war durch Unterernährung und Überarbeitung eingeschränkt. Die gigantische Materialschlacht des ersten Weltkrieges hatte den sachlichen Produktionsapparat weitgehend abgenutzt, der Verschleiß an Gebäuden und Maschinen war nur selten ersetzt worden. Die unmittelbaren Kriegsschäden taten ein übriges, daß der Produktionsapparat der kriegführenden europäischen Länder dem hochmodernen der USA weit unterlegen war (1). Besonders hart aber trafen die Folgen den deutschen Imperialismus, den Verlierer des Krieges um die Neuaufteilung der Welt. Nicht nur, daß sein ökonomisches Potential dezimiert und deformiert war, er hatte zudem innen- wie außenpolitisch die negativen Folgen seiner abenteuerlichen Politik von 1914 zu tragen.

Im Versailler Vertrag, Ausdruck des damaligen Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten, diktierten die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Bedingungen: Deutschland mußte einen Teil seiner Ostgebiete, Elsaß-Lothringen und das Saarland abtreten, es verlor alle seine Kolonien, das im Ausland investierte Kapital, den größten Teil seiner Handelsflotte und wurde auf Jahre hinaus mit Reparationen belastet (2).

Innenpolitisch hatte der Krieg den deutschen Imperialismus in seine bis dato schwerste Krise getrieben: Die Novemberrevolution erschütterte kurzfristig die bürgerliche Herrschaft, die Monarchie war abgeschafft, die erste Republik in Deutschland ausgerufen, die Sozialdemokratie erstmals an der Regierung beteiligt. Der Arbeiterklasse mußten wesentliche demokratische und soziale Zugeständnisse eingeräumt werden. Die freie Meinungsäußerung, die Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit, das allgemeine und gleiche Wahlrecht waren in der Weimarer Verfassung festgeschrieben, der Acht-Stunden-Tag gesetzlich festgelegt, die Tarifverträge als allgemein verbindlich anerkannt und die Arbeitslosenunter-

Tarifverträge als allgemein verbindlich anerkannt und die Arbeitslosenunter-

stützung eingeführt.

Der deutsche Imperialismus war entscheidend geschwächt, dem Diktat der Konkurrenten unterworfen und im Innern zu wesentlichen Zugeständnissen gezwungen. Es stellt sich somit die Frage, aufgrund welcher Bedingungen Deutschland innerhalb eines guten Jahrzehnts diese Schwächeposition weitgehend revidieren konnte, zur führenden ökonomischen Macht Europas aufstieg, die Bedingungen des Versailler Vertrages vollständig außer Krft setzte und die Arbeiterklasse bis aufs Blut ausbeuten und grausamst unterdrücken konnte.

Die Nachkriegsphase — Rekonstruktion der ökonomischen und politischen Macht

Trotz der politischen Erfolge, die die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution errungen hatte, war ihre soziale Lage und ihre gesellschaftliche Stellung alles andere als rosig. In den Jahren 1917 - 18 betrugen die Reallöhne ca. 68 % derer von 1914 (3). Die unmittelbaren „Ausbeutungsbedingungen waren für das Kapital so vorteilhaft, daß der Nachteil des veralteten und konkurrenzunfähigen Produktionsapparates im Kampf um die Absatzmärkte für wenige Monate wett gemacht werden konnte. *„Der Anteil der deutschen Arbeiter an dem Wertprodukt ihrer Arbeit ist ein so ungemein niedriger, die Mehrwertrate so ungeheuer hoch, daß hierdurch die Minderwertigkeit der deutschen Arbeitsleistung überkompensiert wird und die deutschen Kapitalisten imstande sind, trotz hoher Schutzzölle mit ihren Waren überall vorzudringen"* (E. Varga, 1979, Bd. 1, S. 218 — siehe Literaturverzeichnis).

Und diese für die Arbeiter elenden Ausbeutungsbedingungen wurden durch die Inflation soweit verschärft, daß die Reallöhne 1923 weit unter 50 %, häufig sogar bei 20 % des Vorkriegsniveaus lagen. Nichtmal ein Bruchteil der dringendsten Bedürfnisse konnte befriedigt werden. Ein Pfund Butter kostete z.B. am 1. November 1923 6 Billionen Mark, der Tagelohn eines gelernten (!) Arbeiters betrug aber nur 3 Billionen Mark (Ruge, 1978, S. 214).

In einer Broschüre des Oberbrügermeisters von Berlin zu Anfang des Jahres 1923 heißt es: *„Erschütternde Berichte des Jugendamtes und der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene beleuchten das herrschende Elend der Kinder. Zahlreiche Kinder, auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib- und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten"* (nach Kunstamt Kreuzberg, 1977, S. 172).

Die beispiellose Inflation der Nachkriegsjahre, deren objektive Grundlage in der Kriegsfinanzierungspolitik des Kaiserreiches bestand, wurde von der Bourgeoisie zu einem umfassenden Angriff auf das Lebenshaltungsniveau der Massen genutzt. Zusätzlich setzte das große deutsche Kapital die Inflation zur Rekonstruktion ihres im Kriege verschlissenen Produktionsapparates ein: seine Schulden wurden liquidiert, immer wertloser werdendes Papiergeld in Sachwerten angelegt, die ruinierten kleinen Konkurrenten für Geld, das kaum das bedruckte Papier wert war, aufgekauft.

Stinnes z.B. raffte in diesen Jahren einen gigantischen Trust zusammen, der schließlich 4.500 Betriebe umfaßte, in denen 600.000 Arbeiter beschäftigt waren (Ruge, a.a.O., S. 162, Merker, 1973, S. 68).

Dem Wesen nach war die Inflation eine gewaltige Umverteilungsaktion zugunsten der deutschen Monopole, auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse.

Auch auf anderen Ebenen des Klassenkampfes hatte die deutsche Bourgeoisie ihre Position entscheidend verbessert. Die deutsche Arbeiterklasse war durch die geringen Erfolge ihres revolutionären Ansturms von 1918/19 enttäuscht, durch die gewaltsame Vertreibung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, das Scheitern des Hamburger Aufstandes und das zeitweilige Verbot der KPD noch weiter geschwächt und durch die verräterische Politik der Sozialdemokratie demoralisiert. Auf parlamentarischer Ebene übernahmen bis Mitte 1928 bürgerliche Koalitionen die Regierungsgewalt. Für wenige Monate setzte Reichspräsident Ebert (SPD) im Nov. 1923 die parlamentarisch verbrämte Militärdiktatur Seeckts ein, die entscheidende demokratische Rechte per Ausnahmezustand außer Kraft setzte.

Seeckts ein, die entscheidende demokratische Rechte per Ausnahmezustand außer Kraft setzte.

Gleichzeitig gelang es den deutschen Imperialisten unter geschickter Ausnutzung der Widersprüche unter ihren Konkurrenten, wichtige Teile des Versailler Vertrages zu revidieren. Im August 1924 wurde der Dawesplan verabschiedet, der die jährliche Gesamthöchstbelastung Deutschlands auf 2,5 Mrd. Goldmark festlegte, aber nichts über die Gesamtverpflichtun und Zahlungsdauer aussagte. Die Vorgeschichte dieses Abkommens war durch einen erbitterten Kampf v.a. zwischen Deutschland und Frankreich, das ein Interesse an der maximalen Schwächung seines stärksten Konkurrenten auf dem europäischen Kontinent hatte, gekennzeichnet.

Nach Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Bourgeoisie setzten sich die USA und England gegen die Sanktionspolitik Frankreichs durch, da beide nach fünf krisenreichen Nachkriegsjahren endlich alle Früchte ihres Sieges ernten und maximal an der Ausbeutung der deutschen Werktätigen teilhaben wollten. Hinzu kam, daß der geringe ökonomische Nutzen der Sanktions- und Aushungerungspolitik erkannt war und bei Fortführung einer solchen Politik eine Revolutionierung Deutschlands befürchtet wurde (4). Vor allem aber sah man angesichts der Existenz der Sowjetunion den Vorteil, in Deutschland ein starkes und stabiles Bollwerk zu errichten, das aus eigenem Interesse die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu zerstören suchte.

Die „Goldenen Zwanziger"

In den Jahren 1923/24 setzte eine Phase der vorübergehenden und unvollkommenen Stabilisierung des Weltkapitalismus ein. Besonders in Deutschland machte die wirtschaftliche Entwicklung Mitte bis Ende der 20er Jahre einen großen Sprung nach vorn. Die Industrieproduktion stieg bis 1929 um 46 Prozent, die jährliche Wachstums-

rate betrug 7,9 Prozent, 1929 war das Vorkriegsniveau um 13 Prozent überschritten (vergl. Tabelle 1 — im Anhang). Gewaltige Kapitalmengen aus dem Ausland, vor allem den USA, flossen nach Deutschland. In den Jahren 1924 bis Sept. 1920 wurden ca. 20 MRD Mark an ausländischem Kapital in Form von mittel- und langfristigen Krediten und Investitionen in die aufstrebende deutsche Wirtschaft gesteckt. Eine gewaltige Rationalisierungswelle setzte ein, die Produktionstechniken wurden auf den neuesten Stand gebracht, die Arbeitsproduktivität erhöht.

Folgerichtig fand in diesen Jahren auch ein rascher Monopolisierungsprozeß statt. Bereits 1926 wurden 98,3 % des Kalibergbaus, 96,3 % der Farbenindustrie, 86,9 % der elektronischen Industrie und 73,8 % des Bankwesens von Konzernen und Kartellen kontrolliert (Ruge, a.a.O., S. 286). 1925 entstanden die IG-Farben, die schon 1927 mit der Rockefeller-Gruppe ein Abkommen über die Aufteilung des Weltmarktes abschlossen, in Deutschland fast 100 Prozent der Produktion von syntetischem Benzin, Sprengstoffen und Farbstoffen kontrollierten und, als Ausdruck ihres politischen Einflusses, ab 1929 bis 1933 ständig das Wirtschaftsministerium mit ihren Vertrauensleuten bestzten.

Im Mai 1926 bildeten Stinnes, Thyssen und Flick gemeinsam die „Vereinigten Stahlwerke" (Vestag, Stahlunion). Der Welt zweitgrößter Montantrust nach US-Steel war entstanden (5). Als Ergebnis der Jahre der relativen Stabilisierung war Deutschland wieder zur stärksten ökonomischen Macht Europas aufgestiegen, verfügte über einen hochmodernen, durchrationalisierten und stark monopolisierten Produktionsapparat. Wie gesagt, im wesentlichen war dieser Aufstieg auf Kosten der Bevölkerung vollzogen worden. Bereits im Dez. 1923 war der 10-Stunden-Tag faktisch wieder eingeführt, die Löhne erreichten nie das amtliche Existenzminimum und die Zahl der Arbeitslosen sank zu keiner Zeit unter die 8 %-Marke (vergl. Tabelle 2).

Demgegenüber konnte die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierun-
Demgegenüber konnte die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierun-
gen und gesteigerte Arbeitshetze erheblich erhöht werden.

Auch wenn die Industrieproduktion in Deutschland im Vergleich zu seinen wichtigsten Konkurrenten schneller stieg, so ging diese Steigerung doch von einem vergleichsweise niedrigem Niveau aus. 1913 noch betrug der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion 16 %, in den Jahren des Aufschwungs konnte nur ein Anteil von 12 % erreicht werden. Der Anteil der USA erhöhte sich demgegenüber im gleichen Zeitraum von 36 auf 42 Prozent. Insgesamt hatte das deutsche Kapital erhebliche Verwertungsschwierigkeiten zu überwinden.

1.) Obwohl die Produktionskapazität der deutschen Industrie durch die große Rationalisierungswelle weiter ausgebaut worden war, blieb ein Teil dieser Kapazitäten unausgenutzt. Im Durchschnitt betrug die Kapazitätsauslastung in den Jahren 1925 - 29 um die 85 %. Entscheidend hierfür war die Begrenztheit des inneren Marktes und die mangelnde Möglichkeit der Expansion nach außen.

2.) Diese schlechten Verwertungsbedingungen versuchte das deutsche Kapital durch eine Exportoffensive zu kompensieren, was aber nur teilweise gelang. Immerhin konnte (v.a. aufgrund der für das Kapital hervorragenden Ausbeutungsbedingungen) 1929 erstmals ein Ausfuhrüberschuß von mehreren hundert Millionen Mark erzielt werden. Hauptsächlich das durchrationalisierte und hochkonzentrierte Kapital, wie AEG, Siemens und die IG-Farben steigerten ihren Exportanteil. Aber gerade an diesem Punkt erwies sich auch die vergleichsweise schlechte Stellung Deutschlands gegenüber seinen Rivalen im Kampf um die Absatzmärkte. All sein Auslandskapital war beschlagnahmt, es selbst zum Kapitalimportland geworden. Die Möglichkeit, per Kapitalexport neue Absatzmärkte zu erobern und zu sichern, bestand nicht.

3.) Als Kapital importierendes Land mußte Deutschland einen beträchtlichen Teil seiner Profite an die Konkurrenten abgeben. Dabei hatten sich v.a. die USA immer mehr darauf konzentriert, bei den profitabelsten Unternehmungen durch Aktienkauf direkt einzusteigen. Die AEG z.B. überließ den General Electric im Juli 1929 Aktien im Nennwert von 100 Mio Reichsmark — 20 Prozent des gesamten Aktienkapitals — und fünf Sitze im Aufsichtsrat.

Hinzu kam, daß der Anteil des zumeist ausländischen Leihkapitals am aus den Arbeiter gepreßten Profiten durch die hohen Zinssätze besonders hoch war. Konsequenz war, daß die dem Industriekapital verbleibenden Profite nicht ausreichten, aus eigener Kraft genügend Mittel aufzubringen, um den Ausbau der Produktionsapparates so voranzutreiben, daß deutsche Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig blieben. Es mußten also bei Strafe des Untergangs stetig neue ausländische Anleihen aufgenommen werden. Nicht umsonst bezeichnete der Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Denkschrift von 1929 die Förderung der Kapitalbildung als „Ausgangspunkt für die Steigerung der Produktion" (6).

Der deutsche Imperialismus hatte zwar seine Position in den Jahren der relativen Stabilisierung entscheidend verbessern können, aber dieser Aufschwungsphase waren, anders als in den zyklischen Aufwärtsbewegungen vor dem ersten Weltkrieg enge Grenzen gesetzt. Zudem offenbarte sich gerade in dieser Phase die angeschlagene Stellung Deutschlands als imperialistische Macht. Die 1928/29 einsetzende Weltwirtschaftskrise brachte mit besonderer Schärfe die Widersprüchlichkeit zu Tage, vor der das deutsche Kapital nach dem verlorenen Welkrieg stand: den Widerspruch zwischen der zur imperialistischen Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Innern und dem Mangel an machtpolitischen Mitteln zur Verwirklichung dieser Bestrebungen; es mangelte an Kapital für den Kapitalexport, ausländisches Kapital profitierte in höherem Maße an den Profiten des industriellen Kapitals. Deutschland war zu Reparationszahlungen verpflichtet. Nach dem Dawesplan von 1924 standen Reichsbank und Reichsbahn unter der Kontrolle der imperialistischen Konkurrenten. Deutschland war zwar wieder zu einem ökonomisch wichtigen Faktor geworden, politisch und militärisch aber Einschränkungen unterworfen, die den weiteren Ausbau seiner Macht empfindlich behinderten.

Industriproduktion der Welt 1913-1929
Veränderungen in Prozent)

	1913 - 1924	1924 - 1929	1913 - 1929
Welt	+ 11	+ 38	+ 53
USA	+ 33	+ 36	+ 81
Deutsche Reich	- 18	+ 43	+ 17
Großbritannien	- 12	+ 14	-
Frankreich	+ 18	+ 21	+ 43

(nach Hardach, S. 21)

Arbeitslosigkeit 1924 bis 1932
(in Prozent)

1924	11,4	1927	8,8	1930	22,7
1925	8,3	1928	9,7	1931	34,7
1926	17,9	1929	14,6	1932	44,4

(nach Kunstamt, a.a.O., S. 177)

Anteil einzelner Länder am Weltexport (in Prozent)

Land	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*	*1933 (Jan. - Aug.)*
Großbritannien	*10,47*	*10,48*	*9,36*	*10,06*	*11,59*
USA	*15,61*	*14,27*	*12,57*	*12,39*	*11,78*
Deutschland	*9,71*	*10,82*	*12,08*	*10,70*	*10,93*
Frankreich	*5,95*	*6,34*	*6,30*	*6,08*	*6,78*

(nach Varga, a.a.O., Bd. 2, S. 332)

Nettoreallöhne 1924 - 1932 (1913 - 14 = 100)

1924	*74*	*1927*	*98*	*1930*	*89*
1925	*91*	*1928*	*100*	*1931*	*79*
1926	*85*	*1929*	*98*	*1932*	*64*

(nach Kunstamt, a.a.O., S. 177)

Arbeitsleistung pro Stunde und Arbeiter 1924 - 1932 (1913 - 14 = 100)

1924	*88*	*1927*	*118*	*1930*	*125*
1925	*101*	*1928*	*119*	*1931*	*131*
1926	*109*	*1929*	*124*	*1932*	*134*



Französische Truppen besetzen das Ruhrgebiet

Die Weltwirtschaftskrise

Die 1928/29 weltweit einsetzende große Krise war zum einen eine ganz gewöhnliche Überproduktionskrise. Besonders und neu war allerdings, daß die vorhergehende Aufschwungphase in allen imperialistischen Ländern nur begrenzte Höhen erreichte (das Produktionsniveau von 1913 wurde nur unwesentlich überschritten). Ursache dieses nur relativen Aufschwungs war die chronische Enge des Absatzmarktes, die in krassem Widerspruch zu den riesigen Produktionskapazitäten stand. Die chronische enge der Absatzmärkte führte dazu, daß anders als in den Krisen des 19. Jahrhunderts keine Möglichkeit mehr bestand, durch Erschließen neuer Märkte die Krise zu entschärfen, sich somit der Kampf um jede Absatzmöglichkeit zuspitzte und die imperialistischen Gegensätze verschärfte. Zusätzlich war durch die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland ein riesiger Markt dem freien Zugang und der freien Verfügungsgewalt des Kapitals entzogen.

Die besondere Tiefe, Schärfe und Länge der Weltwirtschaftskrise rührte zudem von den Besonderheiten des Imperialismus her: der hochkonzentrierten Industrie und der wachsenden Verflechtung des Kapitals zum Finanzkapital.

Im folgenden wollen wir einen Überblick über den Ablauf der Krise in den einzelnen imperialistischen Ländern, besonders in Deutschland geben, die Folgen der Krise für die Arbeiterklasse darstellen und die Politik der Bourgeoisie zur Eindämmung der Krise beschreiben.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, die Krise in Deutschland hätte erst mit dem legendären Börsenkrach an der Wallstreet im Oktober 1929 eingesetzt. Schon 1928 machten sich die ersten Krisenerscheinungen geltend. Nitsdestotrotz hatte die Krise in den USA, wie zu zeigen sein wird, katastrophale Auswirkungen v.a. auf das deutsche Bank- und Kreditwesen.

„*Die Krise in Deutschland wirkte besonders stark, denn hier machte sich der innere Widerspruch zwischen dem hochentwickelten monopolistischen*
der innere Widerspruch zwischen dem hochentwickelten monopolistischen
Charakter des deutschen Imperialismus und den fehlenden Kolonien sowie der großen Auslandsverschuldung und den Reparationsverpflichtungen andererseits bemerkbar" (Varga, 1979, Bd. 2, S. 363).

Die deutsche Industrieproduktion fiel auf den Stand von 1903/04 zurück. 1932 wurden nur noch 60 Prozent der Mengen von 1929 produziert, wobei der Rückgang in der Produktionsmittelindustrie auf 35 Prozent der Vorkrisenproduktion besonders gravierend war. Besonders ausgeprägt war die Kreditkrise in Deutschland. „*Die umfangreichen Investitionen während der Rationalisierungsperiode waren zu einem erheblichen Teil durch kurzfristige Auslandskredite der Großbanken finanziert worden. Während der Krise — von Mitte 1930 bis Mitte 1931 wurde ein beträchtlicher Teil dieser Auslandskredite abgezogen, was im Sommer zum Zusammenbruch der Banken führte; von den vier deutschen D-Banken hatten zwei, die Darmstädter und die Dresdner Bank, bankrott gemacht, auch die dritte Bank, nämlich die Deutsche Bank mußte gestützt werden. Alle Kreditinstitute Deutschlands existieren seit dieser Zeit nur mit staatlicher Unterstützung*" (Varga, a.a.O., S. 363).

Verschärfend kam hinzu, daß trotz größten Bemühens die gigantische Anzahl von Firmenzusammenbrüchen auch vor großen Konzernen nicht halt machte. Der Bankrott des Norddeutschen Wollkonzerns in Bremen gab der Darmstädter Nationalbank den letzten Stoß zum Zusammenbruch.

Die Kreditkrise hatte weitreichende Konsequenzen. Deutschland stellte die Zahlungen für Auslandsanleihen völlig ein und zwar sowohl die Reparationen (durch das Hoover-Moratorium) als auch für kurzfristige Schulden und kürzte die Zinszahlungen für langfristige Anleihen um 70 %. Ein Teil der Auswirkungen wurden somit auf die ausländischen Gläubiger abgewälzt, aber Deutschland damit auch aus dem internationalen Kreditsystem ausgeschaltet. Durch die Kreditkrise und den starken Preisverfall vor allem in den nichtmonopolisierten Bereichen der Wirtschaft kam es zu massenhaften Firmenzusammenbrüchen. Allein in den Jahren 1930 - 32 mußten knapp 50.000 (genau 49.706) Firmen bankrott anmelden. Wobei diese Zahl noch verfälschend wirkt, da Staat und Großbanken vielfach sanierend eingriffen, um den völligen Zusammenbruch von Betrieben zu verhindern. Die Vereinigten Stahlwerke z.B. konnten Ende 1931 nur noch durch großzügige Stützungsaktionen der Brüning-Regierung aus Steuergeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Überhaupt konnten nur die größeren Monopole die Krise nicht nur überstehen, sondern auch noch gestärkt aus ihr hervorgehen. Die IG-Farben verteilte z.B. von 1928 - 1930 jährlich eine 12-Prozent-Dividende und von 1931 - 1933 immerhin noch eine von 7 Prozent (Höster-Philipps, 1977, S. 63).

In Frankreich und England kam die Weltwirtschaftskrise weniger stark zum Ausdruck. Der Produktionsrückgang setzte in Frankreich erst 1931 ein und schon Mitte 1932 wies die Produktion wieder steigende Tendenzen auf.

Die Industrieproduktion in England verzeichnete bereits 1931 eine ständige Aufwärtsentwicklung. Die britische Bourgeoisie, „*die die älteste und erfahrendste unter den gegenwärtig in der Welt herrschenden Klassen ist, hat während der Krise erfolgreicher als die Bourgeoisie aller anderen Länder manövriert*" (Varga, a.a.O., Bd. 2, S. 361).

Von Vorteil war dabei vor allem, daß England seine Krisen auf Kosten seiner Kolonien (Indien) und der ökonomisch von ihm abhängigen Länder (Dänermark, Schweden, Norwegen, Portugal, Argentinien) zu bewältigen versuchte (7).

Die USA waren nach Deutschland am stärksten von der Krise in Mitleidenschaft gezogen. Die Insustrieproduktion ging um mehr als die Hälfte zurück, entsprach 1933 dem Niveau von 1912. Trotz aller Versuche, den Ausbruch einer Kreditkrise zu verhindern, brach im März 1933 das Bankwesen zusammen. Fast alle Kreditinstitue stellten ihre Zahlungen ein, sämtliche Banken mußten schließen. Der Kapitalexport der USA, der noch 1929 64 Mio Dollar im Monat betragen hatte, schrumpfte 1933 auf 0,12 Mio Dollar im Monat (Varga, a.a.O., S.366).

Überhaupt kam der Kapitalexport, nach Lenin das wichtigste ökonomische Mittel zur Eroberung von Absatzmärkten und Einflußsphären, weltweit fast vollständig zum Erliegen. Ebenso ging der Außenhandel auf 30 Prozent des Vorkrisenniveaus zurück. Gleichzeitig aber verschärfte sich der Kampf zwischen den imperialistischen Ländern um die Absatzmärkte. Deutschland gelang es in diesem unerbittlichen Ringen, England in den Jahren 12930 -
land gelang es in diesem unerbittlichen Ringen, England in den Jahren 12930 -
32 auf Platz drei zu verdrängen, während Großbritannien 1933 nicht nur Deutschland überrundete, sondern auch dicht an die USA herankam (vergleiche Tabelle 3).

Während der Weltwirtschaftskrise versuchte v.a. Deutschland seine nach dem verlorenen Weltkrieg beschnittene militärische Macht auszubauen. Vor allem ging es darum, die Bestimmungen des Versailler Vertrages, dewr die Reichswehr auf 100 000 Mann beschränkte, die allgemeine Wehrpflicht abschaffte und den Unterhalt einer Luftwaffe verbot (8) zu umgehen und letztlich außer Kraft zu setzen. Es ist recht schwierig, genaue Zahlen über die Aufrüstungspolitik Deutschlands herbeizuschaffen, da diese logischerweise verfdeckt ablief. Der immense Sprung der Aufrüstung Deutschlands von 1932 - 1934 (offizielle Ausgaben 1932 o,6 Mrd RM; 1934 4,2 Mrd RM; 1936 10,3 Mrd; 1938 17,2 Mrd; 1940 58,1 Mrd RM) wäre ohne die entsprechende Vorbereitungen nicht denkbar gewesen.

Die Lage der Arbeiterklasse ...

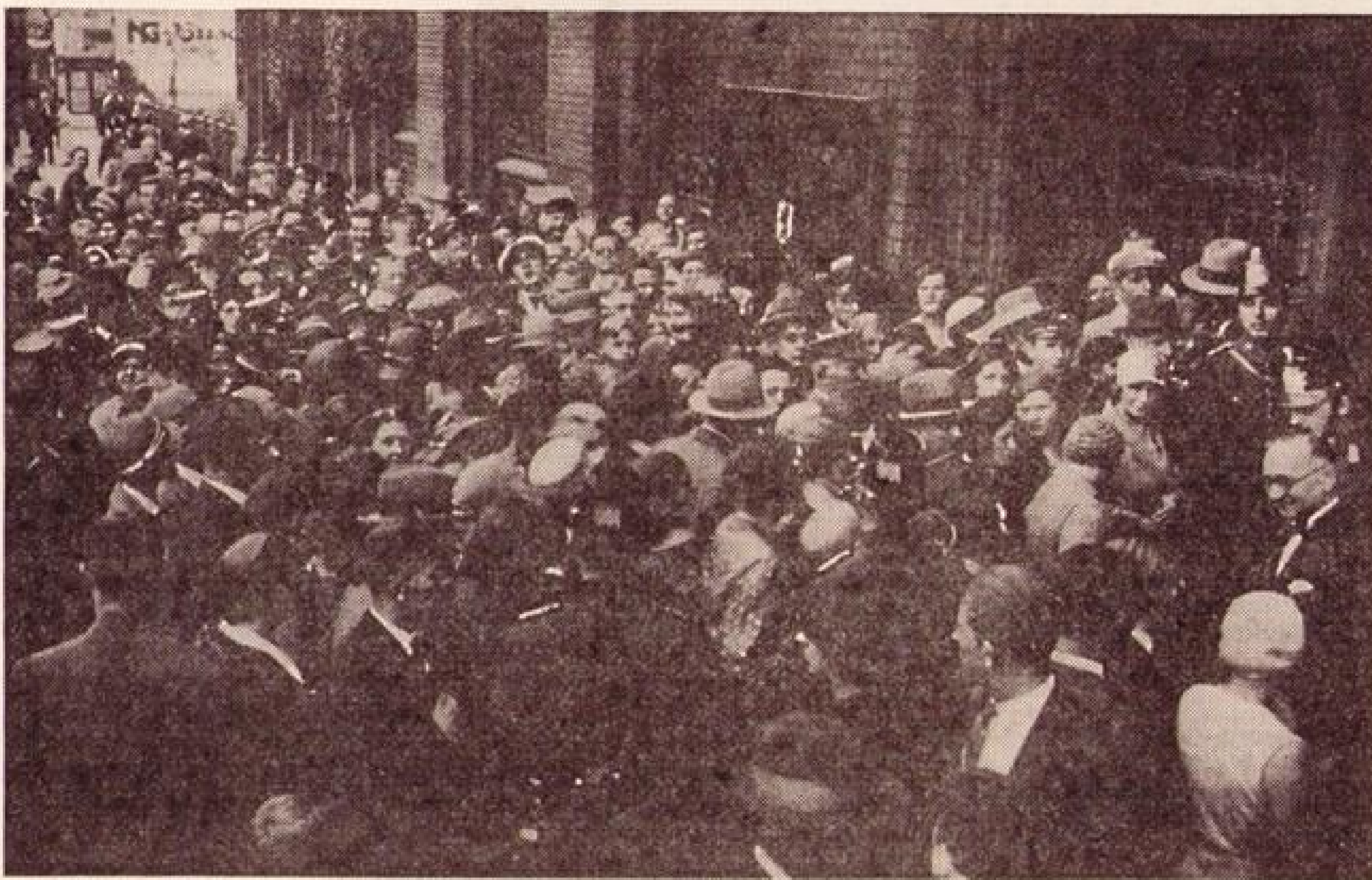
Die Lage der arbeitenden Bevölkerung in der großen Krise war katastrophal. Selbst nach offiziellen Statistiken, die die Arbeitslosenzahlen eher zu niedrig ansetzen, waren fast die Hälfte aller Industriearbeiter ohne Arbeit; 9 Mio. Kurzarbeiter und Arbeitslose standen 11,5 Mio. Beschäftigte gegenüber.

Nur 23,7 Prozent der 'anerkannten' Arbeitslosen erhielten Erwerbslosenunterstützung, 31 Prozent erhielten die weitaus geringere Krisenunterstützung und 44,7 Prozent die noch niedrigere Wohlfahrtsunterstützung von 2 RM in der Woche und wenigher (Kunstamt Kreuzberg, a.a.O., S.679).

Die Verschlechterung des Lebensstandards war immens, Hunger und Elend machten soch breit; die Arbeitslosen erhielten nur noch wenige Wochen Unterstützung, Ehefrauen nur noch im Bedarfsfall; die Sozialausgaben waren auf ein absolutes Minimum gekürzt. Gut drei Millionen Arbeiter und ihre Familien mußten ohne jedwede staatlioche Unterstützung ihr karges Leben fisten (siehe Tabelle 4).

Gleichzeitig, Trotz eines Millionenheeres von Arbeitslosen und trotz Krise gelkang es der Bourgeoisie, die Arbeitsleistung der Arbeiter pro Stunde wesentlich zu erhöhen (siehe Tabelle 5). Diese erhöhte Arbeitsintensität erreichte das Kapital im wesentlichen durch erhöhte Ausbeutung jedes einzelnen Arbeiters: die Bandgeschwindigkeiten wurden erhöht, Arbeiter mußten mehrere Maschinen gleichzeitig bedienen,

die Arbeitsorganisation wurde durch Einführung von Fließbändern und durch sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung (Arbeitsstudium, Refa-Maßnahmen, verstärkte Taylorisierung) verändert. So gelang es auch, daß, nachdem die Talsohle der Krise durchschritten war, die Industrieproduktion in Deutschland erheblich erhöht werden konnte, ohne daß wesentlich mehr Arbeiter beschäftigt werden mußten und ohne die Löhne zu erhöhen. Die hier nur kurz und recht abstrakt geschilderten elenden und menschenunwürdigen Verhältnisse, unter denen ein Großteil der damaligen Bevölkerung zu leiden hatte, waren nicht zwangsläufige, 'gottgewollte', natürliche Krisenerscheinungen, sondern das ERgebnis eines gnadenlosen Klassenkampfes ''von oben''.



Ansturm der Sparer, die den Verlust ihrer Einlagen befürchten, auf eine Berliner Sparkasse

... und die Politik der Bourgeoisie

Bereits am 12. Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverband der Industrie eine Denkschrift mit dem dramatischen Titel ''Aufstieg oder Niedergang''. Gleich zu Beginn heißt es darin, daß *''die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben und die Eigenkapitalbildung in den Unternehmen entscheidend für die Wiederbelebung und den Aufstieg der deutschen Wirtschaft''* seien (S.10). Gefordert wurde u.a., daß die *''deutsche Wirtschaft von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden muß, die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten''* und ein verändertes Sozialversicherungsgesetz *''eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung der Einrichtungen''* verhindern soll (S.11ff). Diew Denkschrift schloß miot dem, angesichts der weiteren Geschichte sehr denkwürdigen Satz: *''Der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt seine Forderungenn, über die Sorgen und Nöte der Gegenwart hinaus, auf das Ziel ein, der privaten Wirtschaft die Freiheit zurückzugewinnen, die für den wirtschaftlichen Aufstieg und die endgültige Befreiung des deutschen Volkes die entscheidende Voraussetzung ist.''* (S.46)

Wenige Monate später, im März 1930, begann die Ära der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, die sich allesamt bemühten, den Forderungen des deutschen Kapitas gerecht zu werden und die parlamentarisch den

binette Brüning, Papen und Schleicher, die sich allesamt bemühten, den Forderungen des deutschen Kapitas gerecht zu werden und die parlamentarisch den

Anfang vom Encde der Weimarer Republik markieren. In mehreren Notverordnungen zur ''Sicherung von Wirtschaft und Finanzen'' werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht (im Dez. 1930 z.B. auf 6,5%&, die Arbeitslosenunterstützung drastisch gekürzt (im Juni 1932 z.B. um 23%, Höchstförderungsdauer 20 Wochen), die Wohlfahrts-Witwen-Waisen- und Invalidenrenten beschnitten, die Löhne gesenkt und das Tarifrecht durch ein staatliches Schlichtungswesen außer Kraft gesetzt.

Die Lasten der großen Krise waren also, auch bei größem Widerstand, wesentlicvh auf die Arbeiterklasse abgewälzt worden. Was aber noch lange nicht heißt, daß die Bourgeoisie damit in der Lage war, die von Marx analysierten Gesetzmäßigkeiten der Krise entscheidend zu beeinflussen (10). Im Gegenteil, die Maßnahmen zur Dämpfung der Krise (kein großer Preisfall bei monopolisioerten Waren, Sanierungsaktionen des Staates, Herauszögern der Kreditkrise) hatten eher den Effekt, die Krise zu verlängern und zu verschärfen. Der 'Reinigungsprozeß' durch die Vernichtung von Werten wurde verzögert.

Jedoch: Erstmals in der deutschen Geschichte hat der Staat zur Steuerung der Krise im Sinne der Bourgeoisie im Allgemeinen und des Monopolkapitals im Besonderen massiv und umfassend in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen. Einie Elemente dieser staatlichen Krisenpolitik seien hier kurz aufgeführt:

1. die Rolle des Staatshaushalts: Obwohl das Wertprodukt der Gesellschaft — bekannt als Nationaleinkommen — durch die Einschränkung der Produktion und den Preisfall stark gesunken wart, wurde ein unverändert großer Teil durch den Staat eingezogen und neu verteilt. In Deutschland stieg deer Prozentsatz der Staatsausgaben am Nationaleinkommen von 10,5 im Jahre 1929 auf 14,3 Prozent im Jahre 1934. Wobei bedacht werden muß, daß diese Ausgaben zu einem großen Teil dem Kapital in Form von Krediten, Exportgarantien, Prämien und Staatsaufträgen (v.a. zur Aufrüstung) zu gute kamen, gleichzeitig aber der Anteil der Staatsausgaben, die dem Arbeiter hätte zu gute kommen sollen, drastisch gesenkt wurden (11).

2. Der Außenhandel war im wesentlichen zu einer Angelegenheit des Staates geworden. Der Import wurde durch Zölle, Importkontingentierungen, Importverbote und währungspolitische Maßnahmen eingeschränkt; der Export weitestgehend gefördert, z.B. durch Dumping und alle möglichen staatlichen Exportgarantien.

3. Der Kredit war in vielen Staaten zu einem Staatskredit geworden. Di9e Banken waren staatlich oder halb staatlich und in jeder Beziehung vom Staat abhängig. In der deutschen Bankkrise vom Juli 1931 z.B. verfügte der Staat, daß zwei Bankfeiertage eingeführt wurden, um zu verhindern, daß die Konten von den Sparern leergeräumt würden. Später wurden per Notverordnungen die Auszahlungen der Banken auf einen Bruchteil der Einlagen begrenzt. Am 27. August 1931 schlossen die Dresdner Bank und die Reichsregierung einen Vertrag über die Verstaatlichung dieser großen D-Bank. Die Bank erhöhte ihr Kapital von 100 auf 400 Millionen RM durch Ausgabe von Aktien an das Reich.

chung dieser großen D-Bank. Die Bank erhöhte ihr Kapital von 100 auf 400 Millionen RM durch Ausgabe von Aktien an das Reich.



George Grosz: Hunger

4. Der Staat hatte eine wachsende Verfügungsgewalt über die Verteilung der Arbeitskraft gewonnen. Papen verfügte schon am 16.Juli 1932 die Einführung eines ‚freiwilligen' Arbeitsdienstes.

Die Weltwirtschaftskrise hatte weltweit die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten verschärft. Vor allem Deutschland war aufgrund der speziellen historischen Bedingungen nach demö verlorenen 1. Weltkrieg besonders von der Krise betroffen. Grundsätzlich hatte es nach wie vor erhebliche Hindernisse zu überwinden, um erneut zu einer so starken imperialistischen Macht zu werden, die einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt wagen konnte. Allerdings hatten sich während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland einige wichtige Änderungen vollzogen: Fast alle Errungenschaften der Arbeiterklasse auf sozialem und ökonomischen Sektor waren von der Bourgeoisie während der Krise zurückgekämpft worden. Die kleinen, schwachen und konkurrenzunfähigen Teile des deutschen Kapitals hatten die Krise nicht überstanden. Eine faschistische Massenbewegung war entstanden, der Parlamentarismus durch die Präsidialkabinette weitgehend außer Kraft gesetzt, die politischen Widersprüche bis zu gewaltsamen Konfrontationen zugespitzt.

* * *

Welche Politik die Bourgeoisie während der Krise entwickelte, wie genau ihr Krisenmanagement aussah, was für Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse abliefen und worin der Zusammenhang von Weltwirtschaftkrise, Faschismus und Weltkrieg zu sehen ist, soll in einem der nächsten AKs behandelt werden.

bs., KB/Gruppe Nürnberg

(Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das für den Schulungszyklus „Politische Ökonomie" erarbeitet wurde.)

Anmerkungen

(1)

Anmerkungen

(1)
Die Kriegsfolgen für die europäischen kriegführenden Länder waren recht unterschiedlich: Neben Deutschlane hatte vor allem Frankreich unter den kriegswirtschaftlichen Deformationen zu leiden. Große Gebiete waren durch den Krieg verwüstet, die Zahl der Kriegstoten noch höher als in Deutschland. Aber Frankreich war zu keiner Zeit vom Welthandel abgeschnürt, konnte auch sein Auslandskapital für den Krieg einsetzen. — England stand nach dem Krieg noch vergleichsweise am besten da. Die unmittelbaren Kriegsschäden, die Zahl der Verluste waren gering. Als vormals reichste Macht der Welt hielten sich die Deformationen der Wirtschaft in Grenzen.

(2)
In den abgetretenen Gebieten waren nach dem Vorkriegsstand 10% der Reichsbevölkerung, 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 80% der Eisenerzförderung, 60% der Zinkerzförderung und 26% der Steinkohleförderung (Hardach, 1977, S.16). Varga schätzte das 1916 im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 26 Mrd. RM, die Reparationslasten wurden auf 132 Mrd. Goldmark festgesetzt. (3)
Nach Marx wird der Wert der Ware Arbeitskraft durch den „Wert der Lebensmittel (im weitesten Sinne), die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft" nötig sind, bestimmt (Lohn, Preis, Profit in Ausgewählte Schriften, Bd. 1, S.398). „Andererseits ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Arb ihrer Befriedigung selbst ein historisches Produkt" (Das Kapital, MEW 23, S.185).
Die drastischen Reallohnsenkungen durch den Krieg bedeuten nichts anderes, als daß der vor dem Krieg von der Arbeiterklasse erkämpfte Lebensstandard erheblich gesunken war. Die unmittelbaren Bedingungen, unter denen das Proletariat seine Arbeitskraft verkaufen mußte, hatten sich verschlechtert, das Kapital konnte sich einen größeren Teil des Mehrwerts aneignen, als noch vor dem Kriege. Die durchschnittlichen Stundenarbeitslöhne lagen in Deutschland mit 0,55 Schweizer Franken unter denen ihrer Kollegen in England mit 2,18 Franken und Frankreich mit 1,10 Franken (Varga, a.a.O., S.218).

(4)
Frankreich war, anders als Großbritannien und die USA besonders an der Erfüllung der Reparationsleistungen interessiert, da es 1. größter Nutznießer war und 2. die Reparationen zum Aufbau seiner kriegsbeschädigten Industrie und zur Sanierung seiner durch die Kriegsfinanzierung zerrütteten Finanzen benötigte. Demgegenüber sollte England nur einen relativ geringen Teil an Reparationen erhalten. Anders als Frankreich hatten Englend und die USA ein Interesse (und waren dazu auch ökonomisch in der Lage), maximal am erwarteten Aufschwung der deutschen Wirtschaft zu partizipieren. Eine Fortsetzung der Reparationslasten hätte Deutschland weiter in den Ruin getrieben. Die Ruhrgebietsbesetzung durch Frankreich und Belgien, als Reaktion auf Zahlungsversäumnisse Deutschlands, hatte verheerend Folgen: „Die Mark stürzte ins Bodenlose. Die Ruhrwirtschaft, zuletzt nur noch zu einem geringen Prozentsastz in voller Arbeit, brach zusammen ... Der Hunger im Inland wuchs ungeheuer, der Export wurde unmöglich" (Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Kronberg 1978, S.294).

(5)
Dieser Trust beherrschte 50% der deutschen Roheisenproduktion und der Steinkohleförderung und 40% der Stahlproduktion. Sein Kapital war gegenüber den selbständig gebliebenen Konzernen Krupp, Klöckner, Hoesch und Haniel mit 800 Millionen Mark doppelt so hoch, wie das der vier Ruhrkonzerne zusammen. Die Rhein-Elbe-Union (Stinnes-Kridorf) hatte sich gegenüber Thyssen die Führungsposition in diesem Zusammenschluß gesichert (Höster-Philipps, a.a.O., S.52).

(6)
Die Kapitalbildung sollte nach Vorstellung des Reichsverbandes durch Steuererleichterungen für Unternehmer, Senkung der Sozialausgaben und Erhöhung der indirekten Steuern verbessert werden. Letztlich ging es darum, die eigene Position gegenüber dem US-Kapital zu stärken.
6

(7)
England, das als einzige Großmacht Nahrungsmittel importieren mußte, zwang z.B. Dänemark, vorwiegend Agrarland, in Großbritannien 80% seines Bedarfs an Kohle, Eisen, Stahl zu kaufen, so daß Dänemark praktisch in den britischen Binnenmarkt einbezogen wurde.

Dänemark, vorwiegend Agrarland, in Großbritannien 80% seines Bedarfs an Kohle, Eisen, Stahl zu kaufen, so daß Dänemark praktisch in den britischen Binnenmarkt einbezogen wurde.

(8)
Am 23.11.31 wurde Carl von Ossietzky wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Als verantwortlicher Leiter der ‚Weltbühne' wurde er für einen Artikel vom März 1929 verantwortlich gemacht, der die getarnten Vorbereitungen zum Aufbau einer Luftwaffe enthüllt hatte.

(9)
Wie im Kapitalismus zyklische Überproduktionskrisen überwunden werden, faßte Varga wie folgt zusammen: *„Die wichtigsten Momente sind folgende: Die Produktion wird so stark eingeschränkt, daß der Konsum die Produktion überschreitet. Ein Teil der überproduzierten Waren geht physisch zugrunde. Der Preisfall reduziert die Preissumme auf das gesellschaftliche Bedürfnis. Die überproduzierten Warenvorräte werden aufgesaugt. Die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals erhöht die Verwertung des Gesamtkapitals. Während der Krise werden die Löhne herangesetzt, die Intensität der Arbeit erhöht, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, wodurch zwar die Konsumtionskraft momentan eingeschränkt, aber gleichzeitig eine bessere Verwertung des Kapitals als Vorbedingung des Wiederbeginns der Investitionstätigkeit geschaffen wird. Die Kreditkrise reduziert durch Bankrotte und Sanierungen das gesellschaftliche Kapital, wodurch die Profitrate auf den verbleibenden Teil sich erhöht. Die Vorbedingungen für eine neuerliche Anlage von Kapital in der Produktionssphäre sind gegeben" (Varga, Bd.2, S.299).*

(10)
Die Sozialausgaben fielen von 2,8 Mrd. in 1932 auf 0,4 Mrd. in 1937. Im gleichen Zeitraum stiegen z.B. die Rüstungsausgaben von 0,5 auf 12,6 Mrd. RM (Kühnl, Der deutsche Faschismus, Köln 1975, S.257f).

Literatur

Im wesentlichen stützt sich dieser Artikel, was die polit-ökonomischen Grundlagen betrifft auf die1979 erschienene Ausgabe der Schriften von Eugen Varga (Ausgewählte Schriften von 1918 bis 1964, 3 Bände, Berlin 1979)

Eugen Varga ist wohl der bedeutendste Ökonom der Kommunistischen Internationale gewesen. Für Interessierte und weniger Finanzkräftige sei die preiswerte (15,-DM) Auswahl seiner Schriften im eva-Verlag empfohlen: Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus, Frankfurt 1969.

Zusätzlich wurden verwandt:
Gerd Hardach, Zur politischen Ökonomie der Weimarer Republik
Ulrike Hörster-Philips, Großkapital, Weimaerer Republik und Faschismus in Kühnl, Hardach, Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977
Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 1974
Kunstamt Kreuzberg, Weimarer Republik, elefanten-Press, Berlin 1977

Kontaktadressen

Kommunistischer Bund
Postfach 7685
Lindenallee 4
2000 Hamburg 19
☎ 040 / 43 53 20

Flensburg
KB/Gruppe Flensburg
c/o Buchladen Tigerberg
Norderstraße 89
2390 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 08 23 14 A
2400 Lübeck 1

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 08 13 78
3300 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 06 74 58 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
3400 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1

Lüneburg
Postlagerkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg

Lüneburg
Postlagerkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 07 01 78 A
2900 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
4800 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte 05 60 11 A
4630 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
4600 Dortmund 1

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Münster
Postlagerkarte 02 90 33 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte 01 86 40 B
6100 Darmstadt

Frankfurt
Postlagerkarte 03 27 76 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich c/o KB über
Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg

Heidelberg
Postlagerkarte 07 10 89 A
Postamt Leimen
6900 Heidelberg

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 07 93 03 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte 03 10 78 B
5500 Trier

9. Januar 1983:

Wir gratulieren Simone de Beauvoir zu ihrem 75. Geburtstag



„Es geht für die Frau nicht darum, sich als Frau zu bestätigen, sondern als ‚ganzes', ‚vollständiges' menschliches Wesen anerkannt zu werden."

„Zweifellos ist es bequemer, in blinder Unterwerfung zu leben, als an seiner Befreiung zu arbeiten: auch die Toten sind der Erde besser angepaßt als die Lebenden."

Goldhaut auf der Sommerwiese

zum »Emma«-Sonderheft

Sexualität

Es ist nicht das erste Heft über Frauensexualität und sicher auch nicht das letzte, aber es ist momentan mit Abstand das vielfältigste und am liebevollsten gemachte. Dies jedenfalls ist der erste (und auch nach dem Lesen bleibende) Eindruck, den ich vom EMMA-Sonderheft „Sexualität" mitnahm. Schon auf der Titelseite fällt die Spannbreite der Themen ins Auge, und nach dem ersten Durchblättern kann frau allein schon vom Layout begeistert sein. Ich habe selten ein Haft (und schon gar nicht zu diesem Thema) gefunden, wo gerade das Layout dermaßen sorgfältig, passend, witzig, einfallsreich und unorthodox gestaltet wurde. Der Inhalt reicht von der Schilderung der eigenen Sexualität und Vorlieben über Satire und Glossen (z.B. ein „Offener Brief" an Beate Uhse: „Beate — Uh-là-là", oder einem gar nicht so witzig gemeinten „Telefongespräch" mit de Sade) bis zur theoretischen Analyse (Margarete Mitscherlich-Nielsen: „Über die Ursprünge weiblicher Lust"). Und Alice Schwarzer zieht Bilanz, 7 Jahre nach Erscheinen des „Kleinen Unterschieds" — sehr, sehr lesenswert! Auch zum Thema Sado-Masochismus finden sich zwei wohltuend kritische Artikel: einer, der für Feministinnen (und nicht nur die) Sado-Masochismus als gelebte sexuelle Praxis ausschließt, und ein anderer, dessen Autorin den eigenen masochistischen Neigungen offen „ins Gesicht" gesehen hat und sie damit auch überwinden konnte.

Insgesamt gesehen ist die Zusammenstellung der Artikel auch ein Spiegelbild für das gewachsene Selbstbewußtsein der Frauen: dominierten im „Kleinen Unterschied" noch eher die Klagen über die Unsensibilität vieler Männer und die Verstecktheit der weiblichen Sexualität, so wird an den Artikeln in diesem Heft deutlich, daß Frauen heute in wesentlich größerer Zahl es sich nicht mehr gefallen lassen, ihre Wünsche immer hintenan zu stellen. Auch wenn dieser Vergleich sicherlich hinkt — (die Mehrzahl der Beispiele im „Kleinen Unterschied" war auch ein repräsentativer Querschnitt durch unsere gesellschaftlichen Schichten, wohingegen diese Artikel sicherlich in ihrer Mehrzahl von „bewußten" Frauen geschrieben wurden) — so zeigt sich daran doch, daß 12 Jahre Frauenbewegung auch in der Sexualität der Frauen ihren Ausdruck gefunden haben.

Daß dennoch kein Grund zu überschwenglicher Freude ist, zeigt ein Artikel über linke Chauvis („Laß jucken, Genosse"), in dem der von so manchem Macker so gern als fortschrittlich eingestufte Schweinehund (Motto: „Ich steh dazu!") eines Gernot Gailer oder auch weniger offen agierender Konsorten böse in die Zange, besser: die Schere genommen wird. Wie berechtigt es ist, den Finger in diese „Wunde" der Linken zu legen, zeigt allein schon die Tatsache, daß die angeführten Beispiele auch aus 1982 datieren.

Résumée: Ein Heft, in dem sich jede in ihrer Art wird wiederfinden können, *„egal, ob hetero- oder homosexuell, ob schüchtern oder keck, ob lüstern oder abstinent"* (Anmerkung der Herausgeberinnen). Und insofern wird sicherlich der Anspruch der Herausgeberinnen (Alice Schwarzer, Sonia Mikich, Monika Neuser, Anne Kaute, Susanne Aeckerle) voll eingelöst werden können, den sie in ihrem „Editorial" wie folgt formuliert haben: *„Vor 12 Jahren haben Frauen (wieder einmal) begonnen, offen gegen ihre Rolle zu rebellieren. Nicht zufällig spielte und spielt dabei die Sexualität eine zentrale Rolle. Was nun hat uns unser Aufstand in diesem Bereich bisher gebracht? Hat er uns verändert? Hat er die Männer verändert? Eine Zwischenbilanz wollten wir ziehen: erotisch und analytisch, phantasievoll und kritisch zugleich. Das war die Absicht."*

a./Hamburg

„Emma"-Sonderband „Sexualität" — erschienen im September 1982, erhältlich (noch) im Zeitschriftenhandel, in jedem Fall im Buchhandel oder direkt zu bestellen bei: „Emma", Kolpingplatz 1 a, 5000 Köln 1.

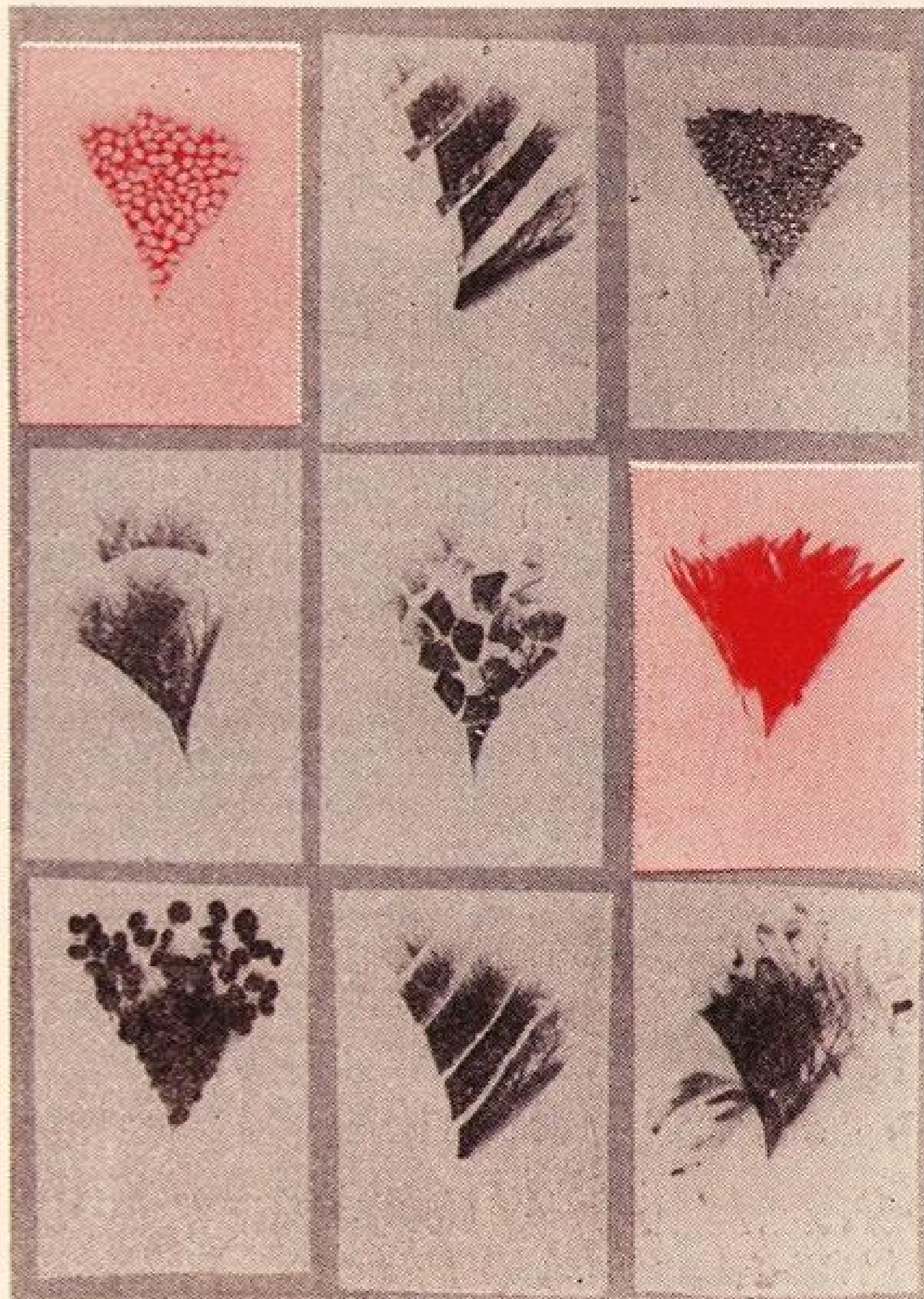
gesehen hat und sie damit auch überwinden konnte.

Insgesamt gesehen ist die Zusammenstellung der Artikel auch ein Spiegelbild für das gewachsene Selbstbewußtsein der Frauen: dominierten im „Kleinen Unterschied" noch eher die Klagen über die Unsensibilität vieler Männer und die Verstecktheit der weiblichen Sexualität, so wird an den Artikeln in diesem Heft deutlich, daß Frauen heute in wesentlich größerer Zahl es sich nicht mehr gefallen lassen, ihre Wünsche immer hintenan zu stellen. Auch wenn dieser Vergleich sicherlich hinkt — (die Mehrzahl der Beispiele im „Kleinen Unterschied" war auch ein

ren. Nicht zufällig spielte und spielt dabei die Sexualität eine zentrale Rolle. Was nun hat uns unser Aufstand in diesem Bereich bisher gebracht? Hat er uns verändert? Hat er die Männer verändert? Eine Zwischenbilanz wollten wir ziehen: erotisch und analytisch, phantasievoll und kritisch zugleich. Das war die Absicht."

a./Hamburg

„Emma"-Sonderband „Sexualität" — erschienen im September 1982, erhältlich (noch) im Zeitschriftenhandel, in jedem Fall im Buchhandel oder direkt zu bestellen bei: „Emma", Kolpingplatz 1 a, 5000 Köln 1.



Sexismus in unserer Sprache

Sprache ist nicht neutral, sondern spiegelt die (männlich-weiblichen) Machtverhältnisse unserer Gesellschaft wider (schließlich steht auch dieser Artikel nicht auf der MÄNNERseite im ARBEITERINKAMPF!).

Bei dem viel strapazierten Wörtchen ‚man' fängt's an; zu unserem Wort-

herrin', 'Landsmännin' und ‚Namensvetterin', da es hier ja eigenständige weibliche Formen gäbe (z.B. Namenscousine, Ratsfrau,Landsfrau). Die Endung ‚-in' konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausendealte Abhängigkeit der Frau vom Mann, was vergleichbar ist mit der nordischen

männlichen Pendants. Logisch, die Frau wird bei uns über den Mann definiert und nicht umgekehrt. Dies wird besonders deutlich bei den bekannten Anreden wie „An Herrn und Frau Hans Fisch" oder „An Hans Fisch und Frau".

Auch die ‚schönen' Bezeichnungen

Sexismus in unserer Sprache

Sprache ist nicht neutral, sondern spiegelt die (männlich-weiblichen) Machtverhältnisse unserer Gesellschaft wider (schließlich steht auch dieser Artikel nicht auf der MÄNNERseite im ARBEITERINKAMPF!).

Bei dem viel strapazierten Wörtchen ‚man' fängt's an; zu unserem Wortschatz gehören Wörter wie FachMANN, LandsMANN, jederMANN, und wir sprechen vom MANN auf der Straße, lesen alleMANN den Arbeiterkampf und singen „BRÜDER zur Sonne zur Freiheit" bzw. „alle Menschen werden BRÜDER". — Unsere Sprache signalisiert uns dabei: Mann = Mensch und demzufolge Mensch = Mann.

Auch in unserer Grammatik steht meist die maskuline Form, wenn beide Geschlechter gemeint sind. Es heißt z.B.: DER Kunde, DER Bürger, DER Student ... und Frauen müssen sich da einfach eingeschlossen fühlen, auch wenn sie es häufig gar nicht sind: Wenn wir z.B. von DEM Wähler oder Arzt sprechen, reden (und denken!) wir automatisch von IHM und stolpern folgerichtig über Sätze wie: „Unser Hausarzt hat meinen Onkel geheiratet". Und den Schweizerinnen wurde bis 1971 das Stimmrecht verwehrt, weil es im Schweizer Gesetz hieß: „Stimmberechtigt ist jeder Schweizer", d.h. daß Schweizerinnen nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Frauen sollen sich auch angesprochen fühlen, wenn es im Wartezimmer heißt: „DER nächste bitte!" oder in der Schlange: „EINER nach DEM anderen!".

Selbst wenn nur Frauen gemeint sind, wird ‚grammatisch korrekt' gesagt: „JEDER schildert SEINE Erfahrungen in der Frauengruppe" oder „Wer hat SEINE Tampons vergessen?" Die Grammatik kehrt uns Frauen einfach unter den Tisch!

Wenn wir aber explizit von weiblichen Menschen sprechen wollen, wird wieder deutlich, daß die eigentlichen und maßgeblichen die ‚Herren der Schöpfung' (welch ein Ausdruck!) sind, denn die weibliche Form wird durch die Ableitung von der männlichen gebildet, z.B. durch das Suffix ‚-in' (Lehrer — Lehrerin). Besonders blöd klingt dies bei Wörtern wie ‚Ratsherrin', 'Landsmännin' und ‚Namensvetterin', da es hier ja eigenständige weibliche Formen gäbe (z.B. Namenscousine, Ratsfrau,Landsfrau). Die Endung ‚-in' konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausendealte Abhängigkeit der Frau vom Mann, was vergleichbar ist mit der nordischen Endung ‚-sen' („Sohn von"), die erst mit der Emanzipation der Söhne aufgehoben wurde.

Eine andere Möglichkeit, um auszudrücken, daß es sich um Frauen handelt, bietet das Attribut ‚weiblich' (weiblicher Autor, weiblicher Dozent). Dies klingt jedoch leicht so, als ob es ein Sonderfall ist, als Frau Autorin, Dozentin etc. zu sein (Mann = Norm und Frau = Abweichung). Genauso, wie es anscheinend etwas besonderes ist, als Frau berufstätig zu sein, denn es gibt nur die Bezeichnung ‚Berufstätige Frau' — ‚Berufstätiger Mann' würde niemand in den Mund nehmen.

Bei manchen Wörtern muß frau/man schon, um grammatisch korrekt zu sein, das Attribut ‚weiblicher' benutzen, da es für sie keine weibliche Form gibt: DER Gast, DER Passagier, DER Kapitän.

Ein weiteres Kennzeichen für die männliche Dominanz in unserer Sprache ist die obligatorische Reihen-(Rang-)folge, mit der wir den Mann immer an die erste Stelle setzen und der Frau den zweiten Platz zuweisen: Studenten und Studentinnen, Herr und Frau Meier, Hänsel und Gretel, Adam und Eva ... Getreu dem Motto, die Hauptperson/-sache kommt immer zuerst (vgl. SPD/F.D.P., Herr und Knecht, Vater und Sohn). Doch nicht nur zur Nebensache, auch zum Anhängsel des Mannes degradiert unsere Sprache die Frauen: Wenn von „Frau Generaldirektor", „Frau Pastor", „Frau Dr." die Rede ist, dann ist häufig nicht der eigene berufliche Werdegang dieser Frauen angesprochen, sondern sie werden einfach nach dem Beruf ihres MANNES tituliert. Jeder Pastorinmann würde sich an die Stirn tippen, redete mensch ihn mit „Herr Pastorin" an! Auch bei typischen Frauenbezeichnungen wie ‚Arztfrau' (= Frau vom Arzt) oder ‚Studienratswitwe' (= Witwe vom Studienrat) fehlen die männlichen Pendants. Logisch, die Frau wird bei uns über den Mann definiert und nicht umgekehrt. Dies wird besonders deutlich bei den bekannten Anreden wie „An Herrn und Frau Hans Fisch" oder „An Hans Fisch und Frau".

Auch die ‚schönen' Bezeichnungen Fräulein, Mädchen, Dame sind eine Diskriminierung für Frauen. Mit ‚Mädchen' werden Frauen häufig noch bis ins gesetzte Alter angeredet und ‚DAS Fräulein' soll uns u.a. weismachen, daß frau erst mit Ehemann eine ‚richtige Frau' ist. Im übrigen ist bezeichnend, daß gerade Berufe mit geringem Status sich der Ausdrücke ‚Fräulein' und ‚Mädchen' bedienen: z.B. das Zimmermädchen, Dienstmädchen, Fräulein vom Amt, Fräulein im Restaurant.

Die ‚Dame' charakterisiert eigentlich nur gepflegtes Äußeres und gutes Benehmen, aber keine richtige Arbeit, keinen klugen Kopf, hervorragende Leistung etc. Niemand würde deshalb sagen: „Hanna Schygulla ist eine hochbegabte Dame". Im ernsthaften Kontext klingt „Dame" lächerlich oder herablassend.

Neben diesen übl(ich)en Anreden gibt es eine ganze Menge Schimpfwörter speziell für Frauen, in denen sich alle schlimmen Frauenklischees widerspiegeln und für die mänliche Entsprechungen fehlen. Eine Auswahl: Nervensäge, alte Jungfer, Klatschbase, dumme Gans etc. Nicht weniger übel sind so manche geläufigen Redewendungen und Sprichwörter, wie „Mädchen die pfeifen und Hähnen die krähen, soll man beizeiten die Hälse umdrehen", „Wein, Weib und Gesang" oder „Ein Mann — ein Wort, eine Frau — ein Wörterbuch". Letzterer Ausspruch verdeutlicht, wie unterschiedlich es bewertet wird, wenn weibliche und männliche Menschen das gleiche tun, z.B. reden. Bei Frauen nennt man(n) das klatschen, schwatzen, tratschen, keifen; Frauen haben ‚eine böse Zunge' oder ‚ein loses Mundwerk'. Solche Ausdrücke würde man(n) nie bei Männern anwenden; denn MÄN-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

NER unterhalten sich ernsthaft, sind höchstens ironisch oder sarkastisch. Auch flennen, kichern, gackern oder ,falsch sein' können Männer anscheinend nicht, zumindest kommt es in unserem Sprachgebrauch nicht vor. Wenn Frauen häufig wechselnde Sexualpartner haben, kennen wir unzählige Schimpfwörter: Flittchen, Leichtes Mädchen, Nymphomanin, Mannstolle. Für Männer mit gleichen Aktivitäten kenne ich keine Schimpfwörter. Und bezeichnet mensch einen Mann als ,Don Juan' oder ,Aufreißer', faßt das der wahrscheinlich noch als Kompliment auf. Im Berufsleben ist die Frau ,aggressiv' und ,Karrieresüchtig', ihr männlicher Kollege mit gleichem Verhalten einfach ,ehrgeizig'. Frauen beim Autofahren sind ,furchtsam', Männer hingegen ,vorsichtig'. — Euch werden sicherlich noch X Beispiele mehr einfallen, die allesamt deutlich machen: Wenn Frauen sich betätigen und äußern, wird das von vornherein negativer eingeschätzt und bezeichnet als bei Männern. Nicht zufällig wähl(t)en etliche schreibende Frauen ein männliches Pseudonym (George Sand, oder sogar Marie-Louise Fischer in „BRAVO" ...).

Daneben gibt es verschiedene Redewendungen und Wörter, hinter denen die Einstellung steht: Mann = Qualität. So kennen wir das MANNESwort, den EhrenMANN, die BRÜDERlichkeit, jemand ist MANNhaft bzw. steht seinen MANN. Ben Gurion sagte z.B.: „Golda Meir ist mein bester Mann im Parlament." Und das sollte eine besondere Auszeichnung sein!

Wie Frauen in der Sprache behandelt werden, ist vergleichbar mit sprachlichen Ausdrücken für andere diskriminierte Bevölkerungsteile, z.B. die Schwarzen. So werden schwarze Männer z.T. bis ins hohe Alter mit „boy" angeredet. Oder wenn Schwarze Leistung erbringen, wird das speziell herausgestellt: die schwarze Dichterin, der schwarze Komponist. — Die Schwarzen wehrten sich. Mit der Parole „Black is beautiful" brachten sie zum Ausdruck, daß sie sich nicht mehr über Weiße definieren lassen bzw. weiße Normen verinnerlichen wollen, sondern sich selbst definieren.

Auch wir Frauen wehren uns und sollten dabei nicht vor dem Sprachsystem halt machen. Denn Sprache spiegelt nicht nur unsere Unterdrückung wider, sie verfestigt und vertieft auch Frauenfeindliche Vorurteile und Minderwertigkeitsgefühle bei uns Frauen. Insofern sollten wir uns die Sprache so umgestalten, daß sie — entgegen HERRschenden Sprach- und Denkgewohnheiten — unseren Bedürfnissen und Interessen entspricht. D.h. zum Beispiel, die Grammatik nicht als vorgegeben akzeptieren, sondern wenn nötig frauenfreundlich verändern und lieber umständliche Konstruktionen wählen (wie frau/man und ihr/sein) als die Frauen hinter maskulinen Formen verschwinden zu lassen. Das bricht einer und einem sicher manchesmal noch die Zunge, doch Sprache und Sprechen ist veränderbar und zwar durch UNS (und nicht irgendwelche DUDEN-MACHER).

Vier Linguistinnen haben „Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs" veröffentlicht (s. Anm. 2). Ziel dieser Richtlinien ist es, für Sexismus in der Sprache sensibel zu machen und alternative Gebrauchsweisen anzubieten. Im folgenden gebe ich einen kleinen Auszug dieser Richtlinien wieder:

Sexistischer Sprachgebrauch:	**Alternativen:**
Stadtväter, Ratsherren	Mitglieder des Stadtrates
brüderliche Zuneigung	geschwisterliche Zuneigung
der weiße Mann	die Weißen
Regierungsmannschaft	Regierungsteam, Regierung
Wir suchen einen Fachmann	Wir suchen eine Fachkraft
Sekretärin gesucht	Sekretärin/Sekretär gesucht
der Säugling — er	das Baby
jeder Student	alle Studierenden hilft
wir suchen jemand, der uns hilft	wir suchen jemand, die oder der uns
Thoman Mann mit Frau Katja	Thomas Mann u. Katja Mann
Den Ärger mit Frau Thatcher hat sich Bundeskanzler Helmut Schmidt vom Hals geschafft.	Den Ärger mit Frau Thatcher hat sich Herr Schmidt vom Hals geschafft.
das schwache Geschlecht	das weibliche Geschlecht, Frauen
Dienstmädchen	Hausangestellte
Ursula Andress, der Kurvenstar	Ursula Andress, die Filmschauspielerin
Herr P. ist Rechtsanwalt und seine Frau eine kesse Blondine.	Frau P. ist Ärztin und Herr P. ist Rechtsanwalt
Wer hat seine Tampons dabei?	Wer hat ihre Tampons dabei?
Mannweib spätes Mädchen Weibergeschwätz Tipse Klatschbase	Ersatzlose Streichung!

Anmerkungen:

1. Die meisten Informationen entstammen dem Buch: Senta Trömel-Plötz: Frauensprache. Sprache der Veränderung. Frankfurt a.M. 1982

2. J. Guentherodt, M. Hellinger, L.F. Pusch, S. Trömel-Plötz in: Linguistische Berichte 69/80 S. 15

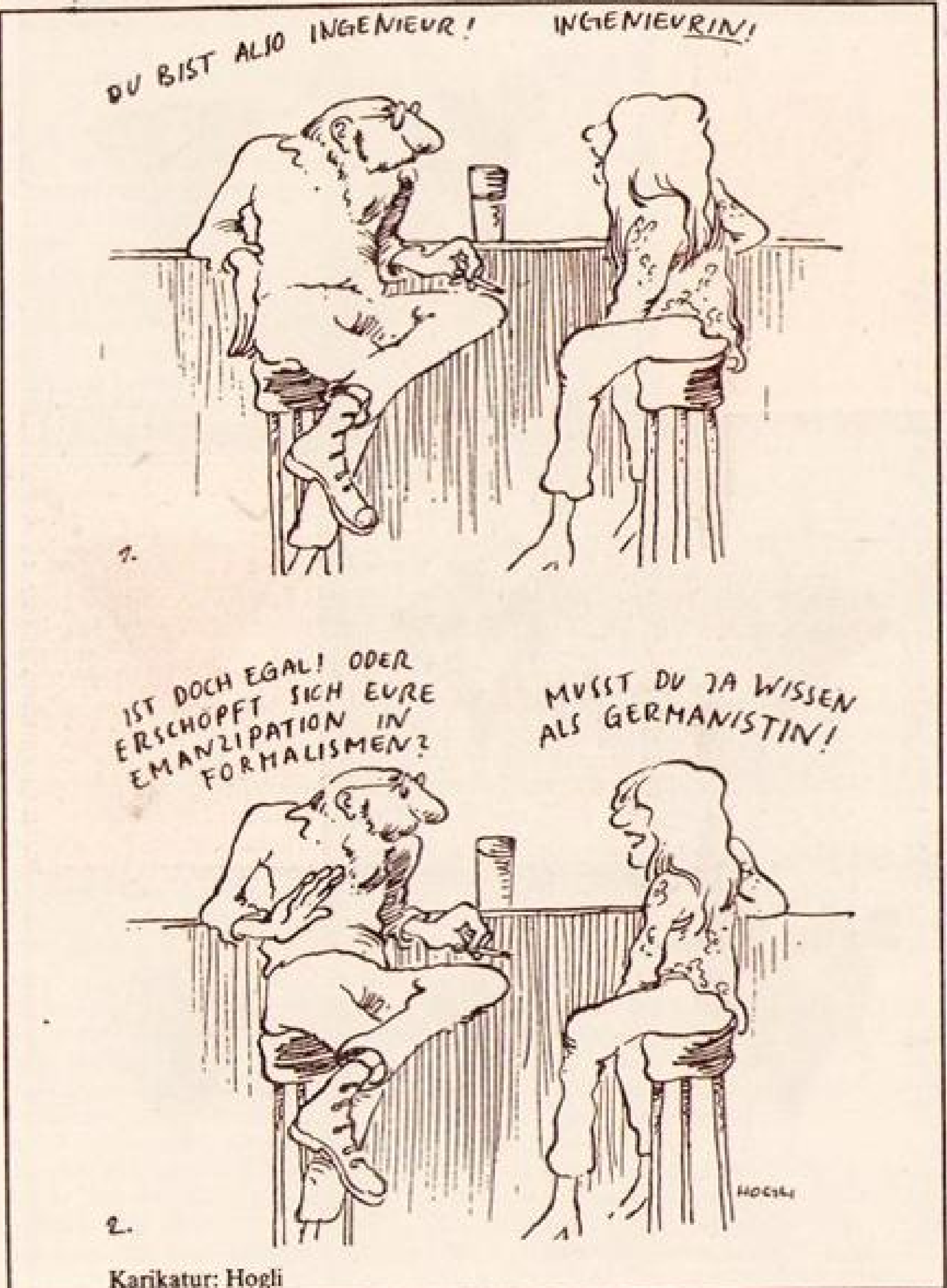
Eine Kieler Sympathisantin

Anmerkungen:

1. Die meisten Informationen entstammen dem Buch: Senta Trömel-Plötz: Frauensprache. Sprache der Veränderung. Frankfurt a.M. 1982

2. J. Guentherodt, M. Hellinger, L.F. Pusch, S. Trömel-Plötz in: Linguistische Berichte 69/80 S. 15

Eine Kieler Sympathisantin



Karikatur: Hogli

Wahlen in Brasilien:

Eine Diktatur läßt sich bestätigen

Mit demokratischem Anstrich durch Wahlen haben sich die Militärs in Brasilien am 15. November 1982 die Macht gesichert. Die Regierungspartei PDS mit dem Präsidenten Figueiredo an der Spitze hat sich mit etwas mehr als einem Drittel der Stimmen eine klare Zweidrittelmehrheit im Senat geschaffen. In 9 von 22 Bundesstaaten stellt von jetzt ab die Opposition den Gouverneur.

In den bevölkerungsreichsten, wirtschaftlich und politisch wichtigsten Bundesländern des Südostens wurde die PMDB die stärkste Partei. In Rio de Janeiro errang der Kandidat der linkeren PDT, Leonel Brizola, einen besonderen Wahlerfolg.

Da im Senat jeder Bundesstaat unabhängig von seiner Bevölkerungszahl drei Senatoren stellt, wird das Wahlergebnis hier zu ungunsten der Opposition verzerrt.

Die PT, die einzige an der Basis entstandene Partei aus den Industrievorstädten Sao Paulos mit dem populären Gewerkschaftsführer Lula errang auf nationaler Ebene weniger als 5 %. Allerdings greift diese Partei, als einzige radikale Neugründung, erst auf eine zweijährige Erfahrung zurück. Es ist außerdem anzunehmen, daß viele oppositionelle Kräfte, die der PT nahestehen, in der Hoffnung auf einen Regierungswechsel in ihrem Bundesland doch schließlich für die zahlenmäßig stärkere PMDB gestimmt haben. Vorsorglich für die Wahlen waren im Juni 82 noch Gesetzesänderungen durchgebracht worden. Sie schreiben für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament vor (früher absolute Mehrheit) und haben das Wahlgremium, das 1985 den Nachfolger des Präsidenten wählen soll, so festgelegt, daß der Sieg des Kandidaten der Regierung abgesichert ist.

Im folgenden die Beobachtungen eines Genossen, der sich z.Z. in Brasilien aufhält.
Recife, 5.11.82

Seit August läuft der Wahlkampf in Victoria im Bundesstaat Pernambuco im Nordosten Brasiliens auf vollen Touren. Fast jeden zweiten Tag werden „Comicios" (Versammlungen) von den verschiedenen Parteien in den Straßen, Stadtteilen oder auf den großen öffentlichen Plätzen nach Feierabend abgehalten. Tagsüber drängen sich die schweren Chevroletlimousinen der PDS, die VW-Busse der PMDB oder die kleinen PKWs der PT mit ihren Lautsprecherwagen durch die dschungelartigen Märkte, engen Favelagassen

schweren Chevroletlimousinen der PDS, die VW-Busse der PMDB oder die kleinen PKWs der PT mit ihren Lautsprecherwagen durch die dschungelartigen Märkte, engen Favelagassen

(Elendsviertel) und vornehmen Straßen und kündigen ihre Comicios mit ohrenbetäubender Lautstärke an, unterbrochen von dröhnender Sambamusik, bisweilen aber auch mit Klängen aus dem fernen Alemanha, mit Vorliebe „da, da, da, ...".

Bei größeren Comicios werden die Straßen geputzt, alle gegnerischen Plakate entfernt und durch eigene Parolen ersetzt. Außerdem werden Palmenzweige, bunte Girlanden, Lichterketten, Fähnchen und Parteiembleme etc. zur Verschönerung angebracht. Im Mittelpunkt steht ein großer Mercedes- oder Scania-LKW mit offener Ladefläche, die als Tribüne dient. Darauf versammeln sich alle Kandidaten - Kandidatinnen sind äußerst selten - und Parteipersönlichkeiten, bei der PMDB oft mit ihren herausgeputzten Ehefrauen, um gesehen zu werden.

Vor der Tribüne postieren sich kleine Samba- und Frevobands, die zwischen den Redebeiträgen oder als Applausverstärker kurz aufspielen, immer dann aber abbrechen, wenn man/frau gerade in rhythmische Schwingungen gerät. Außerdem gibt es Sänger/innen, die bekannte Schlager mit veränderten Texten über die Kandidaten oder die Partei zum Besten geben. Wenn der Applaus für die Redner nicht so richtig in Gang kommen will, treten Einklatscher in übereifriger Manier auf, zumal sie die Redner oft an den ungünstigsten Stellen durch ihr Klatschen unterbrechen. Auf mitgebrachten Transparenten, Fahnen und Flugblättern stehen fast ausschließlich die Namen der Kandidaten mit ihren entsprechenden Kandidatennummern. Da falsch eingetragene Nummern auf dem Wahlzettel die Stimme ungültig werden lassen, und ein Großteil der Bevölkerung hier des Schreibens und Lesens nicht mächtig ist, werden die Kandidatennummern durch immer erfinderischere Rituale unter die Menschen gebracht. So werfen die Sprecher der PDS einen Finger, der PMDB die ganze Hand und der PT ein aus drei Fingern gebildetes Siegeszeichen nach jeder Rede in die Menge, entsprechend ihren Kandidatennummern, die alle mit 1, 5 oder 3 beginnen.

Die comicios sind fast alle gut besucht, wobei die showartige Atmosphäre in dem ansonsten trostlosen Alltag eine nicht unwesentliche Anziehungskraft ausübt. Die engeren Parteisympathisanten/innen erkennt man/frau schnell an den mit Parteiemblemen bedruckten T-shirts, Stirnbändern und Fähnchen. Ein Teil der Besucher kommt aus den umliegenden Dörfern und Fazenden (Landgüter), wo sie kostenlos mit Bussen oder Lastwagen abgeholt werden. Die Menge dieser Besucher ist allerdings von der Finanzkraft der jeweiligen Partei abhängig.

Die Comicios ziehen sich bis zu fünf Stunden und länger hin, und es ist bewundernswert, wie die Menschen so lange ausharren, zumal die Redner sich fast ausnahmslos wiederholen und sich nicht gerade durch inhaltliche oder programmatische Reden auszeichnen. Erstaunlich dabei ist, daß sich fast alle in Ekstase reden, mit kräftigen Stimmen ins Mikrofon schreien und erregt mit ihren Händen gestikulieren.

programmatische Reden auszeichnen. Erstaunlich dabei ist, daß sich fast alle in Ekstase reden, mit kräftigen Stimmen ins Mikrofon schreien und erregt mit ihren Händen gestikulieren.

Während vordergründig eher eine harmlose Wahlshow abläuft, setzt die Regierung hinter den Kulissen alles daran, ihre Macht zu erhalten.

So betreiben die PDS-Politiker einen skrupellosen Wahlkampf, in dem sie durch die ausgedörrten ländlichen Gebiete und die städtischen Elendsviertel reisen, mit den Bewohnern „Cachaca" (Zuckerrohrschnaps) trinken und Wahlgeschenke verteilen. So kommt es vor, daß sie dem einen ein neues Dach, dem anderen Arzneimittel , Saatgut, Kleider oder sogar Bargeld schenken, Frauen selbstgewebte Hängematten abkaufen oder einfach nur die angebrochene Flasche Cachaca mit einem ausgefüllten Wahlzettelmuster in den erbärmlichen Hütten zurücklassen.

Diese Hütten, die notdürftig aus Lehm oder zusammengesuchten Holzteilen, bestenfalls aus selbstgebrannten Ziegeln, erstellt wurden, sind ohne Elektrizität, Kanalisation und Wasseranschluß. Auf engstem Raum, zusammengezwängt wie Hühner, wohnen sechs- bis neunköpfige Familien. 70 % aller Kinder leiden hier an Unterernährung, schon die kleinsten Infektionskrankheiten, wie z.B. Erkältungen, lassen sie wie Fliegen dahinsterben, ein Fünftel aller Kinder allein im ersten Lebensjahr. Der gesetzlich garantierte Mindestlohn von 180,-- DM im Monat, den viele nicht einmal erhalten, weil die Arbeitgeber selbst diese Hungerlöhne nicht auszahlen oder weil viele, zu viele ohne Arbeit sind, ermöglicht den Kauf selbst billiger Medikamente nicht.

Die PDS Wahlgeschenke erzeugen in dieser Atmosphäre ein Gefühl von Dankbarkeit. Nach den Wahlen wird die Bevölkerung diese Wahlgeschenke doppelt und dreifach zurückzahlen müssen. Die Erhöhung der Preise für die Grundnahrungsmittel Reis und Bohnen, für Benzin, der Mieten etc. sind jetzt schon beschlossene Tatsachen (bei einer momentanen Inflationsrate von 150 %).

Ebenso zögert die PDS nicht, bekannte oppositionelle Persönlichkeiten zu bestechen, was allerdings manchmal auch in den Reihen der PMDB zu beobachten ist. Ein stadtbekannter PMDB Politiker wechselte zur PDS über, fast zeitgleich zog er in ein schönes Häuschen ein.

Diejenigen, die sich nicht kaufen lassen, wie z.B., einige beliebte katholische Padres, werden mit Ausweisung, Mord oder sonstigen Repressalien bedroht, falls sie ihre Sympathieäußerungen für die Oppositionspartei nicht einstellen. Daß die PDS ihre Drohungen durchaus ernst meint, zeigt der Mord an einem PMDB-Politiker auf einer Wahlveranstaltung und die zahlreichen Attentatsversuche auf Oppositionspolitiker, wie z.B. den Gouverneurskandidaten in Pernambuco von der PMDB, Marcos Freire. Eine Lehrerin von der PT wurde vor einigen Monaten, bei Bekanntwerden ihrer PT Mitgliedschaft, in ein PDS Dorf als Schreibkraft versetzt. Hier wird sie ständig auf der Straße von PDSlern beschimpft, beleidigt und in Intrigen verwickelt. Die örtliche PT, die sich überwiegend aus jun-

in ein PDS Dorf als Schreibkraft versetzt. Hier wird sie ständig auf der Straße von PDSlern beschimpft, beleidigt und in Intrigen verwickelt. Die örtliche PT, die sich überwiegend aus jun-

gen Frauen zusammensetzt, hat sich hier vor einem Jahr gebildet, und ist dementsprechend noch recht unbekannt und klein. Obwohl sie einen offenen Wahlkampf führen, leben sie ständig in der Angst, daß ihre Arbeitgeber, Nachbarn und sogar Eltern ihr Engagement entdecken. Sie fürchten, daß sie dann als Kommunisten beschimpft und in ihrer Familie und ihrem Bekanntenkreis geschnitten werden.

Während die PT in den Bundesstaaten Sao Paulo und Rio de Janeiro, den Industriezentren des Landes, stark verankert ist, kämpft sie hier in Pernambuco - einer PDS-Hochburg - auf verlorenem Posten. Sie werden zwar hin und wieder personell aus der Landeshauptstadt Recife unterstützt, den Wahlkampf müssen sie aber selbst finanzieren. Sie führen politische Filmveranstaltungen - oft in kirchlichen Räumen - durch, organisieren Bingospiele (Glücksspiele) oder erhalten kleine Geldspenden. Aus Finanzmangel können sie auch nur drei Comicios bis zum 15. November veranstalten. Ihre Hauptaktivitäten sind Hausbesuche bei Familien, von denen sie aus politischen Diskussionen und persönlichen Gesprächen Sympathien vermuten, und das nächtliche Malen von Parolen. Ihr Ziel ist dabei nicht, nur möglichst viele Wählerstimmen zu bekommen, sondern kleine Schritte hin zu einer Bewußtseinsbildung zu erzielen, aus der heraus Aktionsgruppen, Basisgruppen für bessere Lebensbedingungen entstehen könnten. Bei dem Elend und der tiefen Apathie der Menschen hier eine äußerst schwierige Aufgabe.

Außerdem befürchten sie, daß sich das momentane „offene" Klima bei zunehmenden Erfolgen der Opposition wieder ändern kann, und das alte, brutale Gesicht der Diktatur wieder zum Vorschein kommen könnte.

Partido dos Trabalhadores

P/dep. federal: *P/governador:* *P/dep. estadual:*

PT

JOSÉ IBRAHIM *LULA* *FRANCISCO CARLOS*

PT

Trabalhadores no poder

Wahlplakat der PT



Auch die Felsen abgelegener Badebuchten dienten im Wahlkampf als Werbeträger.

Novemberwahlen 82: Betrug am Wähler

Seit der ,,Abertura" (,,demokratische Öffnung") 1979 versuchen die Militärs in Brasilien ihr Image beim Volk und der Weltöffentlichkeit aufzupolieren. Auch wenn diese ,,Abertura" den oppositionellen Gruppen und Parteien einen größeren politischen Handlungsspielraum (z.B. Presse- und Versammlungsfreiheit etc.) verschafft hat, zeigen die jetzt stattfindenden Novemberwahlen deutlich auf, wo die Grenzen dieser ,,Liberalisierung" für die oppositionellen Gruppen liegen.

Die Wahlen, die erstmals wieder die Gouverneurswahlen mit einschließen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich in die traditionelle Politik der Militärs einreihen. Die Einschränkungen und Manipulationen der Wahlen seit 1964 (s. Schautafel) setzen sich auch nach der ,,Abertura" fort, wie das von Figueiredo im Nov. 81 durchgesetzte ,,Novemberpaket" zeigt. Dieses Paket schnürt den Oppositionsparteien in vier entscheidenden Punkten die Luft ab, und macht ihnen auf Bundesebene einen Sieg unmöglich.

1. Einheitslistenwahl: Jeder Wahlberechtigte (ab 18 Jahre) hat bei den Wahlen nur eine Stimme, die er für die Liste einer Partei abgeben muß. D.h. wer den Bürgermeister einer Partei wählen will, muß notgedrungen auch den Gouverneur, Senator etc. dieser Partei wählen. Bei Stimmensplitting ist die Stimme ungültig.

2. Hiermit verbunden ist die Auflage an alle Parteien, in jedem Bundesland für alle Posten Kandidaten aufzustellen, also Kandidaten für den Gouverneur, Senator, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister und Stadtabgeordnete bzw. Gemeinderäte. Allerdings brauchen die Listen nach unten hin nicht vollständig zu sein, d.h. auf Gemeindeebene müssen nicht unbedingt Kandidaten nomi-
d.h. auf Gemeindeebene müssen nicht unbedingt Kandidaten nomi-
niert werden. Dies begünstigt die PDS Regierungspartei, da sie über die meisten Ortsverbände verfügt und damit in der Regel als einzige Partei in der Lage ist, überall zu kandidieren und aufzutreten. Bei der hohen Analphabetenrate (z.B. im Nordosten bis zu 50 %) und mangelnden Informationsmöglichkeiten der Bevölkerung wählen die Menschen nur die im Ort bekannte Partei.

3. Koalitionsverbot: Jede der bestehenden Oppositionsparteien ist allein kaum in der Lage, die PDS zu schlagen. Von daher wären nur Koalitionen in der Lage, die Regierungspartei zu gefährden. Dem hat Figueiredo einen Riegel vorgeschoben, indem er Koalitionen kurzerhand verbot.

Allerdings könnte eine Partei ihren Wahlkampf in einem Bundesstaat zugunsten einer anderen Oppositionspartei abbrechen. In diesem Fall würden sämtliche Stimmen für diese Partei in diesem Bundesland verlorengehen, was auf Bundesebene für diese Partei große Nachteile hätte.

4. Sublegenda-Gesetz: Jede Partei hat demnach das Recht, mehrere Kandidaten für den Bürgermeister- und Stadt- bzw. Gemeinderatsposten aufzustellen, wozu in der Regel wiederum nur die PDS in der Lage ist. Der Parteikandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bekommt automatisch die Stimmen seines unterlegenen Parteikollegen zugeschlagen. Damit kann die PDS zum einen interne Parteiquerelen lösen, zum anderen mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen als das bei nur einem Kandidaten möglich wäre. Vielfach stellen sie einen populären Kandidaten und einen der ,,harten Linie" auf.

Außerdem besteht Wahlpflicht, d.h., wer nicht wählt, muß eine empfindliche Geldstrafe bezahlen, die bisher noch nicht einmal in ih-
empfindliche Geldstrafe bezahlen, die bisher noch nicht einmal in ih-
rer Höhe benannt wurde.

Die Parteien dieses Wahlkampfs

PMDB

Partido do Movimento Democratico Brasileiro
In der PMDB waren - auch während der härtesten Jahre der Repression - immer Abgeordnete der verbotenen Kommunistischen Partei (PCB) vertreten, auch die maoistische PCdoB rief zur Wahl der PMDB auf.

Nach dem 15. November ist ein Auseinanderbrechen der PMDB nicht auszuschließen - sofern von Seiten der Regierung keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Opposition zur (künstlichen) Einheit zwingen.

Nachfolgepartei der von den Militärs 1965 geschaffenen Oppositionspartei MDB. Politisches Sammelbecken, das - an deutschen politischen Positionen gemessen - von der rechten Christdemokratie bis zur KP reicht, nur gehalten durch die Ablehnung der Herrschaft der Militärs, die Forderung nach demokratischen Grundrechten.

1981/82 ging die Partido Popular (PP) in der PMDB auf, wodurch die Partei heute einen starken, dem nationalen Kapital verpflichteten Flügel aufweist, der als potentieller Bündnispartner der PDS gilt.

PT

Partido dos Trabalhadores
Als einzige Partei nicht auf traditionellen Parteistrukturen bzw. Politikern aufgebaut, ist die PT die Partei der organisierten Arbeiter/Gewerkschafter und der Basisbewegungen (Lebenshaltungskostenbewegung, Favela-Selbstorganisationen, christliche Basisgemeinden).

Gegründet von Metallgewerkschaftern im Industriegürtel um Sao Paulo und dort - nicht zuletzt durch das Image des Gewerkschaftsführers ,,Lula" gut verankert, hatte die PT große Mühe, in anderen Bundesstaaten, insbesondere im Norden, Fuß zu fassen. Sie schaffte den Aufbau von Parteiorganisation und Kandidaten in allen Bundesstaaten, ist jedoch - wie auch PDT und PTB - Opfer der ,,vinculacao", weil sie in sehr vielen Gemeinden und kleinen Städten keine Kandidaten aufstellen konnte.

Für die PT kandidierten neben Gewerkschaftern viele ehemalige politische Gefangene, ehemalige Studentenführer. Außerhalb Sao Paulos ist die PT stärker die Partei der städtischen Intellektuellen- und der Basisgemeinden.

Politisch ist die PT als basisdemokratisch und sozialistisch (ohne Abhängigkeit von sozialistischen Modellen) einzuordnen. Die offene Sympathie vieler Mitglieder der Kirchenhierarchie für die PT führte während des Wahlkampfes zu starken Angriffen und Verleumdungen gegen die katholische Kirche.



Brasilianischer Gewerkschafter Lula

PDT

Partido Democratico Trabalhista
PDT-Führer Leonel Brizola, vor 64 Gouverneur in Rio Grande do Sul für die PTB, mußte diesen Parteinamen annehmen, als das Wahlgericht Ivete Vargas den Namen PTB zusprach.

Leonel Brizola wurde im Exil und nach seiner Rückkehr stark von der Sozialistischen Internationale und der deutschen Sozialdemokratie gefördert; diese Zusammenarbeit wurde drastisch reduziert, als Brizola in Brasilien stark an Popularität verlor (80/81) und die Verbindung zur Sozialdemokratie seinem Image eher schadete.

Das Programm der PDT kann als linkspopulistisch, sozialdemokratisch mit vielen (Verbal-) Radikalismen charakterisiert werden.

Wie alle vorher genannten Parteien verfügt sie zwar über eine Parteiorganisation, nicht jedoch über eine Mitgliedschaftsbasis.

PDS

Partido Democratico Social
Regierungspartei, aus der von den Militärs künstlich geschaffenen ARENA durch reine Namensänderung hervorgegangen. Der Parteiname ,,sozialdemokratisch" steht in keiner Beziehung zum Programm und zu den Inhalten der derzeitigen Regierungspolitik, die auf die Interessen des multinationalen Kapitals, der Großgrundbesitzer und des Militärs ausgerichtet ist.

Das Ansehen der PDS lag Monate vor den Wahlen sehr niedrig, und wurde nur durch starken Einsatz des Präsidenten, verbunden mit intensiver Medienwerbung, verbessert. Dabei wurde Joao Figueiredo - und entsprechend die PDS - als die Partei der ,,Abertura" (politische Öffnung) und nationalen Versöhnung (Rückkehr der Exilierten) ,,verkauft".

PTB

Partido Trabalhista Brasileiro

Der Name knüpft an die von Getulio Vargas 1945 gegründete populistische Partei an, die vor 1964 mit linkspopulistischem Kurs die Regierung führte. Der neuen Partei wurde das Kürzel PTB vom Wahlgericht zugesprochen, entsprechend dem Plan der Regierung, keine oppositionelle Partei unter diesem traditionsreichen Namen entstehen zu lassen.

Die heutige PTB wird von einer Nichte Getulio Vargas geführt und steht - trotz verbalradikalem Programm - der Regierungspartei nahe und gilt als deren möglicher Koalitionspartner. Die PTB hat nur im Süden mit ihren Kandidaten Janio Quadros (Sao Paulo) und Sandra Cavalcanti (Rio) eine gewisse Bedeutung.

Miese Manöver mit Exilchilenen

Die Regierung der USA möchte wieder Waffen an Chile liefern. Wozu sie die Zustimmung des Kongresses ebenso wie für die von Reagan bereits beantragte Waffenhilfe in Höhe von 50.000 Dollar benötigt. (Die geringe Summe deutet auf den ,,Testcharakter" hin, den dieser Antrag besitzt.) Weiterhin benötigt die chilenische Regierung die Unterstützung der USA, um dringend benötigte Kredite bei internationalen Privatbanken und beim IWF zu erhalten. Gerade in diesen Tagen wird beim IWF die Entscheidung über einen 860 Millionen-Dollar-Kredit gefällt. Imagepflege war deshalb für die Militärjunta angesagt.

Mit großem publizistischen Aufwand kündigte Pinochet daraufhin die Einrichtung einer ,,Kommission von hohem Rang" an, die prüfen soll, welche Exilchilenen die Erlaubnis erhalten, nach Chile zurückzukehren.

Fünf Tage vor dieser Ankündigung, die Pinochet am 25.10. machte, verlautete aus der US-Botschaft in Santiago: Die USA wünschten sich einen größeren Respekt vor den Menschenrechten in Chile. Dabei würde man nicht auf sofortige freie Wahlen bestehen, aber Fortschritte bei der Einhaltung der Menschenrechte sowie von Gewerkschaftsrechten seien vonnöten. Ebenfalls wenige Tage vor Bekanntgabe der Kommissionsgründung teilten die chilenische Kommission für Menschenrechte und eine Delegation internationaler Gewerkschaftsverbände, die Chile bereiste, mit, Menschenrechte seien in diesem Lande faktisch nicht mehr vorhanden.

„Eine Kommission von hohem Rang"

Spätestens als am 8. November die Kommission zusammentrat, war klar, um was für ein Manöver der Diktatur es sich handelte. Mitglieder der Kommission sind:

— Mônica Madariaga, Justizministerin der Junta;

— General Enrique Montero Marx, seit dem Putsch Staatssekretär des Inneren und seit letztem Jahr Innenminister;

— Miguel Schweitzer, langjähriger Präsident des Obersten Gerichts und heute Staatsratspräsident;

— Ricardo Rivadeneira, Professor für Staatsrecht an der Universität Chile, Anwalt und Mitglied des Rates zur Verteidigung des Staates;

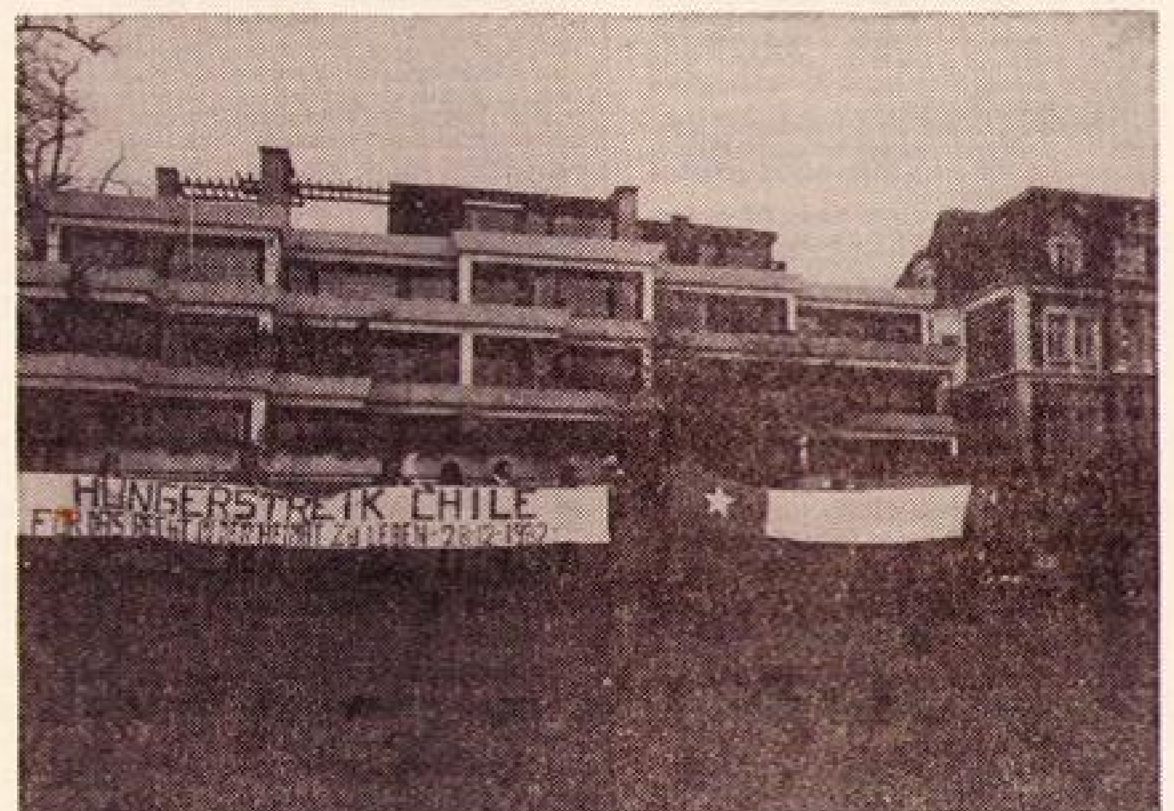
— Eugenio Valenzuela, juristischer Berater der Minister des Inneren und der Justiz, Mitglied der Redaktion für die Ausführungsgesetze zur Verfassung.

Fürwahr eine Kommission von hochrangigen Faschisten.

Pannen bei der Manövergestaltung

Während der fast zweimonatigen Arbeit der Kommission ereigneten sich für die Diktatur einige Peinlichkeiten, die es der Öffentlichkeit schwer machten, an eine unabhängige Arbeit der Kommission zu glauben:

Die Diktatur sah sich genötigt, die beiden prominenten Gewerkschaftsführer Bustos (CNS) und Hector Cuevas (Bauarbeiter) nach Brasilien ins Exil zu jagen, weil sie an Protesten gegen die Preissteigerungen teilgenommen hatten. Ebenfalls nach Brasilien ins Exil geschickt wurde Carlos Podlech, Präsident der Vereinigung weizenproduzierender Unternehmer und eigentlich der Diktatur nicht feindlich gesonnen. Der feine Herr hatte nur zum falschen Zeitpunkt öffentlich einige kritische Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik Pinochets gemacht. Am Mittwoch, dem 15.12., hatte die Regierung Pinochet in drei Städten gleichzeitig die Gelegenheit, ihre unveränderte Einstellung zu den Menschenrechten unter öffentlichen Beweis zu stellen. In Santiago, Valparaiso und Concepcion gingen die Menschen auf die Straßen, um gegen die Preissteigerungen bei Gas und Wasser zu protestieren, ,,Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit" zu fordern und die ,,bedingungslose Rückkehr der Exilierten" zu verlangen. 200 Menschen nahm die Diktatur fest, von denen sie 15 verbannte und weitere 15 bis heute in den Krallen der CNI verschwinden ließ.



Abschlußkundgebung am 28. Dezember vor dem chilenischen Generalkonsulat nach dem 48-stündigen Hungerstreik in Hamburg

Ende Dezember war es dann soweit. Pinochet verkündete feierlich, daß von einer Million Exilchilenen ganze 125 die Genehmigung erhalten, in ihre Heimat zurückzukehren, allerdings nur unter ganz bestimmten Bedingungen, wie zum Beispiel der schriftlichen Anerkennung der Legitimität dieses Regimes.

Lateinamerika-Kommission

Die Fronten klären sich

Grüner Durchmarsch — Betrieblich-Alternatives Bündnis gegründet

Für die Bremer Bürgerschaftswahl im Herbst 1983 wurden innerhalb der grün-alternativen Szene in den Wochen vor dem Jahreswechsel wichtige Vorentscheidungen gefällt oder Entwicklungen eingeleitet. Während die Grünen nichts unversucht lassen, ihren Alleinvertretungsanspruch auch formal zu befestigen, bemühen sich linke Kräfte aus den Initiativen und die Alternative Liste (AL) um die Gestaltung eines Kommunalpolitischen Kongresses, der die verschiedenen außerparlamentarischen Interessen zusammenfassen soll. Dieses Vorhaben wird vom BAB (Betrieblich Alternatives Bündnis), einem bemerkenswerten Zusammenschluß der Bremer Betriebslinken, wohlwollend unterstützt.

Grüne Machtpolitik oder „neue politische Qualität"?

Zur Vorbereitung seiner Kandidatur mit einer „Offenen Liste" unter dem Namen „Die Grünen" hatte der Bremer Landesverband im Sommer 82 die AG „Grün 83" eingerichtet. In „Grün 83" sollte die inhaltliche Grundlage, ein kommunalpolitisches Programm, für die „Offene Liste" geschaffen werden. Die scheinbare Offenheit dieser AG konnte von Anfang an nicht über die faktische Dominanz der Grünen hinwegtäuschen. Die Betriebslinke oder ganze soziale Bewegungen (Frauen, Arbeitslose u.a.) blieben bewußt fern oder hielten interessierte Distanz (siehe ausführlicher AK 222 und 226). Bis heute kann von einer nennenswerten Verbreiterung des aktiven grünen Umfelds nicht gesprochen werden, doch war dies wohl auch gar nicht der Wunsch der Grünen: Jedenfalls lehnten sie eine Beteiligung an dem breiter konzipierten, von parteipolitischem Stallgeruch befreiten Kommunalpolitischen Kongress strikt ab. Stattdessen ist es den Grünen inzwischen gelungen, ihr Übergewicht in „Grün 83" auch formal zu zementieren. Nachdem ein Vorpreschen führender Grüner (Willers, Müller) auf dem „Grün 83"-Plenum im November („Grün 83" sollte bis spätestens Mitte Februar endgültig ein Programm erstellt haben, dann sollten Kandidaten gewählt werden, um „mit Volldampf in den Wahlkampf" gehen zu können) abgelehnt worden war, verschickte der grüne Landesvorstand an die M i t g l i e d e r der Grünen und ganz wenige Nicht-Grüne eine Einladung zur LMV (Landesmitgliederversammlung), in der u.a. zwei Vorschläge gemacht wurden.

- Für Programmverabschiedung und Kandidatenwahl schlug der Landesvorstand ein ausgeklügeltes Verfahren zur Vergabe der Stimmberechtigung vor: *„Stimmberechtigt sollen alle grünen Mitglieder und alle Mitarbeiter der Arbeitsgruppen von Grün 83 sein. Die Nicht-Grünen Arbeitsgruppenmitarbeiter müssen ihre Stimmberechtigung bis zum 30. Jan. (schriftlich oder mündlich) im Büro beantragen. Stimmberechtigung wird über Rücksprache mit den AG's erteilt".*

- Ein Zeitplan sah erneut vor, bis zum 21.Feb. endgültig ein Programm verabschiedet zu haben. Eine „basisdemokratische Auseinandersetzung" sollte auf Sitzungen in Bremen und Bremerhaven stattfinden, die nach sehr zufälligen Kriterien zusammengestellt wurden. Bis heute gibt es z.B. im Rahmen von „Grün 83" keine Frauengruppe; allerdings ist unabhängig davon die „Frauengruppe für eine grün-alternative Politik" mit rund 35 Frauen in Bremen aktiv, deren Arbeitsergebnisse die Grünen gerne in ihrem Programm verarbeiten würden; dennoch sollte der Abschnitt Frauen ohne jede Absprache mit der Frauengruppe in Bremerhaven diskutiert werden.

Gegen dieses putschistische Vorgehen, an „Grün 83" vorbei zentrale Beschlüsse zu fassen, regte sich auf dem Plenum von „Grün 83" am 20.12.82 vereinzelter Unmut. Außerdem wurde der Terminplan als unrealistisch zurückgewiesen und gefordert, das Stimmrecht entweder nur den wirklich Aktiven, also nicht allen Grünen, zu geben oder aber, was wirklich die Nähe zur außerparlamentarischen Bewegung unter Beweis gestellt hätte, alle Interessierten aus Initiativen und dem BAB mitbestimmen zu lassen. - Das ging zu weit! Während die Grünen schnell zu Zugeständnissen bei der Terminplanung bereit waren, akzeptierten sie bei der Debatte um die Stimmberechtigung nicht einmal eine Vertagung. Martin Thomas (ehemalige „KPD/AO") entdeckte *„eine bekannte Taktik des KB, die Initiativen für seine Ziele zu mißbrauchen"*, und Ralf Fücks, der nach ruhmlosem Zwischenspiel bei der ISP/„Moderne Zeiten" und dem Bremer „Initiativkreis grün-alternative Politik" nun über die Grünen versucht, s e i n e P e r s o n a l s „Politiker" in Szene zu setzen, erklärte, daß das Konzept der „Offenen Liste" der Bremer Situation angemessen sei und auch inhaltlich müßten die Grünen wegen ihrer neuen politischen Qualität den Kern der Liste bilden. Versuche, „den grünen LV auszuhebeln", seien abzuweisen. Das geschah: Obgleich weniger Grüne als Nicht-Grüne anwesend waren, wurde mit einem Stimmenverhältnis von ca. 27:5 der Vorschlag des Landesvorstandes angenommen. **Während im Sommer die Linken d i e Chance, über „Grün 83" Einfluß auf die Entwicklung bei den Grünen zu gewinnen, geradezu beschworen, erweist sich nun, daß umgekehrt die Nicht-Grünen noch stärker als bisher von uns befürchtet bereit sind, das Vorgehen der Grünen zu stützen. Und die Arbeitsgruppen-Aktivist/inn/en, die den Grünen skeptisch gegenüberstehen, erscheinen oft gar nicht auf den „Grün 83"-Plena, auf denen die politischen Entscheidungen gefällt werden. Mehr als ein Alibi für grüne „Offenheit" stellt „Grün 83" nicht mehr dar.** Mit entsprechender Euphorie wurde einen Tag später auf der grünen LMV diese Entwicklung gefeiert. Peter Willers, der über die Presse schon seinen Anspruch auf ein neues Bürgerschaftsmandat angemeldet hat („Weser-Kurier", 15.12.82), wies darauf hin, daß die Grünen o h n e die Unterstützung der Nicht-Grünen k e i n kommunalpolitisches Programm in der Zeit hätten erstellen können, und daß „Grün 83" sich mit den letzten Beschlüssen „als voller Erfolg" bewährt habe. Andere pflichteten bei, „daß die grüne Position auch dann Mehrheiten bekommt, wenn die Grünen personell in der Minderheit sind" (Fücks). Also alles klar, doch... Ja, da ist noch das Betrieblich Alternative Bündnis (BAB). Als erster Grüner hatte Ralf Fücks im „Grünen Rundbrief" Nr.3 des Bremer LV darauf aufmerksam gemacht, daß sich unbemerkt von den Grünen im Betriebsbereich eine Initiative gebildet habe, die mehr als nur das übliche DKP-Spektrum sei. Selbst wenn die Grünen mit den darin vorherrschenden „traditions-sozialistischen" Positionen nicht übereinstimmten, sollte das Gespräch gesucht werden, um *„zweierlei deutlich (zu) machen: unsere Bereitschaft zur Einheit (d.h. auch: zum Kompromiß). Und die Grundpositionen, die für uns unverzichtbar sind"* (Papier vom 20.12.82). Mit völliger Ahnungslosigkeit oder gezielter Fehlinformation erläuterte Jo Müller auf der LMV am 21.12. seine Vorstellungen über das BAB: *„Dort gibt es drei Strömungen: die DKP, die Arpo und die Mittelposition, die sich gegen die anderen Strömungen durchgesetzt hat, und die offen für die Grünen ist"*. Die Grünen sollten deshalb *„Politik in Richtung der Mittelposition machen"*, doch bedeute das nicht, ein Bündnis mit ihnen zu wollen.

Allerdings zeichnet sich an der Frage der grünen T a k t i k gegenüber dem BAB ein Konflikt ab. Bahro jedenfalls wittert mal wieder die Gefahr, dem *„politbürokratischen Apparat der DKP, die in Moskau anfängt und hier aufhört"*, politisch die Tür zu öffnen, falls die Grünen offiziell Gespräche mit dem BAB aufnehmen würden. - Vorerst wurde sich geeinigt, daß „Leute wie Ralf Fücks, die informelle Kontakte haben, mehr über die Betriebsleute rausbekommen" sollen.

Was ist das Betrieblich Alternative Bündnis?

Bereits im September trat das BAB mit seiner „Erklärung zur politischen Lage" an die Öffentlichkeit. Obwohl die „Erklärung..." damals von 100 Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Bremer Betrieben unterschrieben war, wurde das BAB von den Grünen nicht ernst genommen. Inzwischen ist die Zahl der Unterzeichner auf über 200 angewachsen, die u.a. von den Betrieben Klöckner, Daimler-Benz, VFW-

---

BetrieblichAlternativesBündnis BAB

Warum wir uns zusammenschließen

Gemeinsame Erfahrungen und gegenseitige Unterstützung in Streiks und betrieblichen Kämpfen, gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau, Rüstungswahnsinn und Kriegsgefahr haben uns – Kolleginnen und Kollegen aus Bremer Betrieben und Verwaltungen – bereits seit Jahren verbunden. Dabei ist uns immer deutlicher geworden, daß wir uns nicht länger auf gegenseitige Unterstützung bei Abwehrkämpfen in den Betrieben beschränken dürfen.
Wir können und müssen mehr tun angesichts der Probleme, vor denen wir gerade in den Betrieben stehen.
Die Politik der etablierten Parteien verstößt derart gegen unsere Lebensinteressen, daß es notwendig geworden ist, eine Alternative zur Politik der herrschenden Kräfte zu schaffen.
Für uns **besteht** diese Alternative darin, uns selber **politisch** zu vertreten.
Die Bürgerschaftswahl in Bremen sehen wir als Anlaß, in diesem Sinne öffentlich einzugreifen. Zugleich werden wir mit allen Kräften und Gruppen das Bündnis suchen, die erkannt haben, wohin die Politik des Kapitals und der etablierten Parteien führt:
Wachsende Kriegsgefahr, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Jugendarbeitslosigkeit, soziale Demontage, Zerstörung von Umwelt und Natur, Diskriminierung der Frauen, Ausländerfeindlichkeit, Abbau demokratischer Rechte.
Das sind Stichworte für die Bilanz dieser Politik. Die „sozial-liberale" Periode in der Bundesrepublik ist zu Ende. Die Unternehmer haben die Sozialpartnerschaft endgültig aufgekündigt. Um in der verschärften Krise noch weiter ausreichend Gewinne zu machen, wollen sie Lohn- und Sozialabbau.
Die CDU ist als politischer Arm der Unternehmer angetreten, um deren Forderungen nach sozialer Demontage, Lohn- und Arbeitsplatzabbau noch schneller und entschiedener durchzusetzen.
Diese CDU will als Garant dafür stehen, daß die Bundesrepublik den Beitrag zur Hochrüstung und Raketenstationierung, den die US-Regierung zum Ausbau ihrer militärischen und politischen Vormachtstellung fordert, widerspruchslos leistet. Das Atomprogramm (verstärkter Aus- und Weiterbau von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen) soll im Eiltempo durchgesetzt, demokratische Rechte rigoros abgebaut werden.
Gegen die aufbegehrenden Opfer dieser Politik wird eine neue Form der Herrschaft vorbereitet.

Das Ende einer Illusion

Nichts ist übriggeblieben von einer SPD-Politik in Bund und Land, die angetreten war, den Kapitalismus durch Reformen menschlicher zu gestalten.
Die Schlagworte waren: „Mehr Demokratie wagen, mehr Mitbestimmung, Chancengleichheit, Humanisierung der Arbeitswelt."
Schon die SPD-Regierung begann damit die erreichten Verbesserungen in der Sozialpolitik (z.B. Mietrecht, Ausbildungsförderung, Kindergeld) wieder rückgängig zu machen.
Als es darum ging, dem Rüstungswahnsinn und der sogenannten „Raketennachrüstung" entgegenzutreten, machte sich die SPD-geführte Bundesregierung zum Befürworter der NATO-Raketen-Stationierung. Insofern bereitete die SPD den politischen Boden für den als „Wende" bezeichneten Regierungswechsel selbst mit vor.
Die SPD kam in den Zeiten der Hochkonjunktur Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre mit einem gesellschaftlichen Reformprogramm an die Regierung.
Was die Frage der Durchsetzung anging, so waren sowohl die Vorstellungen der SPD als auch ihrer Wähler geprägt von den Erfahrungen der 25 Jahre seit Kriegsende.
Die Illusion einer sozialpartnerschaftlichen Beziehung zwischen Kapital und Arbeit erwuchs nicht nur aus dem ständig steigenden Lebensstandard, der aufgrund des beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs möglich war. Diese Verbesserungen wurden – von Ausnahmen abgesehen – oft ohne große gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe erreicht. Sozialdemokratisch orientierten Kollegen in Betriebsräten und Gewerkschaften gelang es durch diese Erfolge, die Kollegen in den Betrieben von der sozialpartnerschaftlichen Durchsetzung von „Arbeitnehmerinteressen" als **politischen Weg** zu überzeugen.
Die Methode der partnerschaftlichen Mitwirkung an der Machtausübung im Kapitalismus wollte die SPD auch an der Regierung praktizieren. Es gelang ihr auf diese Weise, die Hoffnungen von Millionen von Menschen nach gesellschaftlicher Veränderung und sozialer Sicherheit aufzugreifen und zu mobilisieren.
Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit – Mitte der 70er Jahre – und den härter werdenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit mußte die SPD ihre Reformansprüche auf dem Altar des Profits opfern.
Wir erkennen jedoch auch heute unter den Mitgliedern der SPD und vor allem in ihrer traditionellen Wählerschaft viele Menschen, die weiterhin grundlegende politische Veränderungen für dringend notwendig halten und bereit sind, auch dafür einzutreten. Die großen außerparlamentarischen Bewegungen unserer Zeit gegen Kriegsvorbereitung und Atomindustrie sind nur möglich, weil in ihnen große Teile dieser Menschen engagiert sind. Mit vielen von ihnen arbeiten wir tagtäglich als Kollegen in Bremer und Bremerhavener Betrieben zusammen und teilen mit ihnen die **Kritik an der Regierungspolitik der SPD im Lande Bremen.**

Bremer SPD: Rotstiftpolitik für Unternehmer

– Der Bremer Senat beschwört zwar den Vorrang von Beschäftigungspolitik und Arbeitsplatzbeschaffung. Seine Wirtschaftspolitik jedoch folgt den Anforderungen der großen Unternehmen in Bremen und Bremerhaven. Hunderte von Millionen Steuergeldern flossen in den vergangenen Jahren allein in die Taschen der Unternehmer von Vulkan, AG Weser, Seebeck, SUAG, Daimler-Benz und VFW, ohne die Verwendung dieser Gelder der geringsten Kontrolle durch die Belegschaften zu unterwerfen.
– Der Bremer Senat stellt sich gerne dar als der Vertreter von Belegschaftsinteressen. Wenn es jedoch darum geht, staatliche Beteiligungen an Großunternehmen (wie z.B. Vulkan, SUAG, VFW) im Interesse der Beschäftigten zu nutzen, stimmt der Vertreter des Senats sogar Massenentlassungen zu, wie beim Vulkan geschehen.
Selbst in Unternehmen, wo die SPD die alleinige Entscheidungsgewalt hat, wird Arbeitsplatzsicherheit dem Profit geopfert. (Straßenbahn, Stadtwerke, Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.)
– Der Bremer Senat wendet sich öffentlich gegen die Privatisierung, beschließt jedoch gleichzeitig gegen den erklärten Willen der Betriebsräte, einen Teil der Stadtwerke zu privatisieren. In anderen Bereichen, wie z.B. beim Reinigungsdienst, geht er vor wie ein privatkapitalistischer Unternehmer.
– Der Bremer Senat will angeblich alles tun, um Arbeitsplätze zu sichern und will allein 1983 660 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichten. Ist es den Kolleginnen und Kollegen zu verdenken, wenn sie nicht mehr daran glauben können, daß diese SPD-Landesregierung ihre Interessen verfolgt?
In allen wichtigen Auseinandersetzungen scheut die SPD-Landesregierung vor politischen Schritten gegen die Unternehmer zurück. Bis heute warten Gewerkschafter vergeblich auf das lautstark angekündigte Gesetz zum Verbot der Aussperrung.
– Der Bremer Senat greift gern in Worten die Forderungen der Umweltbewegung auf.
Die Praxis sieht jedoch in der Regel ganz anders aus: In der Standortfrage „Holter Feld" hat sich Daimler-Benz trotz massiver Proteste der Hemelinger Bevölkerung voll durchgesetzt.
Wir müssen befürchten, daß bei den jetzt anstehenden Projekten wie Kohlevergasung, Flughafenerweiterung, Erweiterung des Container-Terminals in Bremerhaven-Weddelwarden, A5-Planung (Neustadt) und Hollerland-Bebauung die Interessen der Betroffenen in ähnlicher Weise mißachtet werden.
Anstatt in Bremen wirkungsvolle Maßnahmen zur ökologischen Sanierung der Wesser zu ergreifen, ist man über Schuldzuweisungen in der Verursacherfrage nicht hinausgekommen.
– Eine Bildungspolitik, die den Anspruch hat, Chancengleichheit zu verwirklichen, läßt sich nicht mit dem Rotstift machen. Unterrichtsausfall und immer noch zu große Klassen auf der einen und wachsende Lehrerarbeitslosigkeit auf der anderen Seite sind unerträgliche Widersprüche, die vor allem zu Lasten der Arbeiterkinder gehen.
– Der Bremer Senat wollte Schluß machen mit Berufsverboten. Aber nach wie vor gibt es Berufsverbote im Lande Bremen. Und wie sieht es mit der Bespitzelung von Betriebsräten aus, mit der Bespitzelung von anderen demokratischen Bewegungen? Uns tröstet nicht, daß der Demokratieabbau im Land Bremen nicht so lautstark und knallhart wie in CDU-regierten Ländern durchgesetzt wird.
– Die SPD-Landesregierung behauptet, Politik für die „kleinen Leute" zu machen.

Anstatt jedoch Willensbildung der Betroffenen vor Ort zu fördern, versteht der Bremer Senat darunter, mit Sachzwangargumenten bürokratische Bevormundung zu üben und jede nicht genehme Eigeninitiative zu ersticken:
Die von Initiativen ins Leben gerufenen Kulturzentren wie Schlachthof, Kufag in Hemelingen oder das geplante Kulturzentrum im Bahnhof Lehe/Bremerhaven werden abgewürgt. Beiräte werden dazu benutzt, Initiativen im Umweltschutz, im Bildungs- und anderen Bereichen leerlaufen zu lassen. Selbst der Forderung nach Direktwahl der Beiräte widersetzt sich die SPD-Landesregierung.
– Die SPD-Landesregierung behauptet, für mehr Gleichberechtigung der Frauen einzutreten. Tatsächlich aber wurden unter der Politik der Landesregierung Arbeitsplätze von Frauen weiter abgebaut, bekommen Frauen immer noch ein Drittel weniger Lohn für gleiche Arbeit, werden Mädchen bei der Lehrstellensuche zusätzlich benachteiligt.

CDU und FDP: Mit der „Wende" auf Stimmenfang

Wie sieht es aus mit den übrigen Parteien, die in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind?
Die **CDU** vertritt hier wie in Bonn das Konzept von der „Wende" zugunsten des Kapitals. Die CDU versucht, die Enttäuschung der arbeitenden Bevölkerung über die SPD zu nutzen und hieraus Kapital zu schlagen. Unser Anliegen ist es, daß Kolleginnen und Kollegen nicht aus Enttäuschung und mangels einer Alternative auf die soziale Demagogie der CDU hereinfallen.
Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß die Bremer **FDP** in den Fußstapfen ihrer Vorreiter im Bund, Genscher und Lambsdorff, marschiert: Massenhafte Vernichtung von Werftarbeitsplätzen durch eine Privatholding aller Schiffbaubetriebe in Norddeutschland, Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Abbau sozialer Leistungen, Kürzungen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich, Abbau demokratischer Rechte im Personalvertretungsgesetz, damit in Bremen die Sparbeschlüsse besser durchgesetzt werden können – das sind die Ziele, die die FDP verfolgt. Ihre Orientierung auf die SPD im Land hat ihren einzigen Grund darin, daß man nur durch eine Verbindung mit der SPD Chancen sieht, bei der Vergabe von Senatsämtern berücksichtigt zu werden.

BGL: Konservativ im grünen Gewand

Mit großer Sympathie wurde vor drei Jahren der Einzug der Abgeordneten der **Bremer Grünen Liste** in die Bremische Bürgerschaft begrüßt. Die Bremer Grüne Liste hat alle in sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht. Von alternativer Politik zu den etablierten Parteien ist nichts übriggeblieben. Die Bremer Grüne Liste hat nicht einmal versucht, den Anschein aufrecht zu erhalten, die Anstöße ihrer Kritik von der Basis her zu entwickeln. Nicht einmal zu den Beiräten der Bremer Grünen Liste reicht bekanntlich die „Basis" ihrer Politik.
Mit Aufrufen zur Gründung basisdemokratischer Initiativen, mit dem Vortragen der Arbeitsplatzsorgen der Kollegen vom Vulkan im Parlament, mit der Forderung nach Verbot von Asbest versucht die Bremer Grüne Liste, die Interessen von abhängig Beschäftigten aufzugreifen.
Untersucht man hingegen ihre politische Orientierung genauer, so können wir die Interessen von Kolleginnen und Kollegen nicht wiederfinden, sondern nur das krasse Gegenteil:
– Angefangen bei der **Bildungspolitik:** Unter dem Vorwand der berechtigten Sorge um das Wohl der Kinder in Großschulen wird das Gesamtschulkonzept kritisiert. In der Konsequenz tritt die Bremer Grüne Liste für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulwesens mit selbständigen Gymnasien und darüber hinaus für die Einrichtung von Privatschulen ein. Hinzu kommen Forderungen nach Kürzung der Ausgaben für das Bildungswesen.
– Weiter zur **Sozialpolitik:** Hier wird nicht etwa der von der SPD vollzogene Abbau bekämpft, sondern es werden „bessere" Sparvorschläge gemacht. Das gilt auch für die Ausgaben im Gesundheitswesen.
Darüber hinaus wird die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen befürwortet.
– Schließlich erschöpft sich die **Haushalts- und Wirtschaftspolitik** im Einstimmen in den konservativen Ruf nach Abbau der hohen öffentlichen Verschuldung. Damit will die Bremer Grüne Liste vor allem eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum erreichen. Die berechtigte Sorge um den Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen führt zu einer pauschalen Industrie- und Wachstumskritik. Dabei verkennt die BGL, daß unser profitorientiertes Wirtschaftssystem das eigentliche Hindernis bei der Durchsetzung von Umweltschutz ist. Somit läuft die Argumentation der Bremer Grünen Liste auf die Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse – allerdings bei niedrigerem Lebensstandard der Bevölkerung – hinaus.
Darum kann es nicht verwundern, wenn der Bremer Grünen Liste als Rettung vor Massenarbeitslosigkeit nur das Engerschnallen des Gürtels einfällt. Arbeitszeitverkürzung soll es nur mit „angemessenem" Lohnausgleich geben. Angemessen ist für die Bremer Grüne Liste das „Existenzminimum", während „weiter oben entsprechend" gekürzt werden müsse.
Wir stellen als Gewerkschafter die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Viele von uns haben dafür bereits gestreikt. Wir halten die Verwirklichung unserer Forderung in nächster Zukunft für dringend erforderlich. Daher können wir solche Positionen nicht teilen. Sie sind zumal dann unvereinbar mit unseren gesellschaftlichen Auffassungen, wenn dabei die gescheiterte Reformpolitik der SPD zum Grund der gesellschaftlichen Mängel gemacht wird. Das ist politische Linie der CDU und der Unternehmerverbände.

Grundsatzpositionen unserer Politik

Aus alledem folgt für uns: Es wäre verfehlt, auf die vier in der Bremer Bürgerschaft vertretenen Parteien noch eine Hoffnung zu setzen.
Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß heute die SPD in Bonn als Opposition wieder Forderungen aufgreift, die im Interesse der Kolleginnen und Kollegen liegen.

Wir fragen: Warum erst jetzt? Warum wird erst jetzt die notwendige Arbeitszeitverkürzung ins Spiel gebracht? Warum gibt es erst jetzt eine Initiative für staatliche Investitionen zur Sicherung der Arbeitsplätze, obwohl die Forderungen der Gewerkschaften seit Jahren auf dem Tisch liegen?
Und auf der anderen Seite: Warum bleibt die SPD in Überlebensfragen beim alten Kurs? Warum gibt es kein Nein zu Rüstungswahnsinn und Raketenstationierung?
Wenn wir von der SPD jetzt fortschrittliche Töne aus Bonn hören, dann fallen uns zunächst nur die bevorstehenden Bundestagswahlen ein. Dies umso mehr, als die SPD dort, wo sie in Ländern – wie z.B. in Bremen – regiert, am alten Kurs festhält.
Wir brauchen eine **qualitativ andere Politik,** die von den Interessen der arbeitenden Menschen ausgeht:
– Dabei steht für uns an erster Stelle: Kriege müssen verhindert werden! Also keine atomare Aufrüstung, keine Stationierung der NATO-Raketen, keine Unterstützung des weltweiten Vormachtstrebens der USA.
Abrüstung in Ost und West, drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben, zugunsten von sozialen Maßnahmen und Beschäftigungspolitik.
– Massenarbeitslosigkeit kann nicht durch sozialpartnerschaftliche Maßnahmen behoben werden. Arbeitsplätze lassen sich nur gegen die Unternehmer sichern. Es kann daher nur darum gehen, ihre Macht einzuschränken.
– Wir wenden uns gegen jede Einschränkung demokratischer Rechte, gegen jede Beschneidung der demokratischen Bewegungen, gegen jede Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften.
Diese politischen Zusammenhänge und Ziele sind von zentraler und umfassender Bedeutung für alle Probleme, die wir heute und in absehbarer Zukunft zu bewältigen haben. Sie können nur durch Mobilisierung von entscheidenden Teilen der Bevölkerung gelöst werden. Auf dem Wege dahin müssen wir Ziele entwickeln, die die unmittelbare Situation verbessern helfen und die Betroffenen mobilisieren können.
Dabei hilft uns:
– daß wir aus Betrieben und Verwaltungen kommen
– daß wir täglich mit anderen Kolleginnen und Kollegen für unsere Interessen eintreten
– daß wir die Vertretung unserer Interessen nicht an irgendjemanden delegieren. Deshalb haben wir uns entschlossen, diese Interessen selber **auch politisch** im Lande Bremen zu vertreten.
Die Arbeit im Parlament ist für uns nicht Selbstzweck, sondern dient dem Ziel, die politischen Kräfte zusammenzufassen und zu stärken, die außerparlamentarisch gegen Kriegsgefahr und gegen Abwälzung der Krisenlasten aktiv sind.
Der Kampf um den Frieden, um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, Lohn und sozialer Sicherheit kann nicht unabhängig von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gesehen werden.
Es wird auch keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen ohne den Kampf um tagespolitische Ziele geben.
Ohne die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen aus dem Auge zu verlieren, wollen wir für eine Tagespolitik für die abhängig Beschäftigten eintreten, die vorrangig gekennzeichnet sein muß durch:

1. Schaffen von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung und Förderung beschäftigungsintensiver Bereiche, die sinnvolle Produkte und Leistungen für unsere Bevölkerung und für den internationalen Warenaustausch herstellen und erbringen.
Staatliche Leistungen zur Förderung solcher Projekte sind an Arbeitsplatzgarantien und Kontrolle durch die Beschäftigten zu binden.

2. Reduzierung belastender Arbeitsprozesse sowie umwelt- und lebensbedrohender Technologien auf das jeweils erreichbare Minimum.
3. Förderung von Selbstverwaltung und Kontrolle durch die Beschäftigten und Betroffenen in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, insbesondere im gesamten kommunalen Verwaltungsbereich, im Sozial- und Gesundheitswesen, sowie im sozialen Wohnungsbau. Abwehr der Versuche, die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen einzuschränken. Abwehr jeglicher Versuche, Leistungen des öffentlichen Dienstes zu privatisieren.
4. Anstelle der Streichungen im Sozialbereich Umstrukturierung des Staatshaushaltes durch weitestgehende Besteuerung von Vermögen und Profit. Höherer Anteil der Länder und Gemeinden am Gesamtsteuer-Aufkommen durch Einsparung beim Rüstungsetat.

Diese einleitenden grundsätzlichen Überlegungen und Zielsetzungen stellen kein Programm für alle gesellschaftlichen Einzelprobleme und erst recht kein Patentrezept dar. Wir halten es auch für falsch, Detailprogramme am grünen Tisch zu entwickeln. Es muß vielmehr unsere Aufgabe sein, praktische Politik vor Ort mit den Betroffenen zu entwickeln, anstatt politische Parolen auszugeben.
Wir sehen es als unsere Aufgabe an, zu informieren und die selbständige politische Diskussion zu fördern, wo uns dies möglich ist.
Bei der Erarbeitung einer detaillierten Plattform werden wir uns bemühen, herauszustellen, wem die Ergebnisse der bisherigen Politik jeweils genutzt haben, und wem unsere Ziele dienen sollen.
Als ersten Schritt haben wir folgende Arbeitsgruppen eingerichtet:
– Eine AG zum Bereich „Arbeitsplatzsituation: Fließbandtätigkeit/betriebliche Überwachung (PAISY)" werden die Kollegen von Daimler bilden.
Die weiteren Arbeitsgruppen sind:
– „Arbeitsplatzvernichtung/staatlich subventionierte Investitionen/35-Stunden-Woche" – Kollegen von Klöckner.
– „Elektronische Datenverarbeitungssysteme/Bildschirmarbeit/neue Medien" – Kollegen von Weser-Kurier/Bremer Nachrichten.
– „Kommunale Selbstverwaltung/Jugend- und Sozialpolitik/Rotstift" – Kollegen vom Jugendamt.
– „Alternativen zur Rüstungsproduktion" – Kollegen von VFW.
– „Rationalisierung im Einzelhandel und Bankgewerbe".
– „Bildungs- und Schulpolitik".
– „Gesundheitswesen".
– „Jugendarbeitslosigkeit und berufliche Bildung".
In Bremerhaven wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:
– „Arbeitsplatzsicherung auf den Werften" – Kollegen von Seebeck.
– „Situation in der Fischindustrie".
– „Jugendarbeitslosigkeit und berufliche Bildung".

Betrieblich Alternatives Bündnis
Koordinationsausschuß: Jürgen Drieling, Ferdinand Kammering, Robert Milbradt, Kurt Müller, Johann Dahnken, Holger Pflaumbaum, Dieter Reinken, Wolfgang Richter, Jürgen Söncksen, Peter Sörgel, Kirsten Tillmann

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dieter Reinken, Freiberger Straße 27, 2800 Bremen

Fokker, Hapag Lloyd, Weser-Kurier und der Seebeck-Werft/Bremerhaven kommen. Die politische Zusammensetzung reicht von DKP über Arpo, AL, DS bis hin zu ehemaligen KBWlern und KPD/MLern. Die überwiegende Zahl sind allerdings unorganisierte Betriebslinke, die z.T. in oppositionellen Gewerkschaftsgruppen arbeiten.

Gerade andersherum als die Grünen, die vor allem erst einmal ihre Kandidatur beschlossen und öffentlich bekanntgaben, haben die Betriebsleute sich Wochen und Monate darüber auseinandergesetzt, ob und wie sie ihre betrieblichen Belange in ein linkes kommunalpolitisches Konzept einbringen könnten. Und auch jetzt wird die Diskussion der Betriebslinken in AG's an inhaltlichen Fragen wie Arbeitsplatzsituation — Überwachungssysteme, Arbeitsplatzvernichtung, Bildschirmarbeit — neue Medien, Alternativen zur Rüstungsproduktion u.a. geführt. Erst wenn sich abzeichnet, daß Kollegen aus den Betrieben ein kommunalpolitisches Engagement ihrer Betriebsräte unterstützen werden, soll die Diskussion um Wahlbeteiligung und Kandidatur geführt werden.

In der Frage der Bündnisbereitschaft unterscheiden sich die Betriebslinken ebenfalls erheblich von den Grünen. Das BAB hat beschlossen, Bündnisse mit anderen Gruppen und Bewegungen einzugehen; die Unterstützung des Kommunalpolitischen Kongresses ist bereits Ausdruck davon und u.a. zur AL fanden erste Kontaktaufnahmen statt. Das BAB und die AL orientieren auf eine einheitliche Liste in Bremen. **Alles in allem eine erfreuliche Entwicklung und ein interessanter Ansatz, denn gerade Bremens Arbeiterbewegung hat eine traditionell linke Geschichte. Noch heute gibt es relevante linke Betriebsgruppen, die nicht durch die SPD integrierbar sind. Daher eignet sich Bremen wie kaum eine andere Stadt, um den Versuch zu wagen, eine Alternative gerade auch für die Arbeiterschaft auf parlamentarischer Ebene zu schaffen.** Zumal Alternative und Grüne Listen bisher wenig vermocht haben, der Arbeiterschaft diese Alternative anzubie- ten, und weil nichts so geeignet ist, sich

bisher wenig vermocht haben, der Arbeiterschaft diese Alternative anzubieten, und weil nichts so geeignet ist, sich
von den Arbeitern zu isolieren, wie die Bremer Bahro-Linie der Grünen.

Einen Beweis dafür konnten die Grünen selbst auf einer Veranstaltung am 30.11.82 führen. Unter dem Thema „Bremer Wirtschaftskrise ohne Ende" hatte das „Bremer Blatt" zur Podiumsdiskussion eingeladen. Außer Bahro für die Grünen saßen Vertreter der AL, der DS, des BAB, der DKP und der „Alternativen Wirtschaftsgruppe" auf dem Podium. Auf heftige Empörung stießen die Grünen beim Publikum - darunter viele Betriebsleute —, als Bahro die schon obligatorische Frage stellte, ob nicht angesichts der Energie- und Rohstoffverschwendung die Hälfte der Arbeitsplätze so schnell wie möglich vernichtet werden müßten.

Ralf Fücks brachte den Saal ebenfalls zum Kochen, als er den Arbeitern den „informellen Sektor" („Eigenarbeit") als gangbaren Ausweg aus der Arbeitslosgkeit und Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche anpries: *„Ich gehe davon aus, daß tatsächlich ein Großteil von Bedürfnissen, die heute Ersatz sind für ein verstümmeltes, verschenktes und geklautes Leben, wegfallen werden zugunsten eines Mehr an Kommunikation zwischen den Leuten... Da geht es um ganz andere Bedürfnisse als um das größere Auto oder um die fünfte Polstergarnitur, da geht es um eine andere Produktion unseres Lebenszusammenhangs".*



Meister Rudolf

Tja, der Ralf hat seine Lektion bei Meister Bahro schon gut gelernt. Die Bedürfnisse der Arbeiter werden verantwortlich gemacht für die ökologische Krise, und Michaela von Freyhold (Russell-Initiative) ging noch einen Schritt weiter und machte unsere Bedürfnisse verantwortlich für die Ausbeutung der 3. Welt.

Die Rolle der DKP

Das BAB wurde von den Grünen bisher mit der Bemerkung ignoriert: „Das ist alles DKP". Tatsächlich ist ein Bündnis der Bremer Betriebslinken unter Ausschluß der DKP-Betriebsräte kaum denkbar. Diese haben eine wesentliche Rolle in der Bremer Arbeiterbewegung gespielt, z.B. bei Klöckner. Aber wenn die Mitarbeit dieser DKP-Betriebsräte und Vertrauensleute von interessierten Kräften hochstilisiert wird zu einer DKP-Liste, sollten wir dem nicht unbedingt auf den Leim gehen. Sicher, aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre mit der DKP und mit DKPlern ist Wachsamkeit geboten, aber die derzeitige Bremer Entwicklung bietet auch eine Chance, Prozesse im DKP-Umfeld und an der Basis in Gang zu setzen. Immerhin hat die DKP es hier mit Arbeitern zu tun, mit denen sie es sich nicht leichtfertig verscherzen will.

Die Vorbereitungen für den Kommunalpolitischen Kongreß

Im September hatten AL und DS auf einer Veranstaltung öffentlich die Durchführung eines Kommunalpolitischen Kongresses im Frühjahr 83 vorgeschlagen, der die inhaltliche Arbeit aus dem Initiativenspektrum, dem BAB und grünen wie grün-unabhängigen Arbeitsgruppen bündeln sollte (siehe ausführlicher AK 226). Während die Grünen mehrfach deutlich ihre Ablehnung gegenüber dem Projekt äußerten, wurde aus dem Initiativenbereich und dem BAB wohlwollendes Interesse signalisiert, das seinen Ausdruck auf einem ersten Vorbereitungstreffen Anfang Dezember fand, auf dem Vertreter/inn/en oder Mitglieder verschiedenster Bereiche anwesend waren.

Vertreter/inn/en oder Mitglieder verschiedenster Bereiche anwesend waren.
Über die Zielsetzung des Kongresses herrschten recht unterschiedliche Vorstellungen. Einige Initiativenleute wollten die Wahlfrage aus prinzipiellen Gründen draußen lassen oder, weil sie meinten, der Zug sei abgefahren und die parlamentarische Vertretung, zwar nicht die beste, liege nun mal bei den Grünen. — Die Mehrzahl der Redner/innen wollte dagegen in den AG's die Sachfragen erörtern, doch auf dem Abschlußplenum die politische Durchsetzung von Interessen auf dem außerparlamentarischen und dem parlamentarischenWeg diskutieren. Eine Beschlußfassung über das Kongreßziel wurde vertagt, da nach der kurzen Diskussion die jeweiligen Meinungen nicht ausreichend klar waren. Angesichts forcierter grüner Alleingänge sollten die linken Kräfte im neuen Jahr beschleunigt darangehen, inhaltlich eine klare Gegenposition zum Bahro-Müller-Kurs zu formulieren und alle interessierten, aber noch abwartenden Kreise in die Kongressvorbereitung einzubeziehen.

Den grünen Durchmarsch stoppen!

Inhaltlich zeichnet sich der grüne LV durch besonders scharfe arbeiterfeindliche und unsoziale Positionen (Bahro-Linie) aus, die aber aus taktischen Erwägungen im Programm verschwinden könnten, wenn die Linken weiterhin am Programm mitbasteln, weil die Grünen „auf alle Fälle ... eine ökologisch-alternativ-sozialistische Kandidatur gegen die Grünen" verhindern wollen. Die Äußerungen aus der grünen Ecke lassen aber vermuten, daß hier weniger mit dem Gedanken eines wirklich offenen Bündnisses gespielt wird als vielmehr mit **taktischen Vesuchen, die verschiedenen Kräfte des Initiativenspektrums und des BAB gegeneinander auszuspielen.**

Die Wahrscheinlichkeit, daß wirkliche Kernfragen des Zusammenwirkens mit der außerparlamentarischen Bewegung, der Kontrolle der Parlamentsarbeit, des imperativen Mandats mit den Bremer Grünen geklärt werden können, ist augenblicklich gering. **Allein ein ernstzunehmendes Gegengewicht, momentan in Gestalt des Betrieblich Alternativen Bündnisses, scheint in der Lage, den grünen Machtansprüchen Einhalt zu gebieten.** Wer heute ein Bündnis zwischen den „neuen sozialen Bewegungen" und dem linken Teil der Arbeiterklasse will, muß entscheiden, ob sich dies tatsächlich über „Grün 83" durchsetzen läßt oder sich nicht im Augenblick sinnvollere Arbeitsfelder (z.B. Kommunalpolitischer Kongress) anbieten.

KB/ Gruppe Bremen

Das »Betrieblich-Alternative Bündnis« aus der Sicht eines Grünen

Ralf Fücks (Ex-KBW, Ex-ISP), einer der Chefideologen der Bremer Grünen, hat sich im ‚Rundbrief' des grünen Landesverbandes zur Initiative eines „Betrieblich Alternativen Bündnisses" (BAB — im Text von Fücks noch als „Initiative Bremer Gewerkschafter" bezeichnet) geäussert. Die Ausführungen von Fücks bekunden zum einen den erheblichen „Respekt", den einer der Klügeren unter den Bremer Grünen der bisher ignorierten „Konkurrenz" entgegenbringt. Und sie bekunden ferner die Absicht, diese potentielle „Konkurrenz" im Sinne der Grünen in einen „Dialog" einzubinden und zu integrieren, vor allem ihre eigenständige Kandidatur zu verhindern. Fücks hat absolut recht, wenn er schreibt, daß mit „dogmatisch antigewerkschaftlichen und antiindustriellen Positionen" nicht viel zu erben sein wird. Gerade solche Positionen vertritt aber der Bremer Landesverband der Grünen krasser als irgendeine andere Gliederung der Grünen Partei — und dabei macht Fücks seltsamerweise überhaupt keine positive Ausnahme. Wir dokumentieren den Wortlaut von Fücks' Ausführungen im Grünen-Rundbrief Nr.3:

„Während ein Teil der ‚Grünen' immer noch auf die Konkurrenz zur ‚Alternativen Liste' fixiert ist, entwickelt sich von vielen unbemerkt ein ganz anderer, viel ernster zu nehmender Gegenpol zu den ‚Grünen' links von der SPD: die ‚Initiative Bremer Gewerkschafter', die mit der ‚Erklärung zur politischen Lage' an die Öffentlichkeit getreten ist und inzwischen weit über ihre Initiatoren aus DKP, Arbeiterpolitik und DS hinausgegriffen hat. Mittlerweile zählen Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebs- und Personalräte aus zahlreichen Betrieben der Industrie und des öffentlichen Dienstes zu diesem Kreis, der bereits so ‚breit' verankert ist, daß er von Seiten der SPD kaum noch frontal und mit repressiven Methoden (Gewerkschaftsausschluß...) angegriffen werden kann.

Ob uns die politisch-theoretischen Positionen dieser Initiative passen oder nicht — in ihr drückt sich der wachsende Widerspruch von wachsenden Teilen der Gewerkschaftsaktiven gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wie gegen die Politik der SPD aus; gebündelt in den Themen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Aufrüstung. Diese Liste ist mehr als eine Inszenierung von gewieften Taktikern — sie verkörpert den Umstand, daß sich eine zunehmende Zahl von Lohnabhängigen politsch nicht mehr von der SPD, aber auch (noch?) nicht von den ‚Grünen' vertreten fühlen.

Die Initiatoren des Kreises haben sicher wahlpolitische Absichten — sie zielen auf eine Bündnisliste auf dem ‚kleinsten gemeinsamen Nenner' von Aktionsforderungen. Falls die ‚Grünen' darauf nicht eingehen, wird erwogen, mit einer ‚Arbeiterliste' zur Wahl im Oktober '83 anzutreten. Ob das genügend Unterstützung im gewerkschaftlichen Sektor finden wird, kann jetzt noch nicht eindeutig beantwortet werden. Jedenfalls bereitet sich die Initiative darauf vor (Diskussionen zur Wahl, Einrichtung von Arbeitskreisen, die konkrete Forderungen erarbeiten sollen).

Die ‚Grünen' können diesen Kreis nicht (länger) ignorieren. Und wir müssen verhindern, daß wir von Anfang an in eine unfruchtbare Frontstellung gegen die Mehrheit von Kollegen geraten, die sich politisch von der SPD zu lösen beginnen, ohne der CDU oder der DKP in die Arme zu laufen.

Die ‚Grünen' müssen selbst die Fragen und Probleme besetzen, an denen sich der Widerspruch zur SPD (+ CDU) in den Gewerkschaften konzentriert; d.h. wir müssen uns damit verstärkt inhaltlich auseinandersetzen und politische Initiativen ergreifen, die uns in einen Dialog mit diesen Kollegen bringen.

Denkbar wären z.B. öffentliche Hearings zur Situation der Bremer Krisenbranchen und zur Arbeitsmarktentwicklung; verstärkte publizistische Aktivität zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen; vielleicht eine Veranstaltungsreihe der ‚Grünen' zum Themenkreis alternative/ökologische Wirtschaftspolitik mit Betriebsräten und Wissenschaftlern; der ins Auge gefaßte Kongress ‚Zukunft der Arbeit' auf Bremer Ebene.

Im Zuge dieser Zusammenarbeit + Auseinandersetzung wäre öffentlich nachvollziehbar zu klären, ob und welche Grundlagen es für ein wie immer geartetes Zusammengehen zur Bürgerschaftswahl gibt. Voraussetzung für einen sinnvollen Dialog ist freilich von unserer Seite, daß die Bremer Grünen zur Wirtschaftspolitik nicht dogmatisch antigewerkschaftliche und antiindustrielle Positionen beziehen, die ein Anknüpfen an die reale Arbeiterbewegung von vorneherein ausschließen.

Grüne Realpolitik muß auch gegenüber diesem, noch stark in traditionssozialistischen Denkweisen verhafteten linken Flügel der Gewerkschaften einen Weg zwischen Anpassung und Ignoranz finden".

Bundestagswahlen:

Rund ums »linke Wahlbündnis«

Gespräche über ein „linkes Wahlbündnis" zu den Bundestagswahlen fanden Ende November/Anfang Dezember statt. Beteiligt waren die ML-Gruppen KPD/ML, BWK (Abspaltung vom KBW) und MLPD (früher KABD) sowie die rechtstrotzkistische GIM. Herausgekommen ist bei den Gesprächen nicht mehr als ein Wahlpakt zwischen KPD/ML und BWK.

GIM: Ganz radikal für die SPD

Zu welchem Zweck man die GIM überhaupt zu den „Verhandlungen" eingeladen hatte, wird wohl ein Rätsel der für die Initiative verantwortlichen KPD/ML bleiben. Jedenfalls stand die prinzipielle Absicht der GIM von vornherein fest: Einerseits den Grünen soviel Stimmen wegzunehmen wie nur möglich, andererseits direkte Wahlunterstützung für die SPD zu leisten. Diese Absicht war mit den Zielen der anderen Gesprächsteilnehmer nicht in Einklang zu bringen.

Die GIM ruft traditionell zur Wahl der SPD auf, weil sie in dieser „die Arbeiterpartei" sieht. Das Geschäft war relativ unkompliziert, solange man sich darauf berufen konnte, daß keine parlamentsfähige Alternative vorhanden sei. Mit dem Einzug von grünen und alternativen Listen in viele Parlamente hat dieses traditionelle Argument zugunsten des „kleineren Übels" sehr viel an Zugkraft verloren. Schon ihre Unterstützung für die SPD im Bundestagswahlkampf 1980 mußte die GIM-Leitung mit einem halben Putsch gegen anderslautende Organisationsbeschlüsse durchsetzen. Allerdings besteht in der GIM weitestgehende Übereinstimmung, daß die Grünen keinesfalls wählbar seien. Also muß die GIM vor jeder Wahl für die Bildung einer „sozialistischen Alternative" plädieren, an der sich außer der GIM selbst jedoch noch nie jemand interessiert gezeigt hat. Anschließend kann die GIM dann mit bedauerndem Hinweis auf das Fehlen einer „sozialistischen Alternative" wieder zur Wahl der SPD mobilisieren.

An die KPD/ML, BWK und MLPD hat die GIM bei den Gesprächen Ende November/Anfang Dezember die Forderung gerichtet, ein „linkes Wahlbündnis" dürfe nur Direktkandidaten aufstellen (das ist praktisch bedeutungslos) und müsse zur Abgabe der (entscheidenden!) Zweitstimme für die SPD aufrufen. Das wollte außer der GIM selbst niemand einsehen. Jetzt will sie ganz allein *„weiter am Zustandekommen sozialistischer Direktkandidaturen arbeiten"* und ansonsten für die SPD mobilisieren („Was tun", 16.12.82). **Warum zwar die SPD wählbar ist, die u.a. für Nachrüstung und Atomprogramm eintritt, nicht aber die Grünen, die immerhin in diesen Punkten eine radikale Oppositionsrolle einnehmen, ist von der GIM bisher nicht einleuchtend erklärt worden.**

MLPD: Ganz breites Bündnis mit sich selbst

Mit Bündnispolitik, d.h. mit der Zusammmenarbeit mit anderen Organisationen, hatte die MLPD nie viel im Sinn, als sie noch KABD hieß. Vor Wahlen wurde regelmäßig verkündet, daß im Grunde alle Parteien gleich schlecht seien und daß „Wahlboykott" die einzige angemessene Reaktion sei.

Zu den Neuwahlen im März hat die MLPD erstmals den Versuch gemacht, sich am Zustandekommen eines „Wahlbündnis gegen Rechts" zu beteiligen. Dabei argumentierte sie nicht einmal unvernünftig, daß ein solches Bündnis so breit wie möglich sein sollte — dem Anspruch der MLPD nach sollte es alle Kräfte links von der SPD, von den Grünen bis zur DKP, einschließen. Um der Breite willen sollte das Wahlbündnis keine dezidiert linke, antikapitalistische, womöglich sozialistische Stoßrichtung haben dürfen. Dieser Vorschlag fand freilich sehr wenig Sympathie, und selbst die KPD/ML und der BWK als letzte verbliebene Kandidaten für das superbreite Bündnis mochten der Konzeption nicht zustimmen: Wenn man schon allein unter den MLern bleibt, so meinen sie, dann soll man es wenigstens konsequent tun und sich auf ein „revolutionär-sozialistisches" Programm einigen, um die „Einheit der Marxisten-Leninisten" mal wieder ein kleines Stück voranzubringen.

Die MLPD zog daraus die einsichtige Schlußfolgerung, die Gespräche mit der KPD/ML und dem BWK abzubrechen. Eigentlich hätte die MLPD spätestens an diesem Punkt zur Schlußfolgerung kommen müssen, daß das Projekt „breites Wahlbündnis" gescheitert ist, da absolut keiner der möglichen Partner interessiert ist. Stattdessen kam die MLPD, ganz im Sinne ihrer alten Sekten-Tradition, zu einem völlig anderen Schluß: Das Zustandekommen eines Wahlbündnis sei an Uneinsichtigkeit und Verrat der verschiedenen Organisationsführer im ersten Anlauf gescheitert. Nun müsse im zweiten Anlauf das breite Bündnis von der gutwilligen Basis her „geschmiedet" werden. Zu diesem Zweck ruft die MLPD jetzt überall, wo sie personell vertreten ist, örtliche „Arbeiterinitiativen" ins Leben, aus denen demnächst eine „Vereinigte Arbeiterliste gegen den Bonner Rechtsblock" gebastelt werden soll. Wie es das Alphabet so ergibt, wird die Liste der Unterzeichner stilgerecht von einem ZK-Mitglied der MLPD angeführt. Allerdings scheint noch nicht endgültig festzustehen, ob die MLPD sich mit dieser Kreation wirklich zu den Bundestagswahlen auf den Laufsteg trauen wird, oder ob man sich damit begnügen will, im Vorfeld der Wahlen ein bißchen Bündnispolitik zu entfalten.

Enges Bündnis zwischen KPD/ML und BWK

Zwischen KPD/ML und BWK gibt es seit längerem einen ziemlich kontinuierlichen Prozeß der Annäherung und Zusammenarbeit. Beide Gruppen tendieren zur Eigenkandidatur um jeden Preis, was bei der KPD/ML immerhin den rationalen Hintergrund hat, daß sie gelegentlich zu Wahlen antreten muß, um ihren Partei-Status nicht zu verlieren. Für den BWK hingegen sind keinerlei rationale Motive erkennbar, seine paar Hundert Anhänger immer wieder als Wahlvolk auszählen zu lassen.

Jedenfalls, KPD/ML und BWK haben sich — als bei den „Verhandlungen über ein linkes Wahlbündnis" außer ihnen niemand mehr übrig geblieben war — auf ein Abkommen geeinigt: Man teilt die Bundesländer unter sich auf, und jeweils eine der beiden Gruppen kandidiert in einem Bundesland mit einer von der anderen Gruppe unterstützten „offenen" Liste. Der KPD/ML sind Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, NRW und möglicherweise Hessen zugeteilt worden. Der BWK soll in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern kandidieren. Jeders Ergebnis oberhalb von 5.000 Stimmen (bundesweit für beiden Gruppen zusammen) darf wohl als beachtlicher Erfolg verbucht werden.

Auf der Seite des Arbeiters stehen...

Interview mit Ursula Schwarzenberger vom Bundesvorstand der Grünen

Ursula Schwarzenberger zählt innerhalb der Grünen zu den Gegnerinnen der auf der Trennung von Ökologie und Ökonomie beruhenden Vorstellungen von grüner Wirtschaftspolitik, wie sie am zugespitztesten kürzlich von Bahro vertreten wurden. Seit gut einem Jahr im grünen Bundesvorstand hat sie sich immer engagiert gegen die Entwicklung parteibornierter Scheuklappen und für eine weitestgehende Öffnung und Zusammenarbeit der Grünen mit allen Strömungen der Basisbewegung eingesetzt.
Das Interview mit Ursulas Positionen zur aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion zeigt anschaulich einen Ausschnitt aus den vielfältigen politischen Strömungen auf dem linken Flügel der Grünen.

AK: Du bist bei den Grünen schon immer für eine stärkere Beachtung der sozialen Frage eingetreten, da Ökologie und soziale Gerechtigkeit für Dich immer zusammengehört haben. Inzwischen hat die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD dafür gesorgt, daß die Grünen genauer ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen diskutieren.
Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Stuttgart soll unter dem Motto „Sinnvoll arbeiten — Solidarisch leben" ein Maßnahmekatalog gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verabschiedet werden. Welches sind für dich wesentliche Gesichtspunkte innerhalb dieser Diskussion?

U. Schw.: Zunächst einmal meine ich, daß die eskalierende wirtschaftliche Krise uns Grüne leider ziemlich unvorbereitet getroffen hat. Mit den seit den Zeiten des Saarbrückener Programms bestehenden innerparteilichen Flügelkämpfen, mit der Diffamierung der Linken — „ihr seid nicht ökologisch" — wurde viel wertvolle Zeit vertan, und es kam einfach keine gemeinsame Perspektive zustande. Für mich war das immer ganz unverständlich, denn eigentlich gibt es von den Ursachen und den „Verursachern" her nie ein echtes Gegeneinander von ökologischen und sozialen Zielen. Folgende Fragen müssen wir problematisieren und den vielen Menschen, die durch die Arbeitslosigkeit und die sozialen Streichungen noch verunsicherter und damit aus einer Lähmung heraus oft noch unpolitischer sind, lebenerhaltende Lösungsansätze vermitteln.

1. Wem nützt heute die ökonomische Krise? Wem nutzen die verschiedensten Lösungsversuche der Altparteien? Sind wir fähig, das Kapitalismussystem als Ursache und eigentlichen Gewinner klar und verständlich darzustellen und vor allem auch in unseren eigenen Köpfen diese Fakten abzuklären? Oder haben wir da immer wieder Angst vor unserem eigenen Mut und denken, die Menschen verstehen uns falsch — in Richtung „real existierender Sozialismus" — und erkennen unsere vor allem ökologischen Absichten nicht?

2. Auf welche Seite stellen wir Grünen uns wirklich: auf die Seite des Arbeiters, des wirklich wie die Natur ausgebeuteten „Objekts", oder reagieren wir mit Schlagwörtern wie „Die Arbeiterbewegung ist tot"? Viele wollen sich auch lieber, wie es H. Lippelt im April 80 schrieb, auf den „mündig gewordenen Bürger", den „citoyen" beziehen, die Grünen sollten eine „progressive 'bürgerliche' Partei" sein, — vielleicht, damit wir uns so lieber die Hände nicht mit allzuviel Nähe zum Arbeiter schmutzig machen, die uns und der „Linken" allemal ja noch nie richtig gelungen zu sein scheint.

3. Können von uns Grünen konkrete Sofortmaßnahmen ins Auge gefaßt werden, die geeignet sind, die schlimmsten Auswirkungen der Krise und ihr Fortschreiten zu verhindern, ohne gleichzeitig unsere langfristigen utopischen Ziele zu behindern?

Zu diesen Fragen folgende Überlegungen: Der Zusammenhang von ökologischer und ökonomischer Krise mit dem Kapitalismussystem ist in der Erklärung des Hagener Bundeskongresses zur Wirtschaftspolitik bereits aufgezeigt worden. Besonders erfreulich aber ist die neue Vorlage der Wirtschafts-AG zur kommenden Bundesdelegiertenversammlung. Darin heißt es: „Wir sind nicht bereit, die soziale Frage gegen die Ökologie ausspielen zu lassen oder umgekehrt. Für uns ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit zugleich ein Kampf für sinnvolle Arbeitsplätze, für ökologisch und sozial sinnvolle Investitionen. Hier genau müssen sich Ökologie- und Arbeiterbewegung treffen. Aus diesem Grund treten wir ein für eine Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen der Lohnabhängigen."

Auf der Seite des Arbeiters stehen — das heißt für mich, die allgemeine Lage von der realen Lebenssituation der Arbeiter her zu betrachten, statt idealistische Forderungen an die Arbeiterschaft zu stellen. Es heißt auch, den Zusammenhang zwischen der Misere der Wirtschaft und der Ausbeutung der Arbeiter hier mit der kapitalistischen und imperialistischen Weltwirtschaftspolitik herzustellen; aufzuzeigen, wie völlig andere Modelle in diesem Bereich begonnen werden müssen. Solida-

Arbeiter hier mit der kapitalistischen und imperialistischen Weltwirtschaftspolitik herzustellen; aufzuzeigen, wie völlig andere Modelle in diesem Bereich begonnen werden müssen. Solida-

rität der Arbeiter auf der ganzen Welt durch Einhaltung der Menschenrechte überall muß auch den Lohnabhängigen in unserer Gesellschaft durch unsere Politik vermittelbar sein. Ähnliches und auch genauso Wichtiges gilt vor allem auch für unsere Stellung zur Abhängigkeit und Unterdrückung der Frauen in der derzeitigen Wirtschaftsweise. Aber ähnlich wie mit dem Thema 3. Welt, so ist es leider auch mit der Frauenfrage: nicht nur die anderen Parteien und Institutionen wie Gewerkschaften, Kirche, teilweise bis hin zur Friedensbewegung haben in beiden Bereichen Defizite; auch in der Arbeit der Grünen sind die Gewichte noch nicht nach der eigentlichen Bedeutung der Probleme gesetzt. Um so erfreulicher finde ich es, daß in der Diskussionsvorlage für die kommende Bundesdelegiertenversammlung gerade in diesen Punkten Fortschritte gemacht wurden. Zur Frauenfrage wird z.B. gleich am Anfang der Präambel Stellung genommen. Das ist eine so wichtige Tatsache, an der eventuelle Änderungen der Präambel keinesfalls rütteln dürfen. Übrigens haben sich dafür auch bereits die Frauen auf der BHA-Sitzung in Münster eingesetzt.

Wir Grünen müssen die konkrete Situation des arbeitenden Menschen ernst nehmen und von da aus jetzt schon Möglichkeiten der Veränderung aufzeigen. Wir dürfen es auf gar keinen Fall dulden, daß in der jetzigen Krise wieder die Schwächsten der Kette die Suppe auslöffeln sollen. Deswegen ist es für mich besonders erfreulich, daß der ewige Streitpunkt bei den Grünen — Utopie oder Realität — in der neuen Vorlage der Bundes-Wirtschafts-AG klar thematisiert und im Sinne einer echten Realutopie — die meines Erachtens die einzige Lösung und deutliche Unterscheidung zu falschen idealistischen Perspektiven bietet — ausgearbeitet wurde. Der Abschnitt I.4 der Vorlage „Kurzfristige Forderungen und langfristige Perspektiven" ist deshalb so wichtig und darf auf keinen Fall verwässert werden. Manchmal dachte ich schon, die Grünen wären nicht fähig, eine Sache dialektisch anzugehen, aber gerade diese Ausführungen ermutigen mich, mich mit einzusetzen für eine Politik, die eine wirkliche Utopie als Ziel hat, aber die Spannung immer wieder auf sich nimmt, reale Schritte, immer wieder neu in der Reflektion des schon gegangenen Weges anzugehen. Und — das betone ich besonders — solche realen Schritte, die heute schon zu Veränderungen führen, sind möglich! Abbau der Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Verringerung der Einkommensunterschiede, sinnvolle Investitionen usw. Zu allen diesen Fragen finden sich ausführliche Darstellungen in der Diskussionsvorlage.

Daß durchgreifende Veränderungen ohne ein Mehr an Demokratie nicht möglich sind, wird im Kapitel „Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik" ohne wenn und aber genannt: „Eine weitere Entwicklung in ein uneingeschränktes industrielles Wachstum ist für uns unannehmbar. Deshalb vertreten wir eine Zielrichtung und Maßnahmen, welche die grundlegenden Bedingungen kapitalistischen Produzierens, Lohnarbeit, Herrschaft von Menschen über Menschen und sozial unkontrollierte Produktion überwinden. ... Ausgangspunkt unserer Grünen Wirtschaftspolitik ist die gemeinsame Gestaltung und Abstimmung der gesellschaftlichen Produktion, Konsumtion und Verteilung. Diese demokratische Selbstbestimmung des Wirtschaftens ist Bedingung und Voraussetzung eines Anders Arbeiten — Anders Leben nach sozialen und ökologischen Grundsätzen". Bei einer Verwirklichung dieser demokratischen Wirtschaftsweise würde die gegenwärtige lebenstötende Strukturdynamik außer Kraft gesetzt.

AK: Rudolf Bahro, jetzt auch im Bundesvorstand der Grünen, hat sich zu diesem Thema mit einer sehr radikalen Position zu Wort gemeldet. In seinen Anmerkungen zur Vorlage der Bundes-Wirtschafts-AG wendet er sich gegen Reformen und Verbesserungen im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems als „ökosozialdemokratische Dienste am Krankenbett des Kapitals". Er fordert die Abschaffung des Kapitalismus durch „Exodus aus der Industriegesellschaft".

schen Systems als „ökosozialdemokratische Dienste am Krankenbett des Kapitals". Er fordert die Abschaffung des Kapitalismus durch „Exodus aus der Industriegesellschaft".

U. Schw.: Ja, der Aufstand Bahros anhand seines Papiers gegen den 1. Entwurf der Bundes-Wirtschafts-AG in Hagen war ziemlich schlimm. Dieser Leitgedanke — Abschaffung des Kapitalismus durch totalen Ausstieg, der „Exodus" soll die Lösung der Krise bringen — wurde mit dogmatischem Anspruch als einzige grüne Ansicht verkauft; allen anderen wurde Koalitionswilligkeit mit der SPD unterstellt. 5 Millionen Arbeitslose als Chance, das hat wohl den meisten Staub aufgewirbelt. Meines Erachtens zeigt aber der Verlauf der Versammlung in Hagen, daß die Mehrheit der Basis diese Position so nicht teilen kann.

Natürlich ist das verabschiedete Thesenpapier zur Wirtschaftspolitik ein Kompromiß, in dem auch Bahros Positionen sich wiederfinden lassen. Seine Wahl in den Bundesvorstand zeigt den Vertrauensvorschuß, den er bei vielen grünen Mitgliedern genießt. Ich fand diesen Kompromiß aber notwendig, um auf dieser Basis die Positionen weiterentwickeln, präziser ausarbeiten zu können. Das neue Papier der Bundes-Wirtschafts-AG ist in meinen Augen ein erheblicher Fortschritt und beschreitet deutlich eine andere Richtung als die von Bahro angegebene. Schon durch die Aussagen der Hagener Erklärung, aber erst recht in der neuen Vorlage wird klar dargestellt, daß trotz der drohenden ökologischen Krise sich die Überlegungen, und zwar die realen Schritte heute schon, zur selbstbestimmten sozialen Gestaltung des menschlichen Lebens nicht erübrigen und heute auch schon etwas nützen müssen. Dabei darf dann auch der informelle Sektor nicht gegen den formellen ausgespielt werden, weil Veränderungen in beiden Bereichen Voraussetzungen unserer Politik und besonders der Durchsetzung unserer Politik sind. Nicht die Arbeitslosigkeit ist die Chance, sondern das wachsende politische Bewußtsein der Beschäftigten und der unbedingte Wille zur selbstbestimmten und selbst-verwalteten Arbeit. Auf diese Erkenntnisprozesse müssen wir vertrauen und sie auch offensiv durch unsere Arbeit und unsere politischen Forderungen vorantreiben. Sonst bleibt nur die Öko-Diktatur — die allerdings wollen *wir* Grünen nicht.

Es darf nie der Eindruck entstehen — gerade weil wir noch immer mehr eine Partei der Intellektuellen sind — als wäre das Leben der einzelnen Arbeiter nicht genauso wichtig wie die ökologische Veränderung. Wieder geht es natürlich um die Darstellung des Zusammenhangs von beiden. Aber wer einfach so tut, als wäre die Industrieproduktion als solche schlecht, kommt nah an einen Zynismus gegenüber den Arbeitern heran. Ich erkläre das immer gerne an einem Beispiel: Ich backe z.B. leidenschaftlich gern mein Brot selbst, weiß aber auch, daßman das jemandem, der 8 und mehr Stunden am Tag arbeitet, nicht zumuten kann. Politisch heißt „mein-Brot-selber-backen" für mich, es kann ein Zeichen für andere sein, wie schlecht unser Brot ist — aber nicht die Aufforderung, alle Brotfabriken abzuschaffen. Denn man kann auch mit den *richtigen* Maschinen, die für ein gesundes wohlschmeckendes Brot konzipiert werden und nicht für die Gewinnmaximierung, das verwirklichen, was wir not-wendig anstreben.

In dem Zusammenhang sehe ich es auch, wenn R. Bahro sich gegen die Teile der Grünen wendet, die eine stärkere Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich orientierten Kräften wünschen. Natürlich heißt diese Zusammenarbeit zugleich und vor allem, den Gewerkschaften in vielen Punkten zu widerstehen, und zwar „ins Angesicht" und viel offensiver uns einbringend, als das bis jetzt geschah. Wir müssen den Unmut, den immer mehr Beschäftigte teilweise unartikuliert nur im Magen spüren, wenn sie an „die da oben" in der Gewerkschaft denken, deren Verflochtenheit mit „denen-da-oben" im Betrieb und im Staat immer deutlicher wird, diesen Ärger müssen wir Grüne artikulieren, neue Forderungen stellen. Alles aber, indem wir mitarbeiten und immer mehr Menschen unten in der Betriebsbasis aller Frustration zum Trotz zur aktiven Mitarbeit bringen. Dies ist vor allem im Jugendbereich wichtig.

AK: In eine ähnliche Richtung wie Bahro äußerte sich Ernst Hoplitschek
tion zum Trotz zur aktiven Mitarbeit bringen. Dies ist vor allem im Jugendbereich wichtig.

AK: In eine ähnliche Richtung wie Bahro äußerte sich Ernst Hoplitschek in der TAZ, der den Sozialstaat als „olle Kamelie" abschaffen möchte und statt dessen auf Selbsthilfe-Kollektive setzt. Diese Position bringt die Grünen in die Nähe der sozialpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU, die auch die Eigenverantwortung des Bürgers stärken möchten, um den Staat von sozialen Verpflichtungen zu entlasten.

U. Schw.: Das ist allerdings ein besonders heikler Punkt. Natürlich bin ich auch für Selbsthilfeaktivität und habe mich immer dafür eingesetzt und selbst aktiv mitgearbeitet. Aber gerade in dem TAZ-Artikel von Hoplitschek mit „Sozialstaat als olle Kamelle" klingen sehr gefährliche Tendenzen an. In einem Artikel in „Publik Forum" (Nr. 21, Okt. 82) fand ich unter der Überschrift „wenn zwei dasselbe sagen..." einen Bericht von Wolfgang Kessler über ein Treffen, das unmittelbar nach dem Regierungswechsel zwischen CDU-Sozialpolitikern und Theoretikern der grün-alternativen Bewegung (z.B. Josef Huber, Berlin) zum Thema „Subsidiarität — Alternative zur staatlichen Anmaßung" stattfand.

Kessler schreibt dazu treffend: „Der Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip als 'Alternative zur staatlichen Anmaßung' ist denn auch nur dann eine menschlichere Alternative zu dieser, wenn es nicht als ideologische Rechtfertigung für drastische Einschnitte ins soziale Netz mißbraucht wird ... wozu die CDU-Politik es jedoch genau mißbrauchen will".

Man faselt von Wir-Gemeinschaft. Übrigens waren das allemal die Töne zu Weihnachten von Bonn bis Washington. Meine Meinung ist: alternative Selbsthilfegruppen ja — und damit die Chance, staatliche Allmachtmöglichkeiten auf lange Sicht immer mehr zu ersetzen. Aber diese Gruppen müssen auch vermehrt vom Staat — subsidiär — gefördert werden, d.h. ihnen trotz geldlicher Unterstützung volle Freiheit gewährend. Bleiben diese staatlichen Leistungen aus und stellen die Grünen dies womöglich noch als politische Alternative dar, so ist die Arbeit der Selbsthilfegruppen insgesamt gefährdet, bzw. nur noch den Besserverdienenden möglich.

AK: Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Diskussion findet man bei den Grünen häufig die Vorstellung, daß jetzt alle Opfer bringen müßten, da es mit dem verschwenderischen Leben auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt so nicht weitergehen könne.

U. Schw.: Ja, ich war ziemlich erschrocken als ich so etwas auch von Willy Hoß auf dem Kongreß Zukunft der Arbeit hörte. Nichts ist für mich wichtiger als die Lebensverbesserung für die Menschen in der Dritten Welt. Aber *wem* werden hier Opfer dargebracht? Wir müssen aufräumen mit der idealistischen Vorstellung, daß unter heutigen Verhältnissen Opfer, die wir bringen, der Dritten Welt zugute kommen. Im Gegenteil, sie kommen dem Moloch Kapital zugute, der auch die Dritte Welt immer stärker in den Griff kriegt. Und *von wem* werden Opfer gefordert? Welche Folgen hat es, wenn immer zuerst die kleinen Leute zur Kasse gebeten werden?

Meiner Meinung nach hat alternatives, „einfaches" Leben nichts mit Opfermentalität zu tun; es soll Freude, nicht Opfer sein. Verzicht auf Konsum kann weder „verordnet" noch idealistisch verbrämt ethisch gefordert werden. Haben-Mentalität ist nicht die Schuld des Einzelnen, sondern ein komplexer Zusammenhang aus unbefriedigtem Zwangsleben in einer unterdrückerischen Arbeitswelt in Zusammenspiel mit einer raffinierten Suggestivwerbung. Darum sollten wir Grünen auch mit Nachdruck harte Abstriche bei der kapitalistischen Werbung fordern.

AK: Petra Kelly schrieb in ihrem Offenen Brief an Willy Brandt: „Wir, die Grünen, sind ein historischer Versuch, zugleich 'Bewegung' zu bleiben, aber auch Partei zu sein, die 'Partei' für diejenigen ergreift, die im herrschenden System vergessen oder unterdrückt werden." An anderer Stelle nannte sie die Grünen auch eine „Anti-Parteien-Partei". Im Gegensatz dazu ist die Bereitschaft der Grünen, sich bei den Bundestagswahlen auf ein breiteres Spektrum der „Bewegung" zu stützen, äußerst gering, was sich besonders in einem recht arroganten Verhalten ge-

reitschaft der Grünen, sich bei den Bundestagswahlen auf ein breiteres Spektrum der „Bewegung" zu stützen, äußerst gering, was sich besonders in einem recht arroganten Verhalten ge-

genüber den Demokratischen Sozialisten ausgedrückt hat. Wie stellt sich für dich das Verhältnis zwischen der Basisbewegung außerhalb der Grünen und der Grünen Partei dar?

U. Schw.: Ich ging davon aus — und das schon lange vor dem „schwarzen Freitag" —, daß wir zur Überwindung des „Klassenkampfes von oben" (Gollwitzer), der als Kampf der Privilegierten die eigentlich Ursache der genannten Krisen ausmacht, einen breiten Zusammenschluß aller Gruppen der verschiedensten ‚Gegenbewegungen' brauchen.
Es zeigt sich nun, daß die Zeit immer schwieriger wird, der Abbau der demokratischen Rechte, die Verelendung der 3.Welt springen mir jedenfalls neben der ständig drohender werdenden Kriegsgefahr immer klarer ins Bewußtsein; wir können in unserem politischen Kampf auf keinen verzichten, der mindestens unsere Stoßrichtung teilt.
Den bürgerlichen Apparat, in dem einschließlich der Instituion Kirchen Millionen von Menschen arbeiten — haben wir nicht.

Die öffentlichen Medien — und das zeigt der beginnende Wahlkampf wiederum erschreckend — können wir auch bei großer Anstrengung nur im geringen Maße für die Bewußtseinsbildung nutzen.

Das Geld der herrschenden Parteien haben wir nicht und wollen es auch nicht, um damit dann „Flickschusterei" zu betreiben.

In der Eskalation der verschiedensten Krisen gibt es immer mehr offene Fra-

Fortsetzung nächste Seite

Ursula Schwarzenberger ist 57 Jahre, hat 5 Kinder. Nach dem Studium von Deutsch, Geschichte und katholischer Theologie wurde sie

Ursula Schwarzenberger ist 57 Jahre, hat 5 Kinder. Nach dem Studium von Deutsch, Geschichte und katholischer Theologie wurde sie Gymnasiallehrerin. Über die Arbeit in 3.Weltgruppen ist sie in Göttingen zu den Grünen gestoßen. 1980 war sie grüne Direktkandidatin bei den Bundestagswahlen und hatte Platz 3 auf der Landesliste eingenommen. Inzwischen ist sie Mitglied des grünen Bundesvorstandes. Sie tritt für Wahlbündnisse mit anderen Kräften ein, so war sie in Göttingen Mitinitiatorin der AGIL, eines kommunalen Wahlbündnisses, das erfolgreich bei der letzten Stadtratswahl kandidierte. Sie versteht sich ausdrücklich aus ihrem christlichen Verständnis heraus als eine Verteidigerin sozialistischer Ideen.



Fortsetzung von voriger Seite

gen, immer mehr Ängste, die sich gerade auf uns Grüne als eine Hoffnung beziehen.
Wir brauchen deshalb die Vielfalt der Ideen, die Phantasie von vielen, ihren Kopf, ihre Hände, ihre Menschlichkeit. Die persönlichen und politischen Erfahrungen aus den verschiedensten Schichten sind nötig und jeder soll das einbringen, was sein Umfeld ihm signalisiert und in dieses Umfeld hinein wieder mit den Antworten und Plänen der Bewegung antworten.
Wir Grünen haben nun auf Bundesebene aber auch in den meisten Landesverbänden kein echtes Signal zu diesem so wichtigen breiten Zusammenschluß gegeben. Teils war es die Angst um die ,,reine Lehre'', teils der unsensible Dünkel, alles doch schon im eigenen Programm zu haben (Thomas Ebermann sagte dazu: ,,Wer das Programm hat, hat noch nicht die Sache''). Viele haben wohl jetzt in der Vorbereitung des Wahlkampfes auf dieses Signal gewartet, - es hätte Schwung gegeben. Aber stattdessen wurde dogmatischer Streit ausgetragen : ,,was der sagt, ist nicht *voll grün*'' oder ,,der hat noch die Eierschalen der SPD an sich'', usw. Diese Einstellungen machen das Leben kaputt, das wir brauchen, um Bewußtseinsveränderung bei vielen Menschen zu erreichen, das wir zum Durchhalten im politischen Kampf brauchen, - vor allem aber werden so echtes Gespräch und Auseinandersetzung in der Sache abgeblockt. Um der großen Einheit willen wird verlangt, daß sich alle anschließen. Das Scheitern eines linken Zusammenschlusses von jeher in der deutschen Geschichte wird als Beweis genommen, daß es nicht möglich und auch nicht nötig sei, sich darum zu bemühen. Wer es dennoch tut, wird als ,,Träumer'' verlacht. - Ich halte mich an die Worte von Fidel Castro in Chile 1971 : Revolution ist die Kunst, auseinanderstrebende Kräfte zu vereinen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

AK : Die Chance zum 6. März ist dazu nun nicht mehr gegeben - jedenfalls nicht mehr durch ein Signal und Unterstützung ,,von oben''. Wie siehst Du die weitere Entwicklung innerhalb der Partei die Grünen dazu?

U.Schw.: Ich stelle zunächst einmal fest, daß sich leider innerhalb der Partei im Hinblick auf eine bevorstehende Wahl viele Mtglieder in den Strudel des parlamentarischen Spiels haben hineinreißen lassen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dieses Spiel voll zu entlarven und im Hinblick auf die Koalitionsfrage mit der SPD ist uns das wohl auch gut gelungen. Gleichzeitig aber haben die parlamentarischen Mechanismen in der Wahlvorbereitung sowohl Teile der
der Wahlvorbereitung sowohl Teile der
Grünen als auch Teile der DS so in den Bann gezogen (auch das schroffe Abblocken von Coppik schon Anfang des Jahres 1982 vom Bundesvorstand (Hoplitschek) und Hessen sehe ich auf diesem Hintergrund), daß auf beiden Seiten nur eine Verengung und Verhärtung erreicht wurde. Ich werde da immer schmerzlich an meine Erfahrungen mit dem dogmatischen Verhalten der Kirchen erinnert. Mit einem Satz, wie er in diesem Zusammenhang im grünen Bundesvorstand galt : ,,wir brauchen mehr Selbstbewußtsein'', kann ich absolut nichts anfangen.
Wir brauchen nicht mehr Selbstbewußtsein, sondern ein klareres Bewußtsein, das uns sicher zeigt, auf welcher Seite wir wirklich zu stehen haben: auf der Seite der Natur, die ausgebeutet wird, auf der Seite der sozial Schwachen, damit die Krise nicht auf ihrem Rücken ausgetragen wird, und als erstes auf der Seite des Lebens gegen die Mächtigen, die den Krieg und damit das Todesgeschäft betreiben.
Ich gebe deshalb das Bemühen nicht auf, auch nach dem 6.März für breitere Öffnungen in den Grünen zu werben. Ich hoffe so sehr, daß wir gerade mit der Unterstützung der Friedensbewegung, mit der Unterstützung der ökologischen Kräfte und wenn unser Wirtschaftspapier nach Sindelfingen noch gute Antworten wird geben können, auch durch die Unterstützung von einem kleineren Teil der Arbeitergruppen in den Bundestag kommen werden. dieser Sprung ins Parlament - wenn er gelingt - muß ein neuer Anfang auch innerhalb der Partei werden. Ich hoffe, daß gerade durch die Abgeordneten, die jetzt von Kreisverbänden und Landeslisten als nicht Parteimitglieder auf die offene grüne Liste gesetzt wurden, neue Impulse zu einer Zusammenarbeit und auch zu einem ,,Zusammenraufen'' gegeben sein werden. Vielleicht ist dann auch der Weg wieder offener für eine Entwicklung zur wirklich lebendigen und kämpfenden Anti-Parteien Partei.

AK : Wir danken für das Interview.

Das Interview führte: G.,KB-Gruppe Göttingen

Was Grüne unter Offenen Listen verstehen — zwei Beispiele aus Bayern

Gegen den Vorschlag der Hamburger Grünen, die für die Möglichkeit eines Wahlbündnisses eingetreten waren, hatte der grüne Bundesvorstand am 26.9.82 einstimmig das Modell sogenannter Offener Listen befürwortet:
''Der Bundesvorstand begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf offenen Listen der Grünen die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen. Die Grünen sollten auf kommunaler und regionaler Ebene Gespräche mit den Menschen und Gruppen aus diesem Bereich suchen.''



Es gibt derzeit keinen Überblick darüber, wo das tatsächlich geschehen ist, wo wirklich von grünen Kreis- oder Landesverbänden zu dem gesamten im BV-Beschluß aufgeführten Spektrum der Kontakt g e s u c h t worden ist. Es gibt aber Beispiele dafür, wie zumindest Teile dieses Spektrums das Gespräch mit den Grünen gesucht haben und damit voll auf den Bauch gefallen sind. Daß der BV-Beschluß gerade mit der Begründung gefaßt worden ist, Wahlbündnis-Verhandlungen zwischen Bundesvorstand und anderen Gruppen verstießen gegen das Prinzip der Basisdemokratie, in den Kreisverbänden sollte deshalb ''auf unterster Ebene'' entschieden werden, stellt sich nachträglich als reiner Witz heraus.

Nürnberg

In Nürnberg hatte sich auf Initiative der örtlichen Anti-AKW—BI (NIGA) ein Kreis von interessierten Gruppen und Personen gebildet, um Sinn und Möglichkeit einer Beteiligung an den Offenen Listen der Grünen zu diskutieren. Zu diesem Treffen waren auch einige Grüne erschienen, die sich mehrheitlich positiv und wohlwollend zu einer Öffnung ihrer Listen äußerten. Auf der ersten grünen Mitgliederversammlung (MV) mit dem Tagesordnungspunkt Offene Listen sahen sich die eingeladenen Nicht-Grünen aber einer unerwartet aggressiven und ablehnenden Haltung einer Mehrheit der anwesenden Grünen gegenüber. Massiv angeheizt wurde die Stimmung durch Beiträge des Grünen Stadtrats K.P. Murawski, der (nach über 10jähriger FDP-Mitgliedschaft) zwar erst gut ein Jahr Mitglied der Grünen ist, aber offenbar umso heftiger die Reinheit der Grünen Listen glaubte propagieren zu müssen. Natürlich sei auch er für Offene Listen, aber auf keinen Fall für Leute und Gruppen, deren ''Programme älter als sein Großvater'' seien und die die Grünen ausschließlich als Trittbrettfahrer mißbrauchen wollten. Er entfesselte ein wahres Horror-Szenario von den bösen Untergrund-Kommunisten, die sich nur auf den grünen Listen einschleichen wollten, weil sie anders ihre schrecklichen alten Programme nicht verwirklichen könnten. Statt dieser ebenso abgestandenen wie blöden Hetze entgegenzutreten, stießen selbst Leute wie Dieter Burgmann ins gleiche Horn: Wenn der KB mit den Grünen verhandeln wolle, solle er sich doch offen an die Grünen wenden und nicht irgendwelche Scheininitiativen gründen. Zuguterletzt wurde noch eine ''Verhandlungskommission'' bestimmt, die mehrheitlich mit ausgesprochenen Gegnern Offener Listen besetzt war. Ihre Aufgabe: mit den interessierten Nürnberger BIs über Offene Listen zu verhandeln. Das konnte nur als Affront verstanden werden. Ähnlich sahen es auch einige Nürnberger Grüne, die mit dem bisherigen Verlauf absolut nicht einverstanden waren. Sie setzten eie nochmalige Diskussion des Themas Offene Listen auf einer außerordentlichen MV durch. Daß es den Scharfmachern nicht gelungen war, die Idee der Offenen Liste als schlichten Kommunisten-Trick zu diffamieren und damit zu isolieren, bewies das Interesse, mit dem die nächsten Grünen MVs verfolgt wurden. Auf der Grünen Versammlung, auf der Dieter Burgmann und Petra Kelly als Nürnberger Direktkandidaten gekürt wurden, legten die BI gegen die WAA Schwandorf und der Nürnberger Rechtsanwalt Hans Graf (im Namen einiger Mitglieder verschiedener BIs) Erklärungen vor, in denen das Vorgehen der Grünen kritisiert und auf das Vorschlagen eines eigenen ''Alternativ''-Kandidaten verzichtet wurde, weil das angesichts der vorangegangenen Vorfälle einer Farce gleichgekommen wäre. (Ausschnitte aus den Erklärungen: siehe Kasten)

Das führte wohl innerhalb der Grünen zu der Einsicht, daß sie sich mit ihrem Vorgehen gegenüber den Anti-AKW-BIs und ihrer Behandlung der Offenen Liste-Frage weitgehend verrannt hatten und auch Murawski mußte überrascht feststellen, wie wenig seine Kommunisten-Hetze den gewünschten Erfolg gebracht hatte. Seine Aussage, *''ich verstehe überhaupt nicht, warum sich die BIs den Kopf des KB zerbrechen''*, kennzeichnet seine Verwunderung darüber am besten.Er behauptet nun plötzlich, seine Auseinandersetzung mit kommunistischer Politik habe mit der Frage der Offenen Liste überhaupt nichts zu tun, obwohl gerade er zu Beginn der Debatte versucht hatte, das eine mit dem anderen aus dem Weg zu schaffen. Burgmann erklärte, daß die Grünen viele Fehler in dieser Auseinandersetzung gemacht hätten und daß er sich um ein besseres Verhältnis zu den BIs bemühen wolle.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Nürnberger Grünen in diesen wenigen Wochen erhebliches politisches Kapital verspielt haben, mehr als sie es sich bei 5,7% in Nürnberg (bei den letzten Landtagswahlen) eigentlich leisten können. Besonders bedauerlich dabei ist, daß durch das ganze Hickhack eine ersthafte Diskussion innerhalb der Grünen über ihr Verhältnis zu Bewegungen, eine selbstkritische Betrachtung der eigenen Rolle und der Gefahren, die eine nur parlamentarische Orientierung mit sich bringt, ausgeblieben ist.

Aus der Erklärung von Rechtsanwalt Hans Graf, vorgetragen auf der Grünen-MV in Nürnberg am 14.12.82

(...)
''Im Bundesvorstandsbeschluß der Grünen vom 26.9.82 sehen wir heute die taktisch-geschickte Antwort der Grünen Partei auf diese Forderung: Indem man ''offene Listen'' anbot, hat man gleichzeitig die Tür zu einem solchen Bündnis zugeschlagen und dennoch nicht alle und jeden verprellt. Gleichzeitig war dies auch das deutliche Beharren auf dem grünen parlamentarischen Monopolanspruch.
(...)
Löst euch nicht los von dem Untergrund, auf dem ihr noch steht, sonst wird für euch der parlamentarische Weg zum Selbstzweck und eure Partei zum Mandatsverschaffungsverein und zur Wahlplakat-Klebekolonne.

Indem ihr, wie in Nürnberg geschehen, ungeprüft Bürgerinitiativen als Kommunisten unterwandert und gesteuert verunglimpft, um deren inhaltliche Anliegen nicht diskutieren zu müssen, habt ihr euch schon ein Stück weit auf diesen Weg begeben. Ihr wendet damit auch schon Methoden an, die auf unmotivierter und dumpfer Kommunistenfurcht aufbauen und zum Beispiel in der sozialdemokratischen Partei zur Befürwortung von Berufsverboten geführt haben. Wir bedauern diesen euren Weg und sagen euch aber auch gleichzeitig: Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben.
(...)
Wir sind aber nicht bereit, als Bunte Tupfer auf euren Listen, als Feigenblatt zu fungieren und euch somit ein basisdemokratisches Mäntelchen zu verleihen. Dafür werden wir euch keine Kandidaten zur Verfügung stellen.''

Aus dem Papier der Anti-WAA-BI:

(...)
''Wir sind nicht die Vollidioten, für die uns Murawski und seine Fraktion hält. Abgesehen davon, daß es dieses Gespenst KB, das Murawski zeichnet, nicht in dieser Form gibt, so konnten wir entgegen seiner Behauptung bei uns keinen KBler finden, man möge ihn oder sie uns bitte enttarnen, kann es doch nicht wirklich ernst gemeint sein, daß, wenn in einer Initiative auch einige KBler mitarbeiten, die dann automatisch diese nach Belieben lenken können.

Hinter dem Gedanken offene Listen oder Wahlpartei stehen nicht ein paar KBler, sondern breite Teile des alternativen Spektrums. Wir sind keine Strohmänner des KB und fühlen uns nicht als dessen Wirtstier.

Wenn wir uns richtig erinnern, so verstehen sich die Grünen als der parlamentarische Arm einer außerparlamentarischen Bewegung. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, so mag man uns das mitteilen, damit wir entsprechende Konsequenzen ziehen und nicht weiterhin eure Sache auch für unsere halten.
(...)

Das instrumentelle Verhältnis, das Murawski dem KB zu uns und ähnlichen Organisationen unterstellt, sehen wir eher bei einigen Grünen. So finden wir es eigenartig, wenn sich im Wahlkampf etliche Grüne Kandidaten auf die BI berufen und sich als aktive Mitarbeiter der BI darstellen, aber von uns entweder überhaupt noch nicht oder vor Monaten das letzte Mal gesichtet wurden.
(...)''

Bamberg

Bamberg

Das zweite Beispiel, Bamberg, zeigt noch deutlicher, welchen überheblichen Alleinvertretungsanspruch viele Grüne derzeit aus ihrer vermeintlichen Stärkeposition ableiten. In Bamberg existiert seit 1981 die ''Bamberger Alternative'' (BA), die sich anläßlich der Oberbürgermeisterwahlen 1982 zu einer Protestkandidatur entschloß und mit 4,3% einen beachtlichen Stimmanteil verbuchen konnte. Die Bamberger Grünen sind demgegenüber — nach eigener Beurteilung — politisch bedeutungslos und beziehen ihre Stärke ausschließlich aus der Bundespartei.

Zum 24. November hatte die BA alle interessierten Gruppen und Personen eingeladen. Die Resonanz war beachtlich, so ziemlich die ganze Bamberger Szene war repräsentiert, einschließlich der Grünen. Die BA legte eine Resolution vor, in der Rudi Sopper, der schon 1982 OB-Kandidat der BA gewesen war, für die grüne Landesliste vorgeschlagen wurde. Die Grünen eröffneten daraufhin, daß sie einen Tag vorher auf einer informellen (!) MV beschlossen hatten, einen Grünen, den Rechtsanwalt Gottfried Karl, zu nominieren. Ein Votum der BA sei ihnen völlig egal. Sie wüßten, daß sie sich in der Szene damit einen schlechten Namen machen würden, aber die Wahlergebnisse der Landttagswahlen würden zeigen, daß sich auch ohne die angebliche Basis gute Ergebnisse erzielen ließen. Ihnen sei wichtig, sich als Grüne Partei zu etablieren und das könnten sie nur g e g e n die BA. Der BV-Beschluß zu Offenen Listen sei zwar sehr gut, aber konkret für Bamberg nicht geeignet.

Die anwesenden BAler waren total empört, keiner hatte mit einem solchen Verhalten gerechnet. Eine Resolution zur Bundestagswahl und zur Notwendigkeit einer breiten Übereinkunft aller alternativen Kräfte wurde mit großer Mehrheit verabschiedet, mit folgenden Zusatz:
''Der Kreisverband der Grünen erklärte auf der heutigen Versammlung, daß er keinerlei Bereitschaft in Bezug auf eine grün-offenen Liste hat, sondern vielmehr einen eigenen grünen Kandidaten aufstellen will. Dazu erklären wir: Die Politik der Grünen ist gekennzeichnet durch ausschließlich parteiegoistische Interessen ohne Bezug zur gesamten grün-alternativ-sozialistischen Wahlbewegung und dem ausdrücklichen Willen eines großen Teils der Bamberger Basisinitiativen. Dies wird unsere Unterstützung im Wahlkampf schwer machen...''

Die BA hatte ursprünglich vor, ihren Kandidaten auf dem Anfang Dezember in Nürnberg geplanten bayerischen alternativen Wahlkongreß zur Diskus-

Aus dem Rundbrief der Bamberger Alternative vom 30.11.82

''Die aktuelle Entwicklung, konkret das Verhalten der Grünen, macht den geplanten Kongreß am 4.12.82 für uns fragwürdig (Anm. AK: gemeint ist der bayerische alternative Wahlkongreß).*Um dies zu verstehen, ein Blick auf die Bamberger Situation: Für den 24.11.82 hatte die BAMBERGER ALTERNATIVE alle 'fortschrittlichen und oppositionellen Kräfte' in Bamberg zu einem Treffen eingeladen, um konkret die Fragen der zu erwartenden Bundestagswahl zu diskutieren. Grundlage des Treffens war eine von der BA vorgelegte Resolution, die für Bamberg einen konkreten Vorschlag für eine offene Kandidatur machte. Ausgangspunkt für diesen Vorschlag war die Tatsache, daß, wenn es in Bayern einen Ort für eine offene Kandidatur gibt, dann Bamberg. Mit der BAMBERGER ALTERNATIVE existiert hier eine gut funktionierende Alternative Liste, der vorgeschlagene Kandidat Rudi Sopper genießt das breite Vertrauen der Bamberger Basisinitiativen, demgegenüber sind die Grünen in Bamberg nach eigenem Eingeständnis kein politischer Faktor mit keinerlei Bezug zur Basis- und Oppositionsbewegung in Bamberg. Was läge da näher, als das Angebot der BA zu bedenken und damit den Beschluß des Grünen Bundesvorstandes zumindest ansatzweise zu verwirklichen?*

Auf dem schon oben erwähnten Treffen jam 24.11.82 erklärten die
Auf dem schon oben erwähnten Treffen jam 24.11.82 erklärten die
Bamberger Grünen, daß sie für Bamberg an einer offenen Kandidatur nicht interessiert seien und auf alle Fälle einen grünen Kandidaten aufstellen werden, sie wüßten zwar, daß sie damit ihren Ruf in der ''Szene'' noch weiter ruinieren würden, aber es sei für sie eine Tatsache, daß sie auch ohne die Basisbewegungen passable Wahlergebnisse zustande brächten. Angesichts dieser schroffen Arroganz der Grünen in Bezug auf ''Offene Listen'' hat für uns der Kongreß am 4.12.82 in Nürnberg keinen Wert mehr.
(...)''

sion zu stellen und damit die Grundlage für ihren Kandidaten für die Landesliste der Grünen zu verbreitern. Nun verschickten sie eine Erklärung an alle bayerischen ALs und AL-Initiativen, in dem sie ihre Lage darstellte und eine Beteiligung an dem Kongreß unter den konkreten Bedingungen als unsinnig absagte. (Ausschnitte aus der Erklärung: siehe Kasten)

Auch Vermittlungs- und Einlenkungsversuche anderer Grüner konnten die Bamberger Grünen nicht zu einem Kompromiß bewegen, nicht einmal der Hinweis der Forchheimer Grünen, daß Gottfried Karl eigentlich als grüner Kandidat unglaubwürdig sei, weil er als Rechtsanwalt die amerikanische Fluggesellschaft PANAM gegen einen Forchheimer Umweltschützer, der gegen einen neuen Luftkorridor klagt, vertritt.

Rudi Sopper verlor inzwischen verständlicherweise die Lust, sich bei diesem Gezappel und Hickhack weiter als Kandidat anzubieten. Er wird in seiner Haltung von der BA unterstützt. Die Bamberger Grünen haben jetzt vor allem Angst davor, daß die ganze Geschichte öffentlich bekannt wird. Die BA beschloß auf ihrem Treffen am 13.12., eine kleine Dokumentation zusammenzustellen und diese auf der nächsten grünen Bundesversammlung im Januar zu verteilen...

KB/Gruppe Nürnberg

Keine »Hamburger Verhältnisse« mehr

Fortsetzung von S. 1

Votum gegen den Bonner Rechtskurs

Befriedigen am Hamburger Wahlergebnis muß das Abschneiden von CDU und FDP. Die Bonner Regierungsparteien haben nach der Hessenwahl eine weitere deutliche Niederlage einstecken müssen, was neben den Hamburger Besonderheiten als Warnung für den Bonner Rechtskurs gewertet werden muß. Außer den Nachwirkungen der auf Ablehnung gestoßenen Art und Weise des Regierungswechsels haben dabei auch erstmals spürbar verschärfter Sozialabbau und Mieterhöhungen eine Rolle gespielt.
CDU und FDP in Hamburg verloren 35.000 Stimmen. Die SPD gewann 122.000 Stimmen dazu. Der Löwenanteil der SPD-Gewinne kommt aus er gestiegenen Wahlbeteiligung, die mit dem Nachkriegsrekordergebnis von 84,0% ein Plus von 75.000 Stimmen (+ 6,2%) gegenüber dem Juni 82 brachte. Außerdem konnte die SPD Stimmen von CDU, FDP und GAL gewinnen. Das Hamburger Ergebnis macht zumindest deutlich, daß ein Wahlsieg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl am 6.März keine ausgemachte Sache ist und daß ihr Hoch aus der Zeit vor dem Regierungswechsel überschritten ist. Auf der anderen Seite darf nicht der falsche Schluß gezogen werden, jetzt laufe alles anders: Die Hamburger SPD liegt knapp unter ihrem Ergebnis von der Bürgerschaftswahl 1978, die CDU liegt 1% darüber. In Hamburg sind damit die alten Kräfteverhältnisse in etwa wiederhergestellt, und Hamburger Ergebnisse lassen sich nicht auf Bundesebene hochrechnen.
Die CDU konnte aus ihrem Trommelfeuer gegen ein ,,rot-grünes Bündnis'' keinen Profit ziehen. Dennoch hat aber offensichtlich die hiermit verbundene Furcht vor der ,,Unregierbarkeit'' gewirkt — allerdings für die SPD, die Stammwähler mobilisieren und Protestwähler zurückgewinnen konnte. — Das größte Desaster erlebte die FDP: Sie hat in den letzten vier Wochen vor den Wahlen einen enorm aufwendigen Werbewahlkampf in Anlehnung an den CDU-Wahlkampf gemacht. Summen sind nicht bekannt; durchgesickert ist, daß Großanzeigen und eine Unzahl von Unterstützungsanzeigen für die FDP vom Otto-Versand und dem Hafen-Unternehmer Eckelmann mit beträchtlichen Summen finanziert wurden.

Die SPD in der Opposition wieder auf dem Vormarsch?

In geradezu klassischer Weise praktizierte Hamburgs SPD, was diese Partei seit Jahrzehnten charakterisiert: Sich als fortschrittliche Kraft darzustellen vor dem Hintergrund, daß noch mehr Rückschritt droht. Die SPD nutzte die Stimmung gegen den Bonner Regierungswechsel durch intensiven Wahlkampfeinsatz des Hamburger Ex-Kanzlers Schmidt, der gehörig auf die Tränendrüse drückte. Die Fähigkeit der SPD, von einem Tag auf den anderen so zu tun, als habe sie schon immer eine ganz andere Politik gewollt, bewies sie an Themen wie Bafög-Kürzungen und Mieterhöhungen. Obwohl die SPD Einschränkungen beim Bafög noch selbst in ihrer Regierungszeit einleitete, tritt sie jetzt an die Spitze der Proteste gegen die CDU/CSU/FDP-Regierung. Dohnanyi trat als einer der Hauptredner bei der Bonner Protestkundgebung gegen die Bafög-Streichungen auf. Dafür kann er sich insbesondere bei den von Jusos und DKP-Studenten beherrschten Vereinigten Deutschen Studentenschaften bedanken, die ihm im Wahlkampf diese Profilierung ermöglichten. Eine Meisterleistung gelang der SPD bei den Mieterhöhungen: Im August 1982 beschloß der Hamburger Senat die Erhöhung der Sozialmieten von DM 6,80/qm auf DM 7,30. Im November beschloß die Bürgerschaft mit den Stimmen von CDU und SPD diese Erhöhung ab 1.1.83, die den Mietern bis zum 15.12.82 mitgeteilt werden mußte. So geschah es denn auch kurz vor der Wahl, und es gelang der SPD, diese Erhöhung als Folge der Bonner Mietrechtsänderungen vom Anfang Dezember darzustellen. Im besonders betroffenen Stadtteil Steilshoop sprechen 13,2 % SPD-Zugewinne dafür, daß die Rechnung aufging.
Schließlich wurde die SPD-Parole ,,Klarheit für Hamburg'' von vielen Wählern positiv beantwortet. Der Schrecken der ,,Unregierbarkeit'', der in Hamburg auch nicht im inferntesten etwas mit ,,Chaos'' zu tun hatte (nirgendwo gab es Barrikaden, keine roten Fahnen und Betriebsbesetzungen; außerparlamentarisch lief auch nicht viel seit dem Juni), war der gelungene Appell an eine Mehrheit der Wähler, sich für die bestehenden Verhältnisse einzusetzen. Die vorhandene Krisenangst konnte die SPD mit ihrem ,,besonnenen Reformprogramm'' auffangen.
Für die Hamburger SPD ist aus dem Wahlergebnis die Schlußfolgerung zu erwarten, daß jetzt alle die Streitpunkte durchgezogen werden, die während der SPD-Verhandlungen mit der GAL Dohnanyi noch zu so großer Nachdenklichkeit veranlaßt hatten. Andererseits muß vor dem Hintergrund der Rechtsverschiebung im Parteienspektrum gesehen werden, daß diese Maßnahmen bei vielen Wählern nicht ohne weiteres als volle Durchsetzung einer rechten Politik in der Hamburger SPD empfunden werden. Was noch vor 2 - 3 Jahren heftige SPD-interne Auseinandersetzungen unter dem alten Bürgermeister Klose brachte, ist heute a) durchgesetzt und gilt b) als ,,Reformpolitik für die 80er Jahre''. So schnell kann sich das politische Koordinaten-System verschieben.

Die GAL stabil

Es war zu erwarten: Gerade das Abschneiden der linken Hamburger GAL wird bei den Grünen besonders kritisch beobachtet, ist doch der hiesige Standort der Wahlbewegung nicht überall in der grünen Bundespartei beliebt. Optisch bleibt stehen: 0,9% der Stimmen und 1 Sitz wurden verloren. ,,Siehst du wohl, wir haben es ja immer gesagt'', klingt es hie und da zaghaft an, ,,das kommt heraus bei einer linken Politik'', und zudem noch bei einer, die sich ,,hündisch'' auf die SPD bezieht, wie Rudolf Bahro den Versuch des Einbruchs ins traditionelle sozialdemokratische Spektrum nennt.
Offen haben sich diese Stimmen bislang wenig zu erkennen gegeben. Hasenclever aus Stuttgart bedauerte nur, daß es nicht gelungen sei, mehr CDU-Wähler zu gewinnen.
Aus einer anderen Ecke gibt es Kritik von rechts. Klaus Hartung von der taz versteckte seine indirekte Erklärung des Wahlausgangs hinter seiner Kritik an der GAL: ,,*Nichts war verrückter, als mit er SPD in Grundsatzverhandlungen über politische Prinzipien einzutreten*'', schrieb er am 21.12. seine Unkenntnis über die GAL-Verhandlungsführung nieder. Hartung, Experte einer neuen Machterschleichungsstrategie, weiß hingegen was richtig gewesen wäre: Die GAL hätte der SPD in ihrer kritischen Phase ,,*soviel Macht und also auch Posten entreißen*'' müssen,,,*so daß später der Kampf um den Minimalkonsens hätte wirksam geführt werden können*''. — Donnerwetter, das hatte wirklich keiner in der GAL geblickt: Am besten gleich den Bürgermeister-Posten, vielleicht noch den Innensenator, um ersteren notfalls militant gegen SPD-Übergriffe verteidigen zu können!?
Zurück zur Realpolitik:
Das GAL-Ergebnis lohnt in Zahlen dargestellt zu werden. Die 70.549 Stimmen (6,8 %) der GAL entsprechen einem Verlust gegenüber dem Juni von 2855 Stimmen, d.h. weniger als 0,3% der damaligen Stimmenzahl. In den Bezirken, die mit der Zweitstimme gewählt werden, sieht es sogar noch etwas positiver aus: Hier erhielt die GAL 86.129 Stimmen (8,4%), das sind 418 mehr als im Juni. Trotzdem verlor die GAL vier ihrer 25 Bezirksabgeordneten-Sitze. Unabhängig von Wählerwanderungen zeigt dies, daß die Verluste in erster Linie aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung zu erklären sind. Für die starke Stabilität des GAL-Ergebnisses spricht, daß sie in ihren Hochburgen z.T. sogar prozentual noch etwas zulegte (z.B. in den Stadtteilen St.Pauli, St.Georg und Neustadt), entsprechend auch in den Bezirken mit den Hochburgen etwa in Eimsbüttel, Hamburg Nord, Altona und Mitte gut abschnitt, während in den Außenbezirken Harburg und Bergedorf das Abschneiden schlechter war. (Der Bezirk Wandsbek vermittelt in der Tabelle ein schiefes Bild: Das Plus von 1200 Stimmen erklärt sich aus der Nicht-Kandidatur der rechten Grünen, die im Juni noch über 3000 Stimmen bekamen. Realistischer sind die Stimmanteile Wandsbeks bei den Bürgerschaftswahlen, wo die GAL 1200 Stimmen verlor. Hier hatten die rechten Grünen im Juni die GAL unterstützt. Da Wandsbek keine linken Hochburgen kennt, liegen hier die Verluste im beschriebenen Trend).
Bleibt also die Frage, wie das Ergebnis insgesamt zu bewerten ist und welche Schlußfolgerungen sich ergeben.

Negative Folgen der Tolerierungspolitik gegenüber der SPD?

Unmittelbar nach er Wahl gab es Stimmen in der GAL, die den Versuch der Tolerierungspolitik gegenüber der SPD für das optisch schlechtere Wahlergebnis verantwortlich machen wollten. Grund: INFAS hatte errechnet, daß angeblich 14.000 GAL-Wähler wieder SPD gewählt haben. Ergo: Für diese Wähler war die GAL die schlechtere SPD. Die Mannheimer ,,Forschungsgruppe Wahlen'', die eine äußerst interessante Auswertung der Hamburg-Wahl vorgenommen hat (siehe nebenstehende Bewertung des GAL-Ergebnisses) greift die Wählerwanderungsberechnungen als unwissenschaftlich an. Sie kommt vielmehr zu der Rechnung, daß nur jeder zwölfte GAL-Wähler wieder SPD gewählt hat (das wären gut 6000). Dabei kommen die Mannheimer zu Untersuchungsergebnissen, die das GAL-Ergebnis in erheblich positiverem Lichte dastehen lassen, als dies auf den ersten Blick der Fall ist.
Neben der Betonung der Stabilität des Ergebnisses werden Veränderungen der GAL in der Wertung der Wähler der etablierten Parteien und vor allem Veränderungen bei den Wählern der SPD festgestellt, die die Mannheimer auf die SPD/GAL-Auseinandersetzungen seit dem Juni zurückführen. Zum einen wird die GAL heute deutlicher als im Juni von der Gesamtheit der Wähler links eingestuft (90% gegenüber 67% im Juni. 20% stuften im Juni die GAL als Mitte ein, nur noch 8% waren das im Dezember). Während im Juni 43% aller Hamburger eine Präsenz der GAL in der Bürgerschaft gut fanden, waren es im Dezember nur noch 36%. Dabei ist allerdings die Verschiebung interessant: bei CDU (von 28 auf 11%) und FDP nahm dieser Wunsch ab, bei SPD-Wählern stieg er von 42% auf 46%.
Eher als Bestätigung für die GAL-Politik muß man die Mannheimer Erkenntnisse über inhaltliche Veränderungen bei SPD-Wählern werten. 60% der SPD-Wähler waren im Juni für das AKW Brokdorf, im Dezember waren 53% dagegen. Ähnlich haben sich bei den SPD-Wählern mittlerweile Mehrheiten gegen die Hafenerweiterung und die Räumung besetzter Häuser ergeben. Alles Themen, die in den Verhandlungen GAL/SPD eine große Rolle in der Öffentlichkeit spielten.
Interessant das Mannheimer Fazit: ,,*Die Grün-Alternativen haben bei bundesweit abnehmender Zustimmung für die Grünen ein äußerst gutes Ergebnis erreicht und zeigen Anzeichen von großer Stabilität*''.

Weitermachen oder Kursänderung Richtung ,,originär ökologischer Politik''?

Zieht man ein Fazit der Hamburger Entwicklung, dann bleibt festzuhalten: Krisenhafte Entwicklung und zunehmender Rechtstrend in der Politik führen mehr als in den Jahren der Entstehung grüner und alternativer Listen als Sammelbecken für Protestwähler zu einer immer stärkeren gesellschaftspolitischen Polarisierung. Die SPD beweist in diesem Prozeß, daß sie trotz eigener Krisen-Entwicklung nach wie vor starke Fähigkeit besitzt, diese Polarisierung für sich auszuschlachten. Grüne und Alternative drohen in diesem Prozeß aufgerieben zu werden, wenn sie sich nicht deutlicher als bisher gegenüber der Rechtsentwicklung, also auch der drohenden Stabilisierung konservativer Herrschaft, verhalten.
Verwaschene Formeln ,,wir sind nicht rechts, nicht links, sondern vorn'' oder ähnliches sind kein Standort in dieser

Fortsetzung nächste Seite

Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 19.12.82
(in Klammern die Veränderung gegenüber der Wahl am 6.6.82)

	In %	In Stimmen	In Sitzen
SPD	51,3 (+ 8,6)	530.016 (+122.000)	64 (+ 9)
CDU	38,6 (— 4,6)	398.470 (— 15.000)	48 (— 8)
GAL	6,8 (— 0,9)	70.549 (— 2.855)	8 (— 1)
FDP	2,6 (— 2,3)	26.505 (— 19.860)	— (—)
DKP	0,4 (— 0,2)	3.888 (— 1.700)	— (—)
HLA	0,3 (— 0,4)	2.815 (— 3.400)	— (—)

Wahlen zu den 7 Hamburger Bezirksversammlungen am 19.12.82 — Zweitstimme)
(In Klammern die Veränderung gegenüber der Wahl am 6.6.82)

	In %	In Sitzen
SPD	49,8 (+ 9,0)	149 (+ 27)
CDU	38,3 (— 4,1)	110 (— 13)
GAL	8,4 (— 0,6)	21 (— 4)
FDP	2,7 (— 2,9)	— (— 10)
DKP	0,4 (— 0,3)	— (—)
HLA	0,4 (— 0,5)	— (—)

Abschneiden der GAL bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 19.12.82 (in Klammern: 6.6.82)

Bezirk	In Stimmen	In Sitzen	in %
Hamburg insgesamt	86.129 (+ 418)	21 (— 4)	8,4 (— 0,6)
Altona	13.037 (+ 50)	3 (— 1)	9,1 (— 0,7)
Bergedorf	3.843 (— 336)	2 (— 1)	6,4 (— 1,1)
Eimsbüttel	16.834 (+ 245)	4 (— 1)	11,5 (— 0,7)
Harburg	6.497 (— 706)	2 (— 1)	5,8 (— 1,1)
Mitte	9.589 (— 299)	3 (—)	7,7 (— 1,1)
Nord	18.554 (+ 220)	4 (—)	9,7 (— 0,7)
Wandsbek	17.775 (+1244)	3 (—)	7,1 (—)

Stadtteile mit den höchsten Stimmenanteilen der GAL in % (in Klammern Veränderungen gegenüber 6.6.82)

Altenwerder	31,0	(— 7,1)
Klostertor	21,5	(+ 0,9)
Rotherbaum	17,1	(— 1,5)
St. Georg	15,8	(+ 0,9)
St. Pauli	15,7	(+ 0,8)
Eimsbüttel	14,2	(— 0,3)
Hoheluft—Ost	13,5	(— 0,7)
Hoheluft-West	13,4	(— 1,0)
Moorburg	13,4	(— 3,4)
Ottensen	12,5	(— 0,3)
Eppendorf	12,2	(— 1,7)
Altona-Nord	11,2	(— 0,4)
Harvestehude	11,2	(— 1,0)
Neustadt	10,6	(+ 0,1)
Altstadt	10,1	(— 1,4)

(Anmerkung: Hamburg hat 100 Stadtteile. In 71 kam die GAL über 5%, in 15 sogar über 10%. Nur in 5 Stadtteilen konnte sie ihr Ergebnis prozentual verbessern, in 4 Stadtteilen verlor die GAL mehr als 2%.

Stimmensplitting
(Differenz der Stimmenabgabe zwischen der Wahl zur Bezirksversammlung und der Bürgerschaftswahl)

SPD	— 18.000
CDU	— 5.000
GAL	+ 15.580
FDP	+ 1.200
DKP	+ 709
HLA	+ 1.490

Stimmenanteile der Bürgerschaftsparteien nach Altersgruppen (in %)

	SPD	CDU	GAL
18 - 25 Jahre	53,6 (+ 14,9)	24,4 (— 5,5)	20,2 (— 5,8)
25 - 35 Jahre	50,6 (+ 10,7)	26,4 (— 3,2)	21,1 (— 4,0)
35 - 45 Jahre	51,2 (+ 11,6)	39,9 (— 7,4)	6,2 (+ 0,5)
45 - 60 Jahre	53,8 (+ 9,7)	40,6 (— 5,2)	2,2 (— 0,9)
über 60 Jahre	53,8 (+ 4,9)	41,8 (— 3,5)	1,0 (— 0,1)

Verteilung der Wähler der Bürgerschaftsparteien nach Altersgruppen (in %)

	SPD	CDU	GAL
18 - 25 Jahre	11,4	7,4	32,2
25 - 35 Jahre	12,6	9,4	39,3
35 - 45 Jahre	17,7	19,6	16,0
45 - 60 Jahre	26,3	28,3	8,2
über 60 Jahre	31,9	35,3	4,3

Fortsetzung von voriger Seite

Polarisierung, sondern führen unweigerlich ans Ende einer fortschrittlichen Wahlbewegung oder enden in der Verbürgerlichung. Es ist kurzfristig eher zu erwarten, daß diese Polarisierung zunimmt. Das einfache Einsammeln von Proteststimmen wird weniger, dies hat die GAL in Hamburg zu spüren bekommen. Die Mannheimer Forschungsgruppe schreibt dazu: *„Bei Wahlbeteiligungssteigerungen wie in Hamburg haben allerdings die Grün-Alternativen nur noch wenig Möglichkeiten, zusätzlich zu mobilisieren"*.
Will man also keine neue bürgerliche Partei, sondern eine linke Alternative, kann die Konsequenz aus Hamburg nicht die Hasenclevers sein: ran an die rechten Wähler, sondern muß es heißen: Integrationskraft und Monopol der SPD auf das fortschrittliche Potential in der Bevölkerung zu brechen. In diesem Lichte nimmt sich das GAL-Ergebnis eher gut aus. Obwohl als linke Kraft profiliert und erkannt, hat sie sich stabil halten können. Sie hat zudem Fortschritte in der Auseinandersetzung mit Anhängern der SPD erreicht, die sich zwar nicht in klingender Münze (Wählerstimmen) auszahlten, aber Perspektiven für die Weiterentwicklung der Wahlbewegung aufzeigen. Wer sich nach nun doch einigen Jahren linker Politik abgeschminkt hat, daß politische Veränderungen in der BRD sprunghaft und über große Brüche laufen (zumindest, solange der außerparlamentarische Klassenkampf keine andere Dimensionen hat als die heutigen), der muß den Erfolg der GAL dort suchen, wo die Mannheimer Forscher Veränderungen bei den SPD-Wählern registriert haben, und wo die GAL bewiesen hat, daß sie trotz der beschriebenen Polarisierung nicht in die Bedeutungslosigkeit zurückgefallen ist.

Langer Atem ist auch weiterhin da notwendig, wo die Erfolge nicht ohne weiteres sichtbar auftauchen. In der Tat geht aus keinem Wahlergebnis hervor, daß die GAL Fortschritte im Bereich der Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern gemacht hat. (Ein erneuter Gewerkschafter-Aufruf für die GAL mit 250 Unterzeichnern wurde kurz vor der Wahl veröffentlicht). Nicht in Wählerstimmen ablesbar ist die Wirkung eines Auftritt von Thomas Ebermann vor 3000 Werftarbeitern auf der HDW-Betriebsversammlung: Anfängliche Skepsis und Unmut über seinen Auftritt wichen Anerkennung und Beifall während und nach seinen Ausführungen, also während der Darlegung des Sachanliegens der GAL bei gleichzeitiger Kritik an der herrschenden Wirtschaftsordnung. Auch die unmittelbare Konfrontation GAL/SPD auf einer Protestversammlung von 2.000 Hamburger Lehrern, die zeitweise den Charakter einer GAL-Unterstützungsversammlung annahm, sollte ebensowenig unterschätzt werden wie die sich entwickelnde Zusammenarbeit mit ehemaligen Links-FDPlern (siehe Kasten), die einen allerdings wenig an die Öffentlichkeit gedrungenen Unterstützungsaufruf für die GAL initiiert haben.

Schließlich darf auch die Öffentlichkeitswirkung des „GAL-Altkommunisten Ebermann" (Rheini-

nig an die Öffentlichkeit gedrungenen Unterstützungsaufruf für die GAL initiiert haben.
Schließlich darf auch die Öffentlichkeitswirkung des „GAL-Altkommunisten Ebermann" (Rheini-sche Post - CDU - 20.12.) nicht gering geschätzt werden, was die positive Wirkung seines Auftritts beispielsweise in der Fernsehdiskussion im NDR angeht. Thomas Ebermann ist insbesondere von der CDU zum Symbol der „kommunistisch unterwanderten" GAL aufgebaut worden, was teilweise schon Züge eines unfreiwilligen Personenkults hatte. Die Mannheimer Forscher stellen fest, daß Ebermann in der Sicht der Wähler besser abschneidet als die GAL insgesamt; dies gelte insbesondere für SPD-Wähler.

Herausragend an dem GAL-Ergebnis ist also, daß sie ihren Juni-Erfolg halten konnte, obwohl sie als linke Kraft entweder diffamiert oder anerkannt worden ist. Diese Feststellung ist für bundesdeutsche Verhältnisse mit ihrem weitverbreiteten Antikommunismus beileibe keine Selbstverständlichkeit. Schließlich muß am Hamburger Ergebnis auch festgehalten werden, daß die GAL die erste Liste gewesen ist, die diesen Auseinandersetzungsprozeß mit der SPD durchgemacht und sich nach nur einem halben Jahr Parlamentsarbeit erfolgreich zur Wiederwahl gestellt hat.

Die GAL tut daher gut daran, ihren Weg linker Alternative und der Orientierung auf Brechung der sozialdemokratischen Hegemonie in ihren traditionellen Politikfeldern, vor allem aber in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften, nicht nur beizubehalten, sondern noch zu verstärken.

(Wahl in Hamburg — Eine Analyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.31 vom 22.12.82 — Forschungsgruppe Wahlen, Seckenheimer Straße 10, 68 Mannheim 1).

Die Schreckenspropaganda von CDU/FDP gegen das „rot-grüne Bündnis" zog nicht.

„Welt" v. 1.12.82 (oben), „Hamb. Abendblatt" v. 11.12.82 (unten)

„Welt" v. 1.12.82 (oben), „Hamb. Abendblatt" v. 11.12.82 (unten)

Mit absoluter Mehrheit lebt sich's ungeniert

Ein Hauch von dem, was eine mehrheitlich rechte SPD mit der absoluten Mehrheit anfangen könnte, ließ SPD-Fraktionsvorsitzender Voscherau nach der Wahl in einem Brief an Personalräte der GEW erkennen. Voscherau, von manchen auch als „Westentaschen-Machiavelli" der Hamburger Politik bezeichnet, war als SPD-Vertreter auf einer Lehrerprotestversammlung gegen Stellenstreichungen ausgebuht worden und kam minutenlang nicht nicht zu Wort. Demgegenüber erhielt Thomas Ebermann von der GAL für seinen Beitrag Beifallsstürme von den mehr als 2000 Versammelten. Vorscheraus süße Rache: *„Vor dem Hintergrund des inzwischen bekannten Wahlverhaltens der Hamburger Bürger, deren Kinder bekanntlich in den Hamburger Schulen unterrichtet werden, finde ich die signifikante Abweichung der Parteipräferenzen der Anwesenden, bei denen es sich offenbar überwiegend um GAL-Anhänger handelte, eines Augenblicks der Aufmerksamkeit wert"*. Anders ausgedrückt: Hamburgs Lehrer dürfen immer nur so eingestellt sein, wie es die Wahlergebnisse zulassen, also nur 6,8% GAL-Anhänger und SPD-Mehrheit. Ein Glück, daß nicht ständig neu gewählt wird, da müßten die Lehrer dauernd ihre Meinung wechseln, wenngleich sie bei Sparmaßnahmen zwischen SPD und CDU kaum zu unterscheiden bräuchten. Voscheraus Brief ist aber auch Drohung. Immerhin ist noch nicht vergessen, daß es Hamburgs SPD-Senat war, der mit Berufsverboten gegen Lehrer begann.

Linksliberale für die GAL

Hamburgs Jungdemokraten, aus der FDP ausgetreten, haben zur Bürgerschaftswahl im Dezember zur Wahl der GAL aufgerufen. Außerdem initiierten ehemalige FDP-Mitglieder den nebenstehenden Aufruf „Frühere FDP-Mitglieder für die GAL". Unter ihnen sind zwei ehemalige Bezirksvorsitzende, der frühere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gerhard Weber und der bis Oktober 82 amtierende stellvertretende Landesvorsitzende Detlef Schulze. Mehrere der Unterzeichner wollen zukünftig als linksliberale Fraktion in der GAL mitarbeiten.

Frühere FDP-Mitglieder

Frühere FDP-Mitglieder für die GAL

Für die im nächsten Jahr geplante Aufstellung zielgenauer US-amerikanischer Mittelstrecken-Raketen, Pershing II und Marschflugkörper, werden heute bei uns schon die Vorbereitungen getroffen. Mit dieser beginnenden Verwirklichung des „Nachrüstungs"-Teils des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses verstricken uns die CDU/CSU, die rechtsgewendete FDP ebenso wie die offizielle SPD in eine potentielle Kriegsgefahr, deren Konsequenz, der Tod, auch das Ende jeglicher Freiheit ist.

Bedingungslos und unbeirrbar haben sich bislang von allen in unseren Parlamenten vertretenen Parteien allein die Grünen und Alternativen gegen den tödlichen Trug gestemmt, diese Massenvernichtungsmittel gewährten mehr Sicherheit.

Klipp und klar rufen wir daher auf:
Am 19. Dezember Liste 3 wählen, die Grün-Alternative Liste (GAL)!
Unterstützerkreis ehemaliger FDP-Angehöriger für die GAL:

Herbert Haht, DGB-HBV-Mitglied; Wilfried Weißenfeldt, 2. Vors. der „Aktion Schwarz-Rot-Gold"-Wähler für die FDP e.V. – 1972–1981; Hans Zorn, ehemal. FDP-Bezirksvors. Hamburg-Nord, Mitglied in der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" (VVN); Margarete Born, Redakteurin; Ursula Pohl, ehemal. 1. Vors. der FDP-Landesfrauengruppe Hamburg; Gerhard Weber, früherer stellvertr. FDP-Fraktionsvorsitzender der Hamburger Bürgerschaft; Dr. med. Hans-Günther Middelhauve, früherer Vors. des Gesundheitspolitischen Ausschusses des Landesverbandes Hamburg der FDP und des entsprechenden Bundesfachausschusses, langjähriges Mitglied des FDP-Landesausschusses bis zum 12. 11. 1982; Stefan Lehner, Liberaler Hochschulverband; Michael Rabicano, 1. Vors. eines Gesamtbetriebsrats; Erich Krohn, Mitglied der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.", Sprecher der „Initiative für eine Rathaus-Gedenktafel mit den Namen der von den Nazis ermordeten Bürgerschafts-Abgeordneten"; Harry Bülow, ehemal. Vorstandsmitglied FDP-Kreis 3 Hamburg/Innenstadt-Neustadt; Jürgen Kahlert, ehemal. Vorstandsvorsitzender FDP-Kreis 3 Hamburg-Innenstadt/Neustadt; Gisela Krohn, Redaktionssekretärin; Hans-Detlev Schultze, früherer stellvertretender FDP-Landesvorsitzender Hamburg; Olav Mösche, ehemaliger 1. Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im FDP-Landesverband Hamburg, ehemal. stellvertretender Vorsitzender im Bundesfach-Unterausschuß IV Abrüstung und Sicherheit; Dirk Stefan Becker, ehemal. Mitglied im FDP-Bezirksvorstand Hamburg-Nord; Geerd Dahms; Manfred Deterding, ehem. Vors. des Jugendpolitischen Ausschusses der FDP, Landesverband Hamburg.

Kontakte des Unterstützerkreises:
Jürgen Kahlert, Tel. 724 62 02; Stefan Lehner, Tel. 651 50 98

Notizen über die DKP

Plump und dummdreist war die DKP im Wahlkampf wieder einmal bemüht, sich als die einzige ernstzunehmende linke Kraft darzustellen. Ihr Spitzenkandidat und Bezirksvorsitzender Gehrcke wußte die GAL-Politik so zu würdigen: Die GAL *„ist im Show-Geschäft oben. Aber es bleibt Show-Geschäft"*. Warum dieses Urteil? Die GAL *„lehnt es ab, aus dem Parlament die Bevölkerung zum Kampf für ihre Rechte zu mobilisieren"*, behauptet er, und schon ist die GAL entlarvt, denn das ist ihr so unmittelbar in der Tat nicht gelungen. Doch Gehrcke weiß auch von *„einer Entwicklung nach Rechts"* der GAL. Grund: Sie ist sogar bereit, der SPD Kompromisse anzubieten! (Man staune: eine solche Kritik ausgerechnet aus dem Munde derer, die zu jedem faulen Bückling bereit sind, wenn es um Bündnisse mit sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Gliederungen geht). Die GAL habe schließlich mit den Neuwahlen auch erneuter Wahlkampffinanzierung zugestimmt (eine auch in der GAL umstrittene Entscheidung) und, Gipfel der Rechtsentwicklung, *„GAL-Abgeordnete haben sich mehrheitlich von ihren Berufen freistellen lassen, sind Berufspolitiker geworden"* (das „mehrheitlich" stimmt nicht), schreibt der hauptamtliche Berufspolitiker der DKP, der auf einen stattlichen Stamm von einigen -zig hauptamtlichen DKP-Angestellten blicken kann. — Das sind zündende Argumente! (Zitate aus „Hamburger Utsichten", 12.12.82)

* * *

Kurz vor der Wahl mußte noch mit Blei gegen die GAL geschossen werden: *„Hamburg: CDU, SPD und GAL beschließen höhere Sozialmieten"*, titelte die „UZ" am 10.12.82. Und: *„Als einzige Partei wendet sich die DKP gegen die Ausplünderung der Mieter"*. Hintergrund: Die GAL hatte sich zu einem wohnungspolitischen Antrag der SPD der Stimme enthalten, weil er außer einer Nachsubventionierung im sozialen Wohnungsbau auch eine Zinserhöhung und damit Mieterhöhung enthielt. Diese Enthaltung tauchte im Bürgerschaftsprotokoll nicht auf, wie dies öfter der Fall und von der GAL nicht zu akzeptiren ist. Anschließend wurde ein GAL-Antrag im Bauausschuß der Bürgerschaft abgelehnt, der forderte, die Anfangsmieten im sozialen Wohnungsbau nicht zu erhöhen. Daraufhin verweigerte die GAL dem Gesamtkonzept des Senats zum Wohnungsbau die Zustimmung und stimmte dagegen.

Dieser Vorgang war dem „UZ"-Artikel-Verfasser bekannt, da er als Mitglied der Mietergemeinschaft Steilshoop hierüber informiert wurde. Die hatte nämlich in ihrer Dezember-Zeitung darüber geschrieben.

* * *

„Erneut zeigt sich an diesen beiden Tagen: Die DKP ist eine aktive Kraft in der starken außenparlamentarischen Bewegung der Hansestadt. An ihr kommt niemand vorbei, der innerhalb oder außerhalb des Parlaments für Frieden und Abrüstung und gegen den die einfachen Leute belastenden Sozialabbau will" (aus: „Notizen vom Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl", „UZ", 2.12.82).

* * *

„Keine andere Partei stellt den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze so in den Mittelpunkt des Wahlkampf wie die DKP. Weder die SPD noch die GAL können da mithalten" (ebenda).

Nun, weder für die GAL, noch für die SPD, die gerade dieses Thema zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Wahldemagogie gemacht hat, stimmt diese Aussage. Also sollte man doch inhaltliche Kritik starten, statt sich immer wieder nur als die einzige, einzigartige Partei zu beklatschen. Die GAL hatte das Thema Arbeitsplätze neben Aktivitäten des gewerkschaftlichen Unterstützerkreises zum Hauptpunkt ihrer zentralen Wahlveranstaltung am 12.12. gemacht, die von über 2000 Menschen in der Hamburger Messehalle besucht wurde.

* * *

Am Wahltag erhielt die DKP 3.888 Stimmen = 0,4%, was in etwa ihrer Mitgliedschaft entspricht (ohne „Massenorganisationen"). — 1974 erhielt die DKP 23.185 Stimmen (2,2%), 1978 noch 9.573 Stimmen (1,0%) und im Juni 1982 5.588 Stimmen (0,6%). Die DKP liegt jetzt kaum noch über dem Ergebnis der KPD/ML bei den Bürgerschaftswahlen 1970 (3.000 Stimmen).

Diese Angaben dienen nicht zur Schadenfreude, sondern nur zur Illustration von Maulheldentum und Sektierertum der DKP, die seit 1978 ihrer Linie gegenüber der damaligen Bunten Liste treu geblieben ist: Diffamierung der linken Alternativen und gleichzeitig Bündnisangebote (siehe letzter AK), weil man an ihnen nicht einfach vorbei kann, um dann großes Geschrei anzustimmen, wenn der Wunschpartner von diesem Stil nichts hält.

FDP Hamburg: Posten von der CDU angeboten

Zum drittenmal verfehlte die FDP das Klassenziel und scheiterte an der undemokratischen 5%-Hürde. Diesmal mit 2,6% beträchtlich. Auch in den Bezirksversammlungen gibt es keinen FDP-Abgeordneten mehr. Ca. 50 Posten hat nach einer Vereinbarung mit der FDP-Spitze der CDU-Landesvorstand dem umworbenen, aber leider verhinderten Koalitionspartner angeboten. In den bezirklichen Orts- und Fachausschüssen sowie in den 11 Deputationen der Fachbehörden der Hansestadt sollen nun rechte Freidemokraten Posten besetzen, damit sie bürgerliches Politikmachen nicht verlernen.

Gegen ein solches Verfahren ist nichts einzuwenden. Es ist das Recht jeder Parlamentspartei, auch Nicht-Partei-Angehörige in die Deputationen und bezirklichen Ausschüsse zu senden. Nur: Wird das wahrgemacht, kommt es zu der Situation, daß die FDP — vom Wähler verschmäht — in allen Bezirken in den Ausschüssen sitzt, obwohl sie nicht einen einzigen gewählten Bezirksabgeordneten mehr hat, während der GAL, die in allen Bezirksparlamenten mit 2 bis 4 Abgeordneten vertreten ist, zumindest im Bezirk Mitte (3 Abgeordnete) und mit ziemlicher Sicherheit auch in den Bezirken Harburg und Bergedorf (je 2 Abgeordnete) nicht in den Ausschüssen vertreten ist, weil CDU und SPD sich weigern, die geltenden Geschäftsordnungen zu ändern. Danach fällt die GAL nach dem d'Hondtschen Zählverfahren bei der Ausschußbesetzung raus.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Wir sind selbstverständlich nach wie vor für die Abschaffung der 5%-Klausel.

Die Handelskammer und die Angst vor Robin Hood

Mehrfach drückte die Hamburger Handelskammer ihre Besorgnis über die GAL aus. Am 4.12. im „Hamburger Abendblatt" auf Seite 1: „*Warnung vor der GAL*". Die wolle nämlich „*mit der herrschenden Wirtschaftsverfassung aufräumen ... Dies müssen nicht nur Banken und Konzerne wissen, sondern alle Bürger*" — schade, a l l e wußten es nicht. Eher schon kam in bestimmten Kreisen rüber, daß die GAL „*Verhältnisse wie in den kommunistischen Staaten des Ostblocks*" wolle (Kammerpräsident Illies).

Am 11.12. wurde der dramatische Appell wiederholt: Die GAL wolle mit ihren „*Grundforderungen aus dem marxistischen Instrumentenkasten ... Hand an die wirtschaftlichen Grundfesten unseres Gesellschafssystems legen*". Es kommt noch schlimmer: Denn Arbeitsmarktprogramme wolle sie „*nach dem Robin-Hood-Prinzip*" finanzieren, wonach „*den Reichen genommen und den Armen gegeben wird*" („Welt", 11.12.82). „*Die Unkenntnis über die wirtschaftspolitischen Ziele der GAL sei immer noch 'bemerkenswert weit verbreitet'* ", stellt die Kammer fest. Vielleicht hat deshalb die GAL nicht mehr Stimmen bekommen, denn Robin Hood war seinerzeit im Volke sehr beliebt . . .

Dokumentation: Analyse der Hamburger Wahl

Auszüge aus:

Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim Nr. 31 — 22. Dezember 1982

Bei der Juni-Wahl in Hamburg erwartete eine knappe Mehrheit der Hamburger Wähler, daß die GAL in die Bürgerschaft einziehen würde. Bei der jetzigen Wahl waren es bereits drei Viertel aller Wähler, die annahmen, daß die GAL erfolgreich sein würde. Mehr als zwei Drittel der CDU-Wähler, mehr als drei Viertel der SPD-Wähler und fast alle Wähler der GAL erwarteten, daß die Grün-Alternativen ein zweites Mal in der Hamburger Bürgerschaft vertreten sein würden. Lediglich unter den wenigen FDP-Wählern gab es eine Mehrheit, die annahm, daß die GAL es nicht schaffen würde. Hier war wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens.

Trotz dieses relativ klaren Meinungsbildes über den wahrscheinlichen Erfolg der GAL ist die Beurteilung der Grün-Alternativen schlechter geworden. Vor der Juni-Wahl sagten noch 43 % aller Hamburger Wähler, daß sie es gut fänden, wenn die GAL in die Bürgerschaft gewählt würde. Unmittelbar vor der jetzigen Wahl sagten 36 % aller

gerschaft gewählt würde. Unmittelbar vor der jetzigen Wahl sagten 36 % aller

Wähler, daß sie es gut fänden, wenn die Grün-Alternativen wieder in die Bürgerschaft gewählt würden. In der Beantwortung dieser Frage muß man ja auch eine Bewertung der Arbeit der GAL durch die Bürger sehen. Diese Bewertung fällt in den einzelnen Parteigruppen sehr unterschiedlich aus. Die Veränderung wird nämlich hauptsächlich dadurch verursacht, daß jetzt im Dezember nur noch 11 % der CDU-Wähler es gut fanden, wenn die GAL wieder in die Bürgerschaft käme, im Juni waren es 27 % der CDU-Wähler. Die Bewertung bei den SPD-Wählern ist eher besser geworden. Im Juni fanden es 42 % gut, wenn die GAL in die Bürgerschaft gewählt würde, jetzt hießen es 46 % gut. Ein totaler Umschwung hat sich in der kleinen FDP-Wählerschaft ergeben. Fast zwei Drittel der FDP-Wähler vom Juni waren für eine GAL in der Bürgerschaft, jetzt in der neuen FDP-Wählerschaft sind es nur noch 18 %.

Die GAL hat also einseitig an Kredit verloren. Diese Feststellung gilt übrigens auch für andere als die Parteigruppen. So hat die GAL ein gleich hohes Ansehen, eher sogar noch etwas höher, unter den ganz jungen Wählern und den Wählern bis etwa 40 Jahren. Wähler, die älter sind als 40 Jahre, lehnen die Präsenz der GAL in der Bürgerschaft stärker ab als im Juni. Auch bei den einfachen Leuten, bei den Volksschülern ohne Lehre oder den un- und angelernten Arbeitern, hat die GAL überdurchschnittlich an Kredit verloren, allerdings auch bei den leitenden Angestellten und Beamten sowie bei den Angehörigen der freien Berufe.

Eine deutliche Veränderung gab es im Vergleich zum Juni dieses Jahres bei der Beurteilung des politischen Standorts der Grün-Alternativen. Während im Juni etwa zwei Drittel aller Wähler die GAL politisch eher links einordneten, knapp 20 % eher in der Mitte, empfinden jetzt 90 % aller Hamburger Bürger die Grün-Alternativen als eine linke Partei und nur noch 8 % als eine Partei der Mitte. Diese unterschiedliche Einschätzung vollzieht sich in allen Parteianhängergruppen, einschließlich der Wähler der GAL selbst. Die Arbeit der GAL in der Bürgerschaft, vor allem aber wohl die Verhandlungen der GAL mit der SPD, haben diese Änderung in der Einschätzung der Bevölkerung bewirkt.

Die Umfrage vor der Wahl gibt zahlreiche Hinweise dafür, daß die GAL eine relativ stabile Anhängerschaft und auch Wählerschaft hat. So ist die Übereinstimmung von Parteipräferenz und Wahlabsicht ähnlich hoch wie bei den etablierten Parteien CDU und SPD und deutlich höher bereits als bei der FDP. Auch sind die Wähler der GAL genauso häufig bereit wie die der beiden großen Parteien, sich mit ihrer Partei zu identifizieren. Wenn sie sich

den großen Parteien, sich mit ihrer Partei zu identifizieren. Wenn sie sich

jedoch mit der GAL identifizieren, so geschieht dies stärker als bei den Anhängern der etablierten Parteien. Auch in der Beurteilung ihrer Partei und ihrer Parteiführer verhalten sich die Wähler der GAL ganz ähnlich wie die Wähler der anderen Parteien.

Was die Wähler der Grünen aber möglicherweise noch stärker an die Partei bindet, ist die starke Übereinstimmung der Haltungen der Wähler zu den kontroversen Problemen im Lande und den Zielen der Grün-Alternativen als Partei. Wie schon bei der letzten Wahl deutlich wurde, besteht ja die Attraktivität der Grün-Alternativen Liste vor allem darin, daß die GAL zu wichtigen Fragen der gegenwärtigen politischen Situation klare Haltungen einnimmt. Diese Haltungen werden vom überwiegenden Teil ihrer Anhängerschaft eindeutig geteilt. Gerade diese Situation aber macht die Grün-Alternativen besonders für junge Wähler so attraktiv. Diese Themen spielten bei den Verhandlungen zwischen GAL und SPD um die Tolerierung eines Minderheitssenats eine große Rolle. Interessant ist dabei, daß beim Thema Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf die Meinungen sich, zumindest bei einigen Gruppen, doch verändert haben. So ist aus einer Mehrheit unter den SPD-Wählern für eine Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf im Juni dieses Jahres (60 %) im Dezember eine knappe Mehrheit (53 %) gegen Brokdorf geworden. Bei Wählern der CDU gibt es kaum eine Veränderung, hier sind 85 % für die Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf. Die Wähler der GAL lehnen eine solche Beteiligung noch unerbittlicher als im Juni ab. Die neue FDP-Wählerschaft hat eine ähnliche Haltung wie die Wähler der CDU.

Offensichtlich ist es der GAL gelungen, bei ihren Verhandlungen und den in der Öffentlichkeit darüber geführten Diskussionen zumindest teilweise bei SPD-Wählern Verständnis für ihre Haltung zu gewinnen. Es hat dazu geführt, daß zumindest aus einer relativen Nähe der SPD-Wähler zu der Haltung der CDU-Wähler ein gleicher Abstand geworden ist zwischen der Haltung der GAL, die eine Beteiligung radikal ablehnt, und der CDU, die eine Beteiligung weitgehend akzeptiert.

Eine ähnliche Situation ergibt sich auch bei den umstrittenen Themen der Räumung von besetzten Häusern oder der Erweiterung des Hamburger Hafens. Auch hier stehen sich die extremen Haltungen der CDU-Wähler und der Wähler der GAL gegenüber, während sich in der SPD-Wählerschaft leichte Mehrheiten gegen die Erweiterung des Hamburger Hafens und gegen die Räumung besetzter Häuser herausstellen.

Eine Nähe der Wähler der GAL zur

stellen.

Eine Nähe der Wähler der GAL zur

SPD wird auch deutlich, wenn man die GAL-Wähler danach fragt, welche Koalitionsvorstellungen sie haben. Unter der Bedingung, daß die drei Parteien SPD, CDU und GAL in die Hamburger Bürgerschaft einziehen, und keine der Parteien die Möglichkeit hat, allein eine Regierung zu bilden, gaben 90 % der Wähler der Grün-Alternativen Liste an, daß ihre präferierte Regierung eine Koalition zwischen SPD und GAL wäre. Ohne diese hypothetische Frage geben 84 % der Wähler der GAL als zweite Präferenz die SPD an, und weitere 5 % die SPD als erste Präferenz. Dies sind ganz ähnliche Zahlen, wie wir sie auch im Juni erhoben haben.

Die Grün-Alternativen haben sicherlich eine relativ stabile Wählerschaft. Wie auch andere Wahlen in der Bundesrepublik gezeigt haben, ist dies in gewissem Umfang auch eine sehr treue Wählerschaft. Bei Wahlbeteiligungssteigerungen wie in Hamburg haben allerdings die Grün-Alternativen nur noch wenig Möglichkeiten, zusätzlich zu mobilisieren. Ihr Verlust in Hamburg von knapp 1 % ist deshalb zu großen Teilen kein tatsächlicher Verlust, sondern ein relativer Verlust wegen der Unmöglichkeit, im gleichen Umfang zu mobilisieren, wie dies zum Beispiel die SPD in Hamburg getan hat. Die GAL hat unter der hohen Wahlbeteiligung eher gelitten.

Die Grün-Alternativen in Hamburg haben bei bundesweit abnehmender Zustimmung für die Grünen ein äußerst gutes Ergebnis erreicht und zeigen Anzeichen von großer Stabilität.

Westberlin: Vertragslösung zwischen der Alternativen Liste und den Grünen

Derzeit wird in der Westberliner Alternativen Liste ein „heißes Eisen" angepackt: die Klärung des Verhältnisses zur grünen Bundespartei und damit zwangsläufig auch zum Westberliner grünen Schrumpf-Landesverband. Inzwischen liegt ein Vertragsentwurf seitens der AL vor, der zwar mit 65 %iger Mehrheit auf einer Mitgliederversammlung am 4.12.82 verabschiedet worden ist, aber wegen des Konsensprinzips und starker Bedenken einer relevanten Minderheit bis zur nächsten MV am 13.1. auf Eis gelegt wurde. Die zur Diskussion stehende Vertragslösung sieht so aus:

„*§ 1 Die AL vertritt als selbständige politische Organisation auch die Interessen der Partei Die Grünen in Berlin. Bei Wahlen kandidiert allein die AL. Ein Landesverband der Grünen wird als überflüssig angesehen.*

§ 2 Die AL ist auf Bundesversammlungen und im Bundeshauptausschuß mit stimmberechtigten Delegierten nach dem in der Satzung der Grünen festgelegten Schlüssel vertreten.

§ 3 Im Bundestag bilden AL und Grüne eine einheitliche Fraktion.

§ 4 Die AL zahlt an die Grüne Bundesorganisation unter Berücksichtigung der besonderen Situation Berlins (keine Beteiligung an Bundes- und Europawahlen) eine feste Summe pro Mitglied.

§ 5 Die Eigenständigkeit der AL kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, daß sie ihre Außenbeziehungen eigenständig regelt.

§ 6 Die Kündigung dieses Vertrages erfolgt, wenn eine der beiden Organisationen dieses wünscht.

§ 7 Dieser Vertrag tritt nach Genehmigung durch die Bundesversammlung der Grünen und die MV der AL am ... in Kraft." (1)

Dieser Vertragsentwurf, der — wenn von der AL verabschiedet — als Verhandlungsgrundlage mit der grünen Bundespartei dient, möchte faktisch den Sonderstatus der AL gegenüber den Grünen festschreiben und auch dem Konsens innerhalb der AL Rechnung tragen. In der vorgeschobenen Präambel dieses Vertrages werden

nung tragen. In der vorgeschobenen Präambel dieses Vertrages werden

denn auch zum einen viele „Berührungspunkte und Übereinstimmungen" mit den Grünen herausgestellt und anerkannt, daß die Grünen „*der parteipolitische Bezugspunkt im Bundesgebiet*" für die AL geworden seien. Auf der anderen Seite wird ebenso betont, daß sich Grüne und AL „*gemeinsam mit anderen Bewegungen*" in einem „*Parteibildungsprozeß*" befinden, der noch nicht abgeschlossen sei. Ausdrücklich betont die AL ihre besondere Existenzberechtigung als a l t e r n a t i v e Liste und hält an ihrer politischen Autonomie fest, auch, um sich „*gegenüber neuen Prozessen offenzuhalten*". Die autonome politische Existenzberechtigung begründet die AL u. a. mit ihrer „*politischen Kultur und des Selbstverständnisses*", wie es sich historisch bereits v o r Gründung der grünen Bundespartei herausgebildet hatte (1).

Sollten AL-Mitgliederversammlung und Grüne den Vertragsentwurf in dieser Form akzeptieren, so bedeutete dies faktisch eine B ü n d n i s konstellation zwischen AL und Grünen und damit die Aufgabe eines grünen Alleinvertretungsanspruches gegenüber der Wahlbewegung; dies wäre denn auch das Ende eines politisch völlig bedeutungslosen grünen Landesverbandes in Westberlin mit rund 160 Mitgliedern, der von manchen Kräften innerhalb und außerhalb der AL nur als politisches Druckmittel gegen die AL benutzt wird.

Die Vertragslösung ist jedoch umstritten und stellt selbst nur einen Kompromiß zwischen den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der AL dar:

— Unter den Befürwortern der Vertragslösung mit den Grünen befinden sich hauptsächlich die Kräfte in der AL, die sich auch schon in der Vergangenheit bundespolitisch in den Grünen engagiert haben und nunmehr vertraglich fixiert und anerkanntermaßen Einfluß auf die grüne Politik nehmen wollen. In der Konsequenz heißt dies auch, daß sich künftig die gesamte AL stärker mit grüner Politik wird beschäftigen müssen und nicht nur — wie bisher — ein relativ kleiner Kreis von AL-Mitgliedern, die von der „Bundes-AG" aus operierten.

— Unter den Gegnern selbst gibt es zwei verschiedene Kritiken. Eine starke Minderheitsströmung möchte nämlich den Zustand zwischen AL und grüner Bundespartei so belassen, wie er derzeit ist, und orientiert auf einen „*Vereinheitlichungsprozeß*" (2) mit den Grünen, der über einen aktiven Diskussionsprozeß der Bezirke und Bereiche der AL mit den Grünen in Form von Seminaren etc. ablaufen soll. Letztendlich streben diese Kräfte kein Bündnis, sondern eine — nach erfolgreichem Diskussionsprozeß mit den Grünen — V e r s c h m e l z u n g an. Entweder liegt bei ihnen einfach eine Verwechslung vor zwischen Bündnis und 'Vereinheitlichung' — oder aber die Verschmelzung mit den Grünen ist langfristig beabsichtigt. Ob beabsichtigt oder nicht, jedenfalls trifft sich diese Position letztendlich durchaus mit denen eines Ernst Hoplitschek, der in einem Antrag an die am 13.1. stattfindende MVV ausdrücklich diese Verschmelzung fordert, wenngleich letzterer als ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Grünen darunter eine inhaltliche Überführung der AL in die Grünen befürwortet, also politisch das genaue Gegenteil dessen will, was die oben genannte Minderheitsströmung anstreben dürfte (3).

Inzwischen hat ein Teil der Minderheitsströmung erklärt, die Vertragslösung bis auf die §§ 2 und 4 als Grundlage weiterer Diskussionen zu betrach-

sung bis auf die §§ 2 und 4 als Grundlage weiterer Diskussionen zu betrach-

ten, da diese beiden Paragraphen (Stimmrecht und Finanzregelung) in der Tat beinhalten, daß die AL grüne Satzungsbedingungen akzeptiert und damit ein quasi-Landesverband der Grünen wäre. Dieser Streit scheint jedoch einigermaßen kleinkariert, denn Fakt ist, daß die volle Autonomie der AL ausdrücklich gewahrt bleibt und der Bezug auf die grüne Bundespartei offengehalten wird und auf der anderen Seite diejenigen Kräfte in der AL, die auch Einfluß auf die grüne Bundespolitik nehmen wollen, dies mit dem Gewicht der AL auch tun können.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Beschluß der AL auf ihrer MVV vom 4.12.82 mit 65%iger Mehrheit, vom Delegiertenrat bis zur Konsensfindung „auf Eis gelegt". Anzumerken ist, daß die Aussagen über die Existenzberechtigung der AL, über Differenzen mit den Grünen usw. erst durch einen Ergänzungsantrag hineingeschoben worden sind; in der ursprünglichen Fassung war der Vertragsentwurf einseitig auf die Grünen fixiert und man konnte vergeblich nach Gründen einer politischen Eigenständigkeit der AL neben den Grünen suchen.

(2) Antrag „A1/A2" zur MVV am 4.12.82. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Geschäftsführenden Ausschusses der AL unterstützt — der GA trat im Verlaufe der MVV geschlossen zurück, da er u. a. nicht mehr die Mehrheit der AL repräsentierte.

(3) Ernst Hoplitschek pokert mit dem grünen Pseudo-Landesverband gegenüber der AL und lehnt in seinem Antrag an die MVV den Vertragsentwurf u. a. wegen dessen „Machtpolitik reinsten Wassers" gegenüber den Grünen ab.

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Wechsel in Bonn und »neue Mehrheiten« (Teil 2)





Die sozialen Umschichtungen im Parteiengefüge, der Aufstieg der Grünen und die Schwierigkeiten der Kommunisten

Den ersten Teil dieses Artikels, der sich mit den sozialen Umschichtungen in der BRD und den damit verbundenen Änderungen im Parteiengefüge beschäftigte, wurde in AK 228 veröffentlicht.

Der Aufstieg der Grünen

Die Entwicklung der Grünen Partei zur politischen Kraft hat in der Anti-AKW-Bewegung der späten 70er Jahre ihre ersten Wurzeln. Diese von Teilen der Jugend und der neuen Mittelschichten getragene Bewegung im Reproduktionsbereich führte in den Jahren nach 1977 zur Bildung von Bürgerinitiativen und ökologischen Wählergemeinschaften, die auf kommunaler und später auf Landesebene für die parlamentarischen Vertretungsorgane kandidierten. Die mit dem NATO-Doppelbeschluß aufbrechende Friedensbewegung, in für viele überraschender Breite und Stärke, wurde anschließend ein wesentlicher Bestandteil

schließend ein wesentlicher Bestandteil

der Wahlerfolge der grünen und grün-alternativen Listen in den letzten Jahren. Die Grüne Partei sowie die grün-alternativen Listen sind heute die einzigen parlamentarischen Vertretungen der genannten Bewegungen in verschiedenen Länderparlamenten der BRD.

Diese Vorgänge haben in den vergangenen Jahren große Teile der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in ihren Bann gezogen. Sie hat tausende ihrer Genossen an die Grüne Partei verloren und muß sich heute in Abgrenzung zu ihr definieren. Umstritten sind dabei sowohl die sozialen Grundlagen der Grünen Partei und ihrer Wählerschaft wie ihr politisches Gesicht. So meinen die Sozialistischen Studiengruppen, daß die Grüne Partei *„weder von der politischen Programmatik noch von der sozialstrukturellen Zusammensetzung ... als Mittelklassenbewegung einzuordnen"* wäre (20). Für sie ist das Wählerpotential der Grünen und Grün-Alternativen durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: ihre *„Wähler sind sehr viel jünger und überdurchschnittlich ausgebildet."* (21). Daß allein das Prädikat 'überdurchschnittlich ausgebildet' eine bestimmte klassenmäßige Zuordnung bedingt, wird von den SOST nicht gesehen.

Ein Blick sowohl auf den Funktionärskörper der Partei, die Ergebnisse der letzten Wahlen, wie auch die Aussagen grüner Politiker zeichnet hier aber ein ganz anderes Bild. Nehmen wir die jüngsten Wahlen in Hessen und Bayern. Die schichtenspezifische Analyse der Stimmenverteilung auf die verschiedenen Parteien — hier Grüne und FDP — kommt bei den Hessenwahlen zu eindeutigen Ergebnissen:

„Bei den Gewinnen der Grünen zeigen sich dagegen zwei Schwerpunkte: neben den Gewinnen in den großstädtischen Wahlkreisen im Süden, aber auch im Norden Hessens stehen überdurchschnittliche Gewinne im ‚Startbahn-Protestgebiet' Groß-Gerau. ... Auf Grund der sozialstrukturellen Analyse können zwei Haupttrends ausgemacht werden: Einmal gewinnen die Grünen überdurchschnittlich viele Stimmen in den Wohngebieten des neuen Mittelstands, in den Städten mittlerer Größe fallen die Gewinne noch etwas größer aus als in den großstädtischen Wohnbezirken gleicher Prägung. In diesen Bezirken liegen nun auch die höchsten Verluste der FDP, bei durchschnittlichem Rückgang der SPD." (22)

Während die Stimmenanteile der FDP bei den neuen Mittelschichten zurückgehen, gewinnen die Grünen dort im gleichen Maße. Dasselbe ist bei den wenig späteren Landtagswahlen in Bayern zu beobachten, wo die Grünen allerdings knapp unter der 5 %-Marke blieben.

„Am bedeutsamsten für Veränderung von Parteistimmenanteilen sind jedoch die Wohngebiete der Angestellten und Beamten. ... Die Voraussetzungen, daß sich politisches Geschehen in Wählerstimmen umsetzt, sind hier besonders gut; dies gilt vor allem für die Wohngebiete des neuen Mittelstands in den Städten mittlerer Größe sowie in den Großstädten. ... Am auffälligsten waren hier die Verluste der FDP (4,4 %) sowie die Gewinne der Grünen (3,9 %), die hier auf einen Stimmenanteil von gut 6 Prozent kamen. Das Ergebnis von München, wo die FDP (5,3 %) halbiert wurde, die Grünen auf 6,8 Prozent kamen, CSU (minus 3,0 Prozent) sowie SPD (plus 2,7 %) überdurchschnittlichen Veränderungen hatten, steht beispielhaft für die Verschiebungen in den großstädtischen Wohngebieten mit hohen Anteilen des neuen Mittelstands." (23)

Die angeführten Wahlinterpretationen weisen alle in eine Richtung: das Hauptpotential der grünen Wählerschaft rekrutiert sich aus den neuen Mittelschichten. Daran ändert sich nichts,



auch wenn die Grünen Proteststimmen aus der Arbeiterklasse an sich ziehen. Ebensowenig läßt der besonders hohe Anteil junger Wähler andere Schlüsse zu. Diese Tatsache widerspricht nicht der vorgenommenen sozialen Zuordnung, sondern verweist vielmehr auf jene erhöhte politische Sensibilität, welche der Jugend schon immer die Rolle der Avangarde in den politischen Kämpfen zugewiesen hat. Die soziale Grundlage der Grünen Partei wird auch von einzelnen ihrer Repräsentanten, die sich mit dieser Frage näher befaßt haben, nicht geleugnet. So führt der hessische Landtagsabgeordnete Frank Schwalba-Hoth in einem KVZ-Interview aus, daß *„die Mittelklassen der Hauptträger der Grünen sind. Wir wollen auch keine proletarische Partei sein, sondern wir sind eine ökologische Partei."* (24) Gebraucht er den Begriff der Mittelklassen auch recht unspezifisch, so wird aus dem Zusammenhang des Interviews klar, daß die neuen Mittelschichten gemeint sind, die er sehr wohl von der Arbeiterklasse zu differenzieren weiß. Ähnliches wie für die Grünen gilt übrigens für die alternativen und grün-alternativen Wahlbündnisse wie die AL Westberlin oder die GAL Hamburg, auch wenn die Linken dort ein größeres politisches Gewicht haben. Ernst Hoplitschek zum Beispiel weiß über die Wahlen 1979 in Berlin zu berichten:

„In vier der zwölf West-Berliner Bezirksverordnetenversammlungen konnte die AL mit insgesamt zehn Vertretern Platz nehmen. Die Wähler in Kreuzberg, Schöneberg, Wilmersdorf und Tiergarten signalisierten deutlich die Art der AL-Klientel: Studenten und Beschäftigte im öffentlichen Dienst; darunter wiederum dominierten die Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Ausbildungsbereich. Die AL hatte sich bereits 1979 als ‚Nicht-Arbeiter'-Partei herausgestellt." (25)

Die Landtagswahlen 1982 in Bayern als die jüngsten Wahlen hatten neben der Bestätigung, daß die Grünen innerhalb der neuen Mittelschichten auf Kosten der FDP vordringen, noch ein bemerkenswertes Ergebnis, die Tatsache nämlich, daß die Grünen früher in Bayern ihre Stärke auf dem Land hatten, während sie heute eindeutig eine Partei der Städte geworden sind. *„Das Abschneiden der Grünen in München verweist auf eine weitere interessante Entwicklung: Sie sind in die Städte eingezogen; 1978 hatten sie ihre besten Resultate noch in den ländlichen Regionen."* (26) Hinter dieser Verschiebung der Wählerstruktur steckt eine Verschiebung des politischen Gesichts der grünen Bewegung. Was 1978 kandidierte, war wesentlich von jenen „Wertkonservativen" um Gruhl und Springmann geprägt, deren soziale Basis in erheblich größerem Maße die Kräfte des alten Mittelstandes, die Selbständigen, insbesondere die Landwirte waren. Das Ausscheiden dieser Kräfte wurde vielfach als eine Schwächung der Grünen Partei interpretiert. Dies erwies sich in der Praxis als unzutreffend. Das genaue Gegenteil ist richtig, insofern gerade ihr Ausscheiden es der Grünen Partei ermöglichte, sich den vielfältigen Bewegungen der Mittelschichten im Reproduktionsbereich zu öffnen. Das Aufgreifen der Forderungen insbesondere der Friedensbewegung sowie die Abkehr von den sozial- und steuerpolitischen Vorstellungen der „Wertkonservativen" sind hier die Marksteine. Die Trennung von Gruhl/Springmann bewahrte die Grünen vor einer fehlerhaften Orientierung auf die alten Mittelklassen und öffnete ihnen den Weg zu den Wahlerfolgen der letzten Jahre. Diese Orientierung hatte auch ideologische Auswirkungen. Waren in der Anfangszeit der Grünen Elemente von Blut- und Bodenideologie, ja von Ideologie faschistischen Zuschnitts unübersehbar, so ist diese Seite mittlerweile in den Hintergrund getreten.

Daß weder die Mitgliedschaft noch die politische Repräsentanz der Grünen Partei insgesamt sich der klassenspezifischen Folgerungen ihrer politischen Ausrichtung bewußt sind, verdeutlichen Parteitage und Programmatik. Die neuen Mittelschichten sind Lohnabhängige, sie sind Ausdruck der Verallgemeinerung der Lohnarbeit unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus. In ihren Köpfen vermischt sich die Hoffnung auf selbstbestimmte Arbeit mit der Kritik ihres fremdbestimmten Lohnabhängigendaseins. Als Lohn a b h ä n g i g e, unterscheiden sich ihre ökonomischen wie politischen Interessen fundamental von denen des s e l b s t ä n d i g e n Mittelstandes, der im Besitz von Produktionsmitteln ist und zum Teil Lohnarbeit ausbeutet. Die Vertretung der Sonderinteressen des alten Mittelstandes konnte somit keine Grundlage für die Programmatik der Grünen Partei werden. Das illusionäre Hoffen auf selbstbestimmte Arbeit im Kapitalismus aber spiegelt die Sehnsüchte des Kleinbürgers wider, dem Lohnarbeitsverhältnis zu entrinnen, ohne das System der Ökonomie, auf dem es beruht, zu beseitigen.

Die Programmatik der Grünen Partei — soweit sie bisher entwickelt — spiegelt diese Interessen und Wünsche wider. Zum einen knüpft sie in ihren p o l i t i s c h e n Vorstellungen an die Forderungen der demokratischen und Arbeiterbewegung an und hat hier einen eindeutig progressiven Charakter. Dies kann für die bisher entwickelten s o z i a l -politischen Vorstellungen dieser Partei nicht in der Eindeutigkeit gesagt werden. Die hier vertretenen Auf-

gesagt werden. Die hier vertretenen Auf-

fassungen knüpfen an utopische und zum Teil reaktionäre Gedanken zur Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses an. In fast allen Wahlprogrammen der Grünen Partei finden wir Forderungen nach der Staatsfinanzierung von Kleinbauerwirtschaft, ökologischen Alternativprojekten etc. (27) Die noch ausstehende Debatte über ein Wirtschafts- und Sozialprogramm der Grünen Partei wird die Diskrepanz zwischen den zwei Seelen, die in der Brust der neuen Mittelschichten wohnen, noch einmal deutlich machen. Zum einen die berechtigte Kritik am System der Lohnarbeit, der sie selbst immer mehr unterworfen werden, zum anderen die illusionären und zum Teil reaktionären Forderungen zu seiner Überwindung, die in ihrer Konsequenz eine Rückkehr zum Individualbesitz an Produktionsmitteln und dadurch gesicherter Existenz als „Selbständiger" beinhalten. Die Formierung der Grünen ist von der „Ein-Punkt-Bewegung" hin zu einer Partei mit einem breiten Programm gegangen bzw. sie ist noch dabei, es zu tun. Dieser Weg ist nicht verwunderlich. Noch immer stellte zunächst e i n e gesellschaftliche Frage von zentraler Bedeutung den Kristallisationspunkt dar, um den herum sich eine gesellschaftliche Bewegung sammelte, bevor sie weiterging. In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts bildete die nach dem Versailler Vertrag akute n a t i o n a l e Frage den Ausgangspunkt für eine faschistische Massenbewegung, von wo aus die NSDAP dann ihr allgemeines Programm entwickelte. Interessanterweise haben die Nazis sich seinerzeit ebenfalls als B e w e g u n g im Gegensatz zu den „etablierten Parteien" begriffen, nicht anders, als große Teile der Grünen das heute tun — worauf manch bürgerlicher Publizist hämisch hinweist. Aber der Vergleich zeigt sofort seine eigenen Grenzen. Bestimmte damals unter anderem das Bleigewicht des überkommenen Kleinbürgertums den reaktionären Charakter der nicht-proletarischen Massenbewegung, so kann der überwiegend fortschrittliche Charakter der heutigen Grünen Partei offenkundig nicht unabhängig von dem Lohnabhängigkeitsverhältnis der neuen Mittelschichten gesehen werden.

Dabei ist daran zu erinnern, daß die Formierung dieser Partei noch nicht abgeschlossen ist. Wenn auch l e t z t l i c h die gegebene soziale Basis ausschlaggebend für das politische Gesicht sein wird, so gibt der gegenwärtige Prozeß der Herausbildung dieses Gesichts noch viel Spielraum für weitergehende Vorstellungen, zufällige Entscheidungen und politische Kraftakte einzelner Fraktionen innerhalb der Grünen. Das stellt auch die Basis für die haufenweisen Illusionen so vieler Linker dar, die sich lieber in Spekulationen über die „Bewegungen" und die Grünen ergehen, anstatt eine nüchterne Analyse der Klassenverhältnisse und ihrer Entwicklung vorzunehmen. Die sozialen Grundlagen der Grünen Partei ermöglichen ihr sowohl eine Kritik am parlamentarischen System der BRD und offenbaren gleichzeitig die Schranken ihres Widerstands gegen dieses System. Alle, insbesondere die ökonomischen Forderungen der Grünen sind Forderungen an diesen Staat (was deutlich macht, daß die These von der Außerstaatlichkeit der grünen Bewegung eine Phrase ist) und Forderungen im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung. Das verweist die grüne Bewegung auf die vorhandenen parlamentarischen Vertretungsorgane und den Kampf für ihre Vorstellungen in eben diesen Organen. Eine andere Richtung der politischen Arbeit ist dauerhaft weder von der beschriebenen klassenmäßigen Grundlage noch von der Programmatik her möglich. Darum ist auch die „Fundamentalopposition" einiger Grüner zwar sympatisch, aber auf Dauer nicht durchzuhalten. Die Schichten, die sich hier ihre parlamentarische Vertretung schaffen, s t e h e n nicht funda-

sich hier ihre parlamentarische Vertretung schaffen, s t e h e n nicht funda-

mental in Gegensatz zu diesem System, und darum tragen derartige Positionen ein Stück Realitätsferne in sich.

Die Zerschlagung der parlamentarischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie und ihre Ersetzung durch arbeitende Körperschaften nach dem Muster der Kommune ist nicht von der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung zu trennen. Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß Schichten, die zu den Bündnispartnern des Proletariats gerechnet werden müssen, sich ihre eigene Partei schaffen, während die Arbeiterbewegung immer noch im Zustand der Lähmung verharrt. Aber zu glauben, daß ihre Aufgaben von der grünen Partei angegangen oder sogar gelöst werden könnten, zeugt von Unkenntnis über deren soziale Basis und die dadurch bestimmte Programmatik.

Die letzten Landtagswahlen

Nach der Landtagswahl in Hessen wurde der Begriff der „Hamburger Zustände" geprägt. Die Hessenwahl verlagerte diese norddeutschen Zustände ein gutes Stück nach Süden und die Ergebnisse der Bayern-Wahl machten deutlich, daß — wäre in diesem Herbst der Bundestag neu gewählt worden — Hamburger Zustände wahrscheinlich auch dort Einzug gehalten hätten. Hamburger Verhältnisse, das bedeutet ein Herausfallen der FDP aus den parlamentarischen Vertretungsorganen und den Einzug der Grünen. Diese Entwicklung bedeutete für Hamburg und Hessen bisher die Unmöglichkeit, eine Regierungsmehrheit für die SPD oder die CDU zu bilden. Zugleich stellen sie eine Verschiebung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses dar. Willi Brandt analysierte nach der Hessenwahl: Es gibt keine Mehrheit rechts von der SPD, aber es gibt eine Mehrheit links von der CDU. Die beiden letzten Landtagswahlen deuten somit auf eine tiefergreifende Wende im Parteienspektrum hin, als sie auf den ersten Blick vermuten lassen. Die FDP, ehemals Partei des traditionellen Mittelstandes und der Selbständigen, hat keine stabile neue Wählerschaft aus den lohnabhängigen Mittelschichten gewinnen können. Sie war bei allen Wahlen der letzten 15 Jahre auf die Wechselwähler der beiden großen Parteien gerade aus diesen Schichten angewiesen. Daher ihre Strategie seit Beginn der 60er Jahre, sich als liberales Korrektiv sowohl gegenüber den Unionsparteien wie gegenüber der SPD zu profilieren. Diese Strategie bedarf eines inhaltlichen Ausweises, den die FDP gegenüber der Union in den 60er Jahren auf dem Gebiet der Außenpolitik und Bildungs- und Rechtspolitik besaß. In den 70er Jahren

versuchte sich die FDP gegenüber der SPD als Partei des Umweltschutzes und der Verhinderung sozialistischer Planwirtschaft zu profilieren. Der erneut vollzogene Umschwung zur Union hat die FDP bis dato jeglicher Profilierungsmöglichkeit als liberales Korrektiv beraubt. Weder wirtschaftspolitisch noch in der Innen- und Rechtspolitik kann eine FDP, die eine Innenminister Baum durch Zimmermann hat ersetzen lassen, ein eigenständiges Profil gegenüber den Unionsparteien vorweisen. Die Umweltschutzpolitik ist inzwischen Domäne der Grünen Partei, hier sind für die FDP keine Stimmen mehr zu gewinnen. Ohne einen ausreichenden Anteil von Stammwählern zu besitzen, deren soziale Interessen die FDP verficht — wie in den 50er Jahren — nähert sich damit das parteibiologische Ende der Liberalen, wie Strauß richtig den Ausgang der Wahlen in Hessen und Bayern für die FDP kommentierte.

Anders liegt dies bei der Grünen Partei. sie besitzt heute für jene Wählerschichten aus den lohnabhängigen Mittelklassen ein markantes politisches Profil durch ihr Engagement in der Friedens- und Ökologiebewegung, womit sie dabei ist, sich in diesen Schichten ein festes Wählerpotential zu sichern. Die politischen Erwartungen ihrer Wählerschaft gehen eindeutig — wie alle Umfragen beweisen — in Richtung auf eine grün-rote Koalition, d.h. auf ein Bündnis mit der SPD, wobei abzuwarten bleibt, ob und wann ein solches Bündnis Realität wird. Die Veränderung der Sozialstruktur der BRD in den vergangenen 30 Jahren hat somit ihren Niederschlag in der Entwicklung der Parteien gefunden. Die in den 50er Jahren stabilen Mehrheiten des Bürgerblocks, dessen Kern der alte Mittelstand und die Millionen Vertriebenen bildeten (um die herum sich die konservativ gesinnten neuen Mittelschichten gruppierten), zerbröckelten in den 60er Jahren Hand in Hand mit der schwindenden Bedeutung des alten Mittelstandes und der politischen Gruppierungen der Vertriebenenverbände. Die neuen Mittelschichten strömten nicht nur in die politischen Parteien, sie wurden auch die umkämpfte Zielgruppe sowohl der Unionsparteien wie der SPD und FDP. Diese Entwicklung führte zu einer Verschiebung innerhalb der parlamentarischen Vertretungskörperschaften nach „links", soweit dieser Begriff hier angebracht ist. Die neuen Mehrheiten links von der CDU, von denen Willi Brandt sprach, sind ein Produkt letztlich dieser Veränderung der Sozialstruktur und ihrer Auswirkung auf das Parteienspektrum. Sie gewinnen an Stabilität in eben jenem Maße, wie es der Grünen Partei gelingt, ihr Wählerpotential in den neuen Mittelschichten zu festigen, was der FDP in den vergangenen 15 Jahren mißlungen ist. Diese neue Mehrheit links von der CDU ist aber klassenmäßig eindeutig bestimmt: Sie wird sozial hegemonisiert von den neuen Mittelschichten.

So wenig die neue CDU/CSU-FDP Koalition jene Wende nach rechts in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik verkörpert, die von den Linken in den vergangenen Wochen so oft konstatiert wurde, und die von den Kapitalvertretern insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik so dringend gefordert wird, so wenig würde eine mögliche „grün-rote Mehrheit" in einem kommenden Bundestag eine „Linksregierung" repräsentieren. Der Winterkanzler Kohl kann — solange das Damoklesschwert der Bundestagswahlen am 6. März über den Koalitionsparteien schwebt — jene einschneidenden „Reformen", die die Wirtschaft erwartet, nicht durchführen. Eine vielleicht mögliche Mehrheit von SPD und Grüner Partei besitzt weder ein politisches noch ein ökonomisches Konzept, um das kapitalistische System aus der sich verschärfenden Krise zu führen. Die ökonomische Krise hat somit zu einer Destabilisierung des Parteienverhältnisses geführt, ohne daß dauerhafte „neue Mehrheiten" sichtbar würden.

Die Schwierigkeiten der Linken

Der Bonner Regierungswechsel hat ebenso wie die Wahlerfolge der GAL in Hamburg und der Grünen in Hessen die Debatten der Linken um den Ausgang der für März 1983 angekündigten Bundestagswahl und eine mögliche Beteiligung daran gewaltig beflügelt. Von der Bildung eines „alternativen Linksblocks" über eine linke Wahlpartei bis zum Zustandekommen einer „Linksregierung" gingen und gehen die Meinungen. Dabei standen sich zunächst zwei Alternativen gegenüber. Auch wenn mittlerweile von der Realität überholt, zeigen sie die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Linken auf.

Als erste eröffnete die Zeitschrift REVIER am 21.9.1982 den Diskussionsreigen mit einem Aufruf „für eine bundesweite Wahlpartei". Er sollte zugleich die „Demokratischen Sozialisten" (DS), denen sich die Zeitschrift zurechnet, vereinheitlichen und in die Initiative bringen. Die Wahlpartei sollte aus Grünen, Alternativen und Sozialisten gebildet werden und sich nach den Wahlen wieder auflösen. Als eine entscheidende Aufgabe dieses Bündnisses wurde gefordert, *„den Monopolanspruch der Grünen auf die parlamentarische Vertretung der Systemoppositionellen wirksam zu widerlegen"*. Erscheint es zwar einigermaßen absurd, ein Wahlbündnis zu gründen, damit keine andere Gruppierung den parlamentarischen Alleinvertretungsanspruch hat, so waren die zugrundeliegenden Überlegungen jedoch nicht dumm. Sie waren bereits vorher in der REVIER 8/82 mit einem Aufsatz von Jens Bünnig „Alternativer Linksblock — eine Strategie für die Linke?" geliefert worden. Darin wurde ausgeführt, welche Grenzen die aus der Eurokommunismus-Debatte übernommene Perspektive einer linken Blockbildung in Westdeutschland hat: entscheidend sei die Frage, wer in einem solchen „Block" die Hegemonie habe. In Italien, Spanien oder Frankreich falle die Hegemonie über die anderen sozialen Bewegungen der Arbeiterbewegung zu; das sei in der BRD anders. Hier würde die Hegemonie aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung den Grünen zufallen. Die Schlußfolgerungen aus dem als „Windei" bezeichneten alternativen Linksblock wurden mit dem Aufruf für ein linkes Wahlbündnis gezogen: Zusammengehen mit den Grünen ja, aber in deutlicher Abgrenzung davon; darum sogar Auflösung der gemeinsamen Wahlpartei nach den Wahlen. Konsequenz kann man diesen Überlegungen nicht absprechen, und die Offenheit der Sprache ließ ebenfalls wenig zu wünschen übrig.

Teils unabhängig davon, teils unter Bezugnahme auf den REVIER-Aufruf sprachen sich anschließend eine ganze Reihe weiterer linker Organisationen für ein solches Wahlbündnis aus, angefangen von der DKP über die GIM bis zur MLPD. Die DKP forderte, gegen die „Koalition aller Rechtskräfte" ein „Bündnis aller demokratischen Kräfte" zu errichten, das *„Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, fortschrittliche Liberale, Grüne und Alternative im außerparlamentarischen Kapf wie im Ringen um parlamentarische Linksmehrheiten"* umfassen soll. Zugunsten eines demokratischen Wahlbündnisses auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms sei die DKP bereit, auf eine selbständige Wahlkandidatur zu verzichten und *„ihre eigenen Listen zurückzuziehen"*. (28) Mit diesem Vorschlag setzt die DKP eine seit einiger Zeit eingeschlagene Linie fort, die aus der Erfolglosigkeit der eigenen Kandidatur und anwachsenden Fragen in den eigenen Reihen resultiert. Er ist einerseits Ausdruck von Schwäche, denn anders als bei der „Aktion Demokratischer Fortschritt" von 1969 wäre die Stellung der DKP in einem solchen Wahlbündnis heute um einiges schwächer; andererseits ist er Ausdruck von Realitätsferne, denn die Verhältnisse ließen ein grün-alternativ-demokratisches Wahlbündnis von Anfang an weltfremd erscheinen.

Gegen den REVIER-Aufruf und die ihm zugrundeliegenden Überlegungen wurde von anderen Teilen der Linken recht schnell Front gemacht. Die Zeitschrift MODERNE ZEITEN stand dabei an vorderster Stelle, und der von den MOZ-Redaktionsmitgliedern F. Wolf, Hallbauer, Fücks, Nolle und Reents verantwortete Artikel „Alternativer Linksblock — Zur Auseinandersetzung mit einigen traditionalistischen Einwänden" faßt die Positionen dieses Teils der Linken prägnant zusammen. (29) Die ganze Frage nach der Hegemonie einer Klasse oder Organisation wurde als *„Stimmung der nostalgischen Sehnsucht nach dem außerparlamentarischen proletarischen Lager"* abgetan. In Wirklichkeit gehe es um *„eine Selbstpolitisierung und Selbstzentralisierung sozialer Oppositionsbewegungen, die sich bei aller Verschiedenheit in ihrer ‚Außerstaatlichkeit' treffen"*.(29) Als erwünschte bzw. mögliche Perspektive dieser „Selbstpolitisierung" und „Selbstzentralisierung" wurde das „Zsammenwachsen" der „aktiven Träger dieser Bewegungen" zu einer „neuen Partei neuen Typs" genannt, die „die tradierten sozialdemokratischen und leninistischen Organisationsmodelle hinter sich läßt". Konkret würde dies *„seinem politischen Inhalt nach das Zusammenwachsen der ‚Grünen', der alternativen und bunten Listen und der Demokrastischen Sozialisten"* bedeuten.(30) Welchen sozialen Inhalt die „Oppositionsbewegungen" haben, welche Klassen und Schichten sie umfassen und repräsentieren, welchen Interessen sie Genüge tragen sollen — diese Fragen wurden mit großer Geste als „traditionalistische Arbeiterpolitik" abgetan zugunsten der mit ebenso großen wie leeren Worten ausgemalten rosa—grünen Utopie. Der „Linksblock", dessen Konturen herauszuarbeiten sie sich sehr wohl hüten, ist ihnen das Entscheidende, und die Arbeiterbewegung nur einer unter vielen Bestandteilen dieses Blocks. Darum geht es auch nicht um die Stellung und Einflußnahme der Arbeiterbewegung zu dem verschwommenen Linksblock, sondern umgekehrt um dessen *„Ausweitung in die traditionellen Sektoren der Arbeiterbewegung"*. (31) Das ist genau die Strategie der Grünen, deren Hegemonie über den sogenannten „Linksblock" und insbesondere einen Großteil der Linken kaum noch zu bestreiten ist — eine Strategie, die Bahro mit den „Sozialistischen Konferenzen" eingeleitet hat, der sich die dortigen Linken vorübergehend entgegenstemmten, und die mittlerweile endgültig erfolgreich ist, wie der Kongreß „Zukunft der Arbeit" in Bielefeld und wie die MOZ demonstrieren. Dementsprechend wollen die MOZ-Redakteure „eine neue sozialistische Politik" in den Linksblock „einbringen". (32) Das ist ein Kozept, das die Organisationen der Sozialisten und Kommunisten zu „Vorfeldorganisationen" (MOZ) der Grünen degradiert und nur in der ideologischen und letztlich auch organisatorischen Zersetzung enden kann.

Wenn die MOZ in der folgenden Ausgabe 10/82 einhellig zur Wahl der Grünen aufrief, war das nur folgerichtig. Dabei ist nicht der Aufruf als solcher problematisch — mangels realer Alternativen mag er unter taktischen Gesichtspunkten richtig sein —, problematisch ist der Boden, auf dem ein solcher Aufruf steht, denn das ist ein Boden der Illusionen und der letztlichen Unterordnung unter die grüne Hegemonie. Die alte MOZ-Redaktion hat sich inzwischen gespalten. Während nämlich die übriggebliebenen Redakteure aus der Gruppe „Z" ihre Mitarbeit bei den Grünen sehr bewußt vollziehen und sich nach wie vor als Marxisten begreifen, waren den ausgeschiedenen Redakteuren aus den Komitees für Demokratie und Sozialismus (Meier, Fücks) und der Sozialistischen Initiative Westberlins selbst die Reste an Marx-Orthodoxie noch zuviel.

Die Auseinandersetzungen zwischen REVIER und MOZ spiegelten die prinzipiellen Fronten wider, die innerhalb der Linken verlaufen. Sie spiegeln ebenso das Kräfteverhältnis wider, das diese Auseinandersetzungen bestimmt. Der hier zu beobachtende Frontverlauf hat auch die jüngste Abspaltung der Gruppe „Alternativer Sozialismus" (ALSO) von den SOST verursacht. Während die SOST nach wie vor auf deutlicher Abgrenzung zu den Grünen beharren und aufgrund ihres theoretischen Fundaments wenig Illusionen über den charakter der „Bewegung" haben, ist die ALSO den Schritt zu eben dieser grünen Bewegung hingegangen und versucht jetzt, sich ebenfalls dort „einzubringen". Katastrophal ist die vor sich gehende Entwicklung für die Demokratischen Sozialisten. Seinerzeit wurden die DS von Coppik und Hansen auf einer oberflächlich zusammengeschusterten Plattform (Recklinghäuser Thesen) gegründet, um nur schnell ein Sammelbecken für frustrierte SPD'ler zu haben und in die nächsten Wahlkämpfe ziehen zu können. Alle Kritik an der fehlenden programmatischen Fundierung dieser Gründung wurde als sektiererisch und dogmatisch abgetan. Der Untergang, der jetzt vor den DS steht, ist die absehbare Quittung für dieses Vorgehen. Wer sich heute auf die spontane Bewegung fixiert, muß unausweichlich vergegenwärtigen, daß diese Bewegung ihn entweder hinweg von der Arbeiterbewegung trägt oder zugrundegehen läßt. Zugleich hat sich erneut bestätigt: jegliche nichtsektiererische Linie und Politik, die sich auf die Arbeiterklasse bezieht — gleich ob im reformistischen oder revolutionären Sinn —, hat nur dann eine Überlebenschance, wenn sie sich auf ernsthafte theoretische Arbeit und ideologische Auseinandersetzung stützt.

Und was sagten die Grünen zu den Debatten der Linken, wie reagierten sie darauf? Um das zu referieren, ist nicht viel Platz erforderlich. Am 26.9.1982 tagte in Frankfurt der Bundesvorstand der Grünen. Er hatte es nicht nötig, lange Debatten zu führen. Als Antrag Nr. 1 wurde ohne Gegenstimme beschlossen: *„Der Bundesvorstand der GRÜNEN geht davon aus, daß die Partei DIE GRÜNEN sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligt. Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf offenen Listen der GRÜNEN die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen."* (33) Wie man feststellen kann, sehen die Grünen dem „SichEinbringen" der MOZ-Redakteure mit Wohlwollen entgegen. Der Arbeiterkampf kommentierte diesen Beschluß wie folgt: *„Bei den Diskussionen am 26.9. wurde deutlich, daß maßlose Selbstüberschätzung und Arroganz gegenüber anderen, vor allem sozialistischen Gruppierungen die vorherrschende Tendenz zumindest in der Parteispitze der Grünen ist. Die Vertreter des Hamburger Landesverbandes, die ihre Parteifreunde auf den harten Boden der Wirklichkeit zurückzuholen versuchten und die für einen partnerschaftlichen Umgang mit anderen Gruppierungen plädierten, standen ziemlich allein auf weiter Flur, lediglich teilweise unterstützt von den Vertretern der AL Westberlin."* Die Arroganz, über die der AK sich beklagt, hat einen realen Grund. Es ist die Arroganz der Macht, die den Bundesvorstand der Grünen die „sozialistischen Gruppierungen" mit gnädiger Verachtung behandeln läßt. Die Grünen stehen auf dem „harten Boden der Wirklichkeit" — einer Wirklichkeit nämlich, die sie zu Repräsentanten einer gesellschaftlichen Bewegung macht, während die „sozialistischen Gruppen" nicht viel mehr als sich selbst repräsentieren. Welch einen Anlaß sollte der grüne Bundesvorstand haben, den Linken die Konzession eines grün-alternativen Wahlbündnisses zu machen, wenn die Ohnmacht dieser Linken offenkundig war und ist? Von ihrer objektiven Stellung und den gegebenen Kräfteverhältnissen aus handeln die Grünen nur folgerichtig. Sie wären unpolitische Tagträumer wie so viele ihrer Kritiker, würden sie die Vorteile ihrer Situation nicht nützen, was die Analyse ihrer sozialen Basis und der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Entwicklung erweist, wird von ihnen in Politik umgemünzt, indem sie ihre grünen Listen auch für die Mitglieder anderer Gruppierungen öffnen, tragen sie den gegebenen Verhältnissen Rechnung:

— erstens sichern sie damit ihre eigene Hegemonie institutionell ab;

— zweitens können sie diejenigen Linken an sich ziehen, die in den verschiedenen Bewegungen politisch aktiv sind und von der Möglichkeit parlamentarischer Vertretung fasziniert werden.

Der Versuch, dem gegenüber ein „grün-alternatives" oder „demokratisches" oder wie auch immer zu nennendes Wahlbündnis zustandezubringen, war von Anfang an illusionär. Dieses Wahlbündnis war gescheitert, bevor es ins Leben trat. In Stadtstaaten wie Hamburg und Berlin, wo die traditionelle Linke über ein gewisses politisches Gewicht verfügt, war das gleichberechtigte Zusammengehen mit den Grünen möglich. Das mag gegenwärtig auch noch an anderen Orten möglich sein, spätestens auf Bundesebene setzen sich jedoch über alle lokalen Besonderheiten hinweg die realen gesellschaftlichen Kräfte durch. Vor den hessischen Landtagswahlen konnte man noch wie A.Schubart, die DS und andere mit einigem Recht den Versuch unternehmen, anstelle einer grünen Alleinkandidatur eine grün-alternative Liste durchzusetzen. Nach den hessischen Erfahrungen jedoch mit einem solchen Projekt hausieren zu gehen, heißt die Blindheit als Reiseführer zu nehmen. Und wenn nach dem offenkundigen Scheitern dieses Projekts KPD und BWK den Versuch unternehmen sollten, ein Mini-Wahlbündnis zustandezubringen, zeugt die völlige Aussichtslosigkeit einer solchen Kandidatur, die nur von den eigentlichen Aufgaben ablenkt, von der Realitätsfremde, die einen Großteil der kommunistischen Kräfte in unserem Land immer noch prägt.

Nicht weniger illusionär sind indes alle Überlegungen über eine künftige „Linksregierung" nach den Wahlen. Wer oder was soll diese „Linksregierung" stellen — und wer soll sie gesellschaftlich tragen? Je nach Ausgang der Wahlen können einer künftigen Regierung einige Zugeständnisse und Reformen abgetrotzt werden. Für diese Zugeständnisse zu kämpfen, ist allemal sinnvoll, und dabei mag auch die Unterstützung der Grünen richtig sein. Aber eine „Linksregierung" steht fernab in den Sternen. Die Klassenkämpfe müssen erst noch geführt werden, die eine wirkliche Linksregierung — wie auch immer die aussehen mag — an die Macht bringen könnten.

Verlassen wir damit das Reich der Spekulationen und treten auf den Boden der Tatsachen zurück. Angesichts der realen Entwicklung ist es außerordentlich gefährlich, ohne nähere Differenzierung von einem stattfindenen „Umgruppierungs- und Vereinheitlichungsprozeß" zu sprechen, wie das im Augenblick im KBW um sich greift. Zwar findet ein „Vereinheitlichungsprozeß" statt, aber das ist eine Vereinheitlichung sozialer Kräfte unter der klaren Hegemonie der Grünen. Diesen Prozeß muß man konstatieren und in die eigene Strategie und Aufgabenstellung einbeziehen, denn er entfaltet eine gewaltige Sogwirkung auf die Linken. Aber es besteht keinerlei Anlaß, sich ihm anzuschließen — im Gegenteil. Die Auseinandersetzungen und Entwicklungen in der Linken lassen deutlich werden, welche Stellung die kommunistischen Kräfte der BRD nur einnehmen können. Sie läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

— Bewahrung der vollständigen ideologischen und organisatorischen Selbständigkeit

— Soweit ihre Kräfte politisch-praktisch aktiv sind, sollten sie sich auf die Arbeiterbewegung orientieren, und

— taktisches Verhalten gegenüber den Grünen.

Der erste Punkt ergibt sich mit Notwendigkeit als die alles entscheidende Aufgabenstellung aus der augenblicklichen Situation. Der Sog der Entwicklung hin zu den Grünen und zu den „neuen sozialen Bewegungen" läßt die Unabhängigkeit der kommunistischen Kräfte in Gefahr geraten. Um von dem Wind, der uns nach wie vor ins Gesicht bläst, nicht fortgerissen zu werden, ist die Verstärkung der theoretischen Arbeit und Analyse erforderlich. Anders sind Illusionen und weitere kräftezehrende Niederlagen nicht zu vermeiden.

Der zweite Punkt ist nicht nur prinzipiell eine Selbstverständlichkeit, sondern gewinnt angesichts der ökonomischen und politischen Entwicklung eine weitergehende Bedeutung.

Als drittes schließlich bleibt das Verhältnis zu den Grünen. Was sich dort entwickelt, ist weder kommunistisch noch repräsentiert es die Arbeiterbewegung. Aber es trägt fortschrittlichen Charakter, und darum spricht nichts gegen eine Unterstützung in konkreten Fragen. Ein solches Vorgehen setzt allerdings voraus, daß die bestehenden grundsätzlichen Differenzen mit Entschiedenheit herausgearbeitet werden. Sonst wird das Abgleiten in einen „Bewegungssozialismus", wie ihn ein Großteil der Linken verkörpert, nicht zu verhindern sein.

Anmerkungen

(1) Der Artikel stellt einen komprimierten Auszug aus längeren Ausführungen zur ökonomischen und gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland dar, die demnächst an anderer Stelle, voraussichtlich in den AUFSÄTZEN ZUR DISKUSSION, veröffentlicht werden. Damit werden zunächst nicht mehr als erste Thesen formuliert, die im Verlauf näherer Untersuchungen zu erhärten — oder zu ändern sind.
(2) bis (19) Diese Anmerkungen beziehen sich auf den im AK 228 veröffentlichten 1. Teil des Artikels
(20) Sozialismus 6/82, S. 32
(21) ebda
(22) M. Berger u.a. (Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim), in: DIE ZEIT, Nr. 40/82, S. 7
(23) dies. in: DIE ZEIT, Nr. 42/82, S. 5
(24) KVZ Nr. 39/82, S. 9
(25) in: Jörg R. Mettke (Hrsg), Die Grünen, Reinbek b. Hamburg 1982, S. 85
(26) wie (23)
(27) vgl. dazu M. Weiß, Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Zur Entwicklung und Programmatik der Grünen, AzD 19

Heiner Karuscheit und Alfred Schroeder gehören zur Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion" (AzD), dem Organ der Gruppe Neue Hauptseite Theorie, einer Organisation, deren Schwerpunkt in der Kritik der ML-Bewegung liegt. Nachdem der Schwerpunkt der Arbeit der NHT zunächst auf die weltanschauliche Ebene gelegt und sich intensiv mit den Philosophien beschäftigt wurde, die die ML-Bewegung beeinflußten, versucht die NHT seit etwa einem Jahr, ihre Arbeit auszuweiten und Positionen in Hinsicht auf die politische Praxis zu entwickeln (vergl. AK 217, Die II. Konferenz der NHT).

Das grüne Gebot

„Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort" (Joh. I, Vers 1).

„Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit, eine Herrlichkeit als des eingeborenen Sohnes vom Vater, voller Gnade und Wahrheit" (Joh. I, Vers 14).

Es gibt W o r t e, und es gibt Wörter. Worte sind manchmal ganz schön komisch, jedenfalls wenn man versucht, die Wörter, aus denen solche Worte gemacht sind, für bare Münze zu nehmen. Das gilt z.b. für das Wort des Apostel Johannes, das wiederum das Wort Gottes zum Inhalt hat. Man kommt sich klein und schäbig vor, wenn man den Sinn der aneinandergereihten Wörter mit menschlicher Logik zu Leibe rückt. Man läßt es lieber bleiben, traut sich da nicht ran. Wie muß ein Wort beschaffen sein, damit es eine solche Wirkung erzielt? Es muß offenbar notwendigerweise unverständlich sein, zugleich aber den Eindruck erwecken, daß es eine höchst allgemeingültige, tiefschürfende Wahrheit enthält. Es muß eine Verheißung drinsein, aber auch ein gewisser Realitätsgehalt, d.h. man muß sich zumindest teilweise auch etwas Vernünftiges darunter vorstellen können. Sowas wirkt immer. Die Frage, ob es sich nicht doch nur um Blödsinn handeln könnte, bleibt im Halse stecken. So kleinmütig wollen wir ja nicht sein. Der kritisch zweifelnde Geist gibt auf und die Gefühle treten auf den Plan.

Auch die Grünen haben ein solches Wort, das sie vorbringen, wenn es ums Eingemachte geht, und das sich meist erfolgreich einer rationalen Erörterung entzieht:

„Der Mensch ist Teil und Partner der Natur, nicht ihr Beherrscher".

Weil es wie kein anderer Kernsatz benutzt wird, um grüne Prinzipien auf
nutzt wird, um grüne Prinzipien auf
den Punkt zu bringen, soll es im folgenden unter der Bezeichnung „Grünes Gebot" laufen. Denn natürlich handelt es sich um ein Postulat, eine Verhaltensregel für den Menschen, die nur sprachlich-formal als Aussage-Satz ausgedrückt ist. Diese (gewollt?) eigentümliche Satzkonstruktion macht es etwas verwickelt, den Inhalt zu kritisieren.

„Der Mensch ist Teil der Natur" — das kann eigentlich nur als Aussage, also Feststellung eines als objektiv angenommenen Tatbestands gemeint sein, da es andernfalls keinen Sinn ergibt. Aber beinhaltet diese Feststellung wirklich das, was die Grünen damit aussagen wollen?

„Der Mensch ist Partner der Natur" — eine sicher nicht zutreffende Aussage. So ist es jedoch keineswegs gemeint, sondern: „Der Mensch s e i Partner der Natur". Aber ist diese Forderung sinnvoll? **„Der Mensch ist nicht Beherrscher der Natur"** — dem wäre als A u s s a g e zuzustimmen, aber von den Grünen ist dies eben nicht als Aussage-Satz gemeint, sondern wiederum als P o s t u l a t: „Der Mensch soll nicht Beherrscher der Natur sein". Ein solches Postulat ist aber nur dann logisch, wenn man jemanden von etwas abhalten will, wozu dieser grundsätzlich in der Lage ist. „Du sollst nicht töten" hat seinen Sinn, weil die Menschen zum Töten fähig sind. So entsteht die verwirrende Situation, einen von den Grünen formulierten (Teil-)Satz dem Wortlaut nach richtig zu finden, ihn aber gegen den von den Grünen beabsichtigten S i n n, welcher letztlich das Gegenteil des Wortlauts ist, verteidigen zu müssen.

Worte, zumal geflügelte, sind eben manchmal etwas komisch.

Was kann Supermann?

Ausgangspunkt der grünen Ideologie ist selbstverständlich nicht die Unfähigkeit, sondern die F ä h i g k e i t der menschlichen Gattung, Natur zu beherrschen und vor allem zu zerstören. Diesem Treiben der Menschen muß nach Ansicht der Grünen radikal Einhalt geboten werden, da es sonst zum Untergang führt. Für einen Teil der Grünen steht dabei durchaus nicht oder nicht nur die Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung der Menschen im Mittelpunkt, sondern die Vernichtung der Natur. Der Untergang des Menschen wird in diesem Bild als Folge der Naturzerstörung angenommen, die ihn seiner Lebensbedingungen beraubt. Bahro sagt: *„Wir schaffen die Apokalypse auch ohne Atomkrieg"*. Für ihn rangiert der Ausstieg aus dem Industriesystem noch vor der Verhinderung eines Atomkriegs, da er die atomare Bewaffnung nur für eine zwangsläufige Folge der industriellen Entwicklung hält. Die industrielle Entwicklung aber ist, so hören wir es immer und immer wieder aus grünem Munde, Ergebnis einer falschen, weil zerstörerischen Einstellung des Menschen zur Natur. Also gelte es, hier den Hebel zur Veränderung anzusetzen.

Im Folgenden sollen nicht die von den Grünen beschriebenen Gefahren angezweifelt oder verharmlost werden. Etwas genauer aber wollen wir es bei der Frage nehmen, woraus diese Gefahren entstanden sind und wie ihnen möglicherweise zu begegnen wäre.

Die Frankfurter Grünen haben einmal in einem Wahlkampf-Plakat (Frei nach Rodin) die These „Apokalypse ohne Atomkrieg" verbildlicht. Supermann, dargestellt als der vollendete, kraftvolle Athlet, hat sich die Erde unterworfen und dabei übersehen, daß er an sie gekettet ist. Sein hemmungsloses Wachsen ging auf Kosten des endlichen Planeten. Nun ist er zu groß, zu stark, zu kräftig geraten für die Erde, die unter ihm auseinanderbricht und zerfällt. Mit dem Wachstum hat es spätestens jetzt ein Ende, denn alles ist kahlgefressen. Auf diesem Ödland wird nichts mehr gedeihen, und weg kann er auch nicht. Was geschehen ist, läßt sich also nicht mehr rückgängig machen. Supermann — feine Risse auf seinem Körper deuten es bereits an — wird mit der Erde zu Staub zerbröseln, wenn auch vielleicht etwas langsamer als sie (also: Natur — schwach, Mensch — stark).

Die Moral der Geschichte ist einfach: Friß nicht so viel (wie du könntest!), konsumiere nicht so viel (wie du möchtest!), sei nicht so gierig (wie du eigentlich bist!). Denn du bist an die Erde gekettet, also halte Maß, damit sie dir erhalten bleibt!

Dem Menschen werden also sehr weitgehende Herrscher-Fähigkeiten zugetraut. Dadurch, daß ihm die Grünen die negativen Folgen der Naturbeherrschung vor Augen führen, soll er dazu gebracht werden, freiwillig darauf zu verzichten, um stattdessen ein partnerschaftliches Verhältnis zur Natur einzugehen. Trotzdem liegt es letztlich bei ihm, in seiner scheinbar freien Entscheidung, ob Vernichtung stattfindet oder nicht. Die Möglichkeit, daß umgekehrt die Natur den Menschen vernichtet, taucht nicht auf. Der Mensch ist also der Stärkere, auch wenn das Schicksal (die Kette!) dafür sorgt, daß er seine Überlegemheit nur zum eigenen Schaden ausüben kann.

Wenn der Mensch klug ist, wird er nicht zu „herrschen" versuchen, mäßigt und bescheidet er sich, erkennt die Endlichkeit der Erde wie auch seines eigenen Seins und richtet sich damit ein. Dies ist ein altes religiöses Motiv, vielleicht ein Grundpfeiler religiösen Denkens. Der„ Griff nach den Sternen" ist eine Sünde und wird unnachsichtig bestraft. (Prometheus!). Gott läßt es nicht zu, wenn mensch sich anmaßt, in sein Revier einzudringen. Das bedeutet: Prinzipiell wird dem Menschen schon zugetraut, Gewaltiges, „Gottgleiches" zu vollbringen. Nur folgt die Strafe dann eben auf dem Fuß. Deshalb ist mensch gut beraten, die Finger davon zu lassen.

Ein letztes Mal noch soll das Plakat der Frankfurter Grünen strapaziert werden, weil es selber die Ungereimtheiten dieser Sichtweise so schön enthält. Supermanns Strafe, sein Schicksal, die Rache der Natur oder wie auch immer ist durch die Kette symbolisiert. Doch wozu eigentlich die Kette? Sie ist in Wirklichkeit völlig überflüssig. Supermann wäre ebenso bestraft, wenn er n i c h t an die Erde gekettet wäre. Dann hätte er grundsätzlich zwar die Möglichkeit, sich zu entfernen — also ein bißchen mehr „Freiheit" —, doch wohin sollte er gehen? Supermann könnte genauso gut auf den Mond, Mars oder Venus oder sonstwohin auswandern — seine Situation würde sich dadurch um nichts verbessern, weil Mond, Mars oder Venus, wie wir wissen, ohnehin das gleiche Bild bieten, wie die arg zugerichtete Erde.

Supermanns Strafe stellt sich auf überaus „natürliche" Weise ein, ohne jede „Kette", ohne jedes fremde Zutun, d.h. ohne jeden Umstand oder Faktor außerhalb des Verhältnisses Mensch-Natur. Wenn dem so ist, muß aber auch gefragt werden, ob es mit der angenommenen Überlegenheit des Menschen über die Natur seine Richtigkeit hat. Was kann er wirklich, dieser arische Kraftprotz?

Gewiß: Er kann Flüsse vergiften, Wälder vernichten, den Regen sauer machen, die Luft verpesten, Länder austrocknen, Berge explodieren lassen und nicht zuletzt andere Menschen töten. Aus seiner Sicht, innerhalb seines eigenen Horizonts ist das eine relativ große Macht. Doch was tut er der Natur anderes an, als sie — falls er das Zerstörungswerk wirklich vollbringt — in einen Zustand zu überführen, in dem sie sich überwiegend sowieso befindet? Supermann ist groß auf unserem Bild im Vergleich zu der Erde, auf der er „thront". Er ist recht klein mit Blick auf den Raum hinter ihm. Dieser Raum ist jedoch ebenfalls „Natur". So gesehen ist es ein vergleichsweise winziger Vorgang, wenn ein Stern zu dem wird oder sich zu dem zurückentwickelt, was Millionen, nein Milliarden, nein Billionen und noch mehr Sterne auch sind. Bei dieser auf den ersten Blick vielleicht zynisch anmutenden Feststellung geht es nicht darum, Supermanns Zerstörungswerk zu verniedlichen. Doch die Frage muß gestellt werden: W a s wird hier zerstört, und w e r ist von dem angerichteten Schaden betroffen? Dabei wird sich herausstellen, daß der Mensch selbst vernichtet wird, nicht aber die Natur. Letztere ist nur betroffen, insofern es um den relativ kleinen Garten geht, in dem Supermann haust.

Nun wird eingewandt werden, Sonne, Planeten und Weltall seien durchaus keine „Natur". Natur sei vielmehr nur derjenige Teil der Welt, in dem L e b e n existiert. Dies sei ja gerade das Besondere und Einmalige, darum so Kostbare und Schützenswerte an der Erde, daß dort — und nach bisheriger Erkenntnis n u r dort — Leben existiert. Dieser Einwand führt zu einem Naturbegriff, der widersprüchlich ist, daher notwendigerweise vage bleiben muß, somit vielseitig ausgelegt werden kann und folglich für wissenschaftliche Zwecke nicht zu gebrauchen ist. Wie soll man sich Natur ohne die „Quelle allen Lebens", nämlich die Sonne, vorstellen? Hätte jemals ein Meerestierchen ohne die Gezeiten — also ohne den Mond, der die Gezeiten verursacht — Überlebensfähigkeiten außerhalb des Wassers entwickelt? (Man nimmt an, daß die ersten Lebewesen im Meer entstanden sind). **„Natur" kann sinnvollerweise nur die Welt als Ganzes meinen.** Denn das Leben in all seinen Formen ist vollständig das Ergebnis der Entwicklung eines Planeten, der ursprünglich leblos und unwirtlich war wie alle anderen (bekannten) Sterne auch. An dieser Tatsache müssen alle Versuche scheitern, grundsätzlich eine begriffliche Trennung zwischen „lebendiger" und „toter" Welt vorzunehmen (wenn es auch für eingeschränkte Zwecke hilfreich sein mag, diese Arbeitstitel zu wählen). Eine sperrige, nicht gerade eingängige Vorstellung, aber eigentlich nicht schwerer nachvoll-
aber eigentlich nicht schwerer nachvoll-
ziehbar als die Tatsache, daß aus einem Ei ein Huhn entstehen kann, sofern die richtige Brutwärme vorhanden ist. Schwierig ist dabei die Einsicht, daß das Ei, obwohl es im Vergleich zum Huhn so einfach a u s s i e h t, in Wahrheit ein höchst kompliziertes Ding ist, das — für unsere Augen unsichtbar — alles enthält, was für die Herausbildung eines Huhns (Kükens) notwendig ist.

Das Leben, die „Natur" im Sinne des gedankenlosen alltäglichen Sprachgebrauchs, hat sich aus lebloser Materie entwickelt, derselben Materie, aus der alle Himmelskörper gebaut sind. Die Materie besitzt also die Fähigkeit, Leben zu produzieren. Diese Fähigkeit ist auf der Erde (und nicht auf Jupiter, Mars, Venus usw.) zur Geltung gekommen, weil hier einige besondere Bedingungen vorhanden sind, um es einfach auszudrücken: Luft, Wasser und Wärme.

Manches deutet heute darauf hin, daß es der Mensch schaffen könnte, diese besonderen Bedingungen so nachhaltig zu verändern, daß auf der Erde eventuell kein Leben mehr möglich ist. S i c h s e l b s t hätte er damit unermeßlichen und inwiderruflichen Schaden zugefügt: die Ermordung der eigenen Gattung (— wenn schon in diesem Zusammenhang der Kürze halber von „dem Menschen" bzw. „der Gattung" gesprochen wird, so soll wenigstens nicht das irreführende Wort vom *„Selbstmord der Gattung"* benutzt werden, da es sich, wenn dieser Fall einträte, um den M o r d einer herrschenden Minderheit an der Mehrheit der Menschen handeln würde, auch wenn diese Minderheit selbst nicht überleben würde). Die Natur aber wäre, so eigenartig das klingt, in ihrer S u b s t a n z unbehelligt. Denn die Materie bliebe in ihrer Struktur und mit all ihren Eigenschaften und Fähigkeiten — einschließlich derjenigen, Leben zu produzieren — erhalten.

Denken wir uns ein paar Menschen, die es geschafft haben, inmitten einer unfruchtbaren Wüstenlandschaft an einer Quelle einen Garten einzurichten, durch den sie sich ernähren. Zerstören sie diesen Garten, etwa durch Vergiften der Quelle, so bedeutet das ihren eigenen Untergang. Der Natur allerdings hätten sie nicht viel angetan. Irgendwo anders könnte an einer anderen Quelle durchaus wieder etwas „wachsen", könnten wieder Pflanzen, Tiere und schließlich auch Menschen entstehen. Freilich: Menschen, die unter solchen Umständen gelebt haben oder heute noch leben, bilden sich nicht ein, die Natur beherrschen oder zerstören zu können — trotz des Giftes, über das sie in unserem Beispiel verfügen. Umgekehrt leben sie in ständiger Angst vor der Natur (und sei es unter der Bezeichnung „Gott"), vor Kälte, Hitze, Flut,

Trockenheit, Sturm, Gewitter usw. Für sie ist das Verhältnis Mensch-Natur kein partnerschaftliches, sondern ein feindseliges, und klar ist dabei auch, wer wen beherrscht.

Die These, daß die Natur vor dem Menschen geschützt werden müsse, daß der Mensch durch Zügelung der eigenen Fähigkeiten ein partnerschaftliches Verhältnis zur Natur eingehen müsse, gewinnt Plausibilität erst durch die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik in der Neuzeit. Dementsprechend findet sie Verbreitung in den industriellen Metropolen, nicht aber in der Ditten Welt (obwohl dort die Umweltzerstörungen, die der Imperialismus anrichtet, weit gravierender sind). Daß Autos stärker als Tiere sind, Motorsägen stärker als Bäume, Beton stärker als Humus und Dynamit stärker als Felsen, hat Eingang in das Denken der Menschen gefunden. Daraus folgt aber nur dann eine Überlegenheit des Menschen über die Natur, wenn der Naturbegriff diese Veränderung im Denken der Mernschen unbeschadet überstanden hat, wenn also unter Natur immer noch verstanden wird, was — auf Deutschland bezogen — seit den alten Germanen damit gemeint ist: röhrende Hirsche unter erhabenen Tannen, kreisende Adler in einsamen Lüften, der Gamsbock auf der Zugspitz'n und nicht zu vergessen das Edelweiß. Ohne damit etwas gegen röhrende Hirsche etc. sagen zu wollen (sofern sie nicht auf schaurigen Ölgemälden der Huldigung deutscher Männlichkeit dienen), enthüllt diese Sichtweise zwar manches über eine verkorkste Volksseele, aber nichts über das wirkliche Wesen der Natur. Fragt man Leute, die so denken, ob Stickstoff etwas mit natürlichen Kreisläufen zu tun hat, so werden sie ohne Zögern mit Nein antworten. Man läuft schließlich im Wald zwar manchmal im Kreis, aber jedenfalls um Sauerstoff zu tanken und nicht um zu ersticken oder was ... ? Etwas gründlicher aber muß schon über die Natur und eine angemessene Vorstellung davon nachgedacht werden, bevor eine Überlegenheit des Menschen behauptet wird. Ein Vergleich der PS-Zahlen des Familienautos mit einem Pferdegespann reicht da nicht.

Beherrschung oder Nachahmung?

Hinterfragen wir anhand einiger Beispiele konkret die Fähigkeiten des Menschen, Natur zu beherrschen oder auch nur zu zerstören.

1. Heute scheint es einfach zu sein, einen Wald abzuholzen, und noch einfacher, ihn durch Anwendung von Giften, wie z.B. im Vietnamkrieg geschehen, zu vernichten. Nehmen wir einmal an, die Menschen hätten sich aus unerfindlichen Gründen in den Kopf gesetzt, sämtlichen Waldbestand auf der Erde zu vernichten. Dann wäre dies aber doch eine Aufgabe für Generationen. Denn ungleich schwieriger als Bäume zu vernichten, wäre es, deren

findlichen Gründen in den Kopf gesetzt, sämtlichen Waldbestand auf der Erde zu vernichten. Dann wäre dies aber doch eine Aufgabe für Generationen. Denn ungleich schwieriger als Bäume zu vernichten, wäre es, deren

Samen aufzuspüren und ebenfalls unschädlich zu machen bzw., wenn das nicht möglich ist, die nachwachsenden kleinen Bäume systematisch auszurotten (die dann aber eventuell schon wieder Samen produziert haben werden). Möglicherweise gäbe es zu einem Zeitpunkt, wo die Menschen längst die Geduld bei dieser Jagd verloren haben, zwar keine Bäume mehr, aber immer noch Millionen kleiner Baumsprößlinge, von denen ein Teil Bedingungen vorfinden könnte, die ein Überleben und damit die Entstehung neuen Waldes ermöglichen — trotz der verheerenden klimatischen Folgen eines solchen Kahlschlags (schließlich ist die Erde nicht mit Bäumen „zur Welt gekommen"). Aber selbst gesetzt den Fall, alle Sprößlinge und alle Samen wären vernichtet, und es gäbe keine Pflanzen mehr, die höher wachsen als ein Mensch groß ist, so änderte dies nichts an der Fähigkeit der Natur, einige Pflanzenarten so weiterzuentwickeln, daß daraus später wieder Bäume und dann Wälder werden. Bei genauerem Hinsehen scheint ein „Krieg" Menschen gegen Bäume schwerer zu gewinnen als einer von Menschen untereinander.

2. Wasser kann beseitigt werden, indem man es verdampft. Dies ist aber nur eine oberflächliche Form der Beseitigung, da der Wasserdampf irgendwo anders kondensiert, mithin das Wasser wieder da ist und zwar in der gleichen Menge wie zuvor. Wirksamer wäre in dieser Hinsicht die Zerlegung der einzelnen Wassermoleküle in ihre atomaren Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff. Dies kann z.B. durch Elektrolyse geschehen. Fragen wir nicht, wieviel Wasser der Mensch unter Aufbietung aller zur Verfügung stehenden Energien auf diese Weise beseitigen könnte (wohl nur einen winzigen Bruchteil des auf der Erde vorhandenen Potentials). Die Fähigkeit von Wasserstoff und Sauerstoff, erneut die Verbindung Wasser einzugehen, ist aber durch diese Methode überhaupt nicht beeinträchtigt.

3. Zuletzt ein Beispiel aus dem Bereich der fortgeschrittensten Techniken, die der Mensch aktuell zwar nicht „beherrscht", mit denen er aber doch in eingeschränktem Rahmen hantiert. Durch Spaltung von Atomkernen oder gar Zertrümmerung einzelner Elementarteilchen kann Materie unmittelbar in Energie umgewandelt, scheinbar also zum „Verschwinden" gebracht werden (z.T. ist auch der umgekehrte Prozeß durch menschliches Zutun provozierbar). Doch so verschieden „Materie" und „Energie" in der uns gewohnten Welt zu sein scheinen, so sehr gleichen sie einander im Mikrokosmos. Wie in der berühmten Einsteinschen Formel $E=mc^2$ ausgedrückt (E:Energie, m:Masse, c:Lichtgeschwindigkeit), ist das eine nur eine Zustandsform des anderen. Mitnichten versteht sich also der Mensch auf die Kunst des Zauberns (das wäre dann wirklich Naturbeherrschung!), indem er etwas, was ist, „verschwinden" läßt. Vielmehr ist das scheinbare „Wunder", das ihm nach langem Suchen in riesigen Laboratorien manchmal gelingt, ein ganz n a t ü r l i c h e r Vorgang, wie er überall in der Welt des Mikrokosmos passiert, immer schon passiert ist und immer passieren wird. Das Sensationelle ist n i c h t, daß es menschlichen Forscherteams gelingen mag, etwa ein Teilchen A solange zu malträtieren, bis daraus die qualitativ anderen Teilchen B und C entstehen. Sensationell ist daran nur, daß Menschen e r k a n n t haben, daß A unter ganz bestimmten Bedingungen zu B und C wird, daß sie sich also einen natürlichen Vorgang b e w u ß t gemacht haben.

Der Mensch ahmt lediglich die Natur nach. Das gilt sogar für die Atombombe. Dieses Nachahmen ist immer höchst unvollkommen, ja primitiv. Denn: Haben die Menschen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten, nicht im Vergleich zu heutigen Standards primitiv gelebt? Sie aber kannten bereits Strom, Fabriken, Autos und Flugzeuge und waren selbstredend der Überzeugung, einen immensen Fortschritt etwa im Vergleich zur Epoche der Aufklärung erreicht zu haben. Mit ähnlicher Berechtigung allerdings könnte geltend gemacht werden, daß die Aufklärung den eigentlichen Durchbruch zu einem rationalen Umgang mit der Natur brachte, weil sie die Mauern einriß, mit denen das Mittelalter die Köpfe der Menschen umgeben hatte.Es ist also sicher vernünftig, davon auszugehen, daß auch die gegen Ende unseres Jahrhunderts erreichten Fähigkeiten, die Natur zu imitieren, relativ primitiv sind — jedenfalls gemessen am Vorbild.

Es ist z.B. aufschlußreich, sich vor Augen zu halten, daß die Flugtechnik j e d e s von Menschen konstruierten fliegenden Objekts — vom Hubschrauber bis zum Cruise Missile — der Flugtechnik eines beliebigen Vogels gerade-

Es ist z.B. aufschlußreich, sich vor Augen zu halten, daß die Flugtechnik j e d e s von Menschen konstruierten fliegenden Objekts — vom Hubschrauber bis zum Cruise Missile — der Flugtechnik eines beliebigen Vogels gerade-

zu hoffnungslos unterlegen ist. Man könnte hierbei einwenden, der Vergleich sei ‚unfair', weil es bei Flugzeugen, Raketen etc. schon aufgrund ihres Gewichts unmöglich sei, etwa mit bewegten Flügeln zu arbeiten und das Naturgesetz des Auftriebs in so spielerischer und eleganter Weise zu nutzen, wie es die Vögel tun. Können wir, wenn wir diesen Einwand akzeptieren, dann wenigstens „perfekte Naturbeherrschung" erwarten, was die Steuerung unserer zugegebenermaßen etwas unbeholfenen Flugzeuge angeht? Weit gefehlt! Man denke an das Bild eines Cockpits mit der für Laien phantastisch anmutenden Apparatur, man denke an zwei Piloten und einen Funker (alles Top-Techniker), an Bodenstationen, Radar, Computer usw. All das hält den Steuerungstechniken und Berechnungen über Flughöhe, Geschwindigkeit, Beschleunigung, Entfernungen, Windstärke etc. nicht stand, die ein simples Vogelhirn mühelos und vollkommen natürlich bewerkstelligt. Jeder hat schon mal eine Fotographie gesehen, auf der ein Mikrochip neben einem Stecknadelkopf abgebildet ist, und die entsprechenden Erläuterungen dazu gehört: Für diesen Winzling brauchten wir noch vor fünf Jahren einen Apparat von der Größe einer Zigarettenschachtel o.ä. Erstaunlich ist das zweifellos. Jeder weiß aber auch, was ein Spatzenhirn ist — eines nämlich, wo so gut wie nichts drin ist. Grob gesagt paßt die supermoderne Technik der Flugsicherung in ein Spatzenhirn ...

Der Mensch beherrscht die Natur nicht. Er imitiert Vorgänge, wie sie in der Natur passieren, auf seine eigene primitive Art und Weise. Er begreift die Natur nur sehr unvollständig und selektiv, weil er, was nicht unlogisch ist, stets versucht, der Natur den Stempel seiner eigenen zurückgebliebenen Phantasie aufzudrücken (klassisches Beispiel: „Gott"), anstatt umgekehrt die eigene Phantasie durch die Natur, so wie sie ist, anregen zu lassen.

Ebensowenig ist der Mensch in der Lage, d i e Natur zu zerstören. Welchen Sinn kann der Begriff „Naturzerstörung" überhaupt in einer Welt haben, in der fernab von jedem menschlichen Zutun Sterne, Sonnensysteme und ganze Galaxien „zerstört" werden oder „sich zerstören"? Legt man einen Naturbegriff zugrunde, der unter Natur die Welt als Ganzes versteht, ist es sicher besser, von „Entstehen", „Aufstieg" und „Untergang" einzelner Bestandteile zu sprechen. „Zerstörung" kann es nur aus der Sicht eines Teils der Natur geben, nicht wenn man das Ganze betrachtet. (Manchem mag das spitzfindig erscheinen. Diesem Vorwurf wäre zuzustimmen, wenn man davon ausgehen könnte, daß es über den gewöhnlichen Sprachgebrauch hinaus ein kritisches Bewußtsein über die Beschränktheit mancher Begriffe wie „Naturzerstörung" gibt. Leider ist eher das Gegenteil zu befürchten. Wem fällt schon die Hirnlosigkeit von Parolen wie „Atom ist Mord" spontan auf?).

Was der Mensch zerstören kann, ist also nicht die Natur schlechthin, sondern (bis zu einem gewissen Ausmaß) s e i n e Umwelt, also denjenigen Teil der Natur, der sich so entwickelt hat, daß er Lebensbedingungen für die menschliche Gattung liefert (weshalb auch der Begriff „Umweltzerstörung" präziser ist als „Naturzerstörung"). Er v e r ä n d e r t die Natur innerhalb seiner Reichweite so sehr, daß mit Fortschreiten dieser Entwicklung begründete Gefahr besteht, daß sie die Qualität einer menschlichen Umwelt verliert. In diesem schlimmsten Fall wäre es ihm dann gelungen, die Natur in einen Zustand zu überführen, in dem sie sich befand, bevor es Menschen gab. Der Mensch kann insbesondere nicht die Fähigkeit der Natur beeinflussen, das, was er zerstört hat, erneut zu produzieren und sei es in modifizierter Form. In diesem Sinn wäre nicht einmal die Ermordung der Gattung Mensch in einem Atomkrieg eine „Garantie" dafür, daß nicht wieder Menschen oder bewußte Wesen entstehen. Auch Mr. Reagan wäre nicht in der Lage, einen e n d g ü l t i g e n Schlußstrich unter das Kapitel Leben zu ziehen.

Robert Havemann, Sozialist und Physiker, hat diesen Gedanken weitergesponnen, indem er die These aufstellte, die Menschen könnten vielleicht nur einer von vielen „Versuchen" der Natur sein, ein bewußtes Wesen zu produzieren — ähnlich wie ein Baum Millionen von Samen hervorbringt, von denen nur wenige überleben, die meisten jedoch nicht. Er hat dies freilich nicht geschrieben, um sich resignierend ins scheinbar unabwendbare zu fügen, sondern um die Menschen aufzufordern, jetzt und sofort so zu handeln, wie man es von angenommenen „glücklicheren Geschlechtern" erwarten würde.

sondern um die Menschen aufzufordern, jetzt und sofort so zu handeln, wie man es von angenommenen „glücklicheren Geschlechtern" erwarten würde.

„Teil der Natur" — banal, aber oho!

Das grüne Gebot eröffnet mit der Feststellung *„Der Mensch ist Teil der Natur"*. Seine Urheber haben also eine höchst einfache und unerschütterliche Wahrheit an den Anfang gestellt, vielleicht um den Eindruck zu erwecken, bei dem Nachfolgenden — „Partner, nicht Beherrscher" — handele es sich um etwas ähnlich unangreifbares. Folgt man der Logik, so kann mit dieser Aussage schwerlich ein Postulat gemeint sein. Entweder ist der Mensch tatsächlich Teil der Natur, was ja unmittelbar einleuchtet, dann wäre eine Aufforderung, sich als solcher zu verhalten, albern. Es ist nicht sinnig, von den Menschen zu fordern: „Atmet!", sie tun es sowieso.

Oder aber der Mensch ist — irgendwo, irgendwie, vielleicht auf geheimnisvolle Weise — doch nicht einfach Teil der Natur. Könnte man dann von Menschen ein Verhalten erwarten („Handle, als ob du Teil der Natur w ä r s t!"), das ihrem Wesen widerspricht? Es müßte wohl Zwang angewandt werden, wobei offen bliebe, ob das erfolgreich wäre. Man kann einen Vogel nicht dazu bringen, auf das Fliegen zu verzichten. Man kann ihn höchstens in einen Käfig sperren. Öffnet man die Käfigtür, fliegt er aber doch.

Die Hypothese, der Mensch sei nicht oder nicht vollständig Teil der Natur, muß unter Materialisten nicht erst widerlegt werden. Auch den Grünen soll ein solcher Unsinn nicht unterstellt werden, solange sie ihn nicht selbst behaupten. Gehen wir also im Folgenden davon aus, sie seien wirklich von der Richtigkeit der Aussage „Der Mensch ist Teil der Natur" überzeugt. Dann ist aber nicht nur Essen, Trinken, Schlafen oder sich Vermehren „Teil der Natur" bzw. ein natürlicher Vorgang. Sondern selbstverständlich auch alles andere, was Menschen den lieben langen Tag treiben: am Fließband stehen, Schreibmaschine schreiben, Telefonieren, R a u c h e n, Fernsehen, Sexualität in allen Formen. Autolawinen sind ebenso Teil der Natur wie Vorstädte aus Beton, Hühnerfarmen, chemische Industrie, saurer Regen, Kernkraftwerke, Neutronenbomben, Krebs und Gen-Manipulation.

So aber werden es die Grünen kaum meinen, wenn sie diesen famosen Satz benutzen. Unausgesprochen ist für sie „Natur" eben nicht die Welt in ihrer Gesamtheit, sondern nur ein Teil davon: Die Welt der Pflanzen und Tiere ... und was dazugehört. Wiederholen wir nicht die ganze Argumentation, weshalb der (unverzichtbare) Zusatz „... und was dazugehört" die verflixte Problematik einführt, die Welt in einen „lebendigen" und einen „toten" Sektor aufteilen zu müssen, sondern fragen wir ganz schlicht: Wie käme der Mensch als Teil der Tier- und Pflanzenwelt in drei Teufels Namen dazu, die entsetzlichen Dinge zu treiben, die er nun einmal treibt? Eben: Wenn nicht gerade mit dem Teufel, so muß es doch — aus dieser Sicht — schon mit geheimnisvollen Dingen zugehen. Es sei denn, man würde anerkennen, daß die Natur eben nicht die heile Welt ist, die die grüne Ideologie suggeriert.

„Der Mensch ist Teil der Natur" — das ist ein ebenso richtiger wie wichtiger Satz. Ihn als banal abzutun, würde die Bedeutung verkennen, die es hat, daß „Gott" in diesem Satz nicht auftaucht. Die Frage ist bloß, ob er wirklich eine grüne Botschaft transportiert. Gemeint ist sicherlich, daß menschliches Leben auch von einer intakten Pflanzen- und Tierwelt abhängt, und daß der Mensch sich entsprechend verhalten soll. Dabei ist aber der Versuch mißglückt, dieses grüne (und durchaus vernünftige) Postulat in eine wissenschaftlich anmutende Form zu gießen.

Der Trick, einen moralischen Imperativ quasi als Naturgesetz formulieren zu wollen, um ihm auf diesem Wege höhere Weihe zu verleihen, wird am deutlichsten, wenn wir uns mit dem Wort *„Der Mensch ist Partner der Natur"* auseinandersetzen. Bei dieser Satzkonstruktion handelt es sich um ein rechtes Schelmenstück der Verfasser und Protagonisten. Wäre der Mensch wirklich Partner der Natur, so wäre jedenfalls die grüne Partei (zumindest nach dem Verständnis ihrer Gründer) überflüssig. Mithin ist der Mensch aus grüner Sicht eben nicht Partner der Natur, er kann und soll es aber w e r d e n.

Hallo Partner?

Hallo Partner?

Unter dieser Forderung kann man sich spontan durchaus etwas Vernünftiges vorstellen, wenn auch nur so ungefähr, und der Appell an Partnerschaft übt ja auch immer eine anziehende Wirkung aus. Wenn etwa Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Jung und Alt oder unter Verkehrsteilnehmern gefordert wird, so steht der jeweils Angesprochene stets unter großem Druck, wenigstens verbal Zustimmung zu bekennen. Trotzdem: Partnerschaft ist bekanntlich keine Einbahnstraße, sondern eine zweiseitige Angelegenheit. Was nützen mir alle freundschaftlichen Gesten gegenüber einem angenommenen Partner, wenn dieser weder positiv noch negativ, sondern überhaupt nicht reagiert? Industrie- und Entwicklungsländer reden viel von Partnerschaft, während sie sich in Wirklichkeit heftig bekämpfen. Immerhin ist bei diesem Beispiel Partnerschaft wenigstens denkbar, also unter Voraussetzung idealer Bedingungen grundsätzlich möglich. Partnerschaft zwischen Mensch und Natur ist schon deswegen ein Unding, weil die Natur zur Partnerschaft nicht fähig ist. Die Frage, ob der Mensch seinerseits prinzipiell dazu in der Lage wäre, ist daher überflüssig. Die Natur als solche denkt nicht, fühlt nicht und handelt nicht bewußt. Also fällt sie auch keine Wahl zwischen Partnerschaft und Gegnerschaft. Sie ist einfach da. Sowas kommt als Partner schlecht infrage.

Von den Menschen zu fordern „Verhaltet euch, als ob die Natur euer Partner wäre, obgleich sie es nicht ist und auch gar nicht sein kann", kann nur als unredlich charakterisiert werden. Eine Forderung „Behandle deinen Hund, als ob es dein Ehegatte wäre" würde ja auch zurückgewiesen werden. Wenn damit gemeint ist „Gib deinem Hund frisches Futter, führe ihn mehrmals täglich aus, laß ihn häufig frei laufen, schlag ihn nicht usw.", dann soll das auch so und ohne schwülstiges Beiwerk gesagt werden.

Bei dieser Problematik geht es keineswegs nur um Wortklauberei. Denken wir einige Jahrhunderte zurück und versetzen wir uns z.B. in die Lage einer Stadt, die von einer Seuche befallen ist. Bei der Frage nach den Ursachen für ein solches Unglück gab es immer schon die Idee, die Betroffenen hätten nicht im richtigen Einklang mit der Natur („Partnerschaft") gelebt. Da man in der Natur ein bewußtes, von einem übergeordneten Willen abhängiges Geschehen zu erkennen glaubte, hieß es meistens, man habe „Gott" zuwidergehandelt, gegen seinen „Ratschuß" verstoßen oder so ähnlich, was aber auf das Gleiche hinausläuft. Um den vermeintlichen Fehler zu korrigieren, wurden gewöhnlich Ketzer gefoltert, Hexen verbrannt, Behinderte liquidiert usw. Diese Grausamkeiten wurden verübt, um ein — nach der jeweils herrschenden Meinung — „richtiges" Verhältnis zu Gott bzw. zur Natur herzustellen. Man könnte nun sagen: Diese Leute hatten eben ein f a l s c h e s Verständnis von „Partnerschaft" (alias „Demut", „Ehrfurcht" oder wie die Begriffe alle heißen).

Wer oder was bewahrt uns heute vor solchen Irrtümern? Anders gefragt: Hatten diejenigen Ärzte, die ein Medikament gegen die Seuche fanden (womöglich ein chemisches!), eben die richtige partnerschaftliche Einstellung zur Natur? Den korrekten Glauben an Gott? Oder fanden sie das Serum unabhängig von Partnerschaft-Gegnerschaft, Glauben-Unglauben, Ehrfurcht-Respektlosigkeit? Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Schließlich könnte noch der Versuch gemacht werden, den Begriff Partnerschaft auf einen rationalen Inhalt zu reduzieren, d.h. alle emotionalen Untertöne davon wegzunehmen. „Der Mensch sei Partner der Natur" hieße dann etwa: „Tue nichts, was der Natur schaden könnte". Doch was schadet der Natur, was nützt ihr? Wer bestimmt die „Interessen der Natur" wenn nicht der Mensch selber mit seinen Launen und Irrtümern? Und was anderes werden Menschen als „Naturinteressen" ausgeben, wenn nicht ihre ganz spezifischen, ganz egoistischen e i g e n e n Interessen?! Dieses alte Spiel hat mit Gott so gut geklappt, daß es gewiß auch mit der Berufung auf die Natur funktioniert.

Mit der Partnerschaft ist das so eine Sache. Bei manchen Problemen, die definitiv nicht partnerschaftlich zu lösen sind, wird von den Betroffenen dennoch Partnerschaft gefordert. Diejenigen, die am lautesten nach Partnerschaft rufen, sind dabei häufig dieselben, die am besten wissen, daß es so nicht geht. Denken wir an die Parole von der „Sozialpartnerschaft". Die Kapitalisten (aber nicht nur sie) proklamieren Sozialpartnerschaft nicht etwa deshalb, weil sie darauf verzichten wollten, die Arbeiter auszubeuten.

nicht geht. Denken wir an die Parole von der „Sozialpartnerschaft". Die Kapitalisten (aber nicht nur sie) proklamieren Sozialpartnerschaft nicht etwa deshalb, weil sie darauf verzichten wollten, die Arbeiter auszubeuten.

Sondern sie wollen damit erreichen, daß die Arbeiter aufhören diesen Zustand zu bekämpfen. Zu diesem Zweck könnten sie auch andere Methoden anwenden. Sie könnten z.B. jeden Arbeiter, der die Ausbeutung bekämpft, rausschmeissen und ins Gefängnis werfen lassen. Wenn sie aber mit Sozialpartnerschaft hausieren gehen, setzen sie weniger auf die abschreckende Wirkung von Zwangsmaßnahmen und eher auf die Wirkung einer Ideologie. Die Parole von der Sozialpartnerschaft ist im Kern eine Verdummungsparole. Sie soll erreichen, daß die derart Angesprochenen den W i d e r s p r u c h zwischen Kapital und Arbeit nicht erkennen, jedenfalls nicht in seiner vollen Schärfe. Sie soll also ein falsches Bild von der Wirklichkeit suggerieren, weil die Arbeiter, wenn sie sich des Klassenwiderspruchs bewußt werden, dem Kapital gefährlich werden können.

Ist die Forderung nach Partnerschaft mit der Natur vielleicht auch eine Verdummungsparole? Denkbar wäre immerhin, daß die wissenschaftliche Erforschung des Verhältnisses Mensch-Natur ersetzt wird (werden soll?) durch eine schwammige Ideologie, die mit einfachen, griffigen und positiv besetzten Schlagworten operiert; eine Ideologie, die zwar nichts erklärt, an der man sich aber „in dieser unserer schnellebigen Zeit" festhalten kann, also eine Art Kohl-Ersatz fürdie Grünen. Es wäre ja nicht der erste Versuch, den Menschen das Wissen um die Natur und ihre Gesetze vorzuenthalten. Denn solange es einer Minderheit gelingt, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse bei sich zu monopolisieren, während sie der Mehrheit die törichsten Formen von Aberglauben einredet, solange

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

konzentriert diese Minderheit auch die Macht in ihren Händen. Nicht umsonst wurde Galilei gefoltert, wie wir heute besser als Brecht wissen, so eifrig der Vatikan noch immer um die Vertuschung dieser Tatsache bemüht ist (siehe das ebenso unwürdige wie entlarvende Hin und Her um eine Wiedereröffnung des Inquisitionsverfahrens: Woityla will Galilei rehabilitieren, ohne die Prozeßakten preiszugeben, weil aus ihnen hervorgeht, daß man G. eben nicht nur „die Werkzeuge z e i g t e"). Heute drohen den Mächtigen weit größere Gefahren — nicht nur, weil es zwingendere Argumente gegen den Aberglauben gibt als den Nachweis, daß sich die Erde dreht. Denn heute entdeckt nicht nur ein versponnener Gelehrter, die die Nächte hinter dem Fernrohr verbringt, Ungereimtheiten und Widersprüche im herrschenden Weltbild. Heute stößt mindestens der in einem Industrieland lebende Mensch tagtäglich und unvermeidlich auf Maschinen und Apparate, in denen die neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse praktisch umgesetzt worden sind.

Die Technik des Industriezeitalters provoziert in einem ungeheuren Ausmaß die Frage „wie funktioniert das" und „warum funktioniert das". Diese Feststellung zu treffen, bedeutet keineswegs, den sog. technischen Fortschritt pauschal und uneingeschränkt zu bejahen. Es gibt aber so oder so für jedermann und jedefrau permanent die vielfältigsten Anreize, zu lernen und Wissen über die Natur wie auch über das Verhältnis Mensch-Natur zu sammeln. Man muß kein Faust sein, um sich dafür zu interessieren, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält. Wer eine Mondlandung im Fernsehen verfolgt hat, macht sich so seine Gedanken, auch ohne ein „Studierter" zu sein.

Je nach Standort und vor allem Interessenlage werden die einen darin eine riesige Chance sehen, die anderen eine abgrundtiefe Gefahr. Diejenigen, die in einer massenhaften Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse Gefahren für sich sehen, sind beileibe nicht nur die Religiösen, denn hier geht es um mehr. Hier geht es auch um die historische Schlacht zwischen Materialismus und Idealismus, wobei an der Seite des Letzteren alle Minderheiten stehen, die auf den Aberglauben nicht verzichten können, um ihre Macht, ihren Reichtum und ihre Privilegien vor einer Mehrheit zu schützen.

Sie wissen sehr gut, daß bei dieser

einer Mehrheit zu schützen.

Sie wissen sehr gut, daß bei dieser Schlacht die Naturwissenschaften eine entscheidende Bresche für den Materialismus geschlagen haben - wenn es sich auch noch nicht herumgesprochen hat (aber es dauerte ja auch Jahrhunderte, bis die Erkenntnis, daß die Erde rund ist und sich um die Sonne dreht, wirklich Verbreitung fand).

Auch deshalb sollen die Ergebnisse und Methoden der Naturwissenschaften weiterhin exklusiv behandelt werden. Den Massen aber wird, wie immer schon, erzählt, Naturwissenschaft sei erstens furchtbar mühselig, zweitens total unverständlich und drittens verderblich für das leibliche und seelische Befinden von mann und frau (vor allem natürlich für frau, was typisch und entlarvend zugleich ist, weil sich daraus klar entnehmen läßt, daß Herrschaftsinteressen im Spiel sind).

In diesem Zusammenhang - „verderblich"! - spielt die grüne Moral eine höchst negative Rolle, obwohl beim Entstehen der grünen Bewegung eine ursprünglich rein naturwissenschaftliche Disziplin, die Ökologie, Geburtshelferin gespielt hat. Teile der Grünen mit dem messianischen Bahro vorneweg sind längst von der Ablehnung der Atomtechnik über die Ablehnung der Großtechnik zur Ablehnung der „modernen Technik" schlechthin fort(?)geschritten. Konsequenterweise sind sie dabei nicht stehengeblieben, sondern sie haben ebenso zunächst das „naturwissenschaftlich bestimmte Denken", dann die Naturwissenschaften selbst, den Materialismus sowieso und schließlich auch den Rationalismus als Feind erkannt. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen das grüne Gebot als Argument und Waffe eingesetzt wird und einsetzbar ist. Die Wertvorstellung, die es definiert, „Partnerschaft - nicht Naturbeherrschung", strebt nicht Erkenntnis an, sondern Wohlbefinden. Verkündet wird nicht bloß die „Wahrheit", sondern das „Heil". Die heile Welt, die es wünscht, entsteht nicht durch das Erforschen der Wirklichkeit, sondern durch das Respektieren von Verhaltensregeln. Die von den Grünen häufig benutzte Formel „naturbewußt leben" ist keineswegs als Anspruch gedacht, die Naturgesetze wissenschaftlich zu ergründen, bekannt zu machen und auf dieser Basis den menschlichen Umgang mit der Natur kritisch zu hinterfragen. Sondern sie meint schlicht und einfach eine Faustregel, die keiner umfassenden Begründung bedarf, und zu deren Erfüllung der subjektive W u n s c h nach „schonendem Umgang mit der Natur", „Naturverbundenheit" etc. die allerwesentlichste Voraussetzung ist.

Erkenntnis der Natur mit wissenschaftlichen Methoden ist für die Grünen deshalb zu einer suspekten Angelegenheit geworden, weil der Mensch (genauer: eine Minderheit von Menschen) die so gewonnenen Einsichten stets und bedenkenlos, ohne jede Umsicht oder Vorsicht in Techniken der Naturbeherrschung umgewandelt hat („Naturbeherrschung" in dem diskutierten, eingeschränkten Sinn, d.h. als Versuch, natürliche Vorgänge unter menschlicher Kontrolle zum eigenen Nutzen ablaufen zu lassen). Der scheinbar nicht zu zähmende Drang von Menschen, aus jeder neuen Erkenntnis sogleich eine neue Maschine (oder ein neues Kriegsgerät!) zu konstruieren, läßt sich aber kaum aus der Schlechtigkeit des Menschen an sich herleiten, sondern nur so erklären, daß es zwingende Notwendigkeiten für dieses Tun geben muß - jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt. Diese Notwendigkeiten bestünden nicht, wäre die Natur einschließlich der menschlichen Gesellschaft(en) durch so etwas wie „Partnerschaft" und nicht durch K a m p f geprägt. Nicht harmonisches Miteinander oder auch nur das Streben nach einem harmonischen Ganzen kennzeichnen die Natur, sondern der Kampf von Widersprüchen - Kämpfe einzelner Gattungen mit ihrer Umwelt, Kämpfe zwischen verschiedenen Gattungen und Kämpfe innerhalb derselben Gattung. Dabei ist die spezifische Waffe, die der Mensch als besonderer Teil der Natur in diesen Kämpfen einsetzt, bekanntlich weder Stärke noch Schnelligkeit, weder Tarnung noch Sinnesschärfe usw., sondern seine Denkfähigkeit als die Kunst, sich Vorgänge in der Natur, existierende Widersprüche und die Gesetzmäßigkeiten der Kämpfe, mit denen sie ausgetragen werden, bewußt zu machen. **Der entscheidende, überhaupt vom Menschen beeinflußbare Faktor im Verhältnis Mensch-Natur ist nicht Beherrschung oder Unterwerfung, Partnerschaft oder Demut, Ehrfurcht usw., sondern der Grad des menschlichen Bewußtseins.** Je unbewußter der Mensch der Natur gegenübertritt, desto schlechter schneidet er in den Kämpfen ab, denen er ausgesetzt ist, desto schwerer sind die Niederlagen, die er einstecken muß bis hin zum drohenden Untergang der Gattung.

einstecken muß bis hin zum drohenden Untergang der Gattung.

Die schweren Umweltschäden, die der Mensch heute zum eigenen Schaden anrichtet, zeugen daher mitnichten von einem zu h o c h entwickelten Stand von Naturerkenntnis und Natur-„Beherrschung". Sie beweisen vielmehr das genaue Gegenteil. Sie beweisen, daß die Fähigkeit, eine bestimmte Technik zur Anwendung zu bringen, noch lange nicht bedeutet, die Folgen zu kennen, die diese Technik irgendwann und irgendwo in der Natur als unerwünschte Nebenwirkung hervorruft. Kennt man diese Folgen aber nicht oder nicht in ihrer Gesamtheit, so ist es ein reines Glücksspiel, ob die unerwünschte „Nebenwirkung" nicht langfristig zum Hauptaspekt des Unternehmens wird, hinter dem der ursprüngliche Zweck dieser speziellen Technik völlig verblaßt. Technische Erneuerungen sind immer noch Experimente mit offenem Ausgang. Für sie gilt das riskante Motto, daß man sich um schädliche Folgen nicht zu kümmern braucht, solange sie nicht eingetreten sind. Dies ist keine agitatorische Unterstellung: Von den Atom-Managern selbst stammt der Spruch, der Schnelle Brüter müsse gebaut werden, da man anders keine Erfahrung mit der Brütertechnik sammeln könne. Trotz und w e g e n mangelnder Kenntnisse wird empfohlen, die Sache aufs Geradewohl hin auszuprobieren. Das eine bedingt das andere. Je m e h r man sich über die Atomtechnologie einschließlich ihrer „unerwünschten Nebenwirkungen" bewußt wird, desto fragwürdiger wird es nämlich, diesen Weg der Energiegewinnung überhaupt beschreiten zu wollen. Deshalb ist die Atomtechnik vom Standpunkt des „Besserwissens" aus abzulehnen, nicht vom Standpunkt des „Nichts-davon-wissen-wollens". Der Praxis des Ausprobierens neuer Techniken aufs Geradewohl - also o h n e sie wirklich zu „beherrschen" - muß angesichts des erreichten Stands und der damit verbundenen Risiken Einhalt geboten werden. Hier gilt es zu sagen: Nein. Entweder weiter üben - oder aber verzichten.

Zweitens werden selbstverständlich eine Menge, wenn nicht die meisten Umweltzerstörungen keineswegs aus purer Unwissenheit ins Werk gesetzt. Ihre Verursacher nehmen den Schaden, der an der Umwelt angerichtet wird, in Kauf, weil für sie der Nutzen, den sie für die Ausbeutung und Beherrschung anderer Menschen erzielen, überwiegt. Sollte ein Atomkrieg als die größte heute vorstellbare Katastrophe für die Menschheit wie auch für ihre Umwelt ausbrechen, dann würde das aufgrund der Widersprüche zwischen den Menschen selbst geschehen. Also sind die Klassenwidersprüche schärfer als diejenigen, die in die Kategorie Mensch-Natur fallen. Die Lösung der Klassenwidersprüche ist V o r a u s s e t z u n g dafür, das Verhältnis Mensch-Natur nicht nur vernünftig zu diskutieren, sondern auch vernünftig, und das heißt nach dem erreichten Wissensstand, zu gestalten. Wäre es möglich, die Widersprüche zwischen den Menschen so zu lösen, daß man diejenigen Umweltzerstörungen, die man bereits umfassend kennt, auch wirklich vermeidet, so wären die dringendsten und gefährlichsten Probleme gebannt.

Das grüne Gebot unterschlägt b e i d e s: Daß eine Verbesserung der Beziehungen Mensch-Natur die Lösung der Klassenwidersprüche unter den Menschen voraussetzt, und daß sie vom Stand der naturwissenschaftlichen Kenntnisse abhängt. Anstatt die in der grünen Problematik liegende Chance zu nutzen und das Bedürfnis nach Wissen um die Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft zu stimulieren, werden die von der grünen Bewegung angesprochenen und an ihr interessierten Menschen mit einer Moral abgespeist, die Fragen nicht beantwortet, sondern verstummen läßt und an dumpfe Gefühle von Partnerschaft und Naturverbundenheit appelliert. Wenn es so ist, ist es aber auch eine verblödende Moral. Und wenn das wiederum stimmt, dann lassen sich die klugen Grünen mindestens ebensolche Bären aufbinden wie die vielgeschmähte, „unsensible" Arbeiterbewegung.

Gänzlich falsch wäre es jedoch, in das Horn der etablierten Parteien zu stoßen und die Grünen als Maschinenstürmer, Technik- und Fortschrittsfeinde abzustempeln, wie das z.B. unter linken Sozialdemokraten und in der DKP verbreitet ist. Sie haben nicht nur allgemein den Umweltschutz in die Politik eingeführt, sondern sehr konkret über die Gefahren der Atomtechnologie, das Umkippen der Gewässer, die Schädigung des Trinkwassers, die Folgen des Waldsterbens, über die Existenz ökologischer Kreisläufe und die Notwendigkeit ihres Schutzes, über eine falsche Ernährung oder die Auswirkungen der Beton-Architektur auf ihre Bewohner informiert. Sie haben aus eigener Kraft eine Unmenge von Untersuchungen durchgeführt, die ohne sie nicht gemacht worden wären, Zahlen und Fakten zusammengetragen, Erfahrungen ausgewertet. In all diesen Fällen haben sie wissenschaftlich begründete Argumente vorgetragen und damit Erfolge erzielt. Diese Arbeit ist nicht kritikwürdig, sondern im Gegenteil unterstützenswert. Ob man dafür aber eine wie immer geartete eigene grüne Weltanschauung oder Naturphilosophie braucht, sei dahingestellt. Immerhin ist nicht von vornherein auszuschließen, daß man grüne Postulate oder Verhaltensregeln auch s i n n v o l l formulieren kann. Auf das „grüne Gebot" mit seiner gefährlichen sinngebenden Tendenz kann aber gut und gern verzichtet werden.

de./Frankfurt

Bahro zur Friedensbewegung

»Dem Ungeheuer den Bauch aufschlitzen«

Die Vorbereitungen für die Stationierung der neuen Raketen haben begonnen. Krisen und Kriege an allen Ecken der Welt sind — wie üblich — Vorgeplänkel für das ganz große Schlachten. Kann die Friedensbewegung sich noch dazwischenwerfen? Was tun, nachdem großangelegte Unterschriftensammlungen und Demonstrationen die Zentralen der Mächtigen nicht erschüttert haben? Wie erreichen wir in den verschiedenen Ansätzen von Widerstand ein Bewußtsein über den *gemeinsamen* Feind, die Unversöhnlichkeit seines Wesens und die verwundbaren Stellen in seinem Panzer?

Rudolf Bahro versucht, auf diese brennenden Fragen Antworten zu geben. (In seinem Buch „Wahnsinn mit Methode", neu erschienen bei „Olle & Wolter". Die folgenden Seitenzahlen beziehen sich darauf.)



»Dem Ungeheuer den Bauch aufschlitzen« — transsylvanische Methode

Das Elend des Minimalkonsenses

Richtigerweise stellt Bahro fest, daß die Friedensbewegung über den Minimalkonsens der Gegnerschaft zum Doppelbeschluß hinausgehen muß, wenn sie Erfolg haben will, wenn sie nicht warten will, bis „Beirut" in London, Paris oder Hamburg liegt.

„*Es ist die Geschichte des Scheiterns der sozialistischen Arbeiterbewegung, des Steckenbleibens der russischen Revolution, die in der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ihren Ausdruck findet. Sie ist das kümmerliche Endprodukt jeglicher Volksfrontstrategie. Nach aller historischen Erfahrung bewegen wir uns damit von vornherein auf der Verliererstraße. Stalins „Sozialismus in einem Land" und die Niederlage unserer Novemberrevolution haben in der Folgezeit zum Verlust der eigentlichen Perspektive geführt, den Kapitalismus besiegen, die arbeitenden Massen mit offenem Visier in den Sturmangriff auf die Metropolen und Zitadellen des Systems führen zu können.*" (S. 127).

Als Beispiele, wie durch Verzicht auf den „Sturmangriff" und seine Ersetzung durch den „kleinsten gemeinsamen Nenner" revolutionäre Bewegungen abgewürgt worden seien, nennt Bahro den spanischen Bürgerkrieg und die Unterstützung von Khomeini durch die moskauorientierte Tudeh-Partei. Auch die Fesselung der chilenischen Arbeiterbewegung in das Korsett des „friedlichen Übergangs" — die 1973 den Militätputsch erleichterte — gehört in diesen Zusammenhang.

Für heute zieht Bahro folgende Parallele: "*Die Friedensbewegung darf sich allerdings nicht darauf beschränken, daß man um keinen Preis diese*

sich allerdings nicht darauf beschrän-

ken, daß man um keinen Preis diese neuen Raketen aufstellen soll. Soweit ist das genau derjenige kleinste Nenner, über dem die Interessen der westdeutschen Friedensbewegung und die Interessen der Sowjetunion übereinstimmen. Dies ist für sich kein Fehler. Aber in der Tendenz zur Beschränkung auf diese Forderung und die dahinterstehenden Interessen besteht das innere politische Hauptproblem der Friedensbewegung." (S. 77). Wen bis dahin der „Antirevisionismus" von Bahro noch freut, wird bald eines besseren belehrt. Während wir den Zusammenhang zwischen „Nachrüstung" und Imperialismus herstellen und die Notwendigkeit herleiten wollen, den Kampf um den Frieden zu einem Kampf gegen das System zu machen, geht es Bahro um etwas gänzlich Anderes: Ihn freut an der Friedensbewegung, daß sie sich „*nicht mehr gegen 'den Imperialismus' allein wendet*", sondern „*die beiden Supermächte gleichsetzt*" (S. 124). In den apokalyptischen Gefahren für die Menschheit sieht er nicht die Folgen des Kapitalismus, sondern „*nur in exzessivem Ausmaß etwas von vornherein im Gattungscharakter Angelegtes*", der „*nicht historisch, sondern naturhistorisch ist*" (S. 29/30). Der Gegner der Friedensbewegung ist nicht der eigene Militärblock, der eigene Staat, sondern sitzt überall, letzten Endes im I n n e r n jedes Menschen selbst (3).

Damit ist Bahro bei einer Art M a x i m a l konsens angelangt, der optimal durch das Grand-Prix-Liedchen von Nicole symbolisiert wird und der sich in der praktischen Politik wiederfindet in Parolen wie: „Gegen Atomwaffen in Ost und West", „Für allgemeine Abrüstung in Ost und West" usw. Also alles Parolen, die „mehrheitsfähig" sind, weil sogar die CDU/CSU sie noch unterschreiben könnte, aber die gerade darum in der wirklichen Politik genauso wenig bewirken wie das biblische „Frieden auf Erden". Entsprechend hilflos nehmen sich denn auch Bahros Vorschläge zum praktischen Vorgehen der Friedensbewegung aus.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Umkehr des Herzens

„Wir müssen uns dazu bekennen, daß eine wahrhaft umwälzende Praxis v o r g ä n g i g e r Selbstveränderung des Subjekts bedarf. (...) Wir Christen haben ein zentrales Wort dafür; es heißt Umkehr, Umkehr des Herzens." (S. 19/20). Wie das in der Praxis aussehen soll, erläutert Bahro mit einem herzerfrischenden Beispiel aus der Bibel. *„In den Erzählungen des Evangeliums ist viel von den historischen Parteien die Rede, die auf dem Boden Palästinas miteinander rangen und mit einigen Modifikationen des Status quo reproduzierten — von Hohepriestern und Schriftgelehrten, von Pharisäern, Sadduzäern und Zeloten, auch von der römischen Zentralmacht. Jesus von Nazareth nahm keine dieser Parteien, sondern macht von einem neuen Prinzip her Front gegen sie alle. Er rechnete aber auf ein Bedürfnis nach seiner Botschaft in allen Seelen. Seine Kreuzigung beweist auf keinen Fall, daß es nicht vorhanden gewesen wäre."* (S. 18). Wenn einerseits wir alle das Böse in uns tragen, andererseits auch in den Seelen der Kapitalisten „das Bedürfnis" nach „Umkehr" vorhanden ist, ist natürlich das Verkünden von frommen „Botschaften" die ideale Verbreiterungsstrategie für die Friedensbewegung. *„Jedenfalls hier in den Metropolen spricht alles für eine Strategie der Gewaltfreiheit im Sinne der Nichtverletzung von Leben auf der Gegenseite. Zwingt man sie, den Panzer anzulegen, macht man sich selbst den ideologischen Einbruch unmöglich."* (S. 34).

„Ihr Ottern- und Schlangengezücht"

In seinem Feldzug für die „Ausgewogenheit" der Friedensbewegung sind natürlich linke Organisationen für Bahro ein ziemliches Hindernis. *„Wir müssen das gesamte Politikverständnis jener traditionellen Linken hinter uns lassen, die sich letzten Endes auf die Sowjetunion bezieht (und sei es so kritisch wie die Trotzkisten). A l l e Ideologien — bis in die Sozialdemokratie hinein —, die noch den letzten Rest an Illusion bewahrt, daß uns östliche Stärke irgend etwas gegen das eigene Monster helfen könnte, j e d e r Gedanke, welcher Färbung auch immer, der die Logik der Blöcke bewahrt, ist jetzt ein Hemmnis."* (S. 123). Bahro setzt sich mit diesem Argument gar nicht auseinander. Selbstverständlich hat „östliche Stärke" auf atomarem Gebiet das Zuschlagen der NATO in den letzten 30 Jahren hinausgezögert. Selbstverständlich waren sowjetische Waffen für das angolanische, vietnamesische und kubanische Volk ein Segen und eine bittere Pille für die NATO. Selbstverständlich könnte stärkere sowjetische Hilfe für die PLO, Nicaragua etc. unser „eigenes Monster" in seiner Mordlust stören. Und selbstverständlich ändert das überhaupt nichts an unserer Kritik an für die PLO, Nicaragua etc. unser „eigenes Monster" in seiner Mordlust stören. Und selbstverständlich ändert das überhaupt nichts an unserer Kritik an der UdSSR.

Für Bahro ist das aber gänzlich wurscht: *„So macht es in der Praxis gar keinen zu großen Unterschied, ob man es mit einem Prosowjetischen oder den Antiamerikanischen, Antiimperialistischen zu tun hat. Die letzteren kritisieren die ersteren im Prinzip immer noch bloß dafür, daß sie zu reformistisch, zu 'revisionistisch' sind. Aber mit ‚Frieden schaffen gegen NATO-Waffen ist man, obschon es stimmt, noch nicht über den Egon Krenz von der FDJ der DDR hinaus."* (S. 132). Auf jeden Fall will Bahro alle diese Strömungen ausgrenzen: **„Also muß die Friedensbewegung in genau dem Sinne gespalten werden, wie es diese pro- und philo-sowjetischen Kräfte fürchten"** (S. 78).

Begonnen hat Bahro diese Arbeit beim angreifbarsten seiner Gegner, der DKP. Schon vor der Bonn-Demo am 10.6. hat er ein *„Ende der abartigen 'Bündnisse'"* mit der DKP und Schluß mit dem *„Mythos von der Einheit der Friedensbewegung"* gefordert. (S. 85/86). In seinem neuen Buch setzt er diese Kampagne fort, bis hin zu Vergleichen der DKP mit der NSDAP und ihrer Geißelung durch das Jesus-Zitat vom „Ottern- und Schlangengezücht" (S. 140). Aber auch die übrige („philosowjetische") Linke bekommt ihr Fett ab. So zum Beispiel die NEUE („linksreaktionär") und insbesondere auch die „Demokratischen Sozialisten" (laut Bahro „Scharnierpartei" für die DKP). Warum Bahro die Ausgrenzung der Linken und vor allem der DKP nicht schon 1979, nach seiner „Übersiedelung" in die BRD forderte, sondern erst seit relativ kurzer Zeit so massiv und offen betreibt, erklärt er so: *„Insbesondere zwei Dinge hatte ich in der ersten Zeit hier unterschätzt: Zum einen den Widerstand, den die allgemeine altlinke Sektiererei dem Aufbruch der neuen, ökologischen Fundamentalopposition entgegensetzt"*. Zum anderen nennt er die Zähigkeit und Durchsetzungskraft des „stalinistischen Apparates" gegenüber den eigenen Anhängern. *„Und der Überlebenskampf des am meisten anachronistischen Elements, der DKP, verleiht dem Anteil der alten ideologischen Strukturen, die natürlich selbst bei den Grünen nicht über Nacht verschwunden sind, ein verzweifelt steifes Rückgrat."* (S. 103/138).

Eines wird dabei klar: **„Es geht um weit mehr als die DKP"**. (S. 123). Die sozialistische Linke insgesamt, die sich dem ideologischen und organisatorischen Zugriff der Grünen verweigert hat und Bahros Appell zur „Selbstauflösung" nicht nachgekommen ist, soll getroffen werden (1), aber auch die Linken in den Grünen selbst!

Industriesystem — Heil oder Fluch?

Wenn Bahro *„einen Alleingang der Bundesrepublik für Frieden und Abrüstung"* (S. 81) ohne Zerschlagung der kapitalistischen Produktionsweise für möglich hält, so ist das eines der üblichen Wolkenkuckucksheime der Friedensbewegung, was uns hier nicht weiter beschäftigen soll. Pikant ist aber seine Begründung: *„Ökonomisch und kulturell ist Westeuropa allein heute schon wieder stärker als jede der beiden Supermächte. Dies bedeutet eine Chance, die zu einer historischen Initiative der neuen Kräfte auf dem alten Kontinent ausgenutzt werden muß."* (S. 90). Die Druckerschwärze von Bahros neuem Buch war noch nicht trocken, als er auf dem grünen Bundesparteitag das genaue Gegenteil vertrat: Während er dort noch die ökonomische S t ä r k e Westeuropas als Chance zum Frieden begriff, fordert er jetzt die ökonomische S c h w ä c h u n g durch „einseitige industrielle Abrüstung", sprich: *„Vernichtung mindestens der Hälfte der vorhandenen Produktionsanlagen."* (2). Ja was denn jetzt, großer Meister?

Im Kern sind beide Erklärungsmuster des Bhagwans genauso gegensätzlich wie falsch. Gerade w e i l Westeuropa ökonomisch so stark ist, wird es durch die Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen. Wohin sollen die gewaltigen Warenüberschüsse exportiert werden, wo soll der erwirtschaftete Profit erneut profitabel angelegt werden? Gerade d e s w e g e n wird bereits in der Praxis „industriell abgerüstet", d. h. rückständige, unmoderne Produktionsstätten werden stillgelegt, um die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt zu verbessern. Und aus demselben Grund wird militärisch aufgerüstet, um neue Märkte für die Kapital- und Warenüberschüsse aufzubrechen.

Wo ist das Ungeheuer, dem der Bauch aufgeschlitzt werden soll?

Wo ist das Ungeheuer, dem der Bauch aufgeschlitzt werden soll?

Wer von Bahro Antwort auf die Frage erhofft, wie *„der Sturmangriff auf die Metropolen und Zitadellen des Systems"* (S. 127) zu organisieren ist, oder eine Strategie sucht, *„um dem Ungeheuer den Bauch aufzuschlitzen"* (S. 78), wird bitter enttäuscht. Am Minimalkonsens „Krefelder Appell" stört Bahro nicht, daß er den Gegner zu unklar benennt, sondern daß er ihn überhaupt durchschimmern läßt. An der Friedensbewegung kritisiert er nicht ihre zu starke „Ausgewogenheit" und ihre Illusionen in den BRD-Imperialismus, sondern er propagiert genau das selber. An der DKP mißfällt ihm nicht ihre Harmlosigkeit und ihre Beschwörung der Gewaltlosigkeit, sondern er übertrifft sie noch darin. Während er 1979 massiv vor der Gefahr der neuen Atomraketen warnte und so die noch schwachen Friedensaktivitäten unterstützte, ist er seit einiger Zeit in dieser Bewegung hauptsächlich mit der Bekämpfung der „Prosowjetischen" und „Antiimperialistischen" beschäftigt. Konstruktive Vorschläge von seiner Seite sind auf weiteres nicht zu erwarten.

Jürgen / Stuttgart

(1) Kurz vor der Gründung der Partei „Die Grünen" im Dezember 1979 richtete Bahro an KB und „KPD" die Aufforderung, sich in die Grünen hinein aufzulösen. Die „KPD" kam diesem Wunsch im April 1980 nach; s. dazu AK 170, S. 45/46.
(2) s. dazu: „Mit Bahro zurück ins Mittelalter", AK 227
(3) s. dazu: „Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst", AK 205

Die KVZ ist tot! Es lebe die Kommune?

Die KBW-Wochenzeitung KVZ und das KBW-Theorieorgan KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF haben sich zum Jahreswechsel verabschiedet. An ihrer Stelle erscheint die Monatszeitschrift KOMMUNE, mit dem Untertitel „Forum für Politik und Ökonomie". 64 Seiten je Heft soll sie haben und 5 DM soll sie kosten. Eine KBW-Zeitung soll die KOMMUNE nicht sein, jedenfalls nicht offiziell, auch wenn der Herausgeberkreis vorerst nur aus KBW-Mitgliedern besteht, die sich ausdrücklich „in den Rahmen des Statuts des KBW stellen und insofern der Mitgliedschaft des KBW verantwortlich bleiben". Eine Erweiterung des Trägerkreises der Zeitschrift wird jedoch angestrebt.

Knapp 70 Delegierte beratschlagten am Wochenende des 13./14. November über die zukünftige Publikationstätigkeit des KBW. Einige lokale Einheiten des nach Angaben des Hauses noch 450 bis 550 Genossinnen und Genossen zählenden Unternehmens hatten erst gar keine Delegierten entsandt: z.T. wurde von diesen Genossinnen und Genossen der Sinn und Zweck dieser dritten Delegierten-Konferenz innerhalb eines Jahres in Zweifel gestellt.

Anlaß für die neuerliche Zusammenkunft war ein Antrag von Schmierer u.a., der anstelle der bisherigen KBW-Publikationen „Kommunistische Wochenzeitung" (wöchentlich) und „Kommunismus und Klassenkampf" (monatlich) für eine Monatszeitschrift plädierte. Die verkaufte Auflage der einst weithin bekannten, aber nicht unbedingt gleichermaßen beliebten „KVZ", deren gedruckte Auflage in den Anfangszeiten der Organisation etwas prahlerisch auf mehr als 50.000 beziffert wurde, bewegte sich zuletzt um die 2.500, die der „KuK" lag gar unter 1.000 pro Nummer. Ein Gegenantrag, der für die Beibehaltung der bisherigen Erscheinungsweise eintrat, wurde noch zu Beginn der Konferenz von den Antragstellern zurückgezogen. Neuere Daten, die finanzielle Situation des KBW betreffend, die Berichtigung der dem Antrag zu Grunde liegenden Kalkulationen sowie der sich hieraus ergebende hohe Subventionsbedarf veranlaßte die Antragsteller, von unrealistischen Vorstellungen einer weiterhin wöchentlich erscheinenden Publikation Abschied zu nehmen.

Der Antrag Schmierers wurde schließlich bei nur wenigen Gegenstimmen angenommen. Schmierer selbst legte in der vorausgegangenen allgemeinen Aussprache Wert auf die Feststellung, daß die Umstellung auf ein monatliches Periodikum keine Niederlage, sondern vielmehr einen „strategischen Rückzug" bedeute. So heißt es auch in der mit dem Antrag verabschiedeten Begründung u.a.: *„Wenn wir uns jetzt unfreiwillig auf die Herausgabe einer Monatszeitschrift beschrän-* schen Rückzug" bedeute. So heißt es auch in der mit dem Antrag verabschiedeten Begründung u.a.: „Wenn wir uns jetzt unfreiwillig auf die Herausgabe einer Monatszeitschrift beschrän- *ken, so enthält diese Konzentration der Kräfte und der Aufmerksamkeit doch auch die Möglichkeiten, um aus einer Situation herauszukommen, in der wir bisherige Formen unserer Publizistik zu ‚halten' versuchen, uns dabei übernehmen und kaum in die Lage kommen, unsere Kräfte zu entwicklen. Es ist zu befürchten, daß sich die Herausgabe einer Wochenzeitung rasch als unhaltbarer Zwischenschritt herausstellen würde bei einer unumgänglichen Einschränkung unserer Publizistik, die gerade auch die Möglichkeit verschaffen soll, aus dieser Situation des bloßen ‚Haltens' herauszukommen."* Die erstmals im Januar erscheinende neue Zeitschrift soll den Namen „KOMMUNE — Forum für Politik und Ökonomie" tragen. *„Mit dem Haupttitel ‚KOMMUNE' bringen wir die beabsichtigte politische Richtung der Zeitschrift angemessen zum Ausdruck und grenzen diese Richtung auch hinreichend von allen staatsmonopolistischen Entstellungen des Kommunismus ab. Er drückt unsere revolutionäre und kommunistische Richtung, unsere Stellung gegenüber Kapitalismus und bürgerlichem Staat aus und knüpft gleichzeitig an solche Elemente innerhalb der jetzigen alternativen und grünen Richtung an, die wir fördern wollen. Mit dem Untertitel ‚Forum' betonen wir, daß es um die Erarbeitung und nicht Verkündigung einer revolutionären Konzeption geht. Der Zusatz ‚für Politik und Ökonomie' drückt kurzgefaßt die Schwerpunkte, nicht eine enge Beschränkung der Themen auf diese Gebiete aus".*

Politisch-ideologische Intention und Adressatenkreis der Zeitschrift werden deutlicher, wenn mensch sich folgende, einer Vorankündigung des Projektes entnommene Aussage zu Gemüte führt: *„In Westeuropa werden wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, ob und inwiefern sich mit den verschiedenen linken Regierungen Möglichkeiten zeigen, die reaktionäre Wende zu brechen, und Formen entwicklen, die an die Revolution heranführen. In Osteuropa werden wir untersuchen, welche Bedingungen der Emanzipation im Widerspruch von Staatsmonopol und Gesellschaft heranreifen. Welche Möglichkeiten eröffenen sich von beiden Seiten her für ein blockfreies Europa, das sich von der Vorherrschaft der beiden Supermächte befreit und an die Seite der Dritten Welt stellt?"* Alter Kack im „modern-sozialistischen" Frack?

Die beschlossene Umstellung entspricht in der Hauptsache dem geläufigen Versuch, die Auswirkungen der allgemeinen Krise des linken Pressewesens durch Reduzierungen abzuschwächen. Insofern bietet die Entscheidung des KBW wenig Interessantes, zumal ein neues inhaltliches Konzept bisher nicht sichtbar ist. Das heißt, die KOMMUNE wird vermutlich weitgehend der bisherigen KVZ entsprechen — abgesehen von jenen Veränderungen (Aktualität), die sich aus der Umstellung von wöchentlichem auf monatliches Erscheinen notwendigerweise ergeben.

Interessant ist bei dem Vorgang einzig und allein das zukünftig zu findende neue Verhältnis der Zeitschrift zum KBW. Die KOMMUNE soll, so heißt es, **„unabhängig"** sein — und das müßte wohl in erster Linie heißen: unabhängig gegenüber dem KBW. In der ursprünglichen Fassung des Antrages der Bundesleitung war dieser Punkt sogar noch etwas eindeutiger und schärfer formuliert als in der endgültigen Fassung der Resolution. Das Hauptproblem besteht aber einstweilen darin, daß keine relevanten Kräfte in Sicht sind und angegeben werden können, die zu Mit-Trägern der KOMMUNE gemacht werden könnten. Der auf der DK des KBW nominierte 15köpfige Trägerkreis besteht offenbar ausschließlich aus KBW-Mitgliedern, und daß die gesamten materiellen Grundlagen (Maschinen, Gebäude, Finanzmittel, etc.) vom KBW eingebracht werden, ist sowieso klar. Mit der Unabhängigkeit der Zeitschrift wird es also nicht weit her sein. Um das sicherzustellen, hätte es noch nicht einmal jenes übervorsichtigen Punktes in der Resolution bedurft, der ausdrücklich festhält, daß die KBW-Mitglieder im Herausgeberkreis der KOMMUNE als Agenten ihrer Organisation zu arbeiten haben. Alles Nötige zum Problem hat H.-G. Schmierer in der KVZ vom 22.10. dargelegt: *„Seit längerem haben viele von uns den Wunsch, aus einer Situation herauszukommen, in der die linke Publizistik zersplitterter ist als die* H.-G. Schmierer in der KVZ vom 22.10. dargelegt: „Seit längerem haben viele von uns den Wunsch, aus einer Situation herauszukommen, in der die linke Publizistik zersplitterter ist als die *Linke an den einzelnen Orten. Das liegt wahrscheinlich daran, daß die Herausgabe einer politischen Zeitung und Zeitschrift doch einen relativ hohen Grad an politischer Übereinstimmung voraussetzt, weil man dabei eben zusammen a r b e i t e n und sich nicht nur über diese oder jene politische Aktion verständigen muß. Jedenfalls sind gegenwärtig weder die Bedingungen für eine sozialistische Wochenzeitung mit praktischer Wirksamkeit greifbar, noch die Bedingungen für eine Monatszeitschrift, die von einer wirklichen Neugruppierung der Kräfte getragen würde. Projekte, die eine solche Neugruppierung vorgeben wie die ‚Modernen Zeiten', wirken eher enttäuschend. Ihre politische Ausgangsbasis wird sich in Zukunft eher schmälern als erweitern. Dennoch sollten wir von unserer Seite Schritte einleiten, die es der Form nach erleichtern, daß die Publizistik unserer Richtung nicht nur von unserer Organisation getragen wird. Unsere politische Richtung umfaßt ja mehr Kräfte als die Mitglieder des KBW, auch nicht nur die ständigen Leser von KVZ und Kommunismus und Klassenkampf. Wir sollten auch klarstellen, daß es uns bei eventuell möglichen weiterreichenden Projekten oder weiterreichender publizistischer Zusammenarbeit nicht um Organisationsgesichtspunkte gehen wird.*

Aus diesen Gründen halte ich es für sinnvoll, zumindest zu überprüfen, ob wir bei der jetzt notwendigen Umstellung unserer Publizistik nicht auch eine formelle Trennung zwischen KBW als politischer Organisation und der Trägerschaft der Zeitung oder Zeitschrift zum Ausdruck bringen. Das würde vielleicht praktisch für diese Trägerschaft, die allemal die Mitglieder des KBW mitumfassen würde, nicht allzuviel bringen, vielleicht sogar gar nichts, könnte aber von unserer Seite ein Angebot an alle Kräfte sein, die mit unserer Richtung sympathisieren oder in wichtigen Punkten übereinstimmen, bei der Herausgabe der Zeitung/Zeitschrift ausdrücklich mitzuarbeiten und sie mitzutragen ...".

Das Wesentliche ist bei diesen Ausführungen der Begriff „unsere Richtung". Schmierer geht davon aus, daß diese erheblich mehr umfaßt als die organisierten Mitglieder des KBW. Das ist sicher richtig, wenn man vor allem an dievielen EX-KBWler und Ex-KBW-Sympathisanten denkt, die immer noch in wesentlichen Teilen mit der „Richtung" des KBW sympathisieren, aber (aus welchen Gründen auch immer) derzeit nicht o r g a n i s i e r t und verbindlich für den KBW arbeiten wollen. Um d i e s e Kräfte anzusprechen, braucht es aber keine Konstruktionen über die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Zeitschrift vom KBW, zumal a k t i v e Kräfte für den Trägerkreis einer unabhängigen Zeitschrift aus d i e s e m Feld wohl kaum kommen werden.

Das Dilemma des KBW besteht darin, daß er keine „Richtung" vertritt, die außerhalb der eigenen Reihen und ihres Umfeldes auf gewinnbare Bündnispartner setzen kann, die es durch Sprengung der engen organisatorischen Einbindungen der KVZ einzubeziehen gelten würde. Zudem ist es problematisch, überhaupt zu definieren, was denn eigentlich die besondere „Richtung" des KBW sein soll. Nachdem der KBW vor ein paar Monaten sein Programm verworfen hat und nachdem ersichtlich die Versuche steckengeblieben sind, n e u e Grundlagen des KBW-Selbstverständnisses zu formulieren, kann man die „Richtung" des KBW nur pragmatisch bestimmen: die „Richtung" des KBW ist demnach ungefähr das, was er im gegebenen Moment als praktische Politik vertritt. Dabei sind sich andeutende Entwicklungslinien oft wichtiger als Positionen des Moments, die teilweise nur mitgeschleppte historische Restbestände sind. So betrachtet besteht die „Richtung" des KBW ungefähr in folgendem:

— Gegenüber der Grünen Partei betreibt er Anpassung aus einer Demutshaltung heraus. Er befürwortet ganz entschieden Regierungsbündnisse der Grünen mit der SPD; dabei hält er sich mit dem Vortrag e i g e n e r Überlegungen zurück, bei angedeuteter Sympathie für sehr weitgehende Modelle (Reduzierung des Forderungskataloges an die SPD, Politik des ‚kleineren Übels' gegenüber der SPD). In der derzeit wichtigsten programmatischen Streitfrage der Grünen, dem Wirtschaftsprogramm, steht der KBW den an die SPD, Politik des ‚kleineren Übels' gegenüber der SPD). In der derzeit wichtigsten programmatischen Streitfrage der Grünen, dem Wirtschaftsprogramm, steht der KBW den Thesen der Bremer Grünen näher als dem marxistischen Ansatz der Wirtschafts-AG.

— Außenpolitisch folgt der KBW nach wie vor der chinesischen ‚Drei-Welten-Theorie'. Das heißt, der ‚Hauptfeind' sind die ‚beiden Supermächte', wobei die Sowjetunion noch weitaus schlimmer als die USA ist. Die kapitalistischen Großmächte wie BRD, Frankreich und Großbritannien nehmen eine ‚Zwischenstellung' ein. Die Entwicklung in China seit der Rechtswende von 1976 wird mit einer Sympathie verfolgt, die sich selbst als kritsch begreift, aber die allenfalls das zu langsame Tempo der ‚Reformen' bemängelt.

— In seinen ‚Endzielen' sieht sich der KBW immer noch seinem historischen Ursprung verpflichtet, d.h. er bekennt sich zum Ziel einer sozialistischen und letztlich kommunistischen Gesellschaft, wobei er die Aufhebung des Privateigentums und der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel als wichtigen Schritt betont.

Das alles zusammengenommen, ist der KBW zwar zu Aktionsbündnissen in der Lage. Beispielsweise wird er in der Frage der ‚Verteidigung des Vaterlandes' und eines ‚unabhängigen Europa' mit den örtlich noch vorhandenen Restkadern der aufgelösten KPD und anderen Gleichgesinnten zusammengehen. In der Diskussion um Tolerierung oder Fundamentalopposition schließt er sich den Frankfurter Altspontis um Cohn-Bendit an. In seiner Polemik gegen die Demokratischen Sozialisten/DS hat der KBW sogar übereinstimmende Interessen und Argumentationen mit der ISP/„Moderne

Fortsetzung nächste Seite

Der konkrete Herrmann P. Piwitt

Die Ursache der Vorliebe des Herrn H. Broder für etwas ,,voluminösere weibliche Körperteile'' wußte Hermann Peter Piwitt zu orten (,,Konkret Sexualität'', 1981): Broder interessiere sich ,,nur an das Fleisch'', und dies, so Rassenkenner Piwitt, sei nicht weiter verwunderlich. Denn Broder sei eben von einer *,,sprichwörtlich patriarchalisch, nämlich jüdischen Erziehung verhunzt''* worden (siehe auch AK 228, S. 30).

Es ist anzunehmen, daß H.-P. Piwitt, ansonsten Literaturkritiker bei ,,Konkret'', über so etwas wie Allgemeinbildung verfügt. Trifft diese erste Vermutung zu, darf mensch ihm wohl auch unterstellen, er wisse, welche Weltanschauung i h n selber verhunzt hat!

Die sogenannte ,,ungezügelte jüdische Geschlechtlichkeit'', die ,,völlige Schamlosigkeit'' der Juden, die ,,die arische Rasse verderbende Geilheit'' der Juden etc. pp. — das, nebst anderen bekannten Bildern, gehört zum Antisemiten-Repertoire der deutschen Geschichte. *,,Ein Volk, das keine Ehrfurcht mehr hat, ist wie ein gefallenes Weib: Es hat a l l e s verloren. Die Entseelung führt auch zur körperlichen Auflösung ... Den geschilderten Weg hat Juda beim deutschen Volk mit Erfolg eingeschlagen. Es hat ihm seine eigene historische Sünde eingeimpft, indem es ihm das S c h a m g e f ü h l entzogen hat''* (aus ,,Judas Schuldbuch'', Wilhelm Meister, Hrg.: Deutscher Schutz- und Trutzbund, München 1919).

,,Einer der wesentlichsten Züge der jüdischen Geschlechtlosigkeit besteht darin, daß der Jude im Weibe zuerst das Geschlecht sieht'' (Hartwig Hartner, ,,Erotik und Rasse'', 1925).

Eine weitere ,,Tatsache'', die gewiß mit der ,,jüdischen Natur'' zusammenhängt, fällt einem weiteren illustren Schreiber auf: Und zwar, daß jüdische Mediziner *,,diejenigen Gebiete der Heilkunde besonders bevorzugen, die irgendwie mit geschlechtlichen Dingen zusammenhängen ... — Das unkeusche Anpacken jener Dinge, die der Arier im Grunde seiner Seele immer als Schickung empfindet, ist erst durch den Juden in die Naturwissenschaft gekommen''* (Otto Kernholt, ,,Vom Ghetto zur Macht'', 1923). Und Hitler selber: *,,Der schwarzhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens Volke raubt. Mit allen Mitteln versucht er die rassischen Grundlagen des zu unterjochenden Volkes zu verderben''*. (Alle Zitate nach Bernt Engelmann, ,,Deutschland ohne Juden'', S. 353 bis 358).

Nun scheint Hermann Peter Piwitt sowas wie ein ,,Wiederholungstäter''

S. 353 bis 358).
Nun scheint Hermann Peter Piwitt sowas wie ein ,,Wiederholungstäter''

zu sein. Um das Kapital zu beschreiben, fällt ihm schon wieder so'n Bild von dieser sprichwörtlich antisemitischen Weltanschauung ein: *,,Es gibt nichts Heimatloseres, also Entwurzelteres, A h a s v e r h a f t e r e s als das Kapital. Es hetzt um den Globus auf der Suche nach Steueroasen, Niedriglohnländern und Friedhofsklima für Investitionen, wo es sich an fremder Arbeit mästen kann''* (,,Deutschland, Versuch einer Heimkehr'', zitiert nach ,,Konkret'' 11/1981, S. 59). Ahasver: *,,jüdische Legende; zu ewigem Umherirren verurteilte Gestalt des ,Ewigen Juden' ''* (Duden) ...

Bravo, Piwitt, weiter so!

E., KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von voriger Seite

Zeiten''. Aber es fehlen Bündnispartner, die über Teilaspekte hinausgehen i n s g e s a m t die ,,Richtung'' des KBW mittragen könnten. Von den ,,Undogmatischen Sozialisten'' bei den Grünen beispielsweise (Wolschner, Hopplitschek, Beckmann, Zierahn, u.a.), denen der KBW momentan sehr nahe steht, trennt ihn sein immer noch ,kommunistisches' Selbstverständnis. Am weitesten geht die Übereinstimmung des KBW mit den ,Komitees für Demokratie und Sozialismus' (Maier, Fücks), die ja auch aus dem KBW hervorgegangen sind und z.T. zu dessen Gründern gehören. Aber das ist ein extrem schwächlicher Partner, der es bundesweit kaum auf mehr als 30 Anhänger bringen wird. Eine relevante Bereicherung für die neue Zeitschrift KOMMUNE, gemessen an der bisherigen KVZ, wird das nicht bringen. Das Problem wird also bleiben.

Ein Genosse aus Frankfurt und AK-Redaktion

Abschied vom mechanistischen Materialismus

Thesen aus Anlaß eines gotteslästerlichen Artikels in AK 228

These 1:
,,Am Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott. Dies war im Anfang bei Gott. Alle Dinge sind durch das Wort gemacht, und ohne das Wort ist nichts gemacht''. (Johannes, 1, 1-4).

These 2:
Noch heute, 2000 Jahre nach den griechischen Materialisten und über 300 Jahre nach Beginn der materialistischen Philosophie des aufstrebenden Bürgertums, ist Gott dem Materialisten, was dem Vampir der Knoblauch.

,,Abschied vom lieben Gott'' lautet auch heute noch die materialistische These.

These 3:
Kann der Materialismus die Existenz von Geist, Ideen leugnen? Keineswegs. Aber er betrachtet die Ideen als die ideele Abbildung der materiellen Grundlage.

These 4:
Nun müßte just der Materialismus einen ,,Schöpfungsakt'' suchen, wo der Materie Geist eingehaucht wird, oder aber Zuflucht nehmen zu einer historischen Dialektik von Geist und Materie: Materie ist von Anbeginn mit ideeller Abbildungsfähigkeit behaftet. Geist und Materie sind zwei widersprüchliche Erscheinungsformen des e i n e n historischen Prozesses.

These 5:
Die Besonderheit des historischen Auftretens des Menschen aber ist dann, daß in ihm der Geist zur primären Seite des Widerspruchs wird. In der christlichen Mythologie heißt dies: *,,Und das Wort wurde Mensch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit (...)''*. (Johannes, 1, 14).

These 6:
Das vom Himmel herabgestiegene, in der Person Jesu vergegenständlichte Wort fiel, statt auf fruchtbaren Boden, in die Hände römischer Klassenjustiz. Kurz: es scheiterte an der Widrigkeit irdischer Verhältnisse und wich zurück in himmlische Sphären.

These 7:
Es bedurfte 1 1/2 Jahrtausende, bis die aufsteigende Bourgeoisie sowohl in ihren Taten wie in ihrer materialistischen Philosophie den himmlischen Thron Gottes ins Wanken brachte.

Gottes ins Wanken brachte.

These 8:
Was bleibt übrig in einer von Gott befreiten Welt? *,,Etwas vereinfacht kann man Gott in der Definition Spinozas gleichsetzen mit Natur und Weltall. A l l e s, was geschieht, wird durch die ewigen und unveränderlichen Naturgesetze bewirkt. (...) Der einzige Zugang zur Gotterkentnis führt für Spinoza also über die Naturwissenschaften — eine Kampfansage an a l l e Religionen und Sekten, die ihre Gottesbegriffe gerade in den unerforschten Nischen und toten Winkeln der Wissenschaft unterzubringen versuchen''*. (Kt. in AK 228).

These 9:
Dieses Zitat zeigt zugleich, worum es der aufsteigenden Bourgeoisie ging: eine Kampfansage gegen die religiös legitimierte Herrschaft der feudalen Klassen.

Die wissenschaftliche Erforschbarkeit des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens war der Schlachtruf der Bourgeoisie zu Beginn ihres Aufstiegs. Die Resultate der historisch erst kurzen Herrschaft der Bourgeoisie jedoch stimmen nachdenklich, was es denn nun mit der wissenschaftlichen Erforschbarkeit des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens auf sich hat.

These 10:
Wissenschaft heißt, fragen nach dem Warum eines Vorgangs. Warum ist die Banane krumm? Warum hat Helmut Schmidt die Nachrüstung initiiert? Warum plant die NATO den Krieg? Warum entsteht eine Ökologiebewegung? Warum droht das Schnarchen des Proletariats die Welt zu erschüttern?

These 11:
,,Warum verwandelt Wärme ein Ei in ein Küken'', fragt Mao Tse-tung in ,,Über den Widerspruch''. Die Ursache, so folgert er, kann nur in der inneren Struktur des Ei's gesucht werden, nicht aber in der äußeren Wärme, denn keine Wärme kann einen Stein in ein Küken verwandeln.

These 12:
Die Erforschung der inneren Widerspruchsstruktur eines Gegenstandes erfordert die Veränderung und Zerstörung des zu untersuchenden Gegenstandes. Das Ei muß aufgeschlagen werden, das Proletariat wachgerüttelt werden. Die Strategie Helmut Schmidts will studiert, die Ökologiebewegung begriffen werden. Dem Krieg der NATO will der Friede erklärt sein.

Forschen heißt, verändernd tätig werden.

These 13:
Mao Tse-tung hat dies prägnant formuliert: ,,Willst du den Geschmack einer Birne kennenlernen, so mußt du sie zerkauen''. Habe ich die Birne zerkaut, so kenne ich den Geschmack genau der Birne, die ich zerkaut habe.

Wissenschaft ist die ,Hochrechnung' bestimmter Stichproben zu einer allgemeinen Aussage. Jeder konkrete Sachverhalt, in diesem Fall jede Birne, hat einen ihr eigentümlichen, besonderen Charakter (Geschmack).

These 14:
Wissenschaft ist die Teilung der Welt in ein Objekt, den Gegenstand der Forschung, und ein in das Objekt eindringende, forschend tätige Subjekt. Bereits dies ist eine Veränderung konkreter Realität. In der Realität existieren die Dinge nur als Vorgänge, als sich bewegende, in Verwandlung begriffene und in andauernde Wechselwirkung geratene Prozesse.

These 15:
Die wissenschaftliche Analyse der inneren Widerspruchsstruktur eines Sachverhalts erfordert die Verwandlung eines Vorganges in einen objektiven Gegenstand der Forschung, denn nur in der Ruhe ist ein Gegenstand analysierbar. In der Realität aber existiert nichts außer sich bewegender Materie (Mao).

Wissenschaft untersucht etwas, was sie selber erst schafft.

These 16:
Dieser Widerspruch äußert sich dem handelnden Menschen: die sich ihm stellende Frage heißt immer, welcher der sichtbar werdenden Wege wird richtig sein. Die Antwort der Wissenschaft aber heißt immer: der oder der Weg war richtig. Und er war richtig,

richtig sein. Die Antwort der Wissenschaft aber heißt immer: der oder der Weg war richtig. Und er war richtig,

weil er zum Ziel führte.

These 17:
Der Marxismus steht, sofern er ein naturwissenschaftlich-mechanistisches Weltbild hat, in der Tradition des bürgerlichen Materialismus.

Der Marxismus aber steht zugleich in einer anderen, historisch älteren Tradition. Zu nennen sind hier Thomas Müntzer, die Ketzer des Mittelalters und die Reihe der jüdisch-christlichen Propheten. In dieser Tradition der Propheten einer Emanzipation aller Menschen ist Marx einer unter mehreren. Seine Besonderheit, also seine Differenz zu anderen Propheten ist die These, daß Utopien nur insoweit verwirklichbar sind, als der reale historische Prozeß bereits auf deren Verwirklichung drängt. Marx: *,,Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien (...).*

Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.'' Die so formulierte Idee wird ,,zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.'' Und sie kann die Massen ergreifen, weil sie ,,radikal'' ist, d.h. ,,die Sache an der Wurzel fassen''. ,,Die Wurzel für den Menschen ist'' für Karl Marx ,,aber der Mensch selbst''. (1)

These 18:
Marx hat die bürgerliche Gesellschaft nicht aus naturwissenschaftlichem Interesse analysiert, sondern als radikaler Prophet und Revolutionär. Gerade in Widerspruch zu allen naturgesetzlichen Denkmodellen hat sich der revolutionäre Marxismus das theoretische Instrumentarium der historischen Dialektik erarbeitet.

These 19:
Marx Gegenstand der Untersuchung ist die bürgerliche Gesellschaft. Seine Entdeckung die innere Widerspruchsstruktur dieser Gesellschaftsformation. Marx These lautet, daß *,,Die Epoche der Bourgeoisie ... sich jedoch dadurch aus(zeichnet), daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.''* .

These 20:
Im historischen Prozeß aber existieren Bourgeoisie und Proletariat nicht als getrennte Elemente, sondern nur im Widerspruch zueinander, d.h. als E i n h e i t des W i d e r s p r u c h s. Die Kernfrage der Lehre der Dialektik ist darum, *,,wie die G e g e n s ä t z e i d e n t i s c h sein können — und es sind (wie sie es werden) — unter welchen Bedingungen sie identisch sind, indem sie sich ineinander verwandeln — warum der menschliche Verstand diese Gegensätze nicht als tote, erstarrte, sondern als lebendige, bedingte, bewegliche, sich ineinander verwandelnde auffassen soll.''* (Lenin) (2).

These 21:
Was läßt Bourgeoisie und Proletariat zu einer so verflixt zählebigen Einheit werden?

Zum einen: Das sich gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierende Proletariat verschärfte den inneren Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft, erhöhte den Druck auf die herrschenden Fraktionen, eine Politik zu treiben, die die E i n h e i t des inneren Klassenwiderspruchs ermöglichte.

Historisch schlägt mit der Wende zum 20. Jahrhundert die innere Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft um in den Prozeß der imperialistischen Expansion nach außen. Die Bedingung dieses Prozesses aber ist die Möglichkeit zur Expansion. Niemand arbeitet ernsthafter an der Beseitigung dieser Möglichkeit als die NATO.

Zum anderen: Jede Maschine ersetzt Arbeiter. Die Arbeiter sind darum zunächst maschinenstürmerisch, richten ihre Angriffe *,,gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelal-*

zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelal-

terlichen Arbeiters wiederzuerringen'' (Marx). Die Bedingung der Einheit eines Proletariats und einer Bourgeoisie, die nur existieren kann in der fortwährenden Erneuerung und Ausweitung der Maschinerie, ist die Möglichkeit expansiver Entfaltung der Maschinerie, nur dann entstehen in der Produktion von Maschinen ausreichend Arbeitsplätze.

These 22:
Die ökologische Bewegung ist Ausdruck dessen, daß obige Bedingung bereits nicht mehr existiert, daß die quantitative Expansion der Maschinerie nicht mehr bedingungslos rational ist. Die noch mögliche (und notwendige) qualitative Verbesserung der Maschinerie katapultiert die lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozeß hinaus.

These 23:
Das durch die qualitative Verbesserung des Produktionsapparates freigesetzte Potential ,,strukturell'' Arbeitsloser ist nicht mehr als Proletariat definierbar. Arbeiter ist, wer auf dem freien Markt der bürgerlichen Gesellschaft etwas zu verkaufen hat: eine Ware — seine Arbeitskraft. Der Wert der Ware Arbeitskraft der nunmehr freigesetzten und als ,,Nicht-Arbeiter'' charakterisierbaren Gesellschaftsgruppe ist vom Standpunkt bürgerlicher Ökonomie gleich Null.

Was hat das Erscheinen einer Gesellschaftsklasse zu bedeuten, die in die bisherige Gesellschaftsstruktur nur schwer einordnenbar ist?

These 24:
Der naturgesetzlich-mechanistische Materialismus behauptet den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie — ein vom Standpunkt dialektischer Philosophie gänzlich paradoxes Geschehen: wie kann eine Seite eines Widerspruchs ihre Kehrseite besiegen, ohne sich selbst zu besiegen?

These 25:
Historisch besiegt weder der Sklave den Freien noch der Leibeigene den Lehnherren, sondern die im Kampf miteinander liegenden Klassen unterliegen gemeinsam einem aufsteigenden 3. Element: Baron und Leibeigener unterliegen der aufsteigenden bürgerlichen Epoche. Dies nennt Marx den ,,gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen'' und dies meint der Volksmund, daß, wo Zwei sich streiten, es einen lachenden Dritten gibt.

These 26:
Niemand drängt ungeduldiger auf die Vermehrung der gesellschaftlichen Klasse der ,,Nicht-Arbeiter'' als die Bourgeoisie.

These 27:
Wenn moderne Philosophen den Ausstieg aus dem Industriesystem und das allgemeine Maßhalten fordern, so proklamieren sie nichts anderes als die intimsten Pläne der Bourgeoisie.

These 28:
Die ökologische Strukturierung des industriellen Apparates und die Unterordnung ökonomischer Prozesse unter das Gesamtinteresse der Gesellschaft ist ein historisch notwendig sich vollziehender Prozeß. Ob sich dieser Prozeß vollzieht, ist keine Frage; wohl aber fraglich ist: vollzieht sich der Prozeß der ökologischen Strukturierung des industriellen Apparates unter Hegemonie von Strauß / Lambsdorff und ideologischer Verbrämung a la Bahro, und d.h. eben auf den Knochen des Volkes, oder aber unter weitestgehender Berücksichtigung der Interessen des Volkes?

Der Schritt mag auf dem Weg der Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaft gering erscheinen. Er ist der historisch nächst mögliche.

These 29:
Fazit: Dem mechanistischen Materialismus ist der Abschied von Gott kein Problem. Die historische Dialektik muß dies problematisieren.

,,Jeder Unterschied in den menschlichen Begriffen ist als die Widerspiegelung eines objektiven Widerspruchs zu betrachten'' (Mao). Gott ist ein solcher, von allen Menschen gebrauchter Begriff. Er stellt eine besondere, dem Menschen fundamentale Widerspruchsbeziehung dar:

Begriff. Er stellt eine besondere, dem Menschen fundamentale Widerspruchsbeziehung dar:

1. der Widerspruch zwischen dem Gattungsvermögen der Menschheit und dem begrenzten Vermögen eines jeden einzelnen Menschen. Der einzelne Mensch aber hat Anteil an dem Gattungsvermögen nur über die Ideen der Menschheit.
2. die wissenschaftliche Erforschung des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens der Welt bedarf des außerhalb der Welt befindlichen, objektiven Betrachtungsstandpunktes. Der Mensch ist immer Teil des Geschehens. Von einem solchen subjektiven Betrachtungsstandpunkt aber ist die Logik des Gesamtgeschehens nur nach Wahrscheinlichkeit zu erschließen.
3. ohne religiöse Mystik aber bleibt die Erklärung des Johannes. Die Erkenntnis der Logik des historischen Gesamtgeschehens, des Logos (griech. = Wort), ist das vom menschlichen Denken angestrebte, aber nur in Annäherung erreichbare. Die Erkenntnis des Logos ist das dem Menschen nicht mögliche.
4. *,,Begreifen, was geht und was im Kommen ist''* (Nazim Hikmet) ... Der mechanische Materialist weiß etwas, wo der konkrete Dialektiker staunend schreibt: *,,Betroffen von dieser Unendlichkeit, frag ich: Wer auf der weiten Erde, herrscht über das Auf und Ab!''* (Mao).
5. Die materialistische Philosophie der Epoche der Bourgeoisie hat Gott vom Himmel gestoßen. Wo aber hat sie ihn gelassen?

U., Oldenburg

Literatur:
Mao Tse-tung — ,,Über den Widerspruch''; Bd. 1 ausgewählte Werke
Gedichte
Marx — Briefe an Ruge 1843 (1);
Kritik der hegelschen Rechtsphilosophie (1);
Manifest der kommunistischen Partei
Lenin — Philosophische Hefte, Werke Bd. 38 (2)

ach aus Dresden, meines Freundes
irre Krakelzeichnung. Soll ich nun
Rätsel lösen? Seht
den Bösen! seht den Guten: ja, er
nennt den Bösen böse
seht: der Gute ist im Grunde
böse, denn er macht den Bösen böse.
sind die Mörder nun die Opfer?
gibt es nicht mehr falsch und richtig?
Wahrheit — Lüge? oben — unten?
sollen wir die Feigheit wagen?
soll ich Nein und Amen sagen?
ist vor lauter Kompliziertheit
jedes klare Wort gevierteilt?
sind noch Mörder Mörder?
sind die Steine Steine?
Ratten Ratten? Deutsche Deutsche?
Wein' ich, wenn ich weine?

Wir sind vielleicht alle noch nicht radikal genug verzweifelt

Wolf Biermann legte nach einer fast zweijährigen Pause und einem längeren Frankreich-Aufenthalt in diesem Herbst eine neue LP „Wir müssen vor Hoffnung verrückt sein" und ein neues Buch „Verdrehte Welt, das seh ich gerne" vor. Eine weitere LP ausschließlich zu Polen ist in Vorbereitung. Auf einer BRD-Tournee hat er seine neuen Lieder zur Friedensbewegung, zu Polen und zu seinem Alltag vorgestellt.

Und während das Publikum und die Öffentlichkeit ihm seine alltäglichen Balladen, nicht so genau hinsehend, abnimmt, gerät Biermann in Sachen Frieden und Polen in einen Strudel von Ablehnung und Begeisterung. Sicherlich, die UZ hat es immer schon gewußt, und verkündet, „daß Biermann inzwischen Vater ist, bleibt wohl das einzige, was er im Westen gelernt hat" (UZ, 21.10.82). Und erhält er auch Lob von „Welt" und „FAZ" — „all den vielen Friedliebenden im Publikum, die so gemütlich antiwestlich gestimmt sind, goß er bildlich gesprochen kaltes Wasser aufs Haupt" („Welt", 26.10.82) — so hat er sich's mit dem „Spiegel" wohl verdorben. Dem ist er zum „sprachmächtigen Bußprediger in ‚Endzeit'stimmung" avanciert, der, und hier ist sich der „Spiegel" wieder mit der UZ einig, „Lichtjahre entfernt ist von dem täglichen Kleinkrieg" („Spiegel", 22.11.82) bzw. „dem, was auf der Tagesordnung steht" (UZ, 21.10.82). Wir möchten in diesem Artikel die Anstößigkeiten von Biermann zur Diskussion stellen und erklären, warum wir sie für Anstöße halten, die für die bundesdeutsche Linke fruchtbar sein könnten.

Wider Willen 1976 aus der DDR geworfen, war Biermann in der BRD ein Fremder, der unter dem Druck stand, zu beweisen, daß er im Westen politisch, moralisch und künstlerisch nicht vor die Hunde geht. Um nicht den Weg eines Berufsdissidenten zu gehen, schrieb er über Themen, die er für „politisch wichtig" erachtete: Terroristenhetze, Gorleben, Hafenarbeiterstreik, Berufsverbote. Er sang nicht nur darüber, sondern versuchte, an diesen Punkten mit persönlichem Engagement anzuknüpfen, um sich im Westen eine politische Identität zu schaffen. Er stellte sich mit seinen Liedern gegen die Terroristenhetze in die Öffentlichkeit auf den Hamburger Mönckebergplatz. 1980 mischte er sich geschickt-ungeschickt, das kleinere Übel nicht vermeidend, in den Anti-Strauß-Wahlkampf ein. (1)



Biermann im Hamburger Konzert

...Und dann stammel ich was von Berufsverbot
Von der seelischen Not der Arbeitslosen
von Ausbeutung, Gastarbeiterleid, von
biodynamischem Fraß in Dosen, Verschwendung
der Reichen, von Dritter Welt, von den
lebenden Leichen aus brauner Zeit, von
Filbinger, Carstens, Schleyer und Strauß
Gorleben! Brokdorf! Wyhl! und dabei
die Brutalität der Polizei, Atomkraftwerke
überhaupt! und ganz besonders die Ignoranz
von Atomkanzler Schmidt und dazu noch ein
treffender Satz gegen die Sympathisantenhatz
und ein deutliches Wort über den Mord an
Rudi, und dann lande ich noch einen Hieb
gegen die Springerbande, und wenn man
diese rostige Schraube bis zum Ende schraubt
ist das Übel: der Kapitalismus überhaupt...

Und dann lächelt der Andre und sagt: Gut,
so vieles ist schlecht hier, recht haben
die Linken, mich stinken die Zustände an
wie Euch, aber nennt mir nun ein einziges
Land, wo alles das grundsätzlich besser ist
— besser ist, oder wird, oder werden wird
— ein Land, bitte, nur eins!

Genossen, zerhackt mich, dann krieche ich
hinter den Rand des linken Pißpotts, dann
weiß ich kein Land, keins!

(Gespräch übern Rand des Pißpotts)

„Heute", sagt Biermann, *„bin ich endlich wieder fähig, über den Alltag zu sprechen, weil ich wieder einen Alltag habe. (...) Als ich hier neu im Westen war, konnte ich solche Lieder nicht schreiben. Ich kam mir zwar einigermaßen schlau vor, weil ich Dinge einschätzen konnte (...). Trotzdem wußte ich über den Westen nicht tief genug Bescheid, war nicht im wirklichen Leben verankert. Dazu muß man fühlen, riechen, schmecken, anfassen. Dazu muß man gelitten haben in einer Gesellschaft und sich vergnügt haben. Man muß eben alle Höhen und Tiefen des normalen, platten Lebens investieren können, wenn man auch nur ein lebendiges Lied schreiben will."* („FAZ", 26.10.82). Für Biermann ist dieser Alltag immer politisch. Politisch in dem Sinne, daß der Alltag geprägt ist von den Zwängen und Möglichkeiten des gesellschaftlichen Systems. Biermann ist einer der wenigen Liedermacher, denen es ohne Gezwungenheit gelingt, Lieder zu schreiben, die in einem politisch und subjektiv sind. Gerade diese Qualität wird gar zu gerne besonders von der Linken übersehen.

„Und jetzt im Westen lebend, schreibe ich über Polen, scheinbar weit weg. Aber was dort passiert an Unterdrückung und Widerstand, ist das, was ich gut kenne. Also schreibe ich, wenn ich über Polen schreibe, auch über mein Allereigenstes und muß mich auch hier nicht verrenken und hinabbeugen zu irgendwelchen wirklichen oder eingebildeten politischen Wichtigkeiten." (taz, 19.10.82).

Totgeburt

und unter dem Herzen
das immer wieder gesund gebetete
Hackfleisch

immer noch unter dem Herzen
fault mir das Kind ohne Kopf
fault mir der Kommunismus, trüb
in der Fruchtblase schwimmt mir
kerngesund der Kadaver im Geiste
Dreck schwimmt im Haß und Blut
tränkt die Lüge und Dummheit
klopft fröhlich im Eiter, ach
so viele Gläubigkeiten im Elend
ersoffen der Heuchelei, auf den
Lippen die Revolution wie Aussatz
das Paradies auf Erden verwest
unter dem Herzen herumgetragen
schlaflose Jahre lang und immer noch
groß in der Pose einhergeschritten
der schönen Schwangeren, aber
unter dem Umstandskleid fault
und stinkt mir das menschliche
das immer wieder gesund gebetete
Hackfleisch

still wachsen die Wachtürme
still wuchert der Stacheldraht
in ihn geflochten, wie Blumen,
die Menschen. Von weitem
—nicht wahr? — von weitem
ein Bild, ja, der Verzweiflung

Die Brisanz der Biermann'schen Polenlieder liegt darin, daß er einen Zusammenhang herstellt zwischen den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Polen und der bundesdeutschen Friedensbewegung: Das polnische Volk wird vom großen Bruder SU unterdrückt. Die Herrschenden wollen Frieden, den sie aber nur über einen (Bruder) Krieg erreichen können. Dabei unterstellt Biermann der SU keine imperialistischen Welteroberungsabsichten. Gleichwohl rüste die SU auf und stelle so für ihn eine Supermacht dar, die gegenüber dem eigenen Einflußbereich aggressiv auftrete. Zwar differenziert er insofern, als in der SU „keiner am Krieg verdient" (gute alte Imperialismus-theorie), geht jedoch davon aus, *„daß das kapitalistische Profitinteresse nicht das einzige ist, was irgendwelche Machthaber ins Wettrüsten und in Kriege treiben kann"* („Stern", zit. n. „Verdrehte Welt..."). Die SU flüchte sich in außenpolitische Abenteuer, um von ihren schweren inneren Konflikten abzulenken. Eine Friedensbewegung, die zurecht gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa auftreten, dürfe zur Aufrüstung und Unterdrückung des Ostens nicht schweigen, weil sie sonst unglaubwürdig und heuchlerisch sei. *„Die Schlauköppe* (die die offiziellen Lügen der Putschgeneräle nachplappern), *sind am Ende die ganz Dummen. Die glauben, sie müßten für den Fortschritt lügen, sind am Ende Reaktionäre."* (taz, 12.2.82). Mit diesen Argumenten setzt sich Biermann stark für eine Ausgrenzung der DKP aus der Friedensbewegung ein. Demgegenüber kneift er, was die Rolle der SPD angeht, mindestens ein Auge fest zu. (2)

„Ich muß doch nicht den Irrtum verbreiten, die Sowjetunion betreibe eine Friedenspolitik. Auch aus taktischen Gründen wäre das ungeschickt, denn die sogenannten einfachen Leute — und nur sie können gemeinsam das Blatt zum Guten wenden — sind nicht so blöd. Der sogenannte Mann auf der Straße ist nicht so dumm wie solche Taktiker schlau sein wollen." („Stern", zit. n. „Verdrehte Welt...").

Durch solche Worte fließ dem früher Geächteten die volle Unterstützung der BRD-Rechtspresse von „Welt" bis FAZ zu. Biermann ist sich dieses zweifelhaften unausweichlichen Lobes bewußt: *„Bei uns gibt es offenbar nur zwei Arten von Leuten, die die Wahrheit über Polen sagen: Strauß und Wolf Biermann"*. Und: *„(...) dann werde ich mir doch nicht meinen linken Plattkopp zerquälen über die Frage, ob Jaruzelski vielleicht ein feiner Mann ist"* (taz, 12.2.82).

In seinen Äußerungen zu Polen wird die Rolle des Westens und speziell der BRD kaum erwähnt und geht deshalb in der massiven Kritik am Militärregime oft unter. Biermann benennt zwar die ökonomischen Interessen der BRD-Regierung, der „es hier nicht um Moral, sondern um sechs Milliarden Kredite" gehe, als auch das Anliegen der geifernden West-Ideologen, denen dieses Polen als Schreckens-Sozialismus die rechte Munition für ihre Ost-Hetze liefert. Er übersieht jedoch, daß es dem Westen darüber hinaus um die Destabilisierung des gesamten Warschauer Pakt-Systems geht.

Und trotz seiner überaus heftigen Kritik am Osten formuliert Biermann als Forderung für die westdeutsche Friedensbewegung den einseitigen Austritt aus der NATO. Er verspricht sich davon eine Signalwirkung auf die Völker im Ostblock; die freiwerdenden „materiellen und moralischen Kräfte" des Westens würden eine „enorme Sogwirkung" im Osten hervorrufen, unter der die herrschenden Bürokratien zusammenbrechen dürften.

Umgekehrt sieht er in einer erfolgreichen Arbeiterrevolution in einem Ostblockstaat eine große Chance für ein Erwachen des Bewußtseins der westlichen Arbeiterklasse. *„Und wenn diese sozialistischen Kräfte im Osten niedergeschlagen werden, wirkt sich das auch schlimm aus auf den Westen"* (taz, 12.2.82).

Hinter seinen Positionen steht die Auffassung, die so verbreitet in der Friedensbewegung auch nicht ist, daß Frieden letztlich nicht möglich ist und wird, solange in irgendeinem Land Unterdrückung herrscht, Frieden nur durch eine sozialistische Revolution erkämpft werden kann.

Dieser wesentliche Unterschied zu anderen Supermachtstheoretikern wird, scheint's, übersehen, aus welchen Gründen auch immer. Der Vorwurf aus der linken Ecke an Biermann, ‚Antikommunist' geworden zu sein, ‚sein Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu leiten', ist so gesehen leichtfertig und oberflächlich.

Nicht nur Biermanns Gleichsetzung von Reagan und Breschnew, wie er sie in seinen Konzerten entwickelte, gab Anlaß zu Kritik, auch seine Gleichsetzung des blutigen Putsches der Militärs in Chile mit der Machtübernahme der Militärs in Polen wurde und wird zum Stein des Anstoßes. Biermann empört sich, daß „der Linken Chile und Vietnam nah (seien), aber sie wissen nicht, wo Polen liegt"; auf spanisch hätte ihnen (uns) der Faschismus noch etwas gegeben. Mitten zwischen seine Lieder und Texte zu Polen setzt er das Lied vom Kameramann, das er nach dem Putsch in Chile geschrieben hat; an anderer Stelle spricht er von Folterungen in Polen, von einem KZ-Sozialismus.

Dennoch irrt die Rechtspresse, wenn sie von einem bekehrten Biermann schreibt: Biermann hat sich nicht verändert, wenn es um die Schärfe seiner linken Polemik gegen den RGW geht, noch ist er plötzlich moralisch geworden. Neu ist, daß er ein Land des realen Sozialismus faschistisch nennt. Diese neue Qualität in Biermanns Kritik ist die Entsprechung zu der tatsächlichen Verschärfung der gesellschaftlichen Entwicklung in Polen. Dort wurde der Versuch organisierter Arbeiter, „ihren" Sozialismus von unten zu verändern, mit militärischen Mitteln brutal abgewürgt. Der Putsch in Polen hat der Erfahrung des praktischen Scheiterns des Sozialismus eine weitere Enttäuschung hinzugefügt. Biermann ist diese Erfahrung sehr viel näher als der westdeutschen Linken. Er hat das Scheitern seiner Utopie der Reformierbarkeit des realen Sozialismus im eigenen Land erleben müssen. Von seinem „Wir machen hier Sozialismus / trotz Rotz und Stalinismus" ist nichts mehr übrig; ausgebürgert will er heute nicht mehr zurück.

„Ich weiß wirklich nicht, ob das Wort Kommunismus für Leute, die Kommunisten sind, noch brauchbar ist. Für die meisten Menschen jedenfalls bedeutet das Wort weder Volksherrschaft noch herrschaftsfreies Leben, noch auch Diktatur des Proletariats. Sondern es bedeutet historisch-konkret Diktatur einer Machtelite über das Proletariat. Es bedeutet den brutalen Mangel an Gedankenfreiheit, es bedeutet Heuchelei, es bedeutet Blut und Tränen, Konzentrationslager und abenteuerliche, menschenverachtende Politik nach innen und außen (...) Gleichzeitig nennen Menschen auf der ganzen Welt, die im Freiheitskrieg der Menschheit auf Seiten der Freiheit stehen, (...), sich auch trotz alledem noch Sozialisten und Kommunisten." (taz, 19.10.82)

Die Zweifel und die Resignation, die Biermann hier anspricht, sind nicht bloß seine eigenen; er formuliert sie nur schärfer als die wesentliche Frage der Kommunisten heute, schärfer, weil diese Problematik sein ganzes Leben bestimmt hat.

Demgegenüber steht eine Linke in der BRD, die mit den offenen Widersprüchen oft anders umgeht. Der Verlust der sozialistischen Vaterländer, die Enttäuschungen der eigenen damit verknüpften Hoffnungen hat zur vielbeschworenen Krise des Marxismus und zum Abschwören von der sozialistischen Utopie überhaupt geführt. Polen ist dabei nur ein Moment, an dem

...Gezottelt zwischen Gejammer und Spott
Wir schwanken beim Tun wie beim Lassen
Und wissen nicht: Bin ich Tier oder Gott
— Gott oder Tier —
Ein Raubtier, das betet, ein Gott, der beißt
Was ist denn im Menschen der Mensch?
Was man wohl menschlich heißt
Das faule Fleisch, der laue Geist
Das ist im Menschen der Mensch...

(Von den Menschen)

sich diese Krise zeigt. Viele Linke sähen es am liebsten, wenn der gesellschaftliche Konflikt in Polen „weg" wäre, weil es so schwierig ist, durchzublicken, weil man sich in Sachen Polensolidarität leicht falsche Freunde einhandelt, weil die Rolle der SU nicht klar ist und die einfachen, ‚richtigen' Antworten fehlen. Resultat dieser Denkfaulheit und Lauheit in den linken Köpfen ist eine falsche Solidarität mit dem polnischen Volk. Diese Haltung ist es, die Biermann zurecht angreift, und ebenso die Konsequenz, die vielerorts gezogen wird, gleich die Idee und den Traum selbst für gescheitert zu erklären.

Dieser Traum ist ja alt
wie die Menschheit jung
und wird auch noch halten
wenn wir nicht mehr halten
Nie wird dieser Traum
je fade noch schal
schon gar nicht
in schlimmsten Nöten
Und es reicht nicht so'n
kleiner Dreck-General
um solch einen Traum
zu töten
Und wenn nach dem Chaos
das uns blüht
in Ost und in West
nichts mehr übrigbleibt
Als die Herrschenden
hüben und drüben
— auch dann ist der Traum
nicht ausgeträumt
Und wie sie's auch drehn:
In ihren Kindern
wird dieser Traum
gegen sie auferstehn.

(Aus der Traum)

Anders als zu Zeiten, als Biermanns Lied „So oder so, die Erde wird rot", noch eine gemeinsame Utopie war, existiert dieser Konsens zwischen ihm und dem Publikum nicht mehr. Biermann singt dieses Lied heute immer noch — oder wieder —, aber vor einem anderen Publikum, das die sozialistische Perspektive nicht mehr unbedingt teilt. Den neuen Bewegungen ist bei aller Unterschiedlichkeit diese kritische bis ablehnende Haltung gegenüber einem revolutionären Marxismus gemeinsam. Biermann unternimmt den Versuch, diejenigen, die heute aus der Friedens- und alternativen Bewegung in seine Konzerte kommen, dafür zu agitieren, und sie bewußt provozierend mit den ganzen Zweifeln, Hoffnungen und offenen Fragen, die sich daraus ergeben, zu konfrontieren. Antworten oder eine eindeutig korrekte „Linie" werden nicht geliefert; eher kann man Biermann schon bescheinigen, einen ganzen Haufen Sackgassen aufzuzeigen. Dabei geht Biermann manchmal „einen Schritt zu weit", setzt an die Stelle politisch überzeugender Argumente seine moralische Integrität. Eine Kritik allerdings, die sich auf diesen Punkt beschränkt, geht sowohl am Kern seines Anliegens als auch an seiner Person allerdings, die sich auf diesen Punkt beschränkt, geht sowohl am Kern seines Anliegens als auch an seiner Person vorbei.

„Ich hoffe so verzweifelt, voller Hoffnung, wie es wohl nötig ist, wenn wir noch irgendwie rauskommen wollen aus dem Zug, in dem wir alle sitzen. Der Zug, der in die Selbstvernichtung der Menschheit führt und der scheinbar nur noch eine Weiche vor sich hat, wo er so oder so fahren kann: Nämlich daß wir uns durch Krieg selbst vernichten oder durch den Frieden. Diesen Frieden, der in dem Chaos von Hunger und Elend enden wird auf einer Erde, die ein unbewohnbarer Müllberg geworden ist. Es scheint so, als ob wir keine Chance mehr haben. Und wenn wir überhaupt noch in eine menschliche Menschheit uns verwandeln können, dann nur durch solche Menschen, die in diesem guten Sinne verrückt sind, in diesem guten Sinne voller Hoffnung". (taz, 19.10.82)

I. (Kulturkommission) und U. (Göttingen)

Anmerkungen:

1. „Ja in diesem Punkt bin ich nicht mehr meiner Meinung. Als ich die Lieder 1980 vortrug, in denen ich zur Wahl der SPD aufrief, dachte ich, daß die Grünen niemals so schön sein können wie Strauß häßlich ist. Inzwischen haben die Grünen zwei Jahre Zeit gehabt und sie auch genutzt... Ihre sozialen, außenpolitischen und andere Positionen werden von den etablierten Mächten als blauäugig bezeichnet, was sie übrigens gelegentlich auch sind und sein sollen." (taz, 19.10.82)
2. „Und was die SPD betrifft, die doch für dieses Land eine so wichtige Partei ist, so hoffe ich, daß der Fußtritt, den sie jetzt in Bonn kriegte, so schmerzhaft sein wird, daß er gute Wirkungen vom Hintern bis hoch ins Gehirn erzeugen könnte, d.h. daß die Sozialdemokratie sich wieder darauf besinnt, wo sie ursprünglich herkommt, und wo sie eigentlich mal hinwollte." (taz, 19.10.)

Mit seiner ganzen Person

Pablo Picassos Bilder gegen den Krieg



aus Picasso „Grafik gegen Krieg"

Klage um die Opfer des faschistischen Terrors (aus „Traum und Lüge Francos")

Vom spanischen Bürgerkrieg bis zu seinem Tod im Jahr 1973 hat Picasso mit Bildern, Plakaten und Pressezeichnungen zum politischen Geschehen Stellung genommen. Mit Ausnahme von „Guernica" sind diese Arbeiten in der BRD nur wenigen bekannt (1). Anders als in Frankreich oder gar in Spanien gilt Picasso hier zwar als „Klassiker der Moderne", aber auch als Inbegriff eines Künstlers, der „seine Subjektivität schrankenlos verwirklichte". Bürgerliche Ideologen, wie etwa der Kunsthistoriker Spies, geben sich alle Mühe, dieses Bild eines Genies, das „sich immer erneut der Geschichte und der Zeit" entzieht und dessen Leben sich „nirgends ... mit einem Datum der Weltgeschichte" berührt, zu erhalten. Picassos Bilder indes beweisen das Gegenteil.

Die Wunde Faschismus

Mit dem 1937 gezeichneten Zyklus „Traum und Lüge Francos" beginnt die Reihe der Bilder, in denen Picasso sich direkt zu den politischen Auseinandersetzungen äußert. Picasso, der sich nach dem Wahlsieg der Volksfront in Spanien 1936 und dem anschließenden Putschversuch Francos sofort auf die Seite der Republikaner stellte, zeichnet Franco als karikiertes Ungeheuer:

„Die Radierungen zeigen ein monströses Wesen, auf einer wüsten Schindmähre, das durch sein Uniformschiffchen als Franco gekennzeichnet ist.

Die Marienfahne in der einen und das Schwert in der anderen Hand alle- ist. Die Marienfahne in der einen und das Schwert in der anderen Hand alle- *gorisieren Kirche und Armee als die Hauptkräfte seines Aufstands. Der widerliche wurstgliedrige Kopf des Reiters zitiert ein Gemälde vom 1.5.1936, auf dem Augen und Nase sich wulst- und rüsselförmig verselbständigt haben, auf dem Brüste und Penis assoziiert werden können. Es sind Formen aus dem Umfeld des Surrealismus. Der ‚caudillo', das Rüsselmännchen dieses comic strips, geht mit einer Spitzhacke auf die Kunst los, er betet eine Dollar-Monstranz an, er attackiert die Sonne ..."* (2).

Den Erlös aus dem Verkauf dieser Zeichnungen, die in einer 1.000er Auflage vertrieben wurden, gab Picasso an den Hilfsfonds der spanischen Republik.

Während der Arbeit an dem Zyklus „Traum und Lüge Francos" beginnt er mit Studien zu „Guernica". Bereits Anfang 1937 hatte ihn die Regierung der spanischen Republik beauftragt, ein Wandbild für den Pavillon Spaniens auf der Pariser Weltausstellung 1937 zu malen. Die Zerstörung Guernicas am 26. April 1937 durch die faschistische deutsche „Legion Condor" gab Picasso das Thema für das Wandbild. Innerhalb weniger Wochen entsteht sein bedeutendstes politisches Gemälde, ein Bild, von dem Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands" schreibt, es *„schrie und erinnerte an alle zurückliegenden Stadien der Unterdrückung ..."*.

Zwei Auffassungen von Realismus

„Guernica" gehört zu den Bildern, die den oft mitverstandenen und propagandistisch verkürzten Anspruch, **„Kunst als Waffe des Angriffs und der Verteidigung gegen den Feind"** (Picasso) zu gebrauchen, einlöst. Andere Künstler hätten sich vielleicht mit dem ersten Entwurf zu „Guernica", mit der von der KP Spaniens erwünschten gereckten Faust des Widerstandskämpfers, zufrieden gegeben. Nicht so Picasso. *„Die Faust des getöteten Kämpfers wird zur Sonne, dann, indem das Ganze in einen Innenraum verlegt wird, schmilzt sie zur leuchtenden Ellipse, wandelt sie sich in elektrisches Licht. Picassos Verzicht auf die geballte Faust der Kommunisten verbreitet die soziale und politische Aufnahmebereitschaft ..."*.

Die Wirkung, die Picassos Bild heute noch hat, ist zweifellos auch der Tatsache zu verdanken, daß Picasso sich — entgegen der Forderung der KP Spaniens — weigerte, ein Bild zu malen, das den tagespolitischen Forderungen entsprach, ein Bild, das nur einen Appell zum Kampf, nur die Forderung nach Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen des antifaschistischen Widerstandes gestellt hätte. Was Sartre für die Literatur forderte, gilt ebenso für den Maler Picasso: *„Wenn Literatur nicht alles ist, ist sie nicht der Mühe wert, ... Wenn jeder niedergeschriebene Satz nicht auf allen Ebenen des Menschen und der Gesellschaft widerklingt, bedeutet er nichts".* Dieser Anspruch bedeutet, sich den schmerzhaften Widersprüchen, der Angst zu stellen, er bedeutet, a u c h die Zerstückelung und Zerstörung des Menschen durch den Menschen darzustellen.

Die Widersprüchlichkeit, „Gebrochenheit" (Peter Weiss) des Bildes „Guernica" traf auf das Unverständnis der KP Spaniens. Die KP erwog — wie Peter Weiss in seinen Notizen zur „Ästhetik des Widerstands" notiert — die Entfernung des Bildes aus dem spanischen Pavillon, da es ihrer Auffassung nach der „Sache des Proletariats" nicht dienlich wäre (3).

Diese beiden unterschiedlichen Realismus-Auffassungen hat Peter Weiss im Gespräch der beiden Interbrigadisten in der „Ästhetik" zur Diskussion gestellt: *„Zwei verschiedene Realismusauffassungen stießen aufeinander, sagte Ayschmann. Die schmerzliche Verunstaltung des Menschen unter der Wucht der Destruktion widersprach der Ansicht der Partei, daß der Kämpfende in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten habe. Da waren groteske Züge, gleichsam kindlich gekritzelt, sie waren, wie es hieß, ungeeignet, die Sache des Proletariats zu vertreten. Die antagonistischen, zur Synthese gebundenen Kräfte im Bild entfesselten einen heftigen Streit, ehe die Lehre, die Picasso erteilte, dem Nachdenkenden verständlich wurde.*

Die äußere Schicht der Wirklichkeit war abgehoben worden. Unterdrückung und Gewalt, Klassenbewußtsein und heroischer Mut zeigten sich in ihren elementaren, dynamischen Funktionen. Indem das Zerfetzte sich zu einer neuen Ganzheit zusammenschloß, wurde dem Feind eine Abwehr entgegengestellt, die unbesiegbar war." (4).



Tanz der Kinder. Studie zu dem Bild „Der Frieden", 1952

Gegen das Unvermögen der Menschen, sich die eigene Auslöschung vorzustellen"

Ob Picasso „Guernica" malt oder das graue „Stilleben mit Messer und Gabel" (1941) — eine Unterscheidung seiner Bilder in „politisch" und „unpolitisch" läßt sich nicht treffen. In den meisten Bildern, die Picasso in den Jahren 1939 bis 1945 gemalt hat, ist — zwar nicht vordergründig sichtbar — „der Krieg enthalten" (Picasso). Ihr Thema, die Zerstörung des Menschen durch den Menschen, wird in so unterschiedlichen Motiven wie „Katze, die einen Vogel auffrißt" (1939), in den Stilleben mit den Stierschädeln oder im „Ausgestreckten Frauenakt in der Landschaft" von 1938 variiert.

In jedem dieser Bilder setzt Picasso sich mit der Brutalität und dem Schrecken der Kriegsjahre auseinander. Jedes dieser Bilder ist der erneute Versuch, der Angst standzuhalten, ihr das diffuse Unbestimmt-Irrationale zu nehmen. Diese künstlerische Auseinandersetzung mit dem Entsetzen ist — vergleichbar mit Francisco Goya oder mit Géricault, der sich während der Arbeit zu seinem Bild „Das Floß der Medusa" mit den Leichen in der Pariser Morgue konfrontierte — der Versuch, das eigene „Verlangen nach Wahrheit auf die Probe" zu stellen (5).

Bilder wie „Das Beinhaus", 1944/45 unter dem Eindruck der Berichte über die Konzentrationslager gemalt, oder das 1951 entstandene „Massaker in Korea" sind das Ergebnis jahrelanger geistiger, politischer und ästhetischer Anstrengungen. Gegen das *„Unvermögen des Menschen, sich seine eigene Auslöschung vorzustellen"*, eine der Voraussetzungen des Faschismus (6), gen des Menschen, sich seine eigene Auslöschung vorzustellen", eine der Voraussetzungen des Faschismus (6), setzt Picasso den Kampf um die Genauigkeit der Wahrnehmungen, Gedanken und Assoziationen.

Das Gesicht des Friedens

Noch während des Krieges, 1942, als das Ende des Terrors nicht abzusehen war, begann Picasso mit „Gegenbildern". In über 50 Zeichnungen variierte er das Motiv des „Guten Hirten". 1944 wurde diese Arbeit vollendet: die Plastik eines kahlköpfigen Alten, der ein Lamm trägt. *„Der Gute Hirte ... ist ... das frühchristliche Motiv, das hier säkularisiert zum Zeichen der Erneuerungsbereitschaft wird: Helfen, Schützen, Tragen — sich nicht vom Grauen lähmen lassen! 1950 wurde die Plastik auf dem Marktplatz von Vallauris aufgestellt ...".*

Als die Alliierten in Paris einmarschieren, ist Picasso nicht auf der Straße: er sitzt in seinem Atelier und arbeitet an einem Bild, das — eine künstlerische Auseinandersetzung mit Nicolas Poussins „Bacchanal" — die Utopie des Friedens darzustellen versucht. *„Es ist eine kleine Gouache, mit der die antikisch mediterrane Welt des Pan, der Faune und der Sinnenfreude in Picassos Welt zurückkehrt".*

In den Jahren nach dem Krieg nimmt Picasso auch ein Motiv wieder auf, das er bereits als Kind unzählige Male gezeichnet und gemalt hatte, ein Motiv, das ebenfalls aus dem frühen Christentum stammt: die weiße Taube. Gewiß ist Picasso nicht der Erfinder der Friedenstaube, aber seine Zeichnungen — etwa die Plakate zu den Friedenskongressen der 50er Jahre — haben dazu beigetragen, daß die Taube zum Sym-



Zeichnung für das Plakat „Amnestie" des nationalen Komitees zur Unterstützung der Opfer Francos, 1959

Fortsetzung von voriger Seite

bol der Friedensbewegung nach dem zweiten Weltkrieg wurde. In seinen Memoiren schreibt Ilja Ehrenburg: *„Ich entsinne mich eines Mittagessens in seinem Atelier am Tag der Eröffnung des Pariser Weltfriedenskongresses. Am selben Tag wurde Pablo eine Tochter gegeben, welcher er den Namen Paloma, die Taube, gab. Am Tisch waren wir zu dritt: Picasso, Eluard und ich. Zuerst sprachen wir über die Tauben. Pablo erzählte, wie sein Vater, der als Maler oft Tauben zeichnete, ihn die Füße fertigzeichnen ließ — der Vater hatte genug von Taubenfüßen. Dann kam das Gespräch auf Tauben im allgemeinen. Picasso liebt Tauben und hat immer welche im Haus. Lachend sagte er, Tauben seien habgierige und streitsüchtige Vögel; er verstünde nicht, wieso sie Friedenssymbol hatten werden können. Dann ging Picasso auf seine Kunsttauben über und zeigte uns an die hundert Entwürfe für sein Plakat; er wußte, daß seinem Vogel der Weltflug bevorstand".*

In den Jahren nach 1945 wird das Thema „Krieg und Frieden" für Picasso zum zentralen Thema seiner künstlerischen Arbeit, ein Thema, zu dem er immer wieder zurückkehrt: in den Zeichnungen für die kommunistische „L'Humanité", im Bild „Krieg und Frieden" in der Kapelle von Vallauris, in den Plakaten zum „Tag der Intellektuellen für den Frieden in Vietnam", zum „Marsch auf Washington" der US-amerikanischen Gegner des Vietnamkrieges 1969 und gegen die Aufstellung von Raketenabschußrampen in den französischen Alpen, zu dem er französische Dichter René Char den Text schrieb.

Picasso unterstützt mit Plakaten und Zeichnungen den Kampf der spanischen Antifaschisten und beteiligt sich an der Forderung nach Amnestie für die Gegner Francos. Weiter gilt seine Solidarität dem Kampf des griechischen Volkes gegen den englischen und den US-Imperialismus und dem Befreiungskampf des algerischen Volkes. Picasso zeichnet Portraits von dem griechischen Kommunisten und Widerstandskämpfer Beloiannis, der 1952 zum Tode verurteilt urde, und von Henri Martin, einem französischen Kolonialsoldaten in Vietnam, der zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er unter seinen Kameraden Flugblätter verteilt hatte, auf denen er für die Freiheit des vietnamesischen Volkes eintrat. Er zeichnet die Portraits von Ethel und Julius Rosenberg und richtet einen Appell an die Intellektuellen Frankreichs: „Rettet die Rosenbergs". (Die Rosenbergs, jüdische Sozialisten, wurden in den USA als angebliche Spione hingerichtet — Anm. AK.) Die Schönheit dieser Portraits zu interpretieren, soll Picasso vorbehalten sein. So schreibt er zum Tod von Nikos Beloiannis am 31. März 1952: *„Die edlen Gesichter aus dem Volk, füsiliert von räuberischen Fremden an einem Maiabend in Madrid, beim Schein der Öllampen, auf dem Bild von Goya — derselbe Samen des Grauens, gesät bei aufgeblendeten Scheinwerfern in die nackte Brust Griechenlands, von Regierenden, die Tod, Angst und Haß ausschwitzen!"*

Ein Kulturkampf

Wie groß die Wirkung der Bilder Picassos ist, wurde im September 1981 wieder deutlich, als „Guernica" nach Spanien zurückkehrte, wo das Bild allerdings *„weniger in seinem Glaskasten im Prado-Museum als auf den Hauswänden spanischer Dörfer (lebt), auf die es das Volk kopiert, und nicht nur das. Diese Maler nutzen die Symbole des Bildes und schreiben es fort, darin Picasso folgend, indem sie es respektlos um heutige Forderungen und Anklagen ergänzen. Soviel die eine Seite ihm hinzusetzt, es gebraucht und nicht mißbraucht, soviel schreibt die andere Seite ihm ab"* (7).

Um Picassos „Guernica" tobt ein Kulturkampf. Während „das spanische Volk mit Picassos Bildern an Hauswänden kämpft", versuchen die Herrschenden das Bild „als Symbol für die Kontinuität Spaniens und seiner Monarchie" (Kultusminister Cavero) zu vereinnahmen. Regierungschef Carlos Sotelo machte während der Ausstellung von „Guernica" im „Juan-Carlos-Pavillon" (!) des Prado den bemerkenswerten Vorschlag, Picassos Bild solle nicht „Guernica", sondern mehr allgemein und unverbindlich „Die Schrecken des Krieges" heißen. So wie seinerzeit die Medici den Leichnam ihres politischen Gegners und Savonarola-Anhängers Michelangelo heimlich nach Florenz schafften und ihn — zwecks Aufbesserung ihres arg demolierten „demokratischen" Profils mit dem Staatsbegräbnis „ehrten" — so erhoffen sich die Juan Carlos, Sotelo und Cavero vergeblich, daß durch „Guernicas" Rückkehr ein demokratischer Schein auf ihre Häupter fällt.

G., Kulturkommission

„Ich habe die Malerei niemals als eine Kunst der simplen Verzierung, der Zerstreuung betrachtet; ich habe durch die Zeichnung und durch die Farbe, da dies meine Waffen sind, immer mehr das Bewußtsein der Welt und der Menschen durchdringen wollen, damit dieses Bewußtsein uns alle jeden Tag mehr befreie; ich habe zu sagen versucht, auf meine Weise, was ich als wahr, gerecht und gut betrachte, und das ist natürlich immer das Schönste, wie die großen Künstler wohl wußten ... Aber jetzt habe ich verstanden, daß das allein nicht mehr genügt; diese Jahre des schrecklichen Drucks haben mir gezeigt, daß ich nicht nur mittels meiner Kunst, sondern mit meiner ganzen Person mitkämpfen muß."
Picasso, 1944

Anmerkungen

(1) Diese bislang wenig bekannten Arbeiten werden in dem Band „Picasso. Grafik gegen den Krieg", erschienen im Beltz Verlag, vorgestellt. Norbert Stratmann hat zu diesem Band eine ausgezeichnete Einleitung geschrieben, die den Bezug dieser politischen Arbeiten zum Gesamtwerk Picassos herstellt.
(2) N. Stratmann, Einleitung zu: „Picasso. Grafik gegen den Krieg". Alle im folgenden nicht ausgewiesenen Zitate stammen ebenfalls aus dem Buch.
(3) Peter Weiss, Notizbücher zur „Ästhetik des Widerstands", 1971 - 80, Bd. 1, S. 187
(4) Peter Weiss, „Ästhetik des Widerstands", Bd. 1, S. 334f.
(5) Peter Weiss, „Ästhetik des Widerstands", Bd. 2, S. 120
(6) ebenda, S. 118
(7) Robert Plieth, Widerstand eines Klassikers, in: konkret 12/81

Jura Soyfer
Einer, der fehlt

Jura Soyfer, dieser bei uns völlig zu unrecht so unbekannte Name steht für einen Kommunisten, Antifaschisten, Schriftsteller, Kabarettisten, Subkulturler und Juden der Zwischenkriegszeit 1918 -1939 in Österreich.

Soyfer wurde 1912 als Sohn eines jüdischen Industriellen in Charkow geboren, 1920 floh die Familie vor der bolschewistischen Revolution und ließ sich schließlich in Wien nieder. Im 'roten Wien' der Nachkriegszeit wurde der Sohn des russischen Fabrikbesitzers , den die Oktoberrevolution enteignet hatte, zum überzeugten Marxisten. Er hatte Teil an den Kämpfen, Hoffnungen und Illusionen einer Generation, die in der Wirtschaftskrise, in Massenarbeitslosigkeit, im drohenden Schatten des Krieges ohne Hoffnung aufwuchs. Schon als Gymnasiast arbeitete Soyfer innerhalb des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei und schrieb für deren Zentralorgan "Arbeiter-Zeitung" Kampflyrik, Agitationsstücke und Tagesglossen. 1934 - der Zusammenbruch der Sozialdemokratie - ist der Wendepunkt in Soyfers Leben und Schaffen.

Nach 1934 trat er aus der Partei aus und arbeitete fortan in der illegalen Kommunistischen Partei. Im Februar 1939 starb Soyfer als "rassisch" und politisch Verfemter, 26-jährig, im KZ Buchenwald.

Lyrik

In Soyfers Gedichten und Schriften erstehen die dreißiger Jahre, die letzte Phase der Zwischenkriegszeit, in aller Unmittelbarkeit, erstehen seine Gedichte, Theaterstücke, sein Roman als leidenschaftlicher Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen den aufkommenden Faschismus, gegen die weltweite chaotische "Ordnung" des Kapitalismus, für die Solidarität der Arbeiterklasse in der Wirtschaftskrise, eine vergebliche Warnung vor Krieg und Vernichtung.

Lied von der Ordnung

Daß wir Hunger haben, ist nicht wichtig,
Nebensache, daß wir betteln gehn.
Daß wir Hunger haben, ist nicht wichtig,
Nebensache, daß wir betteln gehn.
Unser Klagen weist man ab als nichtig,
Hauptsache: die Ordnung bleibt bestehn!

Wer's noch nicht gemerkt hat, mag's jetzt hören:
Eine Ordnung gibt's auf dieser Welt,
Sie ist da, damit wir sie nicht stören,
Und wir halten sie, weil sie uns hält!

Die Erde ist von Ost bis West,
Von Singapur bis Budapest,
Glänzend organisiert!
Dreißig Millionen gehen stumm
in Reih und Glied vor Hunger krumm,
Wer nicht mehr gehen kann, fällt um,
Das klappt, als wär's geschmiert!
Gibt's zuviel Brot? Dann heizt mit Brot!
Gibt's zuviel Menschen? Schießt sie tot!
Die Ordnung schuf der liebe Gott,
Wir friern, krepieren im Tritt und Trott.
Die Ordnung funktioniert!

Gestern hielten wir noch fromm die Ordnung.
Heute wankt sie. — Wird sie morgen stehn?
Und wir fragen: Muß es stets in Ordnung,
Muß es stets in d i e s e r Ordnung gehn?

Arbeiter-Zeitung, 3. Juli 1932

Kunst war für Soyfer in erster Linie Propaganda, Eingreifen in die Wirklichkeit. Satire wird zum vorrangigen Mittel, die gesellschaftliche Realität zu entblößen.

Schlaflied für ein Ungeborenes

Schlaf, Kindlein schlaf.
Dich schützt der Paragraph.
Dich treibt die Mutter schon nicht ab,
Dich braucht der Staat fürs Massengrab
Im Wasgenwald, am Piave.
Schlaf, Kindlein, schlaf.

Halt die Ehe hoch in Ehren,
Wenn's nicht anders geht, im Prater!
Denn mein Volk soll sich vermehren
Wie der Weizen in den Meeren!
Sprach der Staat zu deinem Vater.

Die Maschine, die Kanone
Brauchen Futter, brauchen Futter,
Bei den Menschen geht's auch ohne,
Denn er ist der Schöpfung Krone.
Sprach der Staat zu deiner Mutter.

Schlaf, Kindlein, schlaf.
Dich schützt der Paragraph.
Dich treibt die Mutter schon nicht ab,
Dich braucht der Staat fürs Massengrab
Im Wasgenwald, am Piave.
Schlaf, Kindlein, schlaf.

Soyfers Gedichte sind voll Kampfkraft, voll ätzender Satire, doch zugleich voll Zartheit, voll Sehnsucht nach anderen, wärmeren Verhältnissen, voll Liebe und voll Wehmut angesichts der realen Zustände, Visionen der kommenden großen Kälte und Barbarei, Hoffnung auf eine Utopie, doch ohne Pathos.

Die Gedichte und Glossen setzen an bei Tagesereignissen, jedoch ohne die Hauptursache, die kapitalistische Weltordnung, außer Acht zu lassen. So richten sich viele Gedichte gegen die Erscheinung dieser "Ordnung", gegen die Klassenjustiz, gegen die Tolerierung der Heimwehrfaschisten durch den Staat, gegen die gleichgeschalteten Wissenschaften, gegen den Abtreibungsparagaphen, etc.

Fortsetzung nächste Seite



Jura Soyfer

Kapitalistischer Segensspruch

In Leoben fror man heuer,
Weil für Kohlen kein Bedarf;
Und man schreit nach Brot in Steyr
Und der Winterfrost ist scharf.
Fünfmal hunderttausend Hände
Liegen still. Kein Rad mehr rollt.
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimaterde, wunderhold!

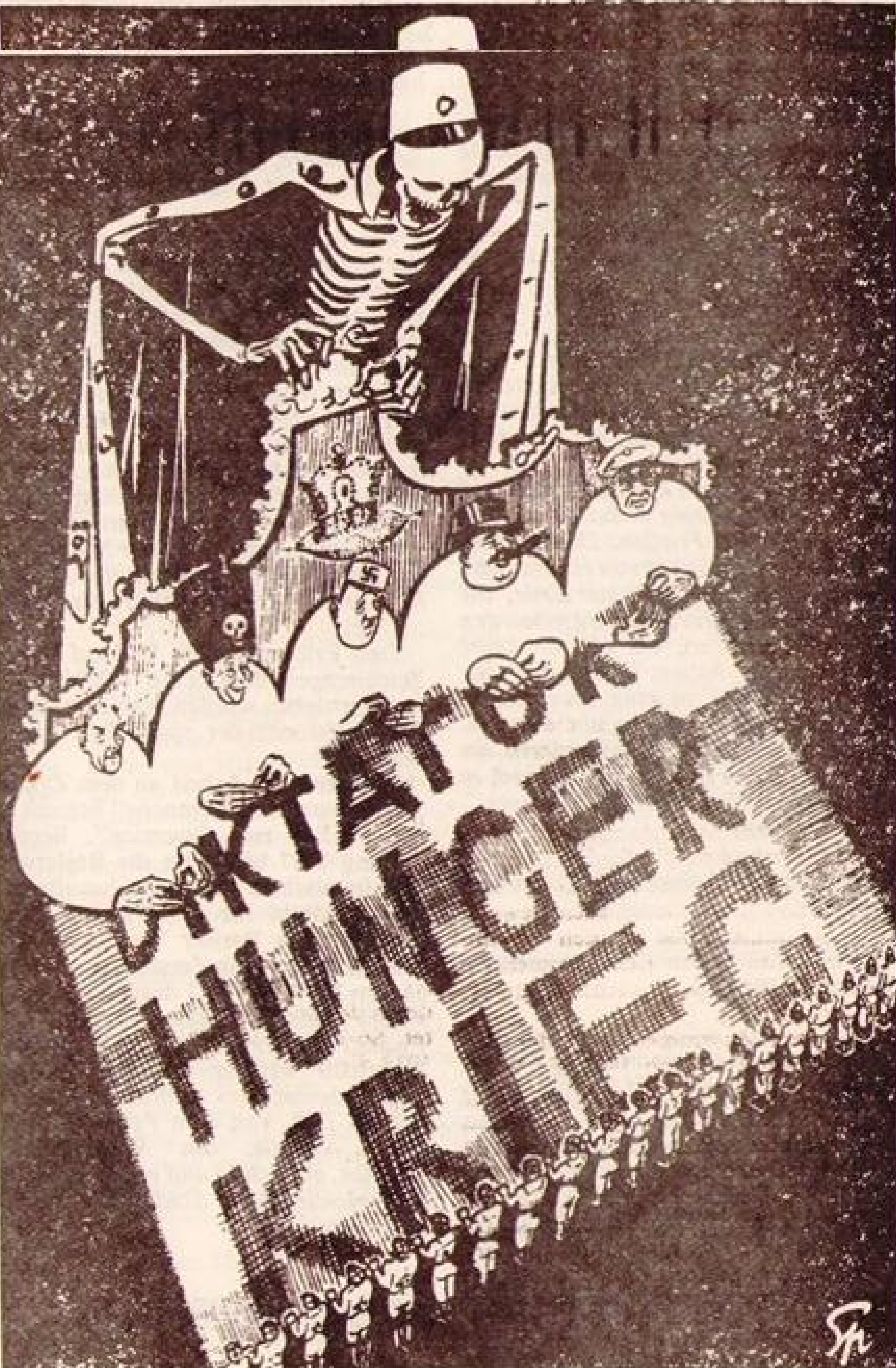
Hohe Seelenhirten hüten
Treu der Bankenjuden Geld
's gibt faschistische Banditen
Von der Etsch bis an den Belt.
Daß man die Verfassung schände,
Sind fünf Schilling fixer Sold.
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimaterde, wunderhold!

Dieser Staat läßt sich nicht lumpen,
Wenn er sich belumpen läßt:
Einer kriegt das Gold in Klumpen,
Euch, euch gibt man bald den Rest!
Rufet: „Hoch die Dividende!",
Wenn ihr euch zum Stempeln trollt.
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimaterde, wunderhold!

Fußnoten

zu den Gedichten „Schlaflied für einen Ungeborenen" und „Kapitalistischer Segensspruch"

1. Der Paragraph 144 (Verbot der Abtreibung) wurde von der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit besonders heftig bekämpft. Wasgenwald und Piave sind Schlachtorte des Ersten Weltkrieges. Der Weizen in den Meeren weist darauf hin, daß während der Wirtschaftskrise in den USA Weizen vernichtet wurde. „Schlaflied für ein Ungeborenes" erschien in der Arbeiter-Zeitung am 4. Januar 1933 (Leicht gekürzt).
2. In den Industriestädten Leoben und Steyr waren die Auswirkungungen der Wirtschaftskrise besonders hart. Im Februar 1932 zählte man in Österreich 440.000 Arbeitslose (ohne Ausgesteuerte). Teilnehmer an Demonstrationen rechter Heimwehrverbände, meist Arbeitslose, wurden mit fünf Schilling pro Aufmarsch belohnt. Die Zeilen: „Sei gesegnet ohne Ende, Heimaterde, wunderhold" sind Beginn der österischen Bundeshymne der Zwischenkriegszeit. (Text: Ottokar Kernstock, Melodie: Joseph Haydn.)
Das Gedicht erschien in Jura Soyfers Arbeiter-Zeitungs-Kolumne „Zwischenrufe Links" am 21. Februar 1932. (gekürzt).

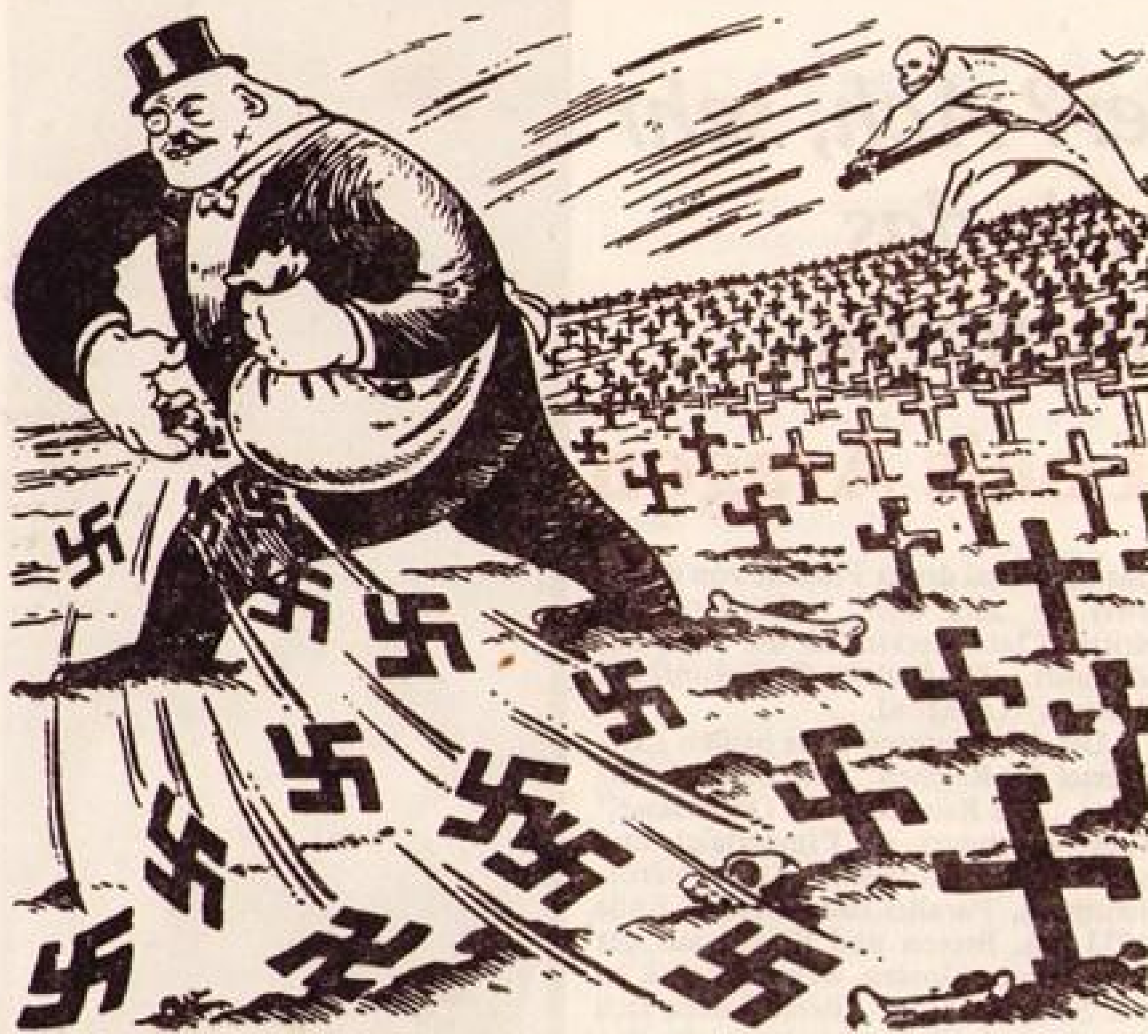


Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch!
(Heine)

Die Mühlen der Gerechtigkeit / Lied der Justiz

Der liebe Gott sprach klipp und klar:
„Punkt fünf: Du sollst nicht töten!"
In Graz sprach man den Kommentar:
„Und wenn, dann nur Proleten!"
In Arbeiterlokalen
Kriegt erst Justitias Säbel Schneid:
Dann mahlen, dann mahlen
Die Mühlen der Gerechtigkeit

Arbeiter-Zeitung, 10. April 1932



aus: Arbeiterzeitung 10. Sept. 1933

Soyfers Roman "So starb eine Partei"

Soyfers Roman ist eine Krankengeschichte der 1. österreichischen Republik und ebenso eine Krankengeschichte der Sozialdemokratischen Partei.

Im Herbst 1918 zerfiel die Donaumonarchie. Auch im Reststaat Österreich war eine revolutionäre Situation entstanden. Der Roman beginnt mit einem satirisch-realistischen Vorspiel und gibt den zeitgeschichtlichen Hintergrund von 1919 - 1932 wieder, wie er sich *"im Bewußtsein eines verklemmten, autoritätshörigen Kleinbürgers niederschlägt, dem der 'Umbruch' von 1918 noch vierzehn Jahre nachher in den Knochen sitzt. Daß dieser permanent enttäuschte, durch Gehaltsstufen und Pensionserwartung doch immer wieder geköderte, in jeder Beziehung 'kleine Bundesbeamte' - im Vergleich zu ihm ist selbst Horváths ewiger Spießer der Abenteurer, der er sich einbildet zu sein -, daß dieser Schmalspurtyrann mit Untertanenseele Morgenluft wittert, läßt das politische Klima erkennen, in dem die Demokratie zusehends Raum verliert und sich eine 'neue' Zeit vorbereitet. Die Satire auf das faschistoide Bewußtsein ist begleitet von einer Aufzählung versäumter Gelegenheiten, dieses Bewußtsein zu brechen, von der Verhinderung der Räterepublik im Jahre 1919 bis zu den Rückzugsmanövern während der einsetzenden Wirtschaftskrise. Die Schuld daran gibt Soyfer, der Linksradikale, der Sozialdemokratie."*(1)

Die ersten Wahlen in der jungen Republik machten die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion; dennoch besaßen Christlich-soziale und Großdeutsche in der Nationalversammlung die Mehrheit. Doch konnten die Sozialdemokraten die Angst des Bürgertums vor der Revolution ausnutzen und eine Reihe namhafter Reformen durchsetzen. Während in Bayern und Ungarn Räteregierungen an die Macht kamen, setzte die österreichische Sozialdemokratie unter Führung Otto Bauers auf "Reform statt Revolution".

Nach Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft in Österreich konnte das Bürgertum auf Bundesebene auf die Sozialdemokratie verzichten: Schon im Juni 1920 kam es zum Bruch der Koalition; die Christlichsozialen bildeten eine Alleinregierung. Das Kapital ging in die Offensive über: Reiche Un-
im Juni 1920 kam es zum Bruch der Koalition; die Christlichsozialen bildeten eine Alleinregierung. Das Kapital ging in die Offensive über: Reiche Un-
ternehmerverbände und Großgrundbesitzer gründeten klerikal-faschistische Verbände - die "Heimwehren", mit dem erklärten Ziel, die Demokratie auszuschalten. Auch die NSDAP gewann Anhänger, vorwiegend aus dem Kleinbürgertum.

In der Bundeshauptstadt gelang es den Sozialdemokraten, ihre Reformpolitik weiterzuführen. Sozialeinrichtungen und Wohnbau im 'Roten Wien' wurden beispielgebend für eine fortschrittliche Kommunalpolitik in der ganzen Welt. Der verbalradikalen Vorgangsweise des 'Austromarxismus' gelang es überdies, den leninistischen Flügel der Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische Partei zu integrieren, so daß die 1918 gegründete KPÖ zunächst bedeutungslos blieb.

Zur Abwehr des aufkommenden Faschismus gründete die Sozialdemokratie 1923 den "Republikanischen Schutzbund". Schwere, auch bewaffnete Zusammenstöße mit den "Heimwehren" führten in den kommenden Jahren zu einer permanenten Bürgerkriegsstimmung.

Mit dem Zusammenbruch der Bodencreditanstalt brach 1929 die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht über Österreich herein. In den folgenden Jahren zählte man in dem kleinen Staat 400 000 Arbeitslose.

Am 15. März 1933 schaltete die christlichsoziale Regierung unter Kanzler Dollfuss das Parlament aus und errichtete die Diktatur durch:

- Verbot des Schutzbundes
- beschränktes Streikverbot
- Verbot des traditionellen Maiaufmarsches
- Verbot der kommunistischen Partei
- Wiedereinführung der Todesstrafe
- Verbreitungsverbot der "Arbeiter-Zeitung", des Zentralorgans der Sozialdemokratie
- tägliche Waffensuchen der Polizei in sozialdemokratischen Parteiheimen.

Während die sozialdemokratischen Parteimassen zum bewaffneten Aufstand und Generalstreik bereitstanden und nur mühsam zurückgehalten werden konnten, begann die Parteiführung eine Politik der erbärmlichsten Kriecherei vor dem Dollfuss-Regime. Je schärfer die Attacken der Bourgeoisie, desto nachgiebiger die SPÖ-Bündnisangebote. Durch das isolierte Herausgreifen einzelner Forderungen, durch Teilstreiks statt des organisierten Generalstreiks nach dem Putsch gab die SPÖ die Arbeiter/innen den Strafsanktionen der Bourgeoisie preis und schwächte so die Kampfkraft. Dabei stand die Dollfuss-Diktatur zu Beginn durchaus auf schwachen Füßen und das reaktionäre Lager war in zwei ungefähr gleichstarke Teile, den Heimwehr-Flügel und den Nazi-Flügel, gespalten.

Gegen die zunehmenden Repressionen und die systematische Entwaffnung des Schutzbundes forderten die Parteimassen den bewaffneten Kampf. Entgegen dem dringenden Anraten des Parteivorstandes erklärte die Linzer Schutzbundführung, bei der nächsten Waffensuche Widerstand zu leisten. So begann am 12.Februar 1934 in Linz der bewaffnete Aufstand. Bis zum 15.Februar fanden in Linz, Wien, Graz und anderen Industriestädten schwere Kämpfe statt.

1200 Tote und 5000 Verwundete hat-
bruar fanden in Linz, Wien, Graz und anderen Industriestädten schwere Kämpfe statt.
1200 Tote und 5000 Verwundete hat-
ten die Kämpfe gefordert. Neun Schutzbündler wurden hingerichtet. Über 10 000 Einkerkerungen, die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, ihrer Organisationen sowie der Gewerkschaften folgten.

Der 12.Februar 1934 hatte das Versagen der Parteiführung aufgezeigt. Die jahrelange Kompromißpolitik fand ihren Niederschlag, ebenso die defensive Kampfstrategie, die auf die Besetzung wichtiger strategischer Positionen wie etwa der Radiostationen verzichtete und eine Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates gar nicht in Betracht zog. Dem - viel zu spät - ausgerufenen Generalstreik leisteten wichtige Teile der Arbeiterschaft, wie die Eisenbahner nicht Folge.

Der 12.Februar zeigte aber auch, daß die österreichische Arbeiterbewegung als erste in Europa dem Vormarsch des Faschismus bewaffneten Widerstand entgegengesetzt hatte. Am 12.Februar hatte die Reaktion die Arbeiterbewegung zerschlagen und damit die größte Abwehrkraft gegen den immer drohenderen deutschen Einmarsch ausgeschaltet. So konnte schließlich am 12.März 1938 die deutsche Armee ohne Gegenwehr Österreich besetzen.

Soyfer trat aufgrund seiner Enttäuschung über das Versagen der Sozialdemokratie aus der Partei aus und arbeitete nach 1934 in der illegalen KPÖ. In den folgenden Jahren ist der Roman "So starb eine Partei" sein Hauptarbeitsgebiet, womit er den Versuch unternimmt, die Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage zu analysieren. Der Roman behandelt die Geschichte Österreichs von 1918 bis zum Dollfuss-Putsch 1933 aus der Sicht der Sozialdemokratie und ihrer Versäumnisse. Die Originalmanuskripte des Romans wurden bei einer Hausdurchsuchung 1937 beschlagnahmt und sind seither verschollen. Erst nach dem Krieg wurden Fragmente in Form von Abschriften wiedergefunden. So fehlen viele Kapitel und auch der Schluß, die Zeit vom Dollfuss-Putsch bis zum Februar 1934. Trotz aller Unvollständigkeit und der stilistischen Mängel einzelner Teile - die offensichtlich nicht als letzte Fassung gelten können - nimmt der Roman in der österreichischen Literatur eine Sonderstellung ein. Es ist der einzige Versuch, weder das heldenhafte Märtyrertum der Schutzbündler zu preisen noch die Übermacht des Gegners zu bechwören, sondern den Grund für die Niederlage in der Unentschlossenheit der eigenen Partei zu suchen.

Trotz dieses guten und wichtigen Ansatzes bleibt der Roman meiner Meinung nach stecken in einem Psychogramm der Sozialdemokratie. Deutlich wird der Gegensatz zwischen Partei-Establishment einerseits und einfachen Mitgliedern und junger Opposition andererseits. Deutlich wird die Bestechung der Parteibonzen durch Amt und Würden, ihr Karrieredenken. Deutlich wird die Vereinsmeierei, die Gläubigkeit aller, für die die Partei die Welt bedeutet, eine religös-politische Erlösungshoffnung. Deutlich wird die wortradikale Propaganda gekoppelt mit Verhandlungen, Reformismus, Hinhaltetaktik.

Nicht oder zuwenig analysiert wird meines Erachtens, was in jenem krisengeschüttelten Staat, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und angesichts des schon fast sprichwörtlichen Massenhungers des österreichischen Prole-
geschüttelten Staat, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und angesichts des schon fast sprichwörtlichen Massenhungers des österreichischen Prole-
tariats der Sozialdemokratie trotzdem die ökonomische Basis und Macht gab, die Massen in den Staat zu integrieren und trotz allem an ihrem reformerischen Verhandlungskurs, an Zurückweichen und Defensive festzuhalten. Außer den Erscheinungen an der Oberfläche und einem Psychogramm der Partei bietet auch Soyfer dafür keine Analysen.

Dennoch gibt Soyfers Roman Einblick in das Funktionieren des Parteiapparates, Einblick auch in die Leichtsinnigkeit, mit der der Fachismus unterschätzt wurde - "Österreich ist nicht Deutschland" - bis es zu spät war. Sein Roman ist als Chronik der Krankengeschichte der 1. Republik anzusehen. Und da ein so kritischer Ansatz wie bei ihm nicht gerade breit gesät ist, haben wir allen Grund, uns mit dieser Literatur heute wieder zu beschäftigen.

Anmerkungen

1) Jarka, Horst: Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien, 1980, S. 16.

Grundlage des Artikels sind:

— Jarka, Horst, Hrsg.: Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien, Europaverlag 1980.
— Textbeilage zu: Schmetterlinge. Verdrängte Jahre. Österreich in der Zwischenkriegszeit. 1981.
— Schönau, Alexander: Der Februar-Aufstand des österreichischen Proletariats.
— Kun, Bela: Einige wichtige taktische Lehren des österreichischen Aufstandes. Beide in: die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. Texte zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse. Arbeiterbuch 3. Hamburg, Verlag Arbeiterkampf 1976.
— Linkskurve 4/80. Magazin für Kunst und Kultur.

Szenen und Stücke

Neben der Hauptarbeit an seinem Roman begann Soyfer nach 1934 als illegaler Kommunist und unter den Bedingungen der verschärften Zensur an Kellerbühnen Kleinkunstdramen zu schreiben, die an die Tradition des Wiener Volksstücks und an Nestroy anknüpfen. Durch Satire und Witz, durch seinen "Schmäh" ließen sich am ehesten politische Aussagen durch die Zensur bringen. Einige der Stücke, wie "Der Lechner-Edi schaut ins Paradies", "Astoria", "Vineta", "Broad-Way-Melodie 1492" sind auch heute noch wert, aufgeführt zu werden, bissige und witzige Satiren gegen die imperialistische Ausbeutung und gegen das Faustrecht der Mächtigen, Kampfstücke gegen das Nicht-wissen-wollen, gegen Indifferenz und Selbsttäuschung — gegen alle, die Illusionen nähren und davon profitieren.

Wer nach 1934 nicht wie die österreichischen Nazis der Umarmung durch den großen deutschen Bruder entgegenfiebert, ist vagen Hoffnungen und Zweifeln überlassen, der Verzweiflung oder Resignation. So werden Soyfers Stücke, Songs und Gedichte nach 1934 immer gedrängter, warnend vor dem großen Krieg, von der Hoffnung beseelt, daß das Unvorstellbare nicht Wirklichkeit würde. Manche Songs sind von einer geradezu erschreckenden Aktualität.

Galgenfrist bewilligt

Im Fernen Osten hat's Schüsse gegeben,
Doch Genf hat nur von Ausschüssen gewußt.
Ach, weißt du, wieviel Sternlein kleben
Auf der Generale Brust?
In Komitee und Kommissionen
Wird beraten, beraten, beraten,
Und in aller Welt marschieren schon
Soldaten, Soldaten, Soldaten.
Und ein Kriegsgrund ist ja leicht zu besorgen.
Heut nicht mehr? Dann morgen!

Arbeiter-Zeitung, 26. Juni 1932

Genf = Sitz des Völkerbundes

'Schmetterlinge' Jura-Soyfer-Collage

Unter anderen den 'Schmetterlingen' ist es zu verdanken, daß Jura Soyfer wieder einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wurde. Auf ihrer 1981 erschienenen Platte "Verdrängte Jahre. Zwischenkriegszeit in Österreich" haben sie eine Auswahl aus ihrer 1980 aufgeführten Jura-Soyfer-Collage aufgenommen, vertonte Gedichte, Texte und Songs, die auch ohne den Gesamtzusammenhang des Stücks verständlich sind. Die Musik ist gedrängter, gehetzter, schräger, weniger harmonisch als sonst von den 'Schmetterlingen' gewohnt, eindringlicher, der krisengeschüttelten, angstbesetzten Nach- und Vorkriegszeit entsprechend.

Es ist dies d i e Platte von den 'Schmetterlingen', die mich am meisten bewegt und beeindruckt, auch erschüttert und aufgerüttelt hat. Das liegt an der Eindringlichkeit von Text und Musik, wo Widerstandskraft und Satire, Fäusteballen und Aufschreien nahe neben Weinen und Verzweiflung liegen, der überzeugteste Zukunftsglaube direkt neben Angst vor totaler Vernichtung.

H., Tübingen

Das Lied von der Erde
(Kometen-Song)

Denn nahe, viel näher, als ihr es begreift,
Hab ich die Erde gesehn.
Ich sah sie von goldenen Saaten umreift,
Vom Schatten des Bombenflugzeugs gestreift
Und erfüllt von Maschinengedröhn.
Ich sah sie von Radiosendern bespickt;
Die warfen Wellen von Lüge und Haß
Ich sah sie verlaust, verarmt — und beglückt
Mit Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde.
In Armut und in Reichtum grenzenlos.
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß.

Denn nahe, viel näher als ihr es begreift,
Steht diese Zukunft bevor.
Ich sah, wie sie zwischen den Saaten schon reift,
Die Schatten vom Antlitz der Erde schon streift
Und greift zu den Sternen empor.
Ich weiß, daß von Sender zu Sender bald fliegt
Die Nachricht vom Tag, da die Erde genas.
Dann schweigt diese Erde, erlöst und beglückt,
In Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde,
In Armut und in Reichtum grenzenlos.
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß!

Das „Lied von der Erde" ist auf der Schmetterlingsplatte „Lieder furs Leben".

Lied des einfachen Menschen

Menschen sind wir einst vielleicht gewesen
Oder werden's eines Tages sein,
Wenn wir gründlich von all dem genesen.
Aber sind wir heute Menschen? Nein!

Wir sind der Name auf dem Reisepaß,
Wir sind das stumme Bild im Spiegelglas,
Wir sind das Echo eines Phrasenschwalls
Und Widerhall des toten Widerhalls.

Wir sind der Straßenstaub der großen Stadt,
Wir sind die Nummer im Katasterblatt,
Wir sind die Schlange vor dem Stempelamt
Und unsre eigenen Schatten allesamt.

Längst ist alle Menschlichkeit zertreten,
Wahren wir doch nicht den leeren Schein!
Wir, in unsern tief entmenschten Städten,
Sollen uns noch Menschen nennen? Nein!

Wir sind das schlecht entworfne Skizzenbild
Des Menschen, den es erst zu zeichnen gilt.
Ein armer Vorklang nur zum großen Lied.
Ihr nennt uns Menschen? Wartet noch damit!

Anzeige

»Wer klopft hier? Ach, sehr schön, lassen Sie das Unendliche eintreten«

Zum Tod von Louis Aragon

War er der letzte große französische Dichter? Müßige Frage, er gehörte jedenfalls zu den ganz großen Dichtern. Aragon, der 1897 geboren wurde, veröffentlichte seine ersten Gedichte 1920 („Freudenfeuer", Feu de joie) in kubistischen und futuristischen Zeitschriften. Nach dem ersten Weltkrieg gehörte er zunächst dem Dadaismus, später dem Surrealismus an:

„J'ai fait le mouvement Dada
Disait le Dadaiste
J'ai fait le mouvement Dada
Et en effet
Il l'avait fait".

(Ich habe bei der Dada-Bewegung mitgemacht / sagte der Dadaist / Ich habe bei der Dada-Bewegung mitgemacht / Und tatsächlich / Hatte er da mitgemacht.)

André Breton hatte folgende Definition vom Surrealismus gegeben: *„Surrealismus, Prädikat Maskulin. Reiner psychischer Automatismus, mit welchem versucht wird, die reale Funktionsweise des Denkens, entweder schriftlich, oder verbal, oder wie auch immer, auszudrücken. Diktat des Denkens, bei Abwesenheit jeglicher Kontrolle durch die Vernunft, jenseits jeder ästhetischen oder moralischen Sorge.*

Der Surrealismus geht vom Glauben an die höhere Realität verschiedener Assoziationsformen aus, die bis zu seiner Geburt vernachläßigt wurden; er glaubt an die Allmacht der Träume, an das Spiel des Gedankens. Er will alle anderen psychischen Mechanismen endgültig ruinieren und will sie zur Lösung der wichtigsten Probleme im Leben ersetzen".

Das „Manifest der Surrealisten" begann mit dem Satz: **„Öffnet die Gefängnisse! Entlaßt die Armee!".** „ *,Die Welt verändern' hat Marx gesagt, ,Das Leben verändern' hat Rimbaud gesagt — für uns sind diese zwei Parolen eine"* (André Breton). In dieser Zeit schreibt Aragon seinen ersten Roman: „Der Bauer von Paris" (Le Paysan de Paris, 1926). Gemeinsam mit weiteren Surrealisten (unter anderem Paul Eluard und André Breton) tritt Aragon Ende der 20er Jahre der KPF bei. Schon zuvor hatten die Surrealisten ihr „Zentralorgan" in „Surrealismus im Dienste der Revolution" umbenannt. 1930 beteiligt sich Aragon am II. Internationalen Kongreß revolutionärer Schriftsteller in Karkhov, kaum zurück schreibt er das Gedicht „Rote Front" (Front rouge), das damit beginnt:

„Legen wir die Bullen um, Genossen! Schießen wir auf die Tanzbären der Sozialdemokratie!"

Es kommt zur „Affaire Aragon": Die französische Regierung will Aragon wegen Aufforderung zum Mord verfolgen. Er riskiert damit 5 Jahre Knast, wozu es aber dank der Solidaritätsbewegung doch nicht kommt.

1935 faßt er seine neuen Kunstauffassungen in „Für einen sozialistischen Realismus" (Pour un Réalisme socialiste) zusammen; ein Jahr zuvor, 1934, veröffentlicht er die Gedichtsammlung „Hurra, Ural" (Hourra l'Oural). Im gleichen Jahr erscheint der erste Band des Romanzyklus „Die Wirkliche Welt" (Le Monde réel), ein Bild der bürgerlichen Gesellschaft von 1890 bis 1940. Der erste Teil „Die Glocken von Basel" (Les Cloches de Bâle) behandelt das Schicksal dreier Frauen, von denen zwei die „alte Welt" verkörpern. Die dritte, Clara Zetkin, ist die Frau der Zukunft. *„Die Frau ist die Zukunft des Mannes"* (Aragon).

Die drei weiteren Teile heißen „Die Viertel der Reichen" (Les Beaux Quartiers), „Die Reisenden der Oberklasse" (Les Voyageurs de l'Impériale) und schließlich „Aurélien" (1944 veröffentlicht). Parallel dazu werden Ende 1933 u.a. Breton und Eluard aus der KPF ausgeschlossen, wegen „Kritik an der Sowjet-Union". Beide hatten sich mit einem Artikel solidarisiert, der den „Wind der Kretinisierung über der SU" anprangerte. Als Beispiele wurden dort Filme genannt, wo konventionelle Tugenden exaltiert wurden, wie zum Beispiel den famosen „**Arbeits**eifer", den die Surrealisten verabscheuten.

Während des II. Weltkrieges schrieb Aragon „Das Herzeleid" (Le Crève Coeur, 1941), wo die Trauer über den Krieg sich mit der Liebe zu seiner Lebensgefährtin, Elsa Triolet, eng verbindet. Die bekanntesten Gedichte aus der Okkupationszeit sind in die Sammlung „Die französische Diana" (Le Diane francaise, 1944) aufgenommen worden. Nach dem Krieg schrieb er den Romanzyklus „Die Kommunisten", eine Darstellung des französischen Lebens in den Jahren 1939/1940. Held der Geschichte ist nicht mehr ein Einzelner, sondern eine Gruppe von Angehörigen einer kleinen Zelle der KPF.

Nach den Gedichtsammlungen „Das neue Herzeleid" (Le nouveau Crève Ceour, 1948) und „Meine Kreuzfahrten" (Mes Caravanes, 1954) legt er seine Vorstellungen der menschlichen Zukunft in „Die Augen und das Gedächtnis" (Les Yeux et la Mémoire, 1954) nieder. 1956 veröffentlicht er das autobiographische Poem „Der unvollendete Roman" (Le Roman inachevé) — das Bekenntnis eines Menschen, der an der Wende zweier geschichtlicher Epochen lebt, sich von der alten Welt abwendet und utopische Illusionen über das Wesen der neuen Welt zurückweist. 1958 erscheint „Die Karwo-

abwendet und utopische Illusionen über das Wesen der neuen Welt zurückweist. 1958 erscheint „Die Karwo-

che" (La Semaine Sainte): Anhand der Karwoche 1815 (Flucht der Bourbonen und Rückkehr Napoleons) behandelt Aragon das grundlegende Problem der persönlichen Entscheidung und Verantwortung des Einzelnen zwischen den fortschrittstragenden Kräften und den massenfeindlichen Regimen (im Roman durch Ludwig XVIII. und Napoleon repräsentiert).

1965 erscheint ein weiterer Roman, „Spiegelbilder" (La Mise à mort); zuvor sind noch die Werke „Elsa" und „Elsas Narr" (Le fou d'Elsa, 1959 und 1964) zu nennen.

Darüberhinaus war Aragon Redakteur der KPF-Zeitung „L'Humanité" und 1937 Chefredakteur der KPF-Zeitung „Ce Soir". Nach dem Krieg leitete er weiter die literarische Wochenzeitschrift „Les Lettres Francaises", die er in der Illegalitätszeit mitgegründet hatte.

Bis zum Schluß blieb er ein treuer Anhänger der ZK-Linie der KPF — im Bösen wie im Guten. „Dennoch" hat er verführerisch schöne Gedichter geschrieben — wofür sich leider nie westdeutsche Verlage interessiert haben (viele seiner Romane sind allerdings in der DDR veröffentlicht worden).

Georges Brassens, aber insbesondere Jean Ferrat haben viele Gedichte Aragons vertont und besungen:

„Un jour viendra,
Un jour couleur d'orange,
un jour pâle
de feuillages au front
Un jour de'épaule nue
cù les gens s'aimeront
Un jour comme un oiseau
Sur la plus haute branche"

(Ein Tag wird kommen / Ein apfelsinenfarbener Tag / Ein heller Tag / Mit Blumenkränzen um die Stirn / Ein Tag mit nackter Schulter / Wo die Menschen sich lieben werden / Ein Tag wie ein Vogel / Auf dem höchsten Ast).

Frankreich-Kommission



Rosen und Reseden

Das Gedicht ist den gefallenen Widerstandskämpfern Gabriel Péri, Etienne d'Orves, Guy Mocquet und Gilbert Dru (katholischen und kommunistischen Mitgliedern der Resistance) gewidmet. Es ist zu einem Volkslied geworden und war auch die Anregung zu einem Film.

Ihm, der an den Himmel glaubt,
ihm, der es nie getan,
hat's die E i n e angetan,
die gefangen und geraubt.
Zogen aus, sie zu befrein,
er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Was tut's, wie man nennt den Schein,
leuchtend über beider Haupt.
Ob vor Gott der eine kniet,
anderer die Kapelle flieht,
sucht die Heimat himmelwärts,
oder hier in Berg und Hain —
beide lieben gläubig rein,
schwuren ihr mit Hand und Herz;
frei soll sie und glücklich sein!
Er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie gaten.
Wer denkt noch an alten Streit
und an kleinen Unterschied,
wenn die Fluren peitscht der Sturm?
Alle kämpfen wie ein Mann:
er der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Zweimal hoch vom Festungsturm
zielt die Wache und legt an:
taumelnd schwankt der eine Mann,
fällt der andere in den Staub,
der, der an den Himmel glaubt,
der, der es nie getan.
Und das ganze Volk vereint
bang um alle beide weint.
In der alten Zidatell
leiden beide gleiche Not,
beide geht die Ratte an —
ein Rebell ist ein Rebell —
ob er an den Himmel glaubt,
oder ob er's nie getan.
Als am Morgen kräht der Hahn
führt man beide in den Tod.
Beide rufen j e n e an,
die geliebt, an die geglaubt
beide treu und ohn' Verrat —
Leib und Seele, Wort und Tat,
er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Beider Blut von gleichem Rot,
rinnt — ein Bächlein leuchtend klar,
mischt sich mit der Heimat Staub,
der sie dienten treu und rein,
dass der dunkle Muskatwein
süsser reife übers Jahr.
Fliegt der eine himmelwärts,
stapft der andere erdenschwer,
vom Gebirge und vom Meer
gaben liebend sie ihr Herz,
dass die Grille wieder singt,
dass die Heimat wieder klingt —
ob von Bass und Flötenschall,
ob vom Lied der Nachtigall
oder wenn die Lerche ruft —
dass erfüllt der Heimat Luft
Rosen und Resedenduft.

Strophen zum Gedenken

Dieses Gedicht ist dreiundzwanzig Widerstandskämpfern gewidmet, die am 21. 2. 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Diese Gruppe bestand zum grossen Teil aus Ausländern, die in Frankreich Asyl gesucht hatten, unter ihnen der junge Armenier Manouchian. Die Gestapo hatte rote Plakate mit den Bildern dieser fremdartig aussehenden, „vaterlandslosen Gesellen" verbreiten lassen, aber die französischen Patrioten liessen sich nicht abhalten, das Andenken an diese „Wahlfranzosen" hoch zu halten. Aragon verfasste diese Strophen 1955 für eine Gedenkfeier.

Ihr suchtet nicht Ruhm, noch Tränen und Ehren,
Nicht Orgelmusik und nicht Sterbegebet.
Elf Jahre ist's her — wie schnell das vergeht!
Ihr grifft damals einfach nach euren Gewehren —
Selbst vor dem Tod blieb euer Blick ungeblendet und stet.

Euer Bildnis hing an den Strassenecken
Nachtschwarz das Haar, verwildert der Bart,
Rot die Plakate gleich blutigen Flecken —
Der Klang eurer Namen, fremdartig und hart,
Sollte drohend Angst bei den Bürgern erwecken!

Keiner erkannte am Tag in den Fremden
Euch Auserwählte — sie sahen euch nicht.
Doch nachts, zur Verbotszeit, schrieben Geisterhände
„Gestorben für Frankreich" an die Häuserwände.
Und der düstere Morgen wurde anders — und licht.

Im Februar habt ihr verströmt euer Leben —
Wie Reif lag auf Allem ein bleiernes Licht —
Da sagte der eine gelassen und schlicht:
Glück allen, Glück jenen, die überleben!
Ich sterbe, doch das deutsche Volk hasse ich nicht."

„Leb wohl, Leid und Freude, lebt wohl, Rosen und Tann!
Ade Licht, Leben ade, und Windeswehn . . .
Heirate, sei glücklich, denk an mich dann und wann,
Du, der die Schönheit der Welt wird wiedererstehn,
Einst, wenn alles vorüber, daheim in Eriwan."
„Gross geht die Sonne auf über den Bergen —
Wie schön ist die Natur, wie bricht mein Herz vor Pein!
O Melinée, Geliebte, Verwaiste, ich lass dich allein!
Doch das Recht folgt auf dem Fuss unsren siegreichen Särgen,
Und ich will, du sollst leben und Mutter sein!"

Dreiundzwanzig standen vor den Feuergarben.
Dreiundzwanzig, die allzu früh ihr Herzblut vergossen.
Dreiundzwanzig Fremde, und doch Brüder und Genossen,
Dreiundzwanzig Liebende des Lebens, so sehr, dass sie dafür starben . . .
Dreiundzwanzig- und sie riefen Frankreich, als sie fielen unter den Geschossen.